This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

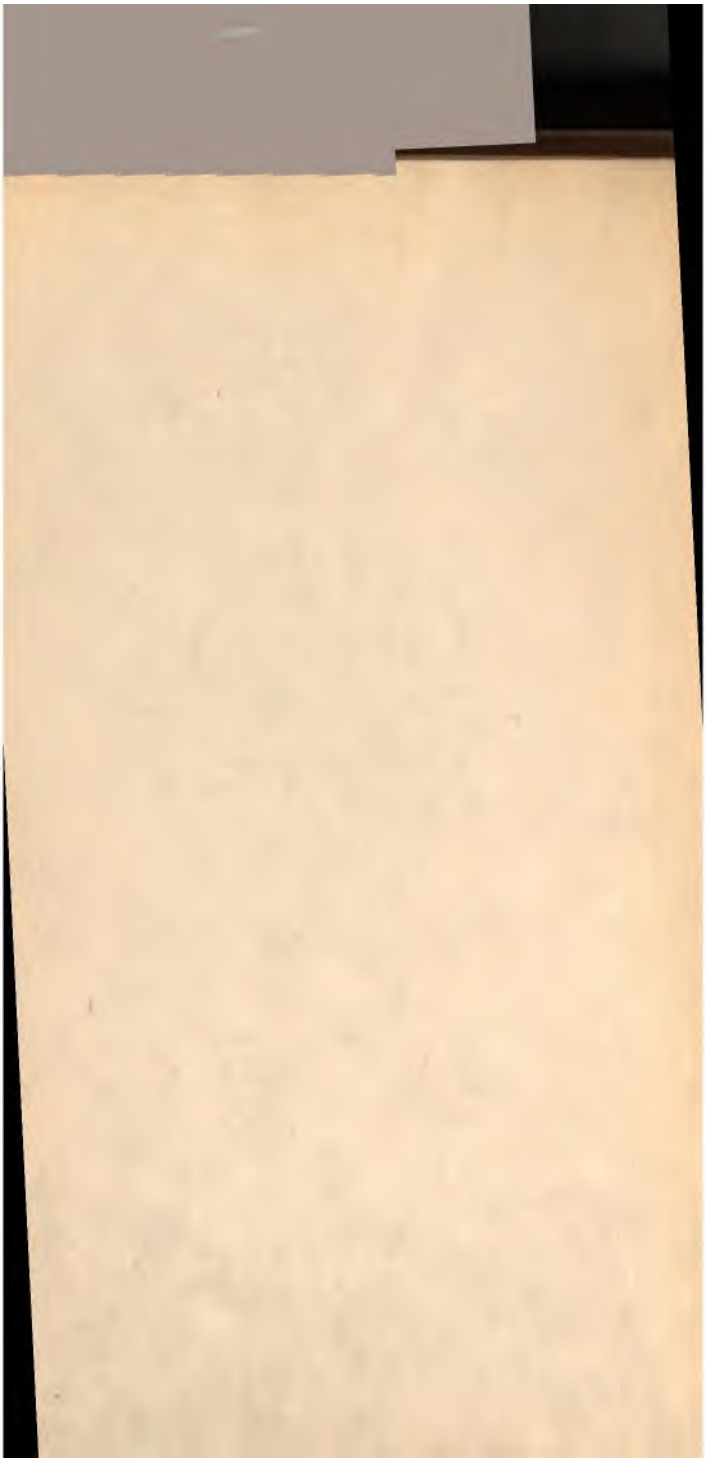
Ger. 2176.3

HOHENZOLLERN COLLECTION

IN COMMEMORATION OF THE VISIT OF
HIS ROYAL HIGHNESS
PRINCE HENRY OF PRUSSIA
MARCH SIXTH, 1902
ON BEHALF OF HIS MAJESTY
THE GERMAN EMPEROR

PRESENTED BY ARCHIBALD CARY COOLIDGE PH.D.
ASSISTANT PROFESSOR OF HISTORY

No. 5156



Mein Leben

und

ein Stück Zeitgeschichte.

Erster Band.

Mein Leben

und

und ein Stück Zeitgeschichte.

—

Von

Karl Biedermann,
ord. Honor.-Professor a. d. Universität in Leipzig.

Eine Ergänzung zu des Verfassers „Dreißig Jahren deutscher Geschichte".

Erster Band. 1812—1849.

Breslau.
Druck und Verlag von G. Schottlaender.
1886.

HARVARD COLLEGE LIBRARY
APR 2 = 1906
HOHENSTEIRN COLLECTION
GIFT OF A. G. COOLIDGE

Inhalt.

Seite

Vorwort.

Erstes Capitel. Kindheit und erste Jugend. 1812—1827. 1

Zweites Capitel. Schule und Universität. Michaelis 1827 bis Ostern 1834. 24

Drittes Capitel. Rückkehr in die Heimath. Die inzwischen in Sachsen und Leipzig angebrochene „lebendigere Zeit". 50

Viertes Capitel. Erste akademische und schriftstellerische Thätigkeit 58

Fünftes Capitel. Mein Eintritt in die publicistische Laufbahn. . . 69

Sechstes Capitel. Die Wiederbelebung des nationalen Gedankens im Jahre 1840 und meine Betheiligung daran 80

Siebentes Capitel. Schwächerwerden der Hoffnungen auf Preußen. Scheinbares Erwachen Oesterreichs. Stellung meiner Monatsschrift zu diesen beiden Erscheinungen 97

Achtes Capitel. Gründung einer Wochenschrift: „Der Herold". . . 106

Neuntes Capitel. Ein Blick auf die Censur- und Preßverhältnisse in den vierziger Jahren. 114

Zehntes Capitel. Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen". 1. Die religiösen und kirchlichen Fragen. 136

Eilftes Capitel. Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen". 2. Die wirthschaftlichen und socialen Fragen 148

Zwölftes Capitel. Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen". 3. Politische Freiheitsfragen. 165

Seite

Dreizehntes Capitel. Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen". 4. Die schleswig-holsteinische Frage. 175

Vierzehntes Capitel. Der erste preußische Reichstag. 181

Fünfzehntes Capitel. Persönliches Heraustreten in die Oeffentlichkeit. 202

Sechzehntes Capitel. Deutschland am Vorabend des Jahres 1848. 215

Siebzehntes Capitel. „Sächsische Zustände". 223

Achtzehntes Capitel. Die Märzbewegung von 1848. 244

Neunzehntes Capitel. Ein Blick auf die Vorgänge in Sachsen nach der Märzbewegung 1848. 300

Zwanzigstes Capitel. Meine Betheiligung am Vorparlament und am Fünfziger-Ausschuß. 321

Einundzwanzigstes Capitel. Das Parlament. 358

Vorwort.

Von mir Fremden wie von Befreundeten bin ich öfters aufgefordert worden, meine Erlebniſſe, beſonders auf politiſchem Gebiete, zu veröffentlichen. Wenn ich dieſen freundlichen Aufforderungen in den hier folgenden Aufzeichnungen nachkomme, ſo geſchieht das nicht in dem Sinne und mit dem Anſpruch, als hielte ich mein Leben und Wirken für ein ſo bedeutendes, daß es auf ſolche Weiſe verewigt zu werden verdiente. Allein ich habe infolge einer nun faſt funfzigjährigen, theils literariſchen, theils perſönlichen, Betheiligung an den mannigfachſten Entwickelungsphaſen unſerer Nation mehr als mancher Andere Gelegenheit gehabt, Erfahrungen und Beobachtungen zu machen, Beziehungen zu einer großen Zahl bedeutender Zeitgenoſſen anzuknüpfen und zu unterhalten, durch alles Dieſes aber einen Schatz von Erinnerungen anzuſammeln, der zunächſt allerdings für mich und die mir Nächſtſtehenden Werth hat, doch aber auch nicht ohne ein gewiſſes allgemeines Intereſſe ſein dürfte.

Einen kurzen Abriß meines Lebens habe ich ſchon einmal, 1862, im 3. Bande der damals von Ferdinand

Schmidt herausgegebenen „Deutschen Nationalbibliothek“ (Berlin, Brigl) veröffentlicht. Derselbe war aber, gemäß seiner Bestimmung, sehr knapp gehalten. Auch ist seitdem wieder fast ein Vierteljahrhundert verflossen, welches reich an persönlichen wie allgemeinen Erlebnissen war.

Die gegenwärtige Schilderung meines Lebens will zugleich „ein Stück Zeitgeschichte“ geben. Insofern bildet sie eine Art von Ergänzung zu meinen „Dreißig Jahren deutscher Geschichte 1840—70“ (Breslau, S. Schottlaender 1881—82, 2. Aufl. 1883), indem, was in letzterem Werke nur streng objectiv, geschichtlich dargestellt werden konnte, hier theilweise eine weitere Ausführung, Vervollständigung oder Erklärung erhält durch Eingehen auf manche mehr persönliche und intime Seiten der betreffenden Zeitereignisse.

Der vorliegende erste Band geht bis zum Frühjahr 1849, bis zur Auflösung des Frankfurter Parlaments und zum Scheitern der auf dasselbe gesetzten Hoffnungen. Der zweite (der noch vor Ostern 1886 erscheinen soll) wird bis zur Gegenwart reichen.

Möge das freundliche Interesse, dessen sich mein oben erwähntes Geschichtswerk zu erfreuen hatte, auch dieser Selbstbiographie entgegenkommen!

Leipzig, den 30. October 1885.

Karl Biedermann.

Erſtes Capitel.

Kindheit und erſte Jugend.

1812—1827.

Ich bin geboren am 25. September 1812 in Leipzig. Wie mir erzählt worden, ſind in das Dach des Hauſes, wo ich als einjähriges Kind eben krank darniederlag, während der Völkerſchlacht bei Leipzig einzelne Kanonenkugeln eingeſchlagen. Nach dem Einzug der Verbündeten haben bärtige Koſaken, denen meine Mutter Eſſen in das unferne Lazareth ſchickte, mich liebkoſend, wie dieſe wilden Krieger gern mit Kinder thaten, auf die Arme genommen. In meiner eigenen Erinnerung finde ich mich einige Jahre ſpäter in einem Dorfe des ſächſiſchen Erzgebirges, Arnsfeld bei Annaberg, wieder. Dahin war meine Mutter, deren alleiniger Sorge ich, früh vaterlos, anheimgefallen, mit mir übergeſiedelt. Sie unterſtützte dort meine Großmutter in der Führung der Wirthſchaft des Predigers Poltermann, wobei ſie Zeit genug behielt, mich an ihren Knieen buchſtabiren zu laſſen und meine jugendliche Phantaſie mit Geſchichten und Märchen zu ergötzen. So lernte ich ſchon mit vier Jahren fließend leſen. Auch über die Schwierig-

keiten der Rechtschreibung brachte mich die mütterliche Lehrerin spielend hinweg, indem sie mich gewöhnte, die gelesenen Worte ihr aus dem Gedächtniß nach den einzelnen Bestandtheilen herzusagen. An dem zweiten Sohne des Predigers, Otto, hatte ich einen munteren Spielgesellen, mit dem ich in Hof und Garten und auf den freien Plätzen des Dorfes mich wacker umhertummelte. Er war ein Jahr älter, als ich, ebenso von Natur heftig, wie ich ruhig. So kam 'es, daß er mich tyrannisirte und ich ihm in der Regel nachgab. Einmal aber, als er's gar zu arg trieb, so daß sein eigener Vater mir zuredete, ich solle mir nicht Alles gefallen lassen, habe ich (so erzählte mir meine Mutter öfters mit lächelndem Behagen), ohne ein Wort zu sprechen, nur mit vor Aufregung dunkelrothem Gesichte, ihn an der Brust gefaßt, derb abgeschüttelt und gegen die Wand gedrückt. Seitdem ließ er mich in Ruhe. Im Ganzen vertrugen wir uns ganz gut, denn er liebte mich wie einen Bruder und sah es neidlos an, daß ich in geistiger Entwickelung ihm voraus war, ja er pflegte, wenn etwa Besucher ihn fragten, was er könne, mit harmloser Genugthuung zu sagen: „Ich kann noch gar nichts, aber mein Bruder Carl weiß schon viel." Er starb leider jung.

Meine Mutter vertauschte den Aufenthalt in Arnsfeld bald mit einer Stellung als Wirthschafterin, zuerst in dem Hause des Hauptmanns a. D. v. Stieglitz in Breitenhof, dann in dem des Major a. D. v. Elterlein in Großpöhla, zwei Orten in der Nähe von Schwarzenberg im oberen Erzgebirge. In dem letzteren Hause waren zwei Pflegekinder, Rudolph und Emma von Neubern, beide um einige Jahre älter als ich. Im Sommer, wo die

Familie in Großpöhla wohnte, nahm ich an dem Unterricht der Kinder vom Hause bei einem Hauslehrer Theil; im Winter hatte ich Privatstunden bei dem sehr tüchtigen Lehrer des Dorfes, Mühlmann, an dem ich mit großer Liebe hing.

Ich war ein lebhaftes Kind, gesprächig und freimüthig, wie es Kinder, die nicht durch falsche Strenge eingeschüchtert werden, in der Regel sind, auch, wenn es galt, schlagfertig, ohne doch vorlaut zu sein. Daher hatten die Personen, die im Hause verkehrten, mich alle lieb und trieben gern ihren Scherz mit mir. Wie leicht bei solchem Spiel Erwachsener mit Kindern (wobei Jene oft mehr sich selbst als Diese amüsiren) unpädagogisch verfahren wird, davon ist mir ein Beispiel in lebhafter Erinnerung. Besonders häufig neckte mich ein Kaufmann Leistner, der im Dorfe wohnte. Er hatte seine Freude daran, wenn ich ihm nichts schuldig blieb. Nun gab es eben da einen älteren Herrn, Namens Fiedler, der mir wenig sympathisch war, weil er mich oft hofmeisterte. Das wußte Leistner, und so fragte er mich einmal in dessen Gegenwart: „Nun, Carl, wie lieb hast Du Herrn Fiedler?“ Ich pflegte, wie es Kinder wohl machen, den Grad meiner Liebe zu den verschiedenen Personen symbolisch dadurch auszudrücken, daß ich mit den vorgestreckten beiden Zeigefingern ein bestimmtes Größenmaß bezeichnete. Durch die Anwesenheit des Gegenstandes der Frage in Verlegenheit gesetzt, gab ich jetzt ein ziemlich großes Maß an. „Ei, ei,“ sagte Leistner, „gestern war ja das Maß viel kleiner.“ „Ja,“ erwiderte ich keck, „es ist über Nacht gewachsen.“ So ward ich durch die Zwangslage, in die man mich versetzt hatte, zu einer conventionellen Lüge verleitet.

Ein anderer, ernsterer Vorfall hat mich gelehrt, welch' großer sittlicher Verderbniß, namentlich im Punkte der Wahrhaftigkeit, Kinder durch den Umgang mit Dienstboten und ebenso durch den mit übelgearteten Spielgenossen oft ausgesetzt sind. Obgleich ich sonst die Offenheit selbst gegen meine, von mir auf's höchste verehrte Mutter war, und obgleich ich recht wohl wußte, daß nichts sie so tief kränke, als Unwahrhaftigkeit, ließ ich mich doch einmal durch Einflüsse jener Art nicht blos zur verstockten Verleugnung der Wahrheit, sondern zu einer positiven Lüge verleiten. Der eine Schlag, den ich damals von Mutterhand empfing (der einzige, den ich überhaupt jemals von ihr erhalten zu haben mich entsinne), und die Miene tiefster Bekümmerniß, womit sie mir die ganze Abscheulichkeit der Lüge deutlich machte, blieben mit unverlöschlichen Zügen in mein Gedächtniß eingeschrieben, und ich darf wohl sagen, daß ich mein ganzes Leben hindurch sowohl in meinen Handlungen und Worten, wie in der Beurtheilung Anderer, vor Allem aber in der Erziehung eigener und fremder Kinder nichts so heilig gehalten, Nichts so sehr mir zum unverbrüchlichen Gesetz meines Verhaltens gemacht habe, als: strengste Wahrhaftigkeit.

Durch die Heirath meiner Mutter mit einem Beamten auf dem Hammer zu Breitenhof, Namens Martin, wurde ich, etwa sechs Jahre alt, dorthin zurückversetzt. Der kleine Ort, aus dem „Herrenhaus", den dazu gehörigen Wirthschaftsgebäuden und Beamtenwohnungen, einem Hochofen und mehreren Eisenhütten, endlich einer Anzahl ärmlicher Wohnungen der Hammerschmiede bestehend, war damals von allem größeren Tagesverkehr weit entfernt (jetzt führt

die Eisenbahn von Schwarzenberg nach Johanngeorgenstadt nahe daran vorbei), lag aber ziemlich romantisch, rings von bewaldeten Höhen umgeben, an einem rasch dahinrauschenden kleinen Flüßchen, dem Schwarzwasser. Das Haus, in dem wir wohnten, grenzte dicht an einen weitausgedehnten düstern Forst. Anfangs machte mir dies einen schauerlichen Eindruck; allmälich fand ich mich in meinen neuen Umgebungen zurecht, um so leichter, als es mir an munteren Spielgefährten nicht fehlte. Da ward denn lustig durch die Wälder gestreift und auf die Höhen geklettert, nach Vogelnestern gespäht oder den munteren Sprüngen der Eichhörnchen zugeschaut, auch wohl, um den Weg zu kürzen, mit hochaufgeschürzten Hosen mitten durch das Schwarzwasser gewatet. Besonders mit einem Kameraden, dem Sohne des Einnehmers in dem benachbarten Breitenbrunn („Einnehmer-Ernst" nach dortigem volksthümlichen Sprachgebrauch), trieb ich mich viel umher. Zwar war mir von meinem, mit der Oertlichkeit vertrauten Stiefvater ausdrücklich Vorsicht empfohlen, speciell das Ersteigen eines steilen Felsen (des sogenannten Kammersteins) verboten worden. Allein wann hätten derartige Mahnungen Stich gehalten gegen die jugendliche Lust gerade am Gefährlichen? So hatte ich denn auch wieder, trotz des Verbots, in Gesellschaft meines Kameraden diesen Felsen erklommen, als mir plötzlich auf dem glatten Moosboden die Füße ausglitten und ich von einer ziemlich hohen Felswand kopfüber hinabstürzte. Merkwürdig war dabei, daß während des Fallens sich eine ganze Gedankenreihe in meinem Kopfe abspann, deren ich mich hinterher ganz deutlich erinnerte, und daß darunter der Gedanke an eine

Lebensgefahr nicht war, wohl aber der an das väterliche Verbot und einen durch dessen Uebertretung verdienten Verweis. Ein junges Fichtengebüsch fing mich glücklicherweise auf, hemmte die Wucht des Falles und ließ mich unbeschädigt, nur im Gesicht tüchtig zerkratzt, auf den weichen Rasen niedergleiten.

Daheim hatte ich natürlich wegen der Schrammen im Gesicht Rede zu stehen. Ich suchte die Höhe, von der ich herabgestürzt, in der Darstellung möglichst zu ermäßigen; als ich anderen Tages meinen Vater an die Unglücksstätte führen mußte, erkannte dieser mit Schrecken, in welcher Gefahr ich geschwebt.

Ein großes Vergnügen war es auch für mich, in den Hütten und dem Hochofen mich herumzutreiben, dem Gebahren der, halb nackt vor dem glühenden Ofen hantirenden, Hammerschmiede, dem Sprühen der Funken, die von den unter die gewaltigen Hämmer gebrachten feurigen Eisenmassen nach allen Seiten umherflogen, dem lavaartigen Fließen des geschmolzenen Erzes beim Gießen zuzusehen. Es machte mir daher nicht geringe Freude, als mein Vater mir ein kleines Pochwerk aus Holz mit eigner Hand fertigte, welches dann von einem unweit unseres Hauses vorüberfließenden Wässerchen getrieben ward. Ich brachte manche Stunde angenehm damit zu. Ein älterer Bursche aus dem Orte erbot sich, mir nahe dabei, als Schutz gegen die Sonne, eine kleine Hütte aus Fichtenreis zu bauen, und nahm mich sofort mit in den Wald, wo er ohne viel Umstände mit einem kleinen Handbeil eine junge Fichte zu seinem Vorhaben fällte. Ich machte ihm wohl Vorstellungen, ob das auch erlaubt sei, er jedoch beruhigte mich darüber. In

der Nacht aber ließen mich Gewiſſensbiſſe nicht ſchlafen; es ahnte mir ſo etwas von Diebſtahl, den wir begangen, und von ſchwerer Strafe, deren wir uns ſchuldig gemacht. Ich erinnere mich der entſetzlichen Beängſtigung, die ich damals litt. Dennoch wagte ich nicht, dieſelbe Jemandem mitzutheilen, mehr wohl aus Furcht, meinen gefälligen Freund, als mich ſelbſt dadurch in Verlegenheit zu bringen. Der leichte Sinn der Jugend, vielleicht auch die damals in jenen Gegenden noch ziemlich allgemein verbreitete Vorſtellung, daß eine derartige Mitbenutzung der ausgedehnten und reichbeſtandenen königlichen Forſten nichts Strafbares ſei, half mir zuletzt doch glücklich über dieſe Skrupel hinweg.

Unſchuldiger verlief ein anderer kindlicher Streich, der nur meine Umgebungen viel auf meine Koſten lachen machte. Ich hatte von frühauf einen gewiſſen mercantiliſch-induſtriellen Zug: wiederholt beſchäftigte mich der Gedanke an allerhand Erfindungen und deren Verwerthung. Damals war es die Herſtellung einer rothen Tinte, die mir im Kopfe lag. Die rothe Farbe des Eiſenſteins machte mich glauben, daraus müſſe das Gewünſchte leicht zu gewinnen ſein; ich füllte daher meine Taſchen mit verſchiedenen Stücken dieſes Minerals, vergaß jedoch, als ich nicht ſogleich zu deſſen Verwendung kam, dieſelben wieder herauszunehmen, da denn beim nächſten Wechſel der Leibwäſche ſich zeigte, wie die rothe Farbe des Steins ſich ätzend nicht blos dieſer, ſondern auch dem Körper mitgetheilt hatte. Einen ebenſo wenig günſtigen Erfolg erzielte ich ein paar Jahre darauf mit einer anderen Erfindung, an die ich mich in Gemeinſchaft mit einem Spielgefährten

wagte, der Herstellung von Jasminöl, zu welchem Zwecke wir eine Menge blühenden Jasmins in ein Wasserbad brachten. Die Wirkung war ein sehr übler Geruch des faulenden Jasmins und ein Verweis, den wir erhielten. Seitdem habe ich auf den Ehrgeiz, praktische Erfindungen zu machen, verzichtet, obschon ich noch heute mich nicht enthalten kann, immer mit einem gewissen Neid auf die glücklichen Urheber solcher hinzublicken.

Mit dem Bedarf an rother Tinte hatte es übrigens in dem erzählten Falle folgende Bewandtniß. Ich war der Jugend des Ortes an Kenntnissen überlegen, wurde daher vom Lehrer in der Schule öfters zur Aushülfe beim Buchstabiren- und Lesenlehren der Jungen benutzt, die um Vieles älter waren, als ich. Mein Trieb des Lehrens war aber damit nicht befriedigt; ich sammelte um mich eine Anzahl meiner Schulgenossen und unterwies sie auf eigene Hand im Schreiben und Rechtschreiben. Um das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, sollten allerhand bunte Tinten dazu verwendet werden.

Das Schulwesen befand sich damals an solchen kleinen Orten wie Breitenhof noch in einem äußerst primitiven Zustande. In dem Hause, das meine Eltern bewohnten, war auch die Schule. Der alte Schulmeister war seines Zeichens ein Schneider, die Schulstube zugleich seine Werkstatt und die Wohnstube für ihn und sein zänkisches Weib. Bald darauf trat indeß eine Aenderung zum Bessern ein. Ich weiß nicht, starb der alte Schulmeister oder wurde er beseitigt, genug, an seine Stelle kam ein pädagogisch geschulter junger Seminarist, Herr Weise, durch welchen der ganze Unterricht auf eine höhere Stufe gehoben

ward. Ich nahm an diesem Unterrichte theil, hatte aber auch noch Privatstunden bei ihm.

Da ich einmal von dem Schneider-Schulmeister, als einem Ueberbleibsel der „guten, alten Zeit", erzählt habe, will ich sogleich noch zwei andere Curiosa ähnlicher Art erwähnen. An unserem Wohnhause in Breitenhof befand sich ein sogenanntes Halseisen zum Prangerstehen von Verbrechern, Vagabonden u. s. w. Im Gebrauch habe ich es nicht gesehen. Ein anderes, ganz eigenthümliches Strafwerkzeug war mir in Großpöhla aufgestoßen, ein sogenanntes „Narrenhäuschen", ein runder Behälter aus Gitterwerk, der sich auf einem Fuße drehen ließ. Dahinein, wurde mir erzählt, seien früher Vagabonden und anderes liederliches Gesindel gebracht worden; dann habe man das Häuschen so lange um seine Achse gedreht, bis der Insasse schwindlig geworden, natürlich Alles (auch das Prangerstehen) zur großen Belustigung, wenn auch schwerlich zur Besserung, der lieben Dorfjugend.

In einem Thürmchen auf dem Herrenhause in Breitenhof befand sich eine Uhr mit Schlagwerk — die einzige Verkünderin der Tageszeit für sämmtliche Bewohner des Ortes, denn eine Kirchthurmuhr gab es nur in dem fernen Breitenbrunn. Die Besorgung des Schlagwerkes, so wie das Mittags- und Abendläuten gehörte zu den Verrichtungen des Lehrers und ward von Herrn Weise in der Regel mir und meinem oben erwähnten Kameraden übertragen. Da geschah es nun wohl, daß wir das Aufziehen der Uhr vergaßen und in der Hast, die stehen gebliebene Uhr wieder in Gang zu setzen, sie ein gut Stück zu weit vorwärts rückten, was dann große Verwirrung in den

Arbeits- und Feierstunden auf dem ganzen Hammerwerk hervorbrachte. Noch größeres Unheil richteten wir ein anderes Mal an, da wir bei dem Herabsteigen von dem Thürmchen die Treppe, welche zu demselben von dem Corridor des Hauses aus führte, verschlossen fanden und, nach langem vergeblichen Rufen, uns nicht anders zu helfen wußten, als durch mehrmaliges Anschlagen an die Thurmglocke uns bemerkbar zu machen, was drunten für Feuerlärm gehalten wurde. Für mich speciell hatte der mir aufgedrungene Ehrendienst noch eine wenig angenehme Seite. Im Winter, wo das Abendläuten erst bei voller Dunkelheit erfolgte, mußte ich wiederholt, von meinem Kameraden im Stich gelassen, ganz allein die finsteren Treppen hinaufklimmen und oben, in dem ebenfalls finsteren oder höchstens durch hereinfallendes Mondlicht gespenstisch erleuchteten Raume, bei dem unheimlichen Rasseln des eintönig fortrückenden Uhrwerkes, nach dem Strick zum Ziehen der Glocke tappen. Da hatte ich denn gute Gelegenheit, mich jenes Furchtgefühls zu entwöhnen, welches mir theils durch frühzeitiges eigenes Lesen von Märchen und Gespenstergeschichten, theils durch die Erzählungen solcher seitens Erwachsener eingepflanzt worden war und mit welchem ich lange habe kämpfen müssen. Mit klopfendem Herzen stand ich dann, in der einen Hand krampfhaft das geöffnete Taschenmesser haltend, um mich gegen — ich wußte nicht wen oder was — zu vertheidigen, während ich mit der andern pflichtschuldigst läutete.

Eine Hauptlust im Winter war für uns Knaben das Schlittenfahren. Auf kleinen Schlitten glitten wir pfeilgeschwind von den steilen Höhen hernieder, und es verdroß

uns nicht, Viertelſtunden weit den leeren Schlitten hinaufzuziehen, um dann in wenigen Minuten wieder unten anzulangen. Ich war ſehr hart gewöhnt und kerngeſund. Es verſchlug mir wenig, den ganzen Tag im Freien zuzubringen und im tiefſten Schnee zu waten, ſo daß oft meine Hoſen unten mit Eiszacken berändert waren. Nach dem Beiſpiel und auf den Rath eines älteren Freundes unſeres Hauſes, der noch aus der philanthropiſtiſchen Abhärtungszeit ſtammte (des Arztes Dr. Zeune, eines Bruders des bekannten Sprachforſchers), trug ich niemals Strümpfe in den Stiefeln, und im Sommer ging ich am liebſten, wenn es mir geſtattet wurde, ganz barfuß.

Mit dieſem friſchen, frohen Naturleben war es nun freilich auf einmal vorbei, als ich in meinem neunten Jahre in eine Erziehungsanſtalt, das Freimaurerinſtitut in Dresden, gebracht ward. Die Abſicht, mir einen vielſeitigeren Unterricht zu Theil werden zu laſſen, als dies auf dem einſamen Hammerwerk möglich ſchien, war gut und ward auch im Weſentlichen erreicht; in allem Andern jedoch war der Tauſch nicht blos höchſt ſchmerzlich für mein ganzes Empfinden, ſondern auch nachtheilig für meine körperliche und zum Theil ſelbſt für meine geiſtige Entwickelung. Als ein zwar körperlich zartes, doch geſundes und wohlgebildetes, bei einer gewiſſen angeborenen Ernſthaftigkeit gleichwohl munteres, zutrauliches und mittheilſames Kind trat ich in die Mauern jener Anſtalt ein; als ein in ſeinem Wachsthum zurückgebliebener, in ſeinem ganzen Weſen und Behaben beengter, verſchüchterter Knabe verließ ich ſie wieder. Die Verkümmerungen, die ich dort — bei nur zweijährigem Aufenthalte — erlitten, habe ich zum Theil

erſt nach langen Jahren, zum Theil niemals wieder ganz überwunden. Insbeſondere habe ich an der Fähigkeit und dem Gefühl des friſchen Sichauslebens und Sichgebens im Verkehr mit Andern ſchwere, kaum jemals völlig verſchmerzte Einbuße erlitten. Ich will keinen Stein werfen weder auf die Verwaltung jener Anſtalt, noch auf die ganze Klaſſe ſolcher Anſtalten: ſie ſind ein nicht immer zu entbehrendes und in manchen Fällen ſogar wohlthätig wirkendes Surrogat bei unzureichenden oder geſtörten Verhältniſſen häuslicher Erziehung; allein nie würde ich ohne die alleräußerſte Noth ein eigenes oder ein mir anvertrautes Kind, zumal in ſo zartem Alter, dem qualvollen und oft von ſo ſchweren Folgen begleiteten Proceſſe überantworten, den ein ſolches armes Weſen bei der gewaltſamen Verſetzung aus dem warmen Boden des Elternhauſes in das kalte, harte, von keinem Hauche dieſer wohlthuenden Atmoſphäre erweichte Erdreich eines kaſernenartigen Inſtitutslebens durchzumachen hat. Die Tage und Nächte, die ich wochenlang in unſäglichem Heimweh durchjammert, werden mir immer unvergeßlich bleiben. Was meine theure Mutter gelitten, ſie, die ganz nur Liebe für mich war und all' ihr Glück in meinem Gedeihen fand, als ſie bei einem Beſuche in der Anſtalt mich ſo verändert gefunden, davon ließ ihre ſeltene Kraft und Selbſtbeherrſchung mich damals nichts ahnen; erſt viel ſpäter geſtand ſie mir, wie ihr das Herz geblutet habe.

Einer beſonderen Gefahr jenes Verhältniſſes muß ich noch ausdrücklich gedenken. Die Erinnerung an die Erfahrung, die ich damit gemacht, gehört für mich zu den peinlichſten in meinem ganzen Leben. Wir jüngeren und

ſchwächeren Zöglinge waren der Tyrannei der älteren und ſtärkeren ſchutzlos preisgegeben. Eine Klage bei den Lehrern hätten wir um Alles nicht gewagt. Bei einigermaßen gleichen Verhältniſſen des Alters und der phyſiſchen Kraft mag es ganz gut ſein, wenn man den Einzelnen ſich ſelber Recht ſchaffen läßt; wo dies aber nicht der Fall, da erzeugt das Gefühl ungerechter und übermüthiger Unterdrückung von Seiten des Stärkeren leicht bei dem Schwächeren entweder die paſſive Stumpfheit der Selbſtwegwerfung, die Alles über ſich ergehen läßt, oder eine Reaction des mißhandelten Selbſtgefühls, die ſich dann wohl bis zur häßlichen Rache oder zur feigen Hinterliſt verirren kann. Das Eine wie das Andere war meiner Natur vom Hauſe aus völlig fremd: ich war gutgeartet und von weichem Gemüth. Dennoch entſinne ich mich, wie ich eines Tages (es ſchaudert mich noch, daran zu denken, und es iſt dies vielleicht das ſchwerſte Bekenntniß aus meinem ganzen Leben) von einem älteren Knaben auf die häßlichſte Weiſe mißhandelt und verhöhnt, mit ſchwer unterdrückter Wuth, in dem Gefühl meiner gänzlichen Ohnmacht gegen ihn und meiner Rechtloſigkeit gegenüber einer ſolchen Behandlung, in das gemeinſame Arbeitszimmer eilte und dort eine ſchriftliche Präparation meines Peinigers, die er, wie ich wohl wußte, in der nächſten Lehrſtunde nöthig brauchte, wegnahm und verſteckte, um ihm auf dieſe Weiſe eine Strafe zuzuziehen.

Und doch — ſo elaſtiſch iſt das Gemüth des Kindes! — vermochte ich an dieſe ſo ungünſtigen Verhältniſſe nicht blos mich allmälig zu gewöhnen und darin auszuharren, ſondern ſogar mich dabei wohlzubefinden und guter Dinge zu ſein. Ich ſchloß Freundſchaften, bei denen es weder an

schwärmerischen Ueberschwänglichkeiten, noch an zärtlichen Eifersüchteleien fehlte. Manche Privatliebhabereien, wie sie diesem Alter eigen sind, wurden gemeinsam gepflegt; sogar an kleinen poetischen Versuchen, meist scherzhaft-neckischer Art, fehlte es nicht. Künftige Lebenspläne wurden mit allem denkbaren kindlichen Ernst entworfen und durchgesprochen.

Einen beliebten Gegenstand unserer unbelauschten Gespräche bildeten auch allerhand Gedanken der Flucht aus dem Institut (zu deren Ausführung es natürlich nie kam) oder auch die Ausmalung irgend eines Naturereignisses, z. B. einer Feuersbrunst, welches uns plötzlich die Freiheit geben könnte.

Was den Unterricht betrifft, so trug er einigermaßen das Gepräge des gemischten realistisch-humanistischen Systems der philanthropistischen Periode. Wir trieben Latein, auch etwas Griechisch, daneben Deutsch, Geschichte, Geographie, Mathematik. Besonderer Fleiß ward auf Zeichnen und Schönschreiben verwendet, auch das Pappen war ein öffentlicher Lehrgegenstand.

Auf dem großen Hofe der Anstalt, rings um einen grünen Rasenplatz in dessen Mitte, waren uns Zöglingen kleine Gärtchen angewiesen, mit denen wir in den Freistunden uns beschäftigten und deren Ausrüstung bald mit kleinen Lauben oder wenigstens Tischchen und Bänkchen, bald mit Miniaturteichen, auf denen Kähne aus Baumrinde schwammen, für die Uebung der technischen Fertigkeiten und der Erfindungsgabe der Knaben einen fruchtbaren Stoff abgab.

Im Sommer ward auch unter Leitung eines Unter-

offiziers exercirt, wogegen Spaziergänge in's Freie außerhalb unserer Anstaltsmauern nur selten und unregelmäßig stattfanden.

So hatte ich mich in dieselben Verhältnisse, die mir anfangs so unerträglich schienen, zuletzt dergestalt hineingelebt, daß, als gegen den Schluß des zweiten Jahres ein Brief vom Hause mir ankündigte, ich solle das Institut verlassen, diese Nachricht mir im ersten Augenblick fast mehr Bestürzung als Freude verursachte. Nur allmälig erwachte ich zu dem Gefühl der wiedergeschenkten Freiheit und verließ dann zwar nicht ohne schmerzlichen Abschied von meinen Genossen, doch im Uebrigen mit leichtem Herzen mein Gefängniß. Zu den Lehrern und zum Director hatten wir nie ein innigeres Verhältniß gehabt; wenn der eine davon etwas freundlicher oder minder streng war als der andere, so standen doch alle uns kalt und fremd gegenüber und kümmerten sich um uns höchstens so viel, wie sie ihrer Pflicht nach mußten. Eine einzige Ausnahme davon gab es. Ich hatte mit noch einigen Schülern der ersten Klasse Privatunterricht im Lateinischen und Griechischen bei dem Vicedirector des Seminars von Friedrichsstadt-Dresden, Jahn. Es war das ein kleiner, etwas verwachsener Mann mit unendlich mildem Antlitz und hellen, klugen Augen. Er war mein Liebling, wie ich der seinige. In den wenigen Stunden bei ihm lernte ich mehr, als in allen übrigen, und ihm verdanke ich den ersten Geschmack an den klassischen Studien und die erste lebendigere Anregung zu deren Betreibung.

Nach Hause zurückgekehrt, erfuhr ich den Grund des unerwarteten Wechsels in meinem Schicksal. Ein Bekannter

meiner Mutter, Paſtor Sturz in Knobelsdorf bei Waldheim, hatte ſich erboten, meine fernere Erziehung, wenigſtens für die nächſten Jahre, zu übernehmen.

Da derſelbe ſein Amt erſt im Herbſt antrat, konnte ich den Sommer noch einmal in meinen lieben heimiſchen Bergen verleben. Um nicht in meinem Wiſſen zurückzukommen, ward ich der benachbarten ſtädtiſchen Schule zu Johanngeorgenſtadt übergeben, die unter dem wackern Rector Scheidhauer ſich eines fröhlichen Aufſchwunges erfreute. Hier fand ich mich namentlich im Lateiniſchen ſehr gefördert (die damaligen Stadtſchulen waren ſog. „lateiniſche Schulen“); ſogar an das Fertigen lateiniſcher Verſe wagte ich mich in Gemeinſchaft mit einem, um etwa vier Jahre älteren, mir beſonders zugethanen Schulgenoſſen, Funkhänel. Wir haben uns ſpäter als Männer in der parlamentariſchen Arena wiedergefunden und auf's Neue eng befreundet. Er iſt mir längſt im Tode vorangegangen.

Im Herbſte 1823 ging ich an den Ort meiner neuen Beſtimmung über. Ich fand mich hier wiederum in eine Abgeſchiedenheit von der Welt verſetzt, kaum minder groß, wenn ſchon anderer Art, als innerhalb der Dresdener Anſtaltsmauern. Mein neuer Erzieher war unverheirathet und lebte ganz allein mit uns Zöglingen, mir und dem Sohne ſeines Kirchenpatrons, Amtshauptmanns a. D. von Arnſtedt, nebſt einer Wirthſchafterin, auf einem Pfarrhofe, der an der einſamſten Stelle eines der einſamſten Dörfer Sachſens lag. In jener fruchtbaren Pflege ſind noch in faſt altgermaniſcher Weiſe die einzelnen Gehöfte von einander getrennt, oft ziemlich weit. Jedes Gehöft hat ſeine Fluren unmittelbar zur Seite in einer breit und

lang gedehnten Fläche, ſo daß es ein in ſich abgeſchloſſenes Anweſen bildet und mit andern Gütern faſt keinen, überhaupt mit der Außenwelt wenig Verkehr hat. Ein dörfiſches Leben, wie man es etwa in ſüddeutſchen Weilern oder in den Fabrikdörfern des Erzgebirges findet, giebt es dort nicht; keine Gemeindelinde verſammelt unter ihren Zweigen die Bewohner, kein gemeinſamer Dorfweg verbindet Gut mit Gut; man ſieht nicht des Abends Burſchen und Mädchen vor's Dorf hinausziehen, hört keine muntern Feierabendsgeſänge; ſelbſt das Wirthshaus iſt wenig beſucht, denn der Beſuch dort gilt kaum als recht anſtändig für den begüterten Großbauer. So war es wenigſtens damals und ſo wird es wohl in der Hauptſache noch heut ſein. Ich habe oft lange auf einer Anhöhe oberhalb der Pfarre geſtanden und auf einen Laut menſchlicher Stimmen gelauſcht, nach einer Spur menſchlicher Geſtalten geſpäht — vergebens! In tiefem Schweigen, wie ausgeſtorben, lag das langgedehnte Dorf. Eine größere Verkehrsſtraße führte nur auf weiter Entfernung daran vorbei; ſelbſt die Nachbarwege nach andern Dörfern waren ſpärlich und von einer zu gegenſeitigem Beſuch wenig einladenden Beſchaffenheit. Fremde ſahen wir faſt nie und auch Einheimiſche beinahe nur dann, wenn ein beſonderes Geſchäft ſie zum Geiſtlichen führte. Unſer geſelliger Verkehr beſchränkte ſich auf einen gemeinſamen Spaziergang ab und zu mit dem alten Schulmeiſter und ſeiner gleichfalls nicht mehr jugendlichen Tochter, auf eine Betheiligung an einer Kindtaufs- oder Kirmeßfeier bei einem der angeſeheneren Bauern, oder auf den Beſuch eines Amtsbruders aus der Nachbarſchaft. Wir ſelbſt kamen ſelten über die Grenzen des Kirchſpiels hinaus.

denn Paſtor Sturz, kränklich und hypochondriſch, führte ein faſt einſiedlerhaftes Sonderlingsleben. Nur des Sonntags gab es einige Abwechslung, indem wir dann regelmäßig unſern Lehrer auf ſein Filial Otzdorf, das Rittergut des Amtshauptmanns von Arnſtedt, begleiteten und dort einige Stunden in der Familie meines Mitzöglings zubrachten.

Der Kirchenpatron und ſein Paſtor waren Freunde und Corpsbrüder von der Univerſität her, Frau von Arnſtedt eine Landsmännin und Jugendbekannte von Sturz, daher das Verhältniß des letztern zu der Familie nahezu das eines Mitgliedes derſelben. Infolge deſſen ward auch ich wie Kind vom Hauſe behandelt und dadurch einigermaßen für die Entbehrung des eigenen Familienlebens entſchädigt. Beſonders vielſeitige geiſtige Anregung bot freilich auch dieſer Kreis nicht, da fremde Beſuche nur ſelten ihm eine größere Mannigfaltigkeit verliehen.

Meine vom Hauſe aus lebhafte und leicht erregbare Phantaſie mußte daher, da ſie in den nächſten Umgebungen ſo wenig Nahrung fand, dieſe anderswo ſuchen. Ich vertiefte mich in das klaſſiſche Alterthum, in die Welt der Griechen und Römer, die ich aus den Schriftwerken derſelben, wie ſolche mir nach und nach zugänglich wurden, eifrig ſtudirte. Beſonders Virgilius und Livius zogen mich an; die Bücher des letztern habe ich ſämmtlich im Privatſtudium durchgeleſen und weitläufig lateiniſch excerpirt. Daneben fielen mir in der Bibliothek meines Lehrers einzelne deutſche Dichter in die Hände, Klopſtock, Voß, Matthiſſon, Manches von Schiller, Körners Leier und

Schwert u. ſ. w. Ich verſchlang ſie mit Begierde und fühlte mich dadurch zu eigenen kleinen dichteriſchen Productionen angeregt. Die erſten ſchüchternen Verſuche dieſer Art fanden ſo lebhafte Ermuthignng von Seiten meines Lehrers, daß ſeitdem keine Woche verging, wo er nicht, wofern ich ihm nicht mit einem fertigen Gedicht entgegenkam, an die Abfaſſung eines ſolchen mahnte. Gewiß war dies der ſicherſte Weg, ſelbſt ein wirklich vorhandenes poetiſches Talent vorzeitig zu erſchöpfen und abzuſtumpfen. Ob wirklich ein ſolches bei mir vorhanden geweſen, weiß ich nicht. Faſt möchte ich es bezweifeln, denn die vielen kleinen Gedichte aus jener Periode, die mir in zierlichen Abſchriften, wie mein Lehrer ſie zu fertigen mich anhielt, noch aufbewahrt ſind, bekunden zwar eine vielleicht in dieſem Alter nicht häufige Gewandtheit der Form, des ſprachlichen Ausdrucks, des Verſes und Reimes, bewegen ſich jedoch in einem ziemlich gleichförmigen Fluſſe meiſt elegiſcher, empfindſamer Stimmungen und laſſen überall die Nachahmung, bald Matthiſſon'ſcher Idyllen, bald Schiller'ſcher Reflexionen, bald Körner'ſchen Gefühlsdranges, erkennen, ohne eigengeartete, auf beſtimmtes Selbſterleben hindeutende Empfindungen zu bieten. Woher hätten mir auch ſolche kommen ſollen?

Die Uebungen in Fertigung lateiniſcher Verſe ſetzte ich gleichfalls fort, was mir jedenfalls zu einer größeren Gewandtheit im ſprachlichen Ausdruck verhalf.

Meine Studienweiſe war eine ziemlich eigenthümliche. Von eigentlichem Unterricht war wenig die Rede. Außer einer wöchentlichen Stunde zur Unterweiſung in den Religionswahrheiten, wobei unſer Lehrer ſich der Schriften

Dinters bediente (den er persönlich gekannt hatte und hochschätzte), und einer Erbauungsstunde am Schluß der Woche, die im Vorlesen eines Kapitels aus den „Stunden der Andacht" bestand, hatte ich für meinen Theil nur unregelmäßig, ab und zu, eine und die andere Lehrstunde, worin wir ein Stück aus einem Klassiker lasen. Im Uebrigen war ich auf Selbststudium angewiesen. Dies hatte das Gute, daß ich mich gewöhnte, selbstthätig zu arbeiten und mir mit eigener Kraft fortzuhelfen, aber auch den Nachtheil, daß ich nicht methodisch und nach einem festen Plane arbeiten lernte. Das Einzige, was mein Lehrer ziemlich regelmäßig mit mir betrieb, war die Anleitung zum Lateinischsprechen. Obschon ich bis dahin noch nicht die geringste Uebung darin gehabt hatte, überhaupt im Ganzen erst mäßige Vorkenntnisse im Lateinischen besaß, mußte ich doch fast vom ersten Tage an ihm jeden Abend lateinisch wiedererzählen, was ich im Cornelius Nepos, Cäsar, Sallustius oder Livius gelesen hatte. Dadurch erlangte ich eine solche Uebung und, da Pastor Sturz ein sehr gewandter Lateiner war, eine solche Correctheit im Ausdruck, daß ich bereits im Alter von 12, 13 Jahren fertig lateinisch sprach.

Der Kreis meiner Beschäftigungen war gänzlich auf die Betreibung der alten Sprachen eingeschränkt. Von den sogenannten Realien, Mathematik, Geschichte, Geographie, erfuhr ich nichts, als was ich etwa beiläufig aus dem Schröckh und dem Stein, die sich beide in meines Lehrers Bibliothek befanden, mir aneignete. So bildete sich allmälig in mir die Vorstellung aus, daß neben den klassischen Wissenschaften alles Andere nur von untergeordnetem Werthe sei

Ueber die Wahl meines künftigen Berufs beſtand kein Zweifel: ich mußte Philolog werden. Mir ſelbſt war dies recht; ich hatte keinen deutlichen Begriff von den Vorzügen des einen oder anderen Berufs; hätte ich aber auch eine andere Neigung gehabt, ich würde ſchwerlich gewagt haben, ſie geltend zu machen oder auch nur zu äußern. Denn mein Lehrer, der mit der vollen Liebe und Fürſorge eines Pflegevaters auch die Rechte eines ſolchen über mich übte, hielt ſich, wie es Perſonen von redlichem Wollen für Andere ſo leicht geſchieht, nicht blos für befugt, ſondern für verpflichtet, nach Dem, was er für mein Beſtes hielt, unbedingt über mich zu verfügen, und er würde einen Widerſpruch dagegen meinerſeits für eine undankbare Verkennung ſeiner guten Abſichten gehalten haben. Ich ſelbſt, obgleich vom Hauſe aus an ganz andere Erziehungsmaximen gewöhnt (da meine Mutter die freieſte Aeußerung meines Willens- und Gefühlslebens nicht blos geduldet, ſondern ermuthigt hatte), war doch zu ſehr durchdrungen von der dankbaren Ueberzeugung, daß Sturz es gut mit mir meine, daneben zu ſchüchtern, um an eine ſelbſtſtändige Willensäußerung ihm gegenüber auch nur zu denken.

Unmittelbar vor dem Zeitpunkt, wo mein Pflegevater für nöthig fand, mich einem weiteren Lebenskreiſe und vielſeitigeren Bildungseinflüſſen zu übergeben, ward die ſcheinbar feſtſtehende Beſtimmung wegen meines Berufs auf unerwartete Weiſe noch in Frage geſtellt. Der Leiter einer großen und berühmten Privaterziehungsanſtalt in Dresden, Director Blochmann, welchem mein bisheriger Studiengenoſſe Arnſtedt übergeben und dem bei gleicher Gelegen-

heit ich vorgestellt wurde, erbot sich, mich kostenfrei in sein Institut aufzunehmen. Mein Pflegevater ging darauf ein, meine Eltern folgten seinem Rath, und so war entschieden, daß ich dorthin kommen sollte. Mir selbst, so sehr ich mich in das strenggelehrte Wesen hineingelebt hatte, sagte doch ein gewisser Instinct, daß die realistischen Kenntnisse und Fertigkeiten, die in jener, in mehr modernem Sinne eingerichteten Anstalt gelehrt wurden, ihren bedeutenden Werth für's Leben hätten. Da, noch in der letzten Stunde, fiel die Entscheidung anders aus. Ein vertrauter Freund meines Lehrers, der auch mich sehr lieb hatte, der spätere Pastor Axt, sprach die Befürchtung aus, meine Bildung möchte auf diese Weise zu sehr veräußerlicht, mein Charakter durch die etwas aristokratisirende Richtung jener Anstalt beeinträchtigt werden. Ich erinnere mich noch deutlich der großen Aufregung, in welche meinen Lehrer der Brief seines Freundes versetzte. Obschon durch den der Form nach ziemlich schroffen Einspruch desselben tief verletzt, vermochte er doch mit seinem mehr weich gearteten Gemüth der Entschiedenheit des äußerst charakterfesten Freundes nicht zu widerstehen und gab nach. Ich selbst, daran gewöhnt, keinen eigenen Willen zu haben, wagte auch jetzt nicht, Wunsch oder Meinung in abweichender Richtung zu äußern. So ward auf den ursprünglichen Plan, wonach ich auf der Kreuzschule zu Dresden die letzte Vorbereitung für die Universität empfangen sollte, zurückgekommen.

Es traf sich eigenthümlich, daß gerade bei meinem Eintritt in die Familie, der ich in Dresden zu häuslicher Pflege übergeben ward, ein dieser befreundeter berühmter

Mechaniker, Inſpector Blochmann, ein Bruder des Directors, das Modell einer Dampfmaſchine vorzeigte und erklärte. Mir fiel es wie ein Stein auf's Herz, daß ich der Beſchäftigung mit Natur und Lebenspraxis, wie ich ſie hier in einem ihrer werthvollſten Ergebniſſe gleichſam verkörpert vor mir ſah, nun für immer abſagen, mich ganz nur der Büchergelehrſamkeit widmen ſollte. Ich ahnte dunkel, was ich damit aufgäbe. Aber es war geſchehen.

Zweites Capitel.

Schule und Universität.

Michaelis 1827 — Ostern 1834.

Zu Michaelis 1827 ward ich der Kreuzschule zu Dresden übergeben. Mein Pflegevater selbst brachte mich dahin. Rector Gröbel stellte eine mündliche Prüfung mit mir an und gab mir am Schlusse derselben, da er hörte, daß ich auch lateinische Verse mache, als Thema zu solchen ein: Salve, Dresda, auf. Ohne jedes literarische Hülfsmittel mußte ich im Hotel mich hinsetzen und, noch dazu unter manchen Störungen, ein paar Dutzend lateinischer Distichen fertigen. Indeß, Rector Gröbel bezeigte sich zufrieden; ich ward sogleich in die Prima aufgenommen. Später bei meiner Einführung in die Klasse, las er meine Verse dieser vor, während ich vor Scham erröthend neben ihm stand.

Der methodische Unterricht, wie er hier betrieben ward, war mir großentheils neu und fremd; doch fand ich mich bald hinein. Von andrer Seite brachte ich in Manchem eine gewisse Ueberlegenheit mit, die um so mehr auffiel, als ich einer der jüngsten, jedenfalls der kleinste in der Klasse war, so in der Fertigkeit des Lateinsprechens und

des Verſemachens. Dadurch fand ich mich bald den vorgeſchritteneren Schülern gleichgeſtellt, den Lehrern aber, die auf Derartiges viel gaben, nahegerückt.

Die Atmoſphäre der Schule war eine durch und durch philologiſche. Von Realien ward, wenigſtens in der oberen Klaſſe, kaum das Nothdürftigſte geboten. Mathematik hatten wir in Prima, da der Lehrer der Mathematik geſtorben war, faſt zwei Jahre lang überhaupt nicht, und dann ward ganz von vorn mit den vier Spezies angefangen. Geographie gab es ebenſowenig. Geſchichte trug Baumgarten-Cruſius vor, der uns mit witzigen Anekdoten und geiſtreichen Bemerkungen angenehm unterhielt, aber nicht ſehr vorwärts brachte. Die Klaſſiker wurden von tüchtigen, zum Theil ausgezeichneten Lehrern, wie Wagner, Sillig, Baumgarten-Cruſius, zwar vorwiegend von der exegetiſch-formalen Seite, im Geiſte der Schule Gottfried Hermanns, jedoch mit Geiſt und Geſchmack erklärt. Meine für feſtſtehend geltende Beſtimmung zum Philologen, meine bisherige Gewöhnung und ein in dieſem Alter erklärlicher und verzeihlicher Ehrgeiz, mich in Dem hervorzuthun, was von den Lehrern am meiſten geſchätzt ward — Alles drängte mich immer mehr nach dieſer Seite hin, und ich ſchwelgte bereits in allerhand Plänen von Interpretation und Emendation klaſſiſcher Schriftwerke.

Mein häusliches und geſelliges Leben erlitt durch die Ueberſiedelung von dem einſamen Dorfe in die Reſidenz einen gewaltigen Umſchwung. Die Familie der verwittweten Oberſteuerrath Stelzner, welcher ich übergeben war, beſtand aus drei Söhnen, wovon der älteſte mit mir in

gleichem Alter war, einer erwachsenen und einer jüngeren Tochter. Von den gemeinsamen Schulgenossen kamen mehrere regelmäßig in's Haus. An geselliger und gemüthlicher Anregung litt ich daher nicht Mangel. Dagegen trat eine bisher mir unbekannt gebliebene Anforderung peinigend an mich heran. Die Familie verkehrte gesellig mit andern Familien des höheren Beamtenstandes. Wir jungen Leute wurden dabei ebenfalls zugezogen, und es ward von uns erwartet, daß wir uns an den Gesprächen und sonstigen Unterhaltungen der Erwachsenen nach Kräften betheiligten. Mein Pflegebruder Stelzner wußte solchen Anforderungen mit schicklicher Freiheit zu genügen und sich behaglich in diesem Elemente der Geselligkeit zu bewegen. Mir aber fehlte es gänzlich an der dazu nöthigen Begabung und Gewöhnung: mich unaufgefordert in's Gespräch zu mischen, wäre mir unmöglich gewesen, und selbst auf die Anrede eines Erwachsenen sofort eine passende Antwort zu geben, fiel mir oftmals schwer. Tagelang vor einer solchen geselligen Zusammenkunft stand ich förmliche Angst aus, wie ich mich verhalten, was ich thun und sprechen solle, um mich nicht bloßzugeben. Besonders hinderlich war mir dabei auch der Mangel zweier Fertigkeiten, die bei uns halberwachsenen jungen Leuten allgemein vorausgesetzt wurden, des künstlichen Tanzens und des Französischsprechens. Und ich besaß nicht Entschlossenheit genug, um diesem Mangel rasch durch Nachholung des an mir Versäumten abzuhelfen. Erst im letzten Schulhalbjahre lernte ich Beides und erlangte in Beidem bald eine ziemliche Fertigkeit.

Die Mißempfindung, welche diese Erfahrungen mir

verurſachten, mag wohl weſentlich dazu beigetragen haben, daß ich über meine ganze bisherige Bildungsweiſe und ihr Verhältniß zu den allgemeinen Lebenszwecken ernſtlicher nachzudenken anfing. Denn Nichts übt einen größeren Einfluß auf den Menſchen, als ſolche, zwar an ſich kleine, aber täglich wiederkehrende und unmittelbar das perſönlichſte Gefühl berührende Vorkommniſſe. Ich empfand mit Unbehagen den Abſtand meiner bisherigen Beſtrebungen von dem, was das Leben, das jetzt zum erſten Mal mit ſeinen mannigfaltigen Verhältniſſen und Intereſſen an mich herantrat, von dem Einzelnen fordere und erwarte. Doch hätte dieſe perſönliche Empfindung allein ſchwerlich einen ſo tiefen Eindruck auf mich gemacht, wenn nicht von anderen Seiten mein Vertrauen und meine Zuneigung zu den klaſſiſchen Studien erſchüttert worden wäre. Woher mir dieſe gewichtigeren Bedenken zuerſt gekommen, wüßte ich kaum mehr zu ſagen; nur ſoviel entſinne ich mich, daß ein gewiſſer dunkler Drang nach gemeinnützigem, unmittelbar in's Leben eingreifendem Wirken ſich meiner bemächtigte, der mir die Beſchäftigung mit blos gelehrtem Wiſſen je länger je mehr als unbefriedigend erſcheinen ließ. Genug, ich war meinem innerſten Gefühle nach bereits ein Ketzer an der Philologie, während ich noch in der Schule und ſelbſt in meinen Privatſtudien mit äußerlich unvermindertem Eifer derſelben oblag. Meine älteren Freunde, welche einige Zeit vor mir zur Univerſität abgingen, beſtürmten mich in ihren Briefen von Leipzig aus mit Mahnungen wegen Ergreifung eines feſten Entſchluſſes, und, da die meiſten derſelben die juriſtiſche Laufbahn betreten hatten, ſo drängten ſie mich zur Nachfolge darin.

Einflußreiche Gönner in Dresden riethen daſſelbe. Allein, ſo ſehr ich früher mich fremder Autorität unterworfen hatte, ſo wenig vermochte ich, bei dem jetzt in mir erwachten Drange ſelbſtſtändigen Prüfens und Entſcheidens, zu einer Richtung für's ganze Leben mich unbeſehen und ohne bewußte Ueberzeugung zu entſchließen. Was ich etwa von der Juriſterei kennen lernte, hatte nichts Anziehendes für mich. Näher lag mir das theologiſche Studium, denn bei meinen Grübeleien über die wahre Beſtimmung des Menſchen und die höchſten Ziele der Menſchheit war ich natürlich auch auf mancherlei metaphyſiſch-theologiſche Bedenklichkeiten gerathen. Einer meiner vertrauteſten Freunde war Theolog. Mit ihm disputirte ich in ſeinen Ferien über Gegenſtände ſolcher Art. Allein ſein mehr gefühlsweiches, als gedankenſcharfes Weſen reizte meine Zweifelſucht nur noch mehr und nährte ſo in mir eine Stimmung, die für einen theologiſchen Lebensberuf nichts weniger als günſtig ſchien.

Meinem Pflegevater Sturz wagte ich von dem in mir entſtandenen Zwieſpalt nichts zu ſagen, einestheils weil ich mir ſelbſt noch zu unklar war, anderntheils weil er während des letzten Jahres meines Aufenthalts auf der Schule erſt lange kränkelte, zuletzt ernſtlich erkrankte. Gerade im entſcheidenden Wendepunkte meines Lebens, als ich im Begriff war, die Schule zu verlaſſen, ſtarb er.

Da er Niemand hatte, der auf ſeine mäßige Erbſchaft Anſprüche gemacht oder Hoffnungen geſetzt hätte (ſeine einzige Schweſter lebte, als die Gemahlin des k. k. öſterreichiſchen Feldmarſchalllieutenants Baron von Langenau, in glänzenden Verhältniſſen), ſo vermachte er, was er be-

ſaß, mir und ſetzte mich dadurch in den Stand, meinen Studien ohne ängſtliche Beeilung, und ohne meinen Eltern zur Laſt zu fallen, obliegen zu können. Sein letztes geiſtiges Vermächtniß an mich war die Mahnung, „der Wiſſenſchaft treu zu bleiben".

Der Wiſſenſchaft! Ein großes, weites Wort, deſſen wahre Deutung zu finden eben damals mein ganzes Denken beſchäftigte. Ich fand mich in dieſem Beſtreben auch in Leipzig, wohin ich Oſtern 1830 überſiedelte, wenig gefördert. Weder die philoſophiſchen Vorleſungen von Krug, die ſich in dem feſten Geleiſe eines beſtimmten Syſtems bewegten, noch die philologiſchen von Hermann, die mich auf ein Gebiet zurückführten, das meiner innern Neigung bereits ein fremdes geworden war, noch weniger die theologiſchen von Theile, die ich gleichſam verſuchsweiſe hörte, gaben mir Aufſchluß über Das, was ich vor Allem zu wiſſen verlangte. Die hiſtoriſchen Vorträge von Wachsmuth und Haſſe, ſowie die Uebungen der hiſtoriſchen Geſellſchaft bei dem Letztern machten mich zwar wohl mit einzelnen Partieen der Vergangenheit bekannt, aber ohne mir deren Beziehungen zur Gegenwart und die höchſten Aufgaben dieſer letztern weſentlich näher zu bringen. Mehr ſchon regten mich die anthropologiſchen Vorleſungen Heinroths an, allein zu dem innerſten Myſterium des Menſchenlebens gaben ſie mir doch auch nicht den Schlüſſel. Im perſönlichen Geſpräch mit einzelnen Profeſſoren, an welche ich empfohlen war, vernahm ich zwar Rathſchläge über die beſte Art der Einrichtung eines feſtgewählten Studiums, aber nichts, was mich bei dieſer Wahl ſelbſt hätte leiten können.

So sah ich mich immer wieder auf mich selbst zurückgewiesen. Das einzige Entscheidende, was ich in dieser Lage that, war ein ausführlicher Brief an den mir am meisten persönlich befreundeten unter meinen früheren Lehrern, den Conrector Wagner, worin ich ihm den Zustand meines Gemüths offen darlegte und meinen festen Entschluß aussprach, der Philologie abzusagen, weil sie die Anforderungen nicht erfülle, die ich an die Wissenschaft als Bildnerin und Führerin der Menschheit stellen müsse. Etwas Weiteres vermochte ich nicht zu sagen, außer, daß ich eben diese wahre Bestimmung des Menschen mit allem Ernst und Eifer suche. Mein väterlich gesinnter Lehrer nahm diese Eröffnung, so sehr sie seinen auf mich gesetzten Hoffnungen widersprach, gütig auf und rieth mir nur wohlmeinend, irgend einen bestimmten Beruf, als Handhabe für's Leben, zu wählen. Eben dazu mahnte, zugleich aus Rücksichten des äußern Fortkommens, mein sorglich für mich bedachter Vormund, Amtshauptmann von Arnstedt.

Das war aber freilich nicht so leicht gethan. Einen Beruf zu treiben, bei dem ich nicht mit ganzer Seele betheiligt wäre, widerstand der innern Wahrhaftigkeit meines Wesens, und, um die äußeren Nothwendigkeiten im Voraus abzuwägen, fehlte es mir zu sehr an deren Kenntniß. Genug, ich glaubte erst in mir selbst zur vollständigen Klarheit gelangen zu müssen, ehe ich durch irgend eine äußere Wahl mich dauernd bände. Ein solcher Entschluß war natürlich einem geordneten Studiengange nicht eben günstig; ich trieb mich auf allen Gebieten umher, suchend prüfend, verwerfend, bald angezogen, bald wieder abgestoßen.

In dieſem Schwebezuſtande meines Gemüths verlangte auch der poetiſche Trieb wieder ſeine Berechtigung. Ich hatte während meiner dritthalbjährigen Schulzeit mich in deutſchen Dichtungen wenig mehr verſucht. Dagegen war der Kreis meines poetiſchen Empfindens weſentlich erweitert worden durch die ausgedehntere Bekanntſchaft mit den bedeutenderen unſerer vaterländiſchen Dichter, vor Allem mit Goethe. Meine erſte Berührung mit dieſem brachte faſt mehr eine abſtoßende, als eine feſſelnde Wirkung auf mich hervor. Verwöhnt durch das Schiller'ſche Pathos, konnte ich mich in die einfach-natürliche Gefühls- und Ausdrucksweiſe Goethes nicht finden. Noch muß ich lachen, wenn ich daran denke, wie mein Freund, der (unlängſt verſtorbene) Maler Theobald von Oer, mit dem ich poetiſche Studien trieb, auf meine Bemerkung: „Goethe ſcheine mir, im Vergleich zu Schiller, keine rechte Kraft zu haben," laut aufſchreiend rief: „Goethe — keine Kraft?" Die Aufführung des „Fauſt" zu Goethes 80ſtem Geburtstag, unter Tiecks ſpecieller Leitung, war für uns Beide ein großes Ereigniß und beſchäftigte uns lange zuvor und nachher. Bei all meiner tiefen Erregtheit durch das gewaltige Dichtwerk konnte ich doch nicht umhin, in meinem damaligen Drange nach unmittelbarer Bezugnahme auf's Leben an meinen Freund die ſchüchtern zweifelnde Frage zu richten: was denn wohl Goethe durch ſeinen „Fauſt" habe wirken und nützen wollen? Mein Freund war über dieſe beengte Vorſtellungsweiſe von unmittelbar praktiſchen Zwecken der Poeſie hinaus, vermochte indeſſen doch nicht, auch mich ſofort auf ſeinen höheren Standpunkt hinüberzuführen.

In Leipzig, wo mich die große Räthſelfrage des

Lebens fort und fort bis zur tiefsten Seelenqual beschäftigte, trat jene höchste poetische Offenbarung der Neuzeit, der „Faust", wieder mächtig an mich heran, aber jetzt in eigenthümlicher Weise. Ich nahm den Dichter ernsthaft beim Wort, forderte und erwartete von ihm wirkliche Aufschlüsse über den Weltplan im Großen und die Bestimmung des einzelnen Menschen darin, und damit für mich selbst eine, wenn nicht speculative, so doch poetische Selbstverständigung und Beruhigung. Allein hier ließ mich der Dichter im Stich. Ein bloßer Liebesroman als Abschluß eines so gewaltigen geistigen Anlaufes, wie ihn Faust im ersten Monologe nimmt, genügte mir nicht. Die Lösung, welche im zweiten Theile (der eben damals erschien) der Dichter versucht, befriedigte mich noch weniger, und so ging ich (wie das in jener Zeit von verschiedenen Seiten geschah), auf eigene Hand an eine Fortsetzung des „Faust". Es ist mir davon nichts mehr übrig, und ich erinnere mich nur, daß ich den Helden in gewisser Weise mit Napoleon identificiren, ihn durch den unersättlichen Egoismus der Ehrbegierde Verderben über sein eigenes und über andere Völker bringen lassen und so zuletzt in ihm selbst die Empfindung erregen wollte, daß sein titanisches Streben in's Ungemessene nicht das rechte sei.

Ein anderer dichterischer Plan, der, den Goethe'schen Gedanken einer „Iphigenie zu Delphi" auszuführen, und zwar in griechischen Versen, von mir auf der Schule gefaßt und noch in Leipzig anfangs festgehalten, gelangte zum Glück in der Ausführung nicht über ein paar Anfänge hinaus. Es war gleichsam mein poetischer Abschied von der Philologie. Die Beschäftigung mit englischer

Literatur, der ich mich eifrig widmete, indem ich namentlich Shakeſpeare in der Urſprache ſtudirte, übte eine ſo unmittelbare Wirkung, wie der „Fauſt“, auf meine Geſammtlebensanſchauung nicht aus. Die realiſtiſche Weiſe des unſterblichen Briten, obſchon ich ihre Gewalt und Berechtigung inſtinctmäßig empfand und von der unvergänglichen Muſtergültigkeit Shakeſpeare'ſcher Dichtung eine Ahnung erhielt, ſtand doch meiner damaligen, durchaus idealiſtiſchen Sinnesart zu fremd und unvermittelt gegenüber, als daß ſie mich in meinen Anſichten vom Leben beſtimmen oder auch zu poetiſcher Nacheiferung hätte locken können.

Drei Jahre vergingen mir ſo in Leipzig ohne ſonderlich reichen oder doch zuverläſſigen Gewinn an poſitiver Wiſſensausbeute, ja auch ohne weſentliche Erfolge in meinem Streben nach innerer Klarheit.

Zu Oſtern 1833 vertauſchte ich Leipzig mit Heidelberg. Dorthin zog mich faſt mehr noch, als der Ruf der bedeutenden Lehrkräfte, durch welche Heidelberg glänzte, eine gewiſſe dunkle Hoffnung, inmitten der reicheren Natur und des aufgeſchloſſeneren Lebensverkehrs in Süddeutſchland mancherlei Förderungen für mein inneres Ringen und Streben zu gewinnen. Wieviel dabei der Gedanke an das politiſch bewegtere Leben Badens gethan habe, wüßte ich kaum recht zu ſagen. Ich war während meiner Studienzeit in Leipzig der Politik ziemlich fern geblieben. Selbſt die ſogenannte „Leipziger Revolution“ vom 2.—4. September 1830 hatte auf mich nur einen geringen und eher den entgegengeſetzten Eindruck von dem gemacht, welchen man bei einem jungen Manne vermuthen könnte. Nicht daß

ich mich für das Bestehende oder dessen Träger aus persönlicher Anhänglichkeit oder aus Ueberzeugung besonders interessirt hätte — ich wußte davon wenig oder nichts; — auch leuchtete mir der Nutzen einer geregelten Staatsordnung, wie sie durch die sächsische Verfassung von 1831 herbeigeführt ward, wohl ein, und ich konnte die Voreingenommenheit meiner aristokratischeren Freunde nicht theilen, welche spöttelten: „es werde noch dahin kommen, daß die Engel im Himmel den lieben Gott durch eine Verfassung in seiner Weltregierung beschränken wollten.“ Aber die roheren Ausbrüche des Volksgeistes, wie sie bei jenem Anlaß vorkamen, waren meiner, an strenge Sitte gewöhnten Natur zuwider, und in meinem guten Vertrauen auf den Edelsinn und die Aufrichtigkeit aller Menschen bildete ich mir ein, es sei vollauf genug, wenn die Regierenden auf vorhandene Mißbräuche aufmerksam gemacht würden; die nothwendigen Verbesserungen würden sie dann schon von selbst, ohne weiteren Zwang oder hastiges Drängen, herbeiführen. Im Hintergrunde dieses politischen Optimismus lag bei mir offenbar noch etwas Anderes, nämlich eine gewisse ästhetisch-philosophische Abneigung gegen alle directe Beschäftigung mit der Politik. Einzig bestrebt, mit meinen hochfliegenden Speculationen über Welt und Menschheit in's Reine zu kommen, erschien mir das politische Alltagsgetriebe viel zu kleinlich, um mein Interesse ernstlich darauf zu wenden, und der Gedanke fast beängstigend, daß eine Ordnung der Dinge in's Leben treten könnte, wo die Beschäftigung mit Politik am Ende auch für den Privatmann eine Pflicht würde.

Wie und wodurch eine Umstimmung dieser meiner

Anſichten erfolgte, iſt mir nicht mehr genau erinnerlich; nur ſoviel erſehe ich aus einem damals niedergeſchriebenen Bruchſtück eines Gedichtes, daß die Bundesbeſchlüſſe von 1832 einen weſentlichen Antheil daran gehabt haben müſſen.

Auch in Heidelberg, wo ich doch in der Atmoſphäre des regſamen badiſchen Liberalismus lebte, nahm die Politik in meinem ganzen Denken und Fühlen immer nur eine ſehr untergeordnete Stelle ein. Zwar wohnte ich mit Intereſſe einer wichtigen Sitzung der II. Kammer in Carlsruhe bei, ſah und vernahm mit Befriedigung in perſönlicher Nähe jene Koryphäen des Liberalismns, Welcker, Rotteck, Itzſtein u. A., deren Namen ich ſchon in unſerem Norden, vollends ſeit ich in Baden war, ſo oft mit Begeiſterung hatte nennen hören. Zwar regten die Vorträge Zachariäs über conſtitutionelles Staatsrecht mich zn vielſeitigerer Erwägung dieſer Verhältniſſe, auch wohl zu etwas freieren Anſchauungen, als die er uns beibrachte, an. Allein mehr als dieſe, ſelbſt mehr als Schloſſers geſchichtliche Vorleſungen, für die mir der rechte Sinn geſchichtlicher Lebensauffaſſung im Großen noch zu ſehr abging, nahmen mich die philoſophiſchen Studien in Beſchlag, die ich ſchon in Leipzig in letzter Zeit mit ziemlichem Eifer begonnen hatte, hier aber fortſetzte und erweiterte. Der Gedanke an einen akademiſchen Lehrberuf, ſpeciell nach dieſer Seite hin, war wenigſtens Ein feſter Punkt, der aus meinem inneren Schwanken und Schweben allmälig hervortrat und meinen Beſtrebungen eine etwas beſtimmtere Richtung verlieh. Mit Kant hatte ich mich ſchon in Leipzig beſchäftigt; jetzt griff ich zurück zu Descartes und Spinoza,

vorwärts zu Fichte, Schelling, Hegel. Ein Collegium bei Daub über Anthropologie brachte mir mannigfache Anregungen; daneben hörte ich Physik bei Muncke, um meinen Speculationen eine etwas realistischere Unterlage in der Kenntniß der Natur zu geben.

Auch meine Beschäftigung mit schöner Literatur setzte ich fort. Dem Studium des Englischen, das ich in Leipzig begonnen, fügte ich das des Italienischen bei. Mit einem italienischen Wörterbuch ausgerüstet, ohne fremde Anleitung, ja auch ohne eine grammatikalische Vorbereitung, las ich Tassos „Befreites Jerusalem" vom Anfang bis zum Ende mit hohem Genusse durch, — theils auf meiner Stube, theils in den romantischen Ruinen auf dem Heiligen Berge. Mit der neuesten deutschen und französischen Literatur machte ich nähere Bekanntschaft. Für die erstere ward mir der Verkehr mit einem Landsmanne nützlich, der aus einer literarisch hochgebildeten Familie stammte, dem, leider früh verstorbenen, Arthur Buddeus. Sein Vater war als junger Mann Secretär des Herrn von Thümmel gewesen und hatte diesen bei der Abfassung seiner „Reisen in's mittägliche Frankreich" unterstützt; seine Schwester ward später die Gattin H. Laubes. Mit ihm, einem andern Sachsen und einigen in Heidelberg studirenden jungen Franzosen hatte ich ein deutsch-französisches Kränzchen, worin wir abwechselnd Schiller, Uhland, Lamartine, Béranger, Victor Hugo u. s. w. lasen.

Im Uebrigen verbrachte ich hier, wie in Leipzig, meine Universitätsjahre in frischer, harmloser Jugendfröhlichkeit. An dem Treiben, wie es in den Verbindungen gepflegt wurde, konnte ich wenig Gefallen finden; nur den Fecht-

übungen lag ich gern und regelmäßig ob. Dagegen verkehrte ich mit einem engeren Kreiſe vertrauter Freunde in fröhlichſter Lebensluſt, wobei es an mannigfacher geiſtiger Anregung nicht fehlte. In Leipzig hatte dieſe Geſelligkeit einen anmuthig fördernden Mittelpunkt gefunden in der Familie eines der gemeinſamen Freunde, des ſpäteren Bürgermeiſters von Leipzig, Koch. Ein außerhalb der Stadt und für Leipzig faſt romantiſch gelegenes Gehöft mit weitem Garten und parkartigem Gehölz (der Kuhthurm), die Amtswohnung des Oberförſters Koch, ein Elternpaar von biederſtem Charakter, das, obſchon der ſilbernen Hochzeit naheſtehend, doch genug friſchen Sinn beſaß, um die Fröhlichkeit der Jugend zu theilen und zu ermuntern, ein Kreis blühender Schweſtern unſeres Freundes, von einfach natürlicher Bildung und von beſtem Ebenmaß zwiſchen Verſtand und Gemüth, mit denen wir jungen Männer in unbefangenem, faſt geſchwiſterlichem Umgange verkehrten, eine ausgedehnte und herzliche Gaſtlichkeit, die gern ſo oft als möglich einen heiteren Kreis, zumal jüngerer Leute, an dem großen Familientiſch oder unter den Akazien vor dem Hauſe verſammelte — ſo waren alle Elemente eines faſt idylliſch-poetiſchen Zuſammenlebens gegeben. Und, damit der traulichſten Geſelligkeit und dem gemüthlichſten Behagen in anmuthiger Umgebung auch die Würze feinerer geiſtiger Erregung nicht fehle, ward manche Stunde mit gemeinſamem Leſen oder Vorleſen, auch mit kleinen theatraliſchen Aufführungen angenehm hingebracht, zu denen ich wohl bisweilen einen Prolog oder ein kleines Gelegenheitsſtück lieferte.

Dergleichen gab es nun freilich in Heidelberg nicht. Ich

hatte mich dort aus einer gewiſſen Laune der Unabhängigkeit, zugleich um die mir verfügbaren Mittel für größere Reiſen zu ſparen, gefliſſentlich von dem geſelligen Verkehr in Familien und im Muſeum fern gehalten, den meine Freunde lebhaft pflegten, mich überhaupt auf einen engſten Kreis, meiſt ſächſiſcher Landsleute, beſchränkt. Um ſo lieber ſtreifte ich theils mit dieſen, theils allein in der herrlichen Gegend umher. Des Sonntags wurden öfters Ausflüge zu Wagen bald längs der Bergſtraße, bald über den Rhein hinüber gemacht, wobei wir ſelbſt abwechſelnd kutſchirten. Ab und zu gab es auch fröhliche Zechgelage in der alten Schloßruine. Daneben wurden aber die Collegien pünktlich beſucht.

Auch an größeren Wanderungen fehlte es nicht. Kein Ort bietet wohl zu ſolchen bequemere Gelegenheit und ſtärkeren Anreiz, als die liebliche Muſenſtadt am Neckar. Zwar war Heidelberg damals noch nicht wie heut durch Eiſenbahnen dem großen Weltverkehr geöffnet, bewahrte vielmehr eine gewiſſe idylliſche Unſchuld, anmuthig hineingeſchmiegt zwiſchen die letzten Ausläufer des Odenwaldes, den Heiligen Berg und den Kaiſerſtuhl, aus denen der Neckar, wie ein in's Freie entlaſſener wilder Knabe, im raſchen Lauf in die weite Rheinebene hinausſpringt. Allein der Ausblick von der Schloßterraſſe aus auf eben dieſe Rheinebene und das ſie im Weſten begrenzende maleriſche Haardtgebirge, die weitere Umſchau vom Kaiſerſtuhl nach Süden bis zum Schwarzwald und in's Württembergiſche hinein, nach Norden die Bergſtraße hinauf zum Melibocus und Donnersberg, endlich öſtlich in die vielverſchlungenen Thäler des Odenwaldes, dazu der in

gewaltigem Wogendrange ſich vom Süden nach dem Norden ſchlängelnde Lauf des Rheines, der die Gedanken bald nach dem Elſaß und der Schweiz, bald nach den Rebengeländen des Rheingaus und den alterthümlichen Burgen des Rheinthales lenkte — wie hätte ſich da nicht Reiſeluſt und Wanderdrang einſtellen ſollen?

Als nächſtes lockendes Ziel für kürzere Ausflüge bot ſich die Rheinpfalz dar. Dorthin lenkte ich denn auch meine Schritte ſchon in den Pfingſtferien. Ein beſonderer Anlaß kam hinzu. Auf dem Hambacher Schloß — damals noch einer maleriſchen, weitausgedehnten Ruine — fand altherkömmlich zu Pfingſten jeden Jahres ein Volksfeſt ſtatt. Im Jahre 1832 hatte ſich dieſes Volksfeſt zu einer großen politiſchen Demonſtration geſtaltet. Trotz der für viele Theilnehmer verhängnißvollen Folgen dieſes „Hambacher Feſtes“ wollte man daſſelbe dennoch 1833 wiederholen. Dabei gegenwärtig zu ſein, trieb mich viel weniger ein politiſcher Drang, als jugendliche Neugier. Ich erbat und erhielt vom Univerſitätsgericht einen Paß, kam auch (obgleich ich ſchon in Mannheim hörte, daß die bairiſche Regierung alle Fremden möglichſt fern halten wolle) bei der blauweißen Schildwache jenſeits der Rheinbrücke glücklich vorbei und gelangte unangefochten nach Neuſtadt an der Haardt. Ich fand das Städtchen angefüllt mit Militär und ſaß am Abend im Gaſthof unter lauter Offizieren. Am nächſten Morgen ſtieg ich zum Hambacher Schloſſe hinan, ſah dort die ausgedehnten Vorbereitungen zum Feſt, ſchwelgte eine Zeit lang in der prachtvollen Ausſicht, die ſich von da weithin über die Rheinebene nach der Bergſtraße, dem Odenwalde und hinunter zum Schwarzwald

öffnete, und wanderte dann hinab nach Landau, gewillt, am nächsten Tage, dem eigentlichen Festtage, nach Hambach zurückzukehren. Allein in Landau ereilte mich das Schicksal in Gestalt eines bairischen Polizeicommissars. Ich muß hier für das jüngere Geschlecht, welches so glücklich ist, die sogleich zu erwähnende Einrichtung nicht mehr aus eigener Erfahrung zu kennen, die orientirende Bemerkung einschalten, daß damals ein Paßzwang bestand, der, wesentlich verschärft seit dem Hambacher Fest von 1832 und dem Frankfurter Putsch vom April 1833, für den Reisenden unter Anderem die harte Nothwendigkeit bedingte, seinen Paß täglich (binnen 24 Stunden wenigstens einmal) von der Behörde des Orts, den er passirte, visiren zu lassen. Um dieser Pflicht Genüge zu leisten, verfügte ich mich (da wegen des Sonntags das Polizeibureau geschlossen war) in die Wohnung des Polizeicommissars. Dieser war, wie ich sogleich bemerkte, keiner von der heiteren Pfälzer Sorte, die gern lebt und leben läßt, sondern ein griesgrämlicher Altbaier mit dem banalen kleinen verkniffenen Schnurrbart und mit einer goldenen Brille über den argwöhnisch blickenden Augen. Als ich ihm meinen Paß überreichte, sah er mich halb bestürzt, halb zornig an; dann aber sprach er das große Wort gelassen aus: „Auf diesen Paß kann ich Sie nur arretiren lassen!“ Auf meine bescheidene Bemerkung, wie ich geglaubt hätte, durch einen Paß gerade vor einem solchen wenig angenehmen Schicksal geschützt zu sein, zeigte er sich sehr unwillig darüber, daß die Heidelberger Universitätsbehörde mir einen Paß verabfolgt habe, da doch (hier schwatzte er aus der Schule) die bairische Regierung alle benachbarten Uni-

verſitäten erſucht habe, während dieſer Tage keine Päſſe auszuſtellen. Er fand es ſtrafbar, daß ich nicht den nächſten Weg zwiſchen den im Paſſe angegebenen Orten gewählt habe (worauf ich erwiderte: auf Vergnügungsreiſen gehe man nicht immer die nächſten, ſondern die ſchönſten Wege), und gab mir auf den Kopf ſchuld, ich ſei gekommen, um in Hambach „Revolution machen zu helfen". Dazwiſchen fragte er ſichtlich ängſtlich, wie ich es in Neuſtadt gefunden hätte, und ſchien einigermaßen beruhigt, als ich ihm meine Wahrnehmungen über die dort getroffenen militäriſchen Anſtalten mittheilte. Aber auf ſeiner Abſicht, mich zu verhaften, beharrte er trotz aller meiner Vorſtellungen und Proteſtationen. Schon glaubte ich der Gewalt weichen zu müſſen, da kam unerwartete Hülfe von der Familie des Geſtrengen. Frau, Tochter und Schwiegerſohn, wahrſcheinlich von einem Spaziergange heimkehrend, traten in's Zimmer und ſahen erſtaunt das hochnothpeinliche Halsgericht, deſſen Gegenſtand ich war. Sie mochten mir wohl anmerken, daß ich kein Hochverräther und Umſtürzler ſei, genug, die Frauen neigten ſich eine um die andere zum Ohre des Gatten und Vaters, offenbar Fürſprache für mich einlegend, und ſo milderte dieſer endlich von ſelbſt ſeinen harten Spruch dahin: er wolle von meiner Verhaftung diesmal abſehen und mir nur einen Zwangspaß ausſtellen, mit dem ich mich unfehlbar am nächſten Morgen auf der Grenzſtation Speyer zum Widerauftritt aus Baiern zu melden hätte. So endete mein Abenteuer noch erträglich.

Schlimmer war es ein paar andern Heidelberger Studenten ergangen. Sie waren per Schub auf einem Leiterwagen

in Begleitung von zwei Gensdarmen über die Grenze zurückdirigirt worden, hatten sich aber dadurch schadlos gehalten, daß sie ihre Wächter unterwegs durch reichliche Spenden des edlen Pfälzer Weins trunken gemacht und in diesem Zustande an der Grenze abgeliefert hatten. Uebrigens konnten wir Alle es als eine günstige Schickung preisen, daß wir gewaltsam vom Hambacher Feste ferngehalten worden waren, denn das dorthin beorderte baierische Militair hatte in der brutalsten Weise, ohne jede Veranlassung, auf die wehrlose Menge eingehauen; sogar der Bürgermeister von Neustadt war, als er vermittelnd einschreiten wollte, durch einen Säbelhieb im Gesicht verwundet worden.

Ich habe diese Geschichte zu Nutz und Frommen unserer Jugend erzählt, die gar nicht weiß, wie gut sie es hat, daß sie ohne Paß größere Reisen unternehmen kann, während man damals nicht eine Tagereise weit ohne einen Paß sich wagen durfte und auch dann noch arretirt zu werden riskirte.

Harmloser und sehr vergnügt verlief ein zweiter Ausflug in die Pfalz, den ich am Schlusse meines Heidelberger Studienjahres mit einer Anzahl von Freunden, meist Sachsen, unternahm. Er ging durch die berühmtesten Weinorte jenes gesegneten Landes. Wir hatten dabei noch die besondere Genugthuung, einen unserer Genossen, der sich leichtsinniger Weise nicht mit einem Passe versehen hatte, ohne solchen glücklich in's Land hinein und wieder heraus zu schmuggeln.

O du herrliche Pfalz! Ich habe Dich seitdem noch öfters besucht, immer mit der gleichen herzlichen Freude an Land und Leuten; ich habe schöne Tage verlebt unter

dem gaſtlichen Dache lieber Freunde, der beiden wackern Schwäger Buhl und Jordan in Deidesheim, zuletzt noch 1882, faſt volle fünfzig Jahre nach jener fröhlichen Studentenfahrt. Damals lebte noch Jordan, der recken-hafte und doch ſo milde, ſo liebenswürdige „Rieſe von Deidesheim". Seitdem iſt auch er geſchieden. Sein Schwager Buhl, dieſer prächtige Menſch, war ihm lange im Tode vorausgegangen.

So oft ich in der Pfalz, dieſem lieblichen Stück Gotteswelt, mich befand, mußte ich der bekannten Worte des römiſchen Dichters gedenken: Ille terrarum mihi praeter omnes angulus ridet! („Dieſer Winkel der Erde lacht mich vor allen andern an.")

In den Herbſtferien 1833 unternahm ich eine größere Reiſe. Zunächſt pilgerte ich den Rhein hinab, abwechſelnd zu Fuß und zu Schiff, bald allein und bald mit Genoſſen, bis Düſſeldorf. Dort weilte jetzt mein Freund Theobald von Oer als Zögling der unter Schadows Leitung ſtehenden Malerakademie. Es war die Blüthezeit der „Düſſeldorfer Schule". Ich fand die Elite ihrer Koryphäen noch ungetrennt beiſammen: Bendemann, Leſſing, Hübner, Sohn, Hildebrandt, Reinick u. A. Die meiſten davon lernte ich perſönlich, andere wenigſtens in ihren neueſten Werken bei einem Beſuch ihrer Ateliers kennen. Ein friſches Sichaus-leben und ein ebenſo zutraulicher als geiſtig beflügelter Verkehr herrſchte in dieſem Künſtlerkreiſe, in dem ich mich freundlich aufgenommen ſah. Ich mußte dieſe Jünger der Kunſt beneiden, die mit ſo ſicherem Schaffensdrange im Reiche des Schönen walteten und daneben mit ſo kecker Laune die Stunden der Muße ausfüllten.

Nach mehrtägigem Aufenthalt bei meinem Freunde fuhr ich weiter den Rhein hinab nach Holland. Ich besuchte der Reihe nach alle die größeren Städte: Nymwegen, Utrecht, Amsterdam, Harlem, Leyden, den Haag, Rotterdam. Sie waren damals zwar noch nicht durch Eisenbahnen verbunden, aber mit den „Treckschuyten" (kleinen, von einem Pferde mit darauf sitzendem halbwüchsigen Burschen gezogenen großen Kähnen, die auf den Canälen zwischen diesen Städten hin und her fuhren) leicht zu erreichen.

In Leyden ward ich sogleich bei meiner Ankunft im Gasthof von mehreren dasitzenden jungen Leuten, Studenten, die in mir den Commilitonen erkannten, auf's Freundlichste begrüßt, verbrachte mit ihnen einen angenehmen Abend auf der Stube des Einen und begleitete sie andern Tages in ein Colleg über Livius bei Professor Peerlkamp. Als ich noch ein anderes Colleg (über Philosophie) bei Professor Newenhuis hören wollte, fand ich mich zu meinem und noch mehr zu des Professors großem Erstaunen mit diesem ganz allein. Es ergab sich, daß irgend eine akademische Feierlichkeit (ich denke, eine Doctordisputation) ihm seine Zuhörer für diesen Tag abwendig gemacht hatte. Für mich erwuchs daraus der Vortheil, daß Professor Newenhuis mich in sein nebenan gelegenes Privatzimmer mitnahm, sich von mir über allerhand deutsche Universitätsverhältnisse, über Leipziger Gelehrte, mit denen er bekannt war, u. s. w., berichten ließ, mir seinerseits von einem philosophischen Werke sprach, an dem er eben arbeitete, ja zuletzt in liebenswürdigster Weise mich auf's Land in seine Familie einlud. Leider war ich Pedant genug, diese Einladung auszuschlagen, weil nach meiner im Voraus

festgesetzten Reiseroute ich an diesem Tage noch weiter fahren mußte. Ich habe es später bereut und mir vorgenommen, nie mehr auf solche Weise mir selbst die Hände zu binden.

Die meisten Studirenden in Leyden dienten damals als freiwillige Jäger. Holland befand sich noch im Kriegszustande gegenüber Belgien. Die Erbitterung der Holländer gegen die abgefallenen Belgier war so groß, daß sie selbst das gewöhnliche Phlegma dieses Volkes überwand. Nicht blos bei der studirenden Jugend, auch bei ältern Leuten fand ich wiederholt Spuren einer hochgradigen Aufregung.

Auf meine Reise wirkte diese Spannung zwischen beiden Ländern sehr störend ein. Der Uebergang von Holland nach Belgien war gehemmt, und ich mußte, um nach letzterem Lande zu gelangen, wieder nach Deutschland zurück und erst von da aus nach Belgien reisen. Selbst gegen Deutschland hin war die belgische Grenze scharf bewacht; die Reisenden, zumal die Fußreisenden, wurden einer strengen Controle unterzogen, und so lernte ich hier zum zweiten Male die Süßigkeiten des Paßwesens schmecken.

In Belgien fand ich die Bevölkerung womöglich noch stärker erregt, als in Holland. Während aber die Holländer mit einer ruhigen Zuversicht auf die Gerechtigkeit ihrer Sache und mit patriotischer Opferfreudigkeit sich um ihren König schaarten, glaubte ich bei den Belgiern eine gewisse Selbstüberhebung wahrzunehmen, die mir doch wenig berechtigt schien, denn im offenen Felde hatten die Belgier ihren Gegnern nicht Stand gehalten, waren nur durch das Einrücken der Franzosen vor einer Wiederunterwerfung bewahrt worden. Auch die vielfach hervortretende geflissentliche Nachahmung französischen Wesens fiel mir un-

angenehm auf. Belgien war eben damals noch in einem Zuſtande der Unfertigkeit begriffen. Zehn Jahre ſpäter, wo ich wieder dorthin kam, fand ich Alles ganz anders; ſelten wohl hat ein Volk das ſchwere Werk ſeiner Neugeburt ſo raſch und ſo glücklich vollbracht.

An äußerem Glanz und an Lebhaftigkeit des Verkehrs ließ allerdings Brüſſel ſchon 1834 kaum etwas vermiſſen; ſeine place royale, ſeine rue royale und rue Madeleine, ſein Park mit den ſtattlichen monumentalen Umgebungen machten einen großartigen Eindruck im modernen Sinne, während die „untere Stadt“ mit dem prachtvollen alten Rathhaus, dem „Kornhaus“, der Kirche St. Gudule und den ſonſtigen Gebäuden mittelalterlichen Styls an die denkwürdigſten Zeiten der Geſchichte des Landes, die Zeiten eines Egmont und Hoorn, eines Oranien und Alba erinnerte. Dagegen bot das einſtmals ſo belebte und blühende Antwerpen einen wahrhaft traurigen Anblick. War ſchon vordem ſein Kleid dem Körper zu weit geworden, ſeine, in den beſten Zeiten nach Hunderttauſenden zählende Bevölkerung bedeutend herabgegangen, ſo lag jetzt ſein Verkehr völlig darnieder, weil die Holländer, im Beſitz der Forts Lillo und Liſkenshoek an der Scheldemündung, dieſen Strom, die Lebensader des Antwerpener Handels, ſperrten. So weit man von der Zinne des herrlichen Doms den Lauf der Schelde überblicken konnte, war ſie verödet; was von Schiffen zu ſehen war, lag müſſig, abgetakelt, in den großen Baſſins der Stadt. Auf Straßen und Plätzen herrſchte eine unheimliche Stille; es war wirklich, als ſollte Gras darauf wachſen. Welcher Contraſt gegen das rege Leben in Amſterdam und Rotterdam, wo täglich

Hunderte von Schiffen kamen und gingen! Nahe den Baſſins in Antwerpen fiel mir ein großes, ſtattliches Gebäude auf, das die goldene Inſchrift trug: Domus Hansae Teutonicae. Auch ein Denkmal entſchwundener Größe!

Die Citadelle trug noch ſtarke Spuren jener heftigen Beſchießung durch die Franzoſen, welcher der alte tapfre Haudegen Chaſſé nicht hatte Stand halten können. Einen peinlichen Eindruck machte es mir, daß man in Brüſſel den Namen des Königs Wilhelm nicht blos da vertilgt hatte, wo er ein Zeichen holländiſcher Herrſchaft über Belgien war, ſondern auch da, wo er das Andenken an den Begründer gemeinnütziger Stiftungen verewigen ſollte — als ob man mit der Losſagung von dem ehemaligen Herrſcher auch der Dankbarkeit für das von ihm geſtiftete Gute ſich entſchlagen müßte!

Auf meiner Fußwanderung von Brüſſel nach Namur kam ich über das Schlachtfeld von Waterloo. Ich beſtieg den künſtlich aufgeworfenen Hügel, auf welchem das koloſſale eherne Bild des britiſchen Löwen, mit der Tatze auf eine Kanonenkugel geſtützt, den engliſchen Sieg verherrlicht; das preußiſche Siegesdenkmal, ein eiſernes Kreuz mit einem Lorbeerkranz, hatten kurz vorher die Franzoſen auf ihrem Marſche zur Belagerung von Antwerpen verſtümmelt. Glaubten ſie damit auch die Niederlage auslöſchen zu können, welche die tapfere preußiſche Armee im Bund mit der engliſchen ihnen dort beigebracht?

Bei Namur verließ ich das romantiſche Maaßthal und ſtieg den Höhenzug der Ardennen hinan, den ich dann bis in's Luxemburgiſche durchwanderte. Ueber Trier mit ſeinen Denkmälern ſo vieler weit auseinanderliegender Jahr-

hunderte, durch das reizende Moſelthal, dann wieder rheinaufwärts, kehrte ich nach ſiebenwöchentlicher Abweſenheit, bereichert mit ſchönen und intereſſanten Erinnerungen, in mein liebes Heidelberg zurück.

Bevor ich gänzlich von da ſchied (Oſtern 1834), machte ich noch eine kleinere Reiſe — mit Freund Buddeus und einem zweiten ſächſiſchen Landsmanne — durch Schwaben und die nördliche Schweiz. Im Herbſte zuvor hatte ich (bei Scheveningen) zuerſt das offene Meer erſchaut; jetzt erblickte ich, wenn auch für diesmal nur von fern, die Alpenkette, und ſo hatte ich binnen wenigen Monaten mich der beiden Naturgenüſſe, die, nach meiner Empfindung, allein an Großartigkeit mit einander ſtreiten, des Anblicks der Gletſcherwelt und des Blickes auf die endloſe Wogenmaſſe der See, erfreuen dürfen. Desgleichen bewunderte ich jetzt im Südweſten Deutſchlands die beiden gewaltigſten Denkmäler altdeutſcher Kunſt, den Freiburger und den Straßburger Münſter, wie ich im vorigen Jahre zwei ſolche im Nordweſten bewundert hatte, den Antwerpener und den, freilich damals, in ſeiner halb trümmerhaften Geſtalt, einen faſt ſchmerzlichen Anblick gewährenden, Kölner Dom. Daß ich dieſen letztern noch vollendet, in ſeiner ganzen Pracht, würde zum Himmel ragen ſehen, hätte ich damals ebenſowenig geahnt, als daß ich noch einmal in Straßburg als einer deutſchen Stadt einkehren würde. Und doch iſt Beides geſchehen, und ich preiſe mich glücklich, Beides noch erlebt zu haben.

In Straßburg, wo wir das Zeughaus beſahen, zeigte uns der uns herumführende Sergeant mit wohlberechtigtem Stolze das maſſenhaft aufgehäufte Kriegsmaterial. Das

war unter der Regierung Ludwig Philipps, bekanntlich einer sehr friedliebenden. Und unter dem kriegerischen Scepter des dritten Napoleon, als diese angeblich „ganz fertigen Zurüstungen“ sich thatsächlich bewähren sollten, versagten sie, und Straßburg, einst durch die Ohnmacht des Reichs und durch Verrath dem zerstückelten und schwachen Deutschland verloren gegangen, fiel dem geeinten und erstarkten durch die Tapferkeit seiner Söhne wieder zu!

In Straßburg waren wir auch Zeugen, wie keck schon jetzt, kaum ein paar Jahre nach der Thronbesteigung des „Bürgerkönigs“, Volkswitz und Parteigeist sich an dessen Person wagten. An offener Wirthstafel hörten wir eine Gruppe junger Leute, offenbar von guter Familie, laut ein Spottlied auf Ludwig Philipp singen, dessen Refrain lautete:

Ah, ah, ah, vraiment,
Louis Philippe est un chenapan!

Ueber Tübingen, Stuttgart, Heilbronn, durch das schöne Neckarthal, kehrte ich mit dem einen meiner Reisegenossen (der andere hatte sich direct ostwärts nach Sachsen geschlagen) noch einmal nach Heidelberg zurück, um es bald darauf für immer zu verlassen, als Ausbeute des dort verlebten schönen Jahres einen reichen Schatz von Eindrücken aller Art auf Geist und Gemüth mit hinwegnehmend.

Drittes Capitel.

Rückkehr in die Heimath. Die inzwischen in Sachsen und Leipzig angebrochene „lebendigere Zeit“.

Im Frühjahr 1834 kehrte ich nach Sachsen zurück. Ich brachte den Sommer bei meinen Eltern zu. Diese waren schon lange von Breitenhof nach dem benachbarten Schwarzenberg übergesiedelt, wo mein Stiefvater den Gasthof „zum Rathhaus“ gepachtet hatte. Im Herbst ging ich dann nach Leipzig, um die Vorbereitungen für meine Habilitation als akademischer Lehrer zu machen. Der ehemalige Freundeskreis daselbst war zum allergrößten Theil zerstoben. Auf dem Kuhthurm fand ich die alte trauliche Heimstätte wieder. Mein Heidelberger Studiengenosse Buddeus führte mich in seine in Leipzig lebende Familie ein, und ich verbrachte manchen genußreichen Abend in der angenehmen Gesellschaft der trefflichen Eltern meines Freundes und seiner geistvollen Schwester, der Wittwe des Professors Hänel, der späteren Gattin H. Laubes. Da wurde in anregender Weise über Literatur, Philosophie u. s. w. gesprochen, auch dies und das gemeinsam gelesen.

Die öffentlichen Zustände Sachsens und insbesondere

Leipzigs hatten während dieses letzten Jahres manche bedeutsame Aenderung erfahren. Der erste Landtag nach der neuen Verfassung von 1831 war seit dem Herbst 1833 versammelt gewesen und war es, als ich nach Sachsen zurückkam, noch immer. Die große Liberalität, womit die Regierung nicht blos die vollste Oeffentlichkeit der Kammern (auch der Ersten) in der Verfassung ausgesprochen hatte und thatsächlich gewähren ließ, sondern auch durch Herstellung einer billigen Ausgabe der stenographischen Berichte für die Verbreitung der Kenntniß von den ständischen Verhandlungen sorgte, hatte die Folge, daß das Interesse an diesen Verhandlungen sich in immer weiteren Kreisen des Volkes verbreitete. Auch ich wurde ein fleißiger Leser der „Mittheilungen" und lebte mich so mehr und mehr in das politische Getriebe zunächst meines engeren Vaterlandes hinein. Von einer auch nur annähernd ähnlichen politischen Regsamkeit und Erregbarkeit, wie ich sie in Baden gefunden, war freilich hier keine Spur: allein man begann doch mit Fragen des öffentlichen Lebens sich zu beschäftigen, man las die Landtagsberichte und besprach an öffentlichen Orten oder in Privatgesellschaften die im Ständehause zu Dresden verhandelten Angelegenheiten.

Unmittelbarer und stärker waren die Eindrücke, die ich bei meinem Wiedereintritt in Leipzig empfing. In das Jahr 1834 fielen zwei speciell für Leipzig hochwichtige Vorgänge, der Anschluß Sachsens an den preußisch-deutschen Zollverein und die Inangriffnahme der ersten größeren Eisenbahn in Deutschland, der Linie Leipzig-Dresden. Die Leipziger Messen hatten bisher einen wesentlich internationalen Charakter gehabt: neben den Vertretern der westeuro

Drittes Capitel.

Rückkehr in die Heimath. Die inzwischen in Sachsen und Leipzig angebrochene „lebendigere Zeit“.

Im Frühjahr 1834 kehrte ich nach Sachsen zurück. Ich brachte den Sommer bei meinen Eltern zu. Diese waren schon lange von Breitenhof nach dem benachbarten Schwarzenberg übergesiedelt, wo mein Stiefvater den Gasthof „zum Rathhaus“ gepachtet hatte. Im Herbst ging ich dann nach Leipzig, um die Vorbereitungen für meine Habilitation als akademischer Lehrer zu machen. Der ehemalige Freundeskreis daselbst war zum allergrößten Theil zerstoben. Auf dem Kuhthurm fand ich die alte trauliche Heimstätte wieder. Mein Heidelberger Studiengenosse Buddeus führte mich in seine in Leipzig lebende Familie ein, und ich verbrachte manchen genußreichen Abend in der angenehmen Gesellschaft der trefflichen Eltern meines Freundes und seiner geistvollen Schwester, der Wittwe des Professors Hänel, der späteren Gattin H. Laubes. Da wurde in anregender Weise über Literatur, Philosophie u. s. w. gesprochen, auch dies und das gemeinsam gelesen.

Die öffentlichen Zustände Sachsens und insbesondere

Leipzigs hatten während dieses letzten Jahres manche bedeutsame Aenderung erfahren. Der erste Landtag nach der neuen Verfassung von 1831 war seit dem Herbst 1833 versammelt gewesen und war es, als ich nach Sachsen zurückkam, noch immer. Die große Liberalität, womit die Regierung nicht blos die vollste Oeffentlichkeit der Kammern (auch der Ersten) in der Verfassung ausgesprochen hatte und thatsächlich gewähren ließ, sondern auch durch Herstellung einer billigen Ausgabe der stenographischen Berichte für die Verbreitung der Kenntniß von den ständischen Verhandlungen sorgte, hatte die Folge, daß das Interesse an diesen Verhandlungen sich in immer weiteren Kreisen des Volkes verbreitete. Auch ich wurde ein fleißiger Leser der „Mittheilungen" und lebte mich so mehr und mehr in das politische Getriebe zunächst meines engeren Vaterlandes hinein. Von einer auch nur annähernd ähnlichen politischen Regsamkeit und Erregbarkeit, wie ich sie in Baden gefunden, war freilich hier keine Spur: allein man begann doch mit Fragen des öffentlichen Lebens sich zu beschäftigen, man las die Landtagsberichte und besprach an öffentlichen Orten oder in Privatgesellschaften die im Ständehause zu Dresden verhandelten Angelegenheiten.

Unmittelbarer und stärker waren die Eindrücke, die ich bei meinem Wiedereintritt in Leipzig empfing. In das Jahr 1834 fielen zwei speciell für Leipzig hochwichtige Vorgänge, der Anschluß Sachsens an den preußisch-deutschen Zollverein und die Inangriffnahme der ersten größeren Eisenbahn in Deutschland, der Linie Leipzig-Dresden. Die Leipziger Messen hatten bisher einen wesentlich internationalen Charakter gehabt: neben den Vertretern der westeuro

päischen Civilisation, Engländern, Franzosen, Holländern, hatte man Polen und Russen, Griechen und Türken, Armenier und Perser auf den Straßen und Plätzen Leipzigs verkehren sehen. Das mußte nun, in Folge der Einbeziehung Leipzigs in das preußische Zollsystem, wesentlich anders werden. Der Freihandel, den man als unzertrennlich von der Blüthe Leipzigs anzusehen gewöhnt war, sollte eine bedenkliche Einschränkung erfahren. Kein Wunder, wenn die Leipziger Bürger- und Kaufmannschaft mit schweren Besorgnissen dem neuen Zustande der Dinge entgegensah, wenn diese „Lebensfrage" für Leipzig alle Gemüther beschäftigte und das stehende Gesprächsthema aller Kreise ward. Man hat den Leipzigern nachgesagt, sie seien in ihrer Angst vor dem Zollverein so weit gegangen, der Regierung vorzustellen, sie möge doch ja demselben nicht beitreten, denn, thäte sie es, so „würde auf Leipzigs Straßen Gras wachsen". Man hat sie deshalb, nachdem der Zollverein gerade für Leipzigs Wohlstand sich als besonders segensreich erwiesen, als kurzsichtig verspottet. Ob jene Aeußerung wirklich gefallen, weiß ich nicht; documentarisch nachzuweisen dürfte sie schwerlich sein. Die Vertretung der Handelsinteressen Leipzigs lag zu jener Zeit in der Hand der sogenannten „Kramermeister und Deputirten" (der Kaufmannschaft). Ueber deren Wirksamkeit geben die Acten im Archiv der Kramerinnung vollständigen Aufschluß. Ich habe neuerdings einmal Gelegenheit und Veranlassung gehabt, dieses Archiv eingehendst durchzusehen, habe aber schlechterdings nichts jener angeblichen Vorstellung auch nur Aehnliches, ja, was mir selbst überraschend war, nicht einmal ein Actenstück gefunden, worin überhaupt gegen den

Beitritt Sachsens zum Zollverein ein Bedenken erhoben wäre. Das geflügelte Wort von dem „Graswachsen" gehört daher doch vielleicht in die Reihe der vielen ähnlichen geflügelten Worte, welche sich oft lange in der Geschichte fortpflanzen, zuletzt aber von der Kritik für bloße Mythen erklärt werden.

Wie wenig jedenfalls die Leipziger Kaufmannschaft durch die nun wirklich eingetretene Wandlung ihrer gesamten Verkehrsverhältnisse entmuthigt oder eingeschüchtert war, zeigte sie dadurch, daß sie noch in demselben Jahre 1834 Hand an ein Unternehmen legte, welches für die damalige Zeit, zumal als das erste dieser Art in Deutschland, gar wohl für kühn und gewagt gelten konnte. Ich meine den Bau einer Eisenbahn von Leipzig nach Dresden. Dem jüngeren Geschlecht, welches sich bereits gewöhnt hat, von dem Gotthardtunnel, der Riesenbrücke zwischen Newyork und Brooklyn, den Kletterbahnen auf den Rigi u. s. w. wie von etwas Alltäglichem zu reden, mag es sonderbar vorkommen, den Tunnel bei Niederau, den Durchstich bei Machern und Aehnliches als etwas, was überhaupt nur der Rede werth sei, ansehen zu sollen. Vor 50 Jahren aber wurden diese und ähnliche Werke mit Recht angestaunt, denn an dergleichen hatte sich der Unternehmungsgeist sogar in den vorgeschrittensten Ländern bis dahin nur selten, in Deutschland noch gar nicht gewagt. Selbst in England waren die Eisenbahnen noch ziemlich neuen Datums; Frankreich besaß gar keine; in dem jungen Staate Belgien ging man eben daran, von Staatswegen einige größere Linien zu bauen. In Deutschland hatte es bisher nur eine ganz winzige Bahn, die von Fürth bis Nürnberg,

gegeben. Und nun wollte eine Gesellschaft einfacher Privaten es wagen, ohne Anleitung oder gar Unterstützung von oben eine so große Linie in Angriff zu nehmen! Die Haupturheber des kühnen Planes waren zwei Leipziger Kaufleute, Gustav Harkort und Albert Dufour. Dieser, ein Abkömmling der französischen Colonie, brachte die lebhafte Phantasie des romanischen Temperaments, Jener, ein Sohn der „rothen Erde", die ganze Zähigkeit des westphälischen Naturells dazu mit. Ihnen schlossen sich andere Leipziger an, der unlängst gestorbene Seyfferth, der noch jetzt in hohem Alter lebende Lampe, ferner ein paar Dresdener, u. A. der namhafte Advocat Eisenstuck.

Die Namen Harkort und Dufour bringen mich auf eine Erscheinung, die ich allezeit als sehr wichtig für die culturgeschichtliche Entwickelung Leipzigs angesehen habe: die starke Durchsetzung der Leipziger Bürgerschaft mit fremden Elementen, und zwar nicht sog. flottirenden, die heut kommen und morgen wieder gehen, sondern solchen, die sich seßhaft machen und so dem Stamme der Bürgerschaft zuwachsen. Heutzutage ist ein solcher Zuzug von außen in den großen Städten etwas Gewöhnliches, nicht so ehemals, wo der Bestand einer städtischen Bürgerschaft im Allgemeinen ein ziemlich stabiler war. Leipzig allein machte schon früh davon eine Ausnahme. In dem oben erwähnten Archiv der Leipziger Kramerinnung befindet sich ein altes „Kramerbuch", d. h. ein Verzeichniß der in die Krameinnung Aufgenommenen. Da findet sich, daß z. B. 1686 unter 10 Neuaufgenommenen 6 von auswärts und nur 2 „Leipziger Kinder" waren, 1725 alle Neuaufgenommenen von auswärts stammten, 1725 die Auswärtigen zu den

Heimiſchen wie 8 zu 3, 1816 gar wie 20 zu 3, 1817 wie 17 zu 7 ſich verhielten. Im Buchhandel wird es ähnlich geweſen ſein, an der Univerſität ohnehin, weniger wohl im Handwerk.

Dieſe fortwährende Anfriſchung der Bevölkerung durch von außen kommende Elemente, und zwar gerade in den höheren Schichten, iſt nicht ohne bedeutſamen Einfluß auf den Charakter Leipzigs geblieben. Derartige Anſiedelungen an einem fremden Orte, zumal an einem Orte mit ſchon entwickeltem Handelsverkehr, ſind immer ein Wagniß, welchem nicht leicht Jemand ſich unterzieht, dem nicht ein größeres Maß von Willensſtärke, Selbſtvertrauen und Unternehmungsgeiſt zur Seite ſteht. Solche Eigenſchaften kommen dann aber allemal der ganzen Einwohnerſchaft, der dieſe Fremden zuwachſen, zu gute. In der That hat Leipzig wohl nicht zum kleinſten Theile es dieſen — ſei es „deutſchen“ oder auch „nichtdeutſchen Ausländern“ — den Brockhaus, Hirzel, Reimer, Mayer, Duſour, Harkort und noch vielen Andern — mit zu verdanken, wenn der Geiſt ſeiner Bürgerſchaft nach der idealen wie nach der materiellen, nach der politiſchen wie nach der wirthſchaftlichen Seite hin allzeit ein freierer, ſelbſtbewußterer und ſelbſtthätigerer geweſen iſt, als der mancher anderen Stadt von gleicher oder ſelbſt größerer Einwohnerzahl.

Der höhere Aufſchwung, den im Jahre 1834 Zollverein und Eiſenbahn hervorbrachten, machte ſich in dem ganzen Leben Leipzigs fühlbar. Wenn jener erſtere alle wirthſchaftlichen Kreiſe zu ſtärkeren Anſtrengungen anſpannte, um den veränderten Verhältniſſen gewachſen zu ſein, ſo verlieh dieſe letztere nicht blos ihren Urhebern und ihren

nächsten Theilnehmern, den Actionären, sondern der gesammten Bevölkerung, die das neue großartige Unternehmen mit Recht als vorzugsweise von Leipzig ausgegangen betrachtete, ein erhöhtes Selbstgefühl. Außerdem bot der Wechselverkehr von Directorium, Verwaltungsrath, parlamentarisch verhandelnden Generalversammlungen ein Bild im Kleinen des politischen Lebens und eine gute Vorschule für dieses.

Auf mich, der ich derartigen Verhältnissen bisher fern gestanden hatte, machten dieselben einen starken und tiefen Eindruck. Ich nahm wahr, wie eine Menge anerkannt tüchtiger, intelligenter, erfahrener Männer ihre ganze Kraft und Thätigkeit denselben praktischen Interessen widmeten, welche als gar zu materiell und trivial zu verachten sowohl Philologie als Philosophie mich gelehrt hatten; ich sah diese Männer mit offenbarer innerer Befriedigung in solchen praktischen Beschäftigungen sich bewegen, ich sah den wachsenden Wohlstand der Stadt und das damit Hand in Hand gehende Wachsthum auch der geistigen Regsamkeit ihrer Bewohner; ich erkannte die Wichtigkeit des Ineinandergreifens und gegenseitigen Sichunterstützens aller Theile eines bürgerlichen Gemeinwesens und die fruchtbaren Wirkungen des daraus entspringenden Gemeingeistes. Und wenn ich damit das mehr oder weniger in abgeschlossenen Kreisen sich bewegende Thun und Treiben des Gelehrten verglich, so mußte ich mir sagen, daß hier eine Lücke sei, welche der Ausfüllung, ein Zwiespalt, welcher der Vermittelung bedürfe. Den Zustand innerer Erregung und Gährung, in den durch derartige Beobachtungen und Vergleichungen mein ganzes Geistes- und Gemüthsleben gerieth,

kann ich nicht beſſer bezeichnen, als wenn ich ſage: ich fühlte einen förmlichen Durſt nach Realität, nach einem äußerlich greifbaren Zweck und Inhalt meines Strebens, und einen ſo großen Ueberdruß an der blos abſtract-idealen Geiſtesthätigkeit, daß ich den erſten beſten Handwerker, ja den einfachen Arbeiter um ſein ſaures Tagewerk beneidete und daß ich am liebſten alles ſpeculative Denken aufgegeben hätte, um irgend einer praktiſchen Beſchäftigung, und wäre es die trivialſte, mich in die Arme zu werfen.

Viertes Capitel.

Erste akademische und schriftstellerische Thätigkeit.

In der letzten Maiwoche 1835 bestand ich das combinirte Examen für die Doctorpromotion und die Habilitation als akademischer Docent, ein paar Wochen darauf hielt ich meine Probevorlesung, und endlich schloß diese dreifache Feuerprobe mit der feierlichen Disputation. Von meinen damaligen Examinatoren: Clodius, Wachsmuth, Westermann, Drobisch, lebt nur der Letztgenannte noch als ehrwürdiger Senior der Universität. Er war mir damals ein milder Richter und ein freundlicher Gönner, und ist mir fortwährend, in guten und bösen Tagen, ein treugesinnter, wohlwollender College geblieben.

Mit Eifer ging ich an meine Vorlesungen, in denen ich, außer Fundamentalphilosophie und Logik, namentlich Geschichte der Philosophie, der älteren und der neueren, vortrug. Nebenbei sammelte ich um mich, in der Form einer philosophischen Gesellschaft, eine Anzahl strebsamer Schüler zu persönlichem Gedankenaustausch. Da wurden

bald über metaphyſiſche, bald über moral- und rechts-philoſophiſche, äſthetiſche und andere Themata Abhandlungen gefertigt und Debatten gepflogen, anfangs in lateiniſcher, ſpäter in deutſcher Sprache. Dieſe Art von perſönlichem Verkehr zwiſchen Lehrenden und Lernenden war damals noch etwas ungleich Selteneres als heutzutage. Mein Verſuch fand ſo viel Anklang, daß ich wegen der großen Zahl der ſich Meldenden öfters mehrere ſolche Geſellſchaften neben einander halten mußte. Da ich ſelbſt noch ein Suchender und Strebender war, auch dem Alter nach meinen Schülern nicht allzufern ſtand, ſo war unſer gegenſeitiges Verhältniß, ohne etwas von ſeinem Ernſte einzubüßen, ein zutraulicheres, als es ſonſt wohl zwiſchen Profeſſoren und Studenten zu ſein pflegt. Mehrere meiner damaligen Schüler ſind mir ſpäter liebe Freunde geworden, und allen blieb, ſo weit ich ihr Leben verfolgen konnte, eine warme Anhänglichkeit an mich und ein gern bewahrtes Andenken an jene gemeinſamen Uebungen (an denen manche ein ganzes Triennium hindurch, einzelne ſogar noch darüber hinaus unausgeſetzt Theil nahmen), immer unverloren. Meine Norm des Verfahrens bei dieſem perſönlichen Geiſtesverkehr mit jüngeren Leuten war das ſtrengſte Gegentheil des Pythagoräiſchen αὐτὸς ἔφα: ich drang überall auf Klarheit und Conſequenz des eigenen Denkens und auf die Feſtigkeit einer ſelbſtſtändigen Ueberzeugung. So wenig ich mir einbilde, meinen Schülern neue Wahrheiten mitgetheilt zu haben, ſo glaube ich doch ſoviel mit gutem Gewiſſen ſagen zu dürfen, daß ihr Charakter, ihr Sinn für Wahrhaftigkeit und ihr Lebensernſt durch dieſe Arbeit des Denkens und die Art, wie wir dieſelbe betrieben, mannigfache Förderung erfuhr, ihr Ge-

müthsleben aber keinen Schaden litt. Es sind aus meinen Gesellschaften Leute sehr verschiedener Richtung, zumal im Religiösen, hervorgegangen, Gefühlsgläubige und Vertreter einer mehr verstandesmäßigen Richtung, aber weder Scheinheilige, noch Verächter des Höheren und flache Weltmenschen.

Inzwischen arbeitete sich der realistische Keim, der in mir Wurzel geschlagen hatte, genährt durch die Erfahrungen, die ich täglich in meiner nächsten Umgebung machte, mehr und mehr durch. Schon in meiner Habilitationsschrift (de genetica philosophandi methodo Fichtii, Schellingii, Hegelii) hatte ich die dogmatische Methode des Philosophirens bekämpft, wie sie in Fichtes Ichlehre, in Schellings Naturphilosophie, in Hegels Versuch einer Construction der ganzen Welt der Erscheinungen mir entgegentrat. Nun ging ich einen Schritt weiter und bekämpfte den Anspruch der Philosophie überhaupt, im Besitze einer vorgeblichen absoluten Wahrheit zu sein und unter diesem Vorgeben dem Leben und seinen mannigfachen Richtungen in Wissenschaft und Praxis Weg und Ziel vorschreiben zu können. In einer „Fundamentalphilosophie", die ich 1837 schrieb, versuchte ich den Gedanken durchzuführen, daß die systematische Philosophie, als eine in sich abgeschlossene Wissenschaft, die Rolle einer Lehrerin und Führerin der Menschheit, die sie bisher übernommen, an eine andere Macht abgeben müsse, an die stetige Entwickelung des Menschengeistes, wie sie in der Form der öffentlichen Meinung im Staats- und Volksleben, in der Form der empirischen Forschung auf dem Gebiete der Naturwissenschaft auftrete und unaufhaltsam voranschreite, aller

Versuche spottend, durch abstracte Formeln sie in einen gewissen Kreis bannen zu wollen.

In einer zweiten Schrift: „Wissenschaft und Universität" (1839), worin ich mich gegen Scheidler wandte, der die Universität für einen „Selbstzweck" erklärt hatte, führte ich dies weiter aus, indem ich die Anforderungen des Lebens stärker in den Vordergrund rückte und gegen jede Art von Wissenschaft, die diesen Forderungen nicht gerecht werde, polemisirte.

Wie es leicht geht, daß, wer ein Extrem bekämpft, in seinem Eifer in das entgegengesetzte Extrem verfällt, so ging es theilweise auch mir. Unbefriedigt durch das blos abstracte Wissen, in dessen Banne ich selbst mich so lange umhergetrieben, angezogen von der rings um mich her flutenden frischen Bewegung auf allerhand praktischen Lebensgebieten, verfiel ich einem übertriebenen Cultus dieser letztern und einer ungerechten Unterschätzung jener erstern Richtung. Manches indeß von dem, was ich damals gesagt, ist nach dem heutigen Stande unserer ganzen Lebensanschauung und selbst unserer Universitätsbildung nicht mehr ganz so ketzerisch, wie es vor nun nahezu 50 Jahren erschien. Daß gerade ein Universitätslehrer derartige Aeußerungen über Wissenschaft und Universität sich erlaubte, war freilich etwas Ungewöhnliches und mag in den Kreisen meiner akademischen Collegen manches mißbilligende Kopfschütteln hervorgerufen haben, während die unzünftige literarische Kritik meiner Schrift mehrseitiges Lob spendete. Sonderbarer Weise wurde ich fast unmittelbar nach dem Erscheinen der ersten dieser beiden Schriften, der „Fundamentalphilosophie" (1838), und zwar ohne ein Ansuchen

von meiner Seite, zum außerordentlichen Professor ernannt.

Um jene Zeit schrieb die Pariser „Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften“ einen Preis aus für die beste Arbeit über „die deutsche Philosophie seit Kant“. Die Preisschriften sollten entweder französisch oder lateinisch abgefaßt sein. Das Thema lockte mich. Die Arbeit lateinisch abzufassen, wäre mir nicht schwer gefallen; allein es schien mir absurd, einen so ganz modernen Stoff in einer todten Sprache abzuhandeln. Des Französischen glaubte ich so weit mächtig zu sein, um es fließend zu schreiben; was meinem Styl an Correctheit fehlen möchte, hoffte ich mit Hilfe eines Bekannten, welcher Lehrer der französischen Sprache, freilich kein Nationalfranzose war, daraus entfernen zu können. Ich kam verhältnißmäßig rasch mit der Arbeit zu Stande, so daß ich sie noch vor Schluß des Jahres 1838 einsenden konnte. Das Urtheil der Akademie fiel günstiger aus, als meine Dreistigkeit, mich an einen so bedeutenden Stoff zu wagen, auch abgesehen von den Schwierigkeiten der Form, verdient hatte. Die Akademie rühmte von meiner Arbeit, daß ihr Verfasser die Fehler der Mitbewerber — es waren deren sechs — vermieden und die entgegengesetzten guten Eigenschaften in vorzüglichem Grade bethätigt habe, daß er alle philosophischen Systeme Deutschlands gründlich kenne und klar darlege, daß seine Kritik eindringend und scharf sei, ohne die Grenzen der Mäßigung zu überschreiten, sein philosophischer Standpunkt hoch und von Parteileidenschaft frei. „Mit einem Worte,“ so schloß der Bericht, „der Preis hätte dieser Arbeit zuerkannt werden können, wenn nicht

die Mängel des Styls alles Verdienſt derſelben wieder zerſtörten*)." Der Preis ward keinem der Bewerber ertheilt, vielmehr ein neuer Concurs ausgeſchrieben. Vielleicht wäre es billiger und ſelbſt dem Zwecke des Preisausſchreibens entſprechender geweſen, wenn die Akademie der Wiſſenſchaften meiner Schrift, der ſie ſo große Vorzüge nachrühmte, den Preis ertheilt und mir nur eine ſtyliſtiſche Verbeſſerung derſelben vor dem Druck zur Pflicht gemacht hätte. Ob nicht etwa doch eine gewiſſe Voreingenommenheit gegen den Ausländer, den man nicht über die heimiſchen Mitbewerber den Sieg davontragen laſſen wollte, dabei mitgewirkt, laſſe ich dahingeſtellt.

Wäre ich praktiſch geweſen, ſo hätte ich mir an dieſem Erfolge genügen laſſen und die Schrift ohne Weiteres in

*) Der Wortlaut des Berichts war (nach dem „Moniteur universel" von 1839, Nr. 133) folgender:

Ce mémoire est exempt de tous les défauts signalés dans le no 5 et il présente les qualités contraires dans un degré très remarquable. L'auteur connaît profondément tous les systèmes philosophiques de l'Allemagne et il sait discerner l'idée dominante de chacun d'eux et la mettre en lumière. La critique y est forte et pénétrante, sans perdre le langage, qui lui convient. L'auteur n'est point asservi, comme celui du mémoire précédent, à l'école de Kant, et il n'en impose ni les résultats ni les procédés, ni la langue aux autres écoles. Un esprit libre et ferme plane sur tous les systèmes, les expose et les juge sans passion et sans faiblesse. L'auteur habite toujours des régions élevées, où l'esprit de parti ne pénètre pas. En un mot, le prix aurait pu être décerné à ce mémoire sans un défaut qui en détruisait tout le mérite: l'incorrection et l'imperfection du style, poussées à ce degré, que l'ouvrage ne pourrait être publié sous cette forme.

deutſcher Bearbeitung herausgegeben. Ich glaubte es aber mir ſchuldig zu ſein, das einmal Angefangene auch durchzuführen. Ich arbeitete alſo die Schrift nochmals ganz aus dem Friſchen um (wobei ich nicht umhin konnte, darüber zu erſtaunen, wie die Akademie jener erſten Bearbeitung, die mir ſelbſt jetzt auch ſachlich höchſt unvollkommen erſchien, ſoviel Gunſt hatte erweiſen können) und ging ſie diesmal, durch Schaden klug geworden, mit einem Franzoſen durch. Es war nun auch nicht mehr der Styl, welcher Anſtoß erregte, allein leider ſchien die Arbeit diesmal in die Hände eines Berichterſtatters gefallen zu ſein, welcher den, damals eben in Paris in Mode gekommenen, ſtreng kirchlichen Anſichten huldigte. Ich erſah dies, als ich mir bei einem Aufenthalte in Paris 1844 das Manuſcript vorlegen ließ, aus den auf dem Rande befindlichen Bemerkungen zu ſolchen Stellen, welche etwas freiere ſpeculative Anſichten enthielten. Kurz, meine Arbeit ward zwar wiederum an erſter Stelle genannt, ihr auch wiederum das Lob ſorgfältiger und klarer Darſtellung der verſchiedenen Syſteme zuerkannt, allein Ungerechtigkeit und Leichtfertigkeit in der Beurtheilung derſelben vorgeworfen. Der Concurs blieb abermals ohne Reſultat*).

Jetzt erſt entſchloß ich mich, die Schrift in deutſcher Bearbeitung herauszugeben. Sie erſchien in zwei Bänden unter dem Titel: „Die deutſche Philoſophie von Kant bis

*) Das diesmalige Urtheil der Akademie lautete wörtlich (nach dem „Journal des Débats“ vom 30. Mai 1842):

Le mémoire No 4 a tracé avec exactitude et exposé avec clarté les différents systèmes de la philosophie allemande; mais il les juge trop légérement et avec peu de justice.

auf unſere Zeit, ihre wiſſenſchaftliche Entwickelung und ihre Stellung zu den politiſchen und ſocialen Verhältniſſen der Gegenwart“ (1842—1843). Das Schlußergebniß der Schrift war die Behauptung, daß die dogmatiſche Form der Philoſophie, d. h. der Verſuch, durch Begriffe die Summe alles Wiſſens zu erſchöpfen und an die Stelle ſtetigen Forſchens eine fertige und abgeſchloſſene Wahrheit zu ſetzen, eine Form, die nur noch in Deutſchland beſtehe, von den Fortſchritten des Lebens und des Empirismus überholt ſei, daher aufgegeben werden müſſe, während, was von den einzelnen philoſophiſchen Erkenntniſſen ſich ſtichhaltig zeige, als befruchtendes Element in die verſchiedenen Wiſſenſchaften und in die Praxis des Lebens übergehen möge. Dieſe Behauptung zog mir damals heftige Verketzerungen zu, allein die Erfahrung hat ihr ſeitdem mehr als vollauf Recht verſchafft, denn wo ſind jetzt alle jene ſtolzen Syſteme, welche mittelſt einer „intellectuellen Anſchauung“ oder durch die „Dialektik der Idee“ Natur- und Menſchengeſchichte zu conſtruiren, den Entwickelungsgang beider „a priori“ zu beſtimmen ſich vermaßen?

In der Zwiſchenzeit hatte ſich eine bedeutſame Wandlung mit mir vollzogen. War ich bisher ſchon theoretiſch dem blos abſtracten Denken mehr und mehr fremd geworden, ſo ſagte ich mich nun auch praktiſch davon los und trat offen als Anwalt derjenigen Lebensintereſſen auf, zu denen ich mich immer entſchiedener hingezogen fühlte; ich ward Publiciſt.

Aeußere und innere Gründe wirkten zuſammen, um dieſen Entſchluß in mir zur Reife zu bringen. Meine akademiſche Thätigkeit, Anfangs von der oberſten Unter-

richtsbehörde begünstigt und gefördert, war neuerdings Gegenstand der Beargwöhnung und Anfechtung geworden. Man fand meine Ansichten zu frei, „zu wenig positiv“. Es begann damals eben im Politischen wie im Religiösen jene Richtung vorzuwalten, die dort wie hier sehr ängstlich auf das sog. „Positive“ hielt. Ob etwa von Leipzig aus Anklagen wider mich nach Dresden gelangt sind, weiß ich nicht; auffallend war, daß man jenen Vorwurf vorzugsweise gegen meine philosophischen Gesellschaften richtete. Genug, man verwarnte mich, man ließ mich merken, daß ich auf Beförderung nicht zu hoffen hätte, man gab mir zu verstehen, ich würde gut thun, mich jeder Behandlung sowohl religionsphilosophischer als rechtsphilosophischer Stoffe gänzlich zu enthalten; am besten wäre es, wenn ich mich lediglich auf Vorlesungen über Logik beschränkte. Als ich dem damaligen Cultusminister, Herrn von Wietersheim, vorstellte, daß ja darüber, was in Sachen der Religion für „positiv“ und unantastbar gelten müsse, selbst die Theologen nicht einig seien, und daß daher dem Philosophen eine gewisse Freiheit darin noch weniger versagt werden dürfe, verwies mich derselbe auf die theologische Facultät zu Leipzig, die, wie er sich ausdrückte, „ein recht gutes Justemilieu in dieser Hinsicht beobachte“.

Ich erhielt um jene Zeit eine Veranlassung, an eine andere Universität (nach Dorpat) zu gehen, und theilte dies pflichtmäßig dem Minister mit. Darauf äußerte er: „Das Cultusministerium sehe es ganz gern, wenn junge Kräfte eine Zeit lang in's Ausland gingen; später könne man sie ja zurückberufen.“ Doch konnte ich mich nicht

entſchließen, in einen Wirkungskreis überzutreten, der mir zwar eine geſicherte äußere Exiſtenz geboten, mich aber dem Vaterlande entfremdet und mir die Art von Thätigkeit, in welche eben jetzt einzutreten ich im Begriffe ſtand, ein für alle Mal verſchloſſen haben würde. In dieſer Lage wandte ich mich vertrauensvoll um Rath an den Miniſterpräſidenten von Lindenau. Er beſtärkte mich in meinem Entſchluſſe, im Vaterlande zu bleiben, verſprach auch, in meiner Sache mit Herrn von Wietersheim zu ſprechen. Einen Erfolg davon habe ich nicht verſpürt. Wie wenig Herr von Lindenau und Herr von Wietersheim in dieſen Dingen einig gingen, ſollte ich noch in anderer Weiſe erfahren. Der Erſtere, dem ich mein inzwiſchen erſchienenes Programm zu einer Zeitſchrift überreicht und der ſich darüber billigend geäußert hatte, ermunterte mich, doch auch über volkswirthſchaftliche Gegenſtände zu leſen. Seit ziemlich langer Zeit bereits fehlte es an Vorträgen dieſer Art. Ich kündigte darauf eine Vorleſung über den deutſchen Zollverein an, mit dem ich mich ſchon damals viel beſchäftigt hatte: ich meinte: eine Kenntniß der Geſchichte der Einrichtungen und Wirkungen dieſes wichtigen Handelsbundes deutſcher Staaten ſei für die Studirenden nicht unnützlich. Darauf ward ich vom Cultusminiſterium aus bedeutet: „man wolle mich zwar nicht hindern, dieſe Vorleſung zu halten, indeſſen liege dieſelbe doch meinem bisherigen Lehrgange ſehr fern.“ In einer der erſten dieſer Vorleſungen ſtellte ſich der damalige Kreisdirector, Herr von Falkenſtein, als Hoſpitant ein, und zwar, wie er mir nicht verhehlte, im Auftrage des Cultusminiſters. Ob Letzterer fürchtete, ich möchte

über den Zollverein nicht „positiv“ genug sprechen, weiß ich nicht. Herr von Falkenstein äußerte seine Befriedigung über die Art, wie ich mein Thema behandle, und kam seitdem nicht wieder.

Eine ähnliche Ueberwachung widerfuhr mir später noch einmal, als ich Vorträge für ein weiteres Publikum angekündigt hatte. Allerdings war diesmal das Thema ein etwas heikleres: ich wollte über „Tagesfragen“ sprechen, und solcher gab es damals manche ziemlich „brennende“. Der Nachfolger des Herrn von Falkenstein, Herr von Broizem, war loyal genug, mich im voraus wissen zu lassen, daß er beauftragt sei, mich zu überwachen, wobei er mich bat, „ihn nicht in Verlegenheit zu setzen“. Ich konnte ihn darüber beruhigen, denn ich bin stets der Ansicht gewesen, daß das gefährliche Privilegium, welches ein Vortragender hat, allein zu sprechen und keinen Widerspruch von seinen Zuhörern befürchten zu müssen, demselben um so mehr die strengste Pflicht auferlegt, nichts zu sagen, was er nicht in alle Wege verantworten kann. An dem Abende, wo Herr von Broizem gegenwärtig war, sprach ich gerade über die neuesten Vorgänge auf katholisch-kirchlichem Gebiete. Als ich geendet, kam Herr von Broizem auf mich zu und drückte mir, ohne ein Wort zu sagen, mit großer Wärme die Hand. Ich hatte ihn nicht in Verlegenheit gesetzt; ich hatte zwar mit aller Offenheit, aber auch mit aller Mäßigung gesprochen.

Fünftes Capitel.

Mein Eintritt in die publiciſtiſche Laufbahn.

Die Trübung meiner akademiſchen Thätigkeit, die ich ſchon ſo bald nach dem Beginne derſelben erfuhr, trug zwar wohl dazu bei, mich für die Ergreifung eines andern Berufs geneigter zu machen; allein das eigentlich Ausſchlaggebende dafür war ſie nicht, das war vielmehr der in mir immer ſtärker werdende Drang, unmittelbar im Leben und für's Leben zu wirken.

Der Uebergang auf ein mir ganz neues Gebiet war bei alledem nicht leicht. Ich hatte bisher nur ein paar kleine Aufſätze theils politiſchen, theils wirthſchaftlichen Inhalts für das „Sächſiſche Wochenblatt“ in Dresden, ein paar größere von mehr wiſſenſchaftlichem Inhalt für Ruges „Halliſche Jahrbücher“ geſchrieben. Von letzteren war der eine gegen die Schrift des preußiſchen Geheimen Raths Streckfuß: „Garantien preußiſcher Zuſtände“ gerichtet; ich vertrat darin die Nothwendigkeit eines geordneten Verfaſſungsweſens, wie es in Sachſen und andern deutſchen Staaten beſtand, gegenüber dem „intelligenten Beamtenſtaate“, welchen Streckfuß für einen ausreichenden Erſatz

verfassungsmäßiger Bürgschaften erklärt hatte. Der andere Artikel behandelte eine sittlich-sociale Frage; ich bekämpfte darin die Theorie des „Jungen Deutschland" von der sogenannten „freien Liebe". Dieser Artikel war zugleich eine Art von Selbstbekenntniß in einer meine eigene Lebensführung betreffenden wichtigen Angelegenheit. Auch mir war früher wohl die sog. Romantik der Liebe als deren eigentlichster und höchster Reiz erschienen, als etwas, was durch die Fessel eines äußerlich gefesteten, unabänderlichen Verhältnisses verloren gehe. Noch als ich im Jahre 1836 das unbefangen trauliche Verhältniß zu den Schwestern meines Freundes Koch durch ein geheimes Verlöbniß mit einer derselben zu einem innigeren und dauernderen gestaltet hatte, überkam mich bisweilen die Angst, ob nicht mein in die Weite hinausdrängendes und jeder Beengung widerstrebendes Wesen auch ein solches festes Herzensband als eine Schranke empfinden möchte. Das literarische Zeugniß, welches ich jetzt zu Gunsten des ruhigen, aber sicheren Glücks einer für's Leben gefesteten Liebe, gegenüber den unsteten Erregungen wechselnder Liebelei, öffentlich ablegte, war zugleich ein Beweis der in mir selbst gewonnenen Sicherheit und Befriedigung in Bezug auf das gleiche Verhältniß und eine Bürgschaft für dessen Zuverlässigkeit.

Dies allein waren meine bisherigen Thaten auf dem Felde der Publicistik. Eine eigentlich publicistische Lehrzeit hatte ich nicht durchgemacht. Es war daher wohl einigermaßen vermessen von mir, wenn ich es jetzt unternahm, nicht blos an die Spitze eines öffentlichen Blattes zu treten, sondern selbst ein solches ganz aus dem Frischen zu gründen. Und doch war gerade dies mir ein inneres

Bedürfniß. Ich wollte die Ideen, die ich von den verschiedenen Verhältnissen und Interessen des Lebens, den geistigen wie den materiellen, in mir ausgebildet und lange mit mir herumgetragen hatte, nun öffentlich bekennen, vertreten und so viel möglich zur Geltung bringen. Durch eine Besprechung der Biographie Chamissos von Eduard Hitzig in den „Halliſchen Jahrbüchern“ war ich mit diesem liebenswürdigen Gönner und Pfleger junger, aufstrebender literarischer Kräfte bekannt geworden und hatte mich seines wohlwollenden Interesses zu erfreuen. Ihm theilte ich meinen Plan mit. Er rieth zuerst ab, indem er mir vorstellte, wie man bei journalistischer Schriftstellerei zwar für den Augenblick wirke, aber sein bestes Theil an solche Einzelwirkung dahingebe und nicht leicht wieder zu gesammelter, auf Großes gerichteter Thätigkeit gelange. Als ich aber auf meinem Entschluß beharrte, war er mit gewohnter Freundlichkeit mir zu dessen Ausführung', zur Gewinnung eines Verlegers (in der Person des Chefs der angesehenen Berliner Firma Duncker und Humblot) behilflich. Mein Unternehmen trat mit dem Beginn des Jahres 1842 in's Leben. Es war die „Deutsche Monatsschrift für Literatur und öffentliches Leben“. Eingeführt ward dieselbe durch ein Programm, welches selbst den Umfang einer Flugschrift hatte und den Titel führte: „Das deutsche Nationalleben in seinem gegenwärtigen Zustande und in seiner fortschreitenden Entwickelung.“ Die Grundsätze, die ich hier aufstellte und in der Zeitschrift selbst weiter ausführte, waren folgende: „Aufbau eines kräftigen Nationallebens auf der Grundlage möglichst allseitig entwickelter materieller Interessen und eines tüchtigen praktischen Geistes

im Volke; im Politischen consequente Durchführung des constitutionellen Princips, thunlichste Selbstverwaltung des Volkes, Förderung des Gemein- und Associationsgeistes; für die allgemeinen deutschen Verhältnisse Anschluß der sämmtlichen Staaten zweiten und dritten Ranges an Preußen, Weiterausbildung des Zollvereins nach der politischen Seite hin; im Kirchlichen möglichste Sonderung der Gebiete von Staat und Kirche, Zurückführung der Letzteren auf ihre natürliche und ursprüngliche Grundlage, die Gemeinde; in allen sonstigen Zweigen des Gemeinwesens (Erziehung, Rechtspflege, Gesetzgebung), Berücksichtigung der Anforderungen des Lebens und Volksthümlichkeit; für die idealen Bestrebungen endlich — Wissenschaft, Literatur, Kunst — möglichst enger Anschluß an die lebendige Wirklichkeit, besonders auch die nationale."

Die ungewöhnliche Form und mehr noch der ungewöhnliche Inhalt dieses Programms erregte Aufsehen. Heinrich Laube fand dasselbe „merkwürdig, aber bedeutend", und schrieb einen Artikel darüber in die „Allgem. Zeitung". Die starke Betonung der „praktischen" und „materiellen" Interessen zog mir manche heftige Anfechtung zu. Arnold Ruge, mit dem ich bisher als Mitarbeiter seiner „Jahrbücher" und auch persönlich befreundet gewesen war, sagte sich jetzt von mir, dem Verächter des Hegelianismus und Kosmopolitismus, dem Lobredner der „schlechten Realität", förmlich los und erklärte mich für einen Böotier. Liberale Zeitungen, wie die „Sächsischen Vaterlandsblätter", fielen über mich her wie über einen Verräther an der Sache des Liberalismus, weil ich die Einheit des Ganzen, Deutschlands, in die erste Linie des zu Erstrebenden stellte, die Befestigung

der Freiheit in den Einzelstaaten aber für abhängig erklärte von der Erringung jener Einheit. Der Angriff in den „Vaterlandsblättern“ (der mir nicht mehr zur Hand ist) muß wohl sehr stark gewesen sein, denn der eigentliche geistige Leiter dieses Blattes, Robert Blum, fand sich veranlaßt, sich deshalb bei mir gewissermaßen zu entschuldigen. „Sie kennen“, schrieb er mir, „die Redactionsverhältnisse zu genau, als daß ich über die Aufnahme des theilweise tadelnden Artikels mich weiter auszusprechen brauchte. Um so bereitwilliger soll Ihnen Genugthuung werden.“ Daß dies wirklich geschehen sei, davon ist mir nichts bewußt.

Besonders unerwartet und Vielen wohl unbegreiflich erschien es, daß gerade ein Sachse, der Angehörige eines Stammes, dessen ganzes Denken und Fühlen bisher immer den stärksten Gegensatz zu dem preußischen Wesen gebildet hatte, sich für die Nothwendigkeit einer preußischen Führerschaft erklärte. Daß gleichwohl diese meine, mit Gründen unterstützte Ansicht auch in den Kreisen der politisch reiferen und über solche Dinge unbefangener urtheilenden unter meinen speciellen Landsleuten allmälig Eingang und Anklang fand, beweist folgende an mich gerichtete Zuschrift eines sächsischen Freundes:

„Die Antipathie gegen Preußen ist uns Sachsen angeboren: namentlich haben wir, die unmittelbar aus der Zeit der Theilung Sachsens herstammen (ich bin 1814 geboren), sie wirklich mit der Muttermilch eingesogen. Kein Wunder also, wenn eine gewisse Ueberwindung dazu gehört, sich an den Gedanken zu gewöhnen, in einem größeren Staatskörper, dessen Haupt Preußen wäre, aufzugehen. Unsere Kleinheit und Beschränktheit ist uns förmlich lieb geworden. Gleichwohl verkenne ich nicht die Nothwendigkeit eines solchen Verschmelzens zu einem großen Ganzen; vielmehr bin ich

feſt überzeugt, daß in ihm das einzige Heil für Deutſchlands nationale Entwickelung zu ſuchen iſt, und vor dieſer klaren Erkenntniß müſſen freilich die bloßen Gefühlsregungen des Sachſen ſchweigen. Doch habe ich über die Verſchmelzung der kleinen deutſchen Staaten mit Preußen noch folgende Gedanken. Du wirſt mir Recht geben, daß hier von einer gewaltſamen Vereinigung mit Preußen nicht die Rede ſein kann, ſondern daß dieſe nur auf dem Wege einer inneren Nothwendigkeit, eines organiſchen Zuſammenwachſens, einer Wahlverwandtſchaft, ſtattfinden könnte. Dazu iſt aber Gleichheit und gegenſeitige Anziehungskraft der Elemente erforderlich, und eine ſolche iſt, meiner Ueberzeugung nach, zwiſchen Preußen und den übrigen Staaten noch nicht vorhanden; ſie iſt es, deren Herbeiführung ich erſt von einer conſtitutionellen Entwickelung Preußens (in vorläufig noch getrennter Stellung) erwarte. Iſt dieſe politiſche Entwickelung bis zu dem Punkte gediehen, daß ſie das Niveau der übrigen conſtitutionellen Staaten erreicht hat, dann iſt der Zeitpunkt der Verſchmelzung gekommen, und dieſe wird mit naturgemäßer Nothwendigkeit von ſelbſt erfolgen."

Wenn ſo mein Auftreten von manchen Seiten her theils auf directe Feindſchaft, theils wenigſtens auf Bedenklichkeiten ſtieß, ſo hatte es dagegen von anderen und ſehr gewichtigen ſich entweder warmer Beiſtimmung, oder doch achtungsvoller Beurtheilung zu erfreuen. Die Zuſendung des Programms und die Einladung zur Mitarbeiterſchaft an meiner Monatsſchrift beantwortete der neben Uhland bedeutendſte Führer der Liberalen in Württemberg, Paul Pfizer, mit folgenden Aeußerungen:

„Das mir gütigſt mitgetheilte Programm ließ mich die ganze Wichtigkeit des Unternehmens würdigen, und ich erkenne vollkommen nicht nur die Zweckmäßigkeit, ſondern die Nothwendigkeit eines literariſchen Organs von praktiſcher Tendenz, weil in unſerer nationalen Lebensentwickelung die theoretiſche Seite bis jetzt noch ein ſo großes Uebergewicht über die praktiſche behauptet. Auf der anderen Seite muß ich aber auch geſtehen, daß ſowohl Neigung als Ver-

bältniſſe mich der eigentlichen Praxis allzufern geſtellt haben, um auf dem Feld der poſitiven und materiellen Intereſſen mich mit der Sicherheit bewegen zu können, die Plan und Zweck Ihrer Zeitſchrift nach der im Programm dargelegten Idee zu fordern ſcheinen. Aus dieſem Grund mußte ich Bedenken tragen, Ihrer ſo wohlwollenden als für mich ſchmeichelhaften Aufforderung zu folgen; ſollte ich aber früher oder ſpäter ſo glücklich ſein, einen paſſenden Stoff und Zeit zu deſſen Bearbeitung finden, ſo werde ich es mir zur Ehre ſchätzen, unter die Zahl Ihrer Mitarbeiter an dem patriotiſch-nationalen Werke aufgenommen zu werden."

Carl Welcker, ſeit dem Tode Rottecks (1840) der hervorragendſte Vorkämpfer des Liberalismus in Baden, ſandte mir folgende ermuthigende Worte:

„Mit großem Intereſſe habe ich mich mit Ihrer trefflichen Zeitſchrift befreundet und freue mich, daß Sie die große gemeinſchaftliche Aufgabe auf einem neuen Wege und ſo tüchtig fördern. Ueber Einzelnes möchte ich um ſo lieber mich mit Ihnen unterhalten, als neben dem Meiſten, dem ich, wenn es mir auch neu und von neuer Seite dargeſtellt war, völlig zuſtimme, bei Anderem unſere Anſichten von einander abweichen. Aber was ſind einige Briefzeilen zur Verſtändigung über ſo große Gegenſtände? Darin wird uns wohl die Zeit immer mehr vereinigen, daß die gegenwärtig von Regierungswegen zugeſtandenen poſitiven Verhältniſſe weder für materielles Wohl noch für geiſtiges und insbeſondere nicht für wahre deutſche Nationalfreiheit und Kraft uns genügende und feſte Grundlagen geben. Uns fehlt's am Erſten und Letzten, am Recht. Und was heute die Gnade gab, nimmt, ſobald man's nur als Recht geltend machen will, die Ungnade, und das treffliche Bundesſtaatsrecht hat zu jeder Rechtsverachtung gebahnte Wege. Den Acker für die Saat einer neuen Zeit fleißig umpflügen, den Samen ſtreuen, vertrauend auf Gott und unſerer großen Nation ſchlummernde und gebundene Kräfte, das können wir. Gott muß zur rechten Stunde ſein Auferſtehungswort rufen — und die erſte große europäiſche Erſchütterung wird, glaube ich, dieſer Moment ſein. Je mehr dann in redlicher geſetzlicher Entwickelung unſerer

vaterländiſchen Kräfte und Rechte nach allen Seiten hin vorgearbeitet iſt, deſto ſchneller und leichter wird die neue Zeit ſich geſtalten, deſto weniger Verwirrungen werden wir zu beklagen und zu verbeſſern haben. Möge Ihnen Gott heitere und geſunde Tage für Ihr edles Beſtreben geben und mögen Sie mir Ihr freundliches Wohlwollen erhalten!“

Von dem damaligen Vorſitzenden des königlich ſächſiſchen Staatsminiſteriums, Bernhard von Lindenau, erhielt ich folgende Zuſchrift:

„Das mir gefälligſt zugeſendete Programm einer deutſchen Monatsſchrift habe ich mit großem Intereſſe durchgeleſen, da hier ſo ziemlich der ganze Umfang der Staatsverwaltung und der Staatsintereſſen beſprochen und der Geſichtspunkt feſtgeſtellt wird, aus dem ſolche in der neuen Zeitſchrift behandelt werden ſollen. Die Grenzen ſind weit geſteckt, und, ſoll die Zeitſchrift das Verſprochene leiſten, ſo gehört dazu eine ſeltene Vereinigung vielſeitig befähigter Männer. Wenn ich früherhin, wo mein Leben mehr der Theorie, als der Praxis angehörte, vielleicht die Mehrzahl der in Ihrem Programm ausgeſprochenen Anſichten theilte, ſo mußte ſich leider aus der Erfahrung eine andere Ueberzeugung entwickeln. Eine Nachweiſung dieſes Reſultates würde die Grenzen eines Briefes bei Weitem überſteigen, und ich hebe daher, als Beleg der Discordanz zwiſchen Theorie und Praxis, nur den einzigen wichtigen Grundſatz: „wenig zu regieren“, aus. Dahin zu gelangen, gehörte zu meinen Haupt- und Lieblingszwecken, allein bald wurde die Unmöglichkeit, wenigſtens für unſer Vaterland, fühlbar, wo die wahre Communal-Selbſtſtändigkeit noch nicht zur Reife gedeihen will und wo von Kammern, Communen und Individuen eine fortdauernde Einwirkung der Regierung gewünſcht und gefordert wird.

Beinahe zum Vorwurf aber möchte ich es Ew. Wohlgeboren machen, daß bei der wohlbegründeten Empfehlung der Induſtrie des wichtigſten und beſten Induſtrie-Zweiges, des Landbaues, nicht erwähnt wurde. Denn, muß der höchſte und letzte Zweck unſeres Beſtrebens der ſein, unſere Mitmenſchen beſſer und glücklicher zu machen, ſo nimmt in dieſer Beziehung der Landbau die erſte Stelle

ein, und gern würde ich Tausende von Webereien und Spinnereien gegen ein halbes Hundert Quadratmeilen fruchtbaren Landes vertauschen, da diese jenen Zweck — bei vorausgesetztem Parcellar-Besitz — weit besser als Fabriken befördern."

Der Vorwurf, den Minister v. Lindenau mir am Schlusse seines Briefes wegen zu geringer Beachtung der Landwirthschaft machte, war nicht unberechtigt: der Grund davon lag jedoch darin, daß ich zwar wohl die Industrie in ihren verschiedenen Gestalten und nach ihren hauptsächlichsten Beziehungen zum Staats- und Volksleben durch eigene Beobachtung kannte, viel weniger aber die Landwirthschaft. Wenn ich somit damals in der That gegen letztere mich einer Versäumniß schuldig machte, so hat diese Schuld später für mich mein ältester Sohn abgetragen, Dr. Richard Biedermann, der sich mit meiner Zustimmung speciell dem landwirthschaftlichen Studium widmete und als Begründer und Herausgeber des „Centralblattes für Agriculturchemie und rationellen Wirthschaftsbetrieb" nach dem ehrenden Zeugniß seiner namhaftesten Fachgenossen und sogar mehrerer Regierungen sich um die Landwirthschaft wesentliche Verdienste erwarb, bis leider ein früher Tod ihn den Seinigen und dieser fruchtbaren Berufsthätigkeit entriß.

Auch der berühmte Theolog von Ammon, damals königlich sächsischer Oberhofprediger, verschmähte es nicht, über mein Unternehmen, namentlich nach der kirchlichen Seite hin, sich in einigen Worten zu äußern. Er schrieb:

„Ew. Wohlgeboren sind im Begriffe, eine literarische Fregatte vom Stapel zu lassen, die mit amerikanischer Leichtigkeit des Baues die Solidität britischer Bemannung und Rüstung verbindet. Wie würde Schlözer, mein alter College und Freund (Ammon war

1794—1804 Professor in Göttingen gewesen), sich freuen, wenn er Ihre Ankündigung läse! Möge nun das herrlich bewimpelte Schiff ungehindert seinen freien Lauf durch unsere Ströme hinaus in die weite See beginnen! Der Rhein hat Klippen, die Elbe Sand, und die Oder ähnelt einem unausgekämmten Weichselzopfe. Möge es Ihnen gelingen, durch alle diese Brandungen sicher hindurch zu steuern! Ihren Ansichten von der Dogmatik und Kirche kann ich keineswegs geradezu widersprechen. Dennoch scheint es, daß das Auslaufen der Zeit in merkantilisch-politische Pragmatik einer sichern historisch-praktischen Leitung bedürfe, die ihrer Natur nach nur von der Heiligkeit der christlich-religiösen Idee ausgehen kann. Zwischen Rom und Philadelphia sind mehrere Standpunkte denkbar, und einer derselben kann doch nur der wahre und rechte sein. Mehr hierüber nach meiner Rückkehr von Teplitz wird Ihnen mit einem Herzen voll Hochachtung und Liebe darbieten Ew. Wohlgeboren ganz ergebenster v. Ammon."

Die „Deutsche Monatsschrift", welcher sich bald viele tüchtige Kräfte anschlossen, errang mit ihrer gemäßigt liberalen, vor Allem aber nationalen Haltung eine geachtete Stellung in der Tagesliteratur, obschon sie von den politischen und philosophischen Radicalen, den Männern der „Rheinischen Zeitung", der „Sächsischen Vaterlandsblätter", der „Hallischen Jahrbücher", als philisterhaft, charakterlos oder doch des höheren philosophischen Geistes baar verschrieen ward. Was ihre materiellen oder mercantilen Erfolge betrifft, so waren diese freilich viel weniger befriedigend. Obschon sie damals eigentlich die einzige Zeitschrift war, welche Tagespolitik, Volkswirthschaft, Literatur u. s. w. gleichzeitig umfaßte, so erhob sie sich doch niemals über 500 Abonnenten. Ich scheue mich nicht, dieses so wenig glänzende Resultat einzugestehen, umsoweniger, als die „Hallischen Jahrbücher", die doch, als das

anerkannte Organ einer damals weitverbreiteten und, in Preußen wenigſtens, gewiſſermaßen herrſchenden Schule der Jung-Hegel'ſchen, von Haus aus viel günſtiger geſtellt waren, nach dem eigenen Bekenntniß des Verlegers derſelben, Otto Wigand, es nicht einmal ſo weit gebracht haben. Wie anders ſind ſeitdem die Zeiten geworden! Meine Monatsſchrift hatte das Schickſal aller der Unternehmungen, welche neuen Richtungen den Boden bereiten, ſelbſt aber einen ſolchen nicht vorbereitet finden. Bahnbrecher in dieſem Sinne zu ſein, iſt vielleicht ein ehrenvolles, aber ſicherlich kein dankbares Geſchäft.

So hatte ich mein Leben und Streben dem ſchwanken Schiffe der Journaliſtik anvertraut, war aus einem Manne des Katheders ein Mann der Feder geworden. Denn, wenn ich auch meine akademiſche Stellung und Thätigkeit nicht aufgab, ſo mußte dieſelbe doch, bei der Ausſichtsloſigkeit dort und der mich ebenſo wohl befriedigenden, als ganz ausfüllenden Thätigkeit hier, gegen die neugewählte Richtung bedeutend zurücktreten. Ich war kühn genug, in dieſes ſchwanke Fahrzeug auch noch einen geliebten Gegenſtand mit einzuſchiffen und bald nach der Begründung der Monatsſchrift einen eigenen Hausſtand zu begründen.

Sechstes Capitel.

Die Wiederbelebung des nationalen Gedankens im Jahre 1840 und meine Betheiligung daran.

Noch während meiner Vorbereitungen zur Begründung der „Deutschen Monatsschrift", im Sommer 1840, traten Ereignisse ein, welche geeignet waren, dem politischen Grundgedanken meines Programms: „feste Einigung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten im Anschlusse an Preußen", einen erhöhten Nachdruck zu verleihen. In Preußen war nach 43jähriger wechselvoller Regierung der alte König, Friedrich Wilhelm III., gestorben; an die Thronbesteigung des neuen Königs, Friedrich Wilhelms IV., knüpften sich weitgehende Hoffnungen; der lange zurückgehaltene Drang im preußischen Volke nach zeitgemäßen Reformen brach sich in lauten und immer lauteren Kundgebungen Bahn; von den Ständen der Provinz Preußen ward an die königliche Zusage von 1815 wegen Einführung von Reichsständen gemahnt. Fast in demselben Augenblicke schien Deutschland von einer ernsten Kriegsgefahr bedroht: die Franzosen, in ihrem so reizbaren Nationalgefühl schwer verletzt durch die Demüthigung, die Frankreich in der Person seines Schützlings, des Vice-

königs von Egypten, seitens der andern vier Großmächte erfahren, zeigten Lust, dafür „Revanche“ zu nehmen an der ihnen nächstgelegenen und am leichtesten zu erreichenden Großmacht, Preußen: die Parole „das linke Rheinufer“ ward ausgegeben und fand rasche Verbreitung; das Ministerium Thiers bereitete umfassende Rüstungen vor.

Diese beiden Ereignisse, jedes für sich und vollends beide gemeinsam, mußten den nationalen Gedanken nicht blos aus seinem langen Schlummer wecken, sondern ihm auch gerade die Zuspitzung geben, in welcher ich ihn in meinem Programme formulirt hatte. Der von einem Umschwunge in Preußen zu erhoffende Eintritt dieses Staates in die Reihe der Verfassungsstaaten versprach, die Bedenken zu beseitigen, welche (wie das oben mitgetheilte Schreiben eines sächsischen Liberalen zeigte) in den constitutionellen deutschen Ländern einer Annäherung an Preußen zur Zeit entgegenstanden, während andererseits Preußens eigenes Interesse diesem zu gebieten schien, sich eines solchen Anschlusses der kleineren Staaten behufs Verstärkung seiner Kraft für den Fall eines Angriffs von außen (jetzt oder künftig) zu versichern, und während die französische Kriegsdrohung das Bedürfniß größerer Einheitlichkeit im deutschen Volke hervorrufen mußte und auch wirklich hervorrief.

Ich versäumte nicht, alle diese Momente sowohl zur Unterstützung des nationalen Gedankens im Allgemeinen, als auch zur Aufklärung der Ansichten darüber, in welcher Form die deutsche Einheit zu erstreben sei, fort und fort geltend zu machen. Sogleich in dem Einleitungsartikel zu dem ersten Hefte der „Deutschen Monatsschrift“ sagte ich:

Die Bedingungen sind gegeben, um die Einheit und Macht der deutschen Nation dauernd zu begründen; der Punkt ist gefunden, in welchem die verschiedenen Theile Deutschlands, in welchem Regierungen und Völker sich begegnen; die Schranken beginnen zu fallen, welche bisher die kleineren deutschen Staaten von dem großen preußischen, den Süden von dem Norden, die constitutionellen Gemeinwesen von der absoluten Monarchie trennten. Der Gang der Ereignisse hat uns mit wunderbarer Gewalt in diese Bahn fortgerissen, und fast überraschend, wie mit einem Zauberschlag hervorgerufen, tritt uns ein deutscher Gemeingeist, ein deutsches Nationalleben entgegen, kräftig, bewußt, und selbst dem Auslande, das uns eben noch verspottete, Achtung gebietend. Schon blickt England mit Unruhe auf die raschen Fortschritte des deutschen Handelssystems und fürchtet einer neuen Hansa auf den Meeren und den Märkten, die es bisher fast allein beherrschte, zu begegnen; schon vermochte die deutsche Nation durch die Energie und Würde, womit sie den Uebermuth französischer Eitelkeit in seine Schranken zurückwies, den gefährdeten Frieden Europas zu sichern; schon wird die Wichtigkeit dieses Einflusses, den das wieder enger verbundene Deutschland auf die politische und commerzielle Gestaltung der Staatenverhältnisse ausübt, nicht nur von den fremden Nationen, sondern auch von den einzelnen Gliedern der großen deutschen Familie selbst gefühlt und erzeugt in denselben den Trieb nach immer innigerer Vereinigung. Eine reiche Zukunft liegt vor uns aufgeschlossen; sorgen wir dafür, daß sie uns nicht entgehe! Der erste Schritt auf der neuen Bahn ist gethan, die Richtung ist bezeichnet; haben wir Acht auf jeden folgenden Schritt! Heften wir das Auge unverwandten Blicks auf das hohe Ziel, welches uns entgegenleuchtet! Es ist ein großes, ein erhabenes Wort, das Wort: Nationalität; suchen wir es recht zu verstehen und recht zu gebrauchen! Die Kraft dieses Wortes ruht auf zwei mächtigen Säulen; sie heißen: Einheit und Fortschritt! Eine Nation ohne Einheit, ohne einen festen Zusammenhalt im Innern und eine starke Widerstandsfähigkeit nach außen ist nichts als eine kraftlose Masse von Elementen, von der jeder Nachbar ein Stück abreißt, die jeder kühne Abenteurer nach seinen Zwecken gestaltet und benutzt. Deshalb hinweg mit dem kosmopo-

litiſchen Liberalismus, der nur von einer Propaganda der Freiheit, von einer Gemeinde der politiſch Gleichgeſinnten träumt, aber darüber die näheren Bedürfniſſe und Verhältniſſe des Nationallebens vernachläſſigt: der nicht eher für das Vaterland wirken und kämpfen möchte, als bis alle ſeine Forderungen erfüllt wären! Die Zeiten dieſes Liberalismus ſind in Deutſchland vorüber und werden hoffentlich niemals wiederkehren. Wir haben einſehen gelernt, daß das keine wahre politiſche Freiheit iſt, welche nicht zugleich und vor allen Dingen das Vaterland, die Nation groß, einig und frei macht; wir haben die Täuſchungen der franzöſiſchen Freiheitsſympathien in ihrer ganzen Gefährlichkeit und Heimtücke erkannt. Aber von der andern Seite iſt auch die Einſicht gewonnen, daß es keine Einheit und keine Stärke giebt ohne ſtetigen Fortſchritt, und daß die Bedingungen des Zuſammenhaltens der Nation zugleich die Bedingungen ihrer Entwickelung, ihres freien Wirkens und Sichauslebens ſein müſſen.

Das preußiſche Syſtem war bisher vorzugsweiſe auf die Einheit des Staatslebens, auf die Concentration der Staatsmacht gerichtet: es betrachtete das öffentliche Leben der Nation, die Freiheit der Einzelnen, die rechtlichen und politiſchen Inſtitutionen faſt nur als Mittel, die Einheit des Staats zu befeſtigen und die Benutzung der Volkskraft für die Zwecke der äußeren Politik zu erleichtern. Aber dieſe Einheit und dieſe Entwickelung war eine künſtliche, denn es mangelte ihr die freie Bewegung und Selbſtthätigkeit des Volkes, die Initiative der öffentlichen Meinung. In den conſtitutionellen Staaten war dieſe Initiative der öffentlichen Meinung längſt anerkannt und durch geſetzliche Bürgſchaften vertreten; allein, um ihre ganze wohlthätige Wirkſamkeit zu entfalten, fehlte ihr ein umfaſſender Kreis großer nationaler Intereſſen.

Die Verſchmelzung jener beiden Principien, welche bisher das deutſche Nationalleben in ſich ſpalteten, iſt der letzte, entſcheidende Schritt, der gethan werden muß, um die Entwickelung dieſes Nationallebens zu vollenden, um den politiſchen Fortſchritt an das Intereſſe der Einheit und der äußeren Macht Deutſchlands zu knüpfen, und um andererſeits dieſer Macht eine feſte und breite Baſis an der öffentlichen Meinung, an dem freien Aufſtreben der Volkskraft zu geben.

Hiermit haben wir, wenn wir uns nicht täuschen, das politische Glaubensbekenntniß einer starken und täglich wachsenden Partei in Deutschland ausgesprochen, die wir die nationale nennen möchten und zu der auch wir uns von ganzer Seele bekennen. Die nationale Partei will keine der gesetzlichen Bürgschaften aufgegeben wissen, in deren Besitz sich die Mehrzahl der kleineren deutschen Staaten befindet; sie verlangt vielmehr deren fortschreitende Entwickelung und Erweiterung; aber sie wird nicht ungeduldig und muthlos, wenn diese Entwickelung, bei der eigenthümlichen Natur unserer deutschen Staatenverhältnisse, nur langsam und oft auf Umwegen vor sich geht; sie strebt nicht nach dem Fernsten und Höchsten zuerst, sondern nach dem Nächsten und Erreichbarsten; ganz besonders aber sucht sie die Befestigung und den Fortschritt der politischen Freiheit ebensowohl in der Feststellung und Ausbildung materieller und socialer Verhältnisse, als in formellen Garantien, und sieht aus diesem Grunde nicht selten das Zustandekommen einer neuen Communicationslinie oder die Abschließung eines Handelstractates als ein ebenso wichtiges und folgenreiches Ereigniß für den Fortschritt an, als einen Sieg der Opposition bei den Wahlen oder in den Kammern. Dem absoluten Staatsprincipe gegenüber, welches gegenwärtig noch das des größten und einflußreichsten Staates in dem deutschen Zollvereine ist, verleugnet die nationale Partei keineswegs ihre entgegengesetzten politischen Ansichten; sie hält auch die jenem Staate fehlenden gesetzlichen Bürgschaften der Freiheit und des Fortschritts keineswegs für ersetzt oder überflüssig gemacht durch die Vorzüge der Persönlichkeiten, die daselbst an der Spitze der Geschäfte stehen, und ebensowenig durch den streng geordneten Mechanismus der Verwaltung; allein sie lebt des sichern Glaubens, daß der Gang der Ereignisse, daß die Bahn materieller Verbesserungen, durch deren Verfolgung die preußische Politik sich zum Mittelpunkte der deutschen Nationalentwickelung gemacht hat, sie in eine Richtung hineindrängen werde, welche früher oder später auch eine ausdrückliche Anerkennung freierer Staatsformen herbeiführen müsse; und diese Erwartung macht es ihr leicht, sich auch mit den dortigen Zuständen zu befreunden, welche, wenn schon unter ganz anderen Bedingungen entstanden, als die der übrigen

deutschen Staaten, und deshalb auch einen ganz anderen Geist athmend, doch nicht minder kräftige Elemente zur Förderung der allgemeinen Nationalinteressen Deutschlands in sich tragen.

Diese Nationalinteressen des gemeinsamen Vaterlandes sind es, welche die nationale Partei überall zunächst und hauptsächlich in's Auge faßt und als den unverrückbaren Richtpunkt für alle Entscheidungen politischer, staatswirthschaftlicher und socialer Fragen betrachtet. In der beharrlichen Verfolgung dieses Weges vertritt sie das System des Fortschritts, aber eines besonnenen, stetigen, auf Thatsachen, nicht auf Theorien gestützten Fortschritts, eines Fortschritts, den weder die ungemessenen Forderungen eines ideologischen Liberalismus, noch die ohnmächtigen Reactionsversuche eines verstockten Absolutismus aus seiner sichern Bahn zu reißen im Stande sind.

In einem weitern Artikel (im ersten Hefte des zweiten Bandes) führte ich aus, wie Preußen mit seiner unzureichenden äußern Macht und seiner ungünstigen geographischen Gestaltung gezwungen sei, seine Stärke theils in einer straffen militärischen Zusammenfassung aller Kräfte im Innern, theils in einer Anlehnung an seine beiden absolutistischen Nachbarmächte, Oesterreich und Rußland, zu suchen, und wie, so lange diese Umstände fortdauerten, es nicht leicht zu einer freieren Gestaltung des preußischen Staatswesens kommen werde. Allein daraus folge nur, daß eine Constitutionalisirung Preußens Hand in Hand gehen müsse mit einer solchen Politik dieses Staates nach außen, welche durch den Anschluß der deutschen Mittel- und Kleinstaaten an Preußen dessen Machtstellung verstärke.

In der Tagespresse stand ich mit diesen Ansichten damals nahezu gänzlich allein, denn die „nationale Politik", welche Friedrich Giehne in seiner „Oberdeutschen Zeitung"

predigte, war zu sehr mit anderweitigen, zum Theil etwas mittelalterlich angehauchten Ideen verquickt, als daß ich darin eine wirkliche Bundesgenossenschaft hätte erblicken mögen.

Ich berühme mich nicht, aber freuen darf ich mich doch, daß ich vom Anbeginn meiner publicistischen Wirksamkeit an — trotz dieses Alleinstehens und trotz aller Anfechtungen, die ich deshalb erleiden mußte — den Weg beharrlich verfolgt habe, welcher als der allein zum Ziele führende später allgemein anerkannt und zuletzt auch praktisch mit so glänzendem Erfolge betreten worden ist.

Erst allmälig gewann der Gedanke einer „preußischen Hegemonie" (wie man es damals kurzweg nannte) durch mehrere selbstständige Schriften, die von Männern in hervorragender socialer oder politischer Stellung ausgingen, größere Geltung und Verbreitung. Die erste Schrift dieser Art war des Herrn von Bülow-Cummerow: „Preußen, seine Verwaltung, seine Verfassung, sein Verhältniß zu Deutschland" (1842). Herr von Bülow-Cummerow war ein Großgrundbesitzer in Pommern, ein als gut königlich und conservativ bekannter Mann, ein Anhänger der ständischen Monarchie und ein Gegner des modernen Constitutionalismus. Er hatte sich sowohl als Schriftsteller wie als Mitglied mehrerer Provinziallandtage durch seine lebhafte Theilnahme an den öffentlichen Zuständen hervorgethan. In dem eben genannten Buche machte er zunächst für das innere Staatsleben Preußens verschiedene, allerdings sehr bescheidene, Reformvorschläge, betonte dagegen ziemlich entschieden die Nothwendigkeit einer engeren Verbindung Preußens mit den deutschen Staaten zweiten Ranges und

deutete ſchüchtern auf die Unvermeidlichkeit eines Fernbleibens Oeſterreichs von dieſer Combination hin.

Allerdings war darin die hegemoniſtiſche Idee in etwas einſeitiger Weiſe (mehr in der Form der bloßen Unterordnung der kleinern Staaten unter Preußen, als der einer gleichberechtigten Nebeneinanderſtellung beider) geltend gemacht: auch ſprachen mich die zum Theil etwas feudaliſtiſch ſchillernden Anſichten des Verfaſſers wenig an: allein die Wichtigkeit eines von ſolcher Stelle ausgehenden Anſtoßes zur Inangriffnahme nicht blos der preußiſchen, ſondern auch der deutſchen Verfaſſungsfrage leuchtete mir ein, und ich beſprach deshalb das Buch alsbald nach dem Erſcheinen des erſten Theils eingehend in zwei längeren Artikeln in meiner Monatsſchrift. Ich ſandte dieſelben an Herrn von Bülow und erhielt darauf mehrere ſehr liebenswürdige Briefe von ihm. In dem erſten derſelben ſchrieb er:

Der Punkt über Hegemonie iſt zwar von Wichtigkeit, aber nur von untergeordneter, und gehört jedenfalls in die zweite Reihe. In der erſten ſteht die ſchwierige Aufgabe, wie durch die Reichsverfaſſung ein nationales Deutſchland zu bilden ſei, wie aus den Unterthanen von unzähligen großen und kleinen ſouveränen Regierungen ein deutſches Volk hervortreten könne, welches nicht in Liedern, Tiſchreden und Zeitungsartikeln beſtehe, ſondern auf dem Grund organiſcher Geſetze ſich im Beſitz aller der Vortheile befinde, welche ein gemeinſames großes Nationalintereſſe erwecken und dadurch eine National-Einheit bewirken. Jetzt und ſo lange dieſer hohe Geſichtspunkt nicht in's Leben gerufen wird, erblicke ich in Deutſchland nur einen Regentenbund ohne Bürgſchaft für die Dauer."

Das Bülow'ſche Werk machte innerhalb und außerhalb Preußens großes Aufſehen. Von Wien aus erſchien in der „Allgemeinen Zeitung" ein halboffizieller ſehr entſchiedener Proteſt gegen die von Bülow-Cummerow ange-

deutete Eventualität eines Ausschlusses Oesterreichs aus Deutschland, worauf Letzterer in einer öffentlichen Erklärung diesen Punkt zu mildern suchte. König Friedrich Wilhelm IV. zeichnete den Verfasser durch eine Einladung zur Tafel aus. Das hinderte aber nicht (es ist das charakteristisch für die damaligen Zustände Preußens!), daß Bülow-Cummerow Grund zu haben glaubte, zu befürchten, die preußische Polizei werde den zweiten Theil seines Buches, sobald er erschienen, confisciren. Er schrieb mir darüber:

Da ich Ursache zu der Besorgniß hatte, mein Buch würde hier confiscirt werden, so habe ich die hier gedruckten Exemplare im Stich gelassen, wohl die ersten, aber nicht die letzten Bogen fertig drucken lassen und einen zweiten Druck in Jena in größter Eile und unter großer Verschwiegenheit veranlaßt. Während nun die hiesige Polizei sich freut, daß sie das Nest mit Klein-Vögeln Bülow unter ihrer sichern Observation behält, sind die Vögel in Sachsen ausgeflogen, und ich glaube, sie wird sich unangenehm überrascht finden, wenn sie den Spaß, den ich ihr gemacht, erfährt. Ob sie in dem ersten Aerger zugreifen wird, darüber werden wir wohl in den ersten Tagen mehr erfahren; übrigens ist der Fall im Buchhandel noch nicht vorgekommen. Der Spaß kostet mir über 1000 Thaler und wird dem Publikum ein Zeichen sein, daß es mir nur an der Sache liegt. Uebrigens hoffe ich, daß diese factische Demonstration, von mir ausgegangen, vielleicht nach Oben eine Reaction bewirkt.

Ueber die innern Zustände Preußens und deren Rückwirkungen auf das übrige Deutschland äußerte sich Herr von Bülow-Cummerow in demselben Briefe folgendermaßen:

Wollten doch die ausgezeichnetsten Schriftsteller in Deutschland sich davon überzeugen, daß, so lange nicht in Preußen freisinnige Institutionen festen Fuß gefaßt haben, das übrige Deutschland für die seinen keine Bürgschaft besitzet. Diese werden wir aber nicht erhalten, wenn die Aristokratie sich nicht an die Spitze der Bewegung setzet; sie allein — glauben Sie mir! — vermag es, bedeutend ein-

zuwirken, und sie ist aufgeklärt genug, es zu wollen. So lange man in Berlin glaubt, unbedingt auf den ersten Stand rechnen zu können, wird man keinen Schritt weiter gehen, und so lange die Masse des ersten Standes sich durch ganz unverdiente Angriffe bedroht fühlt, wird sie besorgt zaudern, selbst auf solche Fortschritte anzutragen, die sie für gerecht und nützlich hält."

Im Herbst 1843 besuchte ich Herrn von Bülow-Cummerow in Berlin und ward von ihm sehr freundlich aufgenommen. Ein ziemlich bejahrter Mann (er zählte damals 68 Jahre, sah aber älter aus) von aristokratischer Haltung trat mir in violetsammtenem Schlafrock entgegen und lud mich zum Niedersitzen ein. Er sprach auch alsbald gegen mich ganz rückhaltlos seine Ansichten aus: doch entnahm ich diesem Gespräch wie auch dem zweiten Theil seines Buches, daß unsere Wege nur sehr theilweise zusammengingen. So kam es, daß unser schriftlicher Verkehr allmälig lauer ward und zuletzt aufhörte. Bekanntlich hat sich Bülow-Cummerow 1848 an die Spitze jenes „Vereins zum Schutze des Eigenthums" gestellt, den das Volk „das Junkerparlament" nannte. Doch soll ihm unvergessen sein, daß er durch seine Schrift von 1842 einen nicht unwichtigen Beitrag zur Entwickelung des nationalen Gedankens geliefert hat.

Die von Preußen aus herübergereichte Hand ergriffen mit Wärme zwei namhafte liberale Wortführer im übrigen Deutschland. Carl Steinacker, Präsident der braunschweigischen Ständeversammlung, schrieb das Buch: „Ueber das Verhältniß Preußens zu Deutschland" (1842), worin sogar die Möglichkeit berührt ward, daß Preußen, wenn es nicht zuvor durch freiwilligen Anschluß der andern Staaten verstärkt worden sei, einmal in die Lage kommen könne, zu

seiner Selbsterhaltung solche zu annectiren; Paul Pfizer, der schon 1831 (in dem „Briefwechsel zweier Deutschen") den Gedanken der preußischen Führerschaft angeregt hatte, gab demselben jetzt stärkeren Ausdruck in seinen „Gedanken über Recht, Staat und Kirche" (1842).

Natürlich fanden alle derartige Stimmen in meiner Monatsschrift ein starkes Echo. Mit Steinacker kam ich dadurch in nähere Beziehungen, mit Pfizer war ich es schon vorher gewesen.

Neben der Pflege des nationalen Grundgedankens selbst widmete ich meine Aufmerksamkeit auch den nothwendigen praktischen Consequenzen dieses Gedankens, d. h. den Bestrebungen für eine einheitlichere Gestaltung zunächst derjenigen Verhältnisse, welche einer solchen am dringendsten zu bedürfen schienen. So brachte meine Monatsschrift eine Reihe von Artikeln, die sich mit Verbesserungen der Bundeskriegsverfassung und dahin einschlagenden Fragen beschäftigten. Ihr Verfasser war ein junger Lieutenant in der königl. sächsischen Armee, Herr von Abendroth, der seitdem zu hohen militärischen Ehren emporstieg und, nachdem er im Kriege 1870/71 sich rühmlichst ausgezeichnet, vor wenigen Jahren starb. Ein höherer badischer Justizbeamter, Herr von Zentner, lieferte mir eine andere Reihe von Artikeln über die Nothwendigkeit einer einheitlichen deutschen Justizgesetzgebung. Für Einheitlichkeit des Postwesens, für eine gemeinsame Vertretung der deutschen Handels- und Gewerbeinteressen im Auslande durch „Zollvereinsconsulen", für eine Betheiligung der Gewerbetreibenden an den Zollvereinsconferenzen („Zollparlament" nannte man dies damals) und ähnliche nationale Anliegen, die wir heut zu Tage,

dem Himmel sei Dank, insgesammt entweder befriedigt oder doch ihrer Befriedigung nahe gebracht sehen, trat ich ebenfalls lebhaft ein.

Diese letztgenannten Fragen volkswirthschaftlicher Natur wurden damals mit einer wahrhaft erstaunenswerthen Rührigkeit, Zähigkeit und Entschiedenheit in der Presse behandelt von dem geistvollen Verfasser des (1842 erschienenen) „Nationalen Systems der politischen Oekonomie", Friedrich List. Seine schutzzöllnerischen Ansichten vermochte ich nicht zu theilen (obschon dieselben in viel großartigerem Wurfe und doch auch wieder mit mehr Mäßigung auftraten, als die vieler unserer heutigen Schutzzöllner — u. A. erklärte sich List entschieden gegen jede Art von Belastung der ersten Lebensbedürfnisse); allein seine unermüdliche Agitation für große nationale Interessen, z. B. für eine gemeinsame deutsche Handelsflagge, eine deutsche Kriegsflotte, deutsche Colonien u. s. w., erregten meine lebhafte Sympathie. Obschon ich sein Buch nur theilweise zustimmend, theilweise ablehnend besprochen hatte, wagte ich doch, ihn um Beiträge zu meiner Monatsschrift in jener nationalen Richtung zu bitten. Seine Antwort ist bezeichnend für die Eigenthümlichkeit des Mannes. Er schrieb:

Ew. Wohlgeboren werden mir vielleicht mein Stillschweigen auf Ihre ehrenvolle Einladung zur Mitwirkung für Ihre Zeitschrift zu Gute halten, wenn ich Ihnen sage, daß ich in Folge eines schweren Beinbruches ganz arbeitsunfähig geworden bin und jetzt erst anfange, wiederum aufzuleben. Nachdem ich die allernöthigsten Rückstände beseitigt haben werde, werde ich wohl Zeit gewinnen, für Ihre Zeitschrift Einiges zu bearbeiten, im Fall Sie es noch wünschen sollten. Auch würde ich gerne Gelegenheit nehmen, davon in der Allgemeinen Zeitung zu sprechen, wenn ich nur im Besitz Ihrer Schrift wäre.

Bis jetzt habe ich sie weder hier noch in München finden können. Aus den Inhaltsanzeigen ersehe ich, daß auch des „Nationalen Systems der politischen Oekonomie" darin Erwähnung geschieht. Ob für oder wider, weiß ich nicht, hat auch im Ganzen nichts zu sagen. Nächst dem, daß man meiner Schrift einige Anerkennung widerfahren läßt, liebe ich am meisten, daß man dagegen opponirt. Dieses Heft zu sehen, wäre ich besonders begierig. Haben Sie irgend einen Wunsch, daß dieser oder jener Gegenstand von mir behandelt werde, so bitte ich, ihn auszusprechen.

Vierzig Jahre später, 1883, stand ich an dem Grabe Lists auf dem kleinen Friedhofe zu Kufstein. Bekanntlich hatte der geniale, aber in seinen Unternehmungen nicht glückliche Mann, verdüstert durch seine Mißerfolge, von der schutzzöllnerischen Partei, der er durch seine Schriften so große Dienste geleistet, nicht nachhaltig unterstützt, sich auf einer Reise in Tyrol 1847 an jenem Orte durch einen Pistolenschuß das Leben genommen. Dem Todten hat man einen verspäteten Dank abgestattet in der (fast etwas zu pomphaften) Inschrift auf dem Grabsteine: „Deutschlands List" und in einem in seiner Vaterstadt Reutlingen ihm gesetzten Denkmal.

Wenn ich solchergestalt mit vielen der besten Männer jener Zeit mich im Einklange wußte, so hatte ich dagegen von anderen Seiten fortwährend die heftigsten Anfeindungen zu bestehen. Doch ließ ich mich dadurch in meinen Bestrebungen nicht irre machen. Beim Beginn des zweiten Jahrganges meiner Monatsschrift vertheidigte ich den von mir vertretenen Standpunkt einer nationalen und praktischen Politik in einem Leitartikel, aus dem Nachstehendes mitzutheilen mir gestattet sein möge:

Wir sind von einem doppelten Standpunkte aus angegriffen worden, vom constitutionellen und vom philosophisch-radicalen. Die

conſtitutionelle Partei hat unſere Annäherung an Preußen uns zum Vorwurf gemacht, hat uns angeklagt, daß wir den conſtitutionellen Fortſchritt in den einzelnen Staaten über dem Streben nach nationaler Einheit des ganzen Deutſchlands vergäßen. Die radicale Partei wirft uns vor, wir ſtänden nicht auf der Höhe der politiſchen Zeitbewegung, weil wir den Weg eines ruhigen, allmäligen Fortſchritts gehen, weil wir immer nur nach dem zunächſt Nothwendigen und Erreichbaren ſtreben, weil wir nicht Theorien aufſtellen, ſondern praktiſch zu wirken ſuchen. Beide Parteien beſchuldigen uns gemeinſam, wir vernachläßigten über dem Eifer für die materiellen Intereſſen die höheren, idealen Zwecke der politiſchen Freiheit und des geiſtigen Fortſchritts.

Was den erſten dieſer Vorwürfe betrifft, den Vorwurf, als verriethen wir die Selbſtſtändigkeit der kleinen deutſchen Staaten und den Fortſchritt des conſtitutionellen Lebens durch unſere Parteinahme für einen engeren Anſchluß dieſer Staaten an Preußen, ſo haben wir die große Genugthuung, die Wahrheit dieſes Gedankens nun ſchon von den Stimmführern der conſtitutionellen Partei ſelbſt anerkannt und öffentlich ausgeſprochen zu ſehen. (Hier nahm ich Bezug auf die Werke von Steinacker und Pfizer.) Wenn alſo die conſtitutionelle Partei in der Annäherung an Preußen einen Verrath an der conſtitutionellen Freiheit erblickt, ſo möge ſie dieſes Verraths nur zu allererſt ihre eigenen Führer anklagen.

Man wirft uns vor, wir vernachläßigten über dem Eifer für die materiellen Intereſſen die dringendere Sorge für die ideellen, für die Freiheit und den geiſtigen Fortſchritt der Nation, und arbeiteten dadurch einer Partei in die Hände, deren Streben eben dahin gehe, die Nation durch Gewährung materieller Vortheile ihrer höheren Intereſſen, ihrer Freiheiten und Rechte vergeſſen zu machen. Dieſer Vorwurf der Verfaſſungsfreunde läßt uns ebenſo ruhig, wie jene angeblichen geheimen Pläne der Verfaſſungsfeinde. Denn, ſo gewiß wir überzeugt ſind, daß dieſe letzteren ſich in ihren eigenen Schlingen fangen und uns ſelbſt zur Erreichung deſſen behilflich ſein müſſen, was ſie uns entziehen wollen, ſo gewiß vertrauen wir auch darauf, daß die Zukunft die Richtigkeit unſerer Berechnungen und die Lauterkeit unſerer Abſichten in's hellſte Licht ſtellen werde.

Schon die Gegenwart legt Zeugniß für uns ab. Denn seit wann ist das Volksbewußtsein in Deutschland so lebendig, der Drang nach freien Institutionen, nach Oeffentlichkeit in allen Gebieten des Staatslebens, nach umfassenden Verbesserungen in der Gesetzgebung und der Rechtspflege, nach Abschüttelung des auf uns lastenden Jochs der Beamtenherrschaft und Bevormundung mit ihrer Heimlichkeit und ihrem Pochen auf Allweisheit, seit wann ist dieser Drang so allgemein und unwiderstehlich geworden, daß selbst die Regierungen ihm ein Zugeständniß nach dem andern machen müssen? Was hat den Geist der Einheit im deutschen Volke erzeugt und genährt? Was hat uns wieder zu einer Nation im vollen Sinne des Wortes gemacht, zu einer Nation, die sich ihrer großen politischen und culturgeschichtlichen Aufgaben bewußt ist, die nicht blos dem Auslande, sondern auch ihren eigenen Machthabern Achtung gebietend gegenüber zu treten vermag? Der kräftige Aufschwung unserer materiellen Interessen ist es, welcher im deutschen Volke das Gefühl der Selbstständigkeit nach außen und im Innern, das Gefühl gesunder Kraft und den davon unzertrennlichen Trieb nach dem freien Gebrauche dieser Kraft wieder lebendig gemacht, welcher den politischen Reformbestrebungen einen größeren Nachdruck, den politischen Ideen eine weitere Verbreitung und einen festeren Boden in der Masse der Nation verschafft hat, als alle Theorien dies zu thun vermochten. Fern sei es von uns und ist es stets gewesen, die Bestrebungen der constitutionellen Partei für Erringung freierer Formen des öffentlichen Lebens gering zu achten oder ihnen unsere Unterstützung zu versagen! Man schlage die Hefte der Monatsschrift auf, und man wird überall sehen, wie wir unermüdet und ungescheut für den Fortschritt des politischen Lebens in allen deutschen Staaten, für Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, für größere Theilnahme des Volkes an den Angelegenheiten seines Gemeinwesens, gegen das System der Bevormundung und der Heimlichkeit der Verwaltung, gegen die Bedrückung der Presse und gegen jede Beeinträchtigung constitutioneller Rechte unsere Stimme erhoben haben. Wir haben auch keineswegs über der Freude an dem wachsenden Wohlstand und den industriellen Fortschritten Deutschlands die höheren Ansprüche des Geistes vergessen

oder uns durch die Sorgfalt, womit die Regierungen dieſe Intereſſen pflegen, dazu verleiten laſſen, den Forderungen auf eine freiere Geſtaltung des Staatslebens zu entſagen. Allein die politiſche Bewegung in Deutſchland hat ſich faſt allzulange vorzugsweiſe nur in den Bahnen der Theorie umhergetrieben: es ſchien uns dringend nothwendig, ſie auf einen feſteren Boden zu verſetzen, ſie mit praktiſcheren, ſtoffigeren Elementen zu durchdringen und ihr dadurch zugleich einen größeren Nachdruck und eine weitere Verbreitung in der Maſſe des Volkes zu geben.

Die philoſophiſche Partei kann es uns nicht vergeben, daß wir dem ſpeculativen Radicalismus unſere Unterſtützung verſagt, daß wir den Anſpruch, den er macht, an der Spitze unſerer ganzen Culturentwickelung zu ſtehen, nicht anerkannt haben. Die philoſophiſche Partei will uns ſogar das Prädikat des „Nationalen“ entziehen und erklärt uns geradezu für undeutſch, weil wir die Eigenthümlichkeit des deutſchen Geiſtes, dem nun einmal eine ſolche ideale Richtung, ein ſolcher tiefer Zug nach dem Metaphyſiſchen und Transcendenten innewohne, gewaltſam zu zerſtören, ihn zur Nachahmung einer ihm fremden und entgegengeſetzten Richtung zu zwingen ſuchten.

Wir müſſen gegen dieſe Auffaſſung des Begriffs von Nationalität proteſtiren. Wenn die nationale Richtung einer Partei oder eines Schriftſtellers nur darin geſucht wird, daß derſelbe alle die „Eigenthümlichkeiten“, welche der Nationalcharakter angenommen hat, gut heiße und unterſtütze, auch wenn er ſie für Abweichungen von der wahren Beſtimmung der Nation erkennt, ſo heißt dies, dem Schriftſteller die Rolle jener falſchen Freunde anweiſen, welche den Fehlern ihres Freundes ſchmeicheln und ihn darin beſtärken, ſtatt ſie zu bekämpfen.

Iſt denn wirklich jener metaphyſiſche Hang dem Deutſchen ureigen? Thun wir denn wirklich ſeinem urſprünglichen, angeborenen Charakter Gewalt an, indem wir ihn auf die Bahn materiellen Fortſchritts, dieſen allgemeinen Kampfplatz der Nationen in unſerer Zeit, hinzudrängen ſuchen? Die Geſchichte ſagt: Nein! Sie lehrt uns, daß in früheren Jahrhunderten der deutſche Geiſt die Richtung, die wir ihm jetzt wieder geben wollen, lange Zeit mit Ausdauer

und Kraft verfolgt hat; sie weist auf die Herrschaft der Meere hin, in deren Besitz Deutschland schon einmal, durch die Macht seiner Hansa, gewesen; sie zeigt uns, wie nur in Folge unseliger politischer und religiöser Verwirrungen diese Macht gebrochen ward, wie die innere Zerspaltung des Reichs das Nationalbewußtsein schwächte und zuletzt gänzlich unterdrückte, und wie der deutsche Geist durch die entstandene Leere zu anderen Interessen hingedrängt wurde, um durch sie diese Leere auszufüllen.

Die philosophische Partei spricht von einer „weltgeschichtlichen Mission" der Deutschen, die sie auf die „Arbeit des philosophischen Gedankens" hinweise. Wie muß der nüchterne, praktische Engländer lächeln, wenn er hört, wie eine große und kräftige Nation sich selbst zur Unthätigkeit, zum müßigen Zuschauen bei dem heißen Wettkampf verdammt, der unter den Nationen Europas entbrannt ist und dessen Ausgang über die Stellung und Geltung einer jeden derselben und auch der unseren, vielleicht auf Jahrhunderte hinaus, entscheiden wird!

Nein! es ist jetzt keine Zeit zum müssigen Speculiren, jetzt, wo die wichtigsten Interessen Deutschlands auf dem Spiele stehen, wo es sich darum handelt, ob wir wieder als eine einige, mächtige, geachtete Nation in den Congreß der Völker eintreten, oder ob wir abermals — und dann vielleicht auf immer — in unsere frühere Ohnmacht und Zerrissenheit zurückfallen sollen. Jetzt gilt es, alle Kräfte aufzubieten, alle Klassen des Volks bei der großen Nationalsache zu betheiligen, alle Thätigkeit auf den einen Punkt zu richten: Ausbau des politischen Organismus Deutschlands im Innern, Befestigung und Erweiterung seiner äußeren Macht durch Kräftigung des praktischen Sinnes und des Unternehmungsgeistes im Volke. Dies ist das Ziel, welches der Gang unserer Nationalentwickelung und der Gang der allgemeinen Weltereignisse uns verzeichnet; dies ist das Ziel, welches auch wir bisher verfolgt haben und fernerhin verfolgen werden! Und so schreiben wir getrost auch im neuen Jahre das Wort: Nationaleinheit auf unsere Fahne, denn unter diesem Zeichen müssen wir siegen.

Siebentes Capitel.

Schwächerwerden der Hoffnungen auf Preußen. — Scheinbares Erwachen Oesterreichs. — Stellung meiner Monatsschrift zu diesen beiden Erscheinungen.

Die Hoffnungen der deutschen Patrioten auf Preußen waren, kaum aufgetaucht, schon sehr bald wieder in sich zusammengesunken. Nicht allein, daß von der preußischen Regierung nichts geschah, um eine Neugestaltung der deutschen Verhältnisse, wie sie als ebenso nothwendig, wie durch die Zeitumstände näher gerückt erschien, irgendwie vorzubereiten oder anzubahnen, so nahmen auch die Dinge im Innern Preußens einen Verlauf, der für eine Annäherung der constitutionellen Staaten an Preußen so ungünstig wie nur möglich war. Die Wünsche nach Einführung von Reichsständen waren durch die entschiedene, fast schroffe Ablehnung, die sie seitens des Königs erfuhren, zum Schweigen gebracht; die Presse unterlag — nach einem kurzen Traum größerer Freiheit — wieder den ärgsten Verfolgungen; die Anhänger mittelalterlich-feudaler Ideen gewannen in der Umgebung Friedrich Wilhelms IV., des „Romantikers auf dem Throne", mehr und mehr Einfluß, während die echten Freunde Preußens, die sein und Deutsch-

lands Heil von einer richtigen Würdigung der Zeitbedürfnisse erhofft hatten, sich verstimmt und verzweifelnd zurückzogen.

Schon 1843, also kaum drei Jahre nach dem Thronwechsel, war dieser Rückschlag in Preußen nicht mehr zweifelhaft.

Gerade um diese Zeit gewann es das Ansehen, als sollte in dem, unter dem Drucke Metternich'scher Zwingherrschaft scheinbar völlig erstarrten, von den deutschen Patrioten längst aufgegebenen Oesterreich eine politische Bewegung erwachen.

Zu Anfang des Jahres 1843 erschien eine Schrift: „Oesterreich und seine Zukunft", welche sofort das größte Aufsehen erregte. Sie war in Hamburg und zwar ohne den Namen des Verfassers erschienen — beides die natürliche Folge der damaligen Preßverhältnisse Oesterreichs. Die öffentliche Meinung suchte den Verfasser mit richtigem Instincte in den Kreisen der höheren Gesellschaft, und der und jener klangvolle aristokratische Name ward genannt. Erst später erfuhr man, wer der Verfasser sei. Es war allerdings ein durch Geburt und Besitz hervorragender, jedoch bis dahin noch kaum öffentlich genannter, jüngerer Mann, ein Baron Andrian-Warburg, Großgrundbesitzer in Steiermark. So hatte auch Oesterreich seinen Bülow-Cummerow gefunden. Mit Letzterem hatte der Verfasser von „Oesterreich und seine Zukunft" das gemein, daß auch er zunächst nur eine zeitgemäße Reform, insbesondere aber (was in Oesterreich vor Allem noth that) eine moralische Reinigung des Verwaltungsorganismus, sowie eine größere Freiheit der Presse verlangte, erst in zweiter Linie und allmälig Verfassungsänderungen. Ueber das Verhältniß Oesterreichs

zu Deutschland beobachtete er ein vorsichtiges Schweigen; nur empfahl er den österreichischen Staatsmännern, die bisherige Politik der theilnahmelosen Zurückhaltung von den Bewegungen und Bestrebungen im übrigen Deutschland aufzugeben.

Ich habe den Baron Andrian 1848 im Frankfurter Parlamente kennen gelernt, habe ihm sogar, da wir Beide Mitglieder des Directoriums waren, er zweiter Vicepräsident (wozu er hauptsächlich im Angedenken an jene Schrift gewählt wurde), ich damals Schriftführer, persönlich nähergestanden. Seine tüchtige und ehrliche Gesinnung trat mir bei diesem persönlichen Verkehr in wohlthuender Weise entgegen; dagegen erschien er mir und Andern nicht eigentlich bedeutend. Auch that er sich im Parlamente in keiner Weise hervor, so daß wohl hier und da der Zweifel laut wurde: ob er denn wirklich der Verfasser jener epochemachenden Schrift sein könne. Baron Andrian ward von der provisorischen Centralgewalt zum Vertreter Deutschlands in London ernannt und verblieb dort bis zum Frühjahr 1849. Er kam von da nach Frankfurt zurück gerade im Momente jener heftigen Krisis, welche die sogenannte „österreichische Frage", d. h. die Frage nach der künftigen Stellung Oesterreichs zu Deutschland, im Parlamente hervorrief. Hier bethätigte Baron Andrian nicht blos einen klaren Blick, sondern auch einen festen und unabhängigen Charakter. In einem „Offnen Brief an seine Wähler" sprach er sich entschieden und rückhaltlos im Sinne des sog. „Gagern'schen Programms" aus, d. h. dafür, daß Oesterreich, da es die staatsrechtliche Einheit seiner deutschen mit seinen nichtdeutschen Ländern nicht aufheben wolle

und könne, auf die Stellung eines organischen Theils des zu schaffenden deutschen Bundesstaates verzichten und sich damit begnügen müsse, mit diesem Bundesstaate in möglichst engem Verbande zu bleiben. Er selbst entsagte seinem Mandat als österreichischer Abgeordneter zum deutschen Parlament, weil, wie er richtig bemerkte, die Oesterreicher, da sie an der künftigen Verfassung Deutschlands keinen Antheil haben könnten, auch bei der Schaffung derselben nicht mitwirken dürften.

So ehrenwerth dies Alles war und so sehr es für Andrians politische und staatsmännische Begabung, sowie für die Lauterkeit seines Charakters sprach, so zeigte sich doch bei eben dieser Gelegenheit, wie wenig Einfluß er auf seine Landsleute besaß und wie wenig er zu einem politischen Führer geschaffen war. Getreu seinen ausgesprochenen Ansichten, ging er von Frankfurt fort, aber kaum einer oder zwei seiner Landsleute folgten ihm; die übrigen setzten, direct entgegen dem, was Andrian ihnen empfohlen hatte, den unedlen Kampf für Verstümmelung des deutschen Verfassungsentwurfes fort, um diesen entweder den Wünschen ihrer Regierung anzupassen, oder aber scheitern zu machen.

Baron Andrian ist ziemlich früh (irre ich nicht, gegen Ende der 50er Jahre) gestorben, hat also die neueren Wandlungen in den Verfassungszuständen seines österreichischen Vaterlandes sowie des gesammten Deutschlands nicht mehr erlebt.

In Oesterreich brachte das Andrian'sche Buch eine starke Erregung unter allen nur etwas freier Denkenden hervor. Es ward das Signal zu einer ganzen Flut von

Reformschriften theils in ähnlichem, theils (wie das zu gehen pflegt) in viel extremerem Sinne.

Wie diese Schriften, um nur erscheinen zu können, in's Ausland flüchten mußten, so mußten auch ausländische Zeitschriften zur Verbreitung der neuen Reformideen in Oesterreich dienen.

Neben Kurandas „Grenzboten", die in Leipzig erschienen und sich gewissermaßen principiell (Kuranda war Oesterreicher) für ein Organ der Vermittelung zwischen Deutschland und Oesterreich erklärten, war es vorzugsweise meine Monatsschrift, welche von dem liberalen Jung-Oesterreich gern und viel aufgesucht wurde. Bei dem selteneren Erscheinen der Monatsschrift war es eher möglich, diese, als ein öfter erscheinendes Blatt, durch die schwarz-gelben Geistesschranken der österreichischen Preßpolizei hindurch zu schmuggeln. Sogleich einer der ersten Beiträge, die ich von Wien aus erhielt, trat direct in die brennende Frage des Verhältnisses Oesterreichs zum übrigen Deutschland ein. Der Verfasser ging von der, freilich unzutreffenden, Meinung aus: das einzige Hinderniß eines engeren Anschlusses Oestereichs an Deutschland bestehe in der Weigerung der österreichischen Regierung, Verfassungsformen, ähnlich denen der anderen deutschen Staaten, bei sich einzuführen. Er suchte nun nachzuweisen, daß Oesterreich für Verfassungszustände gar wohl geeignet sei, ja daß gerade ein Kampf der in Oesterreich neben einander wohnenden Stämme am Ersten durch eine liberale Verfassung für Alle vermieden werden könne.

Wie immer man über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit solcher und ähnlicher von den liberalen Oesterreichern entwickelten Ansichten und die darauf hin gemachten Vor-

schläge rücksichtlich des Verhältnisses Oesterreichs zu Gesammtdeutschland denken mochte — für die deutsche Presse war es schwer, solchen Stimmen aus dem stammverwandten und staatsrechtlich zu Deutschland gehörigen Oesterreich sich gänzlich zu verschließen, zumal in einem Momente, wo jede Hoffnung auf Verwirklichung des Gedankens einer Einigung Deutschlands durch Preußen so gut wie verschwunden schien. Wenn auch ich meine Monatsschrift manchem der zahlreich an mich gelangenden Beiträgen solcher Art aus Oesterreich öffnete, so leitete mich dabei vielleicht auch noch die stille Hoffnung, die preußischen Staatsmänner könnten möglicherweise durch eine Hinwendung der öffentlichen Meinung Deutschlands zu Oesterreich die Gefahren inne werden, welche für Preußen darin lagen, daß dieses so gar nichts für die Befriedigung dringender Wünsche der Nation that. Daß ich bei all meiner Antheilnahme an der — wirklichen oder scheinbaren — lebhafteren Bewegung in Oesterreich doch das von Haus aus verfolgte Ziel: Annäherung an Preußen, nicht aus den Augen verlor und zu nichts die Hand bot, was den Weg nach diesem Ziele hätte verschütten können, mögen die folgenden Stellen aus dem Eingangsartikel zum Jahrgang 1844 meiner Monatsschrift bezeugen:

Die Monatsschrift hat sich sogleich bei ihrem Auftreten entschieden zur Vertreterin der Ansicht gemacht, welche die Wiedervereinigung der getrennten deutschen Staaten zu einem kräftigen Ganzen und die gleichmäßige Entwickelung ihrer inneren Verfassungszustände lediglich von einem entschlossenen Vorangehen Preußens erwartete und in dieser Voraussetzung der anderen deutschen Großmacht eine Stellung angewiesen zu sehen wünschte, durch welche dieselbe zwar in enger Verbindung mit Deutschland, doch ohne eine di-

recte Wechselbeziehung zu deſſen inneren politiſchen und commerziellen Verhältniſſen ſtehen möchte. Auch jetzt noch können wir uns von dem Gedanken nicht trennen, daß jene Combination, welcher der Zollverein als eine beſtehende Thatſache zur Baſis dient, für die Entwickelung unſerer Verfaſſungszuſtände wie für die Herſtellung einer kräftigen und durch die Gleichartigkeit ihrer inneren Elemente ſtarken Einheit der deutſchen Staaten die ſicherſten Bürgſchaften und das bereiteſte Mittel geboten haben würde. Allein von Seiten der Macht, welche allein dieſen Gedanken zur Wahrheit machen konnte, geſchah nichts für ſolchen Zweck: die ihr zugekehrten Hoffnungen der deutſchen Völkerſchaften ſahen ſich auf's Neue durch den Mangel einer offenen und entſchiedenen Fortſchrittspolitik in Preußen getäuſcht und wandten ſich entmuthigt von jener Anſicht ab. Gerade um dieſe Zeit begann in Oeſterreich jene Bewegung, von der wir oben ſprachen, und lenkte mit einem Male wieder die Augen aller deutſchen Stämme auf den alten Kaiſerſtaat hin, der ſo lange Zeit hindurch der berufene Vertreter der deutſchen Nation geweſen war. Auch wir glaubten, unſer Blatt dieſer neuen Strömung der politiſchen Sympathien Deutſchlands nicht verſchließen zu dürfen. Wir hielten es für eine heilige Pflicht, unſern Brüdern in Oeſterreich zu zeigen, wie freudig wir ihre Anſtrengungen, an der allgemeinen politiſchen Entwickelung Deutſchlands Theil zu nehmen, anerkennen, wie gern wir bereit wären ſelbſt mit Aufopferung anderer Wege, die uns ſchneller zum Ziele zu führen ſchienen, unſere Zuſtände mit den ihrigen in Einklang zu ſetzen, ſobald wir nur die Ausſicht hätten, daß wir dadurch nicht zum ewigen Stillſtande oder gar zum Rückgange verurtheilt würden.

Aus dieſem Geſichtspunkte werden wir fortfahren, der Bewegung der politiſchen Ideen in Oeſterreich, die ſich bereits nicht allein der öffentlichen Meinung, ſondern theilweiſe ſelbſt der beſtehenden ſtändiſchen Körperſchaften bemächtigt hat, unſere volle Aufmerkſamkeit zu ſchenken und unſere Zeitſchrift zum Organe der Verbreitung und Beleuchtung dieſer Fortſchrittsideen zu machen. Wir werden jeder auftauchenden Hoffnung einer Annäherung zwiſchen Oeſterreich und dem übrigen Deutſchland unſere ganze Anerkennung zollen und ſelbſt die Mittel und Wege einer ſolchen allmäligen Verſchmelzung der beiderſeitigen Intereſſen aufſuchen helfen. Auf der andern Seite

jedoch soll uns diese, immerhin unsichere und mindestens sehr entfernte Aussicht auf eine dereinstige Ausgleichung und Verschmelzung unserer und der österreichischen Interessen nicht zum vorschnellen Aufgeben dessen verleiten, was wir bereits besitzen. Wir werden uns daher den Anmuthungen derer aus allen Kräften widersetzen, die zu wünschen scheinen, daß der Zollverein sich auflöse und in die allgemeine Einheit des Bundes verfließe; wohl aber werden wir jeder Maßregel das Wort reden, welche dienen kann, eine Annäherung zwischen dem Zollvereine und Oesterreich herbeizuführen. Wir werden einen gesteigerten politischen Einfluß Oesterreichs auf das übrige Deutschland so lange um keinen Preis wünschen können, als nicht eine wirkliche Veränderung in dem politischen Systeme des Kaiserstaats vorgegangen ist; wir werden daher — da ein Einfluß der größeren Bundesstaaten auf die kleineren doch nicht zu vermeiden ist — ein Ueberwiegen der preußischen Macht vor der österreichischen in Deutschland in demselben Maße leichter ertragen, in welchem der preußische Staat, seinen Verfassungs- und Verwaltungszuständen nach, den kleineren Staaten bereits näher steht, als der österreichische; allein wir werden dabei niemals vergessen, daß ein beträchtlicher Theil der Angehörigen jenes Kaiserstaates unsere Stammesgenossen sind und daß nur durch ein engeres Anschließen der deutschen Elemente in Oesterreich an das Ganze der deutschen Nation dieselben vor der Erdrückung durch die übermächtigen slavischen und magyarischen Elemente bewahrt werden können.

Der Anlauf, den man in Oesterreich zu freiheitlichen Gestaltungen und zu einer damit verbundenen engeren Annäherung an Deutschland scheinbar genommen, war von kurzer Dauer, von viel kürzerer, als der in Preußen. Fürst Metternich mag wohl mit kühlstem Lächeln auf den „Sturm im Glase Wasser“ herabgesehen haben, als welchen diese ganze Bewegung sich auch minder genauen Kennern der österreichischen Verhältnisse gar bald darstellte. Die anscheinende Betheiligung der böhmischen und niederösterreichischen Stände hörte wieder auf, kaum daß sie be-

gonnen: in dem eigentlichen Volke regte es ſich ſo gut wie gar nicht, und ſo verpuffte nach kurzer Zeit die liberale Erregung, die ſich einiger Kreiſe bemächtigt hatte, theils in einer zwar umfangreichen, aber innerlich meiſt haltloſen und nach außen ohnmächtigen Reformliteratur, theils in einigen kecken poetiſchen Freiheitsklängen, die ebenſo wenig etwas an dem Beſtehenden zu ändern vermochten.

Achtes Capitel.

Gründung einer Wochenschrift „Der Herold".

Im Herbst 1844 gründete ich eine zweite Zeitschrift neben meiner Monatsschrift, den „Herold, Wochenschrift für Politik, Literatur und öffentliches Gerichtsverfahren". Die immer lebhafter werdende Tagesdebatte machte es mir wünschenswerth, in dieselbe öfter und nachdrücklicher eingreifen zu können, als dies mittelst der, nur in längern Zwischenräumen erscheinenden, Monatsschrift möglich war. Zugleich aber hatte ich dabei noch einen besonderen Zweck im Auge, den ich auf dem Titel des „Herold" durch die letzten beiden Worte kennzeichnete. Die Frage der Verwandlung des geheimen Inquisitionsverfahrens im Strafprocesse in ein mündliches und öffentliches war damals an der Tagesordnung. Seit dem Anfange der 40er Jahre hatten mehrere deutsche Ständeversammlungen sich damit lebhaft beschäftigt, am lebhaftesten die sächsische. Die sächsische Wahlkammer hatte mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität sich für das mündliche und öffentliche Verfahren erklärt. Als die Regierung dennoch nicht nachgab, beschlossen die Freunde der Oeffentlichkeit, dem

Votum der Kammer dadurch einen größeren Nachdruck zu geben, daß sie Material sammelten zur Bekräftigung der Vorzüge dieses Verfahrens. Durch das ganze Land wurden Sammlungen veranstaltet für eine Reise, welche der Referent der Zweiten Kammer in dieser Angelegenheit, Advocat Braun, in die Länder des öffentlich-mündlichen Verfahrens, an den Rhein, nach Belgien, nach Frankreich, unternehmen sollte. Braun unternahm diese Reise auch wirklich, aber auf eigene Kosten (obschon die Sammlungen ein ganz erkleckliches Resultat geliefert hatten), und veröffentlichte dann einen Bericht, worin er die von ihm gemachten Beobachtungen zusammenstellte. Zur Unterstützung eben dieser Bestrebungen wollte ich nun in meinem „Herold" regelmäßig über interessante Verhandlungen nach dem öffentlichen Verfahren Bericht erstatten, theils um dieses Verfahren in allen seinen Einzelheiten auch denjenigen deutschen Ländern, wo es nicht bestand, bekannt zu machen, theils um die Vortheile zu veranschaulichen, welche aus der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der Proceßverhandlungen für eine leichtere und sicherere Ermittelung der Wahrheit entsprängen. Es gelang mir, einen jungen rheinischen Juristen, Dr. Creizenach (einen Bruder des bekannten Dichters und Literarhistorikers) für die Redaction dieses Theils meiner Wochenschrift zu gewinnen, und so habe ich eine ziemliche Reihe solcher Berichte in derselben veröffentlicht.

Um das Blatt auch breiteren Schichten des Publikums schmackhaft zu machen, erschien der „Herold" während des ersten Vierteljahres mit einem belletristischen Feuilleton. Zusagen zu Beiträgen dafür hatte ich von einer Anzahl namhafter Schriftsteller erhalten, so von

Adalbert Stifter, Lewald, Rellstab, Duller, Bechstein, Ed. v. Bülow, M. Hartmann, Th. Mügge, Walesrode, Schuselka u. A. B. Auerbach, den ich auch um solche angegangen, lehnte bedauernd ab, weil, wie er schrieb, seine Zeit theils durch größere Productionen, theils durch seinen „Gevattersmann" zu sehr in Anspruch genommen sei, und er nicht gern etwas verspreche, was er nicht sicher sei halten zu können. Leider ließen es die Anderen fast durchweg bei bloßen Versprechungen bewenden, und so gerieth ich mit meinem Feuilleton in Verlegenheit. Auch war damals die Verbreitung politischer Blätter mit belletristischen Beigaben weitaus nicht in gleichem Maße Mode wie heute; ja manche ernstere Freunde des „Herold" nahmen Anstoß daran, daß der politische Text verkürzt werde einem Feuilleton zu Liebe. So ließ ich Letzteres nach Schluß des Jahres 1844 fallen.

Anlangend den politischen Inhalt des „Herold", so stellte sich ganz von selbst eine Art von Arbeitstheilung zwischen ihm und der Monatsschrift her. Die Letztere enthielt mehr eingehende Betrachtungen über allgemeine Fragen, der Erstere mehr kurze Bemerkungen über einzelne Vorkommnisse im öffentlichen Leben; jene beschäftigte sich vorwiegend mit den gemeinsamen deutschen Interessen, dieser vorwiegend mit den Zuständen der einzelnen deutschen Staaten. Diese Einzelzustände traten in demselben Maße wieder mehr in den Vordergrund und gewannen an Bedeutung, in welchem die nationale Bewegung infolge des Rückschlags in Preußen an Stärke verlor. So gestaltete sich der „Herold" allmälig zu einer Art von Sprechsaal für die verschiedenen deutschen Länder, und kaum eins

von diesen gab es, das nicht darin vertreten gewesen wäre — sei es durch Berichterstattungen und Besprechungen seitens berufsmäßiger Correspondenten, sei es durch freiwillige Zusendungen aus der Mitte des Landesangehörigen. Jene wie diese Beiträge enthielten meist Klagen und Beschwerden, bald über Mängel der Gesetzgebung und Verwaltung, bald über Ausschreitungen einzelner Beamten, über Bedrückungen der Gedanken- oder Gewissensfreiheit, über sociale Mißstände (z. B. die damals sehr häufigen Reibereien zwischen Militär und Civil) und über Aehnliches mehr.

Ich nahm mich jeder solchen Beschwerde, so weit sie mir ihrer Quelle nach oder durch verbürgte Thatsachen beglaubigt erschien, kräftig an, räumte ihr nicht blos einen Platz in meinem „Herold" ein, sondern unterstützte sie auch, so viel ich konnte, selbst mit Gründen, deckte den Einsender mit meiner Verantwortlichkeit, wogegen ich unbegründete und ihrer Zuverlässigkeit nach zweifelhafte Beschwerden unerbittlich zurückwies. Dadurch erlangte der „Herold" weitverbreitete Sympathien in der Bevölkerung und eine gewisse Beachtung selbst in den maßgebenden Kreisen. Ein recht schlagender Beleg für Letzteres war es, daß ein radicaler Wortführer mich bat, eine Angelegenheit, die ihm sehr am Herzen lag, im „Herold" zu befürworten. Auf meine verwunderte Frage, warum er dazu nicht sein eigenes Parteiorgan, die „Vaterlandsblätter", benutze, erwiderte er: „er glaube, die Behörde werde mehr darauf geben, wenn die Sache im „Herold", als wenn sie in den „Vaterlandsblättern" besprochen werde." Von dem Vertrauen, dessen sich der „Herold" in Volkskreisen erfreute, erhielt ich mehrfach rührende Beweise in der Form von Zuschriften, das eine

Mal von einem Leseverein in einer kleinen Stadt, das andere Mal von einer ganzen Einwohnerschaft eines kleinen Dorfes, worin mir warmer Dank für meine mannhafte Vertretung der Volksinteressen ausgesprochen und dies durch Beifügung der eigenhändigen Unterschriften aller Theilnehmer beglaubigt ward.

Anders freilich dachten die Regierungen, voran die preußische. Ihr war mein „Herold", an dem viele gutunterrichtete und gewandte preußische Schriftsteller mitarbeiteten, der so manche Schäden des inneren Staatslebens Preußens rückhaltlos aufdeckte und der eben deshalb in Preußen rasch Boden gewonnen hatte und täglich mehr gewann, sehr unbequem. Auch mochte es ihr unzulässig erscheinen, daß ein Nichtpreuße, ein Kleinstaatler, sich herausnehme, an der Großmacht Preußen etwas zu tadeln. Daß wir Kleinstaatler, die wir die Einigung Deutschlands von dem Vorgehen Preußens erhofften, ein ganz besonderes Interesse an der inneren Entwickelung Preußens hatten, daß wir, als aufrichtige Freunde des Staates Preußen, seiner Größe und Macht, mit verdoppeltem Schmerze alles wahrnahmen, was die Zukunft dieses Staates zu gefährden und ihn seiner deutschen Mission abwendig zu machen schien — dafür hatten die damaligen Machthaber in Berlin so wenig Verständniß, wie für diese Mission selbst.

So kam es, daß mein „Herold" schon nach kaum einjährigem Bestehen (1. October 1845) für die sämmtlichen preußischen Staaten verboten wurde. Dieses Verbot wurde, um mich desto härter zu strafen, auch auf meine Monatsschrift ausgedehnt.

Die Monatsschrift entzog ich den Wirkungen dieses Verbotes dadurch, daß ich sie mit dem 1. Januar 1846 in eine über 20 Bogen starke, also censurfreie Vierteljahrsschrift unter dem Titel: „Unsere Gegenwart und Zukunft“ verwandelte. Allein dem „Herold“ war damit sein Lebensnerv durchschnitten. Nicht nur verlor er den nahezu bedeutendsten Theil seiner Abonnenten, sondern es zogen sich auch die preußischen Schriftsteller von ihm zurück, weil sie nicht mehr hoffen konnten, durch ihn auf die öffentliche Meinung ihres Landes zu wirken; dadurch büßte das Blatt wiederum an Interesse für das übrige Deutschland ein, weil es nun wenig oder nichts mehr aus Preußen brachte. Endlich aber wirkte auch das von dem Großstaat Preußen gegebene Beispiel verführerisch auf die mittleren und kleinen deutschen Regierungen. Kurhessen war der erste Kleinstaat, der mit einem ähnlichen Verbot folgte. Und freilich hatten gerade die kurhessischen Zustände vorzugsweise viel Anlaß zu Klagen und Beschwerden im „Herold“ gegeben. Allmälig kam dann noch eine und die andere kleine Regierung nach. In Oesterreich war der „Herold“ vom Anfang an der strengsten Form der Ausschließung, dem sogenannten damnatur, verfallen. So blieb demselben zuletzt fast nur Sachsen als Feld der Verbreitung und der Wirksamkeit übrig. Die preußische Regierung hatte, wie ich erfuhr, der sächsischen von ihrer Unzufriedenheit mit dem „Herold“ vertraulich Kenntniß gegeben, wahrscheinlich um sie zu einer schärferen Ueberwachung des Blattes oder zu einer Verwarnung der Redaction zu veranlassen. Aber weder hatte die sächsische Regierung mich zu verwarnen für gut

befunden (wie sie dies doch in anderen Fällen gethan), noch war mir eine solche Verschärfung der Censur wahrnehmbar gewesen, die mich zu größerer Vorsicht hätte mahnen können. Dem damaligen sächsischen Ministerium mochte es wohl nicht unlieb sein, ein Blatt, das auch ihm unbequem war, durch andere Regierungen seinem Untergange entgegengeführt zu sehen. Brauchte es doch dann nicht selbst dasselbe zu unterdrücken, eine Maßregel, zu der es um so weniger gern schreiten mochte, als es erst kurz vorher die „Sächsischen Vaterlandsblätter" unterdrückt hatte und bei dieser Gelegenheit dem „Herold" von hocharistokratischen Rednern in der Ersten Kammer ausdrücklich das Zeugniß der Mäßigung ausgestellt worden war.

Der Verleger des „Herold" war nicht geneigt, das Blatt unter so erschwerenden Umständen länger fortzuführen. Ich konnte ihm das kaum verübeln. Mir aber fiel es schwer, dasselbe aufzugeben, da ich die Ueberzeugung hatte, damit manches Gute gewirkt zu haben und auch ferner wirken zu können. Ohnehin war die liberale Presse Sachsens durch verschiedene Verbote in ihrem Bestande stark reducirt, während eine reactionäre Presse, ermuthigt durch den Schutz, den sie fand, immer kecker ihr Haupt erhob. In dieser Verlegenheit wandte ich mich an Braun, den gewissermaßen officiellen Führer der gemäßigt liberalen Partei in Sachsen, stellte ihm die Lage des „Herold" vor und bat ihn, seinen Einfluß aufzuwenden, damit es mir möglich werde, das Blatt fortzuführen. Braun erkannte die Wichtigkeit des „Herold" als eines liberalen Organes vollständig an und erklärte es für höchst bedauerlich, wenn derselbe eingehen müßte; allein weder von

seiner Seite, noch von Seiten anderer Mitglieder der liberalen Partei geschah auch nur das Allergeringste, um dieses Aeußerste abzuwenden. Das Wenigste, was ich erwarten durfte und was ich erbat, war: die Unterstützung des „Herold" durch geistige Beiträge hervorragender Parteigenossen. Aber auch diese blieb aus. Ich weiß, daß die „Sächsischen Vaterlandsblätter" sogar in einer Zeit, wo ihre äußere Lage eine durchaus nicht ungünstige war, von ihren Parteigenossen vielfach mit freiwilligen und unentgeltlichen Beiträgen unterstützt worden sind — mir ist eine ähnliche Vergünstigung seitens meiner Partei niemals zu Theil geworden, geschweige daß (wie auf jener Seite geschah) durch persönliche Bemühungen Gleichgesinnter für die Verbreitung des „Herold" etwas geschehen wäre. Es war dies leider nicht das einzige Mal, wo ich die schmerzliche Erfahrung machen mußte, um wie viel weniger thatkräftig in Bezug auf die Unterstützung ihrer Preßorgane die Mitglieder unserer Partei, im Vergleich zu anderen Parteien, sind.

Trotz alledem konnte ich mich nicht entschließen, den „Herold" aufzugeben, ohne wenigstens einen letzten Versuch gemacht zu haben, ihn aufrecht zu erhalten. Ich führte ihn daher noch eine Zeit lang im Selbstverlage fort, natürlich — unter so ungünstigen Umständen und bei der in der zweiten Hälfte der 40er Jahre wieder flauer werdenden politischen Stimmung — nur mit harten materiellen Opfern von meiner Seite, Opfern, deren Nachwehen mein ganzes Leben hindurch schwer auf mir gelastet haben. Zuletzt (1847) mußte ich das Blatt dennoch eingehen lassen.

Neuntes Capitel.

Ein Blick auf die Censur- und Preßverhältnisse in den vierziger Jahren.

Censur und Preßpolizei standen um die Mitte der 40er Jahre wieder in schönster Blüthe. Zwar hatte König Friedrich Wilhelm IV. in jener berühmten Audienz, die er dem Dichter Herwegh gab, zu diesem gesagt: „Ich liebe eine gesinnungsvolle Opposition," allein der Berliner Witz hatte dazu sofort die passende Illustration gefunden, indem eine Caricatur den König darstellte, wie er den Fuß auf die von seiner Regierung unterdrückten Blätter setzte. Das von diesem König organisirte Obercensurgericht überraschte anfangs die Welt durch mehrere wirklich freisinnige Erkenntnisse; allein dieser Freisinn hielt nicht lange vor; das von oben ausgehende Widerstreben gegen die Entwickelung einer wahrhaft unabhängigen Presse und die altgewohnte Abneigung des Beamtenthums gegen jede von der öffentlichen Meinung über ihr Gebahren geübte Controle beeinflüßten allmälig auch jene Körperschaft, und bald waren die Erkenntnisse des Obercensurgerichts nur noch das Echo des allgemein gegen die Presse gerichteten officiellen Feldgeschreis.

In Sachſen hatte ſich die Preſſe unter Lindenaus Einfluß eine Zeit lang einer großen Freiheit, wenigſtens was die Beſprechung innerer ſächſiſcher Angelegenheiten betraf, zu erfreuen. Später ward Lindenau ſelbſt etwas ängſtlicher in dieſem Punkte. Nach ſeinem Rücktritt 1843 begann auch in Sachſen ein ſtrengeres Preßregiment.

Die damals ſowohl in Preußen als in Sachſen erſchienenen neuen Preßgeſetze brachten der Tagespreſſe ſo gut wie keine Erleichterungen. Nach wie vor blieb dieſe durch Conceſſionen, welche jederzeit widerrufen werden konnten, durch den Poſtdebit, durch das unbeſchränkte Recht der Verwaltung, den Vertrieb auswärtiger Blätter zu verbieten, von dem Gutbefinden der Regierenden abhängig. Die Schriften über 20 Bogen wurden zwar von der Cenſur befreit: dagegen ſchwebte über ihnen um ſo drohender das Damoklesſchwert der Confiscation durch die Polizei, wogegen es keinen geordneten richterlichen Schutz gab.

Die in Sachſen nachgelaſſene Berufung an eine ſog. „Adminiſtrativ-Juſtizbehörde“ (in welcher neben Verwaltungsbeamten ein paar richterliche Beamte ſaßen) bot der Preſſe wenig Hilfe, das preußiſche Obercenſurgericht nach ſeiner ſpätern Praxis ebenſo wenig; eine wirklich richterliche Entſcheidung fand nur in den ſüddeutſchen Staaten ſtatt. In Preußen mußten dieſe cenſurfreien Schriften vierundzwanzig Stunden vor ihrer Ausgabe bei der Behörde eingereicht werden, ſo daß dieſe volle Muße hatte, die ganze Auflage mit Beſchlag zu belegen; in Sachſen hatte der Verleger nur „gleichzeitig mit der Ausgabe“ ein Exemplar einzuliefern und dafür einen Empfangſchein von der Behörde zu erhalten.

Das führte dann wohl (bei solchen Schriften, rücksichtlich deren eine Confiscation zu befürchten stand) zu einer ganz eigenthümlichen Manipulation. Ich selbst habe, da ich meines „Herold" wegen ein eigenes Verlagsgeschäft errichtet hatte, diese Manipulationen mitgemacht.

Die ganze Auflage (oder doch der allergrößte Theil derselben) ward, in Packete vertheilt, welche theils an die einzelnen Commissionäre in Leipzig zur Versendung an ihre Committenten, theils an hiesige Sortimenter adressirt waren, auf einen Wagen geladen und dieser Wagen an irgend einem versteckten Orte nicht allzu weit von dem Local der Kreisdirection stationirt. Nun ging ein Commis oder Markthelfer mit dem „Pflichtexemplar" auf die Kreisdirection, gab es ab, erhielt den Empfangschein und eilte nun raschen Laufes zu dem harrenden Kutscher, um diesen zu bedeuten, daß er abfahren könne. Der Kutscher fuhr nun so schnell als möglich von Buchhandlung zu Buchhandlung, um seine Packete los zu werden. Kam dann die Preßpolizei in die Verlagshandlung, um das Buch zu confisciren, so fand sie gewöhnlich das Nest leer; die verschlossenen Packete bei den Commissionären durften, als fremdes Eigenthum, nicht aufgemacht werden (als die sächsische Regierung dies einmal versuchte, entstand unter den Buchhändlern ein so großes Geschrei, daß die Regierung wieder davon abstand), und so erhaschte die Polizei meist nur wenige Exemplare in den offenen Läden der Sortimenter, wofern nicht auch diese gerieben genug waren, solche Bücher alsbald in Sicherheit zu bringen. Welch' unwürdiges Schauspiel, eine solche Hetzjagd zwischen Behörde und Verleger!

In Leipzig waren die ausführenden Organe der Preß-

polizei erſter Inſtanz ſtädtiſche Beamte. Da kam es nun wohl vor, daß ein ſolcher Beamter ſich mehr als Bürger, denn als Organ der Polizei fühlte und nur einen zweifelhaften Eifer in der Verfolgung von Preßerzeugniſſen entwickelte. Ich ſelbſt erlebte in dieſer Hinſicht folgenden charakteriſtiſchen Vorgang:

Eines ſchönen Tages kam ein Beamter des Raths in Begleitung eines Aſſiſtenten in meine Wohnung, um ein eben erſchienenes Heft meiner Vierteljahrsſchrift im Auftrage der Behörde zu confisciren. Die Mehrzahl der Exemplare war verſandt, aber ein Stoß ſolcher ſtand doch noch in einem Winkel des Zimmers. Der Beamte, der offenbar nichts ſehen wollte, ging überall hin, nur nicht in jenen Winkel, und war eben im Begriff, ſich wieder zu entfernen, indem er halblaut äußerte: „es ſei ja nichts mehr vorhanden," als der dienſteifrigere Aſſiſtent ihn auf das unglückſelige Opfer der Preßpolizei im Hintergrund aufmerkſam machte, worauf dann Jener — ſichtlich ungern — zurückkehrte und nun natürlich nicht umhin konnte, die Confiscation zu vollſtrecken.

Mit der Cenſur ging es theilweiſe ebenſo. Auch dieſe war (in Sachſen wenigſtens) nicht unmittelbaren Staatsbeamten, ſondern mehr oder weniger unabhängigen Männern anvertraut, in Leipzig meiſt Profeſſoren, in den kleinern Städten Gemeindebeamten, Schulrectoren oder dgl. Bei ſolchen Männern kam dann nicht ſelten entweder ein gewiſſes Gefühl der Scham, oder auch die bekannte ſächſiſche Gutmüthigkeit mit ihrer Amtspflicht als Cenſor in Widerſtreit. Auch da von kann ich aus eigener Erfahrung ein Geſchichtchen erzählen. Als ich den „Herold" herausgab, war politiſcher Cenſor in

Leipzig ein Professor und Doctor der Medicin, Neubert. Wie gerade ein solcher dazu gekommen, weiß ich nicht. Es war ein äußerst gutmüthiger Mann, der nur mit schwerem Herzen den Rothstift handhabte. Da geschah es denn wohl, daß, wenn er mir einen Artikel durch Censurstriche verstümmelt hatte, ich persönlich zu ihm ging und ihn um Gnade für meine von ihm zum Tode verurtheilten Geistes-kinder bat. Dann setzten wir uns zusammen, und er half mir überlegen, wie das von ihm Gestrichene dem gleichen Sinne nach, nur in unverfänglicherer, von ihm nicht zu beanstandender Form, dennoch gesagt werden könne, und gewöhnlich fanden wir einen solchen Ausweg.

Neuberts Nachfolger in der Censur, Professor Bülau, war strenger. Wenn ich einmal zu ihm ging (was ich nur in äußersten Fällen that), so zog ich fast immer unverrichteter Sache wieder ab. Auf meine Vorstellungen erwiderte er gewöhnlich nichts, sondern sah starren Blickes gerade vor sich hin, was so viel bedeutete, als: es bleibe bei der getroffenen Entscheidung. Letzter politischer Censor in Leipzig ist meines Wissens Professor Marbach gewesen. Er bat im März 1848 die Regierung, ihn seines Amtes zu entheben.

Bisweilen mußte ein Preßerzeugniß, um nur überhaupt an's Licht hervortreten zu können, dem Bereiche der heimischen Censur gänzlich entfliehen und auswärts einen Censor suchen, der entweder von Natur milder war, oder der sich nicht veranlaßt fand, etwas zu streichen, was nicht gegen seine eigene, sondern gegen eine ihm fremde Regierung gerichtet war. Insofern brachte die deutsche Zerrissenheit wenigstens der Presse einigen Vortheil. Freilich

mußte ein ſolches unglückliches Preßerzeugniß bisweilen in drei, vier verſchiedenen Bundesſtaaten umherwandern, bevor es das Imprimatur (die Cenſurerlaubniß) erhielt.

Ganz eigenthümlich waren die Preßverhältniſſe in Oeſterreich. Hatte ſchon die Unterſcheidung etwas Sonderbares, die man dort zwiſchen den abſolut verbotenen ausländiſchen Geiſteswerken (den mit damnatur bezeichneten) und ſolchen machte, welche gewiſſen Klaſſen von Staatsbürgern (den Gebildeteren oder Vornehmeren) gegen die ausdrückliche Zuſicherung, ſie nicht weiter zu geben (ergo schedam) geſtattet wurden, ſo brachte das für alle Oeſterreicher gleichermaßen geltende Verbot, irgend etwas im Ausland drucken zu laſſen, die allermerkwürdigſten Zuſtände hervor.

Da der öſterreichiſche Schriftſteller doch gewiſſe Dinge ſagen wollte, von denen er wußte, daß die heimiſche Cenſur ſie nicht durchlaſſen würde, ſo ging er damit in's Ausland. Natürlich durfte er ſich aber zu dieſem ſeinem auswärts zur Welt gekommenen Geiſteskinde nicht bekennen, mußte vielmehr froh ſein, wenn die Behörde, die ſeine Verfaſſerſchaft erfuhr oder ahnte, ſtillſchweigend ein Auge zudrückte. Männer wie Graf Auersperg (Anaſtaſius Grün), Baron Nimpſch von Strehlenau (Lenau), Baron Andrian u. ſ. w. ſchützte ihre hohe ſociale Stellung vor Verfolgung. Andere aber, denen ein ſolcher Schutz nicht zur Seite ſtand, wie die jüngeren Dichter Hartmann, Meißner, Beck, mußten für kürzere oder längere Zeit ihr Vaterland meiden, weil ſie ihre Dichtungen außerhalb Oeſterreichs hatten drucken laſſen.

Ebenſo war es für öſterreichiſche Schriftſteller gefähr-

lich, an ausländischen Zeitschriften sich zu betheiligen. Gleichwohl fühlten gerade die freier gesinnten unter diesen das lebhafte Bedürfniß, über die Zustände ihrer Heimath sich offen auszusprechen, was natürlich nur außerhalb der schwarz-gelben Grenzpfähle geschehen konnte.

Da ward denn Alles aufgeboten, um eine solche Mitarbeiterschaft (z. B. an meiner Monatsschrift) den Augen der Polizei zu entziehen. Die Correspondenz zwischen meinen österreichischen Mitarbeitern und mir ward von jenen unter falschen Namen, von meiner Seite unter Superadressen an möglichst harmlosen Persönlichkeiten (etwa eine alte Wirthin des betreffenden Schriftstellers) geführt. Oder man bediente sich einer besonderen Gaunersprache. So schrieb mir Dr. Kreuzberg in Prag (der zugleich Beauftragter für allerhand technisch-industrielle Etablissements war) einmal wegen eines von mir gewünschten Artikels über gewisse innere Zustände Oesterreichs in dem Sinne, als ob es sich um die Bestellung einer hydraulischen Maschine handle. Die Maschine, schrieb er, sei zu voluminös ausgefallen und müsse daher in einzelnen Theilen abgeliefert werden (d. h. die Abhandlung werde in mehrere Artikel zerfallen) u. s. w.

Eine ähnliche Gaunersprache bildete sich ganz von selbst — und nicht blos in Oesterreich, sondern auch im übrigen Deutschland — zwischen Schriftsteller und Leser aus. Der Erstere sprach in Andeutungen, die der Letztere wohl verstand, die aber doch nicht so greifbar waren, daß der Censor sie billigerweise hätte streichen können.

Das waren ungesunde Zustände, wahrhaftig nicht dazu angethan, das sittliche Bewußtsein der Nation zu

stärken oder zu veredeln. Und da wunderte man sich auch noch, wenn es unter den Schriftstellern (oder, wie man sie damals nannte, „Literaten"), so viele charakter- und gesinnungslose gab!

Welche Gefühle in jedem anständigen Schriftsteller die entwürdigende Stellung erwecken mußte, zu welcher er durch die Censur verdammt war, das habe ich damals in einem Artikel: „Die censirte und die uncensirte Presse" auszudrücken versucht, mit welchem ich meine censurfreie Vierteljahrsschrift 1846 eröffnete. Ich setze einige Stellen aus diesem Artikel hierher, um dem jüngern Geschlecht, welches so wenig die Censur, wie das Paßwesen, noch aus eigener Erfahrung gekannt hat, auch von jener wenigstens einen Begriff zu geben. Ich sagte dort:

Ohne Censur schreiben — wißt Ihr, was das heißt? Das heißt: aus freier Brust in tiefen, vollen Zügen aufathmen, nachdem man vorher lange unter beengender Schnürbrust nur in halben, krampfhaften Anstrengungen mit gepreßter Lunge Luft schöpfen konnte. Das heißt: stark und fest auftreten und sichern Schritts vorwärtsschreiten, nachdem man zuvor gewöhnt war, leise mit schleichendem Fuße hinzugleiten und in ängstlichen Schlangenwindungen, auf den Zehen gehend, zwischen scharfen Schwertern sich hindurch zu krümmen. Das heißt: den Kopf aufrecht, das Auge frei, die Stirn stolz erhoben, in echt männlicher, menschlicher Haltung auf sein Ziel losgehen, nicht mit scheu zur Erde gesenktem Blick, nicht mit demüthig gekrümmtem Rücken, nicht mit erzwungenem höflichen Lächeln um die Lippen, während das Herz blutet oder die Galle vor Grimm schwillt. Das Vollgefühl dieser Freiheit kann nur der haben, der lange unter Censur geschrieben hat, der empfunden hat, was es sagen will, bei jedem Worte sich ängstlich fragen zu müssen, ob es denn auch wohlgezogen und manierlich genug sei, um von dem Censor ein Unbescholtenheitszeugniß zu erhalten; was es sagen will, jedem etwas glieder- und muskelstarken Gedanken erst mit kindes-

mörderischer Gefühllosigkeit die Knochen zerbrechen und ihn in eine weiche, breiartige Masse verwandeln zu müssen, damit er fügsam und schmiegsam auf das Prokrustesbette der Zensur gespannt werden könne; was es sagen will, lügen, heucheln, betrügen zu müssen, — ja betrügen, denn ich frage alle meine Berufsgenossen, auch die gewissenhaftesten (und ich selbst glaube nicht zu den gewissenlosen zu gehören), ob sie nicht fast täglich Schmuggel treiben mit verbotenen Gedanken, die sie unter der Nebelkappe versteckter, aber ihren bereits in dieses falsche Spiel eingeweihten und an das Gaunerrothwelsch der censirten Presse gewöhnten Lesern wohl verständlicher Andeutungen, halber Worte, oft auch bloßer Zeichen, Gedankenstriche, Frage- und Ausrufungszeichen, durch die Zollinien der Censur hindurchpaschen, bald mit Ueberlistung des Censors, bisweilen wohl auch — wenn es ein gutmüthiger oder gar „freisinniger" Censor ist (ein schwer zu lösender Widerspruch) – mit geheimer Zulassung desselben. Was soll man aber von einem Institute sagen, welches so beschaffen ist, daß die, welche in seinem Dienste arbeiten, nur durch offenbare Pflichtverletzung sich selbst und ihr Geschäft wenigstens einigermaßen vor der öffentlichen Schande und vor dem Gefühle der Selbstverachtung zu retten vermögen?

Die deutschen Regierungen haben sich bundesmäßig gegen einander verpflichtet, „bei der Aufsicht über die in ihren Ländern erscheinenden Zeitungen, Zeit- und Flugschriften mit wachsamem Ernste zu verfahren und diese Aufsicht dergestalt handhaben zu lassen, daß dadurch gegenseitigen Klagen und unangenehmen Erörterungen auf jede Weise möglichst vorgebeugt werde". Glücklicherweise kommen nicht alle dieser Verpflichtung in ihrer ganzen Strenge nach. Glücklicherweise? dürfen wir wirklich so sagen, ohne im Namen der vielgepriesenen deutschen Treue und Redlichkeit tief zu erröthen? Wohl ist es schlimm, daß wir so sagen *müssen*, aber es ist so, und feierlich werfen wir alle Schuld und alle Folgen dieses unseligen Zustandes auf die zurück, die es dahin gebracht haben, daß wir uns freuen müssen, wenn unsere Regierungen einander ihr gegebenes Wort nicht halten, weil eine strenge Erfüllung dieses Wortes den letzten nach glimmenden Funken unserer Freiheit ersticken und die Ruhe des Grabes über Deutschland ausbreiten würde: die es dahin ge-

bracht haben, daß der deutſche Schriftſteller die Zerriſſenheit Deutſchlands preiſen muß, weil ſie allein es iſt, welche dem in 37 Staaten geächteten freien Worte vielleicht doch im achtunddreißigſten eine Freiſtatt ſichert.

Und in einem ſolchen Gewebe von Lug und Trug ſoll die Himmelspflanze der Wahrheit gedeihen? Von einer Preſſe, die ihr Leben nur der Gnade der einen oder der heimlichen Schadenfreude einer andern Macht dankt, verlangt man Ehrenhaftigkeit, Männlichkeit, Würde? . .

In der That wirkten die Zuſtände der Cenſur und der Preßpolizei auf den Charakter der Preſſe, insbeſondere der Tagespreſſe, höchſt nachtheilig ein. Der Mangel an Selbſtverantwortlichkeit, der Gedanke, daß das geſchriebene Wort doch erſt die Cenſur paſſiren müſſe, daß aber, wenn es dieſe paſſirt habe, der Schriftſteller nicht mehr haftbar dafür ſei (nicht einmal juriſtiſch war er es nach dem Bundespreßgeſetz von 1819), dieſer Gedanke führte nur zu leicht dahin, daß der Schriftſteller mehr daran dachte, was er dem Cenſor, als was er ſeinem eigenen Gewiſſen gegenüber verantworten könne. Die Gefahr, in welcher jedes Organ der Tagespreſſe fortwährend ſchwebte, trotz der Cenſur auch noch verboten zu werden, ließ die wenigſten dieſer Organe zu einer feſten, überzeugungstreuen, conſequenten Haltung kommen. Und wirklich gehörte ein nicht geringer Grad von Selbſtverleugnung dazu, Anſichten zu vertreten, von denen man wußte, daß ſie in den maßgebenden Kreiſen für verpönt galten, Perſonen und Einrichtungen anzugreifen, die dort als unantaſtbar betrachtet wurden. Man darf es immerhin als ein günſtiges Zeugniß für den damaligen Zuſtand des öffentlichen Geiſtes in Deutſchland anſehen, daß nichtsdeſtoweniger

sich Schriftsteller und Verleger fanden, welche diesen Muth der Selbstverleugnung hatten, welche ungescheut (so weit der Censor es gestattete) die Wahrheit sagten — auf die Gefahr hin, die Existenz ihrer Blätter, vielleicht ihre eigne Existenz auf's Spiel zu setzen. Aber freilich fehlte es auch an solchen nicht, die entweder verstummten oder die Farbe wechselten, wenn sie von oben her bedroht oder mit Versprechungen geködert wurden.

Ein beliebtes Mittel mancher Regierungen in jener Zeit, besonders auch der preußischen, um „öffentliche Meinung zu machen", bestand darin, Artikel in ihrem Sinne in solche Blätter zu bringen, die für unabhängig galten, um dann sagen zu können: „Seht, die unabhängige Presse selbst erklärt sich für uns!" Und leider bedurfte es oft nur der Drohung mit einem Verbot oder mit Entziehung des Postdebits, um eine Redaction willfährig zur Aufnahme zu machen, oder einen Verleger dazu zu vermögen, daß er einen der Regierung unbequemen Redacteur mit einem schmiegsameren vertausche.

Das herrschende Censursystem brachte aber auch eine andere Wirkung — nach der ganz entgegengesetzten Seite — hervor. Das Publikum gewöhnte sich daran, besondern Geschmack an solchen Preßerzeugnissen zu finden, die entweder eine besondere Keckheit in der Herausforderung oder eine besondere Schlauheit in der Ueberlistung der Censur verriethen und denen es gelang, wirklich einen Censor entweder einzuschüchtern oder hinter's Licht zu führen. Die kecksten und rücksichtslosesten Blätter liefen daher den gemäßigten meistens den Rang ab und hatten den größten Zulauf:

Helds „Locomotive“ zählte, wie man sagte, einmal 11,000 Abonnenten, für jene Zeit eine ungeheure Zahl.

Eine eigentliche Parteipresse gab es noch nicht — ebensowenig, wie förmlich organisirte Parteien. Nur die am weitesten rechts und links stehenden Richtungen hatten ihre bestimmten Organe — die äußerste Rechte den „Rheinischen Beobachter“, den „Janus“, die „Adelszeitung“ u. s. w. (das Berliner „Politische Wochenblatt“ war eingegangen), der philosophisch-kosmopolitische Radicalismus die „Hallischen Jahrbücher“ und die „Rheinische Zeitung“, der politische die „Sächsischen Vaterlandsblätter“ und die Constanzer „Seeblätter“. Ein ausgesprochenes Organ der nationalen Mittelpartei in der Tagespresse entstand erst 1847 in der „Deutschen Zeitung“ von Gervinus und Häusser. Die Mehrzahl der Tagesblätter neigten zwar im Ganzen entweder mehr rechts, oder mehr links, doch ohne ein festes und klares Programm oder doch ohne die sichere Consequenz der beharrlichen Geltendmachung eines solchen in allen Fällen.

Den allerstärksten Contrast zwischen dem Damals und dem Heut zeigen die Zustände der Tagespresse in den beiden großen Hauptstädten Wien und Berlin. Die Wiener Presse lag bis 1848 vollständig in den Windeln und gewährte ein wahrhaft jammervolles Bild, und auch in Berlin, wo „Onkel Spener“ und „Tante Voß“ die einzigen größeren Organe der unabhängigen Tagespresse waren, stand es nicht viel besser.

Ebenso wenig, wie die Redactionen sich an ein bestimmtes Programm binden mochten, ja noch weniger, wollten dies die Schriftsteller, die sich als Correspondenten

oder Mitarbeiter der Tagespresse darboten. Ich selbst hatte bei Gründung meiner Monatsschrift es als mein Princip ausgesprochen, daß alle in dieselbe aufzunehmenden Aufsätze einen und denselben Grundgedanken vertreten müßten, und ich wollte eigentlich, um dies noch strenger durchzuführen, die Aufsätze ohne die Namen ihrer Verfasser abdrucken. Sie sollten dem Publikum lediglich als Ausflüsse der Gesammtleitung des Blattes erscheinen, wie dies z. B. bei den englischen Reviews Sitte ist. Allein ich hatte die größte Noth, dieses Princip durchzuführen, und mußte doch öfter davon abgehen, weil viele Schriftsteller durchaus ihre „Individualität" wahren und für ihre Arbeiten mit ihren Namen einstehen wollten.

Das bekannte geflügelte Wort von dem „verfehlten Berufe" der Tagesschriftsteller war damals ganz anders zutreffend, als heutzutage. Daß Jemand sich auf den publicistischen Beruf förmlich vorbereitet, die dafür nöthigen Studien (geschichtliche, staatsrechtliche, volkswirthschaftliche ꝛc.) planmäßig betrieben hätte, wie das heut häufig und immer häufiger geschieht, kam damals wohl nur höchst selten vor. Ein gewisser allgemeiner Drang, „mitzureden", schien ausreichend, um die publicistische Laufbahn zu betreten. Meinen beiden Zeitschriften strömte eine Menge solcher „fahrender Literaten" zu. Doch hatte ich das Glück, daß daneben auch so Manche mir ihre Mitarbeiterschaft gönnten, welche durch eine feste Stellung im Leben, durch praktische Erfahrungen und wohlerworbene Kenntnisse besser dazu befähigt waren — Beamte, Kaufleute, Grundbesitzer, Militärs. Aus den sogenannten „Gelehrtenkreisen" habe ich nur sehr wenig Beiträge erhalten.

Ein nicht unbeträchtliches Contingent für die Tagesſchriftſtellerei lieferten die vielen, theils freiwilligen, theils erzwungenen, Austritte junger, meiſt ſehr fähiger und geiſtig regſamer Männer aus dem Civil- und Militärdienſt, beſonders Preußens. Solcher ehemaligen Referendare, Aſſeſſoren, Lieutenants u. ſ. w. habe ich viele unter meinen Mitarbeitern gehabt. Sie brachten meiſt eine genauere Kenntniß von den Verhältniſſen ihres bisherigen Berufs mit, als welche ein außerhalb dieſer Kreiſe Stehender ſo leicht haben konnte, aber freilich auch eine mehr oder weniger ſtarke Verbitterung, welche ſie leicht verleitete, vorzugsweiſe nur die Schattenſeiten der Dinge zu erkennen. Ihre Kritik der Zuſtände, denen ſie entflohen oder aus denen ſie herausgedrängt worden waren, konnte daher immer nur mit Vorſicht aufgenommen werden.

Unter den preußiſchen Offizieren, welche ihr Zug zur Publiciſtik mir zuführte, war der bedeutendſte Wilhelm Rüſtow, der ſpäter als ſelbſtſtändiger politiſcher Schriftſteller, als Organiſator des Militärweſens in der Schweiz, als Kampfesgenoſſe Garibaldis bei deſſen ſüditalieniſchem Feldzuge ſich einen weitverbreiteten Ruf erworben, leider aber ſo traurig geendet hat. Sein jüngerer Bruder Alexander, der als activer preußiſcher Officier 1864 und 1866 ſich auszeichnete und auf dem Felde der Ehre ſtarb, war in ſeiner Jugend ebenfalls mein Mitarbeiter.

Auch von der Belletriſtik her fanden Viele ihren Weg zur Publiciſtik. Sie brachten freilich oft mehr nur lebhafte Empfindungen und einen gefälligen Stil, als durchgebildete, zuverläſſige politiſche Ueberzeugungen mit.

Was heut das Gewöhnliche und Herkömmliche iſt,

daß ein junger Mann, der Publicist werden will, in ein festes Verhältniß zu einer bestimmten Redaction tritt und damit auch einer bestimmten Parteirichtung sich anschließt, das war damals mehr die Ausnahme, als die Regel. Es gab eine Menge von Schriftstellern, welche ihre Feder heut der, morgen jener Redaction anboten und denen es keine Scrupel verursachte, wenn die eine davon liberal, die andere conservativ war. Sie nannten das: „ihre Individualität wahren". Eine besondere Species darunter waren dann wieder Diejenigen, welche je nach Laune und Liebhaberei Zeitungsartikel „auf's Lager" arbeiteten, mit denen sie dann oft bei den Redactionen förmlich hausiren gingen.

Auf Stellung und Parteirichtung der betreffenden Redactionen ward dabei wenig gesehen. Das ging so weit, daß bisweilen ein Redacteur (mir selbst ist dies mehr als einmal passirt) von einem solchen Schriftsteller ein ganzes Sortiment von Artikeln aller Art auf einmal zugesandt erhielt, wobei er gebeten ward, das, was er nicht gebrauchen könne, kurzer Hand im Namen des Verfassers an die und die Redactionen weiter zu geben.

Jener angebliche Trieb der „Individualität" oder „Unabhängigkeit" führte mitunter auch zu ganz eigenthümlichen Erscheinungen. Als ich neben meiner Monatsschrift den „Herold" begründete, und die Doppellast zweier Redactionen für mich allein zu schwer ward, gewann ich als Mitarbeiter einen nicht mehr ganz jungen Schriftsteller aus Mecklenburg. Er nahm mein Anerbieten ohne Vorbehalt an, arbeitete auch ohne Bedenken, wie es schien, für meine beiden Zeitschriften. Später erfuhr ich, daß er genau in

derſelben Zeit, wo er mein Mitredacteur und alſo mein Vertrauensmann geweſen war, in andern Blättern (natürlich anonym) mich und meine beiden Blätter in der allergehäſſigſten Weiſe verunglimpft hatte. Etwas Aehnliches geſchah mir mit einem andern, bekannten Schriftſteller F., der überhaupt als Publiciſt die allermerkwürdigſten Kreuz- und Querzüge gemacht hat. Weil derſelbe als der Typus einer ganzen Klaſſe von Schriftſtellern jener Zeit gelten kann, ſo ſei mir geſtattet, über meinen Verkehr mit demſelben einiges Nähere mitzutheilen. Ich hatte kaum (im Herbſt 1841) das Programm zu meiner „Deutſchen Monatsſchrift“ veröffentlicht, als ich von F. folgende Zuſchrift erhielt:

Hochgeehrter Herr Profeſſor! Vor Kurzem erſt erfuhr ich, daß Sie eine Zeitſchrift ſeit einiger Zeit herausgeben. Ich lebe nämlich ganz zurückgezogen wie ein nordamerikaniſcher Anſiedler in einem einzeln ſtehenden Hauſe, eine Stunde von Naumburg, und das Neueſte aus der Literatur gelangt nur bruchſtückweiſe und ſehr ſpät in meine Hütte. Das iſt die Schattenſeite einer Lebensweiſe, die mir ſonſt in jeder Hinſicht beſſer bekommt, als das Leben in einer Stadt. Ich bin jetzt darüber aus, Mitarbeiter bei verſchiedenen Zeitſchriften zu werden, aber die Sache hat große Schwierigkeiten. In den meiſten Ländern gehen meine Aufſätze nicht durch die Cenſur, und dann verlangen manche Redacteure, z. B. Freund Ruge in Dresden, daß man nach ihrer Anſicht gleichſam wie auf Beſtellung arbeite, was mir durchaus unmöglich iſt. Sie können alſo denken, daß mir bei der Kunde von Ihrer neuen Redaction ſogleich ein neuer Hoffnungsſtern aufging und ich alsbald beſchloß, mich Ihnen als fleißigen Mitarbeiter anzutragen. Vorläufig ſchicke ich Ihnen beikommenden Aufſatz*) mit dem Wunſche, daß Sie ihn brauchen können. Außerdem habe ich noch mehrere bedeutende Fragen von vaterländiſch politiſcher Art unter der Feder und

*) Derſelbe betraf die hannoverſche Verfaſſungsfrage.

werde die vollendeten Aufsätze so frei sein Ihnen zur Ansicht zuzuschicken. Es versteht sich von selbst, daß ich es nicht übel nehmen werde, wenn Sie von denselben keinen Gebrauch machen können. Nur rücksichtlich meiner allgemeinen Anfrage, ob ich überhaupt einschicken darf, bitte ich bald um gütige Antwort. Mit herzlichster Hochachtung Ihr gehorsamster F.

Der eingesandte Artikel war sogleich charakteristisch für den Mann. Weil ihm an dem tactischen Vorgehen der hannoverschen Verfassungspartei Einzelnes nicht gefiel, trat er in einer solchen Weise gegen sie auf, daß er der Staatsstreichpartei in Hannover reichlich Wasser auf ihre Mühle lieferte.

Ich wies den Artikel zurück. Inzwischen war ihm mein Programm zugegangen. Mit Bezug darauf schrieb er mir am 19. December 1841:

Ich glaube nicht, daß Sie viel tüchtige, geistreiche und selbstständige Leute finden werden, die mit der Direction und Leitung, wie Sie dieselbe in Anspruch nehmen, sich zufrieden geben können. Auch halte ich diese Art und Weise, wie Sie mehr Einheit der Bestrebung und praktische Nützlichkeit erzielen wollen, nicht für praktisch. Wir Deutschen sind nun einmal ein eigensinniges Volk, welches die individuelle Freiheit als das höchste Gut schätzt. Alles Tüchtige, alles wahrhaft Praktische kann nur aus solchem gänzlichen, rücksichtslosen Sichgehenlassen der einzelnen Geister entstehen. Eine Gemeinschaft der Bestrebungen läßt sich nicht befehlen, weder durch die Regierungen noch durch eine Redaction; es wird dann immer nur mit halber Lust und halber Wahrheit gearbeitet werden. Eine solche Gemeinschaft muß vielmehr ganz von selbst kommen, und sie wird es auch zuletzt. So lange diese nicht da ist, kann — meiner Ansicht nach — eine Redaction weiter nichts thun, als vorläufig eine Wahl unter den ihr zunächst Stehenden treffen; diesen muß sie aber alsdann auch wieder ihren vollen, unbeschränkten Spielraum lassen, wenn sie sich nicht dieselben ganz entfremden oder ihrer besten Geistesblüthen berauben will . . . .

Bald darauf kam F. nach Leipzig und wohnte bei mir einen oder zwei Tage lang.

Nach diesem Besuche schrieb er mir wiederum einen Brief, worin er u. A. sagte: „er nehme an meinen Unternehmungen nun doppeltes Interesse und möchte sich mit Leib und Leben daran betheiligen! Dabei hege er die Hoffnung, daß es ihm gelingen werde, in einzelnen Punkten mich mehr zu seiner Lebensauffassung hinüberzuziehen; auch glaube er, daß wir, er und ich, nicht so weit von einander entfernt seien, wie er nach Lesung des einleitenden Programms hätte glauben müssen."

In dem Briefe vom 19. December hatte er bemerkt: „Inwiefern er mit den in dem Programm meiner Monatsschrift entwickelten Ansichten und Grundsätzen sich einverstanden erklären könne, darüber sich eingehend auszulassen, erlaube ihm in diesem Augenblicke Zeit und Stimmung nicht. Ohnehin habe er den Auftrag erhalten, eine Recension der Programm-Brochure für die „Literarischen Blätter" von Brockhaus zu liefern. Dort würde ich sein motivirtes Urtheil lesen." Er hatte hinzugefügt:

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß es durchaus anerkennend und wohlwollend ausfallen wird, wenn schon ich mir die Erlaubniß nehmen werde, gegen Einzelnes (!) zu polemisiren.

Wie mußte ich erstaunen, als ich fast um dieselbe Zeit in den „Blättern für literarische Unterhaltung" eine Kritik meines Programms und meiner Monatsschrift las, unterzeichnet mit dem vollen Namen F.'s, worin nicht etwa „gegen Einzelnes polemisirt", sondern meine ganze Richtung auf das Stärkste angegriffen, mir Principlosigkeit, Halbheit, Schwäche u. s. w. vorgeworfen ward.

Darauf hörte ich lange nichts von F., bis ich ganz unerwarteter Weise am 15. November 1844 einen Brief erhielt, worin er sein Unrecht eingestand, aber sich deswegen damit zu entschuldigen suchte, daß er sagte: „Er habe immer einen zu strengen Maßstab an seine Freunde angelegt und verlangt, daß sie ganz ebenso denken und empfinden sollten wie er. Bemerke er in dieser Hinsicht eine Differenz, so werde er bitter. Die Folge sei, daß er mit allen seinen politischen Freunden sich überworfen habe."

Zugleich bot er sich mir von Neuem als Mitarbeiter an. Ich ging darauf ein, weil seine Arbeiten, mit Auswahl benutzt, wirklich manches Gute enthielten, er namentlich einen sehr angenehmen Stil schrieb. Allein schon seine nächsten Aufsätze brachten mich in große Verlegenheit. Er war mit dem Turnvater Jahn lange persönlich vertraut gewesen. Nun veranstalteten damals Jahns Freunde eine „Nationalsammlung" für denselben. Das verdroß F. Vielleicht war es in der That nicht wohlgethan, Jahn auf Eine Linie mit den Göttinger Sieben und Sylvester Jordan zu stellen, nachdem er für das ihm früher widerfahrene Unrecht vom König Friedrich Wilhelm IV. nach Möglichkeit entschädigt worden war. Auch hatte Jahn sicherlich manche Schwächen, besonders ein starkes Maß von Eitelkeit. Allein F. schüttete das Kind mit dem Bade aus; er sprach dem Begründer des Turnwesens nahezu alles Verdienst ab. Ich ließ mich, weil der Artikel auch manches Richtige enthielt, verleiten, denselben aufzunehmen, wenn schon nicht ohne mehrfache Vorbehalte, bereute dies aber bald, da es mir mit Recht vielfach verdacht ward. Einen ähnlichen Ausfall F.'s

gegen Uhlich und die protestantischen Freunde druckte ich zwar im „Herold“ ab, jedoch nur, wie ich ausdrücklich erklärte, um ihn zu widerlegen, was ich denn auch sofort in der nächsten Nummer that. F. verlangte, daß jeder protestantische Geistliche, der sich nicht im strengsten Einklang mit dem Bekenntnisse seiner Kirche wisse, sein Amt niederlegen solle. Ich wies darauf hin, daß dieses Bekenntniß von den Kirchenbehörden selbst zu verschiedenen Zeiten in verschiedenem Sinne aufgefaßt und gehandhabt worden, daß der Rationalismus lange Zeit in Preußen (unter Altenstein) nicht blos die geduldete, sondern die herrschende Richtung gewesen sei. Einen zweiten Artikel gegen Uhlich wies ich zurück; F. gab ihn darauf in den „Rheinischen Beobachter“, ein politisch und kirchlich erzconservatives Blatt. Kurz vorher hatte mir F. für den „Herold“ einen sehr scharfen Artikel gegen eben denselben „Rheinischen Beobachter“ eingereicht; er bat mich jetzt, mit dem Abdruck dieses Artikels so lange zu warten, bis seine Unterhandlungen mit dem „Rheinischen Beobachter“ wegen Aufnahme jenes Artikels gegen Uhlich zum Abschluß gediehen sein würden. Und dabei glaubte er (oder rühmte sich wenigstens) außerordentlich überzeugungstreu zu handeln!

Abermals verlor ich eine Zeit lang jede Spur von F., bis derselbe plötzlich in meiner nächsten Umgebung auftauchte, indem er die Redaction eines von der sächsischen Feudalpartei begründeten Blattes übernahm. Auch dabei war wieder jene Eigenart im Spiele, zu der er sich in seinem Briefe an mich selbst bekannt hatte: mit seinen besten Freunden und Gesinnungsgenossen zu brechen, wenn sie nur in irgend einem Punkte es ihm nicht recht machten.

F. hatte oft und viel für die „Sächsischen Vaterlandsblätter“ geschrieben; er hatte in Briefen an mich R. Blum seinen „Freund“ genannt; jetzt, da beide ihm zu weit zu gehen schienen, begnügte er sich nicht damit, dieses „zu weit“ zu bekämpfen, sondern stellte seine gewandte Feder in den Dienst der ärgsten Reaction.

Was F. in den Bewegungsjahren 1848—49 getrieben, weiß ich nicht; nach dem Rückschlag von 1850 erschien er wieder in der Tagespresse, diesmal als Vertheidiger des Manteuffel-Westphal'schen Regimentes. Zuletzt ist er, wie in öffentlichen Blättern berichtet und meines Wissens nicht widerlegt ward, katholisch geworden, er, der in jenem Artikel gegen die protestantischen Freunde sich ausdrücklich als „religiösen Freidenker“ bekannt hatte! In solchen Sprüngen bewegte sich die Laufbahn dieses sehr talentvollen, aber, um es gelind auszudrücken, sonderlingshaften Schriftstellers, ein warnendes Beispiel, wohin es führt, wenn Jemand ohne feste Grundsätze nur seiner angeblichen „Individualität“, mit anderen Worten, seiner augenblicklichen Caprice folgt.

Politische Gesinnungswechsel waren in jenen Zeiten nichts Seltenes — sowohl nach rechts wie nach links. Ein junger Publicist, der beim Erscheinen meines „Herold“ mir mit großer Wärme versicherte: „mein Programm sei ihm ganz aus der Seele geschrieben“, übernahm bald darauf die Leitung des anerkannten Organs eines Verwaltungschefs, der mich und meine Blätter mit allen Mitteln der Censur und Preßpolizei verfolgte. Eben dieser Herr ist, nachdem er 1848 eine Zeit lang wieder liberal geworden, glücklich in den Hafen des höheren Staats-

dienſtes eingelaufen. Umgekehrt fand ich ſpäter manche meiner damaligen Mitarbeiter weit nach links verſchlagen. Zumal in Oeſterreich ſind derartige Wandlungen in ſtärkſtem Maße vor ſich gegangen. Zum großen Theil war an ſolchen unerquicklichen Erſcheinungen wirkliche Charakterloſigkeit ſchuld; zum Theil ſchiebe ich es aber auch darauf, daß damals die politiſchen Anſichten vielfach noch zu wenig gefeſtet und abgeklärt, ſicher abgegrenzte Parteigruppirungen noch nicht vorhanden waren, woher es kam, daß Vieles unentſchieden und unklar durcheinanderwogte, was erſt ſpäter, als die Gegenſätze ſchärfer auseinandertraten, bewußter nach rechts und links ſich ſchied.

Zehntes Capitel.

Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen".

1. Die religiösen und kirchlichen Fragen.

Die nationale Frage stand für mich fortwährend in erster Linie des Interesses, und ich kam wiederholt in meiner Monatsschrift auf sie zurück. Das schloß jedoch meine Betheiligung an andern, zumal sogen. „brennenden", Tagesfragen nicht aus. Mein „Herold" insbesondere war (wie schon früher bemerkt) einer Besprechung solcher seiner Natur und Bestimmung nach vorzugsweise gewidmet. Da ich in gegenwärtigen Aufzeichnungen neben meinem Leben auch „ein Stück Zeitgeschichte" geben will, so wird es gerechtfertigt sein, wenn ich wenigstens die wichtigsten dieser Tagesfragen nach ihrem damaligen Stand und Verlauf hier anführe, zugleich die Stellung bezeichne, die ich selbst zu jeder derselben eingenommen.

Ich berühre zuerst die religiöse und kirchliche Frage. Zu Anfang der 40er Jahre wurden die gebildeten Kreise (zumal in Preußen, wo, bei der Oede des politischen Lebens, das öffentliche Interesse sich vorzugsweise philosophischen und religiösen Fragen zugewendet hatte) in lebhafte Bewegung versetzt durch die kühnen Forschungen der jüngern

Hegel'schen Schule auf diesem Gebiete. Friedrich David Strauß hatte auf sein, 1835 erschienenes, epochemachendes „Leben Jesu" 1840 ein Werk ähnlicher Richtung, die „Christliche Glaubenslehre", folgen lassen. Darin wurden die Glaubenssätze der kirchlichen Dogmatik insgesammt in Erfahrungssätze der Naturwissenschaft, der Psychologie, der natürlichen Moral, der Staats- und Gesellschaftswissenschaft aufgelöst. Bruno Bauer veröffentlichte seine kritischen Arbeiten über die Evangelien, in denen er die historischen Grundlagen der christlichen Kirchenlehre angriff. Noch weiter ging Ludwig Feuerbach in seinem „Wesen des Christenthums" (1841), worin er alle übersinnlichen Begriffe für bloße Selbsttäuschungen, gleichsam Fata Morgana oder Luftspiegelungen des menschlichen Geistes, erklärte. Zum journalistischen Organ für Vertretung und Verbreitung dieser Ideen machten sich Ruges „Jahrbücher".

Auch mich hatten diese höchsten Fragen der Speculation früher oft und vielfach beschäftigt. Allmälig war ich aber zu der Ansicht gekommen, in welcher ich mich durch das Beispiel so erleuchteter Männer wie Lessing und Kant bestärkt fand, daß für derartige Fragen, welche außerhalb und über aller sinnlichen Erfahrung liegen, es eine allgemeingiltige wissenschaftliche Lösung nicht gebe, daß vielmehr darüber der Einzelne nur sein eigenes sittlich-religiöses Gefühl zu Rathe zu ziehen habe, daß der Wissenschaft zwar auf dem ihr zustehenden Gebiete der Erscheinungswelt das freieste Gebahren gestattet sein müsse, daß sie aber nicht das Recht habe, über Sein oder Nichtsein einer übersinnlichen Welt in der Weise kategorisch abzusprechen, wie das diese junge Philosophenschule that. Ein Despo-

tismus des Unglaubens schien mir ebenso wenig statthaft wie ein solcher in entgegengesetzter Richtung, und eine Geistesarbeit, die, wie scharfsinnig auch immer, doch eigentlich mit einer bloßen Verneinung abschloß, konnte mich nicht befriedigen. Mein altes Mißtrauen gegen jede blos abstracte Speculation ließ mich befürchten, daß auch diese neueste Art derselben dem wahren, naturgemäßen Fortschritt sowohl der Erfahrungswissenschaften als der Lebenspraxis eher schädlich, als förderlich sein möchte. Von diesem Standpunkte aus besprach ich gleich im ersten Hefte meiner Monatsschrift die Schriften von Strauß und Feuerbach. Ich zollte ihrer glänzenden Dialektik alle Anerkennung, konnte mich aber nicht enthalten, in Bezug auf das Endresultat ihrer Forschungen gewisse Zweifelsfragen aufzuwerfen.

Haben sich wohl, sagte ich, unsere tüchtigsten Naturforscher in den dialektischen Kämpfen der theologischen Speculation ausgebildet? Sind die bewundernswerthen Fortschritte unsrer Technik, diese gewaltigen Monumente des „Uebergreifens des Geistes über die Natur", wie es Strauß ausdrückt, unter der Herrschaft und Leitung des „philosophischen Bewußtseins" (im Sinne der modernen Speculation) zu Stande gekommen? Oder ist das öffentliche Leben da am kräftigsten, die politische Freiheit da am sichersten, sind die socialen Einrichtungen da am vortrefflichsten, wo dieses „philosophische Bewußtsein" am stärksten und allgemeinsten ist? Leider können wir dies nicht behaupten, denn, wäre dem so, dann müßte Deutschland unbedingt in jeder Hinsicht den ersten Rang unter den Nationen einnehmen, da gewiß in keinem Lande die philosophische Speculation eine solche Geltung und einen solchen Aufschwung gehabt hat wie hier. Aber im Gegentheil sehen wir Deutschland in eben dem Verhältnisse, wie es in der systematischen Entwickelung der philosophischen Ideen allen andern Ländern vorauseilt, in der praktischen Anwendung dieser Ideen hinter der Mehrheit derselben zurückbleiben. Welche nachtheilige Rückwirkungen hat nicht die Naturphilosophie auf die

Entwickelung der empirischen Wissenschaften in Deutschland geäußert, da sie, statt die Natur mit dem klaren Auge des nüchternen Forschers zu betrachten, in hochtönenden Formeln und Floskeln geheimnißvolle Räthsel auszusprechen sich vermaß, oder, um mit Strauß zu reden, „durch die Contemplation sich in die kühlende Tiefe des Einen Grundes aller Dinge zu versenken strebte!“ Wie wenig hat jene „weltgeschichtliche Ansicht“, welche sich aus der pantheistischen Auffassung des Gottesbegriffs erzeugte, wie wenig hat sie Frucht getragen für die Begründung einer rationellen Geschichtsforschung, wie noch viel weniger hat sie uns das gelehrt, was uns vor Allem Noth thut: selbst Geschichte zu machen und unsere eigne „weltgeschichtliche Mission“ zu erfüllen! Unsere Philosophen haben mit großer dialektischer Kunst die Irrthümer in den Lehren von den willkürlichen Belohnungen und Strafen nachgewiesen; aber die praktischen Folgen dieser Irrthümer zu beseitigen, die noch zum großen Theil auf unsrer Erziehung und auf unsrer Strafjustiz lasten, an die Stelle des Strafsystems das System der sittlichen Besserung zu setzen, die Erziehung als eine Entwickelung des sittlichen Triebes zu organisiren, dies haben sie der Praxis, der Erfahrung, der Macht des öffentlichen Geistes überlassen müssen, und dieser Geist, nicht vom „philosophischen Bewußtsein“, sondern von dem gesunden Instinct und dem praktischen Bedürfnisse geleitet, hat eine durchgreifende Reform in der Behandlung der Verbrecher und in der sittlichen Veredelung der verwahrlosten Klassen der Gesellschaft zu Stande gebracht oder doch angebahnt.

Noch ein Zweites, was mich gegen diese „speculative Philosophie“ einnahm, war ein gewisser Geist der Aristokratie und der Ausschließlichkeit, den ich darin zu finden meinte, so wenn Strauß erklärte: die philosophische Versöhnung des Geistes mit sich selbst gewähre dem Philosophen die „höchste und vollkommenste Befriedigung“, während er der Frage, ob der Inhalt der philosophischen Weltanschauung Gemeingut aller Theile der menschlichen Gesellschaft werden könne, „möglichst aus dem Wege gehen“ wollte. Dagegen bemerkte ich:

Das ist nicht der Geist, in welchem das Christenthum gestiftet, nicht der Geist, in welchem die Reformation begonnen und vollbracht worden ist. Bei diesen beiden großen Weltereignissen war es das Volk, die ganze Gemeinschaft der Zeitgenossen, für welche das Licht einer neuen Lehre entzündet ward. Sollen wir jetzt uns eine Geheimlehre gefallen lassen, die dem allgemeinen Streben nach Oeffentlichkeit widerstreitet?

Wenn ich somit in der Sache selbst mich in einen Gegensatz zu der junghegelschen Schule stellte, so verlangte ich doch grundsätzlich für sie wie für jede Richtung menschlicher Wissenschaft vollkommene Freiheit und erklärte mich entschieden gegen die von Staatswegen gegen einzelne dieser Denker verhängten Maßregeln. Gleichwohl erfuhr ich wegen des Artikels lebhafte Angriffe von Seiten der Junghegelianer. Sie wollten die Selbstständigkeit der Ueberzeugung, die sie für sich beanspruchten, Andern nicht gönnen.

Uebrigens blieb diese ganze speculative Bewegung im Großen und Ganzen doch auf die engern Kreise der Höhergebildeten beschränkt. Viel größere Wellenringe schlugen zwei andere Bewegungen, welche unmittelbar auf dem Boden des kirchlichen Lebens vor sich gingen, die eine im Protestantismus, die andere im Katholicismus. Ich meine die der sog. „protestantischen Freunde" oder „Lichtfreunde" und die der „Deutschkatholiken". Ich hatte Gelegenheit, beide in nächster Nähe sogleich bei ihrem Entstehen zu beobachten. Die erste öffentliche Versammlung der protestantischen Freunde fand in Leipzig (1842) statt; in Leipzig erschien (in den von Blum geleiteten „Sächsischen Vaterlandsblättern") jener „Offene Brief an den Bischof Arnoldi von Trier" von Johannes Ronge (1844), welcher

den Hauptanstoß zu der Entstehung des „Deutschkatholicismus" gab; hier bildete sich alsbald unter Blums Einfluß (welcher, selbst Katholik, zu der neuen Richtung übertrat) eine deutschkatholische Gemeinde; hier hörte ich Ronge selbst predigen, hatte auch Gelegenheit, einen ganzen Abend lang allein gesellig mit ihm zu verkehren; hier endlich fand (Ostern 1845) das erste „Deutschkatholische Concil" statt.

Die Persönlichkeit und das ganze Auftreten Ronges erweckten mir keine besonders günstigen Erwartungen für die von ihm vertretene Sache. Seine Predigt bewegte sich größtentheils in allgemeinen Phrasen ohne tiefern Gehalt, und dabei trat er mit einer Zuversicht auf, die durch das, was er bot und offenbar nur zu bieten hatte, keineswegs gerechtfertigt ward. Er verglich sich ziemlich unverblümt mit Christus und Luther, ja stellte sich als den Vollender des von jenen Beiden nur begonnenen Werkes hin. Im persönlichen Verkehr zeigte er eine ähnliche Selbstüberschätzung und dazu noch eine gewisse Eitelkeit auf sein Aeußeres (er war eine nicht ungefällige Erscheinung), wie sie für einen „Reformator", für den er sich doch hielt und gab, am wenigsten paßte, und dazu war sein Gespräch so wenig bedeutend wie seine Predigt. Noch ein anderer Apostel des Deutschkatholicismus, Kerbler, besuchte mich einmal. Er schien mir mehr Bildung und Haltung als Ronge, doch aber für den Vertreter einer so großen und so schwierigen Sache auch nicht das nöthige Zeug zu haben. Große Hoffnungen habe ich daher von Haus aus auf den Deutschkatholicismus nicht gesetzt. Nur als ein Rückschlag aus der Mitte der Katholiken selbst gegen den Mißbrauch, den die katholische Geistlichkeit, und speciell der Trierer Bischof,

mit Reliquiendienst, angeblichen wunderthätigen Heilungen u. s. w. trieb, war die deutschkatholische Bewegung berechtigt und freudig zu begrüßen, eben so wie neuerdings der sog. „Altkatholicismus" als ein Protest gegen das Infallibilitätssystem der römischen Kirche und gegen dessen Consequenzen.

Wenn selbst dieser letztere es zu einem durchgreifenden und nachhaltigen Erfolge nicht hat bringen können, obschon an seiner Spitze Männer von eben so bewährtem Charakter, als hohem wissenschaftlichen Rufe stehen (wie Döllinger, Friedrich u. A.), wie hätte es dem Deutschkatholicismus gelingen sollen, dem es an solchen Männern gänzlich fehlte? Denn die wenigen katholischen Gelehrten, welche Miene machten, sich der Bewegung anzuschließen, zogen sich sehr bald wieder davon zurück. Dazu kam, daß innerhalb der Deutschkatholiken ein radicales Element die Oberhand gewann, welches die neue Religionsgesellschaft nicht blos über die Grenzen selbst der freiesten Richtungen im Protestantismus, sondern beinahe über jede Grenze, innerhalb deren noch eine wirkliche kirchliche Gemeinschaft möglich ist, hinaustrieb. Daß die Deutschkatholiken sogleich auf ihrem ersten Concil zu Leipzig sich von Rom und allen specifisch römischen Lehrsätzen entschieden lossagten, mochte man ihnen nicht verargen, denn hier giebt es nur ein Entweder — Oder, und die Halbheit, womit die Altkatholiken sich vor einer solchen Lossagung gescheut haben, ist vielleicht ein Hauptgrund ihrer Mißerfolge gewesen. Allein das positive „Bekenntniß", welches das Concil aufstellte, war so wenig positiv, gab so sehr Alles dem Ermessen des Einzelnen anheim, daß nicht recht ein-

zusehen war, wie darauf eine „Kirche", d. h. eine Gemeinschaft im Glauben, gegründet werden könne.

In diesem Sinne sprach ich mich in meinem „Herold" sogleich bei Mittheilung der Concilsbeschlüsse von 1845 aus. Das hielt mich jedoch nicht ab, den allgemeinen Grundsatz freier Entwickelung innerhalb der gesetzlichen Schranken auch zu Gunsten dieser Bewegung zu verfechten und die theils willkürlichen, theils in sich widersprechenden Maßregeln, die in vielen deutschen Staaten gegen dieselbe ergriffen wurden, zu bekämpfen. Auch glaubte ich, man sei es der Bewegung schuldig, ihr eine „billige Probe" (a fair trial, wie der Engländer sagt) zu gestatten, also sowohl die Thatsachen zu registriren, welche deren Stand und Fortgang constatirten, als auch den Vertheidigern derselben das Wort zu gönnen, um ungerechte Angriffe abzuwehren.

Früher, als die deutschkatholische, hatte die Bewegung der sog. „Lichtfreunde" begonnen. Zuerst ganz im Kleinen in einem Winkel der preußischen Provinz Sachsen. Aber schon die Versammlung in Leipzig um Ostern 1842 zählte ihre Theilnehmer nach Hunderten, und unter diesen nicht mehr blos Geistliche, sondern auch Laien. Auf die Bildung gesonderter Religionsgesellschaften, sog. „Secten", war es hier nicht abgesehen, vielmehr wollten die „Lichtfreunde" ein Ferment innerhalb der protestantischen Kirche selbst (zunächst der preußischen) bilden. „Wir stehen auf dem Boden der Schrift", erklärten sie, „aber wir legen dieselbe aus im Lichte der Gegenwart und mit allen Mitteln der Wissenschaft."

Sie bekannten sich also einfach als Rationalisten.

Das war eine Richtung, welche (wie schon früher bemerkt) fast in allen protestantischen Ländern lange Zeit hindurch sogar die herrschende gewesen war (auch) in Preußen, so lange Minister von Altenstein lebte), welche aber freilich neuerdings dort und anderwärts einer sog. buchstabengläubigen hatte weichen müssen.

Den Urheber und Leiter dieser Bewegung, Pfarrer Uhlich von Pömmelte, lernte ich ebenfalls persönlich kennen. Er machte mir einen entschieden bedeutenderen Eindruck, als Ronge. Uhlich besaß alle Eigenschaften des Führers einer solchen Bewegung: eine seltene populäre Beredtsamkeit, eine nicht zu ermüdende Arbeitskraft, endlich ein großes Maß von Klugheit in Bezug auf strenge Innehaltung der Grenze, die er sich selbst und seinen Anhängern von vornherein gesteckt hatte. Ich sah ihn zu Pfingsten 1845 in Köthen einer Versammlung von wohl 3–4000 Personen präsidiren — unter freiem Himmel, weil kein Local geräumig genug dafür war — und ich mußte das Talent bewundern, womit er diese große und bewegte Versammlung zu leiten, namentlich auch die Debatte, wenn sie einmal zu weit ausgreifen zu wollen schien, immer wieder in das rechte Geleise zurückzuführen verstand.

Uhlich stand damals, so viel aus seinen Reden und Schriften zu entnehmen war, noch ganz auf dem Boden eines gemäßigten Rationalismus. Er konnte sich daher mit Recht darauf berufen, daß er eigentlich nur einen alten, sozusagen verjährten Besitzstand gegen eine neu hereingebrochene reactionäre Strömung vertrete. Seine und seiner Freunde Hoffnung, daß es ihnen gelingen werde, die preußische Landeskirche allmälig zu jener früheren Rich-

tung zurückzuführen, konnte ich nicht theilen, und die Folge hat mir Recht gegeben; ihm und seinen Gleichgesinnten blieb zuletzt doch Nichts übrig, als aus dem Verbande der Kirche auszuscheiden und „freie Gemeinden" zu bilden. Ob Uhlich dann in seiner Opposition gegen das herrschende Kirchensystem weiter gegangen, als im Anfange jener Bewegung, ist mir nicht gegenwärtig.

Mir drängte sich bei Beobachtung dieses Kampfes zwischen Orthodoxie und Rationalismus in der protestantischen Kirche je länger je mehr der Gedanke auf, daß die Verfassung dieser Kirche an einem inneren Mangel leide. Die katholische Kirche beruht ihrem Wesen nach auf dem Princip starrer Autorität, und das Dogma von der Unfehlbarkeit des jeweiligen obersten Trägers dieser Autorität, des Papstes, ist, streng genommen, nur eine äußerste Consequenz jenes Princips, freilich eine Consequenz, durch welche dasselbe sich selbst richtet. Der Protestantismus, wenn er nicht seinen eigenen Ursprung verleugnen will, darf nicht in die gleiche Richtung verfallen. Die von Luther erhobene Berufung an das Gewissen des Einzelnen, an die „evangelische Freiheit", an das „allgemeine Priesterthum" muß dadurch zu einer Wahrheit werden, daß weder ein Einzelner, der Landesherr, noch auch eine einzelne Körperschaft, ein „Oberkirchenrath" oder ein „Oberconsistorium", die Macht hat, die Gewissen aller Angehörigen der Kirche zu binden, vielmehr diesen selbst, also den Kirchengemeinden, eine Mitwirkung dabei eingeräumt wird.

Diesem Gedanken von der Nothwendigkeit einer auf der thätigen Antheilnahme der Gemeinden an ihrem Kirchenwesen beruhenden Verfassung der protestantischen Kirche,

einer solchen, wie sie unsere Schwesterkirche, die reformirte, vom Anbeginn an besessen, hatte ich schon in jenem Aufsatze über Strauß und Feuerbach Ausdruck gegeben. Ich fand Gelegenheit, darauf öfters, zumal im meinem „Herold", zurückzukommen, da in Preußen um die Mitte der vierziger Jahre ein erster praktischer Versuch (allerdings ein erfolgloser) mit der Anbahnung einer solchen Verfassung gemacht ward. Ich sollte aber auch Veranlassung haben, persönlich dieser Frage näher zu treten. In Leipzig war von der Zeit des Superintendenten Rosenmüller her, also seit mehr denn fünfzig Jahren, ein Taufformular im Gebrauch, welches eine etwas mildere Fassung des sogen. „apostolischen" Bekenntnisses enthielt. Jetzt auf einmal sollte, auf Anordnung des Superintendenten Großmann, an Stelle dieses „Rosenmüller'schen" das unveränderte „apostolische" Bekenntniß wieder eingeführt werden. Darüber entstand große Aufregung: ein Theil der Geistlichen wollte das Rosenmüller'sche Bekenntniß nicht aufgeben; die Stadtverordneten nahmen sich der Sache an; es ward an's Cultusministerium Berufung eingelegt, und dieses entschied, daß es dem einzelnen Geistlichen frei stehen solle, ein Taufformular zu gebrauchen, welches er wolle, dafern dasselbe nur die wesentlichen Stücke des „apostolischen" Bekenntnisses enthalte. Damit war der einzelne Fall erledigt. Allein er hatte die weiterreichende Frage angeregt, ob es wohl richtig sei, daß ein Geistlicher für sich allein, oder auch ein Superintendent, ja selbst die geistlich-weltliche Oberbehörde, Angelegenheiten von so tief einschneidender Bedeutung, wie die Gestaltung eines Glaubensbekenntnisses, ohne jede Mitwirkung Derer entscheiden könne, um deren Gewissen es sich dabei handele,

der Gemeindeglieder. Und so entstand eine Bewegung für Herbeiführung einer sogen. „Presbyterial- und Synodalverfassung". Eine Anzahl namhafter Männer, Geistliche und Laien, traten zusammen, um eine Petition in diesem Sinne an die Regierung oder die Kammern zu richten. Mir ward die Abfassung der Petition und die Berichterstattung darüber in einer zu dem Behufe zu berufenden größeren Versammlung übertragen. Diese Versammlung war stark besucht: sie zählte wohl 600 Personen aus allen Ständen; auch mehrere Geistliche, Großmann selbst an der Spitze, waren anwesend. Letzterer sprach sich als einer der Ersten, und zwar durchaus rückhaltlos, für Absendung der Petition an die Regierung aus: dasselbe thaten andere Geistliche, desgleichen mehrere angesehene Laien, wie Prof. v. d. Pfordten, Buchhändler H. Brockhaus u. A. So ward die Petition einmüthig beschlossen und ging, mit etwa 1000 Unterschriften bedeckt, an die Regierung ab. Sonderbarer Weise hatten Großmann und andere Geistliche, die sich in der Versammlung für die Petition ausgesprochen, gleichwohl dieselbe nicht unterzeichnet. Zahlreiche Beitrittserklärungen erfolgten — von Dresden, Chemnitz, Freiberg, Zwickau, Annaberg, Hohenstein ꝛc.; doch fehlte es auch nicht an Gegenpetitionen im strengkirchlichen Sinne — aus Leipzig, aus Glauchau (einem Hauptsitz der sächsischen Orthodoxie), aus der Lausitz.

Viele Jahre vergingen noch, bevor Sachsen wirklich eine Presbyterial- und Synodalverfassung erhielt; doch darf man wohl jene Leipziger Versammlung von 1844 als die erste Anregung dazu betrachten.

Eilftes Capitel.

Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen“.

2. Die wirthschaftlichen und socialen Fragen.

Als ich meine publicistische Thätigkeit begann, war soeben durch das im Jahre 1841 erschienene epochemachende Werk Friedrich Lists: „Das nationale System der politischen Oekonomie“ eine Agitation für das Schutzzollsystem eingeleitet worden, welche, von demselben Manne mit unermüdlicher Energie und einer bis dahin kaum gekannten Kraft populärer Beredtsamkeit persönlich und in der Presse (namentlich in dem damals weitaus mächtigsten Organ, der Augsburger Allgemeinen Zeitung) fort und fort geschürt, bald sehr bedeutende Dimensionen annahm. Es bildeten sich förmliche Vereinigungen der Fabrikanten zum Zwecke der Verwirklichung der List'schen Ideen, zum Zwecke der Beeinflussung der Zollvereinsgesetzgebung im Sinne einer Erhöhung der bestehenden Schutzzölle. Ein solcher Verein von Fabrikanten tagte wiederholt zur Zeit der Messen in Leipzig. Durch meine persönliche Bekanntschaft mit einzelnen hervorragenden Mitgliedern desselben hatte ich Gelegenheit, diesen Versammlungen beizuwohnen und mir so

eine unmittelbare Anschauung von der Bewegung zu verschaffen.

Sogleich in einem der ersten Hefte meiner Monatsschrift besprach ich das List'sche Buch. Ich konnte nicht umhin, die Großartigkeit des Bildes, welches er von dem deutschen Handel, wie er ihn sich dachte, entwarf, anzuerkennen, die Fruchtbarkeit seiner Ideen in Bezug auf die Anbahnung einer nationalen Handelspolitik, die Schaffung einer deutschen Kriegsflotte zum Schutz des deutschen Handels auf allen Meeren und in allen Welttheilen, die Erwerbung eigener Colonien und Hinleitung der Auswanderung nach solchen Ländern, welche unsre Industrieerzeugnisse gegen ihre Bodenerzeugnisse eintauschen würden, u. dgl. m.*) Auch dem Gedanken, daß wir durch geeignete Schutzmaßregeln unsre aufstrebende Industrie in den Stand setzen müßten, gegen die erdrückende Mitbewerbung der viel weiter vorgeschrittenen Industrien andrer Länder, namentlich Englands, aufzukommen (zumal so lange diese andern Länder sich gegen die Mitbewerbung unserer Industrie durch Schutzzölle abschlössen, wie das damals noch England that), konnte ich mich nicht gänzlich verschließen. Nur wollte mir scheinen, als ob List über der, gewiß nicht zu verkennenden, Wichtig-

*) Jetzt, wo das Deutsche Reich — Dank der ebenso umsichtigen als energischen Bismarck'schen Politik — an den Küsten Afrikas und Neuguineas Fuß gefaßt hat, ist es von Interesse, in dem List'schen Buche (S. 585) die von dem Verfasser vor nun 41 Jahren ausgesprochene Mahnung zu lesen: „Preußen sollte jetzt schon mit der Grundlegung einer deutschen Flotte den Anfang machen und Versuche anstellen, ob und wie in Australien, oder in Neuseeland, oder auf andern Inseln des fünften Welttheils, deutsche Colonien anzulegen wären."

keit der Versorgung des inneren Marktes durch unsere Manufacturen die nicht minder große Wichtigkeit der Exportindustrie einigermaßen unterschätze und zu wenig Werth auf solche Handelsverträge lege, durch welche letztere gefördert und zugleich eine größere Freiheit des gegenseitigen internationalen Handels angebahnt werden könnte. Ich nahm also einen mittleren Standpunkt ein zwischen der Schutzzollpolitik Lists und der Theorie einer unbedingten Handelsfreiheit.

Eine Frage, die neuerdings wieder aufgetaucht ist, regte ich schon damals in meinem „Herold" an, die Frage der Differentialzölle, als eines Mittels zur Förderung des directen Handels (namentlich des Handels mit Colonialwaaren) zwischen den Erzeugungsländern und Deutschland, und des davon zu erhoffenden leichteren Absatzes deutscher Manufacturwaaren eben dahin. Ich kam dadurch in einen brieflichen Meinungsaustausch mit zwei Männern, welche ihrer praktischen Berufsstellung nach diesem Gegenstande ein lebhaftes Interesse zuwandten, dem damaligen Senator (späterem Bürgermeister) von Bremen, Duckwitz, und dem Präsidenten des preußischen Handelsamtes, Herrn v. Rönne. Duckwitz schrieb mir:

. . . In Berlin wird das Wort „Differentialzoll" noch bis auf diese Stunde als etwas Diabolisches angesehen; so lange dieses aber der Fall ist, würde eine Vereinigung der Hansestädte mit dem Zollvereine keinen Zweck haben, denn die erste Bedingung einer solchen Vereinigung kann nur sein: Differentialzölle auf alle Zufuhr außereuropäischer Waaren (mit Ausnahme einiger Droguen- und Farbestoffe) von europäischen, nicht dem Zollverein angehörenden Häfen. Zu diesen Häfen ist auch Holland und Belgien zu zählen, denn das Eine wie das Andere wird niemals für deutsche Ausfuhr etwas

leiſten, und alle ihnen gewährte Begünſtigung iſt ein Schaden für Deutſchlands eigenen Handel.

Man begeht ein großes Unrecht an Bremen, wenn man vorgiebt, Bremen müſſe dazu genöthigt werden, ſich mit dem Zollverein zu einer Differential-Zollpolitik zu vereinigen: gerade umgekehrt liegt die Sache! Schon vor vier Jahren habe ich mit den einflußreichſten Zollmännern in Berlin wegen dieſes Punktes verhandelt und bin ganz desperat heimgekehrt, und vor vier Wochen habe ich es wenig anders gefunden.

Der Zweck einer gemeinſamen Handelspolitik des Zollvereins und der Hanſeſtädte muß ſein: Begünſtigung der directen Zufuhr von den Productionsländern, Differentialzölle gegen Javaproducte und allmälig gegen diejenigen aller der Staaten, die uns gleiches Recht verweigern, Zurückführung der holländiſchen und belgiſchen Häfen auf bloße Tranſitplätze. Die in Deutſchland zollbegünſtigten Waaren müſſen nach ihren Schiffspapieren bei der Ankunft in Antwerpen und Rotterdam für eine deutſche Stadt beſtimmt ſein, nicht für jene Häfen, alſo ſofort tranſitiren. Für Antwerpen und Rotterdam beſtimmte Waaren ſind als indirecte zu behandeln. Ohne dieſe Beſtimmung wird Antwerpen ewig der Tummelplatz der Fremden für Deutſchland bleiben und gerade das verewigt werden, was wir Alle beſtrebt ſind aus unſerm Handel zu verbannen.

Es iſt nicht nöthig, die begünſtigten Waaren niedriger zu beſteuern; man kann eben ſo gut die jetzigen Steuern beſtehen laſſen und indirect eingehende Waaren höher beſteuern; in Folge der höheren Beſteuerung werden ſie wegbleiben und den begünſtigten das Feld räumen. Die Controle iſt dann um ſo leichter, weil wenig zu controliren ſein wird. Man fürchtet hier die hohen Steuern nicht, wenn damit nur etwas für den Handel bezweckt wird; nur ohne ſolchen Zweck hat man keine Luſt, ſich hohen Steuern und ſchweren Controlen zu unterwerfen.

Präſident von Rönne äußerte ſich folgendermaßen:

Ew. Wohlgeboren ſage ich für Ihr gefälliges Schreiben meinen verbindlichſten Dank. Ich habe daſſelbe, wie den leitenden Artikel in der gefälligſt mit eingeſandten Nr. 5 des „Herold" mit vielem

Interesse gelesen, und mich gefreut, durch diesen Aufsatz eine neue Anregung zur öffentlichen Besprechung einer für die gemeinsamen Handelsinteressen Deutschlands so überaus wichtigen Frage gegeben zu sehen, wie die Einführung von Differentialzöllen im Verein mit einem Handelsbunde mit den deutschen Nordseestaaten darbietet, wenn man sie als ein Mittel zur Beförderung der directen Importation und dadurch zum vermehrten Absatze deutscher Producte in transatlantische Länder, vorzugsweise aber als eine Coercitivmaßregel gegen fremde, eine uns feindselige Handelspolitik befolgende Staaten, um sie dadurch einem freien Verkehr geneigter zu machen, betrachtet. Die öffentlichen Blätter, welche vorzugsweise den Handelsinteressen gewidmet sind, fangen mehr und mehr an, dem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, auch in den Hansestädten, deren Anschluß an einen solchen Handels- und Schifffahrts-Verein zur vollständigen Erreichung des Zweckes so wesentlich ist, wie denn namentlich die „Weserzeitung" in Nr. 286 eine Reihe von Aufsätzen unter der Ueberschrift „die Politik des Zollvereins zu den deutschen Nordseestaaten" eröffnet hat, welche dieser Frage gewidmet sind und in denen Ihres Aufsatzes in Nr. 5 des „Herold" anerkennend Erwähnung geschieht. Da, wie Ew. Wohlgeboren selbst sagen, jede Frage dieser Art vor allen Dingen die Feuerprobe der öffentlichen Debatte bestehen muß, und der nächste Zweck, diese herbeizuführen, erreicht ist, so enthalte ich mich für jetzt, auf Einzelnes in den von Ihnen dargelegten Ansichten näher einzugehen, was noch einer genaueren Erörterung zu unterwerfen sein möchte. Dahin rechne ich namentlich die Frage, ob der Differentialzoll durchweg durch einen den begünstigten Zufuhren zu ertheilenden Rabatt an den bestehenden Tarifzöllen herbeizuführen sei, oder durch einen Zuschlag für die nicht begünstigten, oder ob endlich vielleicht, zur Ausgleichung des Interesses der Consumenten und der Steuerärarien, eine solche Normirung sich empfehlen möchte, daß der bisherige Zollsatz die Mitte zwischen den künftigen Differentialzöllen bestimmte, mit andern Worten, ob, abgesehen von der Einführung von Differentialzöllen, wegen derselben und neben ihnen eine Abänderung des Tarifs nöthig sei oder nicht?

Trotz dieser vom Präsidenten des preußischen Handels-

amtes hier entwickelten Ansichten über Differentialzölle wurden doch die aus vielen Manufacturorten des Rheinlandes an die preußische Regierung gerichteten (in meinem „Herold" wiedergegebenen) Petitionen um Anbahnung eines directen Bezuges der Colonialwaaren und einer damit zusammenhängenden Förderung des Exports von Manufacturwaaren durch Einführung von Differentialzöllen vom preußischen Finanzminister ziemlich vornehm ablehnend beschieden.

Eine sociale Frage in dem Sinne wie heutzutage, wo sie das Interesse weitester Kreise in Anspruch nimmt, gab es zu Anfang der vierziger Jahre in Deutschland nicht. Der Arbeiterstand selbst war diesen Ideen meist noch gänzlich fremd. Er hatte überhaupt wohl über sich, seine Lage und die Möglichkeit einer Verbesserung derselben wenig oder gar nicht nachgedacht. Höchstens brachten einzelne Handwerksgesellen von ihren Wanderungen in der Schweiz oder in Frankreich freiere Ansichten mit, besonders aus dem ersten Lande, wo es bereits organisirte „Bildungsvereine" gab, die von deutschen Handwerkern viel besucht wurden.

In Deutschland stießen derartige Vereinigungen meist auf polizeiliche Hindernisse. Nur Gewerbevereine gab es, in denen aber lediglich die selbstständigen Handwerksmeister, nicht die Gesellen oder Gehilfen, das Wort führten. Die ersten Anregungen zu einer „socialen Frage" gingen von Solchen aus, die weder selbst Arbeiter waren, noch auch, zum größeren Theil wenigstens, den Arbeitern nahestanden und sich mit ihren Verhältnissen vertraut gemacht hatten. Die in Curs gesetzten socialistischen Ideen waren entweder ein bloßer Widerhall der in Frankreich gerade damals auftauchenden socialistischen Bewegung oder nur Folgerungen

aus gewissen theils politischen, theils philosophischen Systemen. So ward die „Rheinische Zeitung" aus einem ultrademokratischen zuletzt ein nahezu socialdemokratisches Blatt; so predigte Ruge in seinen „Deutschen Jahrbüchern" die „Auflösung des Liberalismus in Humanismus" und vollzog damit den Uebergang in seine „Deutsch-französischen Jahrbücher", die er seit 1843 in Paris herausgab und an denen mehrere entschieden socialistisch gesinnte deutsche Schriftsteller, wie K. Marx, Engels, Heß u. A., mitarbeiteten. Ruge selbst neigte mehr und mehr den Ideen des französischen Socialismus zu.

Eine andere Pflanzstätte für socialistische Ideen war die Philosophie Ludwig Feuerbachs. Dieser hatte den Menschen von jeder Beschränkung, welche die Rücksicht auf ein Uebersinnliches ihm auferlegen könnte, losgesprochen und hatte ihn angewiesen, seine ganze Aufmerksamkeit und Thätigkeit dem irdischen Leben zuzuwenden. Die Jünger Feuerbachs, auf diesem Wege weiterschreitend, zogen nun die Consequenzen dieser dem Menschen zugesprochenen schrankenlosen Freiheit, insbesondere in Bezug auf möglichsten Lebensgenuß. Einer derselben, K. Grün, sprach geradezu aus: „Um das wahre Wesen des Socialismus zu entdecken, müsse man von Feuerbach ausgehen, nicht von den Fabrikarbeitern, von der logischen Nothwendigkeit, nicht von einem praktischen Bedürfniß."

Die socialen Forderungen, welche die Schüler Feuerbachs, Grün, Heß u. A., aus dessen Lehren entwickelten, waren (wie das fast immer geschieht, wo man nicht von gegebenen praktischen Verhältnissen ausgeht, sondern sich in dem dünnen Aether logischer Speculation bewegt) die aller-

äußersten, die sich nur denken lassen. Die Ideen eines St. Simon, eines Fourier, eines Proudhon waren für diese deutschen Socialisten „überwundene Standpunkte". Was sie als nothwendige Consequenz des Gedankens, daß der Mensch ein absolut freies Wesen sei, darstellten, war nichts Geringeres, als daß ein Jeder nicht mehr und nichts Anderes zu arbeiten (zu produciren) nöthig haben dürfe, als wozu er Neigung fühle, daß er dagegen von der Gesellschaft verlangen könne, wonach nur immer sein Herz begehre, nicht allein was zu seiner und der Seinen Erhaltung nothwendig sei, sondern auch irgend welche Mittel eines materiellen oder geistigen Lebensgenusses und selbst Luxus.

Nicht lange währte es, so schoß eine ziemlich umfängliche socialistische Literatur empor. Außer den selbstständigen Werken dieser Richtung, wie der Schrift von Engels „Die Lage der arbeitenden Klassen in England" (beinahe der einzigen Schrift, die sich auf den Boden concreter Thatsachen stellte) und anderer von Heß, von K. Grün, von Marx, von Lüning, entstanden auch eine Menge von periodischen und Sammelschriften, die sich entweder ausschließlich oder doch häufig mit derartigen Fragen beschäftigten. Dahin gehörten neben der „Rheinischen Zeitung" und den Ruge'schen „Jahrbüchern" die „Triersche Zeitung", die „Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz" von Herwegh, das „Deutsche Bürgerbuch" und die „Rheinischen Jahrbücher" von Püttmann, das „Westfälische Dampfboot" von Lüning, „Der Sprecher" von Grün, „Der Gesellschaftsspiegel" von Heß, das „Kölnische Volksblatt" u. s. w.

An praktischen Versuchen, die Lage des Arbeiterstandes zu verbessern, fehlte es schon damals nicht gänzlich; aber sie

waren theils unzulänglich, wie die „Arbeitsnachweisungs-Anstalten", theils beruhten sie auf unrichtigen volkswirthschaftlichen Grundsätzen, wie die sog. „Bürgerrettungs-Anstalten", welche verarmten Handwerkern Vorschüsse gewährten. Vielfach segensreich wirkte und wirkt bis auf den heutigen Tag der 1844 in Berlin gestiftete „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen". Allen diesen Anstalten, ebenso den meisten der vielen Vorschläge zu solchen, die damals auftauchten, war das gemeinsam, daß sie die Abhilfe socialer Mißstände lediglich von einer hingebenden Thätigkeit der wohlhabenderen und gebildeteren Klassen erwarteten. An die Möglichkeit einer Selbsthilfe der Arbeiter dachte man wenig oder nicht. Höchstens war letzteres der Fall bei den in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre hier und da entstehenden „Bildungsvereinen" der Arbeiter, die wenigstens zum Theil von diesen selbst ausgingen, zum Theil aber doch auch von den schon bestehenden Gewerbevereinen (also von Arbeitgebern) entweder gegründet oder doch patronisirt wurden.

Die schwere Theuerung des Winters 1846/47, verbunden mit einer Gewerbestockung in manchen Industriezweigen, lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit zuerst nachdrücklicher auf die eigentlich praktische Seite der socialen Frage, d. h. die Linderung der in Arbeiterkreisen vorhandenen Nothstände.

Ich selbst hatte meine Aufmerksamkeit schon früh den Arbeiterverhältnissen zugewendet. Als Knabe war ich durch eigene Anschauung mit den Zuständen der Arbeiterbevölkerung meiner erzgebirgischen Heimath, der Bergleute, der Hammerschmiede, der Spitzenklöpplerinnen u. s. w., vertraut

geworden. Mein persönlicher Verkehr mit Fabrikanten zu Anfang der vierziger Jahre hatte mich manchen Blick in das Verhältniß des Arbeitgebers zum Arbeiter thun lassen. Die von Fr. List und seinen Anhängern ausgegebene Losung: „Schutz der nationalen Arbeit," die zunächst nur die Sicherung der Arbeitgeber gegen fremde Concurrenz bezweckte, legte mir die Betrachtung nahe, inwieweit dieser „Schutz" auch den Arbeitern zu Gute komme. In meinem Artikel über das List'sche System hatte ich bereits diese Seite der Sache (die „Vertheilung der Güter" neben der Schaffung solcher) in's Auge gefaßt. Ich studirte nun eifrig die Schriften zur socialen Frage, sowohl die im mehr praktischen Sinne verfaßten, als die rein speculativen, ganz besonders auch die socialistische Literatur der Franzosen, die mir um Vieles gründlicher und scharfsinniger erschien, als die ihrer deutschen Nachbeter. Bei einem Aufenthalte in Paris im Jahre 1844 wohnte ich Vorlesungen bei, die in dem Redactionslocale der „Démocratie pacifique" (des Preßorgans der Fourieristen) gehalten wurden.

Schon in meiner Monatsschrift hatte ich manche dahin einschlagende Aufsätze gebracht, z. B. über die socialistischen Ansiedelungen in Amerika: in meiner Vierteljahrsschrift schrieb ich sogleich im ersten Jahrgange 1846) drei umfängliche Artikel unter dem gemeinsamen Titel: „Socialistische Bestrebungen in Deutschland", worin ich theils den philosophischen Socialismus kritisirte, theils alles Das zusammenstellte, was mir von beachtenswerthen Anläufen und Versuchen im Sinne eines „praktischen Socialismus" bekannt geworden war. Auch über einzelne weitergehende Vorschläge,

z. B. den eines Gewinnstantheiles der Arbeiter, den eines staatlichen Schutzes für letztere, den einer gerechteren Vertheilung der Steuerlast u. s. w., ließ ich mich eingehend aus. Das den Arbeitern neuerdings durch die Reichsgesetzgebung zugesprochene Recht, zum Behufe der Erzielung angemessener Löhne sich zu vereinigen, äußersten Falls sogar die Arbeit einzustellen, habe ich schon damals vertreten. Die wichtige Frage der Beschaffung von Anlagecapital für den kleinen Handwerker zur Errichtung oder Erweiterung eines selbstständigen Gewerbebetriebes beschäftigte mich ebenfalls lebhaft; doch war mir nicht beschieden, das Ei des Columbus zu finden; dies blieb dem praktischen Geschick meines sehr verehrten, leider zu früh dahingegangenen, Freundes Schulze-Delitzsch vorbehalten.

Eine andere Maßregel, die mir für Bessergestaltung der Handwerkerverhältnisse nützlich schien, die Beschränkung des langen Creditgebens, habe ich wiederholt theils in der Presse (z. B. der „Gartenlaube"), theils persönlich in Handwerkerkreisen (der Polytechnischen Gesellschaft in Leipzig, dem Gewerbeverein in Weimar) anzuregen versucht, bin aber dabei jedesmal auf einen unüberwindlichen Widerstand aus der Mitte der Handwerker selbst gestoßen. Wie mir schien, lagen diesem Widerstande ziemlich kleinliche und kurzsichtige Motive zu Grunde: die vermögenderen Gewerbetreibenden mochten denken, sie könnten ein längeres Creditgeben wohl aushalten und sich durch höhere Preise dafür schadlos halten; die kleineren fürchteten, durch Beschränkung des Credits einen Theil ihrer Kunden an jene zu verlieren. Es fehlte eben der rechte Gemeinsinn, der das wohlverstandene Interesse der einzelnen Standesgenossen in dem aller sucht und findet.

In dem Nothstandswinter 1846/47 suchte ich dadurch nützlich zu wirken, daß ich mittelst einer ausgedehnten Correspondenz genaues statistisches Material über die Erwerbs- und Nahrungsverhältnisse der nothleidenden Arbeiterbevölkerung (zunächst im sächsischen Erzgebirge und Voigtlande) zusammentrug und dasselbe sodann in meinem „Herold" veröffentlichte.

In demselben Winter hielt ich öffentliche Vorlesungen vor einem größeren Publikum über „Socialismus und sociale Fragen", die ich dann auch 1847 herausgab. Den Hauptinhalt derselben bildete die Darstellung und Kritik der socialistischen Systeme der Franzosen, Engländer, Belgier ꝛc. Ich wiederholte diese Vorlesungen, nachdem ich sie in Leipzig gehalten, in Dresden. Dort war gerade ein außerordentlicher Landtag zur Berathung von Maßregeln für Abhilfe des Nothstandes zusammengetreten. Die „sociale Frage" hatte damals den Reiz des Neuen, Geheimnißvollen; der Socialismus erschien wie ein drohendes Gespenst, von dem man gern wissen wollte, was und wie nahe es wohl sei. So kam es, daß in meinen Vorlesungen viele Mitglieder der hohen Aristokratie aus der Ersten Kammer, auch höhere Staatsbeamte u. dgl. sich einfanden, überhaupt eine so zahlreiche Zuhörerschaft (wohl 250—300 Personen), daß ich nach der ersten Vorlesung ein größeres Local wählen mußte.

In meiner Behandlung der socialen Frage ging ich möglichst objectiv zu Werke. Ohne die Uebelstände unserer bestehenden Wirthschaftsordnung zu verschweigen oder zu beschönigen, wies ich doch entschieden alle die Theorien zurück, die mir entweder unausführbar oder mit der Natur

des Menschen und der Gesellschaft unvereinbar erschienen, verschwieg aber auch nicht, daß der socialen Bewegung einzelne beachtenswerthe Momente zu Grunde lägen, daß es daher falsch sein würde, dieselbe von Haus aus abweisen, todtschweigen oder unterdrücken zu wollen, daß es vielmehr darauf ankomme, das Gesunde darin von dem Ungesunden zu scheiden, letzteres fernzuhalten, ersteres dagegen womöglich in einer praktisch ausführbaren Weise zur Geltung zu bringen.

Am Schlusse meiner Vorlesungen sagte ich:

Wir dürfen uns nicht von dieser Bewegung fortreißen lassen, nicht ihretwegen unsere bisher gewohnten Bestrebungen für den Fortschritt, namentlich auf politischem und volkswirthschaftlichem Gebiete, als nutzlos und irrig aufgeben. Aber freilich müssen wir bei allen unseren Bestrebungen für politische und sonstige Culturfortschritte immer schon das weitere Ziel einer socialen Reform vor Augen haben und uns die Wege dazu offen erhalten. Die politische Reform muß der socialen vorangehen, ihr die Wege bahnen. Das größte Unglück wäre es, wenn die socialistische Bewegung die politische überholte, wenn, bevor noch die Mittelklassen vollständig politisch emancipirt und zur Theilnahme am Staatsleben herangebildet wären, die Bewegung schon in die untern Klassen eindränge und von dort aus die bestehende Ordnung aus den Angeln zu heben versuchte. Dann hätten wir das Schlimmste zu fürchten, den rohen Ausbruch noch ungebildeter und unreifer Elemente, einen gewaltsamen Umsturz aller Verhältnisse, bei dem gar nicht abzusehen wäre, wann und wie sich aus seinem Schlunde wieder eine friedliche Ordnung hervorarbeiten möchte.

Je mehr man die politische Bildung und Reife des Volkes fördert, je mehr man dasselbe an der Aufrechthaltung der Ordnung und an der Pflege allgemeiner Interessen betheiligt durch freie Theilnahme am Staatsleben, durch Selbstregierung, desto sicherer ist man vor einer solchen gewaltsamen Eruption, desto leichter kann man die sociale

Bewegung durch allmäliges Reformiren in ungefährliche und wohlthätige Bahnen lenken.

Schon hat der unvermeidliche Zwang der Noth die Regierungen dahin gebracht, daß sie theilweise ernstliche Anstalten gemacht haben, um die sociale Lage der untern Klassen zu verbessern und allgemeine sociale Uebelstände abzustellen*). Dasselbe Gefühl hat sich auch der Klassen bemächtigt, welche sonst nur ungern an gesellschaftliche Reformen zu denken pflegen. Die Besitzenden, die Reichen, die Arbeitgeber selbst erkennen die Nothwendigkeit, von freien Stücken etwas für die ärmeren, von ihnen abhängigen Mitbrüder zu thun, um nicht die Kluft zwischen diesen und sich noch größer und am Ende unheilbar werden zu lassen. In den gesetzgebenden Körperschaften, in Versammlungen und Vereinen der Arbeitgeber, der Fabrikanten und Kaufleute ist die Frage der socialen Reform bereits seit mehreren Jahren zu einer Tagesfrage geworden, und die neueste furchtbare Noth hat sie noch mehr in den Vordergrund gerückt. Hoffen wir, daß man, auf diesem Wege besonnen und ohne Zaudern vorwärts gehend, eine friedliche und befriedigende Lösung derselben finden werde, wenn auch nicht heut und morgen, wenn auch nicht auf einmal vollständig, so doch allmälig und dem Ziele immer näher kommend!

Offener konnte ich gewiß nicht mein aufrichtiges Interesse an einer Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes, aber auch meine wohlerwogene Ueberzeugung aussprechen, daß eine solche nicht auf dem Wege grundstürzender Neuerungen, sondern nur auf dem einer allmäligen Reform zu erreichen sei. Gleichwohl ist meine Stellung zur Arbeiterfrage und zu den Arbeitern von manchen Seiten her entstellt und verdächtigt worden, nicht

*) Eben damals waren in Sachsen und anderwärts polizeiliche Verordnungen gegen das Auslohnen der Arbeiter mit Waaren oder mit unterwerthigen Münzen ergangen.

sowohl von den Arbeitern selbst (in deren Kreisen mir vielfach ein Vertrauen entgegengekommen ist, das ich jederzeit nach Kräften zu rechtfertigen gesucht habe), wohl aber von politischen und socialistischen Gegnern. Die Radicalen, denen ich in den vierziger Jahren sehr unbequem war, hatten es (weil ich auf einen gewissen Anstand in meinem Aeußern hielt) zu einer stehenden Redensart gemacht, mich als einen „Aristokraten in Glacéhandschuhen" zu schildern, der es nicht über sich bringe, „die schwielige Hand des Arbeiters zu drücken". Im völligen Gegensatze dazu haben socialistische Agitatoren der Neuzeit mehr als einmal versucht, auf Grund jener meiner Vorlesungen mich zu einem ihnen Gleichgesinnten zu stempeln, der nur, wie sie meinten, seine Sympathien für den Socialismus jetzt entweder verleugne oder aus Charakterschwäche abgeschworen habe. Nur Herr August Bebel ist ehrlich genug gewesen, bei einer der vielen literarischen Fehden, die wir mit einander gehabt, offen zu bekennen, daß ich immer derselbe geblieben, und daß, wenn unser Verhältniß sich geändert habe (Herr Bebel war als junger Mann mir mehrere Jahre lang sehr anhänglich), daran nur sein Meinungswechsel Schuld sei.

Es war eine dankenswerthe Inconsequenz der damaligen sächsischen Regierung, daß sie, die mir seit meiner Rede am Verfassungsfeste 1845 das Halten akademischer Vorlesungen über Gegenstände des öffentlichen Staatslebens verwehrte, gleichwohl diesen öffentlichen Vorlesungen, zu denen Jedermann Zutritt hatte, keinerlei Hindernisse in den Weg legte. In Preußen war man so duldsam nicht: eine Anfrage, von einem Mittelsmann in meinem Namen an die Berliner Polizeibehörde gerichtet, ob mir wohl

gestattet sein würde, jene Vorlesungen auch dort zu halten, ward abfällig beschieden.

Auf den besonderen Wunsch einer Anzahl von Setzern und Druckern in Leipzig (derjenigen Klasse der Arbeiter, die am frühesten Sinn für solche allgemeine Interessen verrieth), gab ich einem Kreise dieser einen auf ihr Verständniß berechneten Auszug aus meinen Vorlesungen. So lange ich von den socialistischen Systemen sprach, schien es sie sehr zu interessiren; als ich aber zu einer Kritik dieser kam und dabei die, anscheinend hochgespannten Erwartungen der Zuhörer von einer möglichen Ausführung der darin enthaltenen Vorschläge wesentlich herabstimmen mußte, erkaltete dieses Interesse sichtlich, so daß ich meine Vorträge früher abbrach, als ich eigentlich beabsichtigt hatte.

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Vertretern des Socialismus, wozu ich diese in meiner Vierteljahrsschrift aufgefordert hatte, führte zu nichts, da diese Herren jeden Widerspruch gegen ihre Ansichten von vornherein für unberechtigt und letztere für unfehlbar zu halten schienen. Das Gleiche war der Fall mit einem Briefwechsel zwischen mir und einem Communisten, zu welchem Letzterer (ein Ungenannter) den Anlaß gegeben hatte, und den ich in meinem „Herold" abdruckte.

Der „Communist" stellte mir zwar das Zeugniß aus:

Sie haben durch Ihre bisherigen Arbeiten den guten Willen, dem Volke zu helfen, deutlich gezeigt, und wir geben uns also der Hoffnung hin, daß Sie sich künftig mehr und mehr der einzig wichtigen Frage der Zeit, dem Socialismus oder geradezu Communismus, zuwenden werden, denn nur durch gründliche Erörterung derselben kann die eine und ganze Freiheit erkannt und erlangt werden.

Allein vergebens suchte ich ihm die Unhaltbarkeit seines Systems nachzuweisen; vergebens forderte ich ihn auf, er möge doch statt bloßer allgemeiner Namen und Begriffe, wie „organisirte Gesellschaft“ u. dgl., einmal deutlich sagen, wie er sich eine solche nach dem Princip des Communismus eingerichtete Gesellschaft denke. Nachdem ich eine ganze Reihe von „Offenen Briefen“ im „Herold“ an ihn verschwendet, auf keinen derselben aber eine Antwort erhalten hatte, schloß ich diese unfruchtbare Correspondenz.

Neben dem indirecten und halb verschämten Bekehrungsversuch, den dieser „Communist“ unternahm, indem er mir als nothwendige Consequenz meines politischen Liberalismus den (früheren oder späteren) Uebergang zum Communismus einzureden suchte, ward auch einmal ein directer von einem der damaligen Leipziger Wortführer des Socialismus an mir gemacht. Derselbe rückte mir eines schönen Tages plötzlich auf die Stube und begann, mir die alleinseligmachende Lehre des Socialismus vorzutragen. Dabei ist Eines mir noch in frischer Erinnerung. Eben damals war es das traurige Schicksal der Schleswig-Holsteiner, das alle wahrhaft deutschen Herzen bewegte. Ich sprach davon zu dem Apostel des Socialismus; dieser aber erwiderte höhnisch lachend: „Ob die Schleswig-Holsteiner Deutsche oder Dänen seien, sei ihm ganz gleichgiltig“. Die Begriffe „Nation“ und „Vaterland“ waren für ihn nicht da!

Zwölftes Capitel.

Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen".

3. Politische Freiheitsfragen.

Wenn ich die paar Jahrgänge meines „Herold" von 1844—47 durchblättere, so möchte ich wie der Prinz in Lessings „Emilia Galotti" ausrufen: „Klagen, nichts als Klagen!" In der That war die politische Atmosphäre jener Jahre mit allerhand Stoffen der Unzufriedenheit, der Verstimmung, ja des Pessimismus bis zur äußersten Spannung angefüllt. In Preußen getäuschte Verfassungshoffnungen und statt des anfänglichen Einlenkens der neuen Regierung in etwas freiere Bahnen schon sehr bald wieder erst Stillstand, dann Rückgang („gehemmter Fortschritt und geförderter Rückschritt" nannte es der Berliner Witz mit Anspielung auf die zwei ehernen Rosse vor dem königlichen Schloß): in Oesterreich das alte Metternich'sche System in seiner ganzen Strenge und Starrheit: in den Verfassungsstaaten fast allerwärts Conflicte — in Baiern wegen nicht verrechneter Ueberschüsse und wegen der sogen. „Kniebeugungs-Frage" (des auf die protestantischen Soldaten ausgeübten Gewissenszwanges, bei Processionen mit

vor der erhobenen Monſtranz niederzuknieen), in Baden wegen ſyſtematiſcher Urlaubsverweigerungen bei der Wahl liberaler Staatsdiener zu Abgeordneten, in Sachſen wegen des hartnäckigen Widerſtandes eines Miniſters gegen Anträge der Stände auf zeitgemäße Reformen im Gerichtsweſen, und ſo beinahe in jedem Lande oder Ländchen wegen irgend etwas. Und, was das Schlimmſte, es war das nicht zufällig, ſondern es war „Methode" in dieſer Abweiſung aller liberalen Forderungen und Antaſtung ſelbſt ſchon beſtehender und geſetzlich verbürgter Rechte. Denn um eben jene Zeit (1844) erfuhr man durch Carl Welckers „Wichtige Urkunden für den Rechtszuſtand der deutſchen Nation", daß über Dieſes und noch manches Andere in den „geheimen Wiener Conferenzen von 1834" die Regierungen ſich vereinbart hatten und daß daher alle jene einzelnen Acte der Regierungen in Sachen der Urlaubsverweigerungen, der Ueberſchreitungen des Budgets, der Preßverfolgungen u. ſ. w. nur ebenſo viele einzelne Maſchen in dem großen reactionären Netze ſeien, mit welchem nach dem Plane des Altmeiſters der Reaction, Fürſt Metternich, ganz Deutſchland überſponnen und jede freiere Regung des Volksgeiſtes erſtickt werden ſollte.

Wer jene Zeit mit Bewußtſein erlebt hat, wird mir zugeben, daß man damals in ganz anderer Weiſe ein Recht hatte, über „Reaction" zu klagen, als heutzutage. In der That muß ich immer lächeln, wenn ich manche unſerer heutigen Wortführer im tiefſten Bruſtton ſittlich-politiſcher Entrüſtung von dem „Hereinbrechen einer allgemeinen Reaction" und der „Vernichtung aller Volksfreiheiten" reden höre. Dieſe Herren müſſen wohl von jener Zeit der vier-

ziger (vollends der fünfziger) Jahre wenig oder nichts wissen, sonst könnten sie so nicht sprechen. Was hätten wir damals darum gegeben, wenn wir auch nur ein Viertheil von den wohlverbürgten Rechten und Freiheiten besessen hätten, deren wir uns heute erfreuen und die uns bereits so sehr zur Gewohnheit geworden sind, daß wir kaum noch daran denken.

Daß sich mein „Herold" zum Organ der damals von allen Seiten her ertönenden Beschwerden machte, habe ich schon gesagt. Aber auch in meiner Monatsschrift, noch mehr später in meiner censurfreien Vierteljahrsschrift, fanden viele davon ein lebhaftes Echo. Auf alle derartige Vorgänge aus jener Zeit hier zurückzukommen, ist nicht meine Absicht (obschon die nähere Schilderung des einen und anderen vielleicht ganz lehrreich wäre); nur eines derselben glaube ich speciell gedenken zu sollen — theils weil ich dabei die Genugthuung hatte, durch einen Artikel meiner Monatsschrift zur Abwehr eines gefahrdrohenden Angriffes auf ein wichtiges ständisches Recht beizutragen, theils weil der Verfasser dieses Artikels, der sich des betreffenden Rechtes so warm annahm, kein Geringerer war, als — der frühere königlich sächsische Ministerpräsident Bernhard von Lindenau.

Der Hergang der Sache war folgender. In der badischen Wahlkammer hatte der dortige Finanzminister von Böckh bei einer Verhandlung, wo es sich um eine ohne vorherige ständische Genehmigung von der Regierung gemachte Ausgabe handelte, in sehr schroffer Weise das Recht der Kammer, diese Verausgabung nachträglich anzufechten, bestritten, indem er schließlich kurzweg sagte: „Die Summe

vor der erhobenen Monstranz niederzuknieen), in Baden wegen systematischer Urlaubsverweigerungen bei der Wahl liberaler Staatsdiener zu Abgeordneten, in Sachsen wegen des hartnäckigen Widerstandes eines Ministers gegen Anträge der Stände auf zeitgemäße Reformen im Gerichtswesen, und so beinahe in jedem Lande oder Ländchen wegen irgend etwas. Und, was das Schlimmste, es war das nicht zufällig, sondern es war „Methode" in dieser Abweisung aller liberalen Forderungen und Antastung selbst schon bestehender und gesetzlich verbürgter Rechte. Denn um eben jene Zeit (1844) erfuhr man durch Carl Welckers „Wichtige Urkunden für den Rechtszustand der deutschen Nation", daß über Dieses und noch manches Andere in den „geheimen Wiener Conferenzen von 1834" die Regierungen sich vereinbart hatten und daß daher alle jene einzelnen Acte der Regierungen in Sachen der Urlaubsverweigerungen, der Ueberschreitungen des Budgets, der Preßverfolgungen u. s. w. nur ebenso viele einzelne Maschen in dem großen reactionären Netze seien, mit welchem nach dem Plane des Altmeisters der Reaction, Fürst Metternich, ganz Deutschland übersponnen und jede freiere Regung des Volksgeistes erstickt werden sollte.

Wer jene Zeit mit Bewußtsein erlebt hat, wird mir zugeben, daß man damals in ganz anderer Weise ein Recht hatte, über „Reaction" zu klagen, als heutzutage. In der That muß ich immer lächeln, wenn ich manche unserer heutigen Wortführer im tiefsten Brustton sittlich-politischer Entrüstung von dem „Hereinbrechen einer allgemeinen Reaction" und der „Vernichtung aller Volksfreiheiten" reden höre. Diese Herren müssen wohl von jener Zeit der vier-

ziger (vollends der fünfziger) Jahre wenig oder nichts wissen, sonst könnten sie so nicht sprechen. Was hätten wir damals darum gegeben, wenn wir auch nur ein Viertheil von den wohlverbürgten Rechten und Freiheiten besessen hätten, deren wir uns heute erfreuen und die uns bereits so sehr zur Gewohnheit geworden sind, daß wir kaum noch daran denken.

Daß sich mein „Herold" zum Organ der damals von allen Seiten her ertönenden Beschwerden machte, habe ich schon gesagt. Aber auch in meiner Monatsschrift, noch mehr später in meiner censurfreien Vierteljahrsschrift, fanden viele davon ein lebhaftes Echo. Auf alle derartige Vorgänge aus jener Zeit hier zurückzukommen, ist nicht meine Absicht (obschon die nähere Schilderung des einen und anderen vielleicht ganz lehrreich wäre); nur eines derselben glaube ich speciell gedenken zu sollen — theils weil ich dabei die Genugthuung hatte, durch einen Artikel meiner Monatsschrift zur Abwehr eines gefahrdrohenden Angriffes auf ein wichtiges ständisches Recht beizutragen, theils weil der Verfasser dieses Artikels, der sich des betreffenden Rechtes so warm annahm, kein Geringerer war, als — der frühere königlich sächsische Ministerpräsident Bernhard von Lindenau.

Der Hergang der Sache war folgender. In der badischen Wahlkammer hatte der dortige Finanzminister von Böckh bei einer Verhandlung, wo es sich um eine ohne vorherige ständische Genehmigung von der Regierung gemachte Ausgabe handelte, in sehr schroffer Weise das Recht der Kammer, diese Verausgabung nachträglich anzufechten, bestritten, indem er schließlich kurzweg sagte: „Die Summe

ist bezahlt und bleibt bezahlt, und es führt zu gar Nichts, wenn auch die Kammer hinterher sie streichen will." Dieser Ansicht des badischen Finanzministers hatte ich in meiner Monatsschrift eine Aeußerung gegenübergestellt, welche Lindenau 1836 im Schoße der sächsischen Wahlkammer gethan und worin er mit klaren Worten den Ständen das Recht zuerkannt hatte, solchen Ausgaben, die von der Regierung ohne vorherige ständische Bewilligung gemacht worden wären, eventuell die Genehmigung zu versagen.

Dieser mein Aufsatz war von dem Abgeordneten Welcker in einer späteren Sitzung der badischen Kammer dem Minister von Böckh vorgehalten worden; der Letztere aber hatte in seiner kurzangebundenen Weise darauf erwidert: „der Verfasser des fraglichen Aufsatzes habe weder den Minister von Lindenau noch ihn verstanden." Dies bewog mich, an Herrn von Lindenau (der damals schon aus dem sächsischen Staatsdienst zurückgetreten war und als Privatmann in Altenburg lebte) zu schreiben und ihn um eine authentische Erläuterung jener 1836 von ihm gethanen Aeußerung zu bitten. Herr von Lindenau entsprach dieser meiner Bitte in der liebenswürdigsten Weise.

Zunächst erhielt ich von ihm folgende kurze Mittheilung:

Vor wenig Stunden von einer Badecur in Töplitz heimgekehrt, finde ich Ew. Wohlgeboren verehrte Zuschrift vom 15. August hier vor, die ich sofort mit der Versicherung zu beantworten eile, daß Sie in den nächsten Tagen einen kleinen Aufsatz über den fraglichen Gegenstand, zur Aufnahme in Ihre Zeitschrift, unter meinem Namen erhalten sollen. Irre ich nicht, so sind wir, Sie und ich, einverstanden, und gern spreche ich mich über diese wichtige Frage des constitutionellen Lebens aus, da letzteres zur Täuschung werden

würde, wenn die ständische Beanstandung nicht verwilligter Ausgaben unerlaubt oder erfolglos sein sollte. Mit ausgezeichneter Hochachtung Ew. Wohlgeboren gehorsamster Lindenau.

Altenburg, den 1. September 1844.

Diesem ersten Schreiben folgte einige Tage darauf ein zweites, welches so lautete:

Ew. Wohlgeboren übersende ich anliegend den versprochenen Aufsatz und überlasse Ihnen den davon zu machenden Gebrauch. Ich habe mich dabei blos auf die sächsische Verfassungs-Urkunde beschränkt und die Erörterung thunlichst abgekürzt, um nicht dadurch in anderweite staatsrechtliche Discussionen verwickelt zu werden, die ich nach dem nunmehrigen Abschluß meines politischen Lebens auf alle Weise zu vermeiden wünsche. Mit ausgezeichneter Hochachtung Ew. Wohlgeboren gehorsamster Lindenau.

Altenburg, den 7. September 1844.

Angeschlossen war diesem Briefe der nachstehende Aufsatz, den ich natürlich sofort in meiner Monatsschrift veröffentlichte:

Ueber den Umfang des ständischen Bewilligungsrechtes.

Von Bernhard von Lindenau.

In Veranlassung einer in der II. badischen Kammer über die Grenzen des ständischen Bewilligungsrechtes erfolgten ministeriellen Aeußerung haben einige öffentliche Blätter sich auf eine Erklärung bezogen, die bei einer ähnlichen Berathung am sächsischen Landtage des Jahres 1836 von mir, als damaligem sächsischen Staatsminister, abgegeben wurde. Für den Fall, daß letzte eine irrige war, werde ich für einen unpraktischen Ideologen, Theorienjäger, Radicalen erklärt, und, da ich diese Bezeichnungen nicht auf mich angewendet zu sehen wünsche, so möge das Nachstehende jene Erklärung rechtfertigen.

Natürlich drückt das darüber Gesagte nur meine persönliche und nur eine auf der königl. sächs. Verfassungsurkunde beruhende An-

ſicht aus, da ich in die badiſche Streitfrage einzugehen nicht gemeint bin.

Meine Erklärung findet ſich abgedruckt in „Biedermanns deutſcher Monatsſchrift", Maiheft 1844, S. 418, und das eigentliche punctum saliens meiner Behauptung beſteht darin:

„daß, wenn eine durch außerordentliche Bedürfniſſe erheiſchte, ſtändiſch jedoch nicht bewilligte Ausgabe gemacht wurde, es dann Sache des Miniſters ſei, letzte zu rechtfertigen, deren Nothwendigkeit nachzuweiſen und dadurch die Bewilligung nachträglich zu erhalten."

Ein Beiſpiel wird die Sache noch klarer machen. Für einen beſtimmten Zweck werden von den Kammern 1000 Thaler verwilligt, vom Miniſter aber 2000 Thaler ausgegeben; würde nun die Rechtfertigung der Mehrausgabe von den Kammern nicht anerkannt, ſo können Letzte, nach meiner Anſicht, eine miniſterielle Verantwortlichkeit beantragen, über deren Vorhandenſein und Folgen der Staatsgerichtshof zu entſcheiden hat. (Verf.-Urk. § 142. 148, Geſetz das Verfahren in den an den Staatsgerichtshof gelangenden Sachen betr. § 1. I.)

Meine damalige Ueberzeugung, die unverändert auch meine jetzige iſt, beruht zunächſt auf folgenden Anordnungen der ſächſiſchen Verf.-Urk.:

§ 97. „Die Stände haben die Befugniß, hierbei die Nothwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Höhe der Anſätze zu prüfen, . . . auch ſich, ſowohl wegen der Annahme der angeſetzten Summen, als über die Art der Deckung . . . zu entſchließen." — § 98. „Bei jedem ordentlichen Landtage wird den Ständen eine genaue Berechnung der in den vorhergegangenen drei Jahren ſtattgefundenen Einnahmen und Ausgaben . . . mitgetheilt." — § 99. „Um Beides beurtheilen zu können, werden ihnen . . . die nöthigen Erläuterungen gegeben, ſowie Rechnungen und Belege mitgetheilt werden."

Den Ständen wird hiernach

a. das Recht eingeräumt, die Höhe der Ausgabepoſitionen zu prüfen und darüber zu beſchließen; b. die Mittheilung der erforderlichen Ueberſichten verſprochen, um die Richtigkeit der Aus-

gaben oder, mit andern Worten, deren Uebereinſtimmung mit den ſtändiſchen Beſchlüſſen prüfen zu können.

Wird ſomit durch die Verf.-Urk. die ſtändiſche Prüfung und Beiſtimmung zur Feſtſtellung der Ausgabenhöhe erfordert, und ſollen den Ständen die Mittel zur Controle gewährt werden, ſo iſt auch damit die Verbindlichkeit der Regierung ausgeſprochen, von der ſtändiſch beſchloſſenen oder genehmigten Höhe einſeitig nicht abzuweichen. Geſchieht es demohngeachtet, ſo liegt darin eine Verletzung der Verfaſſung, die entweder analogiſch nach § 105 der Verf.-Urk. zu beſeitigen iſt*), oder wegen deren nach § 141 eine Anklage des betreffenden Miniſterialvorſtandes ſtattfinden kann.

Die in der ſächſiſchen Kammerpraxis den Miniſtern zugeſtandene und in gewiſſer Beziehung hier eingreifende Befugniß, mehrere gleichartige Ausgabeposten unter einer Hauptrubrik zuſammenzufaſſen, laſſe ich unberückſichtigt.

Durch ein Feſthalten an dieſen Anſichten wird das ſo wichtige ſtändiſche Bewilligungsrecht unverkümmert aufrecht erhalten, während es zur leeren Täuſchung und der eigentliche Zweck dieſes Rechtes — Erhaltung eines ſtreng geregelten Staatshaushalts — völlig

*) Dieſer § 105 lautet: „Ohne Zuſtimmung der Stände kann kein Anlehen giltig gemacht werden. Wenn in außerordentlichen, dringenden und unvorhergeſehenen Fällen ſchleunige finanzielle Maßregeln erfordert werden, zu welchen an ſich die Zuſtimmung der Stände nothwendig iſt, ſo iſt eine außerordentliche Ständeverſammlung einzuberufen. Sollten jedoch äußere Verhältniſſe eine ſolche Einberufung durchaus unmöglich machen, ſo darf der König unter Verantwortlichkeit der ihn hierbei berathenden Vorſtände der Miniſterialdepartements das zur Deckung des außerordentlichen Bedürfniſſes unumgänglich Nöthige proviſoriſch verfügen, auch erforderlichen Falls ausnahmsweiſe ein Anlehn aufnehmen; es ſind aber die getroffenen Maßregeln ſobald als irgend möglich der Ständeverſammlung und ſpäteſtens an dem nächſten ordentlichen Landtage vorzulegen, um deren verfaſſungsmäßige Genehmigung zu bewirken: auch iſt ſelbiger über die Verwendung der erforderlich geweſenen Summe Nachweiſung zu geben.“

vereitelt werden würde, wenn eine Ueberschreitung der ständischen Bewilligung willkürlich und unverantwortlich sein sollte.

Als diese Frage am Landtage 1836 zur Sprache kam, konnte ich als sächsischer Minister über meine desfallsige Erklärung nicht einen Augenblick zweifelhaft sein, da im Königreiche Sachsen die Verfassungsurkunde vollständig zur Wahrheit werden sollte und es in der That geworden ist, und alle Beziehungen der Staatsgewalten unter sich auf Redlichkeit, Wohlwollen und Vertrauen beruhen.

Allein, habe ich mich im Vorstehenden für ein Recht der Kammern und für dessen Sicherung gegen ministerielle Willkür erklärt, so läßt mich mein lebhaftes Interesse für das Vorwärtsschreiten und Gedeihen des constitutionellen Lebens in unserm deutschen Vaterlande den Wunsch beifügen, daß von diesem Rechte der Anklage nur sehr sparsam und nur in den dringendsten Fällen Gebrauch gemacht werden möge, wenn daraus nicht anders mehr Nachtheil als Vortheil entspringen soll. Denn man bedenke, daß es sich für den Minister in Fällen der vorliegenden Art meistens um die nothwendige Alternative einer Verantwortlichkeit handelt: entweder um eine Mehrausgabe, oder um die Unterlassung einer wohlthätigen Maßregel, die eine solche Ausgabe erfordert. Muß der Minister von den Kammern wegen jeder Ausgabeüberschreitung eine strenge Beurtheilung, ja Anklage befürchten, so wird er beides, Ausgabe und wohlthätige Maßregel, unterlassen, dadurch meistens sich gegen Verantwortlichkeit sichern, allein damit auch häufig der guten Sache mehr schaden als nützen. Hier, wie in allen Verhältnissen zwischen Regierung und Ständen, kann ein starres Festhalten und Verfolgen des Princips bis zur äußersten Spitze nur schaden, während durch eine freundlich vermittelnde Ausgleichung das Gute fast jederzeit gelingt. Halte ich mich überzeugt, daß die große Mehrzahl aller denkenden Deutschen im constitutionellen Leben das Mittel zur Verbesserung und Vervollkommnung unserer bürgerlichen Verhältnisse erblickt und darum dessen Ausbreitung wünscht, so möge auch unsern deutschen Kammern der Gedanke, die Ueberzeugung stets gegenwärtig sein, daß dieser Zweck durch den Erfolg aller Landtage, durch das überwiegende Wohlbefinden aller constitutionellen Staatsbürger am sichersten befördert wird, während jedes Zerwürfniß zwischen Regierung und Ständen,

jeder daraus entſpringende Nachtheil das Gegentheil bewirkt: denn überzeugender als Schrift und Wort iſt die Thatſache!

Ich konnte mir nicht verſagen, den Abdruck dieſes Lindenau'ſchen Aufſatzes in meiner Monatsſchrift mit einem „Offenen Briefe an Herrn von Böckh" zu begleiten, worin ich mit Bezug auf eine von ihm gethane einlenkende Aeußerung, „daß zwiſchen ſeiner Erklärung und der Lindenau'ſchen von 1836 kein weſentlicher Unterſchied ſei," meinem Herzen in Folgendem Luft machte:

Kann ich in der neueſten Erklärung des Herrn Miniſters von Lindenau nur eine erwünſchte Bekräftigung ſeiner früheren erblicken, dahin gehend, daß, wie Herr von Lindenau ſelbſt in ſeiner Zuſchrift an mich es ausdrückt, „die Beanſtandung nicht bewilligter Ausgaben weder unerlaubt noch erfolglos ſein dürfe," ſo werden Ew. Excellenz mir es auch nicht verargen, wenn ich dieſer Conſequenz einer ſich unwandelbar treu bleibenden Geſinnung einen höheren Werth beilege, als der, obſchon immerhin ſehr erfreulichen, Bekehrung Ew. Excellenz von einer entgegengeſetzten zu einer der Lindenau'ſchen ſich mehr annähernden, obgleich auch jetzt noch nicht ganz deutlich ausgeſprochenen Anſicht: wenn ich daher zwar Ew. Excellenz die Anerkennung außerordentlicher ſtaatsmänniſcher Gewandtheit und großer Redegabe nicht verſage, dagegen aber das Gefühl wahrer und inniger Hochachtung für den hochverehrten Mann aufſpare, deſſen Name, als des Schöpfers und Pflegers der ſächſiſchen Verfaſſung, ſchon lange mir und allen Sachſen theuer war, der aber mir und gewiß allen Freunden des conſtitutionellen Fortſchritts in ganz Deutſchland noch unendlich verehrungswürdiger geworden iſt durch die Offenheit und Entſchiedenheit, mit welcher er, ohne ſich durch die bei unſeren Staatsmännern ſo gewöhnliche Scheu vor der Oeffentlichkeit oder durch ſonſtige Rückſichten abhalten zu laſſen, unter ſeinem Namen, durch das Organ der Preſſe, für die Grundſätze, welche er als die echt conſtitutionellen erkannt hat, und gegen eine Anſicht auftritt, die leider von manchen conſtitutionellen deutſchen Regierungen ganz unumwunden geltend gemacht und von

Ew. Excellenz, wenigstens allem Anſcheine nach, eine Zeit lang getheilt worden iſt. Hiermit, Ew Excellenz, glaube ich die Vertheidigung des angefochtenen Aufſatzes der „Deutſchen Monatsſchrift“ vollſtändig genug geführt zu haben, um wenigſtens den von Ihnen mir gemachten Vorwurf der Ignoranz und des leichtſinnigen Mißverſtehens offenkundiger Aeußerungen als widerlegt und abgewieſen betrachten zu können, und ich habe nur den Wunſch hinzuzufügen, daß dieſe perſönliche Angelegenheit, die ich, wäre ſie nur eine ſolche geweſen, ſchwerlich ſoweit verfolgt haben würde, durch die Erklärungen, welche ſie zu Tage gefördert, dem Allgemeinen, der guten Sache des conſtitutionellen Lebens in Deutſchland förderlich ſein möge. In tiefſter Ergebenheit verharre ich Ew. Excellenz gehorſamſter

Karl Biedermann.

Leipzig, den 9. September 1844.

Dreizehntes Capitel.

Meine Betheiligung an allerhand „Tagesfragen“.

4. Die ſchleswig-holſteiniſche Frage.

Die deutſchnationale Bewegung ſchien beinahe ſchon wieder ihrem Niedergange nahe, da kam ihr vom Norden her, durch den Kampf der Schleswig-Holſteiner gegen däniſche Vergewaltigung, ein neuer belebender Anſtoß.

Eine „ſchleswig-holſteiniſche Frage“ hatte es ſchon länger, beſonders aber ſeit dem Erſcheinen von Lornſens epochemachendem Werke: „Die Unionsverfaſſung Dänemarks und Schleswig-Holſteins“ (1841), gegeben. Auch ich hatte mich lebhaft daran betheiligt. Gleich im erſten Jahrgange meiner Monatsſchrift war das Lornſen'ſche Buch von Fr. v. Florencourt beſprochen und dabei eingehend das Recht der Schleswig-Holſteiner gegen Dänemark, das ſittlich-politiſche wie das hiſtoriſche, erörtert worden. Seitdem hatte ich die Sache der Herzogthümer nicht aus den Augen verloren. Zwei Hauptwortführer derſelben, Hanſen-Eckernförde und Olshauſen-Kiel, hatten mich auf ihren Reiſen, die ſie zum Zwecke der Erweckung von Sympathien für ihre Sache durch Deutſchland mach-

ten, in Leipzig aufgesucht. Das Gleiche hatte der Schleswig-Holsteiner Wienbarg gethan.

Beinahe wäre ich indeß in ein falsches Fahrwasser gerathen. Es hatte sich in Holstein eine (wie ich später erfuhr, nur kleine und wenig einflußreiche) Partei gebildet, die man die „neu- oder jungholsteinische" nannte. An ihrer Spitze stand damals Olshausen mit seinem „Kieler Correspondenzblatt". Diese Partei ging von der Ansicht aus: Schleswig, auf dessen Einverleibung in Dänemark eine starke Partei im Königreich drang, werde, da es staatsrechtlich nicht zu Deutschland gehöre, also auch vom deutschen Bunde nicht geschützt werden könne, doch nicht zu halten sein; man solle daher seine Bestrebungen lieber ausschließlich darauf concentriren, für Holstein ein besseres Verhältniß zu Dänemark zu erreichen, wobei man sich auf dessen Eigenschaft als deutsches Bundesland stützen könne.

Von diesem Standpunkte aus sandte mir ein Schriftsteller in Kiel, Feldmann, mehrere Aufsätze für die Monatsschrift. Ich vermuthe, daß er mir durch Olshausen empfohlen war. Bald aber wurde ich von zwei Seiten her, von Florencourt und von Hansen, vor ihm gewarnt. Hansen schrieb:

Der gute Feldmann lebt zu isolirt und beurtheilt unsere Verhältnisse nur von der Stube aus Schleswig kennt er gar nicht.

Florencourt ging näher auf die Sache ein. Er äußerte sich über die Stimmung in Schleswig-Holstein so:

Was Feldmann anbetrifft, so nehmen Sie sich doch ja in Acht und prüfen Sie, ehe Sie diesen Jungholsteinern Ihre Blätter öffnen! Ich kenne diese schleswig-holsteinischen Verhältnisse sehr genau, denn ich habe sechs Jahre in Kiel gelebt und bin mit den dortigen Persönlichkeiten wohl bekannt. Die jungholsteinische Partei besteht

zur Zeit erst aus drei Menschen, dem Advokaten Olshausen, dem Herausgeber des „Kieler Correspondenzblattes“, und aus zwei Creaturen von ihm, dem Advokaten Radlof und eben dem Herrn Feldmann. Wenn derselbe sich auf irgend einen Landeswunsch rücksichtlich einer Trennung Schleswigs von Holstein beruft, so sagt er die Unwahrheit. Beide Provinzen haben einstimmig diese Richtung mit dem höchsten Unwillen aufgenommen, und alle ehrenwerthen Männer haben dagegen protestirt. Schleswig und Holstein sind Ein Land, sie haben seit sechshundert Jahren eine ungetrennte Verwaltung, gemeinschaftliche Bildungsanstalten, gemeinschaftliche Gerichte u. s. w.; die Beamten sind seit sechshundert Jahren in beiden Ländern durch einander geworfen, haben sich dort verheirathet u. s. w., so daß man, wenn man auf die Abstammung geht, die Mehrzahl der angesehenen Familien in Holstein vielleicht Schleswiger und umgekehrt in Schleswig Holsteiner sind. Für diese Einheit ist viel Blut geflossen, und alle Verträge sprechen dafür. Auch ist die Erbfolge ganz unzweifelhaft für beide Länder dieselbe bis auf die Grafschaft Pinneberg, die aber holsteinisch ist. Einen schnöden Vergleich dadurch, daß er die Hälfte seines angestammten Landes Schleswig den Dänen abträte, um in Ruhe die andere Hälfte besitzen zu können, wird der präsumtive Kronerbe, das Augustenburgische Haus, gewiß nicht eingehen: geschähe es aber, so würde es sich sehr schlecht bei den Schleswig-Holsteinern dadurch empfehlen. Auch ist es nicht wahr, was Feldmann behauptet: in sprachlicher Rücksicht sei Schleswig dänisch. Im Süden Schleswigs wird nur deutsch gesprochen; im Norden spricht der gemeine Mann dänisch; der Gebildete (und darauf kommt es allein an, denn dieser zählt allein, wenn von dem Gehalte und der Individualität einer Nation die Rede ist) ist ganz deutsch; ja selbst die dänisch sprechenden Bauern in Nordschleswig wollen Deutsche sein. Vor drei Jahren wurde durch Einfluß des dänischen Hofes der Antrag auf dem schleswigschen Provinziallandtage durchgesetzt, daß in den dänischen Gemeinden die dänische Gerichtssprache eingeführt werden solle. Man ging von dem, theoretisch richtig und billig klingenden Principe aus, daß die Gerichtsverhandlungen in der dem Volke geläufigsten Mundart gehalten

werden müßten. Sämmtliche Gemeinden ſind aber ſchon nach einem Jahre mit der Bitte um Aufhebung dieſer Beſtimmung eingekommen, weil ſie ſich bei dem Deutſchen beſſer ſtänden und es auch genugſam verſtänden.

Dieſe letzte Stelle des Florencourt'ſchen Briefes hat ein beſonderes Intereſſe inſofern, als ſie beweiſt, daß 1842 auch im Norden Schleswigs das däniſche Element noch ſehr ſchwach war. Die Däniſirung dieſes Landestheiles ward bekanntlich in der Reactionszeit nach 1850 planmäßig betrieben. Man hat daher ſicherlich kein Recht, auf die „däniſche Nationalität" in Nordſchleswig ein gar ſo großes Gewicht zu legen.

Zu einer „brennenden" Frage ward die ſchleswig-holſteiniſche, als 1844 in der däniſchen Ständeverſammlung in Roeskilde an die däniſche Regierung der Antrag auf Einverleibung Schleswigs geſtellt und als dieſem Antrag in dem „Offenen Briefe" Chriſtians VIII. (1846) Rechnung getragen ward. Damit war der Funken in ein Pulverfaß geworfen. Jetzt waren mit einem Male alle Parteien in Schleswig-Holſtein einmüthig in der Vertheidigung des alten, in der „Unionsverfaſſung" verbrieften Rechtes, wonach beide Herzogthümer „für immer ungetheilt" bleiben ſollten; jetzt gab es nur noch eine einzige Partei, die ſchleswig-holſteiniſche, und keiner war fortan ein wärmerer Vertheidiger der Zuſammengehörigkeit Schleswig-Holſteins, als Olshauſen.

Die Bewegung in den Herzogthümern wirkte mächtig auf Deutſchland zurück; das „Schleswig-Holſtein meerumſchlungen" ward zur deutſchen Nationalhymne, wie es 1840 das Becker'ſche „Rheinlied" geweſen war; auch ward es

nicht, wie dieses, in hundert verschiedenen Melodien, sondern nach einer einzigen, und zwar einer sehr schönen, kräftigen Melodie gesungen.

Meine beiden Blätter, „Monatsschrift“ und „Herold“, nahmen sich des gefährdeten Rechtes unserer Brüder im Norden auf das Entschiedenste an. Auch Feldmann schrieb mir nun Artikel in gut schleswig-holsteinischem Sinne. Ich selbst verfaßte eine „populäre Beleuchtung der schleswig-holstein-lauenburgischen Frage“, worin ich, neben einer „Geschichte der Herzogthümer in ihrem Verhältniß zu Dänemark“ und einer Aufzählung der verschiedenen, die staatliche Unabhängigkeit der Herzogthümer vom Königreich sichernden Verträge, insbesondere den Rechtspunkt in Betreff der Erbfolge, sowie das Interesse Deutschlands an dieser Frage und die Pflicht, welche der Bund und die beiden deutschen Großmächte gegen die Herzogthümer hätten, scharf betonte. Diese Beleuchtung ging als außerordentliche Beilage zum „Herold“ in einer starken Auflage nach allen Seiten hinaus und namentlich nach den Herzogthümern selbst.

Im Sommer 1846 machte ich eine Reise nach Kiel, um aus eigener Anschauung die dortigen Verhältnisse kennen zu lernen. Ich kam in Kiel zu einer Zeit an, wo die Bewegung soeben in einen entscheidenden Wendepunkt getreten war. Die beiden Ständeversammlungen von Schleswig und von Holstein hatten sich selbst aufgelöst, weil ihnen verwehrt ward, über den „Offenen Brief“ freimüthig zu discutiren und von dem übelberathenen König von Dänemark an den besser zu berathenden Herzog von Schleswig-Holstein zu appelliren. Mann für Mann

hatten die Abgeordneten, nachdem ſie gegen dieſe Verletzung der Rede- und Petitionsfreiheit proteſtirt, den Ständeſaal verlaſſen. Dieſe tapfere That der Vertreter des Landes feierte die erſte Geſellſchaft Kiels, die Harmonie, durch ein den Abgeordneten gewidmetes Feſtmahl. Es war mir vergönnt, daran Theil zu nehmen. Hier ſah ich und lernte zum Theil näher kennen, was Stadt und Univerſität Kiel, was das Land an Notabilitäten beſaß; hier und ebenſo in einer von Olshauſen abgehaltenen Volksverſammlung überzeugte ich mich, welch ein mannhafter Geiſt, welche ruhige, aber zähe Kraft in Vertheidigung ihrer Rechte die Bevölkerung dieſer Lande belebe, welche Einmüthigkeit alle Stände und alle Parteien zu dieſem einen patriotiſchen Zwecke verbinde.

Ein erfreuliches Zeugniß eben dieſer Einmüthigkeit ſind die Verhandlungen, welche der Selbſtauflöſung der beiden Ständeverſammlungen vorausgingen. Sie durften nur weſentlich beſchnitten in der „Ständezeitung" wiedergegeben werden. Durch die freundliche Vermittelung eines der Abgeordneten zur holſteiniſchen Ständeverſammlung, des Ober-Landgerichtsadvokaten Clauſſen in Kiel, gelang es mir, die Verhandlungen wenigſtens der holſteiniſchen Stände unverkürzt und unverkümmert durch einen Abdruck in meiner cenſurfreien Vierteljahrsſchrift (im 6. und 7. Bande 1847) als ein ehrendes Denkmal jenes Kampfes der wackeren Schleswig-Holſteiner für ihr gutes Recht einer ſpäteren Zeit aufzubewahren.

Vierzehntes Capitel.

Der erste preußische Reichstag.

Durch die schleswig-holsteinische Bewegung war der nationale Gedanke, so weit er die Gemeinsamkeit der deutschen Interessen nach außen und die gemeinsame Abwehr einer diesen Interessen drohenden Gefahr betraf, wieder erweckt und gekräftigt worden. Nun sollte auch, wie es schien, demselben Gedanken von anderer Seite her, durch eine Annäherung Preußens an die deutschen Verfassungsstaaten, Vorschub geleistet werden. Zu Anfang des Jahres 1847 erschien eine Reihe von Verordnungen des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, durch welche die Landtage sämmtlicher acht preußischen Provinzen zu einem sog. „Vereinigten Landtag“ auf den 11. April nach Berlin berufen wurden. Dieses „Februarpatent“, wie man es kurzweg nannte, war eine Ueberraschung sonder Gleichen. Noch kurz vorher hatte der König alle an ihn gebrachten Wünsche und Anträge wegen Entwickelung der preußischen Verfassungszustände, auch solche, die von Provinziallandtagen ausgegangen, entschieden, beinahe schroff zurückgewiesen. Und jetzt that er mit einem Male einen Schritt, der beinahe unausbleiblich mitten in eine tiefgehende Verfassungs-

reform hinein führen mußte, ja, der bereits eine ſolche enthielt. Denn die Berufung der geſetzlichen Vertreter aller Provinzen zu gemeinſamen Berathungen, das war, wenn nicht ſchon der Anfang wirklicher Reichsſtände, ſo doch gewiß eine Vorſtufe dazu.

Daß der König ſchon zu derſelben Zeit, wo er jene ablehnenden Beſcheide erließ, ſich ſelbſt mit der Aufſtellung von Grundzügen einer Verfaſſung für Preußen beſchäftigt hatte, daß jene Ablehnungen möglicherweiſe gerade deshalb erfolgt waren, weil der König ſich die Genugthuung nicht verkümmern laſſen wollte, die Verfaſſungsfrage aus völlig freier, eigner Initiative wieder in Fluß gebracht zu haben — davon wußte man (vielleicht wenige Vertrauteſte ausgenommen) damals nichts. Einzelne myſteriöſe Andeutungen in öffentlichen Blättern (z. B. der „Allgemeinen Zeitung") waren entweder nicht beachtet, oder nicht verſtanden, oder nicht geglaubt worden. Auch nach dem Erſcheinen des „Februarpatents" hat eine Darlegung ſeiner Entſtehungsgeſchichte noch lange auf ſich warten laſſen. Eine erſte Enthüllung über die Verfaſſungspläne des Königs aus dem Jahre 1844 erſchien im 3. Bande der von Ludmilla Aſſing herausgegebenen „Tagebücher" Varnhagens van Enſe (1862). Dieſe Enthüllung war aber von der Art, daß damit nicht ſowohl die Stellung des Königs zu der Verfaſſungsfrage in ein helleres, als vielmehr die einer andern hohen Perſon in ein zweifelhaftes Licht gerückt ward. Ob dies Abſicht war, bleibe dahingeſtellt; jedenfalls ward damals — in der unſeligen Conflictszeit — die Varnhagen'ſche Darſtellung vielfach in dieſem Sinne ausgebeutet. Es war daher doppelt dankenswerth, daß

der Altmeister der preußischen Geschichte, Ranke, in seiner Lebensbeschreibung Friedrich Wilhelms IV. in der „Allgemeinen deutschen Biographie“ (auch als Separatabdruck erschienen) die von Friedrich Wilhelm IV. mit den Prinzen, den Ministern und anderen Vertrauten betreffs seiner Verfassungspläne gepflogenen Berathungen in authentischer und vollständiger Form veröffentlichte, so daß man nun genau ersehen kann, welchen Antheil ein jedes einzelne Mitglied dieses Staatsrathes an den betreffenden Verhandlungen und Entschließungen gehabt hat. Doch, wie gesagt, 1847 war dies Alles noch in tiefes Geheimniß gehüllt, und der Entschluß des Königs erschien daher als ebenso überraschend und fast unerklärlich nach seiner Entstehung, wie unberechenbar und wohl kaum recht erwogen in seinen möglichen Folgen.

Diese letzteren vorzugsweise waren es, welche mich — von dem Augenblicke an, wo ich das wichtige Ereigniß erfuhr — auf das Lebhafteste und Anhaltendste beschäftigten. Undenkbar schien es mir, daß ein solcher weltgeschichtlicher Act, wie das erste Parlament eines Volkes von 16 Millionen, vorüber- und dieses Parlament selbst wieder auseinandergehen könne, ohne tiefe und bleibende Spuren in der Geschichte nicht Preußens allein, sondern Gesammtdeutschlands zurückzulassen. Mit erneuten Hoffnungen sah ich den, beinahe schon verschüttet geglaubten Weg einer friedlichen Reform der preußischen und der deutschen Verfassungsverhältnisse wieder eröffnet, die Gefahr einer gewaltsamen Katastrophe, die sonst unvermeidlich schien, abgewandt. Das sehr ungenügende Maß von Rechten, welches das Patent dem „Vereinigten Landtage“ zumaß, die vielen Erschwerungen,

mit denen es deſſen Thätigkeit umgab, der Mangel einer vollen Oeffentlichkeit ſeiner Verhandlungen — das Alles galt mir als minder bedeutend gegenüber der weltgeſchichtlichen Thatſache, daß hier zum erſten Mal eine Geſammtvertretung desjenigen deutſchen Großſtaates tagen ſollte, der meiner feſten Ueberzeugung nach der allein mögliche Kryſtalliſationskern eines künftigen deutſchen Bundesſtaates war, und daß auf dieſem Wege thatſächlich, nicht auf dem Papiere, der Grund gelegt werde zu einer Geſammtvertretung eben dieſes größeren Ganzen.

Mit Heinrich Simons „Annehmen oder Ablehnen?“, worin die Stände ermahnt wurden, der Berufung des Königs nicht zu folgen, konnte ich mich daher, bei aller Anerkennung des Scharfſinns ſeiner Deductionen, unmöglich befreunden. Meiner Ueberzeugung nach mußten vielmehr die Abgeordneten Mann für Mann erſcheinen, aber mit dem feſten Entſchluſſe, ſich nicht bei den Rechten, die das Februarpatent ihnen einräumte, zu beruhigen, vielmehr auf eine Erweiterung dieſer Rechte, auf eine Verwandelung dieſes „Vereinigten Landtags“ in wirkliche „Reichsſtände“ zu dringen.

In dieſem Sinne verfaßte ich eine Gegenſchrift unter dem Titel: „Die Aufgabe des erſten Vereinigten Landtags in Preußen.“ Um mich darin ganz frei ausſprechen zu können, gab ich derſelben vermittelſt ſplendiden Drucks und kleinen Formats den Umfang einer cenſurfreien Zwanzigbogenſchrift. Ich ging darin von dem aus, was für mich fort und fort das Ein und Alles der ganzen politiſchen Bewegung war, von der Idee der Anbahnung einer lebensfähigen, kräftigen deutſchen Einheit. Eine ſolche Anbahnung

erblickte ich in dem neuesten Schritt des Königs, vorausgesetzt, daß dieser Schritt nur der erste auf der eingeschlagenen Bahn wäre und letztere mit Entschlossenheit und ohne Wanken weiter verfolgt würde. Dazu, sagte ich, könne der „Vereinigte Landtag" viel thun, wenn er den Uebergang Preußens in einen Verfassungsstaat auf friedlichem Wege, ohne Erschütterung, herbeiführen helfe, indem er das zu diesem Zweck streng Nothwendige, und nur dieses, mit voller Zähigkeit erstrebe.

Unter diesem streng Nothwendigen verstand ich: eine regelmäßige Wiederkehr der Sitzungen des Vereinigten Landtags, sein Recht der Zustimmung zu allen Staatsschulden, eine entscheidende Mitwirkung bei der Gesetzgebung und beim Staatshaushalt und eine wirksame Controle aller Einnahmen und Ausgaben des Staats. Der Landtag, forderte ich, solle wachen, daß diese Rechte ausschließlich ihm, nicht einem „Ausschuß" oder einer „Deputation" zuertheilt würden, solle, falls seinen gerechten Forderungen nicht entsprochen würde, weder irgend eine ihm etwa angesonnene Geldbewilligung aussprechen, noch auch Wahlen für einen Ausschuß oder für die Staatsschuldendeputation vornehmen, vielmehr gegen jede Aufnahme von Staatsschulden (unter welcher Form es sei) ohne die Mitwirkung von „Reichsständen" (wie solche das Staatsschuldengesetz von 1820 vorschreibe) feierlich protestiren.

Zum Schluß sagte ich:

Die Zeiten sind vorüber, wo die starke Hand eines Einzelnen von der Höhe des Thrones herab das Ruder des Staates sicher zu führen und das Staatsschiff durch jede Brandung hindurch zu steuern vermochte. Selbst ein Friedrich der Große vermöchte dies jetzt nicht

mehr! Eine „ſtarke“ Regierung bei einem gebildeten Volke iſt heutzutage nur die, welche ſich mit der ganzen Macht des Volksgeiſtes, der im Volke verbreiteten Intelligenz nicht blos umgiebt, ſondern durchdringt, und welche dadurch ſicher iſt, jederzeit die Majorität des Volkes, die Meinung und die Sympathien der Beſten und Edelſten im Lande für ſich zu haben. Nur auf ſolche Weiſe kann auch Preußens Regierung ſtark im Innern, ſtark nach außen ſein. Nur auf ſolche Weiſe kann auch in Preußen die Krone wieder die Macht, den Glanz und die Würde zurückerlangen, die ſie — verhehlen wir uns das nicht! — trotz des blendenden Nimbus abſoluter Allmacht und Heiligkeit in letzter Zeit mehr und mehr eingebüßt hat.

Ein Kampf, wie der, welcher ſich in den letzten fünf Jahren zwiſchen Königthum und Volk in Preußen entſponnen hat, ein Kampf, in welchem das Königthum direct und perſönlich, durch keine verantwortlichen Rathgeber gedeckt, den Ständen, den Corporationen, ja den Einzelnen im Volke gegenübertrat, wo es mit ſeinem: „Der König hat geſprochen!“ jeden Widerſtand zu brechen verſuchte, und doch überall, ſtatt des gehofften ehrfurchtsvollen Schweigens und Gehorchens, nur ſtärkeren Widerſpruch und empfindliche Widerlegungen der königlichen Behauptungen erfuhr — ein ſolcher Kampf erſchüttert und unterhöhlt die tiefſten Grundlagen nicht blos des abſoluten Königthums, ſondern des Königthums überhaupt.

Wer alſo in dem Königthum ein nothwendiges und heilſames Element unſerer Staatsverfaſſungen erblickt, wer das monarchiſche Princip werth hält und werth gehalten wiſſen will, der trage nach Kräften dazu bei, jenem Kampf ein Ende zu machen und das in den Strudel der Parteiung hineingezogene Königthum aus demſelben heraus auf einen Standpunkt zu retten, wo es fortan über den Parteien und unberührt von dieſen ſtehen könne als der leitende und ſchirmende Genius des Landes, der das Getriebe der politiſchen Gewalten ruhig ſeinen Gang in den vorgezeichneten Bahnen gehen läßt und nur zu Zeiten, wenn daſſelbe ſtockt oder aus dem Geleiſe zu kommen droht, regelnd und lenkend eingreift.

Sagen wir es frei heraus: die abſolute Monarchie iſt für Preußen nach ſeiner inneren wie nach ſeiner äußeren Lage bereits eine Unmöglichkeit geworden, und nach den Verordnungen vom 3. Februar

mehr denn je. Preußen muß sich verjüngen durch die Aufnahme eines neuen Princips in sein Staatsleben, des Princips der berechtigten Antheilnahme des Volkes an seinen öffentlichen Angelegenheiten — mit einem Worte, des constitutionellen Princips. Nur darum handelt es sich gegenwärtig, ob dieses Princip auf dem Wege ruhiger und gesetzlicher Entwickelung in's Leben treten, oder ob es sich gewaltsam durchsetzen und die Schranken des Bestehenden im stürmischen Laufe niederreißen werde.

Englands Könige verliehen einst schon in früher Zeit ihrem Volke mit klugem Sinne die Rechte und Freiheiten, die sie als zu einer kräftigen und gedeihlichen Entwickelung des Volkslebens nothwendig erkannten, und das Königthum in England blieb stark und geachtet, so lange und so weit es jene Rechte und Freiheiten nicht wieder antastete, und steht stark und geachtet noch heut da. In Frankreich dagegen ließ man es in dem Kampfe zwischen dem absoluten Königthum und dem erwachten Volksgeiste bis zum Aeußersten kommen — und das Königthum selbst fiel in Trümmer und mit ihm die ganze bestehende Ordnung der Dinge. Mög'e die Geschichte nicht vergebens gesprochen haben!

Das war im März 1847! Damals ahnte ich nicht, daß schon so bald— nach kaum Jahresfrist — ein Königthum in Frankreich, weil es den noch größeren Fehler begangen, aus einem constitutionellen wieder ein absolutes werden zu wollen, sich selbst und die ganze bestehende Ordnung der Dinge zu Grunde gerichtet, noch weniger, daß bald darauf auch das preußische Königthum einen offenen Kampf mit dem Volke zu bestehen gehabt haben würde!

Meine Schrift wurde, so viel ich mich erinnere, in Preußen nicht verboten — man trug wohl Scheu vor solchen äußersten Maßregeln angesichts des nahe bevorstehenden Zusammentritts des Vereinigten Landtags —; wohl aber fielen officielle und officiöse Organe heftig darüber

her. Sie fanden es unerhört, daß ein Nichtpreuße ſich herausnehme, preußiſchen Ständen ihr Verhalten gegenüber ihrem König vorzeichnen zu wollen.

Am 11. April 1847 trat der Vereinigte Landtag zuſammen. Um mich ſo genau als möglich über die darin vertretenen Richtungen und Stimmungen zu informiren, ging ich ſelbſt nach Berlin und verweilte daſelbſt wohl eine Woche lang. Schon vorher hatte ich einzelne Mitglieder der Verſammlung, die dort zuſammenkommen ſollte, näher kennen gelernt. Einer der hervorragendſten Abgeordneten zum rheiniſchen Provinziallandtage, der ſpätere Miniſter Hanſemann, hatte mich auf ſeiner Durchreiſe nach Berlin aufgeſucht und ſeine Anſichten über die Lage der Dinge mit mir ausgetauſcht. Ebenſo ein jüngeres Mitglied deſſelben Landtags, Stedtmann. Durch Beide wurde ich jetzt mit den bedeutenderen Perſönlichkeiten, zunächſt der liberalen rheiniſchen Oppoſition, wie Beckerath, Camphauſen, Mevißſen, bekannt gemacht. Die rheiniſchen Liberalen hatten ihren Sammelpunkt (wenn ich mich recht entſinne) im Ruſſiſchen Hof. Auch aus anderen Provinzen fanden ſich Gleichgeſinnte dort ein. Mir ward vergönnt, ſolchen Zuſammenkünften beizuwohnen. Noch erinnere ich mich lebhaft der gedrückten Stimmung, welche am Abend nach der erſten Debatte über die Adreſſe auf die Thronrede in dieſem Kreiſe herrſchte. Der ſo maßvolle und dabei doch ſo entſchiedene Adreßentwurf Beckeraths war auf heftigen Widerſtand nicht blos ſeitens der ſtrengen Abſolutiſten, ſondern auch ſeitens jener Halben geſtoßen, welche zwar die Nothwendigkeit einer Verfaſſungsreform zugaben, aber um Alles nicht „den König drängen“ wollten, ohne zu

bedenken, daß, wenn das Nothwendige nicht bald geschehe, leicht ein solches „Drängen" von ganz anderer Seite und auf ganz andere Weise erfolgen könne! Diesen Halben erschien Graf Arnim mit seinem Amendement, welches etwas zu sagen schien und doch im Grunde nichts sagte, wie ein Retter in der Noth, und es war daher die höchste Gefahr vorhanden, daß dieses zur Annahme gelange. Die Liberalen der Provinz Preußen hielten bereits Alles für verloren und schienen nicht abgeneigt, den Entschluß, zu dem sie schon nach Anhörung der Thronrede hingeneigt hatten, jetzt wirklich auszuführen, d. h. den Landtag zu verlassen. Die zäheren Rheinländer brachten sie dahin, von diesem Entschlusse abzustehen und mit ihnen gemeinsam den Schlachtplan für den zweiten Tag der Adreßdebatte zu entwerfen. Die Frucht dieser Berathung war der Antrag Auerswald, der zwar den Beckerath'schen Entwurf etwas abschwächte, doch aber den Standpunkt der Forderung gewisser Rechte für das preußische Volk festhielt. Es gelang denn auch wirklich der Opposition am nächsten Tage, nachdem noch mehrere ihrer besten Redner in den Kampf eingetreten, den Arnim'schen Antrag, wenngleich nur mit geringer Mehrheit, zu Falle und darauf den Auerswald'schen zur Annahme zu bringen.

Neben dem Russischen Hof gab es noch andere Sammelpunkte der Opposition. So bei Hansemann. Hier lernte ich u. A. die beiden Schleswig-Holsteiner W. H. Beseler und Tiedemann kennen, welche nach Berlin gekommen waren, um durch persönliche Rücksprache mit einflußreichen Mitgliedern des Vereinigten Landtags vielleicht ein wirkungsvolles Eintreten desselben für die von

den Dänen bedrohte Nationalität der Herzogthümer zu veranlaſſen. Den Erſteren ſollte ich im Jahre darauf als Collegen in Frankfurt wiederfinden. Eine Art von „politiſchem Salon“ hielt auch J. Jacoby, der, obſchon nicht Abgeordneter, doch offenbar in der Abſicht und mit der Hoffnung nach Berlin gekommen war, auf die liberal geſinnten Abgeordneten, zumal ſeiner Provinz Oſtpreußen, perſönlich einzuwirken. Durch ſeine „Vier Fragen eines Oſtpreußen“, mit denen er alsbald nach dem bedeutungsvollen Königsberger „Huldigungslandtag“ 1840 in die Verfaſſungsfrage eingegriffen hatte, war Jacoby in weiten Kreiſen bekannt geworden. Ich fand daher auch das Zimmer, das er in Berlin bewohnte, ziemlich angefüllt mit Solchen, die ſeinen Rath begehrten oder doch ſeine Anſicht kennen lernen wollten. Auch in der von Dr. Julius, dem ehemaligen Redacteur der „Leipziger Allg. Zeitung“, errichteten „Leſehalle“, ebenſo in einzelnen öffentlichen Localen, trafen ab und zu Gleichgeſinnte zuſammen, beſprachen die Thronrede, die Adreßentwürfe, die Reden einzelner Abgeordneten, oder ergingen ſich in Muthmaßungen über Verlauf und Ausgang des Landtags. In einem dieſer Locale ſah ich H. Simon, doch ohne zur Zeit ihm näher zu kommen.

Auffallend war mir die Theilnahmloſigkeit der Berliner Bevölkerung angeſichts der Eröffnung des Vereinigten Landtags. Ich war auf meiner Reiſe nach Berlin mit einem jungen Schriftſteller, Emil Frensdorf, zuſammengetroffen und bekannt geworden, der in Belgien ſeine journaliſtiſche Schule gemacht hatte und nun, gleich mir, dieſe epochemachende Wandlung der Dinge in Preußen aus der Nähe beobachten wollte. Er iſt damals in Berlin haften geblieben und

hat sich mehr als ein Menschenalter lang als ein gewissenhafter, gut unterrichteter, vor Allem aufrichtig patriotischer und wohlmeinender Berichterstatter manches Verdienst um die vaterländische Sache erworben. Wir wohnten zusammen in Berlin und gingen bald nach unsrer Ankunft aus, um die Volksstimmung zu studiren. Es war Sonntag, und die öffentlichen Locale waren daher gefüllt. Allein nirgends konnten wir, wie sehr wir auch spähten und lauschten, selbst nur das geringste Zeichen von Theilnahme an dem für den nächsten Tag bevorstehenden wichtigen Ereigniß entdecken. Auch als die Thronrede in der Staatszeitung gedruckt erschien, war davon, daß etwa ein Zudrang zu den Ausgabestellen des Blattes stattgefunden hätte, nichts zu entdecken. Und eben so wenig sah man am Tage der Eröffnung selbst ein Zusammenströmen von Menschen oder Kundgebungen von Sympathien für die Vertreter des Volkes.

Zum Theil erklärt sich diese Gleichgiltigkeit wohl aus dem Umstande, daß ein größeres parlamentarisches Leben dem preußischen Volke damals noch etwas durchaus Unbekanntes und Ungewohntes war, daß die Männer, welche im Vereinigten Landtage gar bald die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen sollten, bis dahin nur in den abgeschlossenen Räumen provinzialständischer Versammlungen ihre Thätigkeit entfaltet hatten: zum Theil freilich war sie doch auch ein Zeichen der noch mangelhaften politischen Bildung des Volkes.

Zu großer Befriedigung gereichte es mir, daß die liberale Partei im Landtage genau den Gang einhielt, den

ich in meiner Schrift als wünschenswerth bezeichnet hatte, und daß sie bei diesem Vorgehen wenigstens in der Ständecurie nicht selten eine Majorität errang. So bei den Abstimmungen über die Landrentenbank und über die Ostbahn, bei welcher letztern Frage namentlich die Abgeordneten aus der Provinz Preußen offenbar einen hohen Grad von politischem Muth und Selbstverleugnung bewiesen, indem sie die Verantwortung dafür auf sich nahmen, daß sie, um wichtigen Rechten des Volkes nichts zu vergeben, materielle Interessen ihrer Provinz hintansetzten.

Bis dahin hatte die liberale Partei im Ganzen gut zusammengehalten. Angesichts der Ausschußwahlen fiel sie auseinander. Ein kleiner Theil verweigerte die Theilnahme an diesen Wahlen; ein anderer wählte „mit Vorbehalt" (der Rechte des Landtags); die Meisten wählten bedingungslos.

Welches von diesen Dreien das Richtige sei, darüber ward damals viel gestritten. Die Wahlverweigerer warfen den Wählenden Halbheit, diese wiederum Jenen Doctrinarismus vor. Die Einen waren der Meinung, man dürfe den König nicht durch Widerstand reizen, sonst werde er nicht nur keine weiteren Zugeständnisse machen, sondern wohl gar die gemachten zurücknehmen; die Anderen dagegen erklärten es für eine bedenkliche Inconsequenz, wenn die Opposition, nachdem sie in Reden und Anträgen in so entschiedener Weise die Existenz eines Ausschusses neben dem Vereinigten Landtag bekämpft habe, nun gleichwohl dazu mitwirke, diesen Ausschuß in's Leben zu rufen.

Ich hatte schon beim Beginn des „Vereinigten Land-

tags“ den Entschluß gefaßt, eine Geschichte desselben zu schreiben. Alsbald nach meiner Rückkehr von Berlin legte ich Hand daran und folgte den Verhandlungen dergestalt auf dem Fuße, daß schon im October 1847 die „Geschichte des ersten preußischen Reichstags“ (so nannte ich das Buch) erscheinen konnte.

Um in meiner Darstellung der einzelnen Momente des Landtags und meinen Urtheilen über einzelne Persönlichkeiten möglichst sicher zu gehen, hatte ich mehrere der namhaftesten Mitglieder der Opposition, wie Hansemann, Beckerath, Schwerin, Auerswald u. A., um vertrauliche Mittheilungen, gebeten, und es war dieser Bitte in wohlwollendster Weise entsprochen worden. Mit Hilfe dieser Mittheilungen habe ich in meinem Geschichtswerk mit größter Gewissenhaftigkeit die Gründe für und wider die Verweigerung der Wahlen auseinandergesetzt, um so für ein möglichst unparteiisches Urtheil Unterlagen zu geben. Da das Buch bald nach seinem Erscheinen nicht blos in Preußen, sondern auch in Sachsen und wahrscheinlich noch in andern deutschen Staaten beschlagnahmt ward, so dürfte es nicht in allzu viele Hände gelangt sein. Die Gerechtigkeit scheint daher zu erfordern, daß ich aus jenen Mittheilungen hervorragender Führer der Opposition von der einen und von der andern Seite wenigstens Einiges hier wiedergebe, wobei ich natürlich von alledem Umgang nehme, was einen zu vertraulichen Charakter trug und dessen Veröffentlichung daher als eine Indiscretion erscheinen könnte.

Zunächst gebe ich also hier eine Vertheidigung des Standpunktes Derer, welche wählten, und zwar ohne Vorbehalt wählten, aus der Feder des Grafen Schwerin.

Derſelbe ſchrieb mir:

Hochgeehrter Herr Profeſſor!

Aus Ew. Wohlgeboren gefälligen Zuſchrift habe ich mit großem Vergnügen Ihre Abſicht, eine kritiſche Geſchichte des erſten Vereinigten Landtags und ſeiner Mitglieder zu ſchreiben, erſehen, indem es für die neue Entwickelung, die mit demſelben für unſer Vaterland begonnen, nur erwünſcht ſein kann, wenn das Urtheil von den verſchiedenſten Standpunkten aus gefällt wird. Namentlich aber kann eine Feder, die einen ſo anerkannten Ruf, wie diejenige Ew. Wohlgeboren, in der publiciſtiſchen Literatur genießt, Allen nur erwünſcht ſein, die es wahrhaft gut mit dem Fortſchritt in Preußen meinen, wenn auch nicht überall eine übereinſtimmende Anſicht über den Weg, der zu gehen ſein möchte, und ſomit auch nicht ein überall beifälliges Urtheil vorausgeſetzt werden darf. In Bezug auf meine Perſon darf ich dies vielleicht rückſichtlich meines Verhaltens bei der ſogenannten „Declaration der Rechte“*) und der Wahl der „Ausſchüſſe“, die Sie die beiden wichtigſten Momente in Betreff der Verfaſſungsfrage zu nennen belieben, annehmen. Es gereicht mir jedoch zum beſonderen Vergnügen, Ihnen, ſoweit dies thunlich, einige Gründe für mein Verfahren angeben zu dürfen.

Was zunächſt die „Declaration der Rechte“ betrifft, ſo habe ich mich nicht davon zu überzeugen vermocht, daß ſie irgend einen praktiſchen Effect hervorzubringen im Stande ſein würde, und deshalb habe ich mich ihr nicht anſchließen zu können von vornherein offen erklärt. Es war vorauszuſehen, daß ſie zur Discuſſion nicht werde zugelaſſen werden, ſowie, daß ſie wegen der

*) Es war dies eine, vom Abg. von Vincke und 137 Genoſſen dem Landtagsmarſchall übergebene, Aufzeichnung ſolcher Rechte, welche nach der Anſicht ihrer Verfaſſer dem preußiſchen Volke bereits durch frühere Geſetze oder Erlaſſe von Königen erworben ſein ſollten. Der eigentliche Urheber der „Declaration“ war übrigens (zufolge einer von Herrn v. Auerswald mir gemachten Mittheilung) Herr von Vincke nicht; wer es jedoch geweſen, verſchwieg mein Gewährsmann.

Form, in der sie gehalten war, selbst wenn die Discussion und Beschlußfassung gestattet wäre, die Majorität nicht würde für sich gewinnen können. Unter diesen Voraussetzungen mußte sie aber mehr schaden als sie nützen konnte. Die Vertreter der Krone waren schon bereitwillig auf eine Erörterung über die Differenzpunkte eingegangen, und ich konnte daher den Zeitpunkt nicht geeignet zu einer Demonstration halten, mit der man sich der Krone auf eine mir zu schroff scheinende Weise entgegenstellte. Von mir hochverehrte Männer haben die Sache anders angesehen, und es befinden sich ihre Namen unter den Unterzeichnern; mir aber ist es Bedürfniß, selbstständig zu handeln, und ich durfte mich daher auch in dieser Frage nicht Freunden anschließen, mit denen sonst Einen Weg zu gehen mir Freude ist und Ein Ziel zu erstreben ich mir bewußt bin. Ebenso habe ich, abweichend von der Ansicht vieler Freunde, an den Ausschußwahlen, und zwar ohne allen Vorbehalt und Erklärung, Theil genommen. Wollte ich die Gründe, die mich dazu bestimmt haben, vollständig entwickeln, so würde ein Eingehen auf die ganze Geschichte des Landtages, auf die gestellten Anträge und die königlichen Erklärungen erforderlich sein, aus denen sich mir die Ueberzeugung gebildet, daß es für die fortschreitende Entwickelung unsrer Verfassungsangelegenheit am ersprießlichsten sein werde, einen Conflict mit der Krone zu vermeiden, der, nachdem der Antrag, die Wahlen auszusetzen, ablehnend vom König beschieden war, unvermeidlich schien, wenn man die Wahlen verweigerte. Enthielt sich die Opposition der Wahl, so konnten die Ausschüsse — und es war dies sogar das Wahrscheinliche — eine Zusammensetzung erhalten, die sie gefährlich gemacht haben würde, wenn die Regierung sie hätte zu Parteizwecken benutzen wollen; wählte aber der ganze Landtag, so war vorauszusetzen, daß die Ausschüsse aus Männern componirt werden würden, die ihre Stellung ebenso im Ausschuß wie im Landtage zu behaupten wissen würden. Zu diesen Gründen der Nützlichkeit und der Politik kam allerdings für mich noch ein principieller Grund hinzu, der es mir ohne Verletzung des Gewissens möglich machte, demselben Gehör zu geben. In den Verhandlungen des Landtages selbst habe ich es verschiedentlich ausgesprochen, daß ich die An-

ſicht nicht theilen könne, die das, was die frühere Geſetzgebung dem Volke an Rechten gewährt oder verheißen hat, als ipso jure nun dem Landtage zuſtehend betrachtet; vielmehr iſt für die durch die Geſetzgebung vom 3. Februar in's Leben gerufene Vertretung immer erſt ein Anſpruch auf Gewährung dieſer Rechte vorhanden, der ein Recht erſt durch Anerkennung ſeitens der Krone wird. Dieſer Anſpruch mußte erhoben werden und iſt erhoben worden, die Krone hat dies nicht verhindert, ſondern im Gegentheil gründliche Prüfung zugeſagt, und da konnte ſie, meinem Gefühl nach, nun auch mit Grund fordern, daß man ihrer Entſcheidung nicht eigenmächtig vorgreife, ſondern ſich ihr vorläufig unterordne. Ich gebe gern zu, daß auch der Standpunkt, von dem aus die Wahlen verweigert worden ſind, ſeine volle Berechtigung hat, und ich bin gewiß weit davon entfernt, meine Collegen zu tadeln, die ihn mit Conſequenz behauptet haben, ja ich ſtehe gar nicht an, zuzugeſtehen, daß beim Beginn des Landtages er auch der meinige war und daß ich ihn erſt nach längerem Zögern verlaſſen habe, nachdem ich zu der Ueberzeugung gekommen war, daß er nicht der für die weitere Ausbildung der Verfaſſung günſtige ſei. Eine Wahl mit Vorbehalt aber oder unter Vorausſetzungen wollte mir nicht als gerechtfertigt einleuchten: die Entſcheidung konnte nur liegen zwiſchen Wahl oder Nichtwahl.

Meiner Anſicht nach kann Preußen die neue Phaſe der Entwickelung, in die es getreten iſt und deren ſich jeder Vaterlandsfreund wahrhaft freuen wird, weil er in ihr die Bürgſchaft für eine Zukunft ſieht, in der der friſche Wind eines freien und öffentlichen Staatslebens weht, nur dann glücklich durchmachen, wenn von allen Seiten Maß gehalten, vor Allem aber ein ſchroffer Conflict zwiſchen Ständen und Krone vermieden wird. Freilich wird es nicht immer ganz leicht ſein, hier das Richtige zu treffen, aber bei dem hohen Sinn unſeres Königs, dem rechtlichen Willen unſeres Gouvernements und dem geſunden praktiſchen Sinn unſeres Volkes läßt ſich hoffen, daß einzelne Ungleichheiten ſich wieder ebnen.

Herr von Beckerath, der „mit Vorbehalt“ gewählt

hatte, motivirte dies in einem Briefe an mich folgendermaßen:

Erwäge ich die durch den Beitritt zu den Beschlüssen der Herrencurie herbeigeführte Sachlage*), so glaube ich sagen zu können, daß von dem Rechtsboden und von einer consequenten, auf das erreichbare Ziel gerichteten Politik Diejenigen nicht abgewichen sind, welche die Ausschüsse mit dem bestimmten Vorbehalt gewählt haben, daß dem Rechte des Vereinigten Landtags in Bezug auf die Gesetzgebung und auf Geldanleihen kein Abbruch geschehe. Der Schlüssel zu dem Befremdlichen, was auch diese Vollziehung der Wahlen dem ersten Eindruck nach für die öffentliche Meinung gehabt haben mag, liegt in dem Beitritt der Ständecurie zu den Beschlüssen der Herrenkammer. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß für diesen Beitritt sehr triftige Gründe sprachen. Hoffentlich wird der wichtigste derselben sich bewähren, nämlich die Erwartung in Erfüllung gehen, daß der moralische Eindruck der Haltung des Landtages und nicht weniger des Landes die Krone zu billigen Concessionen veranlassen und so die politische Entwickelung Preußens ohne Zerwürfniß zwischen Fürst und Volk, vielmehr durch ein Zusammenwirken beider, stattfinden werde.

Weiter schrieb mir Beckerath:

Daß im Allgemeinen an diesem Landtage neben den Manifestationen einer entschiedenen Opposition Handlungen der äußersten Nachgiebigkeit, und zwar manchmal von einer und derselben Person ausgehend, vorkamen, muß nach meiner Meinung mehr den Zuständen, als den Charakteren zugeschrieben werden. Das Verhalten der Regierung war ein Schwanken zwischen Concession und Verweigerung; eine Zeit lang schien selbst die erstere die Oberhand zu gewinnen; es ist erklärlich, daß die Deputirten gegenüber

*) Danach sollte nur bedingungsweise um Aussetzung der Wahlen zu den Ausschüssen gebeten werden, nämlich „bis zur Entscheidung des Königs über die anderen Anträge" (speciell den wegen Beschränkung der Wirksamkeit der Ausschüsse). Diese Entscheidung war inzwischen, freilich abfällig, erfolgt.

einer unentschiedenen und dem Anscheine nach sich dem Volke zuwendenden Regierung alle Rücksicht beobachteten und, ohne im Großen und Ganzen ihr Princip zu verletzen, die Brücke zu zerstören vermieden, auf welcher, wie man damals hoffte, beide Theile sich zu einem Bundesschlusse für Jahrhunderte begegnen würden. Ein späterer Landtag wird bestimmtere Situationen bringen, die bestimmtere Schritte möglich machen.

Vom Standpunkte der absoluten Wahlverweigerung aus schrieb dagegen Hansemann:

„Nicht wählen, wenn das Amendement wegen der Ausschüsse von der Kammer nicht angenommen wird!" — Das war bis zum Tage vor der Wahl das allgemeine Losungswort. Dies sagten Camphausen und Beckerath noch in einer Vorversammlung, in welcher etwa 30 Mitglieder darüber beriethen, ob die zweite Curie jenes Amendement der Herrncurie annehmen wolle. Erst am Abend vor der Wahl, in einer größeren Vorversammlung im Hôtel de Russie, betonten Auerswald, Camphausen und Beckerath das „Wählen mit Vorbehalt"; besonders der Letztere that dies am beharrlichsten. Ohne ihn würden die Liberalen der Rheinprovinz sich nicht in dieser Frage gespalten haben; die Preußen würden kein anderes Verfahren, als die Rheinländer, eingeschlagen haben (denn viele von ihnen sind dem Beispiele Auerswalds in dieser Sache nur mit großem Widerstreben gefolgt); die Posener hätten dann, wie immer, mit dem Rhein und Preußen gestimmt; dies hätte wieder die Liberalen der anderen Provinzen gestärkt, und statt der 58 Nichtwähler würden dann es wahrscheinlich 150, vielleicht über 200 gewesen sein. Wie sind aber Männer wie Beckerath, Camphausen u. A. zu einem Verfahren gekommen, welches ich als inconsequent und politisch unweise betrachte? Dadurch, daß gutgesinnte Männer wie Graf Dyrhn, Humboldt u. A. glaubten und verbreiteten: „die Ultrapartei wünsche nichts mehr, als daß nicht gewählt würde, weil dann der König alles Gewährte zurücknehmen und gegen jeden Forschritt eingenommen werden würde." In ähnlicher Weise ist auch früher auf dem Landtage auf Schwächung der liberalen Deputirten hingewirkt worden.

Noch einer Episode aus dem „Vereinigten Landtag" sei gedacht. Beckerath hatte beantragt, „die politischen und bürgerlichen Rechte für unabhängig vom religiösen Glaubensbekenntniß zu erklären". Nur die kleine Minderheit von 158 stimmte für den Antrag. Ein hochkirchlich Conservativer beantragte, die Namen dieser 158 in's Protokoll aufzunehmen, „damit das Land und ganz Europa erfahre, wer für Beibehaltung eines christlichen Staates und wer dagegen gestimmt habe". Dieser Antrag ward nicht unterstützt. Beckerath sandte mir aber die Namen jener 158, und ich veröffentlichte sie in meiner „Geschichte des ersten preußischen Reichstages" — natürlich in einem anderen Sinne, als in welchem jener hochkirchliche Zelot sie bekannt gemacht haben wollte. Einundzwanzig Jahre später ward die Gleichstellung aller Religionsgesellschaften in Bezug auf die politischen und bürgerlichen Rechte ihrer Mitglieder von Bundesrath und Reichstag des Norddeutschen Bundes angenommen und zum Gesetz erhoben!

Am Schlusse meiner „Geschichte des ersten preußischen Reichstages" hatte ich Folgendes ausgesprochen:

Der entscheidende Schritt aus dem absoluten in den Verfassungsstaat muß gethan werden — darüber kann nach den Verhandlungen dieses Reichstags kein Zweifel mehr sein. Je später man sich zu diesem Schritte entschließt, desto schwieriger wird er; je länger man die Gabe aufschiebt, desto mehr wird sie an Werth einer freiwilligen verlieren, wird als eine abgedrungene erscheinen. Ist es wohl weise von einer Regierung gehandelt, die Befriedigung der gerechtesten Wünsche des Volkes so lange hartnäckig zu versagen, bis sie in Bedrängniß ist? Solche Grundsätze sind wahrhaftig nicht conservativ, sondern destructiv, ja revolutionär,

denn sie säen den Samen von Revolutionen, sie provociren fast gewaltsam das Volk, sich das zu erzwingen, was man seinen gemäßigtsten und inständigsten Bitten verweigert. Durch solche Grundsätze ist schon manches Land und manche Regierung in Verwirrung und Unglück gestürzt worden. Möge Preußens guter Genius es vor einem ähnlichen Schicksal bewahren!

Das Buch ward, wie schon erwähnt, alsbald verboten. Das Obercensurgericht in Berlin, welches über solche Verbote zu entscheiden hatte, war damals schon längst von dem freieren Standpunkte, auf den es sich eine Zeit lang erhoben hatte, herabgestiegen. Um so mehr durfte ich mich freuen, als ich von sicherer Hand (durch den verstorbenen Gerichtspräsidenten Wentzel) erfuhr, daß der Staatsminister a. D. von Schön sich in anerkennendster Weise über mein Geschichtswerk ausgesprochen habe. Eine noch viel größere Genugthuung sollte mir etwas später zu Theil werden. Im Jahre 1849 war ich Mitglied der sog. „Kaiserdeputation", welche dem König Friedrich Wilhelm IV. im Namen des Frankfurter Parlamentes die Kaiserkrone antrug. Am Abend des verhängnißvollen 3. April, wo der König uns Audienz ertheilte, waren wir zu S. K. H. dem Prinzen von Preußen (unserm dermaligen hochehrwürdigen Kaiser) geladen. Natürlich wurden wir auch J. K. H. der Frau Prinzeß von Preußen vorgestellt. Als die Reihe an mich kam, richtete die hohe Dame an mich die Frage: „Sie haben eine Geschichte des Vereinigten Landtages geschrieben?" Ich bejahte — in hohem Grade überrascht, daß eine Fürstin des Königshauses von einer so streng verbotenen Schrift Kenntniß genommen hatte. Wie viel größer aber ward mein Erstaunen, als die Prinzessin fortfuhr: „Sie haben leider damals nur zu richtig prophezeit!"

und gleichzeitig mich zur Abfassung einer Geschichte des Frankfurter Parlamentes ermunterte.

Als eine Art von Ergänzung zu der „Geschichte des ersten preußischen Reichstages“ veröffentlichte ich später in meiner Vierteljahrsschrift: „Unsere Gegenwart und Zukunft“, (Band 9 und 10) eine Reihe von Charakteristiken der namhaftere Mitglieder beider Curien dieser hohen Versammlung.

Fünfzehntes Capitel.

Persönliches Heraustreten in die Oeffentlichkeit.

Ich habe bisher nur von meiner öffentlichen Wirksamkeit als Schriftsteller gesprochen; ich muß nun auch von meinem persönlichen Auftreten in der Oeffentlichkeit ein paar Worte sagen, da das nächste Jahr (1848) mir zu einem solchen öffentlichen Auftreten einen ganz besonderen Anlaß bot.

Den Drang zu einem unmittelbar persönlichen Wirken in der Oeffentlichkeit (welches doch noch ganz etwas Anderes ist, als das bloße Wirken mit der Feder) hatte ich ebenfalls schon früh empfunden, allein der wirkliche Entschluß dazu ward mir hier ungleich schwerer, als dort. Es gehört dazu eigentlich ein gewisser angeborener Ehrgeiz des Sichgeltendmachens, des überall in der vordersten Reihe Stehens. Und an diesem Ehrgeiz gebricht es mir. Ich habe allzeit eine gewisse Scheu gefühlt, aus meiner Zurückhaltung heraus- und in den Vordergrund zu treten, und habe diese Scheu nur dann überwunden, wenn es mir schien, als könne ich durch mein Eintreten entweder etwas Gutes fördern, oder etwas Schlimmes verhüten. Dieselbe Zurückhaltung habe ich auch als Redner beob-

achtet, ſo oft ich glaubte, daß Andere das, was ich etwa ſagen möchte, ebenſo gut oder beſſer ſagen würden, und habe mich nur dann zum Reden entſchloſſen, wenn ich fand, daß dieſe Anderen entweder ſchwiegen oder Wichtiges unerwähnt ließen. Daher habe ich im Frankfurter Parlamente (1848) ſelten, im Reichstage (1871—73) noch ſeltener geſprochen. Dort war ich einer der Jüngeren und ließ als ſolcher gern Aelteren, Erfahreneren den Vortritt; hier gehörte ich ſchon zu den Aelteren und räumte friſchern Kräften das Feld. In Frankfurt habe ich — außer meiner Jungfernrede, die ich gleich in den erſten Tagen über die Stellung des Parlamentes zu den Einzellandtagen hielt, und einigen kleinen polemiſchen Plänkeleien — eigentlich nur zwei größere Reden gehalten, eine über das Verhältniß von Kirche und Staat und eine über das preußiſche Erbkaiſerthum. Ich hatte die Genugthuung, daß im erſten Falle der nach mir eingezeichnete Redner, mein, mir an Beredtſamkeit weit überlegener, werther Freund Löwe-Calbe, unter Verweiſung auf das von mir Geſagte auf's Wort verzichtete, und daß im zweiten Falle Dahlmann mir ſagen ließ: „meine Rede gehöre zu dem Beſten, was er in der Paulskirche gehört". Im Reichstage habe ich ausführlicher ein einziges Mal geſprochen, beim Haftpflichtgeſetz. Ich hatte zu dieſem die erſte Anregung gegeben durch einen Antrag, den auf meinen Betrieb die Leipziger National-Liberalen an den Reichstag von 1868 gerichtet; ich hielt es daher für meine Pflicht, nach beſten Kräften mit dafür zu wirken, daß das Geſetz in möglichſt zweckentſprechender Faſſung in's Leben trete, was freilich doch nur theilweiſe der Fall war.

Anders war meine Stellung in der ſächſiſchen Kammer. Auf dem Landtage von 1849/50 lag es mir, als einem Mitbegründer der ſog. „Gothanerpartei“, ob, Alles aufzubieten, um im Sinne unſerer Beſchlüſſe Sachſen womöglich bei dem Dreikönigsbündniß feſtzuhalten und deſſen Abſchwenkung in das öſterreichiſch-altbundestägliche Lager zu verhüten. So weit es auf die Kammer ankam, gelang mir dies auch; daß freilich Herr v. Beuſt die Kammer auflöſte und mittelſt eines Staatsſtreichs die alten Stände wieder einberief, konnte ich nicht hindern. Als ich 1869 wiederum in die Kammer eintrat und darin bis 1876 verblieb, ward ich von der kleinen, aber feſt zuſammenſtehenden national-liberalen Fraction zu ihrem Führer erkoren und mußte als ſolcher natürlich, ſo oft es Noth that, in die Breſche treten.

Ein Redner im großen Stile zu ſein, habe ich nie beanſprucht; dazu fehlt mir das Temperament, die Leidenſchaft. Robert Heller in ſeinen „Bruſtbildern aus der Paulskirche“ (S. 41) hat, wie ich glaube, meine Redeweiſe im Ganzen zutreffend, nur im Schlußſatze zu günſtig, gekennzeichnet, wenn er ſagt:

> In der blut- und leidenſchaftsloſen Debatte, die ſich darum mit mehr Glück an die Einſicht, als an den Willen der Verſammlung wendet, vertritt Biedermann die nüchterne Sitte und theoretiſche Erkenntniß, die das Eigenthum ſeines ſächſiſchen Heimathlandes iſt. Seine Rede bewegt ſich ſtets in klarem, niemals mit hinreißendem Fluſſe. Wo es aber nicht ſowohl gilt, den Standpunkt des politiſchen Vorwärts erſt zu gewinnen, als ſich auf demſelben mit gutem Umblick zu behaupten, iſt er einer der beſten Redner des Hauſes.

Doch — ich habe hier weit vorgegriffen, denn ich wollte

zunächst von den ersten Anfängen meines persönlichen Auftretens in der Oeffentlichkeit sprechen.

Für Einen, der von der abstracten Wissenschaft oder der sogenannten „Gelehrsamkeit" herkommt, wie das bei mir der Fall war, ist es viel schwerer, als für einen Mann von irgend welchem praktischen Beruf, Handhaben zum Eingreifen in das Getriebe des socialen oder politischen Lebens zu finden und zu gebrauchen. Jener Erstere steht in der Regel entweder für sich allein — innerhalb der engen Zirkel seiner besonderen Wissenschaft — oder höchstens in Gemeinschaft mit Fach- und Strebegenossen, die meist eben so wenig wie er von dem draußen fluthenden öffentlichen Leben wissen und verstehen. Es war daher für mich ein Glück, daß ich zunächst in mannigfache Beziehungen zu allerhand Leuten der frischen Lebenspraxis gerieth. Mein Freund und späterer Schwager Koch besaß als vielbeschäftigter Advocat zahlreiche Verbindungen mit Juristen, Kaufleuten, Buchhändlern u. s. w. Durch ihn trat auch ich solchen Kreisen näher. Um mich selbst hatte sich eine Anzahl junger, strebsamer Männer gesammelt, theils frühere Schüler von mir aus meiner philosophischen Gesellschaft, theils Freunde dieser. Aus jenen älteren und diesen jüngeren Elementen erwuchs zunächst ein geselliger Verein, die sogenannten „Maikäfer", wie wir uns scherzhaft auf einem Ausflug über Land an einem schönen Maitage tauften. Unter diesem Namen hat der Verein, dem sich immer neue Mitglieder anschlossen, weit über ein Dutzend Jahre bestanden und hat durch allerhand Lebensäußerungen, bald heiterer, bald ernster Natur, eine gewisse Localberühmtheit erlangt.

Einen stehenden Mittelpunkt unserer harmlos fröh-

lichen Geselligkeit bildete das gastliche Haus des Buchhändlers Georg Wigand; bei ihm wurden die „Capitel“ abgehalten; er führte den Ehrennamen des „Maikäfervaters“, wie seine liebenswürdige Gattin den der „Maikäfermutter“. Zu diesen Capiteln wie zu sonstigen besonderen Gelegenheiten lieferte der „gekrönte Dichter“ der Gesellschaft, Professor W. Wenck, zahlreiche ergötzliche Blüthen seines immer regen Humors. Mehrere davon sind in die von G. Wigand herausgegebene scherzhafte Liedersammlung „Deutschlands Leierkasten“ übergegangen; andere finden sich in der von Wenck selbst später veröffentlichten Ausgabe seiner Gedichte. Auch eine „Chronica derer Maikäfer“, in mittelalterlichem Chronistenstyle verfaßt und von R. Härtel mit entsprechend alterthümlichen Lettern gedruckt, ward bei den „Capiteln“ vorgetragen.

Zu dem engeren Kreise der Maikäfer gehörten außer mir und meinem Schwager Koch die Buchhändler Georg Wigand, Gustav Mayer, Raimund Härtel, dann eine Anzahl jüngerer Juristen, damals noch in den Anfängen ihrer Laufbahn, später meist zu ehrenvollen Stellungen in Staat oder Gemeinde emporgestiegen: so der spätere Geheime Regierungs-Rath Krug, die beiden späteren Vicebürgermeister Leipzigs, Eichorius und Stephani, der Appellationsgerichtsvicepräsident R. Wenck, der Oberappellationsgerichtsrath Klemm, die Advocaten Falk, Göring, der Geschichts-Professor W. Wenck, der Arzt Dr. Clarus, der Kaufmann Eichorius u. A. m. Als Hospitanten nahmen während ihres zeitweiligen Aufenthaltes in Leipzig daran Theil die beiden Schriftsteller G. Kühne und B. Auerbach und der Maler und Kunstschriftsteller Fr. Pecht. Von allen diesen leben zur Zeit nur noch die wenigsten.

Aus diesem Kreise gingen dann auch manche gemeinsame Unternehmungen hervor, die über das blos Gesellige hinausgriffen. Zuerst entstand, auf meine Anregung, 1843, ein sogenanntes „Landtagskränzchen", ein Verein zu regelmäßigen Besprechungen der dem damals versammelten sächsischen Landtage vorliegenden wichtigeren Fragen, theils vor deren Behandlung im Landtage, theils nachher. An diesem Verein betheiligten sich neben der Mehrzahl der engeren Genossen unseres Kreises auch verschiedene außerhalb desselben stehende Männer von hervorragender Stellung in der Bürgerschaft, wie die Stadträthe Vollsack und Dufour, der Stadtverordnetenvorsteher Kaufmann Pohlentz, der Stadtgerichtsrath Steche. Jedenfalls war dies eine gute parlamentarische Schule, und in der That ist von den Mitgliedern dieses „Landtagskränzchens", ein großer Theil später wirklich in die parlamentarische Arena eingetreten, so außer mir Koch, Dufour, Steche, Eichorius, Stephani und noch ganz neuerlich Klemm. Der damalige Leipziger Professor von der Pfordten wohnte mehrmals als Gast unsern Sitzungen bei und erregte unsere Bewunderung durch seine haarscharfe Dialektik und seine fortreißende Beredtsamkeit.

Von viel ausgebreiteterer Wirkung war ein anderes, ebenfalls von mir angeregtes, von den „Maikäfern", vor Allen dem feurigen, für alles Neue leicht zu gewinnenden G. Wigand gefördertes Unternehmen, die Begründung eines großen Lesemuseums, woran es damals in Leipzig noch fehlte. Den Vorsitz im Directorium desselben erhielt Pfordten, ich ward zu dessen Stellvertreter gewählt. Das Museum, Ende 1844 eröffnet, ward in den nächsten Jahren

der Mittelpunkt eines vielbewegten geſelligen und politiſchen Treibens.

Inzwiſchen war mir von anderen Seiten her, und zwar gänzlich ohne mein Zuthun, eine mannigfache eingreifende Thätigkeit zugewieſen worden. 1841 hatte ſich, hauptſächlich auf R. Blums Betrieb, aus den damals ſehr zahlreichen Schriftſtellern in Leipzig ein „Literatenverein" gebildet. Mir ward, obſchon ich gerade dieſen Kreiſen bisher ziemlich fern geſtanden, faſt einſtimmig der Vorſitz übertragen. Das gleiche Vertrauen ward mir zu Theil bei dem 1845, auf Anregung ſeitens des Literatenvereins, in Leipzig veranſtalteten „Deutſchen Schriftſtellertages". Mein Stellvertreter im Präſidium war hier der Dichter Heinrich König. Er hat in dem Buch: „Ein Stillleben" in ſeiner bekannten liebenswürdig heiteren Weiſe über den Congreß berichtet. Dieſer zählte wohl über 100 Mitglieder, darunter eine Menge der namhafteſten Schriftſteller, ſo H. Laube, G. Kühne, B. Auerbach, Kuranda, W. Jordan, Boas, Danzel, Gerſtäcker, Diezmann, Willkomm, Hartmann, Wuttke, Oettinger, Heller, J. Rank u. ſ. w., auch einen hocharistokratiſchen, den Fürſten Karl Friedrich Schwarzenberg, bekannt unter dem Namen: „Der Landsknecht" wegen ſeiner Schrift: „Aus dem Wanderbuch eines Landsknechts." Die Verhandlungen des Schriftſtellertages betrafen das Verlagsrecht und das Verhältniß der Schriftſteller zu den Buchhändlern, den Nachdruck in Zeitungen und Zeitſchriften, Maßregeln für Aufrechthaltung der „Würde der Preſſe" u. dgl. m. Bei dem darauf folgenden Feſtmahl, welchem Laube präſidirte, kam es zu einer etwas peinlichen Scene, indem W. Jordan

einen poetisch schwungvollen, aber stark freigeisterisch gefärbten Toast ausbrachte, Auerbach mit großer Wärme dagegen sprach.

Eine andere, mir noch unerwartetere Aufforderung erhielt ich zur Uebernahme des Vorsitzes in dem, 1845 von Bock und Schreber gegründeten Turnverein. Derselbe hat sich später zu dem großen, durch seine hervorragenden Leistungen weithin berühmten „Allgemeinen Leipziger Turnverein" entfaltet. Gern bot ich meine Dienste zur Leitung der für die Einrichtung eines solchen Vereins unentbehrlichen parlamentarischen Verhandlungen dar; weil ich jedoch, obschon stets ein warmer Freund des Turnwesens, doch niemals ein mehr als sehr mittelmäßiger Turner gewesen bin (meine Jugend fiel in die Zeit, wo das Turnen theils verpönt, theils außer Uebung gekommen war), so suchte ich dieses Amt möglichst bald einem Würdigeren zuzuwenden.

Wenn ich damals und später bei den allerverschiedensten Gelegenheiten mit dem Vorsitze in Vereinen und Versammlungen betraut worden bin, so lag der Grund davon wohl in einer mir angeborenen und durch die Art meines Bildungsganges geförderten Hinneigung zu einer streng sachlichen, jede persönliche Parteilichkeit fernhaltenden Behandlung der meiner Leitung unterstellten Angelegenheiten, einer Eigenschaft, die mir auch als Publicist und Geschichtsschreiber zu Statten gekommen ist, während für mehr persönliche Erfolge des Redners und Parlamentariers eine gewisse Einseitigkeit, ein schärferes Parteinehmen für oder wider vielleicht größere Vortheile bietet.

Zum öffentlichen Auftreten auf politischem Gebiete gaben mir die betrübenden Augustereignisse des Jahres 1845 (von denen weiter unten des Näheren die Rede sein wird) den ersten Anlaß. Bekanntlich fand am 12. August 1845 in Leipzig ein höchst bedauerlicher Exceß gegen die Person des damaligen Prinzen, des späteren Königs, Johann statt. Der Exceß ward mit Waffengewalt niedergeschlagen, wobei mehrere wohl notorisch Unschuldige durch die Kugeln des Militärs das Leben verloren. Gegen den Exceß selbst, dessen Entstehen ich als Zuschauer beobachtete, wäre ich gern mahnend eingeschritten; allein völlig unbekannt in den weiteren Kreisen der Leipziger Bevölkerung, wie ich damals noch war, mußte ich jeden Versuch dieser Art von Haus aus für aussichtslos erachten, zumal die Männer, welche dazu berufen gewesen wären und welche sich in der unmittelbaren Umgebung des Prinzen befanden, wie der Vorsteher der Stadtverordneten, der Commandant der Leipziger Communalgarde u. A., nicht das Geringste thaten, um durch ihr Ansehen und ihre Ansprache die irregeleitete Menge von ihrem gesetzwidrigen Vorhaben abzubringen. Ich konnte nichts thun, als in meinem „Herold" mit strengster Unparteilichkeit und nach möglichst genauer Erörterung der Thatsachen nach beiden Seiten Gerechtigkeit zu üben. Als aber beim Herannahen des sächsischen Verfassungsfestes, welches jedesmal am 4. September (dem Tage der Verkündigung der Verfassung im Jahre 1831) durch eine Parade der Communalgarde und ein darauf folgendes Festmahl gefeiert zu werden pflegte, die Radicalen den Gedanken anregten, an die Stelle dieses Festes eine Todtenfeier für die am 12. August Gefallenen zu

ſetzen, da erſchien dieſer Plan mir und meinen Freunden höchſt bedenklich, weil zu fürchten ſtand, durch eine ſolche Feier und die dabei zu erwartenden Reden möchte die kaum geſtillte Erbitterung des Volkes wieder erweckt, ja könne wohl gar zu neuen bedauerlichen Ausſchreitungen der Anſtoß gegeben werden. Wir erklärten uns daher gegen dieſen Plan, wohl aber dafür, daß die Verfaſſungsfeier benutzt werde, um in entſchiedener, aber gemeſſener Weiſe der Stimmung der Leipziger Bürgerſchaft mit Bezug ſowohl auf jenes Ereigniß, als überhaupt auf das ganze Syſtem der Regierung Ausdruck zu geben. Die Radicalen, wohl in der Hoffnung, uns noch umzuſtimmen, luden uns zu einer Beſprechung ein. Im Begriff, mich dahin zu verfügen, erhielt ich eine Sendung von dem Kreisdirector v. Broizem mit der Bitte, zu ihm zu kommen. Ich fand ihn in großer Aufregung. „Ach, lieber Herr Profeſſor," rief er mir entgegen, „denken Sie nur, R. Blum und ſeine Freunde wollen eine Todtenfeier veranſtalten! Was ſoll das geben? Ich bitte Sie, ſuchen Sie das zu verhüten!". Ich ſagte ihm, daß ich eben auf dem Wege ſei, dies zu thun. Ich theilte ihm dann auch unſeren Plan mit und verhehlte ihm nicht, daß dabei manches freiſinnige, vielleicht auch manches ſtarke Wort geſprochen werden würde. Er hatte dagegen gar nichts einzuwenden, wenn nur das Todtenfeſt unterbliebe.

Die Beſprechung war, wie vorauszuſehen, reſultatlos: wir konnten die Radicalen nicht von ihrem Vorhaben abbringen, blieben aber natürlich bei dem unſeren ſtehen. Ein Comité, aus angeſehenen Bürgern beſtehend, nahm die Sache der Verfaſſungsfeier in die Hand, und

mir ward der Auftrag zu Theil, in Form eines Toastes auf den Landtag, dessen Zusammentritt nahe bevorstand, die Gesinnungen der Bürgerschaft auszusprechen. Die Verfassungsfeier fand in würdigster Weise und in gehobenster Stimmung, jedoch ohne jede Spur einer bedenklichen Erregung, unter zahlreicher Betheiligung aus den besten Kreisen der Bürgerschaft statt. Die Radicalen sahen sich isolirt, und ihre Todtenfeier unterblieb.

Für mich persönlich hatte meine beim Verfassungsfest gehaltene Rede ein unangenehmes Nachspiel. Ich hatte diese Rede nachträglich drucken lassen, und zwar, weil ich bei den damaligen Censurverhältnissen nicht hoffen durfte, sie unverstümmelt durch die sächsische Censur zu bringen, außerhalb Sachsens, in Braunschweig. Ich hatte dies hauptsächlich mit darum gethan, um zu zeigen, daß ich die Verantwortung für das, was ich gesagt, nicht scheute.

Bald darauf ward ich von dem Criminalgericht vorgefordert und von einem jungen Gerichtsassessor „vor besetzter Gerichtsbank", d. h. in Gegenwart von ein paar alten Männern, die offenbar von der ganzen Sache wenig verstanden und ziemlich theilnahmlos dreinschauten, verhört. Ich war der „Aufreizung gegen die Regierung" beschuldigt. Der Proceß zog sich nahezu zwei Jahre durch alle Instanzen hindurch und ward erst in höchster Instanz durch das Plenum des Oberappellationsgerichts zu meinen Gunsten entschieden. Ich ward „in Mangel mehreren Verdachtes" freigesprochen. Es war das eine bei dem alten Gerichtsverfahren beliebte Wendung in solchen Fällen, wo man dem Angeklagten keine wirkliche Schuld nachweisen konnte, ihn aber doch nicht ohne einen leisen Makel ent-

lassen wollte. Im vorliegenden Falle war nun freilich eine solche Entscheidung etwas eigenthümlich. Denn von einer zweifelhaften Urheberschaft der angeschuldigten Rede (in welchem Falle allein ein Mehr oder Weniger von „Verdacht" hätte Platz greifen können) war nicht die Rede; nur darum konnte es sich handeln, ob die Rede wirklich „aufreizend" sei oder nicht. Darüber aber gab es doch nur ein einfaches Ja! oder Nein! Noch eigenthümlicher war es, daß diese angeblich „aufreizende" Rede auch in der Zeit, wo die unteren Instanzen mich deshalb straffällig fanden, niemals confiscirt wurde, vielmehr unbehelligt öffentlich angezeigt, ausgestellt und verkauft werden durfte.

Eine weitere Folge dieser Untersuchung war die, daß das Cultusministerium mir das Halten von Vorlesungen staatsrechtlichen Inhalts verbot. Ich hatte in letzter Zeit an die Stelle meiner früheren philosophischen Vorlesungen ab und zu solche über sächsisches Verfassungsrecht gesetzt. Der damalige Cultusminister Herr von Wietersheim hatte sogar noch zu einer anderen, wahrhaft unerhörten Maßregel gegen mich greifen wollen. Bei meiner Habilitation 1835 war durch die Nachlässigkeit des damaligen Decans, Professor Clodius, ein Formfehler begangen, es war weder mir (wie wohl hätte geschehen sollen, was ich aber nicht wußte) eine Bescheinigung über die von mir rite erlangte venia docendi ertheilt, noch auch, wie es scheint, in den Acten der philosophischen Facultät etwas darüber vermerkt worden. Nach dem Ausgange meines Preßprocesses hatte Herr von Wietersheim sich die Facultätsacten einsenden lassen und hatte darauf an die Facultät rescribirt: „ich

sei ja gar nicht rite habilitirt und hätte also gar nicht das Recht, Vorlesungen zu halten.“ Er hatte dabei außer Acht gelassen, daß ich schon vor nahezu zehn Jahren von demselben Cultusministerium, dem er jetzt vorstand, zum außerordentlichen Professor ernannt worden war! Wie nicht anders zu erwarten, hatte die Facultät auf das fragliche Rescript in sehr würdiger, entschiedener Weise erwidert, daß, wenn 1835 ein Formfehler begangen worden sei, dies unmöglich mir zum Nachtheil gereichen könne.

Von jenem Verfassungsfeste 1845 kann man das Hervortreten einer gemäßigt-liberalen Partei in Leipzig datiren. Eine radicale bestand schon länger, wohlorganisirt unter der Führung Robert Blums. Die nächsten Lebensäußerungen dieser gemäßigt-liberalen Partei bildete eine Anzahl von Petitionen und Beschwerden an den Landtag, in denen dasjenige bestimmtere Form erhielt, was ich in meiner Rede nur kurz hatte andeuten können. Bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen, im Spätherbst 1845, ward ich mit einer Anzahl meiner politischen Freunde in das Collegium gewählt, ebenso aber Robert Blum mit mehreren seiner Parteigenossen.

So erhielt ich nun einen bestimmten, berufsmäßigen Anlaß, mit den öffentlichen Angelegenheiten — zunächst einer großen, wohlhabenden, durch ihre Selbstthätigkeit und Selbstregierung ausgezeichneten Stadtgemeinde — mich eingehender zu beschäftigen. Zwei Jahre später, im März 1848, sollte diese meine Stellung im Stadtverordneten-Collegium mich auf einen größeren politischen Schauplatz führen.

Sechzehntes Capitel.

Deutschland am Vorabend des Jahres 1848.

Das denkwürdige Jahr 1848, das viele der Jetztlebenden nur vom Hörensagen und daher meist sehr unvollständig kennen, kam keineswegs (wie wohl öfters angenommen wird) gleich einem Dieb in der Nacht über Deutschland; vielmehr hatte es seinen Schatten schon lange weit vor sich her geworfen, und zwar einen sehr breiten und dunklen Schatten! Nur völlig Kurzsichtige, oder die nicht sehen wollten, konnten die Zeichen der Zeit, die auf eine nahende Krisis deuteten, verkennen. Rings an den Grenzen Deutschlands, im Süden und Westen, hatte es längst gewetterleuchtet: in der Schweiz hatte sich die hochgespannte politische Atmosphäre bereits in einigen starken Schlägen (im Sonderbundskriege) entladen; in Italien und Frankreich war man eines gewaltsamen Ausbruchs jeden Tag gewärtig. In Deutschland selbst herrschte eine dumpfe Schwüle, wie vor dem Gewitter. „Es lag etwas in der Luft," wie man zu sagen pflegt. Die Ahnung, daß es so, wie es sei, nicht bleiben könne, ergriff selbst solche Ge-

sellschaftskreise, welche sonst — in ihrer socialen Entfremdung vom eigentlichen „Volke“ — über das, was in diesem vorgeht, sich leicht täuschen. Einen recht schlagenden Beweis dafür liefern die vor ein paar Jahren (1880) erschienenen „Erinnerungen aus meinem Leben“ von Richard Freiherrn von Friesen, königl. sächs. Staatsminister a. D. Darin wird der Zustand Deutschlands vor den Märztagen von 1848 folgendermaßen geschildert:

> Das Jahr 1847 ging zwar äußerlich ruhig vorüber, aber überall — nicht nur in Sachsen, sondern in ganz Deutschland — herrschte Unzufriedenheit, Mißtrauen, Besorgniß für die Zukunft. Die staatlichen Einrichtungen Deutschlands, sowohl der Bund selbst, als die Verfassungen eines großen Theils der Einzelstaaten, waren alt geworden, paßten nicht mehr zu den veränderten Verhältnissen, zu den Ideen, die sich der Bevölkerungen in weiten Kreisen bemächtigt hatten. Allgemein war die Ueberzeugung, daß es so nicht fortgehen könne. Viele Tausende an sich keineswegs revolutionär und antimonarchisch Gesinnter, die aber keine Möglichkeit eines friedlichen, streng verfassungsmäßigen Ausganges sahen, wurden für die Idee einer allgemeinen, wenn auch gewaltsamen Umwälzung nach einer oder der anderen Richtung geneigter und empfänglicher gemacht.

Diese so entschiedene Aussprache eines Mannes, der nach Geburt, Erziehung, gesellschaftlicher Stellung und Beruf (Herr von Friesen war schon 1847 höherer Staatsbeamter, Regierungsrath im königl. sächsischen Ministerium des Inneren) bereits damals zweifellos zu den streng Conservativen gehörte, ist in mehrfacher Hinsicht höchst bedeutsam. Nach Herrn von Friesen war ein tiefgehender, vielleicht sogar „gewaltsamer“ Umschwung oder Umsturz der bestehenden Verhältnisse nahezu unvermeidlich; zugleich

aber gesteht er ein, daß der Grund dieser „unvermeidlichen“ Krisis nicht sowohl in unzulässigen oder überspannten Forderungen der Völker, als vielmehr darin bestanden habe, daß die deutschen Verfassungszustände, die allgemeinen wie die der Einzelstaaten, „altgeworden,“ veraltet gewesen seien, und daher „zu den veränderten Verhältnissen und den in den Völkern lebenden Ideen nicht mehr gepaßt hätten“. Herr von Friesen scheint also die Ereignisse von 1848 nicht sowohl einer überstürzenden Richtung, die sich des Volksgeistes bemächtigt hätte, oder absichtlichen Agitationen einzelner Parteien zuzumessen — nach seiner ausdrücklichen Erklärung waren „viele Tausende an sich keineswegs revolutionär oder antimonarchisch gesinnter Männer für die Idee einer allgemeinen Umwälzung empfänglich gemacht“ — vielmehr einer falschen Politik der herrschenden Gewalten, welche versäumt hatten, die „altgewordenen“ und deshalb „zu den veränderten Verhältnissen nicht mehr passenden“ staatlichen Einrichtungen und Verfassungen rechtzeitig zu verjüngen und dadurch den „veränderten Verhältnissen“ wieder anzupassen. Die, wie Herr von Friesen sagt, „allgemeine“ Ueberzeugung, „daß es so nicht fortgehen könne,“ war allerdings wohl sehr berechtigt; dagegen ist nicht einzusehen, warum es „keine Möglichkeit eines friedlichen, streng verfassungsmäßigen Ausganges“ des zwischen den „altgewordenen“ Einrichtungen und den „veränderten“ Verhältnissen entstandenen Conflictes hätte geben sollen. Wie schroff auch dieser Conflict, wie groß und weitverbreitet auch — nach Herrn v. Friesens eigenem Eingeständniß — in ganz Deutschland „die Unzufriedenheit, das Mißtrauen, die Besorgniß für

die Zukunft" sein mochten — noch immer wäre es Zeit gewesen, die hochgespannten Gegensätze auszugleichen, das Mißtrauen zu beschwichtigen, die Besorgniß für die Zukunft zu stillen. Man durfte nur ungesäumt nachholen, was man zu lange hatte anstehen lassen: die gerechten, begründeten Forderungen des Zeit- und Volksgeistes befriedigen, wodurch man zugleich am sichersten in den Stand gesetzt worden wäre, unbegründete, zu weit gehende Forderungen unter dem Beifall aller Verständigen abzuweisen.

Auf die Dringlichkeit eines solchen Verfahrens die Regierungen aufmerksam zu machen, sie an die rasche und rückhaltlose Gewährung nothwendiger und heilsamer Reformen zu mahnen — das wäre wohl zunächst die Sache und die Pflicht der Conservativen gewesen, denn Diesen am meisten mußte daran gelegen sein, es zu einer „allgemeinen", wohl gar „gewaltsamen Umwälzung" nicht kommen zu lassen. Ob Herr von Friesen und seine conservativen Gesinnungsgenossen irgend welche Schritte in dieser Richtung gethan haben, sagt er uns nicht: nach der Art und Weise, wie z. B. in Preußen die Conservativen damals verfahren sind, als die beste und vielleicht letzte Gelegenheit dazu geboten war, durch Einlenken auf den Weg der Reformen einer „gewaltsamen Umwälzung" vorzubeugen, ich meine den Vereinigten Landtag 1847, steht nicht zu vermuthen, daß diese Partei überhaupt irgend etwas gethan hat, um die zu befürchtende Krisis rechtzeitig abzuwenden: eher wohl hat sie durch ihr Gebahren die Regierungen in dem starren Festhalten an dem, wie auch immer „altgewordenen", Bestehenden ermuthigt und bestärkt.

Für uns, die gemäßigt Liberalen, die wir weder (wie vielleicht manche weiter links Stehende) eine „gewaltsame Umwälzung“ wünschten, noch aber auch „einen friedlichen, verfassungsmäßigen Ausgang“ der vorhandenen Spannung für „unmöglich“ hielten, sobald nur die Regierungen sich zu einer vernünftigen Reformpolitik herbeilassen würden — für uns war die Lage eine sehr schwierige. Still zu schweigen und den Dingen ihren Lauf zu lassen, komme daraus was wolle, verbot uns unser politisches Gewissen und unsere sehr gegründete Besorgniß um die Zukunft des Vaterlandes, wenn es noch länger so weiter ginge. Wenn wir aber, von solchen Beweggründen getrieben, uns das zu thun entschlossen, was die Conservativen hätten thun müssen, und was sie mit viel mehr Aussicht auf Erfolg als wir gethan haben würden, nämlich: die Regierungen warnen, dann konnten wir sicher sein, nicht allein tauben Ohren zu predigen, sondern auch als unruhige Köpfe, wo nicht als Verbrecher verdächtigt und verfolgt zu werden.

Ich meinerseits hatte mich dadurch nicht abhalten lassen, nach besten Kräften meine Pflicht zu thun. Ich hatte in meiner Monatsschrift wiederholt auf die Gefahren der allgemeinen Lage und auf die nach meiner Ueberzeugung eben so dringliche als recht wohl mögliche Beseitigung dieser Gefahren — durch zeitgemäße Reformen — hingewiesen. Ich hatte noch in dem Neujahrsartikel von 1845 gesagt:

Auch ohne besondere Sehergabe läßt sich mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß die abwärts gekehrte Bewegung, in die wir

nach dem kurzen Aufschwunge des Jahres 1840 zurückgefallen sind, in dieser Richtung so lange fortgehen wird, bis entweder wieder einmal ein äußerer Anstoß uns emporschnellt, oder bis wir auf einem Punkte angelangt sind, wo nach den ewigen Gesetzen des Gleichgewichts der Kräfte (die in der politischen Welt so gut gelten wie in der physischen), ein Rückschlag erfolgen muß. Es ist traurig, daß dem so ist, aber es ist so. Und wer trägt daran die Schuld? Die liberale Partei gewiß nicht. Sie hat, so weit es ihr gestattet war, nach Kräften gewarnt, hat auf die Gefahren aufmerksam gemacht, in welche man sich und das Ganze stürze, wenn man die Bahnen eines stetigen, gesetzlichen Fortschritts den Völkern beharrlich verschließe und dadurch die unsaubern Geister des gewaltsamen Umsturzes und der Zerstörung entfessele; sie hat jedes, auch das kleinste Zugeständniß dankbar aufgenommen und mitten unter den drohendsten Anzeichen dennoch die Aussicht auf eine friedliche und gedeihliche Lösung der großen Lebensfragen unserer Zeit offen zu halten gesucht, um den Muth ihrer Anhänger weder in den Unmuth des Verzagens, noch in den wilden Ausbruch der Verzweiflung sich verkehren zu lassen. Sie hat sich dadurch als wahrhaft conservativ gezeigt, während das System des Rückschritts, das sich mit Unrecht conservativ nennt, es dahin gebracht hat, daß der volle Pulsschlag, der 1840 durch alle Adern des preußischen und des deutschen Volkes ging, wieder einem krankhaften, fieberischen Zucken der Glieder gewichen ist, daß die Milch der Liebe und des Vertrauens, die damals in vollen Strömen floß, sich in bittere Galle verwandelt hat, daß, wie damals ein Gefühl froher Hoffnung alle Herzen hob, so jetzt eine dumpfe Verstimmung und Verbissenheit durch alle Länder und Provinzen schleicht und das ganze Volksleben vergiftet. Nur mit Angst kann man daran denken, wohin es auf diesem Wege zuletzt mit uns kommen muß, und nur mit Wehmuth daran, wie so ganz anders es sein könnte, wenn man, dem frischen Impulse des Jahres 1840 folgend, die Entwickelung der deutschen Zustände unverkümmert und unbeengt sich hätte vollziehen lassen.

Schließlich hatte ich die Frage gestellt: „was unter den gegebenen Umständen, bei der beinahe völligen Hoff-

nungsloſigkeit aller, auch der gemäßigtſten Beſtrebungen für eine Beſſerung dieſer Zuſtände, die liberale Partei thun ſolle?"

Soll ſie (hatte ich geſagt) einen Kampf aufgeben, den ſie als erfolglos erkennen muß, und mit übereinandergeſchlagenen Armen ruhig zuſehen, wie der Wagen in ſchwindelnder Eile unaufhaltſam dem Abgrunde zurollt?

Und ich hatte geantwortet:

Nein! Das darf und das wird ſie nicht. Sie wird auf ihrem Poſten ausharren, komme was da wolle; ſie wird fortfahren, eine Richtung zu bekämpfen, die in ihrer weiteren Verfolgung ſich ſelbſt, uns Alle, das ganze Vaterland in's Verderben ſtürzen muß; ſie wird fortfahren, in echt conſervativem Sinne den Geiſt des Volkes für den geſetzlichen Fortſchritt zu bilden und zu kräftigen, damit er weder unter dem Drucke jenes falſchen Conſervatismus in Starrheit und Stumpfheit verſinke, noch auch, wenn dieſe Feſſeln ſich einmal plötzlich löſen ſollten, die Grenzen der Mäßigung und Beſonnenheit überſchreite. Wir wenigſtens haben uns beim Eintritt in das neue Jahr dieſes Gelübde gethan, und wir hoffen, daß uns die Kraft nicht fehlen werde, es zu halten.

Der Dank für dieſe wohlgemeinte Warnung war ein Verbot, welches die damalige preußiſche Regierung über meine Monatsſchrift verhängte, ein Verbot nicht blos des Vertriebes derſelben in Preußen ſelbſt, ſondern auch des Durchganges mit der Poſt durch Preußen in die jenſeits gelegenen Länder!

Das Gleiche widerfuhr mir, als ich 1847, nach dem ergebnißloſen Verlauf des erſten Vereinigten Landtags in Preußen, in meiner „Geſchichte des erſten preußiſchen Reichstags" von dem Mangel an Entgegenkommen gegen eine ſo gemäßigte und ſo loyale Vertretung des preußiſchen Volkes ſchweres Unheil für den preußiſchen Staat pro-

phezeite. Das Buch ward verboten und ſtreng verfolgt. Man wollte nicht hören; man glaubte, die Gefahr beſchworen zu haben, wenn man Die zum Schweigen brächte, die davor warnten!

Und, wie in Preußen, ſo ſtand es allerwärts in Deutſchland. Es iſt darauf ſchon oben (im zwölften Capitel) hingewieſen und Einzelnes davon des Näheren berichtet worden.

War es da zu verwundern, wenn ſolche Folgen eintraten, wie Herr von Frieſen ganz zutreffend ſie ſchildert, wenn ſelbſt der Gemäßigtſten und Ruhigſten ſich das nicht abzuweiſende Gefühl bemächtigte, „daß es ſo nicht fortgehen könne“?

Siebzehntes Capitel.

„Sächsische Zustände".

Von den größeren deutschen Verfassungsstaaten war das Königreich Sachsen lange Zeit derjenige gewesen, der sich am meisten einer ruhigen Entwickelung seiner politischen Verhältnisse erfreute, während er zugleich in materiellem Wohlsein, Dank ebenso sehr der wachsamen Fürsorge seiner Regierung, wie dem rührigen Geiste seines Volks, gedeihlich vorangeschritten war. Als ich 1842 die publicistische Laufbahn betrat, bot mein engeres sächsisches Vaterland das erfreuliche Bild eines fast ungestörten Friedens zwischen der Regierung, der Volksvertretung und dem Volke. Das Ministerium Lindenau, welches seit Einführung der Verfassung (1831) ununterbrochen die Geschäfte geführt, war nicht blos aufrichtig constitutionell, sondern auch — nach damaligem Maßstabe — überwiegend liberal. Gegen einzelne radicale Ausschreitungen in den Jahren nach 1830 war es mit Strenge eingeschritten: im Uebrigen ließ es den Volksgeist, der freilich ein sehr gemäßigter war, ruhig gewähren. Die Presse erfreute sich bei der Besprechung von Landesangelegenheiten einer weitgehenden Freiheit und war nur dann zu größerer Zurückhaltung genöthigt, wo Ver-

hältnisse Sachsens zu anderen, zumal mächtigen Staaten in Frage kamen. Zwar hatte die sächsische Regierung, gleich allen andern deutschen, an den geheimen Wiener Conferenzen Theil genommen, allein vor den störenden Rückwirkungen dieser Conferenzen auf das innere Leben der Einzelstaaten blieb Sachsen durch die verfassungstreue und gewissenhafte Politik des Königs und seiner Minister so gut wie verschont. Insbesondere im Punkte des ständischen Budgetrechtes verfuhr die sächsische Regierung streng loyal. Nirgends wohl ward das Princip der sogenannten „Specialbudgets" (Vorlegung der einzelnen Ausgabeposten zur ständischen Bewilligung und Controle) aufrichtiger gehandhabt als in Sachsen, obschon die Wiener Conferenzen sich dagegen erklärt hatten. Von Conflicten wegen nicht verrechneter Ueberschüsse oder eigenmächtiger Ueberschreitungen der gesetzlichen Voranschläge wußte man in Sachsen nichts. An dieser Loyalität in der Finanzgebahrung ist übrigens in Sachsen zu allen Zeiten und unter allen Ministerien — selbst das Beust'sche von 1850—1866 nicht ausgenommen — jederzeit festgehalten worden. Auch im Punkte der Oeffentlichkeit der Ständeverhandlungen verfuhr das Ministerium Lindenau höchst liberal; nicht nur hatte es in der Verfassung die Oeffentlichkeit beider Kammern festgesetzt, sondern es sorgte auch durch eine überaus billige Ausgabe der wortgetreuen stenographischen Berichte über die Verhandlungen beider Kammern dafür, solche den weitesten Kreisen des Volkes leicht zugänglich zu machen. Dabei entfaltete das Ministerium Lindenau auf dem Gebiete der Gesetzgebung eine höchst wohlthätige organisatorische Thätigkeit. Durch eine treffliche Städte-

ordnung (eine Nachbildung der Stein'schen für Preußen) schuf es einen kräftigen, mit weiten Rechten der Selbstverwaltung ausgestatteten Bürgerstand; durch wohlwollende Ablösungsgesetze und durch eine zu deren leichtern Durchführung errichtete höchst zweckmäßige Anstalt, die sogenannte „Landrentenbank", rief es einen freien Bauernstand in's Leben; durch die Anbahnung einer grundsätzlichen Reform des Steuerwesens, insbesondere die Aufhebung der Steuerfreiheit des ritterschaftlichen Grundbesitzes, stellte es größere Gleichheit und Gerechtigkeit in Vertheilung der Staatslasten her. Der, 1833 erfolgte, Anschluß Sachsens an den preußisch-deutschen Zollverein (das verdienstliche Werk des Finanzministers von Zeschau) erschloß der vielgestaltigen sächsischen Industrie neue Absatzwege, den Leipziger Messen neue Zuflußquellen an Stelle der, in Folge der Wandlungen des Welthandels mehr und mehr versiegenden bisherigen. Genug, das sächsische Volk befand sich materiell wohl und war politisch im Großen und Ganzen zufrieden.

Und doch sollte dieser anscheinend so glückliche Zustand im Laufe weniger Jahre in sein directes Gegentheil umschlagen, dergestalt zwar, daß lange schon vor Eintritt der Katastrophe von 1848 Sachsen zu den politisch erregtesten Ländern Deutschlands gehörte.

Der erste Grund zu diesem merkwürdigen Umschwunge lag darin, daß allmälig auch der sächsische Volksgeist eine etwas wärmere Temperatur annahm. Das war eine natürliche und unausbleibliche Folge theils der im Allgemeinen fortschreitenden Entwickelung des Volkes, theils insbesondere der gesteigerten und ausgedehnteren Gewerbs-

und Handelsthätigkeit, denn ein gewerblich regsames, namentlich aber ein an den größeren Bewegungen des Welthandels theilnehmendes Volk ist allezeit auch für politische und sociale Reformideen empfänglicher, als ein in den engeren Grenzen des Landbaus und der Kleinindustrie sich haltendes. Daher erklärt es sich auch, daß diese Ideen vorzugsweise theils in dem Centralpunkte eines großartigen materiellen und geistigen Verkehrs, Leipzig, theils in dem industriereichen Erzgebirge und Voigtlande Wurzeln schlugen und sich ausbreiteten, während die vorwiegend ackerbautreibenden Gegenden des Landes, die fruchtbaren Niederungen des Leipziger und des Dresdener Kreises und die Oberlausitz, daß ferner die Landeshauptstadt Dresden, der Sitz des Hofes und des höheren Beamtenthums, von diesem neuen Geiste weniger berührt wurden.

Die ersten stärkeren Regungen des sächsischen Volksgeistes waren übrigens an sich keineswegs der Art, um einen Conflict mit der Regierung herbeizuführen; eher schienen sie dazu angethan, den Einklang zwischen ihr und dem Volke noch mehr zu befestigen. Der hannoversche Staatsstreich von 1837 brachte allerdings eine lebhafte Erregung in Sachsen hervor; allein die nächste Empfindung, die er bei dem Sachsen erweckte, war die der Befriedigung in dem Gedanken, daß so etwas unter einem Monarchen wie Friedrich August II. und unter einem Ministerium Lindenau nicht möglich wäre.

In diesem Gefühle ward ein an die Volkskammer gebrachter Antrag: „die sächsische Verfassung unter die Garantie des Bundes zu stellen", als „unnöthig" zurückgewiesen. Mit Genugthuung vernahm man, daß die säch-

sische Regierung sich am Bundestage in jener Minderheit befunden habe, welche, wiewohl vergebens, sich des gekränkten Rechts der Hannoveraner angenommen. Daß die sächsischen Minister (auch Lindenau nicht ausgenommen) aus übergroßer Aengstlichkeit, um nicht bei dem König Ernst August anzustoßen, die Gewinnung Dahlmanns (des Hauptes der „Göttinger Sieben") für die Universität Leipzig verscherzt hatten, erfuhren damals nur Wenige.

Beim Gutenbergsfest 1840 hatte der Sachse wiederum Gelegenheit, sich der größeren Liberalität seiner Regierung im Vergleich mit anderen zu freuen. Während in Berlin die Säcularfeier der größten Erfindung aller Zeiten, und einer deutschen Erfindung, durch polizeiliche Chicanen vereitelt ward, fand eine solche in Leipzig ohne die geringste Schwierigkeit statt. Ja so weit ging das Vertrauen der sächsischen Regierung zu dem guten Geiste der Bevölkerung, daß am letzten Tage der Feier ein großartiges Volksfest, unter Theilnahme von wohl 30–40 000 Menschen von nah und fern, stattfinden durfte, ohne daß auch nur die kleinste Polizeimacht zu dessen Ueberwachung aufgeboten war.

Zwei andere wichtige Ereignisse brachte noch das Jahr 1840: die Kriegsdrohung Frankreichs und den Thronwechsel in Preußen. Beide fanden einen lebhaften Widerhall im sächsischen Volke. Auf Straßen wie in Salons sang man das Becker'sche Rheinlied, sprach auch gelegentlich von „Gesammtdeutschland", „deutschem Nationalgefühl" und dergleichen, doch ohne dabei an einen Gegensatz solcher nationalen Regungen zu dem sächsischen Staats- und Stammesbewußtsein zu denken. Den Ver-

fassungsbestrebungen des preußischen Volkes wünschten alle Wohldenkenden in Sachsen den besten Erfolg, aber wiederum nicht ohne das stolze Gefühl, daß Sachsen sich längst schon im sicheren Besitz und unverkümmerten Genuß dessen befinde, was man in Preußen erst so ungeduldig erstrebe, einer zeitgemäßen, freisinnigen Verfassung.

Indessen war doch — das ließ sich nicht verkennen — durch alle diese Vorgänge ein stärkerer Wellenschlag und eine gewisse Unruhe zunächst in die Kreise der Höhergebildeten auch in Sachsen gekommen. Zumal in Leipzig machte sich dies bemerkbar. Von hier war 1837 der Anstoß ausgegangen zur Veranstaltung einer Nationalsubscription für die ihrer gewissenhaften Ueberzeugung willen ihrer Stellen entsetzten „Göttinger Sieben". Hier hatte man das Gutenbergsfest als ein Fest nicht blos des Buchhandels und Buchdruckes, sondern in erster Linie der deutschen Presse, mit manchen feurigen Wünschen für deren größere Entfesselung gefeiert. Von Leipzig aus ward durch die, 1839 von der Firma F. A. Brockhaus begründete, „Leipziger Allgemeine Zeitung" in die Bewegung, welche 1840 sich des Nachbarlandes Preußen bemächtigte, lebhaft eingegriffen. In Leipzig ward Georg Herwegh, der feurige Freiheitssänger, auf seinem Triumphzuge aus der Schweiz nach Berlin von einem Kreise begeisterter Verehrer gefeiert, und derselbe Kreis lauschte mit Andacht den mit beißender Satire gewürzten „unpolitischen Liedern", welche Hoffmann von Fallersleben als fahrender Rhapsode hier und an anderen Orten vortrug. In Leipzig sammelte sich allmälig ein Kreis von Schriftstellern, die aus aller Herren Ländern hierher strömten, weil es ihnen daheim

zu eng ward, weil sie in Leipzig freier zu athmen, von hier aus leichter ihre Geisteserzeugnisse, in gebundener und ungebundener Rede, in die Welt senden zu können hofften.

Das Verhältniß der sächsischen Regierung zu ihren Ständen war lange ein überwiegend gutes. Nur selten und nur ganz vorübergehend ward dasselbe durch einzelne Zwischenfälle getrübt. Die Zusammensetzung beider Kammern, der Wahlkammer nach dem Princip der Ständevertretung, der oberen Kammer in vorwiegend aristokratischem Sinne, wies die gesammte Landesvertretung von vornherein mehr auf einen Kampf einzelner Standesinteressen untereinander, als auf die Anregung allgemeiner politischer Fragen hin. Der Regierung fiel dabei in der Regel die dankbare Rolle zu, zwischen diesen streitenden Interessen zu vermitteln, und sie unterzog sich dieser Aufgabe — namentlich so lange Lindenau die Seele des Ministeriums war — meist in einem wohlmeinenden und gerechten Sinne. Der Volksmund hatte daher wohl nicht ganz Unrecht, wenn er sagte: „die Regierung sei liberaler, als die Kammern, selbst die Wahlkammer.“ Der von Haus aus mehr praktisch nüchterne und auf das nächste Bedürfniß gerichtete, als zu theoretischen Speculationen hinneigende Geist des sächsischen Volkes und das in den Kammern vorherrschende juristische Element waren ohnehin der Verfolgung allgemeiner politischer Principfragen wenig günstig. Auf dem ersten Landtag nach der neuen Verfassung (1833—34) hatten sich in der Wahlkammer ein paar vereinzelte Stimmen in jenem warmen und etwas derben Brustton vernehmen lassen, wie er in den süddeutschen Kammern öfters gehört ward. Sie waren von der Mehrheit der Kammer mitleidig

lächelnd, wie eine ganz fremdartige Erscheinung, angestaunt worden. Noch auf dem Landtage von 1836—37 standen die beiden liberalen Dioskuren Todt und v. Dieskau (Beide aus dem Voigtlande) beinahe völlig vereinzelt. Der Antrag Todts, die Kammer möge eine Adresse auf die Thronrede erlassen, ward nur von sechs Stimmen, einschließlich derjenigen v. Dieskaus, unterstützt. Die heftigen Angriffe Beider gegen eine kurz vorher erlassene Preßverordnung fanden wenig Anklang. Nur in der hannoverischen Frage gelang es ihnen, eine wärmere Temperatur in der Kammer zu erzeugen. Der Landtag 1839—40 fand die liberale Opposition durch einige neue Mitglieder verstärkt. An des ausgetretenen von Dieskau Stelle war in Plauen ein angesehener Advocat, Braun, gewählt worden (1848 Justizminister); neben ihm erschien aus dem Voigtland der Rittergutsbesitzer Otto von Watzdorf, der bereits unter der alten feudalen Verfassung „Landstand" und einer der Wenigen gewesen war, die schon damals auf die Nothwendigkeit einer Verfassungsreform hinwiesen. Selbst der Dresdener und der Lausitzer Kreis hatten diesmal ein paar Liberale gewählt, Klinger-Dippoldiswalde und Hensel-Camenz. Indessen ging auch dieser Landtag ruhig und ohne eigentlichen Conflict zwischen Regierung und Volksvertretung (einen kleinen Streit über das Petitionsrecht der Unterthanen ausgenommen) vorüber. Denn bei dem, allerdings ziemlich heftigen Kampfe um die zum Neubau des Hoftheaters geforderte Bewilligung handelte es sich nicht um politische Principfragen, sondern um sehr materielle Interessen, und hier gruppirte sich daher auch die Opposition ganz anders.

Der Landtag von 1842—43 brachte zuerst eine starke Trübung in das Verhältniß der Regierung zur Zweiten Kammer. Der Opposition waren einige namhafte Elemente zugewachsen: ein intelligenter Großindustrieller aus dem Voigtlande, Georgi-Mylau (1848 Finanzminister), ein Erzgebirger, Stadtrath Oberländer aus Zwickau (1848 Minister des Innern), endlich aus Leipzig Heinrich Brockhaus, der Chef der berühmten Firma F. A. Brockhaus, ein Mann von hoher und vielseitiger Bildung.

Die allgemeine Stimmung im Lande war zum Theil auch eine andere geworden. Das bewegte Jahr 1840 hatte doch Spuren hinterlassen. Man begann allmälig die Dinge mit etwas größeren Maßstäben zu messen, als mit den beschränkten eines blos auf sich selbst angewiesenen Kleinstaates; man suchte Fühlung zu nehmen mit den parlamentarischen Factoren und mit der öffentlichen Meinung anderer deutscher Verfassungsstaaten; man wagte sich an Fragen von allgemeiner, nationaler Bedeutung. Eine solche Frage, die damals in mehreren deutschen Kammern gleichzeitig angeregt ward, war die einer Reform des Strafprocesses, der Einführung des Anklageverfahrens mit Mündlichkeit und Oeffentlichkeit an Stelle des veralteten schriftlichen und geheimen Inquisitionsverfahrens. Eine starke Mehrheit der Zweiten Kammer erklärte sich für diese Reform: der Justizminister v. Könneritz stellte ihrem Verlangen einen unbeugsamen Widerstand entgegen. Fast zwei Wochen lang ward Tag für Tag mit allen Waffen der Wissenschaft wie der Praxis für und wider das Princip der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit gekämpft; mehr als dreißig Redner nahmen das Wort, und davon stand nur

einer auf Seiten des Ministers! Gleichwohl beharrte Letzterer auf seiner Meinung und gab sehr entschieden zu verstehen, daß er nicht weichen werde, und wenn die ganze Kammer, ja beide Kammern sich gegen ihn erklären sollten.

Darüber entstand im Lande eine große Aufregung. Die Frage, um die es sich handelte, war eine populäre, für Jedermann leicht verständliche. Die Schattenseiten des alten Inquisitionsprocesses waren von einem großen Theil der Juristen längst anerkannt und viel besprochen worden. Bei dem großen Einfluß, den der Juristen- und insbesondere der Advocatenstand allezeit in Sachsen geübt hat, mußte diese Hinneigung desselben zu der von der Kammermehrheit geforderten Reform auch das Urtheil der Laien nach dieser Seite hin wenden. Und so geschah es in der That. „Mündlichkeit und Oeffentlichkeit!" ward in weitesten Kreisen die Parole des Tages. Die Deputation der Zweiten Kammer, welche den Antrag darauf empfehlend begutachtet hatte, und ihr Berichterstatter, Advocat Braun, wurden von einem zu dem Ende in Leipzig zusammengetretenen Comité zu einem Festmahl dahin eingeladen und von einer aus den angesehensten Männern der Stadt bestehenden Versammlung dankend und feiernd begrüßt.

Manches Andere kam hinzu, was den entstandenen Riß zwischen Volk und Regierung erweiterte. Bei den Verhandlungen über die Justizreform sowie bei einem neuerlichen Antrage Todts auf eine Adresse war vom Ministertische aus wiederholt mit großer Entschiedenheit erklärt worden, daß die Regierung zwar an dem Buchstaben der Verfassung festhalte, aber jedem Versuch einer erweiternden Auslegung dieses Buchstabens schlechterdings entgegentreten,

überhaupt zu keinerlei Reformen die Hand bieten werde, so lange sie nicht selbst die Ueberzeugung von deren Nothwendigkeit und Angemessenheit gewonnen habe. Damit schien jeder mögliche Einfluß der Volksvertretung auf eine Fortbildung staatlicher Einrichtungen für immer im voraus abgeschnitten und die Alleinberechtigung der Minister, über Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Reformen zu entscheiden, in schroffster Weise ausgesprochen. Dies verletzte die öffentliche Meinung, und um so mehr, je mehr man sich bewußt war, bisher nichts erstrebt oder gefordert zu haben, was irgendwie über die Grenzen äußerster Mäßigung hinausgegangen wäre. Es war nicht unbemerkt geblieben, daß jene Theorie ministerieller Allmacht und Unfehlbarkeit gegenüber der Volksvertretung vorzugsweise von zweien der Minister, dem Justizminister von Könneritz und dem Finanzminister von Zeschau, vertreten worden war, während der Ministerpräsident von Lindenau sich bei den betreffenden Verhandlungen schweigend verhalten hatte. Die daraus geschöpfte Vermuthung von einem Meinungsgegensatz zwischen Lindenau und seinen Collegen sollte noch während des Landtages von 1842/43 ihre Bestätigung finden. Lindenau vertrat gegenüber der oberen Kammer ein von dieser bestrittenes Recht der Wahlkammer; er wurde dabei von jenen beiden Collegen, obgleich sie anwesend waren, im Stiche gelassen; der König scheint sich letzteren zugeneigt zu haben; genug, Lindenau trat bald nach dem Landtage aus dem Cabinet. Bei der großen und wohlverdienten Popularität Lindenaus mußte dieser Rücktritt desselben das Vertrauen zum Ministerium bedeutend schwächen und starke Befürchtungen wegen einer der

Lindenau'schen entgegengesetzten Politik, die nun Platz greifen möchte, erwecken.

Zu diesen politischen Ursachen der Aufregung kamen bald auch religiöse. In Sachen der Religion aber war man damals in Deutschland und zumal in Sachsen fast noch reizbarer und argwöhnischer, als in Sachen der Politik. Schon die alten sächsischen Stände hatten bei jedem Landtage sich von ihren Fürsten „Reversalien" zu Gunsten der Unantastbarkeit ihrer protestantischen Kirche geben lassen. Sie hatten auch in die Verfassung von 1831 einen Artikel aufgenommen, der die Jesuiten und ähnliche Orden für immer aus Sachsen verbannte. Auf dem Landtage von 1842/43 war über angebliche ultramontane Uebergriffe und zu große Nachsicht der Regierung dagegen Klage geführt worden. Jetzt auf einmal verlautete: in einer neu errichteten katholischen Kirche (in Annaberg) sei das specifische Jesuitenzeichen (INRI) angebracht und die Kirche sei dem heiligen Ignatius Loyola (dem Stifter der Gesellschaft Jesu) geweiht. Das gab gewaltigen Lärm. Die städtische Vertretung Annabergs verlangte vom Ministerium Beseitigung jener Inschrift und strenge Untersuchung; das Ministerium glaubte dazu keine Veranlassung und keine Befugniß zu haben, weil nach Aussage des katholischen Bischofs in Sachsen eine solche Bezugnahme auf den heiligen Ignatius noch keineswegs eine Unterstellung der Kirche unter jesuitischen Einfluß bedeute. Die öffentliche Meinung beruhigte sich dabei nicht; es erfolgten neue Eingaben an das Ministerium; es erfolgten Dank- und Zustimmungsadressen an die Annaberger aus verschiedenen Theilen des Landes.

Um eben diese Zeit begann die deutschkatholische Bewegung. Die erweckte Jesuitenfurcht wendete dieser Bewegung eine Sympathie zu, die letztere sonst vielleicht in solchem Maße nicht gefunden hätte. Die Regierung verhielt sich, dieser Bewegung gegenüber, schwankend, machte ihr zuerst Zugeständnisse, nahm diese dann zurück, gab später wieder Einiges nach. Sie berief sich dabei auf die Verfassung, welche ihr eine solche Zurückhaltung gebiete, und sie hatte allerdings den Buchstaben der Verfassung für sich: nichtsdestoweniger griff im Volke die Meinung um sich, als folge sie dabei äußeren Rücksichten.

Auch innerhalb der protestantischen Kirche Sachsens entstand eine Bewegung, zunächst in Form des Verlangens nach einer freieren Kirchenverfassung. Sodann griff (um die Mitte des Jahres 1845) auch die Bewegung der sog. „protestantischen Freunde" von der Provinz Sachsen aus nach dem Königreich herüber. Uhlich selbst erschien und hielt in Leipzig und anderwärts Versammlungen ab.

Die Regierung erließ ein Verbot dieser Versammlungen; gleichzeitig erging eine amtliche Bekanntmachung der Minister, worin diese erklärten: „Sie seien durch ihren Eid verpflichtet, für Aufrechthaltung der auf die Augsburgische Confession gegründeten Kirche zu sorgen."

Darin sah man eine Zurückweisung auch der auf eine Abänderung der Kirchenverfassung gerichteten Bestrebungen. Die Aufregung wuchs; es wurden Versammlungen gehalten, in denen man gegen die ministerielle Bekanntmachung „im Namen der durch die Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit" protestirte. Die Folge war, daß die Regierung nun ein Verbot aller öffentlichen Versammlungen erließ.

Die durch alle diese zusammenwirkenden Ursachen erzeugte hochgradige Erregung des Volksgeistes, noch geschürt von einzelnen radicalen Blättern, hatte jene tiefbedauerlichen Vorgänge vom 12. August zur Folge, von denen andeutungsweise schon früher die Rede gewesen ist. Der Bruder des Königs, Prinz Johann, war Commandirender sämmtlicher Communalgarden des Landes. In dieser Eigenschaft hielt er am 12. August eine Revue der Leipziger Communalgarde ab. Nun hatte sich die Ansicht verbreitet, der Prinz sei ultramontan gesinnt, und seinem Einfluß entsprängen alle die Maßregeln der Regierung, welche so große Erregung im Volke hervorgebracht hatten: Duldung der Jesuiten, Feindschaft gegen die Deutschkatholiken und die protestantischen Freunde u. s. w. Die Ansicht war durch nichts begründet, auch in sich haltlos, denn in constitutionellen Staaten sind nur die Minister und Niemand sonst für die Maßregeln der Regierung verantwortlich; allein sie bestand, sie wurde — zwar nicht öffentlich, aber (was schlimmer) heimlich — weitergegeben und wurde nicht rechtzeitig bekämpft. Letzteres zu thun, wäre Pflicht der officiösen Presse gewesen. Der liberalen war dies nicht wohl möglich: hätte sie jenes Gerücht, wenn schon in bester Absicht, um es zu widerlegen, erwähnt, so würde man (wie damals die Stimmung gegen sie in den maßgebenden Kreisen war) wahrscheinlich gesagt haben, sie heuchle jene Absicht blos, um das Gerücht zu verbreiten. Ich selbst hatte in meinem „Herold" die vielangefochtene ministerielle Bekanntmachung zwar durchaus freimüthig, selbst scharf besprochen, hatte aber als muthmaßliches Motiv derselben angegeben, „daß die Regierung

sich durch eine Hinneigung zu der strenggläubigen Richtung oder durch eine übertriebene Besorgniß (betreffs der religiösen Bewegung im Volke) zu einem solchen Verfahren habe bewegen lassen," hatte also jeden Gedanken an eine außerhalb der Regierung liegende Triebfeder schlechterdings ferngehalten.

Genug aber, jene Ansicht bestand, und die bedauerlichen Folgen zeigten sich bald. Schon bei der Revue der Communalgarde war der Prinz sehr kühl empfangen worden; am Abend rottete sich ein Haufen Volks vor seiner Wohnung, dem Hotel de Prusse, zusammen, der abwechselnd durch Zischen und Pfeifen, durch Absingen des Liedes „Eine feste Burg u. s. w.", durch Hochs auf Ronge und Czerski, zuletzt durch einzelne Steinwürfe gegen das Hotel, seiner Gesinnung zweifellosen Ausdruck gab. Leider ließ man die Tumultuanten wohl eine Stunde lang ruhig gewähren. Weder war eine ausreichende Polizeimannschaft zur Stelle, um die Menge zu zerstreuen, noch ward rechtzeitig die Communalgarde aufgeboten, welcher gesetzlich bei derartigen Anlässen die Herstellung der Ordnung an erster Stelle oblag. Statt ihrer erschien plötzlich Militär, welches dann, anscheinend ohne zuvor einen beharrlichen Versuch zur Auseinandertreibung der Menge mit dem Bajonnet gemacht zu haben, ja selbst wohl ohne eine allseits vernehmbar gewordene Drohung mit Anwendung der Feuerwaffe, von zwei Seiten her Salven gab und dadurch eine Anzahl Menschen tödtete — zum größern Theil, wie schon angedeutet, höchst wahrscheinlich Unschuldige, wie sowohl nach ihrer Persönlichkeit als nach dem Orte, wo sie gefallen waren, glaubhaft erschien.

Diese Wendung der Sache brachte eine furchtbare Aufregung in der Stadt und im ganzen Lande hervor. Die Behörden — bis hinauf zu den Ministern — waren offenbar betroffen über diesen blutigen Ausgang; trotz der verfügbaren Militärmacht (welche in das Schloß Pleißenburg zurückgezogen ward) war Leipzig mehrere Tage lang vollständig ohne Obrigkeit. Sowohl der Stadtrath als die königliche Kreisdirection enthielten sich jeder amtlichen Einwirkung, ließen geschehen oder vollzogen wohl gar selbst, was die unter Robert Blums Leitung stehenden Volksversammlungen im Schützenhause beschlossen. Robert Blum war recht eigentlich Herr der Stadt. Man muß ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er seine Herrschaft nicht mißbrauchte, vielmehr Ruhe und Ordnung erhielt, wofür ihm denn auch später in einer von einer großen Anzahl von Bürgern (worunter sehr conservative) unterzeichneten Adresse gedankt ward. Erst nach fast einer Woche trat in diesem höchst merkwürdigen Zustande eine Aenderung ein: nun ergingen scharfe Rügen seitens des Königs an die Behörden und an die Bürgerschaft der Stadt Leipzig; zugleich ordnete die Regierung eine „Erörterung" der Vorgänge vom 12. August (d. h. des Schießens) an, jedoch mit einer vorausgeschickten Erklärung, wonach sie das Verfahren der Militärbehörde am Abend des 12. August von vornherein als gerechtfertigt anzusehen schien.

So war im Laufe weniger Jahre auch im Königreich Sachsen der frühere Zustand friedlichen Zusammenwirkens und gegenseitigen Vertrauens zwischen Volk und Regierung in sein directes Gegentheil umgeschlagen.

Ich schrieb damals für meine censurfreie Viertel-

jahrsschrift „Unsere Gegenwart und Zukunft", einen Aufsatz unter derselben Ueberschrift, die ich diesem Capitel vorangesetzt habe: „Sächsische Zustände." Darin versuchte ich, jenen merkwürdigen Umschwung in den Verhältnissen Sachsens zu veranschaulichen und zu erklären. Er begann mit folgender Schilderung:

Bis vor nicht langer Zeit nahm Sachsen unter den constitutionellen Staaten Deutschlands eine eigenthümliche Stellung ein. Es repräsentirte gleichsam den Stand der Unschuld, der kindlichen Naivetät des constitutionellen Bewußtseins. Alles war hier Liebe und Güte, gegenseitiges Vertrauen und Entgegenkommen. Eine gutgeartete Regierung und ein harmloses, friedliches Volk, welches fest an seiner Verfassung hing, aber in dieser selbst weit mehr ein Band zwischen sich und der Regierung erblickte, als eine Waffe, mit welcher, oder ein streitiges Terrain, um welches man sich gegenseitig zu bekämpfen habe. Verfassungskämpfe kannte man nur vom Hörensagen aus andern Staaten. Selbst wenn einmal eine Regierungsmaßregel über die Grenzen der Mäßigung, die man gewöhnlich streng innehielt, hinauszugehen schien, ließ man nach einigen mahnenden Worten von der einen und einigen begütigenden von der andern Seite die Sache immer auf sich beruhen und schloß schnell wieder Frieden, wie in einer soliden Ehe, wo man sich wohl einmal überwirft, aber ebenso bald wieder versöhnt, „um den Nachbarn kein Aergerniß zu geben," und weil man weiß, daß man doch zusammen leben muß, und sich daher lieber vertragen, als gegenseitig das Leben schwer machen will. Die süddeutschen Constitutionellen sahen vornehm lächelnd auf die sächsischen Kammern herab, in denen zwischen Ministern und Abgeordneten immer nur in dem höflichen, glatten sächsischen Stil verhandelt, jede Spitze und Schärfe der Discussion aber behutsam vermieden wurde. Noch mehr verdroß dieser stille, friedliche Entwickelungsgang des sächsischen Staatslebens die radicale Partei in Preußen, welche nicht begriff, wie wir so ruhig auf dem langsamen Wege der „constitutionellen Entwickelung" einhergehen und in Eintracht mit unserer Regierung leben könnten, während sie der ihrigen gegenüber fortwährend auf dem qui vive!

ſtand und keinen andern Ausweg aus der verzweifelten Gegenwart zu ſehen glaubte, als den eines totalen Umſchwunges aller Verhältniſſe.

So war es ſonſt! Und jetzt? Jetzt geht durch das früher ſo ſtille Land eine tiefe, gewaltige Aufregung; ein krankhaft gereizter Zuſtand giebt ſich in allen Bewegungen des Staats- und Volkslebens kund, ebenſo wohl in den Maßregeln der Regierung, wie in den Stimmungen der Bevölkerung. Man mißtraut ſich gegenſeitig; man beobachtet ſich mit Argwohn und paßt geſpannt auf jede Blöße, die der Gegner zeigen möchte, um da ſogleich die ſcharfe Waffe einzubohren, ſei dies nun das Schwert polizeilichen Verbots oder crimineller Anklage, ſei es die Feder des Schriftſtellers oder das ſchneidende Wort des Redners, von der Landtagstribüne herab vor den Augen und im Namen des Volkes öffentlich gegen die Miniſterbank geſchleudert. Die Regierung hält ſich hinter dem Buchſtaben der Verfaſſung verſchanzt und ſteht wie Shylock auf ihrem Recht und nur auf ihrem Recht, und der Zeitgeiſt ſchlägt wie Moſes mit dem Stabe an den ſtarren Buchſtaben des geſchriebenen Verfaſſungsgeſetzes, um daraus den lebendigen Quell der Freiheit und des echt conſtitutionellen Fortſchritts hervorzulocken. So thut ſich zwiſchen Beiden eine immer weitere Kluft auf, in welche das alte Vertrauen, die alte Gemüthlichkeit des ſächſiſchen Lebens, ja auch die alten koſtbaren Eigenſchaften des ſächſiſchen Volkes, ſeine Offenheit und Zutraulichkeit, unrettbar zu verſinken drohen, wenn nicht bald und ernſtlich daran gedacht wird, eine Brücke über den gähnenden Riß zu ſchlagen.

Ich unternahm es ſodann, dieſen ſcharfen Contraſt zwiſchen dem Sonſt und dem Jetzt zu erklären, indem ich die verſchiedenen Maßregeln der Regierung in den letzten Jahren einer Kritik unterzog — einer Kritik, die, wie ich ſagen zu dürfen glaube, bei aller rückhaltloſen Freimüthigkeit doch nichts enthielt, als was ich auf's Strengſte mit Thatſachen und Gründen zu belegen vermochte.

Der Aufſatz machte ſogleich bei ſeinem Erſcheinen

großes Aufsehen. Sehr gemäßigte, ja conservative Männer, Männer in angesehenen bürgerlichen Stellungen, zollten ihm die Anerkennung, daß er wahr schildere, gründlich urtheile und in seinem Tadel zwar scharf, aber fern von Leidenschaft oder Gehässigkeit sei. Was aber dem Artikel alsbald ein ganz ungewöhnliches Gewicht und die weiteste Verbreitung verschaffte, das war ein Schritt der unerwartetsten Art, zu welchem das Ministerium sich durch denselben verleiten ließ. Der Band meiner Vierteljahrsschrift, welcher den Aufsatz enthielt, war (obschon von 1846 datirt) doch noch unmittelbar vor Weihnachten 1845 erschienen. Am ersten Feiertag erhielt ich die Nachricht, daß derselbe von der Kreisdirection mit Beschlag belegt worden sei. Schon dies konnte, wie damals die Verhältnisse lagen, nur dazu dienen, den Eindruck, den er ohnehin machte, zu verstärken. Wie groß aber war vollends die Sensation, als bald nach den Feiertagen der Aufsatz vom Ministerium des Innern, „im Einverständniß mit dem Gesammtministerium", ohne daß meinerseits irgend ein Schritt geschehen war, durch eine mit den Unterschriften sämmtlicher Minister versehene „Bekanntmachung" in der (officiellen) Leipziger Zeitung freigegeben, zugleich folgende Erklärung beigefügt ward:

Uebrigens sind die in jenem Aufsatze enthaltenen Aeußerungen über die amtliche Wirksamkeit und die Gesinnung mehrerer Minister zu unwürdig, um von ihnen auf irgend eine Weise beachtet zu werden. Die Unterzeichneten erklären dies mit dem Hinzufügen, daß sie sich durch dergleichen Angriffe in treuer Erfüllung ihrer Pflicht gegen König und Vaterland nicht werden irre machen lassen.

Das hieß denn freilich, die Presse als eine Macht anerkennen, da man mit einem solchen Aufgebot der

außerordentlichsten Mittel ihr gegenübertrat, in einer Form, die sonst nur bei großen Staatsacten (z. B. provisorischen Gesetzen, für welche sämmtliche Minister nach der Verfassung solidarisch verantwortlich sind) in Anwendung zu kommen pflegte.

Die Folge war, daß von dem Aufsatz binnen kaum zwei Monaten drei Auflagen nahezu vergriffen waren. Wie weit die Wirkung des Aufsatzes reichte (selbst bis in die Kreise der Beamtenwelt hinein), davon hatte ich bald darauf Gelegenheit mich persönlich zu überzeugen. Bei einem Besuch in Dresden ward ich von einem Freunde in die Gesellschaft „Albina" eingeführt, deren Mitglieder vorzugsweise Männer des höheren Beamtenstandes, Geheime Justiz-, Regierungs- und dergleichen Räthe waren. Auch an diesem Abend waren viele solche gegenwärtig. Sie suchten einer nach dem andern meine Bekanntschaft und knüpften Unterhaltungen mit mir an, und ich war, ohne es zu wollen, der „Löwe" des Abends.

Die andere Wirkung freilich, die mir viel wichtiger gewesen wäre, die nämlich, daß der Aufsatz das Ministerium zu einer Aenderung seiner Politik veranlaßt hätte, blieb leider aus. Vielmehr ging dasselbe unbeirrt auf dem betretenen Wege vorwärts. In diesem Festhalten an seiner unfreisinnigen Politik ward es bestärkt durch die Mißerfolge der liberalen Partei auf dem im Herbst 1845 eröffneten neuen Landtage. Nur in der Frage der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit errang dieselbe einen kleinen Sieg, indem der Justizminister — trotz seines beim Landtag 1842 erklärten „Niemals" — sich doch zu einem, wenn auch nur halben Zugeständniß herbeiließ; in allen anderen Fragen jedoch,

insbesondere auch in der wichtigen Frage wegen des Verfahrens des Militärs am 12. August, unterlag sie einer conservativen Mehrheit in der Zweiten Kammer. Sie selbst spaltete sich je mehr und mehr in eine gemäßigtere und eine radicalere Gruppe. Das zum Theil etwas heftigere Vorgehen dieser letzteren machte manche Abgeordnete, die bisher zur liberalen Partei gehalten hatten, dieser abwendig, trieb sie auf die conservative Seite hinüber, und die Art und Weise, wie die Radicalen diese Einbuße in der Kammer durch lärmende Huldigungen, die sie sich von ihren Anhängern im Lande bereiten ließen, zu ersetzen suchten, schadete der gemeinsamen liberalen Sache nur noch mehr. Die Fehler der radicalen Partei benutzend und gestützt auf eine eben dadurch immer stärker werdende reactionäre Strömung, konnte das Ministerium immer rücksichtsloser gegen alle freieren Regungen verfahren, insbesondere die unabhängige Presse fast gänzlich stumm machen, dagegen eine gesinnungslose, sich in Servilismus überbietende Presse großziehen.

Und so kam es auch in dem einst so friedlichen und so zufriedenen Sachsen zuletzt dahin, daß (wie Herr von Friesen sagt) das zu lange starre Festhalten an überlebten und unhaltbar gewordenen Zuständen einen Umschlag als früher oder später unvermeidlich erscheinen ließ.

Achtzehntes Capitel.

Die Märzbewegung von 1848.

Zu den traurigsten Folgen der unfertigen Zustände Deutschlands, wie sie ehemals waren, gehörte auch die, daß das deutsche Nationalleben seinen Schwerpunkt nicht in sich selbst hatte, daß es von äußeren Anstößen hin und her getrieben wurde, bald von einem Wiener oder Petersburger Wind in das Fahrwasser der Reaction, bald von einem Pariser Aufstande nach der entgegengesetzten Seite. Heutzutage brauchen wir uns weder um das Eine noch um das Andere zu kümmern. Ein Sieg der Reaction in Oesterreich mag uns mit Besorgnissen für unsere dortigen Stammesverwandten erfüllen, allein unser eigenes Staats- und Volksleben berührt er nicht. Und ob Frankreich eine republikanische, royalistische oder imperialistische Regierungsform hat, mag für unsere Beziehungen zu Frankreich nicht gleichgiltig sein, auf unsere inneren Zustände übt es keinen Einfluß.

So war es aber damals nicht. Daß jeder gewaltsame Umschwung in Frankreich auch einen solchen in Deutschland nach sich ziehen müsse, galt für eine zweifellose Thatsache. „Wenn Ludwig Philipp einmal die Augen schließt, wird

Vieles anders werden," konnte man alle Tage und von den verſchiedenſten Seiten hören. Daß eine Kataſtrophe der Art wie die Februarrevolution noch bei deſſen Lebzeiten eintreten würde, hatte man allerdings nicht für möglich gehalten. Freilich, als man den anſcheinend ſo klugen König mit einer Starrheit, welche nur noch durch die ſeines Miniſters Guizot überboten ward, alle, auch die berechtigtſten Reformwünſche ſeines Volkes ſchroff zurückweiſen ſah, während eine bedenkliche politiſche und ſittliche Fäulniß die höheren, eine tiefgreifende Erbitterung gegen das Beſtehende die unteren Klaſſen der franzöſiſchen Geſellſchaft ergriffen hatte, da mußte man auf das Aeußerſte von dorther gefaßt ſein, gleichzeitig aber auch auf einen wahrſcheinlich nicht ausbleibenden Rückſchlag nach Deutſchland herüber. Gerade beim Ausbruch der franzöſiſchen Februarrevolution befanden ſich zwei meiner Freunde in Paris. Der eine davon ſchrieb mir am 23. Februar, nach der Abdankung Guizots: „nun ſei hoffentlich Alles beendet, und es werde wieder Ruhe eintreten." Ich ſchrieb ihm zurück: „meiner Anſicht nach ſei dies erſt der Anfang vom Ende." In der That bin ich noch heut überzeugt, daß auch ohne die beiden verhängnißvollen Schüſſe vor dem Hotel Guizots die Revolution ſich ſchwerlich mit dem Sturze eines Miniſters begnügt haben würde. Die Zuſtände dort waren zu verworren. Das herrſchende Syſtem — nicht blos Guizots, ſondern des Königs ſelbſt — hatte ſich zu verhaßt, hatte ſich unmöglich gemacht. Weiß man doch aus einem in den Tuilerien gefundenen Briefe des Prinzen von Joinville an ſeinen Bruder, den Herzog von Aumale, wie dieſer Prinz ſelbſt von der Starrheit

ſeines Vaters in Verweigerung, aller, auch der gerechteſten Forderungen der Oppoſition die ſchlimmſten Folgen für das Königshaus und das Königthum befürchtete.

In der Nacht vom 28. auf den 29. Februar (es gab damals noch keine überall hin reichenden telegraphiſchen Verbindungen) gelangte die Nachricht von der am 24. Februar erfolgten Flucht Ludwig Philipps und Einſetzung einer proviſoriſchen Regierung in Paris nach Leipzig. Ich erfuhr ſie am 29. Februar früh. Mir war es keinen Augenblick zweifelhaft, daß auch in Deutſchland, auch in Leipzig die Wogen der Aufregung alsbald ſehr hoch gehen würden, ebenſowenig aber, daß die Radicalen beeifert ſein würden, ſich der Bewegung zu bemächtigen. Und wirklich vernahm ich noch im Laufe des Vormittags aus glaubhafter Quelle, daß dieſelben mit einer Demonſtration zu Gunſten der Pariſer Revolution umgingen.*)

Schon einmal, nach den Auguſtereigniſſen von 1845, war es mir (wie früher berichtet) gelungen, einen von den Radicalen beabſichtigten Appell an die heftigeren Volksleidenſchaften dadurch zu verhindern, daß ich den Kern der Bürgerſchaft für eine mehr ruhige, darum nicht minder

*) In dem Buche: „Robert Blum. Ein Zeit- und Charakterbild für das deutſche Volk", von Hans Blum (1878) erzählt Letzterer (S. 250): „Sein Vater habe auf einem Balle im Hotel de Pologne die Nachricht vom Erfolg der Pariſer Revolution erhalten und ſei ſofort, noch während des Balles, mit einigen Freunden zu einer Berathung über die Schritte, die nun in Leipzig geſchehen müßten, zuſammengetreten. Alle hätten darin übereingeſtimmt, daß die Stadtverordneten und womöglich auch der Stadtrath die Wünſche der Bürgerſchaft vor den Thron bringen müßten. Am nächſten Morgen habe ſich aber ergeben, daß auch die Gemäßigten, unter Biedermanns

nachdrückliche Kundgebung berechtigter Wünsche und Beschwerden gewann. Weit dringlicher noch schien es mir jetzt, einer ähnlichen Ueberstürzung vorzubeugen, die Bewegung von Haus aus in eine gemessene Bahn zu leiten. Nach rascher Besprechung mit einigen näheren Freunden begab ich mich zum Vorsteher der Stadtverordneten, Advocat Werner, dessen Stellvertreter ich seit Anfang des Jahres war. Er war ein ruhiger, der Tagespolitik eigentlich fernstehender, aber wohlmeinender, mir persönlich vertrauensvoll zugethaner Mann. Ich bestimmte ihn leicht, noch für denselben Abend eine Sitzung der „Deputation zum Localstatut" (Verfassungs-Deputation) der Stadtverordneten anzusetzen. In dieser Deputation saßen die einflußreichsten Mitglieder des Collegiums von rechts und links. Ihr wollte ich den Entwurf einer Adresse unterbreiten, die meiner Ansicht nach unverweilt von beiden städtischen Collegien gemeinsam an den König gebracht werden müßte. Die Adresse, die ich sofort entwarf und am Abend vorlegte, lautete:

Allerdurchlauchtigster König! Ew. Majestät nahen die ehrerbietigst Unterzeichneten, Stadtrath und Stadtverordnete der

---

Führung, genau dasselbe Ziel verfolgten". Ich lasse dahingestellt, ob wirklich von Haus aus die Radicalen „genau dasselbe Ziel" wie wir verfolgt, oder ob sie nicht ihre ursprünglich weitergehenden Absichten, bewandten Umständen nach, unserem Vorgehen anzupassen, bezüglich aufzuopfern für räthlich befunden haben. Das geplante Fest zu Ehren der Pariser fand übrigens ein paar Tage später noch statt; allein inzwischen hatten die Dinge in Folge unsres Vorangehens einen solchen Verlauf genommen, daß es unschädlich verpuffte und sich schließlich in eine „Zustimmungsadresse an die Stadtverordneten" zuspitzte.

Stadt Leipzig, mit einer eben so ehrfurchtsvollen als dringenden und vertrauensvollen Bitte, einer Bitte, deren Inhalt, wenn auch vielleicht überraschend im Hinblick auf die Stellung der Bittenden, als bloßer Vertreter einer Commune, nicht des Landes, dennoch, so hoffen wir zuversichtlich, vor Ew. Majestät weisem und hohem Geiste sich rechtfertigen wird durch die Macht der Beweggründe, die uns dazu hindrängen.

Allerdurchlauchtigster König! Ein Ereigniß hat stattgefunden, welches die ganze Weltlage zu verändern, welches namentlich Deutschlands und somit auch Sachsens, auch Leipzigs Zukunft auf's Ernstlichste zu gefährden droht. In dem Lande, welches seit langen Zeiten vorzugsweise bestimmend auf Europas, auf Deutschlands Geschicke eingewirkt hat, ist ein Umschwung der Dinge eingetreten, dessen Ende und dessen Folgen für die übrigen Länder sich noch gar nicht übersehen lassen. Fragen wir uns: was für uns, für unser deutsches und unser sächsisches Vaterland aus dem Rückschlage jener Ereignisse hervorgehen werde, so drängt eine doppelte Befürchtung sich unsern Gemüthern auf. Von der einen Seite kann leicht die Rückwirkung der dortigen Vorgänge, wie schon einmal im Jahre 1830, uns Störungen der öffentlichen Ordnung, gewaltsame Ausbrüche einer leidenschaftlich erregten Volksstimmung bringen, eine Gefahr, zu deren Abwendung gewiß jeder wahre Freund seines Vaterlandes und der gesetzlichen Freiheit mit allen Kräften beizutragen wünschen wird. Daß Anlässe zu einer solchen Befürchtung in unsern öffentlichen Zuständen, sowohl den allgemeinen deutschen, wie den speciellen sächsischen, vorhanden sind, Das, Ew. Majestät! in diesem ernsten Momente zu verschweigen oder gar zu leugnen, würde gegen unser Gewissen und gegen die heiligen Pflichten sein, die wir Ew. Majestät, dem Lande und unsern Mitbürgern schulden. Ja, Ew. Majestät! wir sprechen es aus mit der ganzen Offenheit, welche der gebieterische Drang der Umstände erheischt: auch in Sachsen, wie leider in den meisten deutschen Ländern, wird schmerzlich jene innige Eintracht und Wechselwirkung zwischen dem Geiste der Verwaltung und dem Geiste des Volks — wir meinen den unabhängigen, denkenden und besonnenen Theil des Volks — vermißt, wodurch allein doch

eine aufrichtige und vollständige Ausführung und Ausbildung der Verfassung möglich ist.

Wenn wir gleichwohl die Wünsche und Anliegen, die wir in dieser Richtung mit Bezug auf unser nächstes Vaterland hegen, für jetzt unterdrücken, so bewegt uns dazu der Hinblick auf die größern und dringendern Anliegen unseres gesammten deutschen Vaterlandes, sowie die feste Zuversicht, Ew. Majestät selbst werde aus freiem Antriebe, in weiser Erwägung der außerordentlichen Zeitumstände, diejenigen Maßregeln beschließen, welche geeignet sind, das Vertrauen des Volks zu der Verwaltung des Landes zu befestigen, den gesetzlichen Fortschrittsbestrebungen freie Bahn und vor Allem freie Aeußerung zu gewähren, und so jeder Gefahr eines ungesetzlichen Ausbruchs wirksamst vorzubeugen.

Allein, Ew. Majestät! eine andere, nicht so leicht zu beseitigende Gefahr droht uns von dem Rückschlage jener Ereignisse und der gleichzeitigen Verwickelungen in Italien, der Schweiz und beinahe an allen unsern Grenzen, die Gefahr, daß entweder die innere Gährung Frankreichs sich nach außen Luft mache, oder daß durch ähnliche unglückliche Maßregeln, wie im Jahr 1792, durch eine Coalition der absoluten Mächte gegen den Sieg des freien Princips in Frankreich, Italien oder der Schweiz, auf der einen Seite Frankreich zum Losbrechen gewaltsam herausgefordert, auf der andern Seite aber — was uns das ungleich Schlimmere und Bedrohlichere dünkt — Rußland der willkommene Anlaß gegeben werde, mit seinen Waffen und seiner Politik uns zu umspannen. Wir aber, und mit uns gewiß alle Deutsche, wollen eben so wenig Russen als Franzosen werden, wir wollen weder unser Gut und Blut im Dienste des Absolutismus hingeben zur Unterdrückung freier Völker, noch aber auch, und wäre es selbst im Namen der Freiheit, deutsche Länder und deutsche Bevölkerungen von dem gemeinsamen Vaterlande losgerissen sehen. Daß jede Kriegsgefahr, komme sie woher sie wolle, Deutschland am Ersten und Stärksten bedroht, ist eben so zweifellos, als die Erinnerung an Das, was Deutschland, was Sachsen, was insbesondere Leipzig von einer solchen zu leiden hat, mit blutigen Zügen in Aller Herzen eingegraben ist.

Zu der Weisheit Ew. Majestät und Ihrer hohen Bundesgenossen, der durchlauchtigen Fürsten des deutschen Bundes, hegen wir zwar das Vertrauen, daß dieselben alle die in der Bundesverfassung vorgesehenen Mittel zu einer kräftigen Vertheidigung Deutschlands gegen jede äußere Gefahr vorbereitet haben und in thätige Wirksamkeit setzen werden. Aber, Ew. Majestät! die Geschichte, die traurige Geschichte unsres Vaterlandes wird uns rechtfertigen, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß in Momenten wie dieser nicht die physische Macht allein, nicht die auch noch so treffliche Heer- und Wehrverfassung den Sieg zu entscheiden und Schmach und Unterdrückung von einem Lande abzuwehren vermag, wenn sie nicht Hand in Hand geht mit jener moralischen Macht, welche nur aus der innigen Begeisterung der ganzen Nation für die Sache des Vaterlandes, seiner Regierung und seiner Institutionen entspringt. Die deutschen Fürsten selbst haben dies schon einmal, in jener verhängnißvollen Zeit von 1813 und 1814, anerkannt. Um aber diese Macht eines kräftigen Nationalgeistes nicht allein zu wecken und zu stärken, sondern um derselben auch den belebenden Einfluß auf die Einheit der ganzen Nation und die imposante Gewalt nach außen zu verleihen, wodurch allein schon entweder der fremde Angriff verhindert oder doch der Sieg der vaterländischen Waffen verbürgt wird, dazu, Ew. Majestät! bedarf es, nach unsrer innigsten und gewissenhaftesten Ueberzeugung, einer Umgestaltung der bisherigen Politik des Bundes, welche nur eine Politik der Cabinette, nicht der Völker war, eines Aufgebens jenes Systems des Mißtrauens gegen den deutschen Nationalgeist, als dessen natürlicher Rückschlag auch im Volke Mißtrauen und Abneigung gegen die Bundesgewalt sich zeigt, dazu bedarf es vor Allem der Beseitigung jener unseligen Ausnahmegesetze, welche die freie Entwickelung der deutschen Volkskraft so schmerzlich lähmen, und, an ihrer Stelle, der Erschaffung freisinniger, volksthümlicher Institutionen, welche, indem sie der Nation gestatten, sich als ein einiges und freies Volk nicht blos zu fühlen, sondern auch zu äußern und zu bethätigen, zugleich den andern Völkern Achtung gebieten und ihnen die Hoffnung rauben, uns bei einem Angriffe schwach, getrennt, uneinig im Innern zu finden. Solcher Institutionen giebt es

hauptsächlich zwei, von deren ungesäumter Herbeiführung wir uns die wohlthätigsten Folgen für die Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands versprechen. Es sind dies: die Entfesselung der öffentlichen Meinung, der Presse im ganzen Umkreise des deutschen Bundes, und: die Berufung von Vertretern sämmtlicher deutscher Völker an den Sitz des Bundestags, um diese hohe Versammlung mit der moralischen Macht eines öffentlich ausgesprochenen und verkörperten Nationalwillens zu umgeben, um jenen Zusammenhang zwischen ihr und der Nation herzustellen, der jetzt so oft vermißt wird, um ihren Beschlüssen eine sichere Grundlage und einen starken Rückhalt in dem Vertrauen und den Sympathien aller deutschen Völker zu geben und dem Auslande zu zeigen, daß Deutschlands Fürsten und Völker Eins sind in dem Entschlusse, jeden fremden Angriff und Einfluß auf Deutschland abzuwehren.

Allerdurchlauchtigster König! Wohl wissen wir, daß die Erfüllung dieser patriotischen Wünsche nicht von Ew. Majestät und Ihrer Regierung allein abhängt; allein wir vertrauen, daß Sachsens Stimme, mit der Kraft der Wahrheit und der richtigen Erkenntniß der Zeitverhältnisse sowie der allgemeinen Nationalanliegen am Bundestage geltend gemacht, nicht ohne Anklang und Erfolg bleiben wird in einem Momente von so gebieterischer Wichtigkeit. Welches aber auch der Erfolg unsrer Bitten und der Entschließungen Ew. Majestät auf dieselben sein möge, so haben wir geglaubt, eine heilige und unabweisbare Pflicht zu erfüllen, indem wir, zwar nur die Vertreter eines Theiles des Landes, aber eines Theiles, dessen Wohl und Wehe vielleicht mehr, als das irgend eines andern Theiles, mit dem Wohl und Wehe des Ganzen zusammenhängt, in diesem ernsten und verhängnißschwangern Zeitpunkte zu Ew. Majestät unsere Stimme erheben und als loyale Staatsbürger, als warme Freunde der gesetzlichen Ordnung und des friedlichen Fortschritts, als betraut mit der Sorge um das Wohl unserer Commune und darum verpflichtet, Nichts, auch das Fernste nicht, unbeachtet zu lassen, was dieses Wohl gefährden könnte, Ew. Majestät unsre Anliegen und Wünsche in Betreff der großen Nationalinteressen

unſeres Vaterlandes vertrauensvoll vortragen. In tiefſter Ehrfurcht verharren Ew. Majeſtät unterthänigſt gehorſamſte

Der Stadtrath und die Stadtverordneten Leipzigs.

Leipzig, den 1. März 1848.

Mein Entwurf ſtieß in der Deputation auf mehrfachen Widerſpruch. Die von der Rechten fanden ihn theilweiſe zu weit gehend, zu ſtark, die von der Linken dagegen zu zahm, zu nichtsſagend. Doch ſtimmte ſchließlich die Mehrheit mir bei und beſchloß, die Adreſſe dem Collegium zur Annahme zu empfehlen.

Am nächſten Morgen (1. März) fand die öffentliche Plenarſitzung des Collegiums ſtatt. Die ungewöhnliche Stunde und die noch ungewöhnlichere Tagesordnung, beides im Localblatt angekündigt, hatten eine außerordentliche Menge von Zuhörern herbeigezogen, ſo daß nicht blos die Tribünen dicht gefüllt waren, ſondern auch, auf die Bitte der Draußenſtehenden, die Thüren des Sitzungsſaales geöffnet wurden. Als ich in den Saal trat, kam Robert Blum auf mich zu und ſagte: „Ich werde gegen Ihren Entwurf ſprechen, allein wir werden dafür ſtimmen.“ Und ſo geſchah es. Blum hielt eine ſchwungvolle Rede, worin er meinen Adreßentwurf der Lahmheit und Zahmheit bezichtigte — „wie das ſo die Art der Gemäßigten iſt“, ſchließlich aber erklärte: „er und ſeine Freunde würden dennoch, um der Einigkeit willen, dafür ſtimmen.“ Die beiden Mitglieder der Rechten, die am Abend vorher den Gedanken einer Adreſſe an den König bekämpft hatten, entfernten ſich vor der Abſtimmung; ſo ward die Adreſſe mit Einmüthigkeit beſchloſſen.

Durch eine Deputation wurde der Stadtrath zum Beitritt eingeladen. Und auch dieser erfolgte einstimmig.

Zwei wichtige Erfolge waren so auf einmal erreicht: die radicale Partei hatte — mit anerkennenswerther Selbstverleugnung — uns, den Gemäßigten, die Führung überlassen, und der, in seiner Mehrheit sehr conservative Stadtrath hatte sich uns angeschlossen und unsere Sache zu der seinigen gemacht.

Noch am Nachmittage des 1. März ging eine aus Mitgliedern des Stadtraths und des Stadtverordneten-Collegiums (unter letzteren war auch ich) zusammengesetzte Deputation nach Dresden ab. Am nächsten Morgen hatten wir Audienz. Dem König war, wie herkömmlich, die Adresse vorher überreicht worden. Er empfing uns in sichtlich erregter Stimmung; wir sahen Thränen in seinen Augen, aber mehrmals stampfte er auch wie zornig mit dem Fuße auf den Teppich. Seine Antwort, die uns später von seiner eigenen Hand geschrieben mitgegeben ward, erklärte unsere Forderungen und Beschwerden für unberechtigt, uns selbst, als Vertreter einer einzelnen Gemeinde, für nicht befugt, die Stimme in solchen allgemeinen Angelegenheiten zu erheben. Was den König besonders schmerzlich berührt hatte, war die Stelle der Adresse, die von dem Zwiespalt „zwischen dem Geiste der Verwaltung und dem Geiste des Volkes“ sprach. Er hatte dies auf seine Person bezogen, während es natürlich nur auf die Minister ging. Eine Rechtfertigung oder überhaupt Entgegnung unsererseits machte der König dadurch unmöglich, daß er nach den hastig an uns gerichteten Worten sofort das Zimmer verließ.

So kehrten wir unverrichteter Sache nach Leipzig zurück. Der Zweck unserer Reise war inzwischen — wie, weiß ich nicht — längs der ganzen Bahnlinie bekannt geworden, und fast auf jeder Station wurden wir (obschon es schon dunkel war) von angesammelten Menschenhaufen erwartet und mit dringlichen Fragen nach dem Erfolge unserer Sendung bestürmt. In Leipzig angelangt, fanden wir den Weg vom Bahnhofe bis zum Rathhause, wohin wir uns begaben, insbesondere den Marktplatz, von Menschenmassen dicht angefüllt. Auf dem Rathhause waren sämmtliche Stadträthe und Stadtverordnete versammelt; auch Kreisdirector von Broizem war zugegen. Einer von den Rathsmitgliedern, die mit in Dresden gewesen, versuchte der unten harrenden hocherregten Menge die königliche Antwort vom Balcon herab mitzutheilen; allein seine Worte verhallten ungehört. Auch mir gelang es nicht, mich allseits vernehmlich zu machen. Vielhundertstimmig rief man nach Blum. Dieser, mit seiner Stentorstimme und vermöge der durch den Klang seines Namens alsbald hergestellten Ruhe, fand Gehör. Die Mittheilung der abschlägigen Antwort des Königs erregte laute Unzufriedenheit, die Blum aber dadurch beschwichtigte, daß er erklärte: „im constitutionellen Staate seien die Minister für das verantwortlich, was der König thue; an sie müsse man sich halten; auf ihre Entlassung müsse man antragen; das solle gleich morgen in öffentlicher Stadtverordnetensitzung geschehen.“ Ungeheurer Jubel folgte diesen Worten und begleitete den vom Balcon in das Rathszimmer zurückkehrenden Blum. Dort trat ihm in größter Erregung der Kreisdirector mit den Worten entgegen: „Aber, lieber Herr Blum, was haben Sie da

von der Entlassung der Minister gesagt?" worauf Blum mit seiner unerschütterlichen Kaltblütigkeit: „Ja wohl, Herr Kreisdirector, die werden wir beantragen, und Sie selbst müssen beim König diesen Antrag befürworten." „Was muthen Sie mir zu?" stotterte Herr von Broizem. Allein er hatte doch den ganzen Ernst der Lage erkannt und fuhr noch in derselben Nacht mit einem Extrazuge nach Dresden, um dem Könige und den Ministern den Stand der Dinge in Leipzig vorzustellen und einer zweiten Deputation (deren sofortige Absendung noch in der Nacht beschlossen ward) einen besseren Empfang zu bereiten. Einen solchen fand diese denn auch; der König hörte sie ruhig an, als sie das Mißverständniß wegen jenes Punktes der Adresse aufklärte, zugleich aber die in derselben ausgesprochenen Wünsche dringender wiederholte. In der Sache selbst freilich lautete der königliche Bescheid noch immer ungünstig; der König berief sich auf seine Pflicht als Bundesglied; Alles, was er thun könne, sei: beim Bundestag auf Erleichterungen für die Presse hinzuwirken. Daß der Bundestag an demselben Tage (am 3. März) einstimmig (also auch unter Zustimmung des sächsischen Bundestagsgesandten) den Beschluß gefaßt hatte, den Regierungen die Aufhebung der Censur anheimzugeben, und daß Baden und Württemberg dieselbe schon früher aufgehoben, war in Dresden anscheinend noch unbekannt.

Inzwischen hatte in Leipzig in einer abermaligen Sitzung der Stadtverordneten Robert Blum wirklich den Antrag gestellt, den König um Entlassung der Minister zu bitten, welche ihn in einer Täuschung über die Stimmung des Landes erhalten hätten. Diesem Antrage

uns zu widersetzen, hatten wir, ich und meine Freunde, keinen Grund, da allerdings aus der Antwort des Königs hervorging, daß die Minister den König sowohl über die inneren Zustände Sachsens, als auch über den Ernst der allgemeinen Lage im Unklaren gelassen haben mußten, und daß daher nicht zu hoffen stehe, dieselben würden nach Maßgabe dieser Lage ihr System ändern. Der Antrag wurde in beiden Collegien einstimmig angenommen.

Inzwischen hatte einer der Minister, Herr v. Falkenstein, bereits freiwillig seine Entlassung genommen. In sein Departement, das des Innern, fielen allerdings viele gerade derjenigen Maßregeln, welche die meiste Unzufriedenheit erregt hatten; gegen ihn war daher die Mißstimmung im Lande besonders groß. Allein man wußte auch, daß die eigentlichen Träger des Systems, welches man bekämpfte, mehr noch als Herr v. Falkenstein die Herren v. Könneritz und v. Zechau seien, und daher brachte dieser Rücktritt Falkensteins das Verlangen nach einem totalen Ministerwechsel, der zugleich auch ein Systemwechsel wäre, nicht zum Schweigen; im Gegentheil ward in einer neuen Adresse von Leipzig aus an den König die Bitte gerichtet: „sich mit Männern zu umgeben, welche das Vertrauen des Landes hätten."

Die Minister erklärten: „sie würden sich vor dem Landtage verantworten, der deshalb außerordentlicher Weise auf den 30. März einberufen werden solle." Auch solle die Censur bis dahin „suspendirt" sein. Gerade diese letztere Maßregel erschien als ein Beweis, wie wenig die Minister gesonnen seien, von ihrem bisher befolgten System ernstlich abzugehen, denn schon war der Bundestagsbeschluß

bekannt, der viel mehr gewährte; auch wußte man, daß die Leipziger Cenſoren in einer Collectiveingabe der Regierung die Unmöglichkeit eines Fortbeſtehens der Cenſur vorgeſtellt und um Entlaſſung von ihren Aemtern gebeten hatten. Anlangend jene Berufung der Miniſter auf den Landtag, „als die allein verfaſſungsmäßige Inſtanz, vor der ſie Rede zu ſtehen hätten," ward daran erinnert, wie die Miniſter wiederholt und in den wichtigſten Fragen (z. B. wegen der Gerichtsöffentlichkeit) entſchieden erklärt hätten, daß ſie ſelbſt einem einmüthigen Votum der Kammern, wenn es gegen ihre Ueberzeugung gehe, nicht weichen würden. Woher nun jetzt mit einem Male, fragte man, dieſe Rückſichtnahme auf den Landtag? Hofften die Miniſter, durch eine willfährige Majorität, wenn auch etwa nur der Erſten Kammer, ſich gegen die öffentliche Mißſtimmung decken zu können? Genug, die vorhandene Aufregung, ſtatt durch ſolche Beſchwichtigungsverſuche abgeleitet zu werden, ſtieg nur immer höher, je hartnäckiger die alten Miniſter ſich und ihr Syſtem zu behaupten ſuchten.

Bei alledem ward die öffentliche Ordnung in Leipzig nicht einen Augenblick geſtört. Das einzige Mal, wo ein Volkshaufe ſich an der Wohnung eines Bürgers vergreifen wollte, der ſich als Gegner der Bewegung gezeigt haben ſollte, ward noch zur rechten Zeit Blum herbeigerufen, der dieſe Ausſchreitung durch ſein Anſehen verhinderte. Zwar fanden allabendlich unter Blums oder eines ſeiner Vertrauten Vorſitz im Schützenhauſe große Volksverſammlungen ſtatt, ähnlich denen von 1845, und es mögen da wohl manche flammende Reden gehalten worden ſein; allein etwas Ungeſetzliches iſt darin, ſo viel mir bekannt, nicht

vorgekommen. Nach dem Schlusse einer jeden solchen Versammlung zog ein Theil der dabei Anwesenden, namentlich jüngere Leute, vor die Wohnung dieses oder jenes Bürgers, der als Redner im Stadtverordneten-Collegium hervorgetreten war, und brachte ihm ein Vivat. Allein von tumultuarischen Auftritten, von Widersetzlichkeiten gegen die Organe der Obrigkeit oder dergleichen hörte man nichts. Vorsichtshalber wurde der Wachtdienst der Communalgarde verschärft; es bildeten sich zu ihrer Unterstützung „freiwillige Compagnien", allein niemals ist, so viel ich weiß, ein wirkliches Einschreiten jener oder dieser nöthig geworden. Die Tribünen im Saale der Stadtverordneten, ja ein Theil des Saales selbst waren bei jeder Sitzung von Zuhörern überfüllt, aber nie geschah auch nur das Geringste, um etwa einen Druck auf die Versammlung zu üben. Wenn ja einmal bei einer etwas feurigeren Rede die Zuhörerschaft in Beifallsbezeigungen ausbrach, so genügte die leiseste Mahnung des Vorsitzenden, um sofort die Ruhe herzustellen. Als aus der Mitte des Publikums an das Collegium das Gesuch gerichtet ward, es möchte seine Sitzungen in ein anderes Local verlegen, wo eine größere Zahl von Zuhörern Platz fände, wies das Collegium dieses Gesuch kurzer Hand ab, weil es auch selbst den Schein vermeiden wollte, als gebe es einem Drucke von außen nach. Und die Bittsteller beruhigten sich dabei ohne Murren. Es war klar, die ganze Bürger- und Einwohnerschaft Leipzigs hegte und bethätigte den einmüthigen Willen, zwar in der Erstrebung dessen, was sie als nothwendig für das ganze Land zu erkennen glaubte, alle gesetzlichen Mittel aufzubieten und darin nicht nach-

zulaſſen, aber auch Alles zu vermeiden, was von dieſem ſtreng geſetzlichen Wege abführen könnte. Sie ſtand mit unerſchütterlichem Vertrauen zu ihren berufenen Vertretern, den Stadtverordneten, und zeigte dies ebenſo wohl darin, daß ſie ſich allen Schritten dieſer anſchloß (Zeugniß dafür war u. A. eine von einer ſehr großen Zahl der angeſehenſten Bürger an die Stadtverordneten gerichtete Zuſtimmungsadreſſe), als auch darin, daß ſie ſich jeder Handlung oder Aeußerung enthielt, welche das geſetzliche Vorgehen der Stadtverordneten hätte kreuzen können. Die Stadtverordneten ihrerſeits ſicherten ſich dieſes Vertrauen dadurch, daß ſie den Weg, den ſie von Anfang an eingeſchlagen hatten, mit der gleichen Mäßigung, aber auch der gleichen Feſtigkeit Schritt vor Schritt verfolgten.

Je länger freilich der Kampf gegen das alte Syſtem dauerte und je weniger er, trotz aller Deputationen und Adreſſen, zu einem befriedigenden Ziele zu führen ſchien, um ſo ſchwieriger ward unſere Lage. Zumal ſeitdem aus dem übrigen Deutſchland immer mehr von Zugeſtändniſſen verlautete, welche eine Regierung nach der andern den Wünſchen ihres Volkes und dem Geiſte der Zeit gemacht, ſeitdem der Bundestag ſelbſt mit immer volleren Händen ſolche Zugeſtändniſſe gab, ſo daß ſchließlich faſt nur in Sachſen Alles beim Alten bleiben zu ſollen ſchien! Von Tag zu Tag mußten wir befürchten, daß die Erfolgloſigkeit unſerer geſetzlichen Agitation die Geduld des erregbareren Theiles der Einwohnerſchaft erſchöpfen, daß dieſer ſich unſerem mäßigenden Einfluß entziehen und daß die Bewegung, unſerer Leitung entſchlüpft, einen ſtürmiſcheren Charakter annehmen möchte. Hans Blum erzählt (S. 261) von ſeinem Vater:

Nur durch das immer erneute Versprechen, daß auf friedlichem und gesetzlichem Wege Alles sicher erreicht werde, konnte er die meisterlosen, wüsten Elementarkräfte, die jede Revolution entfesselt, niederhalten. Da aber Woche auf Woche verstrich, ohne den ersehnten unblutigen Sieg zu bringen, begann der Neid und die Mißgunst unverantwortlicher, weit „entschiedenerer" Gesellen gegen den verdienten Führer in den Massen zu wühlen und zu hetzen.

Gern will ich glauben, daß Robert Blum in jenen Tagen sich redlich Mühe gegeben hat und daß es ihm schwer genug geworden ist, die ausbrechenden Leidenschaften zurückzudämmen. Wir, die Gemäßigten, vermochten in dieser Richtung wenig zu thun, weil uns eine so unmittelbare Fühlung mit den Massen, wie er sie besaß, nicht zu Gebote stand.

Eine sehr werthvolle Unterstützung erhielten wir durch eine, schon am 4. März vom Senate der Universität beschlossene, von dem damaligen Rector magnificus, Professor von der Pfordten, meisterhaft abgefaßte Adresse an den König, die sich durchaus der von mir entworfenen anschloß, ja sogar, durch Hinzufügung weiterer Wünsche, noch über dieselbe hinausging. Dagegen ließ das Land uns längere Zeit im Stich. Noch am 10. März (nachdem wir schon mehr als acht Tage lang im vollen Kampfe mit dem alten System begriffen waren) erhielt ich aus der dritten Stadt des Landes, Chemnitz, einen Brief von Bernhard Eisenstuck, worin derselbe fragte: „Was soll man thun?" und sich auf den Vorschlag beschränkte: „alle Gemeindebehörden sollten Petitionen ablassen", aber nicht sofort an den König, sondern erst an den außerordentlichen Landtag, der besten Falles nach drei Wochen zusammentreten würde! Allerdings ward, wie Eisenstuck noch schrieb, in Chemnitz eine

„Monstre-Petition“ unterzeichnet, welche „die äußersten Forderungen“ an den König stellte. Allein dies Letzte konnte unserer Sache nur schaden, während jenes Erste jedenfalls viel zu spät kommen mußte. Erst allmälig trat eine und andere Gemeindebehörde, meist aus dem Erzgebirge, mit Petitionen oder Deputationen uns zur Seite.

In der Residenz Dresden herrschte eine der Leipziger Bewegung gerade entgegengesetzte Strömung. Nur ein Theil des jüngeren Nachwuchses zeigte Sympathien für unsere Bestrebungen; aber er war ohne entscheidenden Einfluß auf die maßgebenden Kreise der Stadt. Ein von dem bekannten Philologen Professor Köchly im Stadtverordneten Collegium gestellter Antrag auf eine der Leipziger ähnliche Adresse ward mit 34 gegen 24 Stimmen durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt. Alles, wozu sich die Stadtverordneten herbeiließen, war die Absendung einer Deputation, im Verein mit dem Stadtrath, an den König mit der Bitte um baldige Einberufung der Stände. Die Adresse einer Bürgerversammlung, welche ähnliche Wünsche enthielt, wie die Leipziger Adresse, suchte der Stadtrath durch eine Erklärung seinerseits zu entkräften. Die abenteuerlichsten Gerüchte von angeblich hochverrätherischen Plänen der Leipziger liefen in Dresden um und wurden geglaubt. Im Leipziger Stadtverordneten-Collegium war von dem etwas heißblütigen Buchhändler Otto Wigand der Gedanke geäußert worden: „Wenn alle Adressen und Deputationen erfolglos blieben, so müsse man in Masse nach Dresden ziehen, um dem König die Wünsche der Leipziger Bürgerschaft vorzutragen.“ Dieser Gedanke, mit großem Feuer entwickelt, war von den Tribünen beklatscht, dann in den

Schützenhausversammlungen weiter erörtert, auch in der Presse besprochen worden. An seine Ausführung dachte von den tonangebenden Factoren Niemand auch nur im Entferntesten. Im Gegentheil, als derselbe um sich zu greifen schien, erhoben Stadtrath und Stadtverordnete ihre abmahnende Stimme dagegen, und das Gleiche geschah in der Presse. Auch Robert Blum bot, wie sein Sohn (S. 260) berichtet, seinen ganzen Einfluß auf, „um diesen Massenzugsunsinn zu hintertreiben". In Dresden jedoch sah man im Geiste schon die Leipziger in hellen Haufen anrücken. Die Gegner der Bewegung beuteten dies für ihre Zwecke aus. „Eine geheime Macht," schrieb man mir von dort, „war nicht unthätig, den Bewohnern Dresdens diesen Besuch als ein revolutionäres Eindringen vorzuspiegeln, welches nichts Geringeres bezwecke, als: den König zu entthronen; daher sah man dem Besuche mit Furcht entgegen." Genug, am 10. März ward die ganze Communalgarde Dresdens unter die Waffen gerufen und nach dem Leipzig-Dresdener Bahnhof dirigirt, um die anrückenden Leipziger mit dem Bajonnet zurückzutreiben. Da diese natürlich nicht kamen, ward eine große Loyalitätsdemonstration, in Form eines Vorbeizuges der Communalgarde am Schlosse, inscenirt.

Eine eigenthümliche Illustration erhielt nachträglich diese Loyalitätsdemonstration der Dresdener wenige Tage später. Am 14. März, nachdem der König endlich die Bitten der Leipziger gewährt und die alten Minister entlassen hatte, zogen in Dresden Schaaren halbwüchsiger Burschen Abends durch die Straßen, störten die nächtliche Ruhe durch Geschrei, Pfeifen, Absingen der Mar-

seillaise u. dgl. m., brachten den entlassenen Ministern Pereats und warfen in der Harmonie, im Polizeigebäude, in der Wohnung des Herrn von Könneritz Fenster ein. Dieselben Auftritte wiederholten sich am 15. Abends, und die zu Tausenden angeschwollenen Massen mußten endlich durch die Communalgarde zerstreut werden. Das war eine bittere Satyre auf den 10. März, zumal wenn man damit die Haltung Leipzigs verglich, wo (wie erwähnt) die öffentliche Ruhe und Ordnung selbst in der Zeit der höchsten Spannung niemals auch nur im Geringsten gestört worden war.

Doch ich kehre zu der Zeit vor dem 14. März zurück. Die alten Minister, ermuthigt durch die Haltung der Residenz und durch das Schweigen eines großen Theiles des Landes, glaubten jetzt gegen Leipzig einen entscheidenden Schlag führen zu dürfen. Bei Wurzen und noch näher an Leipzig heran wurden Truppen zusammengezogen; von der preußischen Regierung wurde bewaffnete Hilfe erbeten und von dieser zugesagt. Es war, so verlautete später, die Absicht gewesen, Leipzig wie eine im Aufruhr befindliche Stadt zu behandeln, die Führer der Bewegung zu verhaften u. s. w.

Da, noch im letzten Augenblicke, ward dieses Aeußerste sammt den unberechenbaren Folgen, die es hätte haben können, durch die Weisheit des Königs abgewendet. In außerordentlicher Sendung erschien am 11. März in Leipzig Herr von Carlowitz, früher Präsident der Ersten Kammer, seit 1846 an Stelle des Herrn von Könneritz (der nur noch den Vorsitz im Cabinet behalten hatte) Justizminister. Herr von Carlowitz war von seiner ständischen Thätigkeit her als ein Mann von streng aristokratischen und conservativen

Ansichten, aber auch als ein Mann von freierem Blick und von größeren politischen Maßstäben, als die Mehrzahl seiner sächsischen Standes- und Parteigenossen, bekannt. Er hatte bei mehreren Gelegenheiten seine Unzufriedenheit mit den gesammten Zuständen Deutschlands und seine feste Ueberzeugung von der Dringlichkeit einer Reform derselben sehr rückhaltlos bekundet. Deshalb war schon sein Eintritt in's Ministerium von der öffentlichen Meinung nicht ungünstig aufgenommen worden. Jetzt sah man in der ihm ertheilten Vertrauenssendung (von der man annahm, daß sie direct vom König ausgegangen) eine Wendung der Dinge zum Besseren.

Herr von Carlowitz ließ alsbald nach seiner Ankunft in Leipzig Stadtrath und Stadtverordnete auf's Rathhaus entbieten, um ihnen Namens des Königs und der Regierung Eröffnungen zu machen. Aehnliches war nach den Augustereignissen 1845 seitens des damaligen außerordentlichen königlichen Commissars, Geheimrath von Langenn, geschehen. Dieser hatte an Rath und Stadtverordnete harte Worte gerichtet, jede Entgegnung oder Rechtfertigung aus der Mitte der Collegien aber kurzer Hand abgeschnitten. In Erinnerung daran ward im Collegium der Stadtverordneten der Wunsch laut, daß diesmal nach Anhörung der königlichen Botschaft eine Discussion gestattet sein möchte. Mit dem Auftrage, diese Bitte ihm vorzutragen, begaben wir, die beiden Vorsteher, uns zu Herrn von Carlowitz. Derselbe empfing uns in einem Nebenzimmer des Rathhauses. Auf eine Discussion in voller Sitzung, sagte er, könne er sich nicht einlassen; wohl aber wolle er uns den Inhalt seiner Sendung gleich hier mittheilen. Er für

seine Person, bemerkte er dabei, werde sein Amt jedenfalls nur noch bis zum Zusammentritt des Landtages beibehalten, dann aber zurücktreten. Die Regierung fordere von der Stadt Leipzig: „Die Stadtverordneten sollten sich aufregender Reden enthalten; die Schützenhausversammlungen sollten aufhören oder doch jede politische Agitation unterlassen; die nächtlichen Umzüge sollten eingestellt werden; der Zug nach Dresden solle unterbleiben." Wir erwiderten darauf: „Ungesetzliches sei in den Stadtverordnetensitzungen nicht gesprochen worden; die freie Rede müsse gestattet sein: jeder Redner werde, was er gesagt, gern vor Gericht vertreten; über die Schützenhausversammlungen stehe dem Collegium keine Controle zu; sie zu verbieten oder zu beschränken, wenn sie die Versammlungsfreiheit mißbrauchten, sei Sache der Behörden: den Umzügen sei durch eine Bekanntmachung des Stadtraths bereits ein Ende gemacht: von dem Zuge nach Dresden sei ebenfalls abgemahnt worden: mehr könnten wir nicht thun; die Ruhe werde erhalten bleiben, wenn nur die Truppen zurückgezogen würden, deren Annäherung an die Stadt eine bedenkliche Aufregung hervorgebracht hätte." Zugleich sprachen wir unser schmerzliches Bedauern darüber aus, daß die Wünsche und Bitten der städtischen Vertreter, die von der ganzen Bürgerschaft getheilt würden, so gar kein Gehör fänden." Das Gespräch dauerte wohl eine Stunde lang. Herr von Carlowitz entließ uns eben so höflich, wie er uns empfangen hatte. Die gemeinsame Sitzung der beiden Collegien unterblieb: die „Forderungen" der Regierung wurden den Stadtverordneten von dem königlichen Commissar schriftlich mitgetheilt und von ihnen

ebenſo (ganz in dem Sinne, wie wir es ſchon mündlich gethan) beantwortet. Zugleich ward die dringende Bitte um Zurückziehung der Truppen ausgeſprochen. Mit wem Herr von Carlowitz etwa ſonſt noch in Leipzig verkehrt hat, weiß ich nicht; am 12. März Nachmittags reiſte er nach Dresden zurück. Zuvor hatte er noch die Zurückziehung der Truppen aus der Nähe Leipzigs angeordnet. Tags darauf, am 13. März, erfolgte der Rücktritt der alten Miniſter, und zwar laut amtlicher Bekanntmachung in folgender Form:

Seine Majeſtät der König haben den Staatsminiſter von Könneritz entlaſſen. Seine Majeſtät der König haben gleichzeitig auch die Entlaſſung der anderen Miniſter (folgen die Namen) angeordnet.

Ich kann nicht unterlaſſen, hier nochmals auf die Frieſen'ſchen „Erinnerungen" zurückzukommen. So richtig Herr von Frieſen die allgemeine Sachlage, wie ſie vor 1848 in Deutſchland war, geſchildert, ſo völlig unzutreffend, ja geradezu entſtellt iſt das Bild, das er von den damaligen Zuſtänden Leipzigs während der Märztage und von dem Verhalten des Herrn von Carlowitz entwirft. Er ſchreibt (a. a. O. S. 69 u. 71):

In Leipzig, wo durch die Jahre lang andauernde Wirkſamkeit der dort aus ganz Deutſchland zuſammengekommenen revolutionären Elemente der Boden von Grund aus durchwühlt war, aber auch in den höhern und gebildetern Theilen der Bevölkerung die ſeit dem 12. Auguſt 1845 herrſchende bittere Verſtimmung gegen die Regierung noch nicht aufgehört hatte, fielen die Pariſer Nachrichten wie Funken in eine Pulvertonne. Robert Blum und Conſorten traten ſofort an die Spitze der Bewegung und bemächtigten ſich der Leitung derſelben, indem ſie den Stadtrath und die Stadtverordneten willenlos mit ſich fortriſſen. Leipzig war damals mehrere Tage

lang im Zustand offener Revolution, in den Händen der äußersten Radicalen . . .

Inmittelst nahmen die Zustände in Leipzig immer mehr und mehr den Charakter einer offenen Revolution an, und das Ministerium fühlte die unbedingte Nothwendigkeit, dem ein Ende zu machen. Zu diesem Behufe wurde der Minister von Carlowitz am 11. März als außerordentlicher königlicher Commissar mit sehr weitgehender Vollmacht und der bestimmten Weisung dorthin gesendet, Ruhe und Ordnung, überhaupt einen gesetzlichen Zustand wiederherzustellen. Zu seiner Unterstützung wurden sächsische Truppen in der unmittelbaren Nähe von Leipzig zusammengezogen, über welche er unbedingt und für alle Fälle verfügen konnte. Für den äußersten Fall war er, im Einverständniß mit der königlich preußischen Regierung, sogar ermächtigt, preußische Truppen aus den nahe an der Grenze gelegenen Garnisonen zu requiriren. Dieser Lage und dieser Aufgabe war Carlowitz nicht gewachsen: er, der wohl noch nie in seinem Leben einer aufgeregten Volksmenge persönlich gegenübergestanden, nie in seinem Leben einem echten Demagogen in's Auge gesehen, nie mit einer so gewaltigen revolutionären Persönlichkeit, wie Robert Blum war, auch nur gesprochen hatte, fand in Leipzig Zustände vor, hörte dort Ansichten aussprechen und Forderungen stellen, die weit über Alles hinausgingen, was er bis dahin für möglich gehalten hatte. Da verlor er Muth und Besonnenheit: da verließ ihn die Macht der Ueberzeugung und die Kraft des Widerstandes. Er that gar nichts, reiste vielmehr nach Dresden zurück, ohne von dem Militär Gebrauch gemacht, ohne auch nur irgend eine kräftige Maßregel zur Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes angeordnet und getroffen zu haben. Der Eindruck, den er von Leipzig zurückbrachte, läßt sich mit seinen eigenen Worten kurz ausdrücken: Ich habe in einen Abgrund gesehen; es ist Alles verloren!"

Wie wenig das Anführen Friesens: „Robert Blum und Consorten seien an die Spitze der Bewegung getreten," wie wenig die Phrase: „Leipzig war mehrere Tage lang im Zustande offener Revolution," der thatsächlichen Wahr-

heit entspricht, geht wohl genugsam aus meiner Darstellung der damaligen Ereignisse hervor, die sich durchweg auf eigenes Miterleben gründet. Wenn sodann Herr von Friesen in höchst dramatischer Weise Herrn von Carlowitz als „einer aufgeregten Volksmenge gegenüberstehend" schildert, so wird darüber Jeder, der Leipzig in jenen Tagen gesehen hat, nur lächeln können. Selbst wenn Herr von Carlowitz sich in eine Schützenhausversammlung begeben hätte, würde er einer im Friesen'schen Sinne „aufgeregten", d. h. Gewaltthätigkeiten drohenden, Volksmenge schwerlich gegenübergestanden haben. Mit der „gewaltigen, revolutionären Persönlichkeit" Robert Blums ist Herr von Carlowitz, wie ich bestimmt zu wissen glaube, niemals in persönliche Berührung gekommen. Wäre es geschehen, so würde Blum dies sicherlich nicht verschwiegen haben. Ebenso grundlos ist die Angabe Friesens: „Carlowitz habe Forderungen stellen hören, die weit über Alles hinausgingen, was er bis dahin für möglich gehalten." Und nicht minder halte ich es für schlechthin unglaublich, daß Herr von Carlowitz, dieser so ruhige und verständige Mann, den Eindruck, den er von Leipzig mitgebracht, in den effectvollen Worten geschildert haben sollte: „Ich habe in einen Abgrund gesehen; es ist Alles verloren!"

Freilich, Herr von Friesen faßt die Sendung des Herrn von Carlowitz ganz anders auf, als sie sicherlich gemeint war und als man auch in Leipzig dieselbe (jedenfalls richtiger, als Herr von Friesen) verstand. Letzterer sieht in Herrn von Carlowitz nicht den persönlich Beauftragten des Königs, der Sr. Majestät unbefangenen Bericht über die Zustände Leipzigs erstatten sollte, sondern

lediglich einen von den andern Ministern abgeordneten Vollstrecker ihrer gegen Leipzig feindseligen Absichten. „Hätte Herr von Carlowitz," sagt er, „was er thun mußte, wenn er seine Pflicht erfüllen wollte, die Stadt, als er sich überzeugte, daß gütliche Verhandlungen nichts halfen, militärisch besetzen und etwaigen gewaltsamen Widerstand kräftig unterdrücken lassen, so wären damit natürlich die berechtigten Forderungen des Volkes nicht beseitigt, aber es wäre der gesetzliche Boden erhalten worden."

Doch warum mit Herrn von Friesen streiten? Ist er doch auf's Schlagendste widerlegt durch die Thatsache, daß unmittelbar nach der Rückkehr des Herrn von Carlowitz nach Dresden nicht etwa dieser (was doch nothwendigerweise geschehen mußte, wenn er wirklich, wie Herr von Friesen meint, seine Pflicht so schnöde versäumt hatte), sondern vielmehr dessen Collegen vom Könige entlassen wurden. Und zwar, nach der eigenthümlichen Form, worin diese Entlassung verkündigt wurde, in nicht gerade gnädiger Weise. Ist dies nicht der sicherste Beweis, daß der König, durch den Bericht des Herrn von Carlowitz darüber belehrt, daß er von seinen andern Ministern über die Vorgänge in Leipzig und überhaupt über die Stimmung im Lande in einem bedauerlichen Irrthum erhalten worden war, nun, da er dies erkannt, mit wahrhaft königlichem Sinne diesen Irrthum zu verbessern und durch einen unverzögerten Personen- und Systemswechsel den Wünschen des Volkes Rechnung zu tragen bemüht war? Einen noch directeren Beweis eben dafür bin zufällig ich selbst in der Lage beizubringen. Bei einer Veranlassung, auf die ich später zurückkomme, hatte ich

die Ehre, wiederum vor dem Könige zu ſtehen, diesmal nicht als Bittſteller, ſondern in anderer Eigenſchaft. Da ſagte Se. Majeſtät zu mir (offenbar in Erinnerung an jene Audienz vom 2. März und an meine, ihm wohl bekannt gewordene, Verfaſſerſchaft der Leipziger Adreſſe): „Ich glaube gern, daß Sie ein conſervativer Mann ſind und es aufrichtig meinen.“ Und dann fügte er die hochbedeutſamen Worte hinzu: „Ich habe in dieſen letzten vierzehn Tagen Vieles hinter mich werfen müſſen, aber ich ſehe jetzt, daß es ſo beſſer iſt, und werde dabei beharren.“

Ich habe für nöthig befunden, die einſeitige Darſtellung der Leipziger Märztage und der Stellung, welche Herr v. Carlowitz dazu einnahm, wie ſie in den Frieſen'ſchen „Erinnerungen“ ſich findet, etwas eingehender zu beleuchten und ihr meine eigenen, auf Selbſterlebniſſen beruhenden Beobachtungen gegenüberzuſtellen — ich habe es für nöthig befunden, theils um einen Dahingeſchiedenen, der ſich nicht mehr ſelbſt vertheidigen kann, vor einer, meiner Ueberzeugung nach durchaus unverdienten, üblen Nachrede zu bewahren, theils um das nicht minder große Unrecht, welches der Leipziger Bevölkerung dadurch angethan wird, daß Herr v. Frieſen ſie als „im Zuſtande offener Revolution befindlich“ darſtellt, von ihr abzuwehren, theils endlich um eine grobe Entſtellung der Geſchichte jener Tage, die Herr v. Frieſen ſich zu Schulden kommen läßt, wahrheitsgetreu zu berichtigen. Ich kehre jetzt zu der Erzählung des weiteren Verlaufs der Dinge zurück.

Durch die Weisheit und die hochherzige Selbſtverleugnung des Königs war eine Ausgleichung herbeigeführt

und ein ernsterer Conflict, wie ihn die Starrheit der alten Minister beinahe herbeigeführt hätte, glücklich vermieden. Durch das einmüthige, beharrliche, dabei niemals aus den Grenzen der Gesetzlichkeit weichende Vorgehen der Leipziger Bürgerschaft aber war dieser königliche Entschluß erleichtert, war eine friedliche Lösung der vorhandenen Spannung angebahnt worden, eine solche, wie sie in ähnlicher Weise, das heißt ohne jede tumultuarische Bewegung, kaum in irgend einem anderen deutschen Staate damals stattgefunden hat.

An Zustimmungs- und Beglückwünschungskundgebungen fehlte es, nachdem wir das Ziel glücklich erreicht hatten, uns in Leipzig und speciell mir nicht. Aus dem Lande sowohl als auch von auswärts gelangten deren viele an mich, und zwar von Männern der verschiedensten politischen Richtungen. Die Conservativen erkannten an, daß ich der Ordnung, die Liberalen, daß ich der Sache eines vernünftigen, zeitgemäßen Fortschritts einen nicht unwichtigen Dienst geleistet, indem ich die Bewegung, die unter allen Umständen unausbleiblich war, alsbald in die rechten Wege geleitet und darin erhalten hätte. Unter den Liberalen war Mancher, der bald darauf, weil ich auch da mich nicht weiter nach links treiben ließ, mich als einen zu lauen Freund, wo nicht als einen „Verräther" des Volkes verunglimpfte. Der ultraradicale Ruge, damals Bürger und Stadtverordneter von Leipzig, bezeugte mir in einem Billet „seine ganze herzliche Hochachtung für diese folgenreiche That". Von auswärtigen Stimmen war mir besonders ein Artikel der Times werthvoll, dieses Hauptorgans einer politisch hochgebildeten und

durch eine lange Schule praktischer Erfahrungen hindurchgegangenen Nation. Darin hieß es:

Unter den zahlreichen Adressen, die in Deutschland entstanden sind, haben wir keine mit mehr Interesse gelesen, als die der städtischen Behörden Leipzigs. Ihre Sprache ist sehr beachtenswerth (hier folgt ein längeres Citat aus der Adresse). Es liegt Etwas in der Mäßigung und Festigkeit dieser Adresse der Mittelklassen in Deutschland, was mehr Achtung einflößt, weil es den Stempel der Wahrheit und Redlichkeit trägt, als alle die conventionellen Phrasen, in welchen die Nation sogar in Zeiten wie die jetzigen von einigen ihrer Herrscher angeredet wird."

Männer von einer der meinigen ganz entgegengesetzten politischen Richtung wandten sich an mich — bald mit Mahnungen, ich möge doch ja verhindern, daß die Bewegung sich überstürze und ausarte (ein Rath, der freilich, wenn er überhaupt nöthig gewesen wäre, zeitiger hätte kommen müssen), bald mit Vorschlägen, welche theilweise bekundeten, wie sehr diesen Männern selbst ihr bisheriger streng conservativer Standpunkt verloren gegangen war. Ein ehemaliger Offizier, der als militärischer Schriftsteller einen gewissen Ruf genoß, übrigens für ultraconservativ galt, der Oberpostrath v. P., schrieb mir einen langen Brief, worin er mich beschwor, ich möchte „meinen jetzt großen, bald vielleicht machtlosen Einfluß" aufwenden, um den Sieg der (nach seiner Ansicht zweifellos hereinbrechenden) communistischen Bewegung aufzuhalten, zugleich mir den Plan zu einer Nationalbewaffnung in sehr demokratischem Sinne, mit freier Wahl der Offiziere durch die Mannschaften, überreichte. Ein Anderer (Buchhändler Ch. E. K.), gleichfalls als sehr conservativ und loyal bekannt, hielt den Moment für geeignet, unter den „Volkswünschen" auch

den zur Geltung zu bringen, „daß die jungen Prinzen proteſtantiſch erzogen würden“. Er erſuchte mich, die Befürwortung dieſes Wunſches in einem öffentlichen Blatte zu übernehmen. Ich erwiderte ihm in einem Offenen Briefe in dem fraglichen Blatte: „es ſcheine mir ſehr wenig paſſend, in einem Moment, wo man Beſeitigung jedes Glaubenszwanges verlange, einen ſolchen Zwang der regierenden Familie auferlegen zu wollen. Man ſolle vielmehr darauf denken, ſachliche Bürgſchaften für allgemeine Gewiſſensfreiheit zu erlangen.“

Die erſten Wochen des März waren für mich perſönlich begreiflicherweiſe eine Zeit faſt ununterbrochener Aufregung und Anſtrengung geweſen. Nachdem ich einmal die Initiative ergriffen, konnte ich mich nicht entbrechen, auch in jedem neuen Stadium der Bewegung dieſelbe, ſei es anſtoßgebend, ſei es ſonſtwie eingreifend, im rechten Geleiſe fortleiten zu helfen. Noch eine ganz beſondere, zwar ehrenvolle, aber auch mühevolle und verantwortliche Aufgabe ward mir im Stadtverordneten-Collegium zu Theil. Bei der Dringlichkeit, womit wir Beſchlüſſe faſſen und die gefaßten ausführen mußten, konnte von dem herkömmlichen ſchleppenden Geſchäftsgange nicht die Rede ſein. Die Sache machte ſich vielmehr ganz von ſelbſt einfach ſo: in der Sitzung ward ein Antrag geſtellt (auf eine Adreſſe, eine Erklärung, eine Bekanntmachung oder dergleichen) und daraufhin ein Beſchluß gefaßt; die Formulirung (der Adreſſe, Erklärung u. ſ. w.) ward regelmäßig mir überlaſſen; dem Stadtrath ward von unſerem Beſchluß Mittheilung gemacht, er trat bei und beauftragte ebenfalls eines ſeiner Mitglieder (auch immer das

gleiche), mit mir zusammen den gemeinsamen Beschluß zu redigiren.

Neben dieser berufsmäßigen Thätigkeit im Stadtverordneten-Collegium war ich auch oft genöthigt, in der Tagespresse oder sonstwie auf das Publikum aufklärend zu wirken, Mißverständnisse zu berichtigen, absichtliche Entstellungen unserer Bestrebungen abzuwehren u. s. w. So entwarf ich nach dem obenerwähnten Kreuzzug der Dresdener gegen uns Leipziger, auf einen von Dresden aus mir kundgegebenen diesfallsigen Wunsch, eine Adresse an die Bewohner Dresdens und ließ sie, mit vielen Unterschriften versehen, dorthin abgehen, worin ich die alberne Mär, als hegten wir Leipziger hochverrätherische Absichten, widerlegte, die Gesetzlichkeit unseres Vorgehens nachwies und die Dresdener ermahnte, sie möchten doch nicht aus Eifersucht gegen Leipzig der gemeinsamen Sache schaden, sondern lieber Hand in Hand mit uns die berechtigten Wünsche des Volkes am Throne vertreten. Aus allerhand Orten im Lande kamen bald Einzelne, bald ganze Deputationen nach Leipzig, um über Zweck, Stand und Verlauf der Bewegung, über das, was wir gethan und was wir noch zu thun gedächten, sich näher zu unterrichten, und auch diese wendeten sich großentheils an mich. Ich kam während dieser ganzen Zeit buchstäblich fast keine Stunde lang zur Ruhe, ja auch wenig nach Hause, war beinahe fortwährend auf dem Wege zwischen meiner Wohnung, dem Stadtverordnetensaal, dem Rathhaus u. s. w. Zu Alledem trat ich auch noch, des guten Beispiels halber, in eine der freiwillig gebildeten Compagnien ein und ward von dieser zum Zugführer gewählt.

Hauptmann der Compagnie war der Rector magnificus, Herr von der Pfordten.

Mitten unter allen diesen, zum Theil so verschiedenartigen Beschäftigungen fand ich doch Zeit, meine Gedanken über die Lösung der deutschen Frage (die mich nicht minder lebhaft beschäftigte, als unsere sächsischen Angelegenheiten) in einer Flugschrift zusammen zu stellen, die ich unter dem Titel: „Das Deutsche Parlament, ein Entwurf, der in Frankfurt a/M. zusammentretenden Versammlung deutscher Männer gewidmet," herausgab. Ich erörterte darin die Nothwendigkeit einer Umgestaltung des Bundes sowohl in freiheitlicher als in einheitlicher Richtung, legte dabei das Hauptgewicht auf die Herstellung eines Parlamentes, das ich mir aus einem Senat, als Vertretung der Fürsten und ihrer Regierungen, und einem aus Volkswahlen hervorgehenden Unterhause zusammengesetzt dachte und dem ich ziemlich weitgehende Befugnisse im nationalen Sinne beilegte.

Ich lud einen kleinen Kreis näher Befreundeter zu mir ein, um ihnen meine Arbeit vorzulesen und ihr Urtheil darüber zu hören. Auch Herr von der Pfordten sagte mir sein Kommen zu. Da erhielt ich ganz kurz vor der anberaumten Zusammenkunft von ihm folgendes Billet:

Geehrter Herr College! Eine unvermeidliche Reise hindert mich, morgen Abend bei Ihnen zu erscheinen, was ich in Eile mit der Bitte, mich zu entschuldigen, Ihnen mittheile.

Hochachtungsvoll Ihr ergebenster Pfordten.

Herr von der Pfordten war, wie alsbald verlautete, nach Dresden zum König beschieden worden, kehrte auch

nicht nach Leipzig zurück, sondern übernahm das Ministerium des Innern und provisorisch auch das des Auswärtigen. Als Candidat für letzteres ward gerüchtsweise Freiherr von Beust genannt, damals Gesandter in London. Derselbe mag aber wohl gefühlt haben, daß er in ein „Märzministerium" nicht tauge. So erhielt Herr von der Pfordten es später endgiltig. Zwei hervorragende Mitglieder der gemäßigt liberalen Partei in der zweiten Kammer, der letzte Präsident derselben, Advocat Dr. Braun, und dessen Freund, Kaufmann Georgi (Beides Voigtländer), wurden mit den Departements der Justiz und der Finanzen, der Erstere zugleich mit dem Vorsitze im Ministerrathe betraut. Kriegsminister wurde der Generalmajor Graf von Holtzendorff. Das Cultusministerium blieb vorläufig unbesetzt und ward provisorisch von Dr. Braun mit verwaltet.

Das von Braun entworfene, vom König genehmigte Programm des neuen Ministeriums enthielt eine reiche Fülle liberaler Zugeständnisse, als: Preßfreiheit ohne Concessionen und Cautionen, Aufhebung der Censur für immer; Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in Civilsachen, in Criminalsachen Geschworne; Vereinsfreiheit mit Repressivmaßregeln gegen Mißbrauch; gesetzliche Ordnung der kirchlichen Verhältnisse im Geiste der Duldung und Parität; Wahlreform; Vereidung des Militärs auf die Verfassung. Nach der nationalen Seite ward „eine kräftige Mitwirkung zu zeitgemäßer Gestaltung des Deutschen Bundes, mit Vertretung des Volkes bei demselben", zugesagt.

Damit war eine ganz neue Aera des innern Staatslebens auch für Sachsen erschlossen, zugleich der allgemeinen deutschen Bewegung die Hand geboten.

Diese letztere hatte inzwischen wesentliche Fortschritte gemacht; sie war aus dem Stadium allgemeiner Wünsche und zum Theil unklarer Gefühle in das Stadium bestimmter praktischer Anläufe zu einer Neugestaltung Deutschlands hinübergelangt. Eine Versammlung liberal und national gesinnter Männer war am 5. März in Heidelberg zusammengetreten, hatte Grundzüge einer künftigen deutschen Verfassung — im Sinne eines monarchisch-constitutionellen Bundesstaats mit einem Oberhaupte und einer in zwei Häuser getheilten Volksvertretung — entworfen, zugleich, behufs Anbahnung der alsbaldigen Berufung eines deutschen Parlaments, die Veranstaltung einer freien Versammlung von liberalen Abgeordneten und anderen Wortführern der öffentlichen Meinung („Vorparlament" taufte sie alsbald der Volksmund) in Frankfurt a. M. am 31. März beschlossen. Der Bundestag seinerseits hatte ebenfalls die Reform der Bundesverfassung in die Hand genommen und die Regierungen aufgefordert, „Vertrauensmänner", d. h. Männer weniger ihres, als des öffentlichen Vertrauens, nach Frankfurt a. M. zu senden, um ihn dabei mit ihrem Rathe zu unterstützen. Gleichzeitig hatten die Höfe von Wien und Berlin (auf Betrieb des Königs von Preußen, wie man später erfuhr) die deutschen Regierungen zu Conferenzen über eine Bundesreform eingeladen, als deren muthmaßlicher Sitzungsort Dresden bezeichnet ward. Endlich aber verlautete, daß einige süddeutsche Fürsten durch eine außerordentliche Gesandtschaft erst die andern Königshöfe, zuletzt den Berliner beschicken wollten, um den König von Preußen zu bestimmen, sofort provisorisch die oberste Leitung der Dinge in Deutschland auf sich zu nehmen, ein Parla-

ment zu berufen und mit diesem, für sich und im Verein mit den anderen Fürsten, eine Verfassung für Deutschland zu vereinbaren.

Uns in Leipzig war von allen diesen so verschiedenartigen, zum Theil sich kreuzenden Plänen bisher nur einer näher getreten, der des „Vorparlamentes". In einer im Leipziger Schützenhause am 12. März abgehaltenen Versammlung Liberaler, die sich im Uebrigen mit der Aufstellung einer Reihe von „Forderungen des Volkes" (nach dem Muster der sog. Offenburger) beschäftigte, war auch die Beschickung des „Vorparlamentes" von Sachsen aus beschlossen und waren zu dem Ende Wahlen vorgenommen worden. Die meisten Stimmen fielen auf Blum, mich und Todt. Blum, der schon anderweit eine persönliche Einladung zum „Vorparlament" erhalten hatte, verzichtete zu Gunsten Todts.

Um nähere Aufschlüsse über die Natur des geplanten „Vorparlamentes", insbesondere über die Legitimation zum Eintritt in dasselbe, zu erhalten, schrieb ich an einen ehemaligen Mitarbeiter meiner Zeitschriften den Oesterreicher Wiesner, der, wie ich wußte, sich damals in Heidelberg aufhielt und unter den Theilnehmern der Versammlung vom 5. März genannt war. Unterm 16. März erhielt ich von ihm eine Antwort, in der sich folgende Stelle befand:

. . . Sie haben wohl in Norddeutschland keine Ahnung von der Aufregung, die in Süddeutschland herrscht. Der Strom des politischen Lebens ist über seine Ufer getreten und hat die Leute bewogen, das, was sie bis jetzt heilig oder doch in Ehren gehalten, über Bord zu werfen. Nicht blos in kleinen Kreisen, in großen Volksversammlungen spricht man mit größter Entschiedenheit von

der Constituirung einer süddeutschen Republik oder süddeutscher Republiken. Die deutsche Nationalität ist so tief gesunken, daß die Leute sie gern aufgäben, wenn Preußen oder Oesterreich der Richtung des neu hervorgebrochenen Lebens einen Damm entgegensetzen sollten. „Was ist Nationalität ohne Freiheit?“ ruft Alt und Jung, und wenn man antwortet: „Giebt es Freiheit ohne Nationalität?“ so wird man ausgelacht. Solche Ansichten hegt beinahe die ganze thatkräftige Jugend, auch ein großer Theil der Bürger, hegt die dichte Masse der Proletarier.

... Ich habe vollen Grund, zu fürchten, daß die Versammlung in Frankfurt schwer einen freien Beschluß fassen kann. Ein Heer von 40 000 Mann aus dem Volke will von allen Seiten, bewaffnet so gut es geht, am 30. nach Frankfurt ziehen. Von allen Seiten wollen bewaffnete Schaaren in die alte Reichsstadt kommen. Ich fragte einen der gutunterrichteten Theilnehmer dieses Planes: „was denn das Volksheer in Frankfurt wolle?“ „Es will,“ hieß es, „das deutsche Parlament beschützen.“ „Das ist nicht nothwendig,“ meinte ich, „die Frankfurter werden die deutschen Männer nicht beißen.“ Ich kam bald auf die wahre Absicht. Man will die Volksvertreter ein wenig sondiren, ob sie sich für eine deutsche Republik erklären. Aus dem Plane wird übrigens kein Geheimniß gemacht. Vor wenigen Tagen wurde hier über eine Eingabe an das Nationalparlament debattirt, worin dasselbe ersucht wird, zu erwägen, ob die Republik nicht die beste Verfassung für Deutschland wäre.

Dieser Brief erregte mir schwere Besorgnisse. Seinem Verfasser war offenbar ernstlich bange vor einer republikanischen Schilderhebung in Süddeutschland und einer Terrorisirung des „Vorparlaments“. (Nicht lange darauf freilich ward Wiesner selbst ein eifriger Republikaner.) Bei einer solchen Wendung der Dinge in Deutschland stand meines Erachtens entweder eine gefährliche Spaltung zwischen dem republikanischen Süden und dem überwiegend monarchischen Norden, oder, wenn die republikanische Bewegung auch hier

durchdränge, eine Herrſchaft der roheren Elemente, ein unberechenbares Chaos in Ausſicht.

Während ich noch mit ſolchen Befürchtungen mich trug, las ich plötzlich in den wiedererſtandenen „Sächſiſchen Vaterlandsblättern", dem Organe Blums, die Notiz: Blum ſei auf der Eiſenbahn mit den ſüddeutſchen Geſandten zuſammengetroffen, und einer derſelben, Max v. Gagern, habe ihm geſagt: „falls der König von Preußen ſich weigere, die proviſoriſche Leitung über Deutſchland anzunehmen, ſeien ihre Fürſten entſchloſſen (vielleicht hatte er nur geſagt: „gezwungen"), abzudanken und der Republik das Feld zu überlaſſen."

So abenteuerlich dies klang, ſo erhielt doch die angebliche Aeußerung Gagerns in meinen Augen eine gewiſſe Beglaubigung durch den Brief Wiesners, und umgekehrt. Faſt zur gleichen Zeit bekam ich vom Stadtrath Klinger (dem früheren Abgeordneten zur Zweiten Kammer) folgendes Billet:

> Max von Gagern iſt ſoeben mit dem Eiſenbahnzuge von Dresden hier angekommen und im Hôtel de Bavière abgeſtiegen. Wollen Sie ihn nicht beſuchen, um über die Bundesangelegenheit mit ihm zu ſprechen? Sie haben mehr als Andere ein Anrecht darauf.

Ob ich Gagern aufgeſucht, weiß ich nicht mehr; doch vermuthe ich, daß es geſchehen, jedenfalls aber habe ich ihn nicht mehr angetroffen*). Um ſo mehr verlangte es

*) Daß Max v. Gagern am 21. März von Dresden nach Berlin gereiſt iſt, geht aus dem Buche: „Das Leben des Generals Friedrich v. Gagern," von Heinrich v. Gagern (2. Bd. S. 710) hervor. Doch erſieht man daraus nicht, ob und warum derſelbe den Umweg über Leipzig genommen.

mich, über deſſen Sendung und überhaupt über den Stand der deutſchen Frage Näheres zu erfahren. Das konnte ich nirgends beſſer, als bei den neuen Miniſtern in Dresden, von denen ich drei, Braun, Georgi, von der Pfordten, näher kannte. Ohnehin hatte ſchon am 18. März, bald nach Einſetzung des neuen Miniſteriums, Braun an mich geſchrieben:

> Verehrter Freund! Wie ich weiß, haben Sie großen Einfluß in Leipzig. Um Anwendung dieſes Einfluſſes im Sinne der neuen Verwaltung bitte ich. Dieſe Bitte iſt gerechtfertigt, da ich Ihnen verſichern kann, daß das jetzige Miniſterium den beſten Willen hat, im echt liberal-conſtitutionellen Sinne zu verfahren, und daher Ihre Meinung vertritt. Wenden Sie, ich bitte, Ihren Einfluß auch darauf an, daß die Aufregung dort mehr und mehr ſchwinde. Dadurch leiſten Sie unſerm Miniſterium einen wirkſamen Dienſt und befeſtigen die neue Verwaltung. Denn man wird dies als Ergebniß unſeres Eintritts anerkennen, und dies wird uns Vertrauen ſichern. Ueber einige Fragen wünſchte ich perſönlich mit Ihnen mich zu beſprechen. Wenn Sie alſo nach Dresden kommen, bitte ich um Ihren Beſuch. Freundſchaftlichſt empfiehlt ſich Ihr hochachtungsvoll ergebener Braun.

Ich hatte gezögert, dieſer Einladung Folge zu geben, um auch den Schein zu vermeiden, als wolle ich mich an die neuen Miniſter drängen, wohl gar Etwas bei ihnen ſuchen. Jetzt aber mußten alle ſolche Bedenken ſchweigen. Ich fuhr ſofort (am 22. März) nach Dresden und hatte zuerſt ein längeres Geſpräch mit Braun und Georgi, welches ſich indeß vorzugsweiſe um innere ſächſiſche Fragen, beſonders die Reform des Wahlgeſetzes und die Neubildung der Kammern, drehte. Ich ſprach beiläufig gegen Beide offen den Wunſch aus, daß, wenn es zu Conferenzen in der deutſchen Frage käme, bei denen die ſächſiſche Regierung

vertreten wäre, sie mir einen Antheil an dieser Vertretung gönnen möchten, da mir eine glückliche Lösung gerade dieser Frage vor Allem am Herzen liege.

Das Zustandekommen solcher Conferenzen und die Betheiligung der sächsischen Regierung daran war damals noch in der Schwebe. Die preußisch-österreichische Einladung war noch nicht zurückgenommen (sie wurde dies erst am 25. März), allein die inzwischen eingetretenen Vorgänge, die Wiener und die Berliner Revolution, hatten nicht blos jene früher geplanten Conferenzen in Dresden, sondern auch die jetzt von den süddeutschen Fürsten vorgeschlagenen in Berlin in hohem Maße zweifelhaft gemacht. Jedenfalls war das neue sächsische Ministerium noch im Unklaren darüber, was geschehen werde und was es selbst thun solle. Kein Wunder, wenn Braun und Georgi sich über diese ganze Angelegenheit mit einer gewissen Zurückhaltung äußerten.

Die Residenz war an diesem Tage in großer Aufregung. Die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung ward unter entsprechenden Feierlichkeiten vollzogen. Am Nachmittage fand ein Vorüberzug einer großen Volksmenge vor dem Hôtel de Pologne, wo Braun und Georgi wohnten, mit Vivatrufen für diese Minister statt, und am Abend war die Stadt erleuchtet.

Minister von der Pfordten, den ich auch aufsuchte (er wohnte im Hôtel de France auf der Wilsdrufer Gasse und war bei der den neuen Ministern dargebrachten Huldigung, als ein dem Volke noch wenig Bekannter, unberücksichtigt geblieben), empfing mich äußerst liebenswürdig, nannte mich nicht anders als „lieber Herr College", ver-

kehrte überhaupt in dieſer ganzen Zeit äußerſt zutraulich, faſt familiär mit mir. Doch hatte ich den Eindruck, als fürchte er, ich möchte wegen meiner Stellung zu der Märzbewegung, die ihn und ſeine Collegen auf die Miniſterſeſſel erhoben hatte, auch für mich einen Antheil an den Früchten dieſer Bewegung beanſpruchen, und als wolle er mich gleichſam begütigen, wenn ich mich darin getäuſcht fände. Bei einer ſpäteren Gelegenheit, wo dies gar zu deutlich hervortrat, konnte ich nicht umhin, ihm offen zu ſagen: „er möge doch ja nicht glauben, daß ich ‚abgefunden‘ oder ‚verſorgt‘ ſein wolle.“ In dieſem Sinne war es wohl auch zu deuten, wenn er gleich bei unſerer erſten Begegnung mir mit einer gewiſſen Befliſſenheit ſagte: „er habe bei Beſetzung des (bis dahin noch vacanten) Cultusminiſteriums dem König auch meinen Namen genannt.“

Der König hatte ſich für Oberländers Eintritt in's Miniſterium entſchieden: nur gegen deſſen Erhebung an die Spitze des Cultusminiſteriums gingen dem König Bedenken bei. Oberländer hatte einmal, als Berichterſtatter in der Kammer über das Verbot der Ruge'ſchen „Jahrbücher“, ſehr freie religiöſe Anſichten geäußert.

Pfordten theilte mir dies mit, und daß ſie in Verlegenheit ſeien, was zu thun. Ich ſchlug ihm vor, er möge doch mit Oberländer tauſchen, dieſem das Innere überlaſſen und ſelbſt das Cultusminiſterium übernehmen, was ohnedies auch ſachlich richtiger erſchien, da Oberländer Verwaltungsbeamter (Stadtrath in Zwickau), Pfordten Profeſſor geweſen war. Pfordten fand meinen Vorſchlag beachtenswerth und ging darauf ein.

Bei einer ſpäteren Anweſenheit in Dresden ſuchte ich

auch Oberländer auf, den ich von früher her kannte. Ich fand ihn in einem Gasthof zweiten Ranges abgestiegen, fast bestürzt über seine Standeserhöhung. Bei einem Spaziergange, den wir zusammen machten, kamen wir natürlich auch auf die mancherlei brennenden Fragen zu sprechen, mit denen das neue Ministerium es zunächst zu thun haben werde. Da er hierbei in Betreff des Wahlgesetzes und der Neubildung der Kammern ziemlich weitgehende Ansichten entwickelte, machte ich ihn darauf aufmerksam, daß seine Collegen Braun und Georgi in manchem Punkte anders dächten, und frug ihn, ob er es nicht für gerathen halte, sich vorher mit ihnen darüber zu verständigen. „Ach was," sagte er, „ich bleibe bei meinen Ansichten fest stehen, können wir uns nicht vertragen, so gehe ich." Der Fall trat wirklich ein, wie ich es geahnt; Oberländer blieb, aber die Einheitlichkeit und damit die Stärke des Ministeriums erlitt einen bedenklichen Stoß.

Auf dem Lesemuseum in Dresden traf ich eine Anzahl Abgeordneter von der entschiedenen Linken und anderer Mitglieder dieser Partei aus verschiedenen Theilen des Landes. Ich theilte ihnen mit, was mir Wiesner aus Heidelberg geschrieben, und meine dadurch erweckten Befürchtungen wegen einer republikanischen Majorität im Vorparlamente. Sie stimmten mir bei, daß dies ein Unglück sein würde, und versprachen, möglichst zahlreich dort zu erscheinen, um dies verhindern zu helfen. Sie kamen auch wirklich sehr zahlreich zum Vorparlament, stimmten aber freilich insgesammt mit den Führern der republikanischen Partei Hecker und Struve.

Kaum von Dresden zurückgekehrt, erhielt ich von

Pfordten auf außerordentlichem Wege folgendes eilige Schreiben:

Geehrteſter Herr Profeſſor! Unter Bezugnahme auf unſere neulichen Beſprechungen erſuche ich Euer Wohlgeboren, ſich morgen mit dem erſten Zuge hierher zu begeben und mich auf dem Miniſterium des Auswärtigen aufzuſuchen. Die Ernennung Oberländers für das Innere iſt geſtern definitiv erfolgt, und mir iſt der Cultus und das Aeußere zugetheilt. Mehr zu ſchreiben verbietet mir ein heilloſer Geſchäftsdrang. Alſo auf baldigſtes Wiederſehen! Ihr ergebenſter Dr. v. d. Pfordten.

Dresden, 24. März 48, 2½ Uhr Mittags.

Ich fuhr ſogleich am andern Morgen wieder nach Dresden. Wie Pfordten mir ſagte, handelte es ſich um die Conferenzen in der deutſchen Frage, von denen ſchon neulich die Rede geweſen war und für deren Beſchickung die ſächſiſche Regierung ſich nun doch noch entſchieden hatte. Der ſächſiſche Geſandte in Berlin, General von Minckwitz, ein alter, verdienter Militär, ſtand der neuen Ideenbewegung völlig fremd gegenüber und hatte wohl ſelbſt gebeten, ihn in dieſer Sache durch einen außerordentlichen Bevollmächtigten zu unterſtützen. Pfordten ſagte mir, daß er dazu mich auserſehen habe, da die Beamten ſeines Reſſorts, Diplomaten der alten Schule, ihm ebenfalls für die Behandlung gerade dieſer Frage weniger geeignet erſchienen. Große Hoffnungen ſchien er übrigens auf die Conferenzen nicht zu ſetzen. Und allerdings war denſelben durch die unglücklichen Ereigniſſe in Berlin (vom 18. März u. ff.) die Spitze abgebrochen: der Hauptzweck der ſüddeutſchen Geſandtſchaft, den König von Preußen proviſoriſch mit der Leitung der deutſchen Angelegenheiten zu betrauen, erſchien nach dem, was dort geſchehen, nicht wohl mehr ausführbar.

Pfordten ließ durchblicken, daß ich möglicherweise längere Zeit in Berlin würde bleiben müssen. Bei der geringen Aussicht, dort viel nützen zu können, andererseits bei dem lebhaften Wunsche, den ich hegte, am Vorparlamente Theil zu nehmen (wo mir, bewandten Umständen nach, jetzt der Schwerpunkt der deutschen Bewegung zu liegen schien), ward es mir schwer, mich zu entscheiden. Ich forderte Bedenkzeit und ging, die Sache bei mir erwägend, ein Stündchen spazieren. Zu Pfordten zurückgekehrt, fragte ich denselben: „ob er wirklich gar Niemand anders für diese Sendung wisse", und erst auf seine bestimmte Verneinung nahm ich an. Darauf ward ich zu einer Sitzung des Gesammtministeriums zugezogen, worin über die Conferenzfrage verhandelt werden sollte. Irgend welche bestimmte Instruction erhielt ich jedoch nicht, weder mündlich noch schriftlich. Dem König war, wie Braun sagte, mein Schriftchen über das Parlament vorgelegt worden und hatte seine Billigung gefunden. Darauf hin allein ward mir mündlich der Auftrag ertheilt, nach bestem Wissen und Gewissen die Regierung in Berlin zu vertreten. Ich ward sodann von dem Geheimen Referendar von Weber vereidigt und schließlich dem König durch Pfordten vorgestellt, nachdem ich, so gut es ging, meinen Reiseanzug in eine einigermaßen audienzfähige Toilette (irre ich nicht, mit Pfordtens Hilfe) verwandelt hatte. Pfordten stellte mich dem König (wahrscheinlich, weil er glaubte, der König könne wegen meiner Betheiligung an der Leipziger Adresse ein Vorurtheil gegen meine Person hegen) mit den Worten vor: „Majestät, hier ist Professor Biedermann, den wir in einer außer-

ordentlichen Miſſion nach Berlin ſenden wollen; er ſteht politiſch ohngefähr auf demſelben Standpunkte wie ich, manchmal ich etwas mehr rechts, er etwas mehr links.“ Darauf ſagte der König zu mir jene Worte, auf die ich ſchon früher Bezug genommen habe: „Ich glaube gern, daß Sie ein conſervativer Mann ſind und es aufrichtig meinen. Ich habe in dieſen letzten vierzehn Tagen Vieles hinter mich werfen müſſen, aber ich ſehe jetzt, daß es ſo beſſer iſt, und werde dabei beharren.“ Als ich mir zu bemerken erlaubte: „Meiner Ueberzeugung nach werde nun in Sachſen ſich Alles ruhig und friedlich entwickeln, vorausgeſetzt nur, daß die deutſche Frage zu einem befriedigenden Abſchluß gelange,“ erwiderte Se. Majeſtät, ohne ſich zu bedenken: „Auch dafür bin ich zu jedem Opfer bereit!“

So fuhr ich am nächſten Tage (den 26. März) nach Berlin — ohne Inſtruction, ja auch ohne irgend welche ſchriftliche Vollmacht oder Beglaubigung. Pfordten hatte mich nur, wie er mir mittheilte, bei Herrn v. Minckwitz angemeldet. Dieſer bezeigte ſich ſehr erfreut über mein Kommen, ſagte mir aber, daß in der Hauptſache die Conferenzen eigentlich ſchon beendet, die ſüddeutſchen Geſandten ſogar wahrſcheinlich bereits abgereiſt ſeien. Letzteres war nicht der Fall: ich traf wenigſtens zwei davon, den naſſauiſchen, Herrn Max von Gagern, und den württembergiſchen, Herrn von Sternenfels, noch am Abend zufällig im Engliſchen Hofe. Allerdings aber hatten die Geſandten ſchon mit dem preußiſchen Miniſter des Auswärtigen Beſprechungen gehabt: etwas Endgültiges jedoch war nicht ausgemacht worden, vielmehr ſollten die weiteren Verhandlungen nun am Bundestage ſtattfinden. Herr v. Minckwitz,

der wohl ohne Instruction gewesen war, hatte lediglich Alles „ad referendum genommen".

Noch spät am Abend meiner Ankunft schrieb mir derselbe: „Er habe mich beim Minister des Auswärtigen angemeldet und derselbe wolle mich früh um 9 Uhr empfangen. Er werde mich abholen." Er kam denn auch in seinem Wagen, und wir fuhren — durch die, zum Theil noch sehr sichtbare Spuren des Kampfes vom 18. März tragenden Straßen — nach dem Ministerium des Auswärtigen. Dem General fiel die schwarz-roth-goldne Cocarde auf, die ich am Hute trug, und verwundert frug er mich, ob dies in Leipzig allgemein Sitte sei, worauf ich ihm sagen mußte, daß sein dermaliger Chef, Herr v. d. Pfordten, bevor er Minister geworden, als Hauptmann einer freiwilligen Compagnie in Leipzig, deren Zugführer ich gewesen, zuerst diese Cocarde an den Hut gesteckt und uns dadurch zur Nachfolge veranlaßt habe. Uebrigens hatte damals schon längst der Bundestag selbst die einst von ihm so streng verpönten Farben zu „Bundesfarben" erklärt und eine schwarz-roth-goldne Fahne auf seinem eigenen Palais aufgehißt.

Preußischer Minister des Auswärtigen war soeben Baron Heinrich von Arnim geworden: sein Unterstaatssecretär war Herr v. Bülow. Beide waren gegenwärtig. Das über die Besprechung mit den süddeutschen Gesandten aufgenommene Protocoll ward mir vorgelegt; ich konnte constatiren, daß, so weit die Ansichten der königlich sächsischen Regierung mir bekannt seien, dieselben mit dem hier Vereinbarten übereinstimmten und so ward das Protocoll von mir und dann vom General von Minckwitz mit-

unterzeichnet. Die vereinbarten Punkte betrafen nur einige allgemeine Grundzüge zu einer künftigen Bundesverfassung; insbesondere in Betreff der Angelegenheiten, welche als gemeinsame zu behandeln sein würden; der Punkt wegen einer provisorischen Regierung des Königs von Preußen über Deutschland (der eigentlich springende Punkt bei der süddeutschen Gesandtschaft) war übergangen. Während wir noch mit dem Protocoll beschäftigt waren, klang plötzlich Trommelwirbel von der Straße herauf. „Es sind unsere Garden," sagte Herr v. Bülow, „die nach Schleswig-Holstein marschiren." Er wollte damit ausdrücken, daß, wenn Preußen auch sich dermalen nicht formell an die Spitze Deutschlands stellen könne, es doch thatsächlich seine Pflicht als Vormacht Deutschlands thue.

Neben meiner amtlichen Sendung hatte ich noch einen privaten Auftrag vom Minister Braun an den neuen preußischen Justizminister Dr. Bornemann. Die Minister waren, wie ich erkundete, im Schlosse versammelt. Dorthin begab ich mich daher. War mir schon vorher bei der Fahrt zum Minister des Auswärtigen das vielfach noch aufgerissene Straßenpflaster aufgefallen, so sah ich jetzt im Schlosse in einem großen Vorgemach, durch das ich gewiesen ward, in den Fenstern eine Anzahl runder Löcher, offenbar von Kugeln, die hier eingeschlagen hatten.

Das Vorzimmer war angefüllt von auswärtigen Deputationen aller Art, die zu den Ministern wollten. Die Letzteren schienen in fortwährender Bewegung und dazu in einiger Aufregung zu sein, bald Deputationen empfangend, bald wieder unter einander berathend. Ich hatte Gelegenheit, dies zu bemerken, da Bornemann (dessen hab-

haft zu werden mir einige Mühe kostete) mich im Fluge dem und jenem seiner Collegen, u. A. Herrn v. Auerswald, vorstellte, der dann wieder ebenso im Fluge sich nach der und jener Einrichtung bei uns in Sachsen, z. B. der Zusammensetzung der Kammern, erkundigte.

In mein Hotel zurückgekehrt, erstattete ich einen kurzen Bericht an Minister von der Pfordten, und machte mich sodann zur Abreise fertig, da meine Mission so unerwartet schnell (mir sehr zu Danke!) erledigt war. Da hatte ich noch ein eigenthümliches Begegniß. Auf der Hinreise nach Berlin war ich mit einem Polen (Bobrowicz) zusammengetroffen, der 1831, bei dem großen Durchzug vertriebener Polen durch Sachsen, in Leipzig sitzen geblieben und heimisch geworden war. Er war in Berlin in demselben Hotel mit mir abgestiegen. Jetzt kam er, um mich zu fragen, ob ich wohl einer Deputation seiner Landsleute gestatten würde, mir aufzuwarten. Sie hätten gehört, ich gehe zum Vorparlament, und wollten mir gern die Sache Polens an's Herz legen. Bekanntlich waren von dem großen Hochverrathsprocesse her (wegen des geplanten Angriffs auf die Festung Posen) eine Menge Polen noch im März 1848 in Berlin inhaftirt, welche aber nun in die nach dem 18. März erlassene allgemeine Amnestie einbezogen und dadurch frei wurden.

Ich antwortete auf jene Anfrage, daß ich zwar schwerlich für die Sache Polens etwas würde thun können, jedoch die Höflichkeit seiner Landsleute nicht zurückweisen wolle. Darauf ging er, und bald traten ein Dutzend Polen bei mir ein, an ihrer Spitze kein Geringerer als — Mieroslawski! Dieser, ein Mann von nicht sehr großer,

aber gedrungener Gestalt, mit einem scharf geschnittenen, blassen Gesicht und blitzenden dunklen Augen, hielt in lebhaftem Französisch eine feurige Anrede an mich, worin er etwa sagte: „Die jetzt in den Besitz der Freiheit gelangte deutsche Nation werde gewiß der Freiheit unterdrückter Völker, und somit auch der Polen sich annehmen.“ Ich erwiderte in demselben Idiom ohngefähr dasselbe, was ich bereits seinem Landsmann Bobrowicz gesagt hatte, und damit war dieser Zwischenfall erledigt.

Auf der Heimreise nach Leipzig ward ich noch einmal, und das auf recht widrige Art, an die Vorgänge des 18. und 19. März erinnert. Ein junger Mann (nicht aus den niederen Klassen) erzählte sehr redselig von jener beklagenswerthen Scene am 19. früh, wo das Volk den König gezwungen hatte, mit entblößtem Haupte die Leichen der gefallenen Barrikadenkämpfer zu begrüßen. Er erblickte darin eine ganz besondere Heldenthat der Berliner Bevölkerung. Ich konnte mich nicht entbrechen, ihm zu sagen, daß ich in einer solchen Beschimpfung eines Monarchen durchaus nichts Rühmliches, wohl aber, wenn derselbe Monarch zu regieren fortfahre, wegen der dadurch nothwendig in ihm erzeugten furchtbaren Verbitterung, etwas für Volk und Staat sehr Gefährliches fände. Die Folgen jener Scene des 19. März sind denn auch in der That dem preußischen und dem deutschen Volke nicht erspart geblieben.

Am nächsten Tage fuhr ich wieder nach Dresden und erstattete Herrn von der Pfordten mündlichen Bericht über den Verlauf meiner Sendung. Wir sprachen dann über das Vorparlament, zu welchem abzureisen ich mich nun allerschleunigst rüsten mußte. Da ich mich bedenklich dar-

über aussprach, was wohl dabei herauskommen werde, rief Herr von der Pfordten: „Bringen Sie uns mit, welche Verfassung Sie wollen, nur halten Sie uns die Republik vom Leibe!“

Als ich mich von Braun und Georgi verabschieden wollte, sagten mir diese: „Es sei ihre Absicht gewesen und sei noch ihr Wunsch, mich als Vertrauensmann der sächsischen Regierung an den Bundestag zu senden; indessen habe Todt auf diesen Posten Anspruch erhoben, habe sich auf seine Dienste als langjähriger Führer der Opposition in der Kammer berufen, zugleich gewisse persönliche Verhältnisse angeführt, welche ihm eine Veränderung seiner gegenwärtigen Lage durchaus wünschenswerth, ja nothwendig machten, und sie als seine politischen Freunde und alten Kammercollegen könnten ihm diese Bitte nicht wohl abschlagen. Sie ersuchten mich, bis zum letzten Zuge nach Leipzig zu warten; sei bis dahin Todt nicht eingetroffen, so würden sie mir das Mandat geben.“

Ich erwiderte, daß ich gern zurückstände, überhaupt keinerlei Anspruch weder auf diese noch auf sonst eine amtliche Stellung machte, wohl aber bereit wäre, jede anzunehmen, in der ich nach ihrer und meiner Ueberzeugung dem Allgemeinen nützen könne, worauf Georgi: „Ich schätze Sie dafür nur um so höher!“ Doch konnte ich nicht umhin, den beiden Ministern anheimzugeben, ob es nicht das Beste sein würde, wenn sie den sächsischen Bundestagsgesandten abberiefen und Todt an dessen Stelle setzten, da die öffentliche Meinung eine Erneuerung des Bundestagspersonals (wozu z. B. Baden durch die Ernennung Welckers zum Bundestagsgesandten bereits den Anfang

gemacht) immer dringender fordern werde und es doch gut wäre, wenn Sachsen für sein Theil es nicht erst so weit kommen ließe. Wollten sie dann, neben Todt, mich als Vertrauensmann nach Frankfurt senden, so sollte mir das recht sein. Braun und Georgi gaben mir zu, daß ich Recht hätte, scheuten aber die Kosten der Pensionirung des bisherigen Bundestagsgesandten, mehr noch vielleicht den zu besorgenden Widerstand des Königs gegen eine solche ungewöhnliche Maßregel. Nur wenige Tage später erklärte das Vorparlament eine Reinigung des Bundestags von seinen alten Elementen für dringlich, und der Bundestag gab seine Zustimmung dazu! Auch dann noch zögerte die sächsische Regierung mit der Abberufung ihres Gesandten, allein endlich erfolgte diese doch, und Todt trat an dessen Stelle, ging auch, als der Bundestag aufgelöst wurde, in die Stellung eines „Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt" über. Der Posten eines „Vertrauensmannes" war inzwischen erloschen, da die Aufgabe der Vertrauensmänner, die Vereinbarung eines Verfassungsentwurfs, ihren Abschluß gefunden hatte. Schon im Sommer 1848 ward indeß Todt von Frankfurt abberufen. Damals muß meine Ernennung an dessen Stelle in Dresden wieder ernstlich in Frage gekommen sein, denn der sächsische Geh. Reg.-Rath Weinlig, der um jene Zeit wegen gewisser Verhandlungen mit dem Reichsministerium nach Frankfurt kam, theilte mir es als so gut wie sicher mit, und Sylvester Jordan, der kurhessische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, sprach mir in seinem und anderer Bevollmächtigter Namen ihre Freude darüber aus, daß sie mich zum Collegen erhalten würden.

Indessen traf als neuer Bevollmächtigter der bisherige Director im Ministerium des Innern, Geheimer Rath Kohlschütter, in Frankfurt ein. Er hatte, wie ich hörte, die Stelle als eine Art Erholungsposten erhalten, weil seine Gesundheit angegriffen war. In seine Dresdner Stelle war dann Todt eingerückt. Von mir aus ist selbstverständlich damals auch nicht das Geringste in dieser Sache geschehen. Nur später frug ich einmal einen nahen Bekannten, der auch eine Stelle im Ministerium zu Dresden bekleidete, aus welchen Gründen man denn wohl jene mich betreffende Absicht wieder aufgegeben habe. Er meinte: es sei das wohl geschehen wegen meiner zu schroffen Parteistellung gegenüber der allergrößten Mehrzahl der sächsischen Abgeordneten zum Parlamente. Mit diesem Gegensatze hatte es allerdings seine Richtigkeit: ich war nach wie vor gemäßigt liberal, Jene waren Vollblutdemokraten und wurden zum größten Theil in Frankfurt erklärte Republikaner.

Daß freilich der amtliche Vertreter der königlich sächsischen Regierung gerade in diesen Kreisen, wenn nicht eine persona grata, so doch eine persona non ingrata habe sein sollen, war mir einigermaßen überraschend.

Aber allerdings wird sich bald Gelegenheit finden, zu constatiren, welchen Einfluß die sächsischen Radicalen im Jahre 1848 auf das Märzministerium von mehr als Einer Seite her übten.

Wäre ich übrigens auch damals an Todts Stelle gekommen, so würde ich doch nicht lange darauf geblieben, vielmehr wahrscheinlich nach sehr kurzer Zeit freiwillig davon zurückgetreten sein. Denn schon im August 1848

ſchlug das Märzminiſterium (unter Pfordtens Leitung) in der deutſchen Frage einen Weg ein, auf dem ich ihm nicht hätte folgen können, gegen den ſogar mich öffentlich im Parlamente zu erklären ich für meine Pflicht hielt.

Am 28. März ſpät kam ich von meinem dritten Beſuche in Dresden zurück. Da war es nun höchſte Zeit, nach Frankfurt abzureiſen, wenn ich noch zum Vorparlament, welches auf den 31. März ausgeſchrieben war, rechtzeitig eintreffen wollte. Es waren drangvolle Stunden. Noch im letzten Moment, faſt ſchon den Fuß im Eiſenbahnwagen, vielfach unterbrochen von Beſuchen aller Art, mußte ich das Programm zu einer Zeitung abfaſſen, die unter meiner Redaction erſcheinen ſollte. Damit hatte es folgende Bewandniß. Die angeſehene Firma B. G. Teubner in Leipzig und Dresden wollte ein neues Blatt unter dem Titel „Dresdner Journal, Herold für ſächſiſche und deutſche Intereſſen“ in's Leben rufen und bat mich um Uebernahme der Redaction. Mir kam ein ſolcher Antrag gerade jetzt ſehr unerwartet. Ich hatte ſoeben meine Vierteljahrsſchrift „Unſre Gegenwart und Zukunft“ mit dem 10. Bande abgeſchloſſen, weil ich zu deren ferneren Herausgabe (zumal im eigenen Verlag) bei dem ſehnlichen Wunſche und der wohl nicht unbegründeten Hoffnung, in's Parlament gewählt zu werden, die nöthige Muße und Sammlung nicht finden zu können glaubte. Und nun ſollte ich gar eine täglich erſcheinende Zeitung übernehmen. Wußte ich doch nicht einmal, wann ich vom Vorparlament zurückkommen würde. Ich ſprach dieſe Bedenken offen und entſchieden gegen den Verleger aus: allein er beſtand auf ſeinem Wunſche, meinte, ich könnte mich ja während

meiner Abwesenheit vertreten lassen, könnte auch von Frankfurt aus ersprießlich für das Blatt wirken, und schon mein Name auf dem Titel sei ihm von Werth. Ungern gab ich nach und suchte wenigstens durch ein etwas ausführlicheres Programm dem Blatte den festen Curs, den es einhalten sollte, im voraus vorzuzeichnen. Ich sagte darin, nachdem ich die neue Zeit, wie sie für Sachsen, für Deutschland durch die Märzbewegung aufgegangen schien, in einigen großen Zügen geschildert, Folgendes:

Also: freie Bewegung und Bethätigung des Volksgeistes in aller und jeder Hinsicht, im Besondern aber Preßfreiheit, Versammlungs- und Redefreiheit, Glaubensfreiheit, öffentliches und volksthümliches Gericht, entscheidender Einfluß der parlamentarischen Majoritäten auf das System und die Zusammensetzung des Ministeriums, erweitertes Wahlrecht, Volksbewaffung — endlich eine Neugestaltung und Befestigung des deutschen Bundes auf volksthümlichern und einheitlichern Grundlagen, als bisher — Das ist das große Werk, an welchem Regierungen und Völker Deutschlands — wenigstens ihrer Mehrzahl nach — in diesem Augenblicke mit vereinten Anstrengungen bauen, zu welchem auch wir unser Scherflein nach Kräften beitragen möchten. Wir sind dabei zum ersten Mal in der erwünschten Lage, nicht gegen die Regierung und ihr System ankämpfen zu müssen, vielmehr ihren aufrichtigen Bestrebungen für Förderung jener großen Aufgabe unsern aufrichtigen Beifall und Beistand gewähren zu können. Wir werden daher das Ministerium unterstützen, so lange es den festen Willen, die Macht und Fähigkeit zeigt, Das, zu verwirklichen und durchzuführen, was es theils ausdrücklich in seinem Programme versprochen, theils stillschweigend als die nothwendigen Consequenzen des Princips, in dessen Namen es aufgetreten ist, auf sich genommen hat. Wir werden es mit allen unsern Kräften vertheidigen sowohl gegen die Angriffe, welche von den Anhängern des alten, gestürzten Systems gegen dasselbe versucht werden möchten, wie gegen die Anfeindungen Solcher, denen überhaupt Nichts recht ist, was nicht von ihnen selbst aus-

geht, und welche sich wenig darum kümmern, ob sie die ganze friedliche und gedeihliche Entwickelung unserer Zustände wieder in Frage stellen, wenn sie nur ihrem Gelüste des Opponirens um jeden Preis, der Rechthaberei und der persönlichen Anfeindung ein Genüge thun können. Bei alledem werden wir keineswegs ministeriell um jeden Preis sein, sondern wir werden es nur so lange sein, als die Minister den Grundsätzen, die wir eben als die bewegenden und leitenden der neuen Zeit bezeichnet haben, aufrichtig und mit aller Energie ihres Willens huldigen; wir werden sie an ihre Pflicht mahnen, wenn wir sie in der Ausführung dieser Grundsätze lässig zu finden glauben; wir werden sie offen tadeln, wo wir in ihren Unternehmungen ein Schwanken, eine Unsicherheit der Ansichten bemerken, und wir würden die Ersten sein, sie entschieden anzugreifen und auf ihren Rücktritt zu dringen, wenn jemals — was wir aber nicht fürchten — auch diese Männer ihren übernommenen Verpflichtungen und dem in sie gesetzten Vertrauen des Volks treulos den Rücken kehren könnten. Aber wir werden nicht Alles auf einmal von ihnen verlangen; wir werden den Schwierigkeiten der Lage, in die sie eingetreten sind, billige Rechnung tragen; wir werden sie nicht ohne weiteres verdammen, wenn sie nicht sofort allen Wünschen und allen Erwartungen zu genügen im Stande sind; vor Allem aber werden wir uns hüten, das Vertrauen des Volkes, dessen das neue Ministerium nothwendig bedarf, wenn es die schwere Aufgabe, die es übernommen hat, zum Heil des Landes glücklich durchführen soll, durch vorschnelles und liebloses Aburtheilen über dasselbe oder einzelne Persönlichkeiten darin, durch Verbreitung grundloser Gerüchte oder willkürlicher Vermuthungen muthwillig zu untergraben. Unsere Bestrebungen sollen sich aber nicht darauf beschränken, die Entwickelung der Verhältnisse, wie sie jetzt von oben her angebahnt wird, fördern zu helfen; vielmehr werden wir auch dahin zu wirken suchen, daß von unten her, aus dem Volke selbst, dieser Entwickelung möglichst entgegen gekommen werde. Bildung und Aufklärung des Volks in allen seinen Schichten, richtige Benutzung aller Mittel des Volksaufschwunges, namentlich des Versammlungsrechts und der freien, öffentlichen Besprechung, und Anleitung zur praktischen Ausführung aller der Ideen, welche nicht allein die politische, sondern

auch die sociale Befreiung, Kräftigung und Veredelung des Volks bezwecken, soll eine unserer Hauptaufgaben sein.

Ich konnte dem Blatte noch viel weniger sein, als ich schon gefürchtet. Meine lange ununterbrochene Abwesenheit erst beim Vorparlament und beim Fünfzigerausschuß, dann beim Parlament, ließ mich zu einer eigentlich leitenden Thätigkeit für dasselbe so gut wie gar nicht gelangen. Höchstens mit Rechenschaftsberichten und sonstigen Mittheilungen von Frankfurt aus, ab und zu mit einem Leitartikel konnte ich es unterstützen. Mit meiner Vertretung in der Redaction hatte ich wenig Glück. Ich vertraute dieselbe erst einem jungen Dresdner Schriftsteller an, den ich als geschickt in derartigen Dingen kannte und der es auch war; allein derselbe ging (wie das damals so Vielen passirte) immer weiter links, und es kam dahin, daß meine politischen Freunde von Leipzig aus klagten: „das unter meinem Namen erscheinende Blatt greife sie und meinen eigenen politischen Standpunkt an.“ Darauf übertrug ich die Redaction einem Leipziger Gelehrten, der aber wieder nach anderer Seite hin die Sache verdarb; kurz, ich hatte wenig Freude und viel Aerger mit diesem Blatte, zu dem ich mich kaum recht bekennen mochte und dessen Mißgriffe doch mehr oder weniger auf mein Conto geschrieben wurden. Ich war daher fast froh und konnte keineswegs mich ablehnend verhalten, als nach einem halben Jahre der Verleger, anscheinend die Unzuträglichkeiten dieses Verhältnisses selbst einsehend, mich von der Redaction entband. Freilich sah ich voraus, was nun mit dem Blatte werden würde. Herr v. d. Pfordten (nicht mehr der „deutsche Mann“ vom März 1848, sondern der

berechnende „Diplomat“, der er indeſſen geworden war oder als den er ſich nun entpuppte), wollte gern das „Dresdener Journal“, welches gegen ſeine, allmälig immer bedenklicher werdende, auswärtige Politik öfters opponirt hatte, an ſich ziehen und hatte ſchon unter der Hand einen jungen gewandten Beamten ſeines Reſſorts in die Redaction (vorläufig nur des Feuilletons) zu bringen gewußt. Nach meinem Rücktritt übernahm Letzterer die Leitung des Blattes, und damit hörte das „Dresdner Journal“ auf, ein unabhängiges Organ zu ſein.

Neunzehntes Capitel.

Ein Blick auf die Vorgänge in Sachsen nach der Märzbewegung 1848.

Die Vorgänge in Sachsen nach der Märzbewegung von 1848 — bis zum Sommer 1849 — fallen eigentlich aus dem Rahmen dieser Aufzeichnungen heraus, da ich während dieser ganzen Zeit von Sachsen abwesend war, also nicht nach eigenen Beobachtungen über das damals Geschehene sprechen kann (wie das doch für eine solche Selbstbiographie sich gehört), noch weniger aber etwa dafür mitverantwortlich bin. Eine objective Geschichtsdarstellung derselben habe ich früher einmal zu geben versucht — noch unter dem frischen Eindruck jener Ereignisse und mit sorgfältiger Benutzung alles dessen, was Augenzeugen darüber berichteten — in dem Aufsatze „Das Königreich Sachsen" im 5. und 6. Bande der von F. A. Brockhaus herausgegebenen „Gegenwart" (1850 und 1851).

Wenn ich gleichwohl mich gedrungen fühle, auch hier wenigstens „einen Blick" auf jene Vorgänge zu werfen, so habe ich dafür einen doppelten Grund. Einmal möchte ich gern mir selbst die Beruhigung verschaffen, daß die mancherlei politischen Verirrungen, die schon im

Laufe des Jahres 1848 vorkamen, die sich dann 1849 bis zu dem sog. „Unverstandslandtag" und endlich zu dem höchst beklagenswerthen Maiaufstande in Dresden steigerten, daß diese Verirrungen nicht die nothwendige und unvermeidliche Folge der Märzbewegung und der durch diese herbeigeführten neuen Ordnung der Dinge, vielmehr nur die Wirkung hinzutretender, mit jener Bewegung nicht direct zusammenhängender Umstände gewesen sind. Sodann aber möchte ich ein paar Worte sagen zur Klarlegung der Stellung, welche meine politischen Freunde in Sachsen — wenn auch ohne meine persönliche Mitwirkung, so doch mit meiner theils vorgängigen, theils nachträglichen Beistimmung — zu jenen Vorgängen eingenommen haben.

Allen geschichtlichen Erfahrungen zufolge ist es immer äußerst schwierig, wenn eine ganze Bevölkerung erst einmal in den Zustand einer hochgradigen Erregung versetzt ist, sie wieder in das ruhige Geleise des herkömmlichen, geordneten Lebensganges zurückzuführen. Das sollte für alle Staatslenker eine Mahnung sein, es so weit überhaupt nicht kommen zu lassen. Leider nur wird diese Mahnung oft mißachtet. Letzteres war (wie ich oben des Näheren gezeigt habe) vor 1848 fast allerwärts in Deutschland, auch in Sachsen, geschehen, und daher war es nicht zu verwundern, wenn — um einen Ausdruck des Herrn v. Friesen zu wiederholen — die Nachricht von der Pariser Revolution „wie ein Funke in ein Pulverfaß fiel". Eine Bewegung, sogar eine starke Bewegung war schlechterdings unausbleiblich und wäre wohl durch keinerlei Maßregeln zu verhindern gewesen. Was Sachsen anlangt, so war gerade hier die Bewegung durch unsere, der Gemäßigten, rasches

Zuthun von Haus aus in streng gesetzlichen Grenzen gehalten, den bestehenden Gewalten war in keiner Weise Zwang angethan, es waren keine andern Mittel angewendet worden, um den berechtigten Wünschen nach nothwendigen Reformen Ausdruck zu geben, als das durchaus verfassungsmäßige und loyale Mittel der Petition. Insofern war die Lage hier entschieden günstiger, als da, wo man es bis zu einer gewaltsamen Erhebung des Volkes hatte kommen lassen, wie z. B. in Berlin und Wien. Das Programm des Märzministeriums — abgesehen davon, daß dasselbe die Sanction des Königs erhalten hatte — enthielt an sich Nichts, womit sich nicht hätte regieren lassen. Die darin gewährten Freiheiten — Vereins- und Versammlungsrecht, Preßfreiheit, öffentliches Gericht, Geschworene, ein freies Wahlgesetz u. s. w., alle diese bestehen heutzutage bei uns in unbestrittener Geltung, und Niemand zweifelt daran, daß damit Ordnung und Ruhe, daß damit eine starke Regierung bestehen kann, denn sie besteht thatsächlich neben und mit jenen Freiheiten.

Freilich aber zeigten die bedauerlichen Nachwirkungen jenes Systems, welches zu lange den Gebrauch der Freiheit, selbst einer noch so mäßigen, dem Volke vorenthalten hatte, sich jetzt darin, daß das Volk, nicht allmälig an diesen Gebrauch gewöhnt und für denselben herangebildet, nun mit einem Male in den Besitz der Freiheit, und zwar einer sehr weitgehenden, gelangte, wo es dann, wie nun einmal die menschliche Natur ist, kaum ausbleiben konnte, daß die rechte Grenze zwischen Gebrauch und Mißbrauch öfters überschritten ward. Dazu kam noch eine indirecte Folge eben jenes reactionären Systems, welches so lange

auf dem Volke gelastet hatte; viele etwas heißblütigere oder auch etwas ängstlichere Freunde der Freiheit hatten die Meinung: um einer Wiederkehr solcher Zustände vorzubeugen, wie sie vor 1848 so lange geherrscht, könne man die errungenen „Volksrechte" nicht weit genug ausdehnen und mit nicht genug Schutzwehren umgeben, müsse man die Gewalt und Autorität der Machthaber auf's Aeußerste beschränken, damit sie ja nicht in die Versuchung geriethen oder doch nicht im Stande wären, auf jenes reactionäre System zurückzukommen. Diese Leute vergaßen, daß jedes Extrem in das entgegengesetzte umschlägt, daß, wie die Ueberspannung der Reaction einen Rückschlag dagegen hervorgerufen hatte, so die Ueberspannung der Freiheitsforderungen und mehr noch des Freiheitsgebrauchs früher oder später wieder zu einer Reaction führen müsse, wie das denn auch nicht ausgeblieben ist.

Eines Umstandes möchte ich hier noch besonders gedenken, der auf die ungünstige Entwickelung der sächsischen Verhältnisse in dem Bewegungsjahre 1848 meines Erachtens von nicht geringem Einflusse gewesen ist. Das alte sächsische Wahlgesetz für die Zweite Kammer enthielt neben anderen Beschränkungen der Wahlfreiheit auch die, daß der zu Wählende dem Wahlkreise selbst angehören müsse. Vielleicht hatte man gefürchtet, es möchten sonst zu viel Abgeordnete aus den größeren Centren des Verkehrs und der Bildung in die Kammer kommen, und diese möchten zu vorgeschrittene politische Anschauungen mitbringen. Thatsächlich war aber der Erfolg jener Bestimmung der gerade entgegengesetzte: dieselbe schuf eine Klasse von Localpolitikern, die, weil sie selbst nur in engen und

kleinen Verhältnissen sich bewegten, auch in der Politik keine großen Maßstäbe kannten und anwendeten, wohl aber in ihrer Abgezogenheit oder im Umgange nur mit Solchen, die in der gleichen Beschränktheit lebten, allerhand extreme Theorien bei sich ausbildeten, nach denen sie dann, ohne Kenntniß oder Beachtung der Bedürfnisse und Interessen eines größeren Staats- und Culturlebens- eigensinnig, doctrinär verfuhren. Ich werde Gelegenheit, haben, darauf bei Besprechung der Wahlen zum deutschen Parlamente zurückzukommen, wo zwar jene Beschränkung nicht mehr bestand, wohl aber die Folgen derselben sich fühlbar machten. Schon vor 1848 gab es mehr als einen Radicalen in der und jener kleinen erzgebirgischen Stadt, der selbst auf einen Mann wie Blum als auf einen nicht genug „Entschiedenen" mitleidig herabsah, weil Letzterer, inmitten des großartigen Leipziger Lebens stehend, manche politische Nothwendigkeiten besser begriff und mehr respectirte, als ein kleinstädtischer Localpolitiker. In der Vertretung Sachsens im Parlament, vollends dann beim sog. „Unverstandslandtage", traten die Folgen jenes Bezirks- zwanges in recht grellen Erscheinungen zu Tage.

Nach alledem war die Aufgabe, die den Märzministern zufiel, das neue Reich der Freiheit mit den nothwendigen Bürgschaften der Ordnung zu umgeben, ein zwar liberales, aber zugleich kräftiges und von den Schwankungen der Tagesmeinung unabhängiges Regiment zu führen, eine überaus schwierige, und wenn es ihnen nicht gelungen ist, dieselbe so, wie es gewiß ihr ernster Wille war, durchzuführen, so hat man schwerlich das Recht, deshalb sofort einen Stein auf sie zu werfen, wie das wohl häufig von

den Jetztlebenden geschieht. Ist es doch ihren Collegen in anderen Staaten, selbst in den beiden deutschen Großstaaten, nicht besser ergangen! Zu leugnen ist freilich nicht, daß sie einzelne schwere Fehlgriffe gethan (wie ich denn z. B. die Bildung des Geschworenengerichts durch allgemeine Wahlen für einen solchen, und zwar einen so großen halte, daß es mir unbegreiflich ist, wie Braun, dieser genaue Kenner des Geschworenengerichts, ihn begehen konnte, ebenso die Umgestaltung der Communalgarden in „Volkswehren" mit Aufnahme aller Klassen der Bevölkerung in diese), daß sie eine zu geringe organisatorische, schaffende Thätigkeit entwickelt haben, daß sie solchen Ausschreitungen, wie sie schon im Sommer 1848 z. B. im Schönburgischen vorkamen, nicht rasch und energisch genug entgegengetreten sind, u. s. w. Was meiner Ansicht nach ihnen die Durchführung ihrer Aufgabe am meisten erschwert und schließlich unmöglich gemacht hat, war die falsche Stellung, in welche sie, allerdings nicht am wenigsten durch eigne Schuld, zu den vorhandenen politischen Parteien geriethen. Und hier komme ich zugleich auf die Stellung zu sprechen, welche meine politischen Freunde zu dem Märzministerium eingenommen haben.

Nach meinem Abgange zum Vorparlament hatte sich aus dem Kreise der engeren Gesinnungsgenossen heraus, die in den Märztagen mir zur Seite gestanden, unter Hinzutritt anderer, wahlverwandter Elemente, ein „Deutscher Verein" gebildet, dessen Tendenz eine gemäßigt-liberale, monarchisch-constitutionelle, vor Allem aber nationale war. Er hatte sich in Leipzig rasch ausgebreitet, allmälig auch über andere Landestheile verzweigt.

Freilich ging es auch hier, wie gewöhnlich bei ſolchen tiefgreifenden Wandlungen im Staatsleben: ſo Mancher, der geſtern noch der Bewegung, ehe dieſelbe durchgedrungen, kühl, ängſtlich, wenn nicht feindlich gegenübergeſtanden, war für die nun ſiegreiche plötzlich gewonnen. Wie man in Frankreich 1848 Republikaner „von geſtern“ und „von morgen“ unterſchied, d. h. Solche, die es im Herzen ſchon vorher geweſen, und ſolche, die es erſt (wirklich oder ſcheinbar) geworden waren, ſo gab es auch bei uns 1848 Solche, welche vorher keineswegs ſo „liberal“ oder „national“ geweſen, wie ſie jetzt ſich anſtellten, welche vielleicht auch, wenn andere Zeiten kommen ſollten, es wieder nicht ſein würden, welche aber augenblicklich ſich zu dieſer Fahne bekannten, ſei es, daß ſie unter derſelben Schutz gegen die Uebergriffe einer radicaleren Richtung ſuchten, oder daß ſie es thaten, weil ſie ſo mit der damaligen Regierung ſich im Einklang zu wiſſen glaubten. Als mir die erſte, der Zahl nach recht ſtattliche Liſte des Leipziger „Deutſchen Vereins“ nach Frankfurt geſendet wurde, überfiel mich ein gewiſſes Gruſeln beim Anblick ſo manchen Namens, den ich hier nicht zu finden gewärtig war. Indeß — der Stamm des „Deutſchen Vereins“, ſeine Leitung und auch die große Mehrzahl ſeiner Mitglieder war aufrichtig national und gemäßigt liberal geſinnt und hat auch in dieſem Sinne nach Kräften gewirkt.

Der „Deutſche Verein“ oder, beſſer geſagt, die „Deutſchen Vereine“ (denn es gab, wie ſchon bemerkt, deren bald mehrere im Lande) waren entſchloſſen, feſt zu dem neuen Miniſterium zu halten, in deſſen Programm ſie ein vollauf genügendes Maß von Freiheit erkannten;

sie waren entschlossen, dasselbe in der ehrlichen Durchführung dieses Programms und in einer kräftigen Handhabung der Regierungsgewalt zu unterstützen, ganz besonders auch in der Abwehr übertriebener, ungebührlicher Forderungen, wie solche schon bald und je länger je mehr von der, immer weiter nach links drängenden, Partei der „Vaterlandsvereine" (oder doch einem Theile derselben, denn es gab auch hier eine gemäßigtere und eine extremere Richtung) an das Ministerium gestellt wurden. Das Verhältniß der „Deutschen Vereine" zu den Ministern, insbesondere zu Braun und Georgi, war insoweit ein durchaus befriedigendes, und es fanden auch in der ersten Zeit mehrfach persönliche Beziehungen hinüber und herüber statt.

Nicht so günstig gestaltete sich das Verhältniß der „Deutschen Vereine" zur Regierung, speciell zu Pfordten, in Bezug auf die nationale Frage. Die „Deutschen Vereine" hielten von vornherein fest zur Nationalversammlung in Frankfurt, nicht blos als der gesetzlichen Vertretung des Gesammtwillens der Nation, sondern auch, weil sie bald erkannten, daß die Mehrheit dieser Versammlung auf einen Zustand der Dinge hinarbeite, der eben so viele Bürgschaften einer vernünftigen Freiheit, als der nothwendigen Ordnung und Stabilität böte. Sie erwarteten von dem liberalen sächsischen Ministerium, daß es diesen Bestrebungen der Frankfurter Majorität möglichst Vorschub leisten, keinesfalls Schwierigkeiten bereiten werde.

Anfänglich schien auch das Ministerium diesen Weg gehen zu wollen. Die Worte, die Pfordten zu mir bei meinem Abgange zum Vorparlament gesprochen: „Bringen Sie uns, welche Verfassung Sie wollen, nur nicht die

Republik"; die dem Vertrauensmann Todt mitgegebene Instruction, welche dem Heidelberger Programm vom 5. März entsprach, indem sie einen „Bundesstaat mit einem Oberhaupte" in Aussicht nahm, und worin ausdrücklich — ganz im Sinne der von Sr. Majestät zu mir gesprochenen Worte — die Nothwendigkeit einer „Beschränkung der Selbstständigkeit der einzelnen Glieder des (künftigen) Bundesstaates zu Gunsten der Einheit" anerkannt war — Alles das schien darauf hinzudeuten, daß die neuen Minister die Wichtigkeit einer kraftvollen Gestaltung Gesammtdeutschlands, nicht am wenigsten auch im Interesse einer Befestigung der innern Zustände Sachsens, richtig begriffen. Auch die radicale Partei schien anfänglich mit den „Deutschen Vereinen" in dem Respect vor dem Ansehen der Nationalvertretung übereinzustimmen. Als das Ministerium dem (zum letzten Mal berufenen) alten Landtage ein Decret vorlegte, worin die „Zustimmung" der sächsischen Regierung zu der Einsetzung einer provisorischen Centralgewalt und zur Wahl des Erzherzogs zum Reichsverweser ausgesprochen war, erhob sich einer der extremsten Wortführer der, durch die Ergänzungswahlen in die Zweite Kammer gelangten, radicalen Partei, Tzschirner, und verlangte: „die Regierung solle sich anheischig machen, alle Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung ohne Weiteres für rechtsverbindlich zu erachten."

Allein bald zeigte sich ein wesentlicher Umschwung in den Ansichten sowohl der Linken als auch des Ministeriums. Schon als ich gegen Ende des April einmal wieder nach Sachsen kam und bei einer Reise nach Dresden auch Pfordten aufsuchte, fand ich seine Stellung zur deutschen

Frage wesentlich verändert. Mit großer Selbstzufriedenheit setzte er mir auseinander, indem er sich behaglich in seinem Lehnsessel wiegte, wie er als Minister Sachsens darauf hinarbeite, „das Gleichgewicht zwischen Oesterreich und Preußen zu erhalten". Dieses Gefühl der Bedeutsamkeit seiner Stellung als Minister eines der größeren Staaten zweiten Ranges hatte sich dann offenbar bei ihm immer mehr gesteigert. In einem Decret vom 26. August 1848 (welches aber in der Zweiten Kammer erst am 19. October zur Verhandlung gelangte) stellte er sich dem Parlamente gegenüber nicht blos streng auf den Standpunkt der „Vereinbarung", sondern er wollte auch den sächsischen Ständen ein Recht der Zustimmung oder Nichtzustimmung zu der künftigen Reichsverfassung vorbehalten. Dieses letztere war um so bedenklicher, als inzwischen auch die radicale Partei (von der doch vorauszusetzen war, daß sie in einer künftigen, nach einem freieren Wahlgesetz gebildeten Kammer, wenn nicht in der Majorität, doch jedenfalls stark vertreten sein werde) eine totale Schwenkung gegenüber Frankfurt gemacht hatte. Weil die Frankfurter Mehrheit ihr zu conservativ verfuhr, sagte sie dem ganzen Parlamente den Kauf auf und zog sich auf den Standpunkt des Einzelstaates und seiner Particularrechte zurück. Einer der Wortführer der sächsischen Radicalen im Parlamente, Schaffrath, hatte bereits der Mehrheit des letzteren gedroht: „man werde gegen sie den Hebel in den Einzellandtagen ansetzen." Und so geschah es in der That. Dieselbe Linke, in deren Namen Tzschirner verlangt hatte, die Regierung solle sich im Voraus allen Beschlüssen des Parlaments unterwerfen, zollte jetzt dem Pfordten'schen Decret, welches das allerdirecteste

Gegentheil davon enthielt, ausdrücklich Beifall. Pfordten aber, durch diese Bundesgenossenschaft der Radicalen nicht, wie man hätte glauben sollen, abgeschreckt, vielmehr anscheinend nur in seinem Vorhaben bestärkt, erklärte: „Die Regierung werde ihr Decret nicht zurückziehen, möge in Frankfurt beschlossen werden, was wolle."

Es war nämlich dieses Decret dasjenige, gegen welches im Parlamente offen aufzutreten ich, so leid es mir war, für meine Pflicht gehalten hatte. Bevor mein Antrag zur Verhandlung kam (was wegen seiner Connexität mit andern ähnlichen Anträgen auch erst spät geschah), wandte ich mich noch zuvor vertraulich an Braun, um vielleicht eine Aenderung in der Haltung des Ministeriums und damit die Vermeidung eines Conflictes zu erreichen. Allein Braun antwortete mir — zwar artig, aber ablehnend — unterm 16. November 1848 Folgendes:

Indem ich Ihnen für Ihren werthen Brief ergebenst dankbar bin, bedaure ich nur, daß ich Ihrer guten Absicht nicht entsprechen konnte. Es ist unmöglich, daß die Regierung ihr Decret vom 26. August d. J. zurückziehe. Die darin ausgesprochenen Grundsätze sind das Ergebniß reiflicher Ueberlegung unter Berücksichtigung der sächsischen Verfassungsverhältnisse und der Lage der Dinge. Es fällt, davon bitte ich überzeugt zu sein, der Regierung nicht ein, den Beschlüssen der Nationalversammlung entgegenzutreten, aber, da die Regierung und Niemand zur Zeit selbst nur mit einiger Bestimmtheit weiß, ob die größeren Staaten in Deutschland aufgehen, oder Deutschland in einem dieser größern Staaten, so wäre es meiner festen Ueberzeugung nach einer der größten Fehler der sächsischen Politik, wollte man das zwischen den beiden größten Staaten eingekeilte Sachsen im voraus und mittelst rechtlicher Verpflichtung von der zur Zeit unerkennbaren Wendung abhängig machen, welche die deutschen Geschicke noch in

Frankfurt finden können. Sachsen muß sich freie Hand behalten außerdem könnte es sich in Kurzem um seine ganze politische Existenz handeln.

Braun bezieht sich hier offenbar auf Artikel 2 der sächsischen Verfassung, wonach „kein Recht der Krone ohne Zustimmung der Stände veräußert werden kann". Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn das Ministerium Braun-Pfordten, statt den Radicalen (von denen es wußte, wie sie neuerdings zum Parlamente standen) zu einer Bekämpfung desselben die Waffen zu liefern, vielmehr die Kammern zu einer Abänderung jener Bestimmung in dem Sinne veranlaßt hätte, daß die Regierung ermächtigt würde, Beschlüssen des Parlaments, als der Vertretung der ganzen Nation (an welcher ja auch Sachsen durch Abgeordnete Theil hatte) ohne eine vorherige Befragung der Stände beizutreten. So geschah es in der preußischen Verfassung von 1850 mit Bezug auf die damals in der Vorbereitung begriffene sog. „Unionsverfassung". Daß Braun beim Beginn des Parlaments den „Vereinbarungsstandpunkt" einnahm, wußte ich allerdings aus einem früheren Briefe desselben (vom 27. Mai) wo er mir schrieb:

Es kann nicht unbedenklich für die Regierungen sein, ehe und bevor man weiß, in welcher Richtung sich die Nationalversammlung in ihrer Majorität bewegt, sich auf Discretion deren Beschlüssen zu unterwerfen. Von unserer Regierung aus wird man alles Mögliche thun, um sich zu verständigen; man wird sich zu wesentlichen Opfern an Hoheitsrechten bereit erklären, indem man von der Nothwendigkeit dessen überzeugt und von dem Wunsche beseelt ist, Einheit herbeizuführen. So viel ich beurtheilen kann, ist dies auch die Ansich: der meisten Regierungen, und wenn die Nationalversammlung diese jetzige Stimmung benutzt und nicht die Regierungen ganz außer Spiel setzen will, werden gewiß viele

Schwierigkeiten geebnet und wird das große Werk der Nationalversammlung rascher zum Ziele geführt werden, als wenn man von Seiten dieser einseitig die Geschicke Deutschlands ordnen zu können glaubt.

Allein das war gewesen, „ehe und bevor man wußte, in welcher Richtung sich die Nationalversammlung in ihrer Mehrheit bewegen würde". Jetzt, im November, wußte man dies; namentlich wußte man, wie entschieden diese Majorität allen nicht blos anarchischen und republikanischen, sondern auch schon demokratischen Tendenzen der Linken gegenübertrat, wie entschieden und festgeschlossen sie darauf hinarbeitete, eine Verfassung für Deutschland zu gründen, welche die Interessen der Ordnung und Stärke mit denen der Freiheit vereinigen sollte. Jedenfalls aber, wenn man denn doch auf dem Vereinbarungsstandpunkt stehen bleiben wollte, dabei aber, wie Braun am 27. Mai schrieb (und gewiß aufrichtigen Sinnes schrieb), seitens der Regierung zu jedem nothwendigen Opfer für die Einheit und Größe Deutschlands bereit war — jedenfalls war es nicht weise gehandelt, daß die Regierung, wie durch das Decret vom 26. August geschah, sich im voraus die Hände band gegenüber einer Partei, von der sie wissen konnte, daß sie gegen das Verfassungswerk, wie es von der conservativen Mehrheit in der Paulskirche zu erwarten stand, mit aller Kraft opponiren werde. Eigenthümlich war noch eine andere Stelle in dem Braun'schen Briefe, welche beweist, welche sonderbare Anmuthungen an das Frankfurter Parlament selbst von ganz verständigen Männern gestellt wurden, und wie dieselben Männer, die dem Parlamente einen so weitgehenden Machtgebrauch anfannen, andererseits dem-

selben die Mittel, welche dazu erforderlich gewesen wären, so viel an ihnen war, versagten. Braun schrieb nämlich am Schlusse seines Briefes:

> Hier hat die Nachricht von dem gewaltsamen Tode Blums große Sensation gemacht. Die Nachricht davon, wie von den Ereignissen in Berlin, haben uns in die Tage des März zurückversetzt. Zu wünschen ist es im Interesse der Nationalversammlung, daß sie dem gegen Einen ihres Mittels und dadurch gegen sie selbst geführten Schlag mit der größten Entschiedenheit begegnet, sonst ist es um ihren Einfluß geschehen. Es ist freilich aber auch zu wünschen, daß man Maßregeln beschließe, welchen man Nachdruck wirklich verschaffen kann.

Wie sich Braun diese „Maßregeln" und den ihnen zu gebenden „Nachdruck" dachte, wo es sich um einen Conflict mit der Großmacht Oesterreich handelte, während nach seiner Ansicht sogar das kleine Sachsen das Recht haben sollte, der Nationalversammlung gegenüber „freie Hand" zu behalten, ist nicht recht verständlich.

Durch das Decret vom 26. August, welches offenbar für die particularistischen Tendenzen der Radicalen eine Begünstigung und Ermuthigung enthielt, und durch die Beistimmung, welche letztere demselben gezollt hatten, war eine Art von Solidarität, von stillschweigendem Bündniß zwischen dem Ministerium und der radicalen Partei, ebenso aber ein scharfer Gegensatz des erstern zu den „Deutschen Vereinen" in's Leben gerufen und öffentlich bekundet worden.

Betraf nun gleich dieser Gegensatz und jene Gemeinschaft zunächst nur die deutsche Frage, so übte doch Beides auch auf die inneren Zustände Sachsens sehr nachtheilige Rückwirkungen aus. Zwar fuhren die „Deutschen Vereine" fort, in den rein sächsischen Fragen das Ministerium

zu unterstützen und gegen rechts oder links, je nachdem es nöthig schien, zu decken; allein das Verhältniß ward natürlich dennoch — bei der übergreifenden Wichtigkeit, welche die deutsche Frage hatte — ein kühleres und zweifelhafteres. Dies wirkte wiederum auf die Ausbreitung und somit auch auf den Einfluß der „Deutschen Vereine" nachtheilig ein, denn bei der Unselbstständigkeit so vieler Menschen, die gern immer nur das thun, was von oben her oder von irgend einer Autorität gebilligt wird (und an solchen ist leider und war noch mehr früher auch in Sachsen kein Mangel), hielten oder zogen sich so Manche von den „Deutschen Vereinen" zurück, seitdem letztere nicht mehr im Einklange, eher in einem Widerstreite mit den zeitweiligen Trägern der Regierungsgewalt sich zu befinden schienen. Damit schwächte aber das Ministerium die Zahl und das Gewicht seiner eignen Vertheidiger in der innern Politik, denn jene „um jeden Preis Ministeriellen", die außerhalb der „Deutschen Vereine" standen, konnten ihm in ihrer Vereinzelung viel weniger nützen, als eine in sich fest geschlossene Partei, wenn diese recht viele und recht gewichtige Mitglieder in ihren Reihen zählte.

Diesen Umstand benutzten dann mit gewohnter Schlauheit die Radicalen, um sich als die dem Ministerium näherstehende, von diesem begünstigte Partei darzustellen und durch solches Vorgeben in den Kreisen eben jener Unselbstständigen sich einen Anhang zu machen. Pfordten selbst schmeichelte der Demokratie auf mancherlei Weise. Mit jenem cordialen Wesen, welches er so gut anzunehmen verstand, wußte er den harmlosen Oberländer, der als der Vertreter dieser Partei, als der „Volksmann" im Mini-

sterium galt, dergestalt zu gewinnen, daß derselbe seinen Parteigenossen draußen im Lande ganz ernsthaft die Versicherung gab: „der Pfordten sei nicht blos ein ‚gut deutscher', sondern auch ein ‚echt freisinniger' Mann, ein ebensolcher, wie er, Oberländer, selbst". Pfordten war von allen Ministern neben Oberländer der einzige, welcher dem Trauergottesdienst für Blum beiwohnte.

Erhielt so die Demokratie mittelbar — durch die particularistische Haltung Pfordtens — eine Art von Anlehnung an das Märzministerium, so geschah das Gleiche in der allerunmittelbarsten und stärksten Weise durch einen andern der Minister, durch Oberländer. Das Gerücht: „Oberländer habe vor Annahme des Ministerpostens nicht blos Blums Rath, sondern dessen förmliche Erlaubniß dazu eingeholt," halte ich (obschon bedauerlicherweise selbst Laube in seinem „Deutschen Parlament", S. 139, es nachgesprochen hat) für ein bloßes Geschwätz. Daß aber Oberländer unter einem gewissen Drucke von Blums energischer Persönlichkeit und seinem im Volke viel geltenden Ansehen stand, davon habe ich selbst einen überraschenden Beweis erlebt. Bei eben jenem Besuche in Dresden, wo ich Pfordten sprach, suchte ich auch Oberländer auf. Ich fand ihn in seinem Wesen gänzlich unverändert (während sowohl Pfordten als Braun mir bereits etwas ministerielle Manieren zeigten), freilich aber auch in seinen Ansichten: er war noch immer viel mehr Parteimann, als Staatsmann. Ich aß bei ihm und nach Tisch gingen wir zusammen spazieren. Da gestand er mir offen, daß, wenn Blum nicht in's Parlament gewählt werde, also in Sachsen bleibe, ihm vor dessen agitatorischer Thätigkeit bange sei, und

fragte mich um Rath: „ob man ihm dann nicht irgend eine öffentliche Stellung geben könne“ (was doch wohl so viel hieß, als: wie man ihn für die Regierung unschädlich machen könne). Damals war eben die Einsetzung einer Commission für die Arbeiterverhältnisse (des sog. „Arbeiterparlaments“) von der Regierung angeordnet. Ich rieth ihm, Blum dabei in irgend einer Weise, etwa als Commissar der Regierung (was dann der Geh. Reg.-Rath Weinlig wurde), zu betheiligen. Blum ward nachträglich noch gewählt, und so erledigte sich Oberländers Besorgniß.

Allein auch ohne die directe Mitwirkung der gewaltigen Persönlichkeit ihres Führers wußte dennoch die sächsische Demokratie sich des Ministers Oberländer zu versichern, indem sie ihm, „dem alten Volksmann, der auch in seiner neuen Stellung nicht aufhören werde und dürfe, dies zu sein und in diesem Sinne sein Amt zu führen“, bald schmeichelte und bald drohte. Und Oberländer hielt sich denn auch wirklich für verpflichtet, diesen Mahnungen nachzukommen, erst und vor Allem „Volksmann“ und nur in zweiter Linie Minister, Staatsmann zu sein, in jener ersten Eigenschaft aber allen Forderungen des „souveränen Volkes“ möglichst zu genügen, auch solchen, welche der Minister, der Staatsmann, unbedingt als unzulässig oder gar gefährlich erkennen mußte. Eine in dieser Hinsicht sehr bezeichnende Anekdote erzählt Friesen (a. a. O. 1. Bd. S. 77), der unter Oberländer im Ministerium des Innern arbeitete. Bei Berathung des Gesetzentwurfs über Vereine und Versammlungen im Schooße des Ministeriums verlangte Oberländer die Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz, wonach auch verheirathete Frauen das Recht haben

ſollten, an politiſchen Vereinen und Verſammlungen ſich zu betheiligen, ja wonach ſogar den Ehemännern unter Strafandrohung verboten werden ſollte, ihre Ehefrauen daran zu hindern. Seine Räthe machten dagegen Vorſtellungen. Da brach Oberländer die Discuſſion darüber mit den Worten ab: „Sie haben Recht, meine Herren, es iſt Unſinn und kann ſehr gefährlich werden; aber das Volk will es einmal, und da müſſen wir gehorchen.“ Die Partei der „Vaterlandsvereine“ erwies ſich für ſolche Nachgiebigkeit Oberländers gegen alle und jede „Volkswünſche“ dadurch dankbar, daß ſie ihn als den einzigen Miniſter, der wahrhaft einer „nach dem Herzen des Volkes“ ſei, auf den Schild hob. Umgekehrt rühmte ſie ſich ſeiner Beiſtimmung zu ihrem Thun und Treiben und wußte dadurch nicht blos in den Kreiſen des eigentlichen „Volks“, ſondern auch bei vielen Gebildeten ſich Anhang zu verſchaffen. Bei den Wahlen zum erſten Landtag nach dem Wahlgeſetz von 1848 ließ Oberländer ſich als Candidat für die Zweite Kammer von der demokratiſchen Partei aufſtellen, ward auch gewählt und trat in die Kammer ein. Durch alles Dieſes ſetzte ſich Oberländer in einen immer ſtärkeren Gegenſatz zu ſeinen Collegen Braun und Georgi; allein Braun war nicht energiſch genug, auch wohl etwas zu indolent, um dem bedenklichen Gebahren Oberländers wirkſam entgegenzutreten, Georgi aber hatte zu viel mit den, durch die allgemeine Kriſis ſchwer bedrohten, finanziellen und wirthſchaftlichen Verhältniſſen Sachſens zu thun (denen er nach Kräften aufhalf), als daß er ſich ſehr um die Politik hätte kümmern können. Pfordten endlich brauchte die Demokratie für ſeine particulariſtiſchen Zwecke.

Nach dem Rücktritt des Märzministeriums im April 1849 schrieb mir ein sehr wohldenkender und gut unterrichteter Mann aus Sachsen nach Frankfurt:

Dieser Rücktritt hat in Sachsen auch nicht die entfernteste Sensation gemacht. Wie sich das neue, rein bureaukratische Ministerium (Held-Weinlig ꝛc.) durchschlagen und nehmen wird, ist noch kaum zu sagen; so viel ist indeß klar, es muß die Kammern auflösen, nachdem es zuvor alle undeutschen Schritte seiner Vorgänger desavouirt hat . . . Oberländer ist für Sachsen der Unstern gewesen; wohin ich höre, überall gleichlautender Tadel über dessen Verhalten. Braun und Pfordten sind ihm gegenüber schwach gewesen und haben sich vor dem Geschrei der Radicalen gefürchtet. Oberländer hat übrigens zwei Tage nach seinem Rücktritt seine früheren Collegen (als Abgeordneter in der Kammer) geradezu denuncirt: „er sei der echte Volksmann gewesen, habe aber im Ministerium nicht durchdringen können."

Ich gestehe, daß ich eines solchen Schrittes, wie dieser letzte, Oberländer nicht für fähig gehalten, überhaupt aber ihm etwas mehr staatsmännische Einsicht und politischen Muth zugetraut hätte. Fast möchte ich es bereuen, seiner Zeit gegen Pfordten den Gedanken geäußert zu haben, den dieser aufnahm: er möge an Oberländer das Ministerium des Innern abgeben; denn offenbar hat gerade in diesem Departement, in welches die Handhabung der gesammten Preß-, Vereins-, Versammlungspolizei usw. fiel, ein solcher Mangel an Charakter, wie er leider bei Oberländer sich herausstellte, vorzugsweise schädlich gewirkt.

So darf es freilich nicht Wunder nehmen, wenn auf der einen Seite die demokratische Bewegung, fort und fort wachsend, allmälig jedes Maß überschritt und zuletzt alle Dämme durchbrach, auf der andern einer längst im Stillen lauernden Reaction durch diese Ueberstürzungen der Radi-

calen und durch die offenbare Ohnmacht des Miniſteriums ihnen gegenüber erſt der noch halb ſchüchterne Verſuch eines Wiederhervortretens, dann ein immer kühneres Fußfaſſen und endlich der vollſtändige Sieg auch über die berechtigten Forderungen in freiheitlicher wie in nationaler Richtung leicht gemacht ward. Allein nochmals ſpreche ich es als meine feſte Ueberzeugung aus: weder Jenes noch Dieſes war eine nothwendige oder auch nur natürliche Conſequenz der Märzbewegung von 1848 und der Art und Weiſe, wie dieſe in Sachſen verlief, vielmehr die Folge der Fehler, welche theils die frühere Verwaltung begangen hatte, indem ſie zu lange mit dringlichen Reformen zurückhielt, theils das Märzminiſterium (hauptſächlich infolge ſeiner ungleichartigen Zuſammenſetzung) beging, einmal dadurch, daß es den Ueberſtürzungen der demokratiſchen Partei nicht genug Energie entgegenſetzte, ſodann durch ſeine unglückliche Behandlung der deutſchen Frage, wodurch es den ihm entgegengebrachten Beiſtand der gemäßigten Partei von ſich ſtieß, jedenfalls in ſeinen Wirkungen weſentlich ſchwächte.

Soeben, da ich die ſchriftlichen Denkmäler jener merkwürdigen Zeit wieder einmal durchblättere, fällt mir ein Actenſtück in die Hände, welches damals viel Aufſehen erregte, die ſog. „Schwertadreſſe“. Es war dies eine von der Lauſitz ausgegangene Eingabe an den König, worin, unter Hinweis auf die unverkennbar republikaniſchen Geſinnungen eines großen Theiles der Abgeordneten in dem neuen Landtage, auf die demokratiſchen Verſuche einer Unterwühlung der ſoldatiſchen Zucht im Heere u. A. m. und auf die von Alledem dem Throne und dem Lande

drohenden Gefahren, der König aufgefordert wird, dagegen „alle, da nöthig selbst die äußersten Mittel zu ergreifen". Ich lasse Werth und Tendenz dieser Adresse hier auf sich beruhen, hebe aber eine Stelle daraus hervor, welche beweist, daß selbst Männer von so streng conservativen Gesinnungen, wie die Absender dieser Adresse, also Männer, die gewiß nicht gerade Freunde der Märzbewegung waren, dennoch ihr die Gerechtigkeit widerfahren ließen, nicht sie habe das Unheil verschuldet, welches im weiteren Verlauf jener erregten Zeit leider über Sachsen kam. Es heißt dort:

> Dieser trostlose Zustand ist, unserer innigsten Ueberzeugung nach, nicht die unmittelbare, nicht die unbedingte Folge jener Grundsätze, welche des Königs Regierung am 16. März 1848 dem Volke verkündete. Eine gewissenhafte Innehaltung dieser Grundsätze, eine strenge Ahndung eigenmächtiger Auslegung und willkürlicher Ueberschreitung derselben, entschiedenes Auftreten gegen die Bestrebungen einer rein demokratischen und republikanischen Partei, mit Einem Worte, eine kräftige, ihre Stellung und ihren Beruf wahrhaft erfassende Regierung würde das zum Glück und zum Segen des Landes zu wenden vermocht haben, was jetzt ihm zum Verderben gegeben zu sein scheint.

Zwanzigſtes Capitel.

Meine Betheiligung am Vorparlament und am Fünfziger-Ausſchuß.

Am Nachmittag des 29. März reiſte ich zum Vorparlament nach Frankfurt ab. Die Reiſe dahin dauerte damals noch volle 24 Stunden, denn die Eiſenbahn ging nur von Leipzig bis Eiſenach. An letzterem Orte traf ich mit Hannoveranern und Braunſchweigern zuſammen, die gleich mir zum Vorparlament reiſten, und ward mit ihnen bekannt. In unſerem Poſtwagen befand ſich auch Dahlmann, der, von der preußiſchen Regierung zum „Vertrauensmann“ ernannt, von Berlin kam. In einem zweiten Wagen fuhren Blum und Ronge mit uns. In Hanau wurden dieſe — anſcheinend ſchon erwartet — von einem Volkshaufen mit Hurrahrufen und Flintenſchüſſen dermaßen lärmend begrüßt, daß beinahe unſere Pferde ſcheu geworden wären; Beide hielten, auf dem Verdeck des Wagens ſtehend, ſchwungvolle Reden an die verſammelte Menge.

Frankfurt, die alte Wahl- und Krönungsſtadt deutſcher Kaiſer, hatte ſich zum Empfang der Fürſprecher des deutſchen

Volks, wie eine Braut geschmückt und begrüßte uns mit Ehrenpforten, Guirlanden und Kränzen. Viele der Ankommenden wurden von Frankfurter Familien als Gäste aufgenommen. Mich hatte schon lange im voraus ein werther früherer Bekannter, Dr. G. Varrentrapp, zu sich eingeladen. Er wohnte damals im zweiten Stock des Hauses seiner Schwiegermutter, Frau Lutteroth, am Roßmarkte. Frau Lutteroth selbst, eine stattliche Dame von lebhaftem Geiste, hatte ebenfalls einem Mitgliede des Vorparlaments bei sich Wohnung geben wollen, und zwar am liebsten einem hervorragenden Demokraten — wohl aus einem gewissen Reize des Contrastes, denn bis dahin war sie immer gewohnt gewesen, in ihren prächtigen Salons die Crême der heimischen und auswärtigen Aristokratie, Diplomaten, Bundestagsgesandte u. s. w., zu empfangen und zu bewirthen. Irre ich nicht, so war jetzt der freigemeindliche Prediger Baltzer aus Nordhausen ihr Gast. Sie hielt auch während der drei Tage des Vorparlaments eine Art offener Tafel, und es ward als selbstverständlich angenommen, daß sowohl Baltzer als ich dazu mitbringen könnten, wen wir wollten. Uebrigens klagte Frau Lutteroth — zwar nicht öffentlich, aber im Vertrauen, so oft sie (was täglich geschah) auf ein Plauderstündchen zur Frühkaffeezeit bei ihrem Schwiegersohn erschien, über den Terrorismus, den die Demokratie in Frankfurt übe, und wie ihr selbst dadurch der gewohnte Lebensgenuß verkümmert werde. Sie wage es nicht mehr, in ihrer Equipage auszufahren, ja kaum noch, gute Handschuhe auf der Straße zu tragen — aus Furcht, insultirt zu werden.

Noch am Abend meiner Ankunft — dem Vorabend

des Vorparlaments — führte mich mein freundlicher Wirth in verschiedene öffentliche Locale: Wolfseck, Holländischer Hof u. s. w., wo improvisirte parlamentarische Versammlungen stattfanden. Hier überall ward bei einem Schöppchen Wein die Alles beherrschende Frage: „Republik oder Monarchie“ abgehandelt. Für jene traten die lebhafteren Süddeutschen — Kapp aus Heidelberg, Hoff aus Mannheim, Zitz aus Mainz u. A., für diese die ruhigeren Norddeutschen, Rüder aus Oldenburg, Aßmann aus Braunschweig, Wurm aus Hamburg, in längeren oder kürzeren Reden ein. Die Frankfurter Bevölkerung war zwischen beiden Richtungen getheilt. Schon an diesem und ebenso an den nächsten Abenden sah man häufig Schaaren die Straßen durchziehen, eine Fahne voran, welche symbolisch (je nachdem sie roth oder schwarz-roth-golden war) die, welche ihr folgten, entweder als Republikaner oder als Monarchisten kennzeichnete. Dabei war es aber merkwürdig, daß das Losungswort, woran die beiden Parteien sich erkannten und bei dessen Austausch es auch wohl zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kam, nicht: „Republik“ und „Monarchie“ lautete, sondern: „Republik“ und „Parlament“.

Instinctmäßig nahm das Volk an, daß die Männer, die sich im Vorparlament zusammenfänden, vorwiegend dem Gedanken der Herstellung einer festen Ordnung in Deutschland huldigten, während die Republikaner gesonnen schienen, Alles, was von einer solchen noch aufrecht stand, vollends aufzulösen. Sehr entschiedene Gegner ihrer Bestrebungen fanden die Republikaner an den Männern der stattlichen und wohlorganisirten Frankfurter Bürgerwehr. Ein ein-

mal unternommener Angriff auf die Paulskirche, in der das Vorparlament tagte, wurde von dieser Bürgerwehr mit blutigen Köpfen zurückgewiesen.

Als ich am Morgen des 31. März zur Paulskirche ging, begegnete mir unterwegs Max von Gagern (den ich in Berlin bei Gelegenheit meiner kurzen diplomatischen Mission hatte kennen lernen) am Arme eines hochgewachsenen, stattlichen Mannes mit markigen, ausdrucksvollen Zügen, gewölbter Stirn und dunklen, weit vorstehenden Jupiterbrauen. Es war sein älterer Bruder, Heinrich v. Gagern, erst Abgeordneter, seit der Märzbewegung Ministerpräsident in Hessen-Darmstadt. Er war in weitesten Kreisen schon durch seinen Antrag in der Darmstädter Zweiten Kammer auf Herstellung eines deutschen Bundesstaates mit Preußen an der Spitze, noch in viel höherem Maße aber durch sein Ministerprogramm bekannt und populär geworden, welches letztere durch die Bestimmtheit und zugleich Besonnenheit, womit es die nothwendigen nationalen und freiheitlichen Reformen präcisirte, zu einer Art von Musterprogramm für andere Märzminister geworden war. In der Begleitung der beiden Gagern befand sich Buhl, ein vertrauter Freund der Brüder. Max von Gagern machte mich mit seinem Bruder bekannt. Infolge einer Aeußerung — ich weiß nicht mehr, ob von Buhl oder mir — dahin gehend, daß wir in ihm den wahren Führer der ganzen deutschen Bewegung zu verehren hätten, lehnte Gagern dies bescheiden ab und sagte: „Auf meinen Geist bilde ich mir wenig ein; wenn etwas an mir Werth hat, so ist es meine aufrichtig nationale Gesinnung.“ „Aber,“ setzte er hinzu, „ist es nicht traurig, wenn eine Eigenschaft,

die allgemein ſein ſollte, einem Einzelnen als Vorzug angerechnet werden kann?“

Gagern hatte den ihm von Vielen zugedachten Vorſitz im Vorparlamente, als unverträglich mit ſeiner dermaligen amtlichen Stellung, von ſich gewieſen. Später, als er zum Präſidenten des wirklichen Parlaments gewählt ward, verzichtete er auf ſeinen Miniſterpoſten, um ſich ganz nur jener Vertrauensſtellung zu widmen und jede Colliſion zu vermeiden.

An ſeiner Stelle ward zum Präſidenten des Vorparlaments der berühmte Juriſt Mittermaier gewählt, der die gleiche Stelle in der badiſchen Zweiten Kammer viele Jahre lang zur Zufriedenheit bekleidet hatte. Hier aber — in der ſo viel zahlreicheren Verſammlung, bei der parlamentariſchen Ungeſchultheit der meiſten Theilnehmer derſelben und bei der gewaltigen Erregtheit, welche namentlich die Süddeutſchen zum großen Theile mitbrachten — verſagte ihm ſowohl die Kraft der Stimme als die Geiſtesgegenwart in Leitung der Debatten. Seine Stellvertreter waren (infolge einer Art von Compromiß zwiſchen der Rechten und der Linken) Dahlmann, Sylveſter Jordan, Itzſtein und Blum. Von dieſen war nur Blum vermöge ſeines ausgiebigen Organs und zugleich ſeiner ſchlagfertigen Rede dazu geeignet, jenen Mängeln des Präſidenten etwas nachzuhelfen, und er that es mehrmals mit Geſchick und Erfolg. So namentlich das eine Mal, als plötzlich die Kunde von außen in die Verſammlung hereindrang: ein bewaffneter Volkshaufe rücke gegen die Paulskirche heran, und ſich Vieler ſichtlich eine ſtarke Unruhe bemächtigte. Da erinnerte Blum an die Würde der Verſammlung und

brachte es wirklich dahin, daß auch die Aengstlichen sich faßten. Bald darauf kam die Nachricht, daß die Frankfurter Bürgerwehr die Ruhestörer zerstreut habe.

Sogleich am ersten Tage platzten die Geister tüchtig aufeinander. Auch hier war es der Gegensatz von Monarchie und Republik, der sich wie ein rother Faden durch alle Verhandlungen zog. Der vorbereitende Ausschuß hatte ein Programm vorgelegt, welches sich offen und entschieden zum monarchisch-constitutionellen Bundesstaate bekannte. Dem stellte G. v. Struve ein anderes, sehr umfängliches entgegen, welches nicht blos ultrademokratisch und republikanisch, sondern auch etwas socialistisch war. Für und gegen beide Programme ward heftig hin und her gestritten. Große Erregung brachte es hervor, als Carl Vogt (der berühmte Naturforscher), damals Professor in Gießen, den alten Vorkämpfer des süddeutschen Liberalismus, Carl Welcker, der in den Märztagen von der badischen Regierung zum Bundestagsgesandten ernannt worden war, in unwürdiger Weise angriff, indem er spöttischen Tones sagte: „Der Herr Abgeordnete oder vielmehr der Herr Bundestagsgesandte Welcker.“ Darüber erhob sich in der Versammlung ein Tumult, den zu stillen der Präsident außer Stande war: die Sitzung mußte für einige Zeit aufgehoben werden. Durch besonders heftige Zwischenrufe that sich mein Nachbar zur Linken hervor, und zwar in markant schwäbischem Dialekt. Als derselbe später meinen Namen hörte, machte er sich mir in den Worten bekannt: „Sie sind der Karl Biedermann? Ich bin der Robert Mohl.“ Nach unseren norddeutschen und speciell unseren sächsischen Maßstäben hätte ich mir den Mann, der mir

als berühmter Staatsrechtslehrer und charaktervoller Mann längst bekannt und von mir hochgeschätzt war (er hatte seinem Vaterlande Württemberg wegen seines Freimuthes den Rücken kehren müssen, und war jetzt Professor in Heidelberg), doch anders gedacht: Mohl behielt diese schwäbische Einfachheit und Derbheit auch als Reichsminister, was er später wurde, unverändert bei, was ihm, als wohlthuender Gegensatz zu der diplomatisirenden Weise z. B. Schmerlings, bei dem Parlamente sehr zum Vortheil gereichte. Meine so formlos eingeleitete Bekanntschaft mit ihm ward später im Parlamente, wo wir in demselben Club saßen, eine intimere und ist mir sehr werthvoll geblieben.

An diesem ersten Tage kam es zu keiner Entscheidung zwischen den Parteien, sondern nur zu einem Waffenstillstande. Die Frage über die künftige Verfassung Deutschlands ward von der Tagesordnung des Vorparlamentes abgesetzt und dem Parlamente vorbehalten.

Am zweiten Tage erneuerte sich der Kampf. Diesmal schickte die republikanische Partei statt des zwar leidenschaftlichen, aber weniger redegewandten Struve ihren Hauptwortführer Friedrich Hecker voran, einen feurigen Redner von bestechender und fortreißender Gewalt des Wortes, in seinem Aeußeren eine noch jugendlich elastische Erscheinung mit von langen, kastanienbraunen Locken eingerahmtem Kopf, interessanter Gesichtsbildung und einem halb burschikosen, halb chevaleresken Wesen in seinem Auftreten. Hecker verlangte, das Vorparlament solle beisammen („permanent") bleiben bis zum Zusammentritt des wahren Parlaments. Die Absicht war leicht zu durchschauen. Das Vorparlament war nicht durch regel-

mäßige Wahlen aus allen Theilen Deutschlands und aus allen Parteien zusammengesetzt, sondern es waren dazu theils öffentliche Aufforderungen nach gewissen Kategorien (z. B. an alle Mitglieder der Einzellandtage), theils private Einladungen ergangen. Jenen ersteren war natürlich nur theilweise und vorzugsweise von den Mitgliedern der mehr vorgeschrittenen Parteien stattgegeben worden; diese letzteren waren (durch eine merkwürdige Nachlässigkeit des vorbereitenden Ausschusses) fast ausschließlich in die Hände des Herrn v. Itzstein gelangt und von diesem überwiegend an Männer der extremen Linken vertheilt worden. Es war ferner natürlich, daß die, näher bei Frankfurt wohnenden Süddeutschen ungleich zahlreicher gekommen waren, als die Norddeutschen. Es war endlich vorauszusehen, daß dieses Mißverhältniß noch viel größer werden würde, wenn das Vorparlament längere Zeit beisammen bliebe, weil alsdann Viele durch ihre amtlichen oder privaten Geschäfte genöthigt sein würden, die Versammlung zu verlassen, wo dann die Norddeutschen nicht so bald wiederkehren möchten, während es für die Süddeutschen leicht wäre, zu einer oder einigen Sitzungen sich wieder einzufinden und damit ihrer Partei den Sieg zu verschaffen. Rechnet man zu alledem noch die Schwäche, ja beinahe Ohnmacht, in welcher sich nach den Märztagen ein Theil der deutschen Regierungen befand, so war fast mit Sicherheit vorauszusehen, daß eine Versammlung von mehr als 500 Männern, auf welche die Bevölkerungen als auf ihre Vertrauensmänner hinblickten, wiederholt in die Versuchung kommen würde, in die Regierungsangelegenheiten der einzelnen Länder einzugreifen, also Convent zu

spielen, und daß es der conservativen Minderheit schwer sein möchte, die beweglichere Mehrheit davon, daß sie dieser Versuchung nachgebe, abzuhalten. Ist dies doch selbst dem Ausschusse, den die Versammlung zurückließ, schwer genug geworden. Genug, Permanenz des Vorparlaments war, daran konnte man kaum zweifeln, wenn nicht schon die Republik selbst, so doch ein starker Anlauf dazu. Glücklicherweise ward diese Gefahr — unter den damaligen Umständen wahrhaftig keine geringe — von Deutschland abgewendet. Daß es so kam, war in erster Reihe das Verdienst Gagerns, der mit seiner überzeugenden Beredtsamkeit und seinem großen persönlichen Ansehen die Mehrheit der Versammlung auf dem rechten Wege erhielt. Er hatte den Muth, offen und entschieden auszusprechen (was damals in den Augen Vieler und namentlich der großen Masse fast schon als Hochverrath an der neuerrungenen Freiheit galt): man müsse die bestehenden Gewalten, auch den Bundestag, nicht noch mehr schwächen, vielmehr wieder stärken, zugleich aber in eine solche Verbindung und Wechselbeziehung mit den Vertretern der Nation und mit dem öffentlichen Geiste bringen, daß dadurch das gemeinsame Wohl des Vaterlandes gefördert würde. „Nicht zu zerstören gilt es," rief Gagern, „sondern aufzubauen." Für mich und gewiß für viele Gleichgesinnte war es eine angenehme Ueberraschung, daß der Hecker'sche Antrag mit so großer Mehrheit abgelehnt ward. Sogar von den Süddeutschen stimmte die Mehrheit dagegen. Nach Gagerns Vorschlag ward beschlossen, den (ursprünglich auf 15 berechneten) Ausschuß, den die Versammlung einsetzen sollte, um mit dem Bundestag zusammen das Weitere wegen Zustandebringung eines

Parlaments, und was sonst etwa nöthig, vorzukehren, auf die Zahl von 50 zu erhöhen.

Noch eine sehr aufregende Scene spielte sich am vorletzten Tage des Vorparlaments, den 2. April, ab. Die Hecker'sche Partei verlangte die sofortige Reinigung des Bundestags von allen den Elementen, welche sich an den volksfeindlichen „Ausnahmebeschlüssen", insbesondere denen von 1832, betheiligt hätten, und die Nichtigkeitserklärung dieser Beschlüsse selbst durch den Bundestag. Nicht eher, als bis dies geschehen, solle der Bundestag das Parlament einberufen, solle der Ausschuß mit ihm verkehren dürfen. In der Sache war auch die Mehrheit dem Antrage auf Erneuerung des Bundestags nicht abgeneigt; nur wollte sie nicht, daß dadurch die Berufung des Parlaments aufgehalten oder ein Zusammenwirken des Fünfziger-Ausschusses mit dem Bundestage, wie es Gagern im Sinne hatte, verhindert werde. In dieser Richtung stellte der badische Abgeordnete Bassermann ein Amendement. Dasselbe ward, unter Verwerfung des Antrags der Hecker'schen Partei, angenommen. Darauf verließ ein Theil dieser letzteren, Hecker selbst an der Spitze, geräuschvoll die Versammlung, was natürlich große Sensation sowohl innerhalb letzterer als namentlich auf den dichtgefüllten Gallerien hervorrief. Doch setzte die Versammlung nach einiger Zeit ihre Verhandlungen unbeirrt fort. Am andern Morgen theilte der Präsident mit: „der Bundestag habe schon zuvor, auf einen Antrag des Frankfurter Senats, die Aufhebung der Beschlüsse von 1832 ausgesprochen; auch eine Aenderung des Gesandtenpersonals nach den Wünschen des Vorparlaments sei zum Theil schon erfolgt,

zum Theil angebahnt.“ Nach dieſer Mittheilung traten die Seceſſioniſten wieder in die Verſammlung ein. Die übrigen Verhandlungen, welche die Feſtſtellung des Wahlmodus für das Parlament und Aehnliches betrafen, verliefen ruhig.

Im Allgemeinen war der Verlauf des Vorparlaments ein ungleich beſſerer, als ich gefürchtet hatte. Trotz der ſtarken numeriſchen Ueberlegenheit des ſüddeutſchen Elements hatte doch die monarchiſche und gemäßigt liberale Richtung entſchieden über die republikaniſche geſiegt, hatte die wiederholten Anläufe dieſer letzteren jedesmal mit großen Majoritäten abgeſchlagen. Die Stadt Frankfurt feierte dieſen glücklichen Ausgang am Abend des 3. April durch eine allgemeine Illumination, eine ſo glänzende und ſinnige, wie ich ſelten eine geſehen.

Bei den Wahlen zum Fünfziger-Ausſchuß, die mit möglichſt gleichmäßiger Berückſichtigung der verſchiedenen deutſchen Landſchaften vollzogen wurden, war die conſervative Mehrheit anfänglich geneigt, die demokratiſche Minderheit grundſätzlich auszuſchließen. In einer Vorbeſprechung von zahlreichen Mitgliedern derſelben machte ſich dieſe Anſicht geltend. Ich fand mich veranlaßt, dagegen zu ſprechen. Man hatte für Sachſen mich und Heinrich Brockhaus in Ausſicht genommen — die beiden Einzigen, welche in der Verſammlung auf der conſervativen Seite geſtimmt hatten. Ich bat, man möge ſtatt des Einen von uns R. Blum wählen, der notoriſch die Anſichten eines nicht geringen Theils des ſächſiſchen Volkes vertrete. Da der Fünfziger-Ausſchuß eine Art von Vertrauensorgan der Nation ſein ſollte, ſo ſchien es mir nicht richtig, die Vertreter einer Richtung, zu der (mochte ſie immerhin eine

falſche ſein) nun einmal ein ziemlich großer Theil des Volkes ſich bekannte, grundſätzlich davon fernzuhalten. „Der Ausſchuß," ſagte ich, „werde vorkommenden Falls mit mehr Erfolg nach unten für Erhaltung der Ordnung wirken können, wenn ihn nicht der Vorwurf treffe, daß er einſeitig nur Eine Partei vertrete. Auch ſei zu befürchten, daß, wenn man die andere Partei gänzlich vom parlamentariſchen Boden ausſchließe und jeder Möglichkeit, ihre Anſichten hier zu vertreten, beraube, ſie zu anderen Mitteln, um dieſe geltend zu machen, greifen möchte." Meine Anſicht drang durch, und ſo kamen mehrere Mitglieder der Minorität auf die Wahlzettel der Majorität. Nur die Seceſſioniſten blieben endgiltig ausgeſchloſſen. Infolge deſſen hatten (da die Minorität wohl meiſt nur Männer ihres Mittels wählte) die von der Majorität auf ihre Liſte geſetzten Mitglieder dieſer letztern, darunter Blum, unter allen Gewählten die meiſten Stimmen, was dann von ihren Freunden irrigerweiſe als eine ihrer perſönlichen Bedeutung widerfahrene Auszeichnung gedeutet worden iſt.

Ich war zum Vorparlament in der Erwartung gegangen, daſſelbe werde mich höchſtens eine Woche lang vom Hauſe fernhalten. Nun wurde ich in den Fünfziger-Ausſchuß gewählt, und ſofort nach Verkündigung des Wahlreſultats ward von allen Seiten als eine ſelbſtverſtändliche patriotiſche Pflicht anerkannt, nicht nur, daß keiner der Gewählten ſich dieſem Auftrag entziehe, ſondern auch, daß Keiner, der nicht durch ganz dringliche Geſchäfte dazu gezwungen ſei, Urlaub nehme und ſich von Frankfurt entferne. So ſah ich meinen Aufenthalt in Frankfurt auf unbeſtimmte Zeit hin verlängert.

Um meinem freundlichen Wirth nicht länger zur Last zu fallen, suchte ich mir ein eigenes Quartier. Ich fand eines, wo ich Wand an Wand auf der einen Seite mit J. Jacoby, auf der anderen mit Uhland und dessen Gattin wohnte. Uhland war als Vertrauensmann für Württemberg in Frankfurt. Mit dem Ersteren, meinem Collegen im Fünfziger-Ausschuß, hielt ich gute Nachbarschaft, doch ohne mich enger mit ihm zu befreunden. Er schien sehr viel Verkehr mit Außenstehenden, namentlich auch mit Polen, zu haben. Noch am späten Abend hörte ich oft lebhaftes Gespräch in seinem Zimmer. Uhland sah ich nur von meinem Fenster aus täglich zu ganz bestimmter Stunde mit seiner Lebensgefährtin spazieren gehen, Beide, so viel ich beobachten konnte, stumm und mit scheinbar gleichgiltigen Gesichtern neben einander her wandelnd, so daß, wer es nicht anders wußte, schwerlich geahnt hätte, welch' innige Geistes- und Seelenverwandtschaft diese beiden trefflichen Menschen verband.

Auch sonst habe ich Uhland kaum anders als schweigsam gesehen: persönlich nähergekommen bin ich ihm nicht. Von der Tribüne herab habe ich ihn nur dreimal gehört: das erste Mal im Vorparlament, wo er, als Hecker und seine Freunde gegen den Bundestag tobten und die sofortige Ausmerzung der alten Bundestagsgesandten verlangten, mit seiner klassischen Ruhe und einem echt poetischen Bilde dazwischen trat, indem er die wenigen, aber höchst eindrucksvollen Worte sprach: „Wenn der Frühling kommt und neue Blätter hervortreibt, fallen die alten von selbst ab." Dann wieder im Parlament, als es sich um das Kaiserthum handelte, äußerte er (was seitdem oft

widerholt worden ist): „Es wird kein Kaiser über Deutschland herrschen, der nicht mit einem Tropfen demokratischen Oeles gesalbt ist.“ Sein drittes Auftreten ging mich selbst und meine politischen Freunde näher an. Es war gegen das Ende des Frankfurter Parlamentes, wenige Tage vor Uebersiedelung der Linken nach Stuttgart. Wir waren damals nur noch ein ganz kleines Häuflein von der gemäßigten Partei in der Paulskirche zurückgeblieben, also völlig in der Minderheit gegenüber der Linken. Letztere wollte eine Proclamation an's deutsche Volk erlassen; wir verlangten die Aufnahme zweier Sätze in dieselbe, nämlich einmal die Erklärung, daß die Bewegung nur der Reichsverfassung (nicht der Republik) gelte, und zweitens die, daß jede fremde Einmischung (von der französischen Republik aus) streng ferngehalten werden solle. Uhland als Berichterstatter über die Proclamation, obschon selbst der Linken angehörend, befürwortete beide Anträge, freilich ohne Erfolg. Seine Autorität ward so wenig hier, als Tags darauf, wo er gegen die Verlegung des Parlaments nach Stuttgart sprach, von seinen Parteigenossen respectirt.

Was meine Collegen im Fünfziger-Ausschuß betraf, so stand ich mit allen auf gutem, nur mit wenigen auf eigentlich vertrautem Fuße. So klein die Körperschaft war, so bildeten sich doch auch hier Gruppen oder Parteien, die ziemlich fest zusammenhielten. Es war wieder eine Rechte und eine Linke, die sich schieden, wenngleich nicht so schroff wie im Vorparlamente. Denn die in den Ausschuß gewählten Mitglieder der Linken des Vorparlaments, Blum, H. Simon, J. Jacoby, Abegg, Spatz u. A., waren oder schienen wenigstens hier ungleich gemäßigter, als

dort. Ich selbst nahm eine mittlere Stellung ein, hielt mich unabhängig nach beiden Seiten und stimmte im einzelnen Falle nach meiner freien Ueberzeugung. Dadurch war ich allerdings einigermaßen isolirt, während die mehr links und die mehr rechts stehenden Mitglieder sowohl persönlich enger mit einander verkehrten, als auch, wie ich annehmen möchte, über die im Ausschuß einzunehmende Haltung sich öfters, wo nicht regelmäßig, zuvor verständigten. Doch genoß ich nach rechts und links Vertrauen, so daß ich in verschiedene Commissionen gewählt, auch mit dem Schriftführeramte betraut ward. Von der Rechten war es der Pfälzer Buhl, eine echt süddeutsche, liebenswürdige Persönlichkeit, mit dem ich gern und öfters gesellig verkehrte. Ein Anderer, Pastor Jürgens aus Stadtoldendorf im Braunschweigischen, suchte mich geflissentlich auf, veranlaßte mich auch wohl zu gemeinsamen Spaziergängen. Ich merkte bald: ihm sei um mein politisches Seelenheil bange und er fürchte — warum, weiß ich nicht — ich möchte mich „vom Linken umgarnen lassen“. Einmal (im Englischen Hof) kamen wir über irgend eine im Ausschuß zur Verhandlung stehende Frage in einen Principienstreit, und er ließ sich in seinem Eifer des Bekehrens so weit fortreißen, daß ich für gut fand, das Gespräch abzubrechen und mich von ihm abzuwenden. Am andern Tage in der Sitzung kam er auf mich zu und fragte mich, wie ich geschlafen hätte. Ich erwiderte: „Ganz gut.“ „Ich nicht,“ sagte er; „mir ging mein Betragen gegen Sie gestern Abend im Kopfe herum.“ Das war ehrlich gesprochen und söhnte mich rasch mit ihm aus. Jürgens war kränklich, hatte eine sehr reizbare Galle, und man mußte ihm deshalb etwas

zu Gute halten. Doch habe ich die Art nicht schön finden können, wie er später in seinem Buche „Das deutsche Verfassungswerk" die sog. Kaiserpartei und speciell auch mich behandelt hat.

Im Englischen Hof fand sich des Abends ein großer Theil der Ausschußmitglieder, dazu der Vertrauensmänner, auch wohl der Bundestagsgesandten zusammen, und es gab da immer einen lebhaften und interessanten Gedankenaustausch. Von den Vertrauensmännern kannte ich Max Gagern: Albrecht war mein Leipziger College; Droysen lernte ich bald kennen. Unter den Bundestagsgesandten war Sylvester Jordan schon früher in Briefwechsel mit mir gewesen. Durch Max Gagern ward ich auch mit seinem ältesten Bruder, dem General Friedrich von Gagern, bekannt, als dieser Frankfurt auf der Durchreise nach Karlsruhe berührte. Der General war kleiner, als seine Brüder, aber von gedrungener Gestalt. Sein etwas stark geröthetes Gesicht drückte nicht blos große Intelligenz, sondern vornehmlich auch große Willensstärke aus.

Durch Buhl erfuhr ich manche einzelne Züge von ihm. Er galt für den bedeutendsten Kopf in seiner Familie und war es wohl auch. Sein Bruder Heinrich hatte einmal geäußert: „Ich bin nicht werth, dem Friedrich die Schuhriemen aufzulösen." Bekanntlich hat Heinrich v. Gagern seinem Bruder ein pietätvolles Andenken gestiftet in dem Buche „Das Leben des Generals Friedrich von Gagern". Man ersieht daraus, wie viel selbst der Vater, der vielerfahrene Diplomat Hans von Gagern, auf das Urtheil dieses Sohnes gab. Und gewiß mit Recht, da man eben dort sich überzeugt, mit welchem Scharfsinn, mit welcher feinen

Beobachtungsgabe der Letztere schon als ganz junger Mann politische Zustände zu beurtheilen verstand. So finden sich in dem erwähnten Buche zwei Denkschriften, die der erst Neunundzwanzigjährige auf Veranlassung des Vaters für diesen abfaßte. Die eine, überschrieben „Der gegenwärtige Zustand", enthält eine Schilderung der deutschen Verhältnisse bald nach den Befreiungskriegen von so einschneidender Schärfe und von einem so freien Standpunkte aus, wie man ihn bei dem Abkömmling eines alten reichsfreiherrlichen Hauses (trotz alles in der Familie Gagern traditionellen Freisinns) und bei einem jungen Militär (Friedrich von Gagern war damals Generalstabs-Offizier in niederländischen Diensten) kaum erwarten sollte. Zum Belege dessen sei hier nur der eine Satz angeführt: „Ein Gedanke ist es, welcher die Fürsten wie ein Gespenst verfolgt — es ist die Furcht, die Deutschen möchten sich je einmal erinnern, daß sie einst ein Vaterland hatten; alle Bemühungen der Höfe sind darauf gerichtet, die letzten Spuren dieses gemeinsamen Bandes zu vernichten: alle Maßregeln zielen dahin, die Deutschen einander zu entfremden und einen Provinzialegoismus zu schaffen." Interessanter noch ist die zweite Denkschrift: „Von der Nothwendigkeit und den Mitteln, die politische Einheit Deutschlands herzustellen." Denn hier findet sich schon (im Jahre 1823!) mit voller Klarheit der Gedanke ausgesprochen, dem erst viele Jahre später (1831), Paul Pfizer in seinem berühmten „Briefwechsel zweier Deutschen" einen fast noch schüchternen Ausdruck gab, der Gedanke der preußisch-deutschen Einheit ohne Oesterreich. Sogar die Idee eines deutschen Parlamentes, und zwar

eines von Preußen zu berufenden, tritt darin schon hervor!

Friedrich von Gagern bekleidete 1848 einen hohen Ehrenposten in der niederländischen Armee. Beim Ausbruch der deutschen Bewegung litt es ihn aber nicht länger außerhalb des Vaterlandes: er erklärte sich gegen die Seinen bereit, irgend welche Stellung anzunehmen, worin er nach ihrer Meinung der deutschen Sache nützen könne. Eben damals bedurfte die badische Regierung eines energischen Mannes an die Spitze ihrer Truppen, um den etwas geschwächten militärischen Geist und Gehorsam derselben wirksam wieder herzustellen. Sie berief den General von Gagern, und auf dem Wege zur Uebernahme dieses wichtigen Postens war es, wo derselbe Frankfurt passirte. Seine Persönlichkeit machte den Eindruck einer durchaus in sich gefaßten, ihrer selbst sichern Kraft und ließ ihn daher als den rechten Mann nicht blos für den damals ihm angetragenen Posten, sondern unter Umständen auch für noch Größeres erscheinen. Schon sehr bald sollte er Gelegenheit haben, dies zu zeigen.

Friedrich Hecker, nachdem der Versuch, das Vorparlament für seine republikanischen Ideen zu gewinnen, gescheitert war, appellirte an das Glück der Waffen. Im badischen Oberlande (jenem südwestlichen Winkel Deutschlands, der halb an die Schweiz, halb an Frankreich stößt, wo daher damals begreiflicherweise die Erregung der Gemüther am stärksten war) sammelte er eine Freischaar, mit welcher er zunächst sein engeres Vaterland Baden, von da aus wohl auch das übrige Deutschland zu republikanisiren hoffte. Der Fünfziger-Ausschuß sandte ihm zwei seiner Mitglieder,

Benedey und Spatz, entgegen, um ihn von diesem wahnwitzigen und verbrecherischen Unternehmen abzumahnen. Natürlich aber vergebens. Nun ward General Gagern mit badischen und großherzoglich hessischen Truppen abgeordnet, um die Freischaaren Heckers zu zerstreuen. Damals erzählte mir Buhl eine Aeußerung des Generals, die charakteristisch für denselben ist. „Ich werde," hätte derselbe gesagt, „Alles aufbieten, um die Rebellen in Güte von ihrem verbrecherischen Vorhaben zurückzubringen, denn es ist nicht gut, wenn derartige Bewegungen durch die Waffen niedergeschlagen werden müssen; die Versuchung liegt zu nahe, das gleiche Mittel auch einmal gegen eine an sich berechtigte Bewegung anzuwenden." Von diesem Standpunkte aus hat denn auch wirklich General v. Gagern nicht allein beim Zusammentreffen seiner Truppen mit denen Heckers diesen letztern zu einer Unterredung auffordern lassen, worin er ihm sowohl das Verbrecherische als das Thörichte seines Beginnens vorgestellt haben wird, sondern er hat auch, nachdem dies vergeblich gewesen, später nochmals, da andere Freischärlerführer geneigt schienen, sich in Güte zu ergeben, sich vor die Front begeben, um mit ihnen zu verhandeln, und ist dann in dieser exponirten Stellung von den aus den Reihen der Freischaar auf ihn abgefeuerten Kugeln tödtlich getroffen worden.

Die Hecker'sche Schaar wurde von den Regierungstruppen, trotz des Falles ihres Führers, rasch zerstreut. Hecker selbst verließ darauf sein Vaterland und siedelte in die große nordamerikanische Republik über. Dort hat er als friedlicher Farmer gelebt bis zum Secessionskriege 1861. In diesem kämpfte er mit einem von ihm errichteten und

commandirten, aus Deutschen bestehenden Regimente gegen die südstaatlichen Rebellen. Bei der für die Regierungstruppen unglücklichen Schlacht von Bell-Run deckte er mit seinen Deutschen den Rückzug des geschlagenen Heeres. Einmal noch ist er dann zu einem kurzen Besuch nach Deutschland herübergekommen. Es war nach den glorreichen Waffenthaten der Deutschen von 1870/71 und der Errichtung des neuen deutschen Kaiserthums. Damals berührte er auch Leipzig. Vor seinem Weggange von hier versammelte sich zum Abschied eine Anzahl „alter Achtundvierziger" um ihn — wohl nur aus einer gewissen Pietät, denn zu ihren damaligen Ansichten bekannte sich von diesen jetzt wohl keiner mehr. Auch ich ward aufgefordert, in das betreffende Local zu kommen, und ich wollte mich, gerade weil ich 1848 Heckers Gegner gewesen war, dem nicht versagen. Hecker begrüßte mich als alten Collegen in fast vertraulicher Weise, obschon wir in Frankfurt nie ein Wort gewechselt hatten. Er war, obschon natürlich sehr gealtert, noch immer eine stattliche Erscheinung. Auf den Wunsch der Andern brachte ich ihm in Aller Namen einen Abschiedstoast zur Rückkehr in seine transatlantische Heimath und gedachte dabei seiner dortigen militärischen Thaten, die uns Deutschen diesseits des Oceans zu großer Freude gereicht hätten. Darauf antwortete er in einer Rede, worin er zwar seine Befriedigung darüber, daß er Bürger einer Republik sei, nicht verleugnete, aber doch anerkannte, daß Deutschland unter seinem ruhmreichen Kaiser glücklich und zufrieden sein könne. Nicht lange darauf meldeten öffentliche Blätter seinen Tod.

Ich kehre zum Fünfziger-Ausschuß zurück und muß da

noch einer Verhandlung gedenken, bei der ich selbst speciell betheiligt war und die zugleich einigermaßen in die spätere Geschichte des Parlamentes hinübergriff. Der Bundestag hatte in der ersten Zeit sich als ein gefügiges, ja beinahe willenloses Organ der Ausführung unserer oder der durch uns ihm zugemittelten Beschlüsse des Vorparlamentes erwiesen. So erinnere ich mich einer fast komischen Scene gleich am ersten Tage unserer Sitzungen. Der Ausschuß hatte, in Ausführung der Beschlüsse des Vorparlamentes, wegen der Wahlen zum Parlamente gewisse Normen aufgestellt, welche nun dem Bundestage zur Berücksichtigung bei der Ausschreibung dieser Wahlen mitgetheilt werden sollten. Zu diesem Geschäfte ward nächst den beiden Vicepräsidenten Abegg und Blum auch ich deputirt. Wir verfügten uns vom Römer, wo unsere Sitzungen stattfanden, in's Bundestagspalais auf der Eschenheimer Gasse. Der greise Portier, dem es wohl noch nicht vorgekommen war, daß einfache Privatpersonen ohne Uniform, ja ohne Frack und Cylinder, in dieses Heiligthum einzudringen gewagt, machte erst fast Miene, als wollte er uns nicht einlassen. Auf die etwas barsche Aufforderung Blums, uns zu melden, führte er uns in ein Vorzimmer und verschwand. Nicht zwei Minuten später kam in höchster Eile der k. k. österreichische Präsidialgesandte, Graf Colloredo, ein Cavalier von den feinsten Wiener Manieren, aus dem Sitzungszimmer heraus und sagte zu uns: „Der Bundestag habe zwar soeben einen etwas abweichenden Beschluß gefaßt, allein er werde sofort beantragen, denselben abzuändern; wir möchten nur wenige Minuten verziehen." Und in der That kehrte er nach allerkürzester Frist zurück, um uns zu

verkündigen: „Der Bundestag werde sich beeilen, das von uns Gewünschte den Regierungen zur Nachachtung mitzutheilen.“

Allein schon ein paar Wochen darauf machte der Bundestag einen Versuch, sich von dem Fünfziger-Ausschuß zu emancipiren und die ihm entschlüpfte Autorität wieder an sich zu nehmen. Mancherlei Vorkommnisse etwas anarchischer Natur, denen der Ausschuß bei allem guten Willen doch nicht recht wirksam hatte steuern können, gaben dazu einen Grund oder doch Vorwand. Mehr noch schien die äußere Lage Deutschlands — der Bund war im Kriege mit Dänemark, in Polen regte es sich, u. dgl. m. — eine Zusammenfassung der deutschen Kräfte, die, wenn auch nur vorläufige, Schaffung einer gewissen einheitlichen Gewalt anzurathen. Der Bundestag selbst war nicht mehr ganz der alte: ein Theil der früheren Bundestagsgesandten, allerdings erst ein Theil, war ausgeschieden und durch Männer der neuen Zeit ersetzt.

Genug, an den Fünfziger-Ausschuß gelangte mit einem Male, und zwar nicht direct und offen, sondern auf einem etwas mysteriösen Umwege, mit Hilfe einzelner Persönlichkeiten im Ausschusse selbst und im Collegium der Vertrauensmänner, ein Antrag auf Schaffung einer außerordentlichen Behörde, eines Triumvirates, welches mit ganz besonderen Vollmachten bekleidet sein sollte. Das erregte Aufsehen, auch Mißtrauen im Schooße des Ausschusses. Zwei Tage beinahe ward lebhaft darüber discutirt: die meisten Stimmen erklärten sich mehr oder weniger entschieden gegen den Antrag, nur wenige dafür, bedingungslos fast keine. Zuletzt ward einstimmig ein Antrag von mir

angenommen, wonach in Bezug auf Diplomatie und Militärwesen womöglich eine gewisse einheitliche Executive mit dem Bundestage vereinbart, von einer besonderen Behörde für innere Angelegenheiten jedoch zur Zeit abgesehen werden sollte. Behufs der Verhandlungen darüber mit dem Bundestage ward eine schon vorhandene Commission des Ausschusses um zwei Mitglieder verstärkt; ich war unter diesen zweien. Wir hatten eine gemeinsame Sitzung mit einer Commission des Bundestages und einer der Vertrauensmänner. Dieselbe fand im Sitzungssaale des Bundestages statt, und so saß ich an demselben großen runden Tische, von dem so viele freiheitsfeindliche und so gar wenige für die Nation heilsame Beschlüsse ausgegangen waren. Die Verhandlung bot mancherlei interessante Momente. Sonderbarerweise war es der neue badische Bundestagsgesandte Welcker, der am Entschiedensten, ja mit einer gewissen Heftigkeit die Sache des Bundestages vertrat. „Sie wollen Schindluder mit dem Bundestage spielen," rief er aus (es sind das seine eigensten Worte), das geht aber nicht." Die älteren Mitglieder des Bundestages sahen offenbar stillvergnügt zu, wie der „alte Volksmann" Welcker so warm für sie eintrat, ließen ihn reden und verhielten sich fast gänzlich schweigend. Nur einmal, als ich im Laufe der Debatte äußerte: „die öffentliche Meinung zeige sich besorgt vor einer Wiederkehr der alten, reactionären Politik, und man dürfe dieser Besorgniß keine Nahrung geben, um nicht eine neue Erregung hervorzubringen," wandte sich der, unsern von mir sitzende, k. k. österreichische Präsidialgesandte Graf Colloredo zu mir und sagte mit dem tiefsten Brustton selbsteigenster Ueberzeugung: „Aber

ich bitte, meine Herren, wie mögen Sie nur glauben, daß jemals wieder eine Reaction in Deutschland Platz greifen könne?“ Ich habe dieser Worte oft gedenken müssen, als schon kaum drei Jahre darauf durch ganz Deutschland eine Reaction ging, so planmäßig, so schonungslos, so alle edelsten Gefühle der Nation mit Füßen tretend, wie es weder in den 20er, noch in den 30er oder 40er Jahren etwas Aehnliches gegeben hatte, eine Reaction, deren Ausflüsse der sonst so milde Dahlmann mit den vernichtenden Worten brandmarkte: „Das Unrecht hat jede Scham verloren.“

Der Antrag auf eine dreiköpfige Executive war damit nicht begraben; er tauchte in etwas anderer, weniger bedenklicher Gestalt wieder auf: die Drei sollten vom Bundestage „nach Vereinbarung mit den Vertrauensmännern und dem Fünfziger-Ausschusse“ ernannt werden. In dieser Form erlangte er die Zustimmung des Ausschusses, wenn auch mit nicht allzustarker Majorität. Als aber darauf der Bundestag diesen vom Ausschusse angenommenen Antrag einseitig und willkürlich dahin auslegte, daß er allein jene Männer zu ernennen habe, auch sonst noch die getroffene Vereinbarung brach, da erregte dies im Ausschusse einen großen Sturm; es kam zu heftigen Aeußerungen herüber und hinüber, und aus der ganzen Sache, auch so weit sie die äußere Sicherheit Deutschlands betraf, wurde nichts. Ohnehin erachteten die größeren Regierungen, wenigstens die preußische, es für zu spät, mit einer solchen Neuschöpfung in einem Augenblicke vorzugehen, wo der Zusammentritt der gesetzlichen Nationalvertretung nahe bevorstand.

Bei Gelegenheit jenes Antrags war auch die Stellung zur Sprache gekommen, welche die Regierungen zum Parlamente haben würden. Der Bundestag hatte seiner Zeit bei der Aufforderung an die Regierungen zur Veranstaltung von Wahlen zum Parlamente letzterem die Aufgabe zugetheilt, „die Verfassung Deutschlands zwischen dem Volke und den Regierungen zu Stande zu bringen"; in dem Ausschußberichte des Bundestags, der diesem Beschluß zu Grunde lag, war die künftige Nationalversammlung als „constituirende" bezeichnet worden. Das Vorparlament seinerseits hatte noch am letzten Tage beschlossen: „die Zustandebringung der Verfassung sei ‚einzig und allein' dem Parlamente zu überlassen", und der Antragsteller, Herr v. Soiron, hatte, auf dagegen erhobenen Widerspruch, dies dahin erläutert: „es solle dem Parlament völlig anheimgegeben sein, ob es für sich allein oder nach Vereinbarung mit den Regierungen die Verfassung feststellen wolle." Jetzt nun, gerade inmitten der Reibungen zwischen Bundestag und Ausschuß wegen der Executive, verlautete plötzlich von einem Promemoria des großherzoglich hessischen Bundestagsgesandten Herrn v. Lepel, worin gesagt sei: „Die Regierungen müßten, da es nicht möglich sein werde, ihnen eine geordnete und vom Parlament anerkannte gemeinsame Vertretung zu sichern, dahin trachten (aber insgeheim), unter den Abgeordneten selbst sich Anhänger zu verschaffen, welche ihre Interessen in Parlament verträten." Das hieß denn freilich, eine planmäßige Corruption organisiren, und wohl nicht mit Unrecht gab sich über solche Tendenzen ein lebhafter Unwille im ‚Fünfziger-Ausschuß kund. Uebrigens ward das Lepel'sche „Promemoria" von mehreren Regierungen als-

bald desavouirt, zuerst von seiner eigenen in einem von H. v. Gagern Namens derselben an den Fünfziger-Ausschuß gerichteten Schreiben, sodann (wie ich weiter unten constatiren werde) von der königlich sächsischen, ebenso von der bairischen. Damit verlor die Denkschrift den bedenklichen Charakter, den sie erst zu haben schien.

Wohl aber war durch diesen Vorgang die wichtige und schwierige Frage von Neuem angeregt: welches denn die Stellung der Regierungen zum Parlament sein werde? Die Lepel'sche Denkschrift hatte sehr offenherzig bekannt, daß eine gemeinsame Vertretung der Regierungen beim Parlament aus dem Grunde unmöglich sei, weil die Interessen der einzelnen Regierungen in Bezug auf die künftige Gestaltung Deutschlands keineswegs gemeinsame und gleichartige wären. Aus diesem Grunde eben sollte, so wollte es Herr v. Lepel, jede Regierung möglichst viele Vertreter ihrer besonderen Interessen im Parlamente zu werben suchen. Das hätte dann einen Interessenkampf der Regierungen unter einander im Schoße des Parlamentes selbst gegeben, mit dem unausbleiblichen Kampfe der politischen Parteien zusammen ein schönes Chaos! Auf der anderen Seite mußten selbst die wärmsten Freunde der Unabhängigkeit des künftigen Parlamentes wünschen, daß ein Weg gefunden werde, auf welchem dieses sich mit den Regierungen rechtzeitig einigen könne, so daß schließlich die Verfassung als das Werk eines Compromisses zwischen beiden Theilen erscheine und als solches von keiner Regierung zurückgewiesen werden dürfe.

Natürlich wurden so wichtige Fragen vielfach im Privatverkehr zwischen Mitgliedern des Ausschusses, Ver-

trauensmännern und Bundestagsgesandten vertraulich durchgesprochen. Bei einer solchen Besprechung theilte der herzoglich braunschweigische Bundestagsgesandte, Herr v. Liebe (den ich früher, bei Gelegenheit der Conferenzen wegen Zustandebringung einer deutschen Wechselordnung, deren Mitglied er war, in Leipzig hatte kennen lernen), mir mit, daß seine Regierung (wohl auf seinen Antrieb) den Gedanken eines zu bildenden „Oberhauses" neben dem Parlamente gefaßt habe, als einer Einrichtung, wodurch der oben bezeichnete Zweck vielleicht erreicht werden könne. In Folge dieses Gesprächs ließ mir Herr v. Liebe Tags darauf folgende, auf die Bildung eines solchen Oberhauses bezügliche Stelle aus einer ihm von Braunschweig zugegangenen Instruction zur Einsichtnahme zugehen:

. . . Indessen erwarten wir von solchen Berathungen im Plenum unter folgenden Bedingungen (vorausgesetzt, daß zugleich die Oeffentlichkeit der Verhandlungen eintritt) einen wirklichen Erfolg:

1. Die Bestimmungen der Wiener Schluß- und der Bundesacte, nach welchen Einhelligkeit der Stimmen bei allen Verfassungsveränderungen erforderlich ist, muß aufgehoben werden, und auch für diesen Fall die Regel genügen, daß $^2/_3$ der Stimmen entscheiden.

2. Ebenfalls ist die Bestimmung aufzuheben, daß die Gegenstände, über welche das Plenum zu beschließen hat, zuvor in dem Engeren Rathe vorbereitet werden.

3. Jeder Staat muß das Plenum mit so viel Personen beschicken, als ihm Stimmen zustehen. Auf diese Weise wird die Versammlung auch durch ihre Zahl (69) das erforderliche Gewicht erhalten. Die Vertrauensmänner könnten als wirkliche Mitglieder in dieselbe eintreten und würden so aus der schiefen Stellung, die sie jetzt einnehmen, herausgezogen.

4. Das Plenum müßte sich selbst eine thunlichst einfache Geschäftsordnung machen.

Mir leuchtete die Zweckmäßigkeit des Vorschlages ein,

und ich beeilte mich, sowohl diesen selbst, als meine Ansichten darüber dem Ministerpräsidenten Dr. Braun mitzutheilen. Darauf erhielt ich zunächst (unterm 27. Mai) folgende Antwort:

Verehrter Freund! Für Ihre liebe Zuschrift freundlichst dankend, habe ich zu gedenken, daß bereits von hiesiger Regierung eine Desavouirung in Betreff des bekannten „Promemoria" im Dresdener Journal erfolgt ist.

Was den Vorschlag des braunschweigischen Gesandten anlangt, so habe ich denselben der Beurtheilung des Ministerii unterstellt, aber man hat sich nicht dafür entscheiden zu können geglaubt, da er in seiner Ausführung auf praktische Schwierigkeiten stoßen und von einem sonderlichen Ergebnisse nicht sein dürfte. Ich gehe, weil Sie, wie ich, jetzt zu sehr beschäftigt sind, um große Deductionen zu lieben, nicht ausführlicher darauf ein. Sehr würden Sie mich verpflichten, wenn Sie mir von Zeit zu Zeit Ihre Ansichten über den Gang der Dinge in Frankfurt mittheilen wollten.

In Hochachtung und Freundschaft

Ihr

Braun.

Ich ließ mich dadurch nicht abschrecken, sondern schrieb nochmals — eingehender und eindringlicher — an Braun. Diesmal mit besserem Erfolge. Sein zweiter Brief in dieser Sache (vom 1. Juli) lautete:

Verehrter Freund! Ihr letzter Brief hat mich sehr erfreut, und ich danke Ihnen dafür bestens. Ich hielt den Inhalt desselben für so wichtig, daß ich ihn dem Gesammtministerium und dem König vorlegte, da er eine anziehende Schilderung der dortigen Sachlage und eine Charakteristik der Parteien gab, auch das Project wegen Vertretung der Regierungen in der von Braunschweig angeregten Modalität begründete. Nach nochmaliger genauer Erörterung und Besprechung dieses Projects hat man sich hier dafür entschieden, und man wird in diesem Maße instruiren.

Wann zu hoffen sein dürfte, daß man in Frankfurt mit dem

Verfaſſungswerk zu Stande kommen wird, läßt ſich wohl vor der Hand ſelbſt annäherungsweiſe nicht beſtimmen? Und doch glaube ich, daß, ehe dieſes geordnet iſt, die dem materiellen Intereſſe ſo nöthige Beruhigung nicht zurückkehren werde. Sollten Sie mir fernerhin von dem Stande der Dinge in Frankfurt einige Mittheilungen zugehen laſſen wollen, ſo würden Sie mich ſehr verbinden. Mit Hochachtung und Freundſchaft empfiehlt ſich

Ihr

Braun.

Der Gedanke eines neben dem Parlamente berathenden und mit dieſem verhandelnden Oberhauſes ward im Laufe des Sommers noch einmal (von Gervinus in der „Deutſchen Zeitung") angeregt. Ich erinnere mich auch, daß ich im Geſpräch mit einzelnen meiner politiſchen Freunde ebenfalls darauf zurückgekommen bin; allein damals war keine Stimmung dafür im Parlamente. Ob eine ſolche beim Beginn des Parlamentes, und wenn die Frage von den Regierungen an daſſelbe gebracht worden wäre, ſich hätte erzielen laſſen, wage ich nicht zu beſtimmen. Jedenfalls hatte der Gedanke ſelbſt etwas Geſundes. Wenn die Regierungen öffentlich und parlamentariſch ihre Anſichten und Intereſſen vertreten mußten, ſo konnten ſie nicht wohl ſo enge Sonderſtandpunkte einnehmen, wie dies bei geheimen diplomatiſchen Verhandlungen möglich war. Wenn umgekehrt dem Parlamente im Oberhauſe öffentlich triftige Gründe gegen den oder jenen ſeiner Beſchlüſſe entgegengeſetzt worden wären, ſo daß die öffentliche Meinung zwiſchen dieſen und jenen hätte richten können, ſo würde auch das Parlament ſchwerlich auf etwas beſtanden haben, worauf die Regierungen ihrerſeits nicht hätten eingehen können. Und ſo wäre vielleicht doch eine Ausgleichung, eine beide

Theile bindende Vereinbarung zwischen Regierungen und Parlament zu Stande gekommen. Allein gerade dies letztere wollten offenbar manche Regierungen, namentlich die größeren, nicht, und darum waren wohl diese (wie ich später hörte) gegen den Plan gewesen. Sie wollten lieber erst das Parlament allein seine Arbeit verrichten lassen, hoffend, bis dahin, wo diese fertig sein würde, so weit wieder Kraft gesammelt zu haben, um dann dem Parlamente nach Belieben und mit Erfolg entgegentreten zu können. Dieser Calcül hat denn auch leider nicht getäuscht, und so ist es jenen Regierungen gelungen, das ganze Frankfurter Verfassungswerk zunichte zu machen. Nur soll man nicht sagen, daß der Weg der Vereinbarung vom Parlamente aus versperrt worden sei. Sobald die Regierungen nichts dafür thaten, um als eine Einheit dem Parlamente gegenüberzutreten, so machten sie selbst jede Vereinbarung von Haus aus unmöglich, denn darin hatte das Lepel'sche Promemoria entschieden Recht: mit 36 Regierungen, deren jede rechtlich und factisch einen andern Standpunkt einnehmen konnte, war absolut nicht zu vereinbaren!

Nach dieser mehr persönlichen Abschweifung komme ich noch mit ein paar Worten auf den Fünfziger-Ausschuß im Ganzen und seine Thätigkeit zurück. Derselbe hatte sich mit letzterer wenig Dank verdient — das konnte man sofort beim Beginn des Parlamentes aus so manchen Kundgebungen entnehmen. Man schien ihn — namentlich in Norddeutschland — mehr oder weniger wie eine revolutionäre Behörde, wie eine Art von „Wohlfahrtsausschuß" betrachtet zu haben. Man that ihm damit entschieden Unrecht. Von einer Absicht, die noch fortdauernde Er-

regung in Deutschland zu unterhalten oder gar zu mehren, die Wiederherstellung einer festen Ordnung und die Wiederkräftigung der geregelten Gewalten zu verzögern oder zu hintertreiben, war — meinen Beobachtungen nach, und wie auch die officiellen Sitzungsberichte des Ausschusses darüber Auskunft geben — selbst bei den am weitesten nach links stehenden Mitgliedern nichts wahrzunehmen. Die Deputationen, welche der Ausschuß zur Herstellung der hier und da gestörten Ordnung entsendete (nach Prag, nach Köln, in's Rheingau, in's badische Oberland), haben ihren Berichten nach als solche nach Kräften, wenn schon nicht immer mit Erfolg, ihren Aufgaben genügt. Ob einzelne Mitglieder derselben in ihrem persönlichen Verkehr mit den Bevölkerungen vielleicht Dinge gethan oder gesagt haben, welche zu jener Aufgabe der Deputation nicht stimmten (wie meines Wissens hier und da behauptet worden), weiß ich nicht. Daß der Ausschuß gerade in die Deputationen, die unmittelbar mit dem Volke verkehren sollten, auch solche Mitglieder wählte, welche ihrer politischen Richtung und ihren Persönlichkeiten nach dem Volke näher standen, möchte wohl kaum zu tadeln sein. Der Ausschuß als Ganzes hat, nach Ausweis der amtlichen Protokolle, eine Menge von Proclamationen — „an das deutsche Volk", „an die Arbeiter", „an die Deutschen in Frankreich und in der Schweiz" (beim Heckerputsch), „an die süddeutsche Bevölkerung" u. s. w. gerichtet, in denen sämmtlich eindringlich zur Ruhe, zur Ordnung, zur Gesetzlichkeit ermahnt wird.

Oder sollte man es dem Ausschuß verübelt haben, daß er auch nach oben für Ordnung und Gesetzlichkeit

eintrat und daher beispielsweise gegen gewisse Willkürmaßregeln des Kurfürsten von Hessen einschritt, welche in der Residenz Kassel Blutvergießen veranlaßt und eine ungeheure Aufregung hervorgerufen hatten?

Freilich, das läßt sich nicht leugnen, der Fünfziger Ausschuß ist bei seinem Vorgehen gegen Ruhestörungen von unten nicht immer glücklich gewesen. Aber waren dies denn in jener Zeit die Behörden und selbst die Regierungen etwa in höherem Maße? Eben damals (im April 1848) schrieb man mir aus Sachsen: „Die Anarchie ist vollständig. Keine Obrigkeit hat den Muth, den Brutalitäten entschieden entgegen zu treten.“ Nun, diesen Muth wenigstens hat der Fünfziger-Ausschuß als Körperschaft, haben seine einzelnen Mitglieder, die zu solchen, mitunter ziemlich heiklen Missionen verwendet wurden, bewiesen. Die Herren Venedey und Spatz, welche Hecker abmahnen sollten, wurden von diesem mehrere Tage lang auf seinem Freischaarenfeldzug als „Geißeln“ mitgeführt. Die Herren Kanzler v. Wächter und Dr. Kuranda, welche auf eine Bitte der Deutschen in Böhmen nach Prag entsendet waren, fanden sich dort inmitten einer von den Czechen terrorisirten und mit Gewaltthätigkeiten bedrohten deutschen Bevölkerung und hatten bei einer Besprechung mit einer Section des czechischen Ausschusses sogar von dem Wortführer dieser, Palaczky, offene Beleidigungen zu erfahren.

Also weder an gutem Willen, noch an Muth hat es der Fünfziger-Ausschuß fehlen lassen. Aber ihm selbst fehlte das Mittel, das doch den Regierungen noch immer zu Gebote stand: die Aufbietung — im äußersten Falle — polizeilicher oder militärischer Kräfte; er hatte nichts, um

damit zu wirken, als ſein moraliſches Anſehen und das Vertrauen des Volkes zu ihm. Das möge man, um im Urtheil über ihn billig zu ſein, nicht vergeſſen!

Erſt in den letzten Tagen des April gelang es mir, auf kurze Zeit einen Urlaub zu erhalten. Ein Aufenthalt in der Heimath war mir Bedürfniß, nicht blos um die Meinen wiederzuſehen und manches Geſchäftliche zu ordnen, ſondern auch wegen der Wahlen zum Parlamente. Meine Ausſichten, gewählt zu werden, waren wenig günſtige. Die radicale (Blum'ſche) Partei, welche nach dem kurzen Zuſammengehen mit uns in den Märztagen den Kampf gegen uns, und ſpeciell gegen mich, auf der ganzen Linie wieder eröffnet hatte, zeigte ſich entſchloſſen, Alles aufzubieten, um mich nicht in's Parlament kommen zu laſſen. Eine Wahlniederlage, die mich getroffen hätte, wäre ein großer Triumph für ſie geweſen. Meine politiſchen Freunde daheim waren zwar für unſere Sache thätig: der Deutſche Verein in Leipzig zählte, wie man mir ſchrieb, 2300 Mitglieder, während der Vaterlandsverein deren nur 1400 hatte; eine Verſammlung des erſteren behufs der Wahlen war von wohl 2000 Perſonen beſucht geweſen; im Lande gewann der Deutſche Verein ebenfalls mehr und mehr Boden. Auch der Verſuch eines Compromiſſes mit dem Vaterlandsverein, die Aufſtellung einer gemeinſamen Candidatenliſte, war gemacht worden, war aber hauptſächlich an meiner Perſon geſcheitert, indem die Radicalen ſchlechterdings die Unterſtützung meiner Candidatur verweigerten, dagegen von meinen Freunden die Aufnahme Blums in die Liſte verlangten.

Ueber dieſen Stand der Dinge, den ich theilweiſe ſchon

aus den Briefen meiner Freunde kannte, erfuhr ich das Nähere sofort bei meiner Ankunft in Leipzig. Der Deutsche Verein wollte mich nun selbstständig in Leipzig aufstellen, allein der Erfolg war noch ungewiß, da von den hier gewählten Wahlmännern (es wurde damals in Sachsen indirect gewählt) ohngefähr ebenso viele der Blum'schen wie unserer Partei angehörten. Die Blum'schen rühmten sich öffentlich: „sie würden, wo immer ich candidire, mir Blum gegenüberstellen und mich so aus dem Felde schlagen." Die Wahlen zum Parlamente fanden damals (ich weiß nicht, warum) in Sachsen nicht an Einem, sondern an verschiedenen, zum Theil weit auseinander liegenden Tagen statt. Wie war ich überrascht, als bei meinem ersten Ausgange am Tage nach meiner Ankunft Bekannte, denen ich begegnete, mich beglückwünschten, und auf meine Frage: „wozu?" mir berichteten: „ich sei sogleich in der allerersten Wahl, im Zwickauer Kreise, zum Abgeordneten für's Parlament gewählt." Bald erfuhr ich Näheres. Ich hatte mit einer Majorität von etwa $^2/_3$ aller Stimmen über meinen Gegner gesiegt, und dieser Gegner war kein Anderer, als — Robert Blum! Dieser Wahlsieg war um so unerwarteter, aber auch für mich um so ehrenvoller, als ich zu jenem Kreise gar keine Beziehungen hatte, als meine politischen Freunde eben darum nicht entfernt daran gedacht hatten, mich gerade dort aufzustellen, als endlich Blum noch vor nicht langer Zeit (durch Oberländers Bemühungen) zum „Ehrenbürger" der Stadt Zwickau ernannt worden war.

Ein paar Tage nach der Wahl besuchten mich zwei meiner Wähler, einfache Tuchmacher aus dem Städtchen Kirch-

berg, die zur Meſſe hier waren. Sie wollten ihren Abgeordneten von Angeſicht zu Angeſicht kennen lernen. Ich dankte ihnen für ihr Vertrauen, fragte ſie aber: „wie ſie denn darauf gekommen ſeien, mich zu wählen, vollends gegenüber von Blum?“ Da ſagte der Eine: „Nun, ſehen Sie, Herr Profeſſor, Blum iſt als Volksfreund bekannt, Sie auch; nun ſind Sie aber auch ein Mann der Wiſſenſchaft, und da dachten wir: wenn ein Volksfreund auch noch ein Mann der Wiſſenſchaft iſt, ſo kann das nichts ſchaden.“ Dieſer Mann theilte alſo nicht die Anſicht, die ſpäter ein ultrademokratiſcher Abgeordneter in dem ſog. „Unverſtandslandtag“ Sachſens ausſprach: „Das Volk will keine Weisheit, ſondern nur Volkskraft.“

Es ſei mir geſtattet, hier noch eine zweite, ähnliche Wahlanekdote, die mir paſſirte, zu erzählen. Beim ſächſiſchen Landtag 1849/50 ward meine Wahl in die Zweite Kammer von meinen politiſchen Freunden im Meißner Kreiſe hauptſächlich mit Hilfe der bäuerlichen Wähler, die überwiegend für mich ſtimmten, durchgeſetzt. Ich ſelbſt hatte perſönlich, außer einem Wahlprogramm, welches ich veröffentlichte, nichts für mich gethan. Als ich nun, auf den Wunſch einer großen Anzahl ländlicher Wähler, dieſen einen Bericht über meine Thätigkeit im Landtage erſtattete, fragte ich auch einen von ihnen, was ſie bewogen hätte, für mich zu ſtimmen, da ich ihnen doch perſönlich noch unbekannt geweſen ſei? Darauf erhielt ich die Antwort: „es ſei von rechts und links ſo heftig gegen mich agitirt worden, daß ſie gedacht hätten: an dem Manne muß doch etwas ſein, ſonſt würde man ſich nicht ſo viel Mühe geben, ihn zu verdrängen.“

Damals, 1848, erhielt ich, nachdem ich schon in Zwickau gewählt war und die Wahl angenommen hatte, noch aus 4—5 andern Wahlkreisen (einem Lausitzer, Grimma, Meißen, Glauchau, selbst Dresden) Anerbietungen wegen einer Candidatur, aus einzelnen im Namen einer Mehrheit der Wahlmänner, also ganz sichere. Natürlich mußte ich sie insgesammt ablehnen, gab mir aber alle Mühe (zum Theil durch Reisen an die betreffenden Orte), an meiner Statt einen oder den andern von meinen politischen und persönlichen Freunden dort zur Wahl zu bringen. Allein vergebens! Ueberall mußte ich hören: „es sei schlechterdings unmöglich, Candidaten durchzubringen, die nicht bereits im Wahlkreise bekannt seien, ja wo möglich ihm zugehörten". Das waren jene Nachwirkungen des (obschon jetzt aufgehobenen) Bezirkszwanges, auf die ich schon früher hingedeutet habe. Rücksichtlich meiner hatte eine Ausnahme stattgefunden, weil ich durch mein Hervortreten in den Märztagen, zum Theil auch schon durch meine publicistische Thätigkeit im ganzen Lande bekannt war.

Und was war nun die Folge? In allen den Kreisen, wo man mich, den als durchaus gemäßigt liberal Bekannten, aus freiem Antriebe hatte wählen wollen, wählte man nun Radicale, zum Theil Ultrademokraten, ja erklärte Republikaner, weil diese ein gewisses Localansehen im Kreise hatten, oder weil sie bereits von eben dort aus in den Landtag entsendet worden waren!

In Leipzig wurde nun, da meine Candidatur daselbst sich erledigte, Blum gewählt; Bassermann, den der Deutsche Verein ihm noch in letzter Stunde gegenüberstellte, war kaum mehr als ein sog. „Zählcandidat". Es hätte daher der

Drohungen nicht bedurft, unter denen eine das Wahllocal umſtehende Volksmenge die eintretenden Wahlmänner mahnte, ja Niemand ſonſt als Blum zu wählen!

Aus Blums Lebensgeſchichte von ſeinem Sohne erſehe ich nachträglich zu meiner großen Ueberraſchung, daß auch er, gerade ſo wie ich, an ſeiner Wahl in's Parlament in einem ſächſiſchen Wahlkreiſe gezweifelt, ja daß er in dieſer Verzweiflung ſogar eine ihm im Reußiſchen angebotene Candidatur angenommen hatte. In ſeinen Briefen ſchilt er auf „die Biedermänner", die „ſo niederträchtig handelten", ihn nicht auf ihre Liſte ſetzen zu wollen. Daß ſeine Partei das Gleiche mir thun wollte, ſcheint er in der Ordnung gefunden zu haben!

Einundzwanzigstes Capitel.

Das Parlament.

Das „erste deutsche Parlament", welches mehr als ein Jahr lang (1848—1849) tagte, ist Gegenstand zahlreicher geschichtlicher Darstellungen geworden. Ich selbst habe schon bald nach meiner Rückkehr von Frankfurt (1849) „Erinnerungen aus der Paulskirche"*) geschrieben, worin ich theils die verschiedenen Parteien schilderte, theils über die wichtigsten Fragen, welche das Parlament beschäftigt hatten (die österreichische, die Oberhauptsfrage u. a.), mich ausließ, theils endlich von den letzten Wochen der Versammlung (nach Ablehnung der Kaiserkrone in Berlin) ein Bild zu geben versuchte. Ich habe dann in meinen „Dreißig Jahren deutscher Geschichte 1840—70" (1881—82, 2. A. 1883)**) der Geschichte jener denkwürdigen Zeit so viel Raum gewidmet, als die Oekonomie des Buches nur immer zuließ (fast 200 Seiten). Und endlich habe ich in Riehls „Historischem

*) Dieselben erschienen in Leipzig bei G. Mayer, 1849, sind aber nach des Verlegers Tode in den Verlag von Dieckmann in Dresden übergegangen.

**) Breslau bei S. Schottlaender.

Taſchenbuche" *) von 1877 „Beiträge zur Geſchichte des Frankfurter Parlaments" geliefert, worin ich manche dem Parlamente gemachte Vorwürfe zu entkräften, manche irrthümliche Auffaſſungen des dort Geſchehenen richtigzu ſtellen verſucht habe.

Um daher nicht ſchon Geſagtes zu wiederholen, werde ich mich hier im Weſentlichen auf die Anführung ſolcher Momente beſchränken, bei denen ich perſönlich in beſonderem Maße betheiligt geweſen bin.

Die mehr als 600 Vertreter des deutſchen Volkes, die am 18. Mai ff. 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt zuſammentraten, waren ſich unter einander meiſt gänzlich fremd, auch ihrer großen Mehrzahl nach meiſt parlamentariſche Neulinge. Letzteres galt von dem allergrößten Theil der Oeſterreicher, von einem ſehr großen der Preußen, alſo von wohl ⅔ der ganzen Verſammlung; nur aus den Mittel- und Kleinſtaaten kam eine Anzahl von Männern, die parlamentariſch bereits geſchult, auch unter einander meiſt bekannt waren. Dieſer Umſtand erſchwerte einigermaßen die Parteigruppirung. Es wäre wohl angezeigt geweſen, daß die Mitglieder des Fünfziger-Ausſchuſſes, die dort ſchon eine gewiſſe parlamentariſche Schule durchgemacht hatten und unter denen ſich manche Parlamentarier aus den Einzelſtaaten befanden, Kryſtalliſationspunkte für die Parteigliederung in der größeren Verſammlung abgegeben hätten. Von dieſer Anſicht ausgehend, hatte ich noch in den letzten Tagen des Ausſchuſſes, da ſchon eine Anzahl von Mitgliedern des Parlamentes eingetroffen

*) Leipzig bei F. A. Brockhaus.

war, mit einigen von diesen und einigen Collegen aus dem Ausschusse den Versuch gemacht, den Keim zu einer Parteibildung zu legen, einer Art von Centrum oder Mittelpartei, insbesondere zur Bekämpfung eines etwa drohenden Uebergewichts radicaler Elemente — eine Besorgniß, die mir persönlich, bei den fast durchgängig radicalen Wahlen in meinem engern Vaterlande Sachsen, sehr nahe lag. Wir hatten schon mehrere Abende in diesem Sinne verhandelt; eine Verständigung war erzielt; man hatte mich beauftragt, mit dem Verleger des „Frankfurter Journals" Rücksprache zu nehmen, ob er sein Blatt zu unserem Organe machen wolle, und ich hatte ihn nicht abgeneigt dazu gefunden. Da, als ich am nächsten Abend unser Local in der Mainluft betrat, sah ich zu meiner Verwunderung in einem Zimmer neben dem unsern Robert Blum sitzen, und als ich in unserm Kreise meinen Bericht erstattet hatte, erhob sich einer der Anwesenden zu einer schwungvollen Rede, worin er erklärte, es liege uns gänzlich fern, etwa gegen Blum (dessen Verdienste er emphatisch pries) und gegen die ihm Gleichgesinnten feindlich auftreten zu wollen; vielmehr wünschten wir nichts mehr, als Hand in Hand mit ihnen zu gehen. Verwundert sahen wir Andern uns an; die Neuhinzugekommenen wurden völlig irre über das hier Beabsichtigte; ich meinerseits protestirte sehr entschieden gegen diese Auslegung unserer bisherigen Berathungen. Allein der Einklang unseres kleinen Kreises war gestört, und er trennte sich, ohne ein greifbares Resultat zu hinterlassen. Jener Redner war Herr von Wydenbrugk, früher der Hauptwortführer der Opposition im weimarischen Landtage, seit den Märztagen Minister daselbst. Herr von Wydenbrugk hat auch

im Parlamente noch öfter solche überraschende Frontwechsel vollzogen, so daß Herr von Vincke in seiner sarkastischen Redeweise ihn einmal auf der Tribüne als den „Staatsmann von Weimar, der stets auf der Höhe der Zeit steht", bezeichnete.

Im Parlamente selbst begann die Parteibildung anfangs in etwas tumultuarischer Weise. Der und Jener, welcher sich das Talent zutraute oder doch den Ehrgeiz hatte, Gründer einer Partei zu werden, suchte auf irgend eine Weise eine Versammlung zusammenzubringen, in der er dann seine Gedanken von der zu bildenden Partei, sein Programm u. s. w. entwickelte. Da geschah es freilich, daß sich das Ungleichartigste erst zusammenfand, dann aber eben so schnell wieder auseinanderstob, wie denn z. B. bei einer solchen von einem Grafen von Wartensleben veranlaßten Besprechung der ultraradicale Ruge mit mehreren ultraconservativen und ultramontanen Altbaiern hart zusammenstieß, die ganze Versammlung aber resultatlos verpuffte.

Auch im „Württemberger Hof", dem ich mich anschloß (die Clubs wurden in Frankfurt nach ihren Versammlungsorten getauft), ging es anfangs etwas bunt her. Der Stifter des Clubs war ein kleiner Kölner Kaufmann, Raveaux. Er hatte als vieljähriger Leiter von Carnevalsfestlichkeiten in seiner Vaterstadt sich ein Talent schlagfertiger Rede und eine gewisse Popularität, namentlich wohl in den unteren Schichten, erworben. Seinen innersten Sympathien nach gehörte er eigentlich der Linken an, hatte jedoch durch Erfassung eines glücklichen Moments im Vorparlament (bei der Secession Heckers und seiner nächsten Freunde sprach er

nachdrücklich mahnende Worte über die Pflicht, sich der Mehrheit zu unterwerfen, und stellte damit die Ruhe in der Versammlung wieder her) sich den Ruf eines gemäßigten und besonnenen Mannes und ein gewisses Zutrauen bei der Rechten erworben. Diesen Ruf und dieses Vertrauen wußte er sich auch im Parlamente zu erhalten, und so schien er der rechte Mann, um eine Mittelpartei zwischen rechts und links zu gründen. Er wurde später sogar zum Reichsgesandten für die Schweiz ernannt. Allein allmälig trat der Grundton seiner politischen Gesinnung und Bildung, der ein entschieden demokratischer war, ungemildert wieder hervor; die staatsmännische Dämpfung, die derselbe eine Zeit lang erfahren zu haben schien, erwies sich als unzureichend: Raveaux verfiel in arge und immer ärgere Inconsequenzen, bis er zuletzt seine parlamentarische Laufbahn als einer der Aeußersten auf der äußersten Linken beschloß, um sodann als Flüchtling in die Verbannung zu gehen.

Lange zuvor, ehe diese Wandlung bei Raveaux eintrat, hatten sich unsere Wege schon geschieden. Damals aber, im Anfange des Parlaments, wo es vor Allem darauf ankam, daß nur Jemand überhaupt den Anstoß zu einer Parteibildung gebe und die Leitung übernehme, stellten Männer von anerkanntem Ruf, wie Rob. v. Mohl, Pözl, Stahl, Stenzel, Wurm, Fallati, v. Hermann, Kierulff u. A., auch geübte Parlamentarier wie Wernher von Nierstein, Mittermaier u. A., unbedenklich sich unter Raveaux' Fahne. Warum hätte ich es nicht auch thun sollen?

Eine Zeit lang hielt der Württemberger Hof die richtige Mitte zwischen der Rechten und der Linken ein.

Er vertrat eine freisinnige, aber gemäßigte Politik, stand in solchen Fragen, wo es sich um Stärkung oder Schwächung der bestehenden Autoritäten handelte, meist fest auf Seiten dieser letzteren, war monarchisch gegenüber der republikanischen Linken. Wie es jedoch solchen Mittelparteien häufig ergeht (wie es beispielsweise in unseren Tagen den Nationalliberalen ergangen ist), so sah der „Württemberger Hof" durch ein Auseinanderstreben der, nur äußerlich in ihm vereinigten, innerlich ungleichartigen Elemente sich zu Spaltungen („Secessionen") verurtheilt, und zwar zu mehr als einer. Schon im Sommer schieden einige 40 Mitglieder, denen der „Württemberger Hof" zu weit nach rechts ging, aus und bildeten einen neuen Club, die „Westendhall". Raveaux selbst war unter diesen Secessionisten nach links. 80—90 blieben im „Württemberger Hof" zurück. Zu Anfang Octobers erfolgte eine zweite Secession von abermals 40 und einigen Mitgliedern; bei der ich selbst betheiligt war, diesmal nach rechts hin. Die Frucht dieser zweiten Secession war der „Augsburger Hof".

Der Grund, weshalb ich und meine näheren Gesinnungsverwandten uns von unseren bisherigen Parteigenossen trennten, war folgender. Bekanntlich brachten die Verhandlungen über den „Malmoer Waffenstillstand" (mit Dänemark) nicht blos im Parlamente selbst, sondern auch außerhalb desselben eine tiefgehende Aufregung hervor. Die preußische Regierung hatte diesen Waffenstillstand (im Namen und Auftrag der provisorischen Centralgewalt) unter für Deutschland und insbesondere für Schleswig-Holstein sehr wenig günstigen Bedingungen abgeschlossen. Sie hatte dabei wohl einem Drucke der anderen Großmächte, ins-

beſondere Rußlands und Englands, vielleicht auch den Klagen ihrer Seeſtädte, welche unter der däniſchen Blokade ſchwer litten, Rechnung getragen. Im Parlamente ward der Waffenſtillſtand heftig bekämpft — ganz beſonders von Dahlmann, der mit einer an dem ſonſt ſo ruhigen Manne ganz ungewöhnlichen Erregung dagegen ſprach und ſeine Rede mit den eindrucksvollen Worten ſchloß: „Es gilt die Ehre Deutſchlands, meine Herren, — die Ehre Deutſchlands!“ Bei der erſtmaligen Berathung ward denn auch der Waffenſtillſtand mit einer kleinen Majorität (etwa 30 Stimmen) verworfen. Von unſerem „Württemberger Hofe“ ſtimmten Alle dagegen mit alleiniger Ausnahme der drei Mitglieder, welche dem Reichsminiſterium angehörten (Mohl, Fallati, Wiedemann). Bei der zweiten Berathung änderte ſich dieſes Stimmenverhältniß. Die Drohung Preußens, ſich, wenn der Waffenſtillſtand endgiltig verworfen, alſo die Fortſetzung des Krieges beſchloſſen würde, von letzterem gänzlich zurückziehen zu wollen (was namentlich die ſchleswig-holſteiniſchen Abgeordneten erſchreckte), anderer-ſeits eine in Ausſicht geſtellte Milderung gewiſſer, beſonders drückender Punkte des Waffenſtillſtandes hatte dieſen Wandel bewirkt. Genug, der Waffenſtillſtand ward jetzt mit ohngefähr ebenſo viel Stimmen angenommen, als womit er zuvor verworfen worden war. Mitglieder von der äußerſten Linken benutzten dies, um theils in der Preſſe, theils perſönlich — in einer großen, auf der ſog. Pfingſtweide bei Frankfurt abgehaltenen Volksverſammlung — die Maſſen gegen die Mehrheit des Parlamentes aufzureizen. Es kam zu dem traurigen Septemberaufſtand in Frankfurt, der zwar raſch niedergeſchlagen ward, aber

zwei Mitgliedern des Parlamentes, dem Fürſten Lichnowski und dem greiſen General v. Auerswald, das Leben koſtete. Das Reichsminiſterium fand für nöthig, theils zur Verfolgung der Schuldigen, theils zur nachhaltigen Herſtellung der Ordnung allerhand Maßregeln anzuordnen und dazu die Genehmigung und Unterſtützung des Parlamentes nachzuſuchen. Hier nun zeigte ſich der „Württemberger Hof“ ſchwankend. Eine Anzahl ſeiner Mitglieder konnte ſich nicht entſchließen, zu irgend welchen Freiheitsbeſchränkungen, auch wenn ſolche im Intereſſe der Ordnung durchaus nothwendig erſchienen, die Zuſtimmung zu geben. Da traten wiederum einige 40 (etwa die Hälfte aller noch vorhandenen) aus und bildeten einen beſonderen Club. Ich meinerſeits, obſchon ich die Richtung der Austretenden theilte, war inſofern in einer etwas ſchwierigen Lage, als ich eben damals zum Vorſtande des „Württemberger Hofes“ gehörte, daher mein Austritt den letzteren doppelt empfindlich berühren mußte. Indeß meine Ueberzeugung ſtand mir höher, als jede andere Rückſicht, und ſo ſchloß ich mich den Austretenden an, zu denen ohnehin meine nächſten perſönlichen Freunde, Mohl, Fallati, Rieſſer, Wurm, Laube, Koch u. A., gehörten.

Der neugebildete Club (deſſen Leitung vorzugsweiſe mir zufiel) blieb zwar in den allgemeinen politiſchen Grundanſchauungen im Weſentlichen auf dem Boden des Mutterclubs ſtehen, deſſen Programm er daher auch beibehielt: dagegen unterſchied er ſich weſentlich, und zu ſeinem Vortheil, von ihm darin, daß er in allen Fragen, wobei es ſich um Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung, um Stärkung der Autorität des Reichsminiſteriums handelte,

dieſem feſt und treu zur Seite ſtand. Auch in Verfaſſungsfragen pflegten die Mitglieder des Clubs mehr nach Rückſichten auf das Gemeinintereſſe, als nach blos doctrinären Anſichten zu ſtimmen. Ein Theil derſelben hatte bei der erſten Leſung der Verfaſſung für das blos ſuspenſive Veto bei einfachen Geſetzen geſtimmt: weil aber aus den zwiſchen der erſten und zweiten Leſung eingegangenen Bemerkungen und Ausſtellungen der Regierungen hervorzugehen ſchien, daß die Beibehaltung des in erſter Leſung angenommenen ſuspenſiven Vetos der Durchführung der Verfaſſung im Ganzen Schwierigkeiten bereiten könnte, ſtimmten ſie in der zweiten Leſung für das abſolute Veto, und ihre Schuld war es nicht (vielmehr die Schuld jener Großdeutſchen, welche um jeden Preis die Verfaſſung unannehmbar für die Regierungen machen wollten), wenn dennoch das ſuspenſive Veto, und zwar nicht blos bei Geſetzen, ſondern ſogar bei Verfaſſungsänderungen, die Mehrheit erhielt. Eines bindenden Parteibeſchluſſes hat es bei uns kaum je bedurft, da bei unſerer Trennung vom „Württemberger Hof“ eben das Gleichartige ſich zuſammengefunden hatte, daher ganz von ſelbſt eine Gleichheit der Anſichten und des Handelns ſich einſtellte.

Dieſe ſeltene Einmüthigkeit des „Augsburger Hofes“ erſchien Außenſtehenden wohl als das Werk einer ſehr ſtrammen Parteidisciplin, eines gewiſſen von den Leitern des Clubs auf die Mitglieder geübten Zwanges, wie denn einmal Herr v. Vincke (dem man einen ſolchen Despotismus über ſeinen Club, die äußerſte Rechte, nachſagte) mir das ſchmeichelhafte Compliment machte: „mein Club ſei der beſtdisciplinirte von allen, auch ſeinen eigenen nicht ausge-

nommen." In Wahrheit war dem aber nicht so. Vielleicht in keinem anderen Club ward die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der persönlichen Ueberzeugungen so sehr respectirt, wie bei uns. Zum Theil beruhte die Gleichmäßigkeit unseres Vorgehens auch mit darauf, daß im „Augsburger Hof" keine Landsmannschaft, daß weder der Norden noch der Süden ausschließlich oder selbst nur vorwiegend darin vertreten war. Unter den etwa 50 Mitgliedern, die der Club in seiner besten Zeit zählte, waren 8 Oesterreicher, 8 Preußen, 10 Baiern, 3 Sachsen, 3 Württemberger, 1 Badenser, 1 Oldenburger, 2 Hessen-Darmstädter, 1 Kurhesse, 4 Mecklenburger, 3 Hamburger, 1 Bremenser, 1 Detmolder, 1 Anhalter, 3 Schleswig-Holsteiner.

Trotz dieser Zusammensetzung, die fast alle deutschen Länder umfaßte und wobei die Preußen in einer ganz kleinen Minderheit waren, war gleichwohl unser Club derjenige, der sich zu allererst und einstimmig für das erbliche Kaiserthum der Hohenzollern erklärte, während das „Casino" (die gemäßigte Rechte), welches weit über die Hälfte Preußen unter seinen Mitgliedern zählte, erst nach langen Kämpfen eine Majorität, und immerhin nur eine mäßige, für diese Idee zu Stande brachte.

Für den Club selbst war jene Gleichartigkeit der Ansichten seiner Mitglieder und die dadurch wesentlich erleichterte Schnelligkeit und Sicherheit seiner Entschließungen von großem Vortheil. Weil es ihm dadurch möglich ward, den ihm nahe stehenden Clubs seine Beschlüsse früher mitzutheilen (wie das in Frankfurt Brauch war), als sie die ihrigen faßten, so wurden diese Beschlüsse sehr häufig maßgebend

für die anderen Clubs. Und weil man wußte, daß der Augsburger Hof, was er einmal beschlossen hatte, auch festhielt und nicht leicht davon abzubringen war, paßten jene anderen, selbst das numerisch so viel stärkere Casino, ihre Haltung nicht selten der des „Augsburger Hofes" an.

Eine Erfahrung, die neuerdings bei der Secession im deutschen Reichstage sich wiederholt hat, haben auch wir schon damals gemacht, die nämlich, daß, wenn eine politische Partei auseinanderfällt, die getrennten Theile weit eher den Parteien sich annähern, nach deren Seite hin die Scheidung vor sich ging, als daß sie wieder unter sich Fühlung suchten. Wie heut die Secessionisten dem Fortschritt, der übriggebliebene Theil der Nationalliberalen den Freiconservativen sich genähert hat, dagegen die Kluft zwischen Jenen und Diesen immer größer wird, geradeso ging es damals. Der „Augsburger Hof" entfernte sich je länger je mehr von seinem alten Stamm, dem „Württemberger Hof", näherte sich dagegen immer mehr dem „Casino" und einer Abzweigung des „Casino", dem „Landsberg". Zuletzt kam es dahin, daß (infolge einer von mir im „Augsburger Hof" gegebenen Anregung) als eine Art von organischem Band zwischen diesen drei Clubs eine sog. „Neunercommission" niedergesetzt ward, bestehend aus je drei Vertretern eines jeden Clubs. Ich war ständig einer der Vertreter unseres Clubs in dieser Commission, die mehrmals einen sehr entscheidenden Einfluß auf die Verhandlungen des Parlaments geübt hat. Ihr Werk war u. A. die Verdrängung Schmerlings aus dem Reichsministerium (weil wir fanden, daß derselbe der Verfassungsangelegenheit im Interesse Oesterreichs eine Wendung geben wollte, die wir als nachtheilig

für Deutschland erachten mußten) und seine Ersetzung durch Gagern.

Bei solchen wichtigen Verhandlungen im Schoße der Neunercommission kam uns vom „Augsburger Hofe" wiederum die Einmüthigkeit unseres Clubs sehr zu statten. Wir konnten immer mit ziemlicher Sicherheit im voraus sagen, wie sich unser Club zu der und jener Frage stellen würde, und konnten nahezu mit derselben Sicherheit, wenn die Neunercommission unter unserer Zustimmung und zu unserer Befriedigung etwas beschlossen hatte, für den Beitritt unseres Clubs zu einem solchen Beschlusse uns verbürgen. Das konnten die Delegirten des „Landsberg" selten, die des „Casino" noch seltener.

Seit dem Hervortreten der „österreichischen Frage" fand (wie schon früher angedeutet) eine vollständig neue Parteigruppirung statt. Die Oesterreicher zogen sich fast sämmtlich aus den Clubs, denen sie bisher angehört hatten, zurück und bildeten zusammen — Conservative und Liberale, mit ganz wenig Ausnahmen — eine einzige, festgeschlossene Partei unter Schmerlings Commando (die Partei „Hotel Schröder"). Neben sie stellten sich die sog. „Großdeutschen", ein Gemisch von Ultramontanen, Particularisten und einigen wenigen Ideologen, die, ohne solche Nebengedanken, nur um jeden Preis Oesterreich bei Deutschland erhalten wollten —, selbst um den Preis, daß dieses „Großdeutschland" eine ähnliche lockere Gestalt erhalte, wie sie der Deutsche Bund gehabt hatte. Die Partei hieß der „Pariser Hof". Zu diesen beiden Parteien trat sodann die Linke in ein Bündniß aus rein äußerlichen Gründen, einmal

weil sie den monarchischen Bundesstaat, und zweitens, weil sie Preußen haßte.

Gegenüber dieser unnatürlichen Coalition (ohngefähr so unnatürlich, wie heut die Koalition der Ultramontanen und der Fortschritts- oder deutschfreisinnigen Partei), welche nahezu über die Majorität des Parlamentes gebot, hielten wir Andern es für dringend geboten, uns ebenfalls fester zusammenzuschließen. Auf einen von mir in der Neunercommission im Namen meines Clubs gestellten Antrag beschloß diese zuerst eine vertrauliche Besprechung von maßgebenden Mitgliedern aus allen den Clubs, welche nicht jener Coalition angehörten, sodann die Veranstaltung einer allgemeinen Versammlung.

Noch bewahre ich die Einladung zu dieser Versammlung auf; sie lautete:

Einladung an alle Abgeordnete, welche eine wahre und kräftige Einheit Deutschlands nur in der wesentlichen Beibehaltung derjenigen Form des Bundesstaates erblicken, welche aus der ersten Lesung des Entwurfs der Reichsverfassung hervorgegangen ist, zu einer Besprechung am Sonnabend, den 17. Februar, Nachmittags 5 Uhr, im Weidenbusch.

Die Unterzeichner, vorwiegend unserm und den von uns links stehenden Clubs angehörend, waren: Backhaus, Biedermann, Böcking, Bresgen, Cetto, Duncker, Eckert, Gravenhorst, Grumbrecht, Höfken, Hollandt, Kierulff, Krafft, Kunth, Liebmann, Löw aus Posen, Löw aus Magdeburg, Mittermaier, Pinckert, Reh, Riesser, Sprengel, Viebig, Wernher, Wichmann, Zell.

Die Frage wegen der Erblichkeit des Kaiserthums war in der Einladung nicht besonders betont: man wollte nur zunächst alle Die sammeln, welche fest an dem monarchisch-

constitutionellen Bundesstaat ohne Oesterreich hielten: die Entscheidung für das erbliche preußische Kaiserthum mußte dann von selbst folgen. Auch hat von Denen, die auf jene Einladung hin in die neue Parteibildung eintraten, meines Wissens nicht Einer gegen dieses erbliche Kaiserthum gestimmt.

So entstand am 17. Februar 1849 der große „Weidenbuschverein" oder die „Erbkaiserpartei", wie man uns bald nannte. Weniger zutreffend war der Name (den die Gegner uns beilegten) „preußische Partei", denn nicht um Preußens, sondern um Deutschlands willen erwärmten wir uns für das preußische Erbkaiserthum.

Der „Weidenbuschverein" wuchs und wuchs — namentlich seitdem die Gegner immer mehr einen Stein nach dem andern aus dem Neubau der Verfassung Deutschlands herauszubrechen beflissen waren (die einheitliche Reichsgewalt, das Volkshaus u. s. w.), bis zuletzt fast nichts davon übrig blieb, als ein Zerrbild derselben und ein nur allzugetreues Ebenbild der alten bundestäglichen Verfassung. Er brachte es zuletzt auf mehr als 250 Mitglieder. In der entscheidenden Sitzung des 28. März 1849 stimmten 268 für das Erbkaiserthum: darunter war eine kleine Anzahl von Stimmen von außerhalb des Vereins (H. Simon und seine Gruppe), aus dem Vereine selbst fehlte keiner, der nur irgendwie gegenwärtig sein konnte. Der greise Professor Schubert hatte sich vom Krankenbett seiner Tochter losgerissen und hatte den ungeheuern Weg von Königsberg bis Frankfurt, der damals noch nicht durch eine Ostbahn verkürzt war, zurückgelegt, um bei der hochwichtigen Abstimmung nicht zu fehlen.

Der Verein reichte von der äußersten Rechten bis in die gemäßigte Linke hinein. An seiner Spitze stand ein Vorstand von neun Mitgliedern, in welchem alle die einzelnen Clubs vertreten waren. Versammlungen des Vereins fanden regelmäßig, in der drängendsten Zeit vor der letzten Entscheidung täglich, auch wohl zweimal des Tages statt. Der Vorsitz in diesen fiel wiederum fast unausgesetzt mir zu.

Vielleicht könnte es auffallend erscheinen, daß, da ich so viele und wiederholte Vertrauensstellungen als Vorsitzender — erst des „Württemberger", dann des „Augsburger Hofes", zuletzt der großen Weidenbuschpartei — eingenommen (und, wie ich kaum zu sagen brauche, ohne mich dazu zu drängen), mir nicht schon früher auch an der Leitung des Parlamentes selbst ein Antheil zugefallen ist. Allerdings hat der „Augsburger Hof" zweimal einen der Vicepräsidenten gestellt, allein beide Male waren es ältere Mitglieder, wie W. Beseler, Riesser, die zunächst in Frage kamen und denen ich selbst gern nachstand. Zur Zeit des Weidenbuschvereins wieder waren gewisse Rücksichten auf die mehr links stehenden Clubs zu nehmen. So kam es, daß ich erst in der letzten Zeit des Parlamentes zum ersten Vicepräsidenten gewählt wurde. Mitglied des Bureaus war ich — als Schriftführer — schon seit dem Beginn des Parlamentes gewesen.

Eine ähnliche Verkettung von Umständen bewirkte, daß mir die Theilnahme und Mitarbeiterschaft an einer der größeren Commissionen versagt blieb, was mir allerdings leid war. Die Commissionen wurden von den Abtheilungen gewählt — nicht so, wie im jetzigen Reichstag, wo die

Abtheilungen nur die Firma ſind, unter welcher die verſchiedenen Fractionen die Commiſſionen beſetzen, ſondern ſelbſtſtändig. Nun befanden ſich zufällig in der Abtheilung, der ich angehörte, ſehr Viele von der Linken, auch der ſächſiſchen, die mich natürlich jedes Mal perhorrescirten, auf der andern Seite Viele von der Rechten und äußerſten Rechten, welche auf die Mitglieder des „Württemberger Hofes“ (und ein ſolches war ich zu der Zeit, wo die wichtigſten Commiſſionen gewählt wurden) einigermaßen vornehm herabſahen. Vielleicht wäre es dort wie hier anders gekommen, wenn ich mich, wie man zu ſagen pflegt, „an den Laden gelegt hätte“; allein das widerſtand meiner Natur.

Die Zeit, die ich durch dieſe Nichtbetheiligung an Commiſſionsarbeiten erſparte, verwendete ich zu einem großen Theile auf eine Thätigkeit in der Preſſe. Außer den herkömmlichen Berichterſtattungen an die Wählerſchaft daheim in ſächſiſchen Blättern ſchrieb ich über brennende Fragen, die das Parlament beſchäftigten, namentlich für die „Deutſche Zeitung“ (die damals in Frankfurt erſchien), war auch in der ſpätern Zeit ſtändiger Mitarbeiter an der von der Erbkaiſerpartei herausgegebenen lithographirten „Parlamentscorreſpondenz“, welche an die verſchiedenen größeren politiſchen Blätter unſerer Farbe verſandt ward.

Neben all dieſen ernſten und anſtrengenden, bisweilen faſt erſchöpfenden Geſchäften des Parlaments gingen auch — während der Zeit, wo noch unſere Hoffnungen ungeknickt und daher Sinn und Muth noch friſch waren — mancherlei geſellige Erholungen her, die aber doch meiſt auch wieder auf die Gemeinſamkeit unſerer Beſtrebungen

und den Ernst unserer großen Mission zurückwiesen. Des Sonntags wurde wohl der und jener Ausflug im Verein mit Collegen in die schöne Umgegend von Frankfurt gemacht, wobei es auch an Vertreterinnen des schönen Geschlechts nicht fehlte, denn viele der Abgeordneten hatten (wie auch ich) ihre Frauen mitgebracht oder nachkommen lassen. Daneben hielten wir Clubgenossen von Zeit zu Zeit gesellige Vereinigungen, ebenfalls mit Frauen, in Frankfurt selbst ab. Manche der reichen Frankfurter Häuser machten es sich zur Ehre, die Vertreter der Nation zu Diners oder Soupers einzuladen. Schon während des Fünfziger-Ausschusses war dies geschehen, und noch muß ich darüber lächeln, wie bei einer solchen Gelegenheit in einem Cirkel der haute finance von sehr aristokratischen Damen nicht blos dem „blonden Venedey", sondern auch dem urwüchsigen „Volksmann" Blum wetteifernd die Cour gemacht wurde, so daß Beide, namentlich aber Blum, die „Löwen" des Abends waren. Ein sehr gewählter Kreis pflegte sich in den reichgeschmückten Salons und an der mit Silber schwer belasteten Tafel der Frau Lutteroth zu versammeln. Da fand man sich mit Männern wie Gagern, Jacob Grimm, E. M. Arndt und anderen Notabilitäten des Parlaments zusammen; da wechselten heitere mit ernsten, freigesellige mit politischen Unterhaltungen. Bei einem solchen Diner lernte ich auch durch H. von Gagern dessen ehrwürdigen Vater, den alten Hans von Gagern, kennen, der mir leibhaftig den Wiener Congreß, den zweiten Pariser Frieden und die Flitterwochen des weiland Bundestags, wobei er überall thätig gewesen, vergegenwärtigte.

Auch der Reichsverweser lud ab und zu das Bureau

zu einem Diner — im wahrſten Sinne en famille. Wir fanden da außer ihm und ſeiner Gemahlin, der Gräfin von Meran, nur noch deren Schweſter und den Mann der Letztern, der, irre ich nicht, eine Art von Adjutant des Erzherzogs war. Unterhaltung wie Bewirthung waren dabei ganz einfach und ohne jedes ſteife Ceremoniel. Im Winter hielt der Reichsverweſer auch regelmäßige Routs in den Räumen des Milentz'ſchen Palais ab, das ihm zur Verfügung geſtellt war. Alle Parteien trafen ſich dort, ebenſo wie bei den ſehr gemüthlichen Präſidialdiners, die Simſon gab, und man konnte da wohl Herrn v. Radowitz Arm in Arm mit Carl Vogt wandeln ſehen.

Privatim machte ich — mit meinem Schwager Koch und unſeren beiderſeitigen Frauen — zur Erholung während der Pfingſtferien ein paar Ausflüge, einen in die Pfalz, den andern rheinabwärts bis zum Siebengebirge. Mit meiner Frau fuhr ich nach Heidelberg und zeigte ihr meine ehemalige Studentenheimath und die von mir am liebſten beſuchten Umgebungen der ſchönen Neckarſtadt.

Auf die mir zugedachte Theilhaberſchaft an der Reiſe jener Deputation, welche den Reichsverweſer von Wien einholte, mußte ich leider wegen einer Unpäßlichkeit verzichten, wogegen ich die Ehre hatte, als fungirender Schriftführer dem Erzherzog Johann in feierlicher Sitzung des Parlamentes das „Geſetz über Errichtung einer proviſoriſchen Centralgewalt" vorzuleſen, auf welches er als Reichsverweſer ſich eidlich verpflichten mußte. Wohl aber nahm ich an zwei anderen Deputationsreiſen Theil, einer ſehr heitern und genußreichen, und einer um ſo ernſteren und trübſeligeren. Zum „Kölner Domfeſte" im Auguſt 1848 ward das ganze

Parlament von den Kölnern förmlich eingeladen; der Reichsverweſer und eine große Deputation (wozu das Bureau ſich durch Zuwahlen aus der Verſammlung verſtärkte) wurden feierlich eingeholt auf einem von der Kölner Dampfſchifffahrtsgeſellſchaft dazu geſtellten, feſtlich geſchmückten, unter ſchwarz-roth-goldener Flagge fahrenden Dampfſchiff. Auch die Frauen waren mit geladen. Das war eine luſtige Fahrt, an einem prächtigen Sommertag, den ſchönen deutſchen Rhein hinab, an ſeinen Rebengeländen, ſeinen Burgruinen, ſeinem maleriſchen Siebengebirge vorüber! An jeder Halteſtelle des Schiffes wurden wir von Deputationen begrüßt; auch wo nur das Dampfſchiff vorüberfuhr, ſtanden am Ufer Gruppen von Menſchen, ganze Schulen mit Lehrern und Geiſtlichen im Ornat an der Spitze, Grüße herüberwinkend, Fahnen ſchwenkend, Hurrah rufend. In Coblenz paradirte die Bürgerwehr vor dem Reichsverweſer. Lange vor Köln kam uns ein Dampfſchiff entgegen, worauf ſich Kölner befanden, die ihre Gäſte ſchon hier in Empfang nehmen wollten, denn wir waren ſämmtlich bei Bürgern der Stadt einquartiert.

Ich habe die Eindrücke ſowohl dieſer Reiſe, als auch der Berliner Reiſe, die ich als Mitglied der ſog. „Kaiſerdeputation“ mitmachte, in meinen „Erinnerungen aus der Paulskirche“ (S. 282 ff.) zu ſchildern verſucht. Ich wüßte dieſelben auch jetzt nicht beſſer zu veranſchaulichen, als wie ich es damals, bei der noch friſchen Empfindung des kurz vorher Erlebten, gethan habe, und ſo mögen denn die folgenden Stellen aus der erwähnten Schilderung hier einen Platz finden.

Es iſt gerade ein Jahr, da fuhren wir den Rhein hinab unter

dem Zujauchzen der Bevölkerung, die ſich allerwärts an's Ufer drängte, um uns zu ſehen und zu begrüßen. Natürlich! Wir führten ja am Bord unſeres Schiffes das Symbol der jungen deutſchen Einheit, den neugewählten Reichsverweſer, und das Symbol der Volksſouveränetät, den Präſidenten der conſtituirenden Nationalverſammlung, H. v. Gagern. Die Nationalverſammlung ſtand damals auf dem Gipfel ihres Anſehens, ihrer Macht (die zu allen Zeiten nur eine moraliſche war), ihrer Popularität. Wir zogen in Köln ein unter dem Jubel einer zahlloſen, dichtgedrängten Menge, die den Reichsverweſer im Triumphe zu ſeiner Wohnung geleitete. Am Tage darauf traf der König von Preußen ein; die Deputation der Nationalverſammlung begab ſich zu ihm, Gagern redete ihn an, ſprach von den Hoffnungen, welche die Verſammlung auf ſeinen Beiſtand bei ihrem großen Einigungszwecke ſetze. Der König erwiderte mit Ausdrücken der Begeiſterung und Hingebung für dieſen Gedanken der deutſchen Einheit, „einen Gedanken," ſagte er, „den er ſchon von ſeiner Mutter geerbt habe". Darauf aber ſprach er jene bedeutungsvollen Worte: „Ich hoffe, wir werden gute Freunde bleiben: vergeſſen Sie aber nicht, meine Herren! daß es Fürſten in Deutſchland giebt, und daß ich einer derſelben bin." Dieſe Worte machten Manchen nachdenklich. Indeß dieſer etwas peinliche Eindruck verſchwand wieder vor der Begeiſterung, welche fortwährend uns, die Vertreter der Nation, überallhin begleitete, und vor der liebenswürdigen Unbefangenheit, womit der König ſelbſt am folgenden Tage, bei dem Feſte auf dem Gürzenich, dieſe der Majeſtät des Volkes und dem Gedanken der deutſchen Einheit dargebrachten Huldigungen wahrzunehmen und zu ermuntern ſchien. Nirgends war der Jubel der Verſammelten feuriger und anhaltender, als bei den Stellen der Reden und Geſänge, welche der deutſchen Sache, dem Reichsverweſer, der Nationalverſammlung galten; er wollte nicht enden, als Gagern von „der Einheit" ſprach, „die das deutſche Volk wolle und nicht entbehren könne".

Acht Monate ſpäter fuhr eine andere Deputation auf dem Rheine gen Köln, den Präſidenten Simſon an ihrer Spitze. Es war die Deputation, welche dem Könige von Preußen, als dem von der Nationalverſammlung erwählten Kaiſer der Deutſchen, die Kaiſer-

krone überbringen sollte. Die Begrüßungen und Freudenbezeugungen längs der Ufer, an denen wir hinfuhren, waren diesmal spärlich gegen jene, die wir acht Monate früher empfangen hatten. In Köln, wo wir damals unter dem Jubel der Bevölkerung eingezogen waren, mußten wir uns jetzt durch stumme, gaffende Haufen drängen, und am Abend gab ein Stück souveränen Volkes uns sein Mißfallen über den Zweck unserer Sendung auf die unzweideutigste Weise zu erkennen. Die Demokraten grollten uns, daß wir einen Kaiser, die Ultramontanen, daß wir einen protestantischen Kaiser über Deutschland setzen wollten. Wohin war sie gekommen, die unbedingte Verehrung für die Nationalversammlung, die unbedingte Hingebung an ihren souveränen Willen, die im August vorigen Jahres uns auf allen Schritten begegnete?

Die folgenden Tage richteten unsern Muth wieder auf. Nicht blos die preußischen Provinzen, die wir durchschnitten, auch Hannover, auch Braunschweig jauchzten unserer Sendung Beifall zu und gaben uns ihre heißesten Wünsche mit, daß wir, rückkehrend, den Kaiser mitbringen möchten, der Deutschland die Einheit, die Macht, den Frieden wiedergeben sollte. Unter diesen erhebenden Eindrücken zogen wir in die Stadt ein, wo über den Erfolg unserer Sendung, wo über das Schicksal Deutschlands die verhängnißvolle Entscheidung fallen sollte.

Wie diese Entscheidung fiel, ist bekannt. Der König lehnte ab, nicht blos die Krone, sondern die ganze Reichsverfassung; er verlangte, daß letztere von ihm und den anderen Fürsten geprüft, wenn sie als nicht geeignet befunden würde, abgeändert, und erst dann als rechtskräftig verkündet werden solle. Das hieß: das ganze Verfassungswerk so gut wie unmöglich machen! Denn daß Preußen mit Oesterreich, ja auch mit Baiern, Sachsen, Hannover sich über die wichtigsten Punkte der Neugestaltung Deutschlands schwerlich einigen würde, konnte man aus dem, was über die Ansichten der verschiedenen

Regierungen bereits amtlich bekannt war, mit Sicherheit ſchließen. Da nun aber bei einer Reviſion der Verfaſſung der eine Staat genau ſo viel Recht zu beanſpruchen hatte und ſicherlich beanſpruchen würde, wie der andere, ſo war faſt mit mathematiſcher Gewißheit vorauszuſehen, daß es zu gar nichts kommen, ſondern Alles beim Alten bleiben werde. Die Probe auf dieſes Exempel iſt ſpäter ſowohl bei dem ſog. „Dreikönigsbündniß“, als bei den „Dresdner Conferenzen“ gemacht worden. Die entgegengeſetzte Erfahrung von 1866 läßt ſich dagegen nicht anführen; damals ſtanden die ſämmtlichen norddeutſchen Regierungen unter dem ſtarken Drucke der vorausgegangenen preußiſchen Siege.

Bei einer Sachlage wie dieſe ſchien es mir die höchſte patriotiſche Pflicht, Alles aufzubieten, damit womöglich, der König noch zu einer anderen Entſcheidung bewogen würde. Und für ganz hoffnungslos durfte man einen derartigen Schritt nicht halten. Noch am Tage unſerer Ankunft in Berlin hatten die Miniſter des Königs in beiden Kammern eine viel günſtiger lautende Erklärung abgegeben, ja noch am ſelben Abend hatte der Miniſterpräſident Graf Brandenburg eine gleiche Erklärung gegen zwei Mitglieder der Kaiſerdeputation wiederholt.

Als daher nach unſerer Rückkehr von der Audienz im Schloſſe die Deputation beim Präſidenten Simſon ſich verſammelte, und als innerhalb derſelben nur Eine Stimme laut ward: „Sofort abreiſen!“ da glaubte ich dieſem Beginnen mich widerſetzen zu müſſen. Ohnehin fürchtete ich, daß, wenn wir ſo gänzlich unverrichteter Sache nach Frankfurt zurückkämen, die großdeutſche Coalition die Gelegenheit benutzen möchte, um die Oberhauptsfrage in ihrem

Sinne zu regeln. Anläufe zu Derartigem sind in der That in unserer Abwesenheit gemacht, glücklicherweise aber vereitelt worden. Meine Gründe gegen das jähe Abbrechen unserer Sendung fanden Beachtung: man beschloß, zu bleiben, und sodann, auf meinen weiteren Antrag, eine Erklärung an den König zu richten. Dahlmann, Rieſſer und ich, wir wurden mit deren Entwerfung beauftragt. Da dieſer Entwurf noch nirgends vollſtändig veröffentlicht iſt (in meinen „Dreißig Jahren" habe ich nur das Schlußpetitum mitgetheilt), ſo mag er, als eines von vielen Documenten zur Geſchichte jener, wenn auch nun abgethanen, Zeit hier einen Platz finden. Er lautete:

Ew. Kgl. Majeſtät!

Die verfaſſunggebende deutſche Nationalverſammlung hatte uns, die ehrerbietigſt unterzeichnete Deputation, beauftragt, Ew. Majeſtät ehrfurchtsvoll einzuladen, die auf Ew. Majeſtät gefallene Wahl zum erblichen Oberhaupte Deutſchlands auf Grundlage der von ihr beſchloſſenen und verkündigten Reichsverfaſſung anzunehmen zu wollen.

Ew. Majeſtät haben in der geſtern uns bewilligten Audienz nicht geruht, die Annahme dieſer Wahl auf Grundlage der von der Nationalverſammlung feſtgeſtellten Verfaſſung auszuſprechen, vielmehr dieſelbe abhängig gemacht von einer vorgängigen gemeinſamen Berathung der Regierungen der einzelnen deutſchen Staaten, in welcher geprüft werden ſoll, ob die Verfaſſung dem Einzelnen wie dem Ganzen fromme, „ob die Ew. Majeſtät darin zugedachten Rechte Ew. Majeſtät in den Stand ſetzen würden, mit ſtarker Hand die Geſchicke Deutſchlands zu leiten und die Hoffnungen ſeiner Völker zu erfüllen".

Mit dieſer Entſcheidung, wenn wir ſolche als das letzte Wort Ew. Majeſtät anzuſehen hätten, wäre eigentlich der Auftrag der Deputation erledigt, und es bliebe derſelben nichts übrig, als in

den Schooß der Nationalverſammlung zurückzukehren und dieſer anheimzugeben, das Weitere hierüber zu beſchließen.

Angeſichts jedoch der großen und dringenden Gefahren des Vaterlandes hält ſich die Deputation für ebenſo berechtigt wie verpflichtet, noch einmal Ew. Majeſtät Blick auf den wahren Sinn und Zweck ihrer Sendung und der dieſer zu Grunde liegenden Beſchlüſſe der Nationalverſammlung ehrerbietigſt hinzulenken.

Die Nationalverſammlung hat in zweimaliger Berathung die Verfaſſung für Deutſchland feſtgeſtellt. Sie hat dabei alle beſtehenden Intereſſen und Rechte ſowohl der einzelnen Volksſtämme, als der einzelnen Regierungen, wie ſolche theils durch die Abgeordneten der verſchiedenen Länder in ihrer Mitte, theils durch die Stimmen der Bevölkerung dieſer Länder, theils durch die Bemerkungen der Regierungen zu dem aus erſter Leſung hervorgegangenen Verfaſſungsentwurf ſich geltend machten, gewiſſenhaft geprüft und ihnen alle diejenige Beachtung angedeihen laſſen, welche nur immer mit der nothwendigen Rückſicht auf die Einheit des Ganzen vereinbar ſchien.

Sie ging dabei in ihrer großen Mehrheit von der Ueberzeugung aus, daß die ſolchergeſtalt allſeits erwogene und berathene Verfaſſung nunmehr endgiltig feſtgeſtellt ſei.

Sie mußte von dieſer Ueberzeugung ausgehen, weil ein immer erneutes Infrageſtellen des von ihr Beſchloſſenen entweder auch ihrerſeits eine nochmalige, dritte Beſchlußfaſſung über das Ganze erfordern würde — ein Unternehmen, welches weder die dringende äußere und innere Gefahr des Vaterlandes, noch auch die eigene Lage der Nationalverſammlung als zuläſſig erſcheinen läßt, — oder aber das ganze Verfaſſungswerk von der Bahn der Conſtituirung durch das freigewählte Organ der Nation auf die Bahn der Octroyirung durch die Regierungen hinüberleiten würde, was weder der Hoffnungen der deutſchen Völker, noch der Lage des Vaterlandes noch den Vorausſetzungen, unter denen die Nationalverſammlung unter Mitwirkung der Regierungen ſelbſt in's Leben trat, irgend wie entſprechen möchte.

Die Nationalverſammlung ward berufen, um das Werk der deutſchen Verfaſſung „zwiſchen dem deutſchen Volk und den Re-

gierungen zu Stande zu bringen". In diesem Auftrage liegt das Recht wie die Pflicht, daß sie dieses Werk nicht aus der Hand gebe, sondern es wirklich zu Ende führe und abschließe.

Wenn hiernach die Nationalversammlung in ihrer großen Mehrheit eine Abänderung des Inhalts der Verfassung — abgesehen von jener, welche dem verfassungsmäßigen Wege einer Revision durch künftige Reichstage vorbehalten bleibt — nimmermehr zugeben wird, so steht doch ebenso bestimmt zu erwarten, daß in Betreff der Ausführung dieser Verfassung in Bezug auf die einzelnen Theile des künftigen Bundesstaats die unwiderstehliche Kraft der Wahrheit, der Patriotismus und die Einsicht der Regierungen und der Völker durch deren allseitige freie Zustimmung, wie solche auch die Nationalversammlung selbst in ihrem Beschlusse voraussetzt, eine zwangsweise Einführung derselben unnöthig machen werde.

Jedenfalls würden wir das große Werk der Gründung eines deutschen Bundesstaates für bedeutend gefördert, ja im Wesentlichen für gesichert erachten, wenn Ew. Majestät geruhen wollten, die oberste Leitung der Geschicke Deutschlands auf Grund der Reichsverfassung zunächst für Ew. Majestät eigene Lande und für die Lande derjenigen Regierungen zu übernehmen, welche ihre unbedingte Zustimmung zu den Beschlüssen der Nationalversammlung entweder bereits erklärt haben oder sicherlich ungesäumt erklären werden.

Mit Befriedigung hatte daher auch die Deputation die von Ew. Majestät Regierung im Schoße der beiden Kammern in diesem Sinne abgegebene Erklärung vernommen, weil sie hoffen durfte, auf dieser Grundlage zu einer baldigen und gedeihlichen Lösung ihrer Aufgabe und damit zur Erfüllung dringender Wünsche des deutschen Volkes und zur Abwendung großer Gefahren von dem gemeinsamen Vaterlande zu gelangen.

Ist nun auch durch Ew. Majestät Antwort an die Deputation — wie wir wenigstens dieselbe nach ihrem Wortlaute auffassen müssen — diese Hoffnung in eine unabsehbare Ferne gerückt, indem dadurch anscheinend der Nationalversammlung und der von ihr getroffenen Wahl alle Grundlage entzogen und aller fernere Zusammenhang zwischen Ew. Majestät Regierung und der Nationalversammlung zerrissen wird, so geben wir doch die Zuversicht nicht auf, daß

Ew. Majestät Weisheit und patriotische Hingebung, in Anerkennung der ernsten Lage des Vaterlandes und in Würdigung der sich immer lauter kundgebenden dringenden Wünsche der Nation nach einer festen und dauernden Einheitsgewalt, den an Ew. Majestät im Namen Deutschlands ergangenen Ruf der Nationalversammlung einer nochmaligen Erwägung unterziehen und diejenige Entscheidung treffen werde, welche alle Freunde des Vaterlandes und der gesetzlichen Freiheit mit dankbarer Freude erfüllen, die Hoffnungen der zahlreichen Feinde deutscher Einheit und Größe aber zu Schanden machen wird. In tiefster Ehrerbietung verharren wir u. s. w.

Der Entwurf fand jedoch die Zustimmung der Deputation nicht. Man erblickte darin eine Ueberschreitung unserer Vollmacht. Wir hätten lediglich zu erklären, daß die Annahme der unveränderten Verfassung und die Annahme der Krone zwei untrennbare Dinge seien, sonst nichts. Die Nationalversammlung würde eine Erklärung dieser Art, die über unser Mandat hinausgehe, nicht gutheißen, würde uns desavouiren.

Daß wir, indem wir durch unsere Erklärung eine Brücke der Verständigung zu bauen versuchten, von dem Auftrage der Deputation einigermaßen abwichen, hatten wir, die Verfasser des Entwurfes, uns nicht verhehlt: allein der Versuch einer Verständigung erschien uns so überwiegend wichtig, das Zustandekommen des Bundesstaates, wenn der König zunächst auch nur die Regierung über die etwa 28 Staaten übernähme, deren Regierungen bereits beigestimmt hatten, durch den dann zweifellos nachfolgenden Beitritt der übrigen so sicher, daß wir unsererseits die Verantwortung für diese Ueberschreitung unserer Vollmacht gern übernommen haben würden. Indeß, wie gesagt, die Mehrheit entschied gegen uns, und so ward eine andere,

vom Präsidenten Simson redigirte Erklärung — nicht an den König, sondern an das Staatsministerium — abgesendet. Dieselbe besagte einfach, daß eine Ablehnung der Verfassung einer Ablehnung der Krone gleichzuachten sei. Sie befindet sich in den Acten des Parlamentes.

Auf einen Lichtpunkt unseres damaligen Aufenthaltes in Berlin — beinahe den einzigen! — muß ich doch noch kommen. Auch ihn will ich mit den Worten schildern, welche ich demselben, noch ganz des Eindruckes davon voll, in meinen „Erinnerungen" geliehen habe.

Am Abend des 3. April waren wir zum Prinzen von Preußen geladen. Wir kamen dahin noch voll der schmerzlichen Eindrücke des Morgens. Der Prinz, ein gerader, straffer militärischer Charakter, empfing uns durchdrungen, wie man sah, von der hohen Bedeutung dieses Tages. In ernstem, tiefeingehendem Gespräch suchte er uns zu überzeugen, daß der Eindruck, den wir aus der Antwort des Königs und der Aufnahme unserer Sendung bei ihm geschöpft hatten, der Eindruck, als wolle man mit der Nationalversammlung brechen, sie wenigstens bei Seite schieben und seinen Weg ohne sie gehen, nicht der richtige, nicht der beabsichtigte sei, daß man den Werth und die Bedeutung des Anerbietens der Gesammtvertretung Deutschlands vollkommen anerkenne und nur aus Rücksichten der Pflicht wie der Politik den entscheidenden Schritt nicht ohne die freie Zustimmung der anderen Fürsten thun könne. Die Prinzessin, eine Frau, bei welcher Geist und Gemüth um den Vorrang streiten, vielleicht der klarste politische Kopf und das wärmste patriotische Herz am Hofe zu Berlin, bat, beschwor uns fast, mit tiefer Bewegung in ihrer Stimme und in ihren Mienen, an dem glücklichen Ausgange unserer Sendung nicht zu verzweifeln, das Werk der Verständigung nicht vorschnell abzubrechen. Es werde, es müsse Alles noch gut enden; das Ziel sei ja ein so herrliches, ein so nothwendiges.

Es war ein schmerzlicher und doch wohlthuender Austausch von Empfindungen und Gedanken, in welchem uns dieser Abend nach

den so peinlichen Erlebnissen des Tages verging. Von der einen Seite Hoffnungen und Tröstungen, mit aufrichtigstem Sinne gegeben, aber doch erfolglos, weil wir nicht daran glauben konnten; von der anderen Seite ebenso vergebliche Klagen und Wünsche, denen abzuhelfen und entgegenzukommen jenseits gewiß nicht der Wille, leider aber die Macht fehlte.

Auf die letzten Wochen des Parlamentes gehe ich nicht näher ein. Es war das langsame Hinsterben eines Kranken, für den es keine Rettung gab. Wohl hegte ich mit einer kleinen Anzahl engerer politischer Freunde eine Zeit lang den Gedanken: durch eine recht einmüthige, natürlich streng gesetzliche, Agitation, zu welcher der ganze bessere Theil der Nation sich vereinige, könne doch vielleicht der Widerstand der wenigen Regierungen, welche die Verfassung zurückwiesen, könne dann am Ende auch die Abneigung des Königs von Preußen gegen Annahme der Krone überwunden werden. Als nothwendige Voraussetzung des Gelingens betrachteten wir es, daß ein Mann wie Gagern, der so sehr das allgemeine Vertrauen gerade der conservativen Kreise genoß, sich an die Spitze stelle. Wir haben darüber lange und wiederholt mit ihm verhandelt. Er setzte unseren Vorstellungen zwei Bedenken entgegen, ein persönliches und ein sachliches. „Ich bin nicht mehr, der ich vor'm Jahre war," sagte er. Er hatte das Vertrauen zu sich, er hatte auch wohl das Vertrauen zu der Nation verloren. Gewichtiger war sein sachliches Bedenken, welches darin bestand, daß jede Agitation, auch eine noch so streng bemessene und in den loyalsten Kundgebungen sich äußernde, so weit sie eine Umwandelung der Gesinnungen des Königs bezwecke, wie ein auf diesen geübter Druck erscheinen und so das An-

sehen gerade des Factors schwächen möchte, der doch der Schluß- und Eckstein des ganzen Bundesstaates sein sollte, des künftigen Kaisers.

Der Massenaustritt der Rechten und die Aufstände in Dresden, der Pfalz, Baden machten jede gedeihliche Lösung der Verfassungsfrage vollends unmöglich.

Auch nach Sachsen hatte ich mich gewendet, um vielleicht dort eine der Verfassung günstige Entscheidung herbeizuführen; denn eine jede solche erschien mir als ein Gewicht, welches zu Gunsten einer Annahme derselben auch in Berlin in die Wagschale fallen würde. Das Märzministerium war zurückgetreten und durch eines aus Beamten, die außerhalb der Kammern standen, ersetzt worden. Ich schrieb an einen mir näher befreundeten unter den neuen Ministern, Weinlig. Von ihm erhielt ich, aber erst nach dem Rücktritt auch dieses Ministeriums (in seiner Mehrheit) und unmittelbar vor der Katastrophe in Dresden, folgenden Brief:

Verehrter Freund!

Ich habe Ihren Brief bis jetzt nicht beantwortet. Mein, vor zwei Tagen erfolgter Rücktritt aus dem Ministerium giebt den Schlüssel dazu. Wenn ich gleich nicht in allen Stücken Ihre Ansicht von der Reichsverfassung theile — worüber sich ganze Bücher schreiben ließen — so habe ich doch von Anfang die Ueberzeugung gehabt, daß, nachdem alle Regierungen den günstigen Moment, sich unter sich und dann im Ganzen mit der Nationalversammlung zu einigen, versäumt hatten, das Einzigrichtige in der unveränderten Annahme der Verfassung liege. Ich habe von Anfang an für diese Ansicht mit meinem Collegen Ehrenstein gekämpft, habe Alles versucht, um meine andern Collegen und den König

zu bewegen, habe zuletzt auch der Kammerauflösung zugestimmt, um dem König, welcher darauf großen Werth zu legen schien, den Schein ganz freier Entschließung zu retten, und habe dadurch selbst ein gut Theil des mit der Kammerauflösung verbundenen Odiums auf mich geladen. Es wäre noch Alles gut gewesen, wenn der König am Tage nach der Auflösung die Annahme der Verfassung proclamirt hätte. Ich habe selbst die Ankunft des vom Reichsministerium hierher gesandten Commissars abgewartet, um durch ihn den König von der Unmöglichkeit, in Frankfurt noch eine Abänderung zu erzielen, vollständig überzeugen zu lassen. Alles vergeblich! So blieb nichts übrig, als: sich loszusagen . . Daß ich Ihnen während dieser Zeit des steten Kampfes nicht schrieb, werden Sie begreifen: ich wollte selbst den Schein vermeiden, als gehorchte ich in dieser Sache fremden Einflüssen und triebe Politik hinter dem Rücken meiner Collegen.

Ihr ergebenster
O. Weinlig.

Dresden, den 1. Mai 1849.

Die Gemüthsstimmung zu schildern, in welcher wir Alle, die wir unsere ganze Hoffnung auf das endliche Gelingen unserer, fast ein Jahr lang fortgesetzten Bestrebungen gesetzt hatten, die letzten Wochen des Parlamentes (eigentlich schon von unserer mißglückten Kaiserreise an) verbrachten, wäre wohl ein vergebliches Bemühen: so etwas läßt sich nur selbst erleben, und wohl dem, der es nicht erlebt! Auch die stärksten Geister, auch die scheinbar physisch kräftigsten Naturen hielten diesem Schiffbruch unserer höchsten Ideale nicht Stand. Simson, schon auf der Reise nach Berlin schwer leidend, erkrankte nach der Rückkunft von da so ernstlich, daß er das Präsidium abgeben mußte. Mein Freund Riesser war körperlich und gemüthlich

so angegriffen, daß er auf ärztlichen Rath Frankfurt verlassen und eine Erholungsreise antreten mußte. Ich selbst, wenn auch meine gute Natur mich aufrecht erhielt, war doch so nervös überreizt, daß ich oft nach Hause gehen mußte, um mich tüchtig auszuweinen. Ich litt unter der allgemeinen trostlosen Lage um so mehr, als ich, in Voraussicht des zweifellos baldigen Zusammenbruchs des Parlamentes, Frau und Kind bereits zu Ende des April nach Hause geschickt hatte und nun allein, ohne den tröstenden und aufrichtenden Halt einer eigenen Häuslichkeit, all das Bittere durchleben mußte, wenn schon die Liebenswürdigkeit der uns befreundeten Familie des Schauspieldirectors Meck durch die Aufnahme in ihren Kreis mir diesen Verlust einigermaßen zu ersetzen suchte.

Und doch möchte ich die Erinnerung an die „große Zeit" des ersten deutschen Parlamentes, und doch möchte ich das Bewußtsein, jene große Zeit mit durchlebt, an der, wenn auch für den Augenblick resultatlosen, gleichwohl in ihren geistigen Nachwirkungen nicht vergeblichen Arbeit des ersten deutschen Parlamentes werkthätig Theil genommen zu haben, um Vieles nicht missen. Auch hat es mich nie irre machen können, wenn so manche Nachgeborene, die zu jener Zeit noch Knaben oder halbreife Jünglinge waren, wenn selbst gelehrte Männer vom Katheder herab oder in Schriften uns, die Abgeordneten in der Paulskirche, als „Phantasten" von oben herab vornehm belächelten oder als politische Pfuscher mit Vorwürfen überhäuften. Schwerlich möchte man doch in der ganzen Geschichte des Parlamentarismus so leicht eine zweite Versammlung finden, die in ihrer großen Mehrheit so viel

aufrichtigen Patriotismus, so viel Unabhängigkeitssinn nach oben und unten, so viel uneigennützige, von persönlichen, Berufs- und Standesinteressen freie Hingebung an ein Allgemeines bethätigt hätte, wie das erste deutsche Parlament. Und auch das wäre wohl der Prüfung werth, ob ohne den damals in den Boden des deutschen Volksgeistes tief hineingesenkten Fruchtkeim des deutschen Einheitsgedankens, ob ohne diese ideale Vorschule des Parlamentes von 1848 die Erfolge, die der gewaltige Realismus eines Bismarck mit den ihm zu Gebote stehenden physischen Machtmitteln erzielt hat, so leicht und so vollständig hätten erreicht werden können.

Als ein nicht zu unterschätzendes Zeichen von dem tiefen und unaustilgbaren Eindruck, den die lange gemeinsame Arbeit in Frankfurt in den Gemüthern aller Derer, die daran Theil gehabt, zurückgelassen, ist mir immer das erschienen, daß, wo ein paar „alte Frankfurter" sich wieder begegneten, mochte es nach noch so langer Zeit sein, mochten sie auch im Parlament sich weniger nahe, vielleicht sogar auf entgegengesetzten Seiten gestanden haben, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Solidarität, sie zu einander zog und aus der anders gearteten Umgebung gleichsam heraushob. Um wie viel mehr die schon damals einander enger Befreundeten, der gleichen Richtung Folgenden. Ich kann wohl sagen, daß die Freundschaften, die ich damals in Frankfurt geschlossen, inniger, dauernder, wandelloser gewesen und geblieben sind, als selbst viele der aus meiner Jugendzeit stammenden, obschon sonst diese letzteren die wärmsten zu sein pflegen. Als ein sichtbares Andenken an einen großen Kreis damaliger Genossen und Freunde be-

wahre ich noch drei große Porträtgruppen, die wir, eine Anzahl von Mitgliedern des Augsburger Hofes und des Casino, durch den mir persönlich befreundeten Maler Friedrich Pecht (den bekannten namhaften Kunstkritiker und Kunsthistoriker) anfertigen ließen. Die Abzüge dieser Bilder sind nicht in den Kunsthandel gekommen; sie blieben Privateigenthum der Betheiligten. Von den Originalen dieser Porträts leben freilich nur noch wenige. Es ist ein schmerzliches Geschäft, dem ich von Fall zu Fall mich unterziehe, einen nach dem andern dieser Männer als Dahingegangenen zu bezeichnen. Kaum 2, 3 auf jedem Bilde (von etwa je 30), mögen noch am Leben sein.

Im Jahre 1878, als dreißig Jahre seit dem Zusammentritt des Frankfurter Parlamentes verflossen waren, erließ ich in der damals von mir redigirten „Deutschen Allgemeinen Zeitung" einen Aufruf an die noch lebenden Mitglieder der sog. „Kaiserpartei" und bat sie um Angabe ihres jetzigen Aufenthalts, Berufs, Alters. Ich erhielt darauf eine Anzahl von Zuschriften mit den gewünschten Angaben; von Manchen, die nicht antworteten, wußte ich wenigstens so viel, daß sie noch lebten, und so konnte ich ein Verzeichniß des, nicht sehr großen, Restes jener so zahlreichen Partei zusammenstellen und veröffentlichen. Von den etwa 250 Mitgliedern, die sie zählte, waren, so weit ich es erkunden konnte, noch etwa 60 übrig, nicht ganz ein Viertheil! In den seitdem wieder verflossenen sieben Jahren hat der Tod auch unter diesem Reste stark aufgeräumt. Im ersten gesammtdeutschen Reichstage (1871—73) waren wir noch über ein Dutzend „alter Frankfurter", jetzt sitzt wohl kein einziger mehr darin.

Zu Bismarcks 70. Geburtstag, am 1. April 1885, haben wir „alten Frankfurter von der Kaiserpartei“ — 30 an der Zahl — ihm in einer besonderen Adresse unsere Verehrung und unsere Freude darüber ausgesprochen, daß er hinausgeführt, was hinauszuführen uns in Frankfurt die Macht fehlte. Der große Staatsmann hat uns darauf in liebenswürdigster Weise geantwortet, hat anerkannt, daß unser Wirken ein wohlgemeintes und doch nicht ganz unverdienstliches gewesen sei. Ich selbst habe zu meinem goldenen Doctor- und Docentenjubiläum (am 31. Mai 1885) noch von 20 alten Collegen und Gesinnungsgenossen aus der Paulskirche freundliche Glückwünsche empfangen.

Ich hatte mir vorgenommen, so lange in der Paulskirche auszuharren, als nicht die Majorität (welche seit dem Austritt fast der ganzen Rechten natürlich bei der Linken war) etwas beschlösse, was mir das längere Bleiben unmöglich machte. Dieser Moment kam bald. Die Linke verweigerte es, in eine von ihr zu erlassende „Proclamation an das deutsche Volk“ die von mir und meinen wenigen noch übrigen Freunden beantragte Erklärung aufzunehmen, erstens, daß sie nicht die Republik, sondern wirklich nur die „Durchführung der Reichsverfassung“ anstrebe, zweitens, daß sie jede auswärtige Einmischung zurückweise. Mit mir schieden Welcker, Riesser, Kierulff u. s. w. — beinahe der ganze Rest der Gemäßigten — aus. Tags darauf beschloß die Linke, die nun fast gänzlich „unter sich“ war, die Uebersiedelung nach Stuttgart!

In den ersten Tagen des Juni verließ ich Frankfurt, nachdem ich noch an einer Besprechung Theil genommen,

aus welcher dann die Anregung zu der Versammlung in Gotha hervorging. Mehr als 14 Monate war ich von Hause entfernt gewesen. Mit welchen Gefühlen ich von Frankfurt schied und in die so lange verlassene Heimath zurückkehrte, wäre schwer zu schildern.

Ueber ein Jahr lang hatte ich gleichsam in einer ganz andern Atmosphäre der Anschauungen und Empfindungen gelebt, hatte mich nur mit den höchsten Angelegenheiten der Nation beschäftigt, hatte den erhabensten Ideen von deutscher Einheit und Größe nachgehangen, mit den edelsten und erleuchtetsten, gleich mir für so hohe Ziele auf's Lebhafteste begeisterten Männern verkehrt. Jetzt trat ich wieder ein in die Kreise Solcher, die, von dem „Rausche" des Jahres 1848, wie man es zu nennen beliebte, ernüchtert, zu ihren gewohnten Alltagsbeschäftigungen und Alltagsgedanken zurückgekehrt waren und an die Hoffnungen und Enttäuschungen der nächsten Vergangenheit, vollends an ihre eigene Betheiligung daran, um keinen Preis erinnert sein mochten. Ich hatte die Empfindung, in diesen Kreisen wie ein von einem ansteckenden Uebel Behafteter, dessen Berührung man fürchtet, im besten Falle wie ein geistig Kranker oder Gestörter, dessen Idiosynkrasieen man schonen muß, betrachtet und behandelt zu werden. Ich selbst kam mir beinahe so vor, so vollständig fremd fühlte ich mich Alledem, was die Leute hier in der Heimath trieben, dachten, sprachen, was sie interessirte, erregte, in Bewegung setzte, während umgekehrt sie keinerlei sympathisches Verständniß hatten für den ungeheuren Schmerz, der mein ganzes Inneres erfüllte, oder für die hartnäckige Zähigkeit, womit ich noch immer an den Idealen festhielt, welchen die Andern

längſt den Rücken gekehrt hatten. Eine kleine Gemeinde Gleichgeſinnter fand ich wohl noch vor, aber ſie war eine ecclesia pressa, die täglich mehr zuſammenſchmolz, täglich mehr ſich vom öffentlichen Schauplatz zurückzog, zum großen Theil auch ſelbſt innerlich allmälig verkühlte und ſich in das fügen lernte, was doch nicht zu ändern war.

Im Verlage von **S. Schottlaender** in Breslau ist erschienen:

Bericht

über die

allgemeine deutsche Ausstellung

auf dem Gebiete der Hygiene und des Rettungswesens

unter dem Protectorate

Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin

Berlin 1882—83.

Mit Unterstützung des Königlich Preußischen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten

herausgegeben von

Dr. Paul Boerner in Berlin.

Mit Titelbild, Portrait, Situationsplan und vielen Text-Illustrationen.

Compl. in 3 Bänden broschirt Mk. 35.—; gebunden Mk. 40.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Verlag von S. Schottlaender in Breslau.

Kloſter Friedlands letzte Aebtiſſin.

Roman aus dem ſechszehnten Jahrhundert.

Von

F. W. Zell.

Elegant broſchirt ℳ 4.—; fein gebunden ℳ 5.—

Cajus Kunghalt.

Eine Erzählung aus dem ſiebzehnten Jahrhundert.

Von

Lucian Bürger.

Elegant broſchirt Mk. 4.—; fein gebunden Mk. 5.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Verlag von S. Schottlaender in Breslau.

Die Frauen der Petersburger Gesellschaft.

Roman

von

Wladimir Fürst Meschtschersky.

3 Bände. Elegant broschirt M. 12.—; fein gebunden M. 15.—

Kampf um Liebe.

Zwei Erzählungen

von

A. Freiherrn von Loën.

Elegant broschirt M. 5.—; fein gebunden M. 6.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Verlag von S. Schottlaender in Breslau.

Charakter-Studien.

Vier Novellen.

Von

M. Corvus.

Verfasser von „In omnibus charitas".

Elegant broschirt ℳ 4.—; fein gebunden ℳ 5.—

Wessen Schuld?

Roman

von

O. Elster.

Elegant broschirt ℳ 4.—; fein gebunden ℳ 5.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Verlag von E. Schottlaender in Breslau.

Recht und Liebe.

Roman

von

Levin Schücking.

Elegant broſchirt ℳ 1.—; fein gebunden ℳ 5.—

Der Zigeunerbaron

und andere Novellen.

Von

Moriz Jokai.

Elegant broſchirt ℳ 4.—. fein gebunden ℳ 5.—

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Verlag von **S. Schottlaender** in Breslau.

Herr und Frau Bewer.

Novelle

von

Paul Lindau.

VIII. Auflage.

Elegant broschirt ℳ 2.50; fein gebunden ℳ 3.50.

Mayo.

Erzählung

von

Paul Lindau.

V. Auflage.

Elegant broschirt ℳ 4.50; fein gebunden ℳ 5.50.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Karl Biedermann.

Mein Leben

—

ein Stück Zeitgeschichte.

Zweiter Band.

Mein Leben

und

ein Stück Zeitgeschichte.

Zweiter Band.

Mein Leben

und

ein Stück Zeitgeschichte.

Von

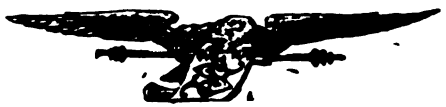
Karl Biedermann,

ord. Honorarprofessor an der Universität in Leipzig.

Eine Ergänzung zu des Verfassers „Dreißig Jahren deutscher Geschichte".

Zweiter Band. 1849—1886.

Mit einem Portrait (Radirung) des Verfassers.



Breslau.

Druck und Verlag von E. Schottlaender.

1886.

Gr. 2196.3

Erſtes Capitel.

Der Sommer 1849: die Verſammlung zu Gotha; meine „Erinnerungen aus der Paulskirche“.

Kaum aus Frankfurt nach Leipzig zurückgekehrt, erhielt ich von dort, unterzeichnet von Heinrich und Max von Gagern, Matthy, Dahlmann u. A., die Einladung zu einer am 26. Juni in Gotha abzuhaltenden Verſammlung. Es handelte ſich um unſere Stellungnahme zu dem preußiſchen Project der Errichtung eines deutſchen Bundesſtaates.

Die preußiſche Regierung hatte noch während des Parlaments, am 28. April 1849, nachdem der König die ihm von letzterem auf Grund der Reichsverfaſſung vom 28. März angebotene Kaiſerkrone endgiltig abgelehnt, an die anderen deutſchen Regierungen eine Aufforderung gerichtet, mit ihr gemeinſam das deutſche Verfaſſungswerk in die Hand zu nehmen.

Dieſer Einladung waren jedoch nur drei Regierungen gefolgt: die von Baiern, Sachſen und Hannover. 28 Regierungen zweiten und dritten Ranges, welche ſich für die vom Parlamente beſchloſſene Reichsverfaſſung

erklärt hatten, hielten sich, so lange dieses noch beisammen war und somit eine Ausgleichung nicht gänzlich unmöglich schien, an ihr Wort gebunden.

Aber auch die baierische Regierung nahm an den Verhandlungen, die am 27. Mai in Berlin eröffnet wurden, nur ganz im Anfange Theil und erklärte bald, auf die Absicht Preußens, einen Bundesstaat mit einheitlicher Spitze zu begründen, nicht eingehen zu können.

So kam es vor der Hand nur zu dem sogenannten „Dreikönigsbündniß". Die drei Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover legten den übrigen Regierungen und der Nation den Entwurf einer Verfassung für den zu bildenden deutschen Bundesstaat vor, luden jene zum Anschluß an ihr Bündniß ein und stellten dieser einen wirksamen Antheil an der Feststellung der Verfassung durch Wahlen zu einem Reichstag, auf welchem dieselbe endgiltig vereinbart werden sollte, in Aussicht.

Der Entwurf war in den meisten Stücken der Frankfurter Reichsverfassung nachgebildet. Gleich dieser enthielt er ein erbliches Oberhaupt des Bundesstaates in der Person des jeweiligen Königs von Preußen, ein Staaten- und Volkshaus mit allen constitutionellen Rechten, doch ohne das suspensive Veto, ausgedehnte Befugnisse der Reichsgewalt in Bezug auf Krieg, Auswärtiges, Verkehrswesen u. s. w. Das Ausscheiden Oesterreichs, welches dort nur als unzweifelhaft vorausgesetzt war, wurde hier direct ausgesprochen; zwischen dem außerhalb des Bundesstaates stehenden Oesterreich und diesem selbst sollte ein möglichst enges Bündniß (eine „Union") hergestellt werden. Worin der Entwurf von der Frankfurter Ver-

faſſung abwich, waren theils ſolche Beſtimmungen, in denen er der Selbſtändigkeit der Einzelſtaaten mehr Spielraum gewährte als jene, theils gewiſſe Beſchränkungen der dort ziemlich weitgegriffenen Freiheitsrechte des Volkes, insbeſondere aber das Wahlgeſetz zum Reichstage, welches letztere dem in Preußen eingeführten ſogenannten Dreiklaſſenſyſtem ſich anſchloß, alſo das Wahlrecht bedeutend enger begrenzte, als das in Frankfurt beſchloſſene Wahlgeſetz.

Das war der Reformplan, zu dem wir Stellung nehmen ſollten. Daß wir dies thun müßten — in einem oder dem anderen Sinne —, ſchien zweifellos. Wir, die geſetzlichen Vertreter unſerer Partei im Frankfurter Parlamente, wurden von letzterer auch jetzt noch als deren natürliche Führer und Vorkämpfer betrachtet. Unſerem Beiſpiele folgend, würden aller Wahrſcheinlichkeit nach unſere Parteigenoſſen in den verſchiedenen deutſchen Ländern, wenn erſt zu Wahlen für den conſtituirenden Reichstag verſchritten würde, an dieſen Wahlen entweder ſich betheiligen, oder ſich nicht betheiligen, der ganzen neuen Ordnung der Dinge, wenn ſie zu Stande käme, entweder freundlich oder feindlich gegenüberſtehen.

Ja, auch die fernere Haltung derjenigen Regierungen, welche damals ſich der Frankfurter Mehrheit angeſchloſſen hatten, hing wahrſcheinlich von unſerem Votum ab. An der Spitze jener Regierungen ſtanden zur Zeit noch überall Männer unſerer Partei. Nachdem dieſelben die Reichsverfaſſung angenommen und als rechtsgiltig in ihren Ländern verkündigt hatten, war es für ſie ſchwierig, ſich davon loszuſagen und zu der neuen Combination über-

zugehen. Denn leicht mochte man ihnen dies als eine falsche Nachgiebigkeit gegen die Wünsche ihrer Monarchen oder gegen eine im Hintergrunde lauernde Reactionspartei auslegen. Anders stand für sie die Sache, sobald eben jene Frankfurter Mehrheit, welcher seinerzeit sie gefolgt waren, sobald namentlich deren Wortführer und tonangebende Mitglieder durch ihr Vorangehen ihnen gleichsam den Weg bahnten, die Verantwortung für einen solchen Schritt von ihnen hinweg- und auf sich selbst nahmen. Der Beitritt oder Nichtbeitritt dieser 28 Regierungen erschien aber wiederum als bedingend für das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen des preußischen Planes. Ein Bündniß von nur drei Staaten, wenn es dabei bewenden sollte, war ein Unding, wogegen ein solches von einigen dreißig Staaten — selbst beim vorläufigen Fernbleiben der beiden süddeutschen Königreiche — immerhin als der aussichtsvolle Kern eines wirklichen deutschen Bundesstaates angesehen werden konnte.

So lag die Sache, und darum erschien eine Verständigung unter uns über das, was wir thun sollten, als durchaus nothwendig und unabweisbar, der von uns zu fassende Entschluß als im hohen Grade wichtig wegen seiner muthmaßlichen Wirkungen nach der einen oder der anderen Richtung hin.

Diese Wichtigkeit der von uns zu treffenden Entscheidung hatte denn auch veranlaßt, daß von den etwa 250 Mitgliedern der sogenannten „Erbkaiserpartei“ nicht weniger als 150, also zwei Drittheile, persönlich erschienen waren. Andere, die nicht hatten kommen können, hatten wenigstens schriftlich ihre Ansichten kundgegeben. Einer

der originellſten unſerer ehemaligen Parteigenoſſen, der „alte Herzog“, der, wie er ſchrieb, ſoeben „ſein frankfurtmüdes Herz durch Herumſteigen auf den Tyroler Bergen erfriſchte“, gab ſeine Meinung über das, was wir zu thun hätten, in ſeiner draſtiſchen Weiſe folgendermaßen ab:

Einheit Deutſchlands um jeden Preis — auch vorläufig um den der Freiheit — das iſt meine Meinung. Sie nicht aus Fürſtenhänden nehmen zu wollen, wäre noch alberner, als daß ein König ſie nicht aus Volkes Hand nehmen ſollte. Dummes Zeug! Zottige Füllen wachſen ſich oft am ſchönſten aus — aus rotzigen Buben werden gewöhnlich die ſchönſten — Zeit bringt Roſen — Gut Ding will Weile haben u. ſ. w. Wenn man keinen anderen Troſt hat, ſo thun's auch Sprüchwörter.

Auch Paul Pfizer erklärte ſich in einem Schreiben an Gagern für Annahme der Verfaſſung. Unter den perſönlich Erſchienenen waren die beſten Namen der Partei: Gagern, Simſon, Dahlmann, R. Mohl, Vincke, Jacob Grimm, Beckerath, G. Beſeler, Duncker, Hergenhahn, Mathy, Rießer, Graf Giech, Reh u. A. m. „Ich würde mir's in meiner Sterbeſtunde nicht verziehen haben, wenn ich hier gefehlt hätte,“ ſagte Simſon.

Es war ein wehmüthiges und doch auch wohlthuendes Gefühl, mit ſo vielen wackeren und bedeutenden Strebens- und Leidensgenoſſen hier ſo bald ſchon wieder zuſammenzutreffen, nachdem man ſich erſt vor Kurzem getrennt hatte, ohne zu wiſſen, ob und wann man ſich wiederſehen würde.

Durch ein Unwohlſein zurückgehalten, kam ich erſt am zweiten Tage mitten in die bereits vollzählige Verſammlung hinein und ſah mich von allen Seiten aufs Herzlichſte begrüßt. Man hatte am erſten Tage eine

Commission niedergesetzt, welche der Versammlung den formulirten Entwurf einer öffentlichen Erklärung vorlegen sollte. Die Erklärung, die ziemlich lang war, besagte im Wesentlichen Folgendes:

Obschon festhaltend an der Ueberzeugung, daß die Nationalversammlung bei Verkündigung der Reichsverfassung vom 28. März derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutschen Dinge ihr anwies, dürfen wir doch die Augen nicht verschließen vor der Thatsache, daß die Durchführung jener Verfassung zur Unmöglichkeit geworden ist.

Nun aber bietet sich in der von den drei Regierungen dargebotenen Verfassung ein neuer Weg, auf welchem der verlorene Einigungspunkt möglicherweise sich wiederfinden dürfte. Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen, mahnt uns das von äußeren und inneren Feinden schwer bedrohte, vom Bürgerkrieg zerfleischte Vaterland. Der Verfassungsentwurf, wie entschieden man auch einzelne seiner Bestimmungen verwerfen möge, enthält doch die unerläßlichen Grundlagen des deutschen Bundesstaates, namentlich ein erbliches Reichsoberhaupt in der Person des Regenten des mächtigsten rein deutschen Staates, ein Staaten- und ein Volkshaus, somit den Kern der Reichsverfassung. Wir betrachten die von den drei Königreichen dargebotene Verfassung als eine der Nation ertheilte unverbrüchliche Zusage.

Auf Grund dieser Erwägungen wurden dann die bisher dem Dreikönigsbündniß fern gebliebenen Regierungen zum Anschluß an dasselbe, die Bevölkerungen zur Betheiligung an den Wahlen für den, möglichst bald einzuberufenden, Reichstag ermahnt. Betreffs dieser Wahlen wurde der Wunsch ausgesprochen, daß solche entweder nach den Landeswahlgesetzen der einzelnen Staaten vorgenommen werden dürften, oder daß doch den Regierungen bei Handhabung des Reichstags-Wahlgesetzes möglichst freie Hand gelassen werde.

Doch glaubte man es nicht verantworten zu können, an den Bedenken gegen das Wahlgesetz das ganze Werk scheitern zu lassen.

Zwei Tage lang, am 27. und 28. Juni, wurde über diese Erklärung lebhaft hin- und hergestritten. Und in der That war es nichts Leichtes, wozu wir uns entschließen sollten. Zwar, daß die preußische Regierung uns, die wir im Parlamente nach harten Kämpfen die Feststellung einer monarchischen Verfassung Deutschlands und die Wahl des preußischen Königs zum deutschen Kaiser durchgesetzt, so schnöde behandelt, so schroff von sich gestoßen hatte, durfte jetzt nicht in Betracht kommen: angesichts des großen allgemeinen Interesses, das hier in Frage stand, mußte jede persönliche Empfindlichkeit schweigen. Allein die preußischen Staatsmänner und der König selbst hatten sich in dieser ganzen Angelegenheit so schwankend, so wechselvoll, so unberechenbar in ihren Entschließungen gezeigt, daß die Besorgniß wohlberechtigt war, ob sie es bei dem jetzt begonnenen Unternehmen anders machen würden. Auch enthielten Verfassung und Wahlgesetz so Manches, was nicht blos den mehr links stehenden Mitgliedern der großen Erbkaiserpartei, sondern auch uns vom Augsburger Hofe nicht recht munden wollte. Dies Alles macht es begreiflich, daß sich viele und heftige Stimmen gegen die vorgeschlagene Erklärung erhoben, daß insbesondere dem Mißtrauen gegen die preußischen Staatsmänner theilweise sehr starker Ausdruck gegeben wurde, von Keinem mehr als von Vincke.

Auf der anderen Seite freilich sprachen gewichtige Gründe gegen die Ablehnung des von Preußen Gebotenen. An eine Durchführung der Frankfurter Reichsverfassung

war — nach der Auflösung des Parlamentes und nach den blutigen Aufständen in Sachsen, Baden, der Pfalz, welche den ruhigeren Theil der Nation massenweise in's Lager der Reaction getrieben hatten — nicht entfernt zu denken. Oesterreich und seine Anhänger arbeiteten eifrigst an der Herstellung des alten Bundestages und damit aller der vormärzlichen Zustände in Deutschland. Wenn der von Preußen projectirte Bundesstaat mit parlamentarischen Einrichtungen zu Stande kam, so war doch wenigstens der Kern der Reichsverfassung, und ein entwickelungsfähiger Kern, gerettet, eine starke Centralgewalt und eine mit vielen Rechten ausgestattete Vertretung des Volkes. Durch unser Eintreten auf den von der preußischen Regierung beschrittenen Weg konnte diese Regierung zu einer beharrlichen Verfolgung desselben ermuthigt werden, ja, wurde sie gewissermaßen moralisch dazu verpflichtet, wogegen, wenn wir ihr unseren Beistand versagten, die preußischen Staatsmänner, wofern es ihnen um die Sache nicht ernst war, mit gutem Recht sagen würden: „Wir haben das Unsrige gethan, aber die Nation hat uns im Stiche gelassen."

Dies waren die Gründe und Gegengründe, die in der zweitägigen Debatte hin und her erwogen und wieder erwogen wurden. Für den Anschluß an Preußen sprachen am entschiedensten und am wärmsten Beckerath, Gagern, Simson, dagegen am heftigsten Grumbrecht aus Hannover, Schwarzenberg aus Cassel, während die Mitglieder des Augsburger Hofes Stahl, Wurm, R. Mohl, wenn auch mit schwerem Herzen, doch nach Lage der Sache es als eine patriotische Verpflichtung erkannten, diese letzte Möglichkeit einer monarchisch-constitutionellen Einigung des nicht-

österreichischen Deutschland nicht zurückzuweisen. In diesem Sinne äußerte auch ich mich.

Zuletzt wurde die Erklärung von allen Anwesenden bis auf 17 angenommen und mit den Namen der Zustimmenden (denen sich nachträglich noch mehrere schriftlich anschlossen, wie E. M. Arndt, Droysen, Lette, Thöl u. A.) veröffentlicht.

Die Männer von Gotha sind wegen dieser Erklärung viel und heftig angefeindet worden. Der Name „Gothaner" hat in der demokratischen Presse lange Zeit als gleichbedeutend mit schwächlich, nachgiebig, charakterlos figurirt — ziemlich so lange, bis diese Ehrentitel auf die Nachfolger und Erben der Gothaner, die heutigen National-Liberalen, übergegangen sind. Ich meinerseits habe das damals Gethane niemals bereut, ebensowenig wie ich mich jemals des Namens „National-Liberaler" geschämt habe. Ich habe es selbst dann nicht bereut, als wirklich eintrat, was Viele und ich selbst schon damals befürchteten, als die preußische Regierung ihr eigenes Werk schnöde im Stiche ließ und verleugnete. Wir wenigstens hatten unsere Pflicht gegen das Vaterland und die Nation gethan, nicht achtend die Verunglimpfungen, von denen wir recht wohl vorauswußten, daß sie uns treffen würden.

Auch der Vorwurf hat mich sehr ruhig gelassen, der von demokratischer Seite uns gemacht worden ist: „wir seien wortbrüchig geworden, da wir in Frankfurt uns verpflichtet hätten, an der einmal beschlossenen Verfassung nichts ändern zu lassen, und nun doch zu einer anderen Verfassung übergetreten wären." Ich will dahingestellt sein lassen, ob dieser Vorwurf nicht mit viel besserem

Rechte sich auf die Frankfurter Linke zurückwenden ließe, welche auch (in der Sitzung des Parlaments vom 11. April 1849) erklärt hatte, „an der in zweiter Lesung beschlossenen und verkündeten Reichsverfassung ‚unwandelbar' festhalten zu wollen," und deren Wortführer, Carl Vogt und Ludwig Simon, gleichwohl schon in der Sitzung vom 28. April ganz offen aussprachen, daß die Reichsverfassung für sie nur „die erste Sprosse auf der Leiter zur Republik" sei und daß sie nur darum für dieselbe einträten, weil sie hofften, „die gemäßigten Elemente mit sich in die von ihnen erstrebte Richtung (die Revolution) fortzuziehen". Allein in Gotha handelte es sich ja gar nicht darum, ob man die in Frankfurt beschlossene Verfassung nach dieser oder jener Richtung, nach vorwärts oder nach rückwärts, abändern oder nicht abändern wolle, sondern darum, was geschehen könne und solle, nachdem die Durchführung jener Verfassung (wie sie das Parlament noch versucht hatte) mit der Auflösung des Parlaments selbst schlechterdings zur Unmöglichkeit geworden war. Das bloße theoretische „Festhalten an der Frankfurter Reichsverfassung", wie es die Demokratie als eine Art von Erkennungs- and Unterscheidungszeichen für sich proclamirt hat, ist praktisch völlig werthlos, kann aber unter Umständen sehr gefährlich werden, wenn es nämlich eine ganze Partei abhält, einen Weg zu betreten, der, wenn auch nicht gerade zu demselben Ziele wie jene Verfassung, doch zu einem ähnlichen und einem wirklich erreichbaren hätte führen können. Einen Fall, wo dieses Letztere wirklich eintrat, werde ich schon im nächsten Capitel, bei Besprechung der Verhandlungen im sächsischen Landtage wegen des Beharrens

Sachſens beim Drei-Königsbündniß, zu erwähnen haben. In einem zweiten Fall, wo das doctrinäre „Feſthalten an der Reichsverfaſſung“ noch weit mehr Schaden hätte ſtiften können, nämlich bei den Berathungen über die Verfaſſung des Norddeutſchen Bundes, war die Gefahr dadurch abgewendet, daß die Partei, welche ſich darauf ſteifte und deshalb gegen die Verfaſſung ſtimmte, in der Minderheit war (was ſie auch recht gut wußte) und ſich deshalb jenen Luxus erlauben konnte, ohne damit jemand Anderen als ſich ſelbſt und ihrem politiſchen Renommée wehe zu thun.

Nach meiner Rückkehr von Gotha (nachdem ich noch von dort aus mit einigen näheren Bekannten einen Ausflug nach dem Inſelsberg gemacht hatte) beſchäftigte mich während des übrigen Theils des Sommers 1849 die Abfaſſung meiner „Erinnerungen aus der Paulskirche“. Sie erſchienen noch in demſelben Jahre.*) Ich gab darin ein Bild der verſchiedenen Parteien des Parlaments, ihres Verhältniſſes zu einander und zu dem Verfaſſungswerke. Ich beſprach eingehend den Verlauf und Ausgang der beiden wichtigſten Verhandlungen des Parlaments, derjenigen über die öſterreichiſche und derjenigen über die Oberhauptsfrage. Ich ſchilderte zwei intereſſante äußere Vorgänge aus der Frankfurter Zeit, denen ich ſelbſt beigewohnt hatte, das Zuſammentreffen einer Anzahl von Mitgliedern des Parlaments mit König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen beim Kölner Domfeſte und die ſogenannte

*) Leipzig, bei Guſtav Mayer (ſpäter, nach deſſen Tode, ſind ſie in den Verlag von Diekmann in Dresden übergegangen).

„Kaiserdeputation“ nach Berlin. Und endlich verweilte ich noch bei den letzten, trostlosen Wochen der Versammlung bis zur Uebersiedelung des kleinen Restes derselben nach Stuttgart.

Es war ein halb wohlthuendes, halb schmerzliches Gefühl, dem ich mich dahingab, wohlthuend, indem ich mir noch einmal die gehobene Stimmung vergegenwärtigte, in der wir an unserem großen Werke, trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse, gearbeitet, indem ich mich der vielen ausgezeichneten Männer erinnerte, mit denen ein volles Jahr lang zusammen zu leben und zu wirken mir vergönnt gewesen; schmerzlich, da ich mir sagen mußte, daß von all den Mühen und Anstrengungen, von all dem guten Willen und all der redlichen Gesinnung dieser Männer das schließliche Resultat — für den Augenblick wenigstens — ein nur negatives sei. Was allein mich tröstete, war der Gedanke, daß, was dort berathen, geplant und festgestellt worden, wenn auch für jetzt, doch nicht für alle Zeit unserem Volke verloren sein werde.

Zweites Capitel.

Der sächsische Landtag von 1849/50 und der Staatsstreich vom 8. Juni 1850.

Für den Spätherbst 1849 stand ein neuer Landtag in Sachsen bevor. Der sogenannte „Unverstandslandtag" war Ende April aufgelöst worden; nach der Verfassung mußten binnen sechs Monaten Neuwahlen stattfinden.

Am 30. Mai 1849 hatte das neue Ministerium (welches aus den beiden auf ihren Posten verbliebenen Ministern von Beust und Rabenhorst und den neuerdings ernannten Zschinsky, Behr und von Friesen bestand) eine vom König und sämmtlichen Ministern unterzeichnete Proclamation erlassen, worin das Dreikönigsbündniß und der von diesem ausgehende Verfassungsentwurf als „der allein noch übrig gebliebene Weg" zu einer zeitgemäßen Neugestaltung Deutschlands bezeichnet und das sächsische Volk feierlich aufgefordert wurde, der Regierung auf diesem Wege zu folgen. Der Versammlung von Gotha hatte der Minister des Auswärtigen von Beust ein sichtbares Interesse zugewendet. Die officiöse Leipziger Zeitung hatte Artikeln im Sinne der Beschlüsse jener Versammlung, die ich ihr sandte, ihre Spalten geöffnet.

Allein schon gegen Ende des Sommers 1849 gingen dunkle Gerüchte von einer Schwenkung der sächsischen Regierung von Preußen ab zu Oesterreich. Diese Gerüchte gewannen in meinen Augen eine mir sehr unerwünschte Bestätigung durch den Umstand, daß der Redacteur der Leipziger Zeitung, Professor Marbach, mir plötzlich erklärte: „neuere Instructionen aus Dresden machten es ihm unmöglich, noch ferner Artikel von mir in der bisherigen Richtung aufzunehmen."

Mein Wunsch, in den bevorstehenden Landtag einzutreten, ward durch diese veränderte Sachlage nur verstärkt. Galt es doch, die Regierung womöglich auf dem soeben erst von ihr selbst so warm empfohlenen Wege festzuhalten, ihren Abfall vom Dreikönigsbündniß und damit die Gefährdung dieses letzteren und seines Zieles zu verhüten.

Meine Hoffnung freilich, diesen Wunsch erfüllt zu sehen, war nicht groß. Der Wind der öffentlichen Meinung hatte sich seit dem Vorjahre stark gedreht. Von den gemäßigt Liberalen waren viele in's conservative, wo nicht in's reactionäre Lager übergegangen. Die „Deutschen Vereine" waren so gut wie aufgelöst. Die Demokratie hatte zwar durch den Maiaufstand eine, wie man hätte glauben sollen, vernichtende Niederlage erlitten; dennoch erschien sie wieder auf dem Kampfplatze, und es fehlte ihr auch jetzt nicht an Anhängern. Von ihr aber hatte ich, wo immer ich als Candidat auftreten würde, eine schroffe Opposition zu gewärtigen, während ich, als einer der bösen „Frankfurter", den Conservativen ebenfalls nicht genehm war. Und so mochte es leicht geschehen, daß ich, den ein Jahr vorher wohl ein halbes Dutzend Wahlkreise wetteifernd in's

Parlament hatten entſenden wollen, mich jetzt vergeblich nach einem einzigen Wahlkreis für die ſächſiſche Kammer umſehen müßte.

Da, noch in der letzten Stunde, kam mir unerwartete Hilfe. Ein Frankfurter College und Parteigenoſſe, der Finanzprocurator Dr. Hallbauer in Meißen, deſſen Wahl in dem dortigen Wahlkreiſe bei ſeiner großen perſönlichen Beliebtheit für zweifellos galt, hatte die ſeltene Selbſtverleugnung, aus völlig freiem Antriebe, ohne jegliche Anregung von meiner Seite, zu meinen Gunſten zurückzutreten und Alles aufzubieten, um die ihm zugedachten Stimmen mir zuzuwenden. Und wirklich gelang es ihm im Verein mit anderen dortigen Freunden, meine Wahl zur Zweiten Kammer, wenn auch nur mit ſchwacher Mehrheit, gegenüber einem conſervativen und einem demokratiſchen Mitbewerber durchzuſetzen.

Die Phyſiognomie des Landtags von 1849/50 war eine von der ſeines Vorgängers weſentlich verſchiedene. Hatte dort die „Geſinnungstüchtigkeit" als Feigenblatt für die vielen Blößen politiſcher Reife dienen müſſen, ſo enthielten diesmal die Kammern eine ganze Anzahl hochgebildeter Männer aus den verſchiedenſten Lebens- und Berufskreiſen, darunter fünf ehemalige Miniſter, einen vormärzlichen, Herrn von Carlowitz, zwei Märzminiſter, Braun und Georgi, und zwei der im Mai zurückgetretenen, Weinlig und Held.

Der politiſchen Parteigruppirung nach zerfiel die Zweite Kammer in eine Rechte und eine Linke von annähernd gleicher Stärke. Die Rechte (zu der ich gehörte) war um ein paar Stimmen ſtärker als die Linke. Eigent-

lich Conservative im strengen Sinne gab es auch auf dieser Seite nur etwa drei bis vier; alle Anderen waren gemäßigt liberal. Später zweigte sich von der Rechten ein Centrum ab (unter Führung meines ehemaligen Schulkameraden Funkhänel, jetzt gräflich Schönburg'schen Kanzleirathes), das in Freiheitsfragen bisweilen etwas mehr links neigte, im Ganzen aber, und namentlich in der deutschen Frage, zu uns hielt. Aber auch die Linke war eine wesentlich andere als die des vorigen Landtages. Mochte immerhin ein großer Theil ihrer Mitglieder nach wie vor an gewissen hergebrachten Dogmen der Demokratie festhalten, so war doch die Partei als Ganzes in ihrem Auftreten ungleich gemäßigter als ihre Vorgängerin. Sie hatte zu Wortführern verständige Männer (die beiden Müller von Dresden und Neusalza, Ziesler u. A.), mit denen sich reden ließ und welche die etwa zu weit ausgreifenden Elemente der Partei im Zügel zu halten wußten. Daher war denn auch das Verhalten der Linken gegen uns ein im Ganzen rücksichtsvolles, immer in streng parlamentarischen Formen sich bewegendes, himmelweit verschieden von dem gehässigen und bisweilen fast an Rohheit grenzenden, welches die Linke des „Unverstandslandtages" nicht selten gegen die wenigen gemäßigten Elemente der Kammer eingeschlagen hatte.

Gegen mich persönlich zeigte die Partei anfangs noch etwas von jener Feindseligkeit, welche nun einmal in den Kreisen der sächsischen Demokratie gewissermaßen traditionell geworden war. Sie hatte nicht übel Lust, mittelst Anfechtung der Giltigkeit meiner Wahl mich wieder aus der Kammer zu entfernen, und beinahe wäre ihr dies geglückt,

denn ich hatte nur 10 Stimmen Majorität gehabt und in einem Wahlbezirk war ein Formfehler vorgekommen. Indeß wurde doch meine Wahl für giltig erkannt. Auch die Linke, da sie wahrnahm, wie ich in meinen Ansichten zwar die Grenze nach links streng innehielt, aber ebenso entschieden die nach rechts, ließ von ihrem Mißtrauen gegen mich allmälig ab: ja es entspann sich zwischen mehreren ihrer Wortführer und mir ein höchst friedlicher und sogar geselliger Verkehr.

Viel weniger günstig gestaltete sich das Verhältniß der ganzen Kammer, auch die Rechte nicht ausgenommen, zu dem Ministerium. Dieses letztere schlug alsbald gegen uns einen ziemlich hohen, bisweilen fast verletzenden Ton an. Es stellte sich auf einen Standpunkt der Unfehlbarkeit, von dem aus es jeden ihm nicht genehmen Beschluß der Kammer wie einen unberechtigten und unbeachtbaren Ausfluß einseitiger Parteiansichten behandelte. Besonders der Ministerpräsident Dr. Zschinsky und der Kriegsminister Rabenhorst traten uns bei Meinungsverschiedenheiten in Fragen der inneren Politik öfters in dieser schroffen Weise entgegen, während der Finanzminister Behr und der Minister des Innern von Friesen in der Regel eine friedlichere Haltung beobachteten. Es wollte fast scheinen, als verträten diese Beiden eine gemäßigtere Richtung, die aber im Ministerium in der Minderheit sei.

Wir von der Rechten hatten gehofft, mit der Regierung wenigstens in den inneren Fragen Hand in Hand gehen zu können, indem wir gegen etwaige zu weit gehende Forderungen der Linken ihr unseren Beistand liehen (was wir auch redlich thaten), dagegen aber auch

mit ihr gemeinsam wichtige und dringende Reformen durchführten. Die Regierung selbst hatte bei der Eröffnung des Landtages eine ganze Reihe solcher Reformen in der Form von Gesetzentwürfen aus dem Gebiete des Gemeindewesens, der Rechtspflege und Verwaltung, des Kirchen- und Schulwesens u. s. w. angekündigt. Allein diese Entwürfe ließen von Monat zu Monat auf sich warten; was an uns gelangte, waren beinahe ausschließlich solche Vorlagen, welche entweder auf eine Stärkung der Regierungsgewalt (wie das Tumultmandat) oder auf Beschränkung der freiheitlichen Bewegung im Volke (wie das Vereinsgesetz) abzielten. Das ganze Vorgehen des Ministeriums machte den Eindruck, als ob dasselbe nur Derartiges mit unserer Hilfe zu Stande bringen, dann aber so bald als möglich sich unser entledigen möchte — in der Hoffnung, mittelst des neuen, das Wahlrecht wesentlich beschränkenden Wahlgesetzes, welches uns ebenfalls vorgelegt war, einen Landtag, der mehr nach seinem Sinne wäre, zu erhalten. Ebendarauf deuteten sehr unverblümt die Stimmen reactionärer Blätter (wie der „Freimüthigen Sachsenzeitung"), welche nicht müde wurden, eine Auflösung des Landtages als etwas Zweifelloses und beinahe Selbstverständliches hinzustellen.

Auch die Preßorgane der Regierung gingen offenbar darauf aus, uns in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und so für eine Beseitigung dieser Kammern Stimmung im Volke zu machen. Ein anerkannt officielles Blatt, das „Dresdner Journal", brachte eine Correspondenz aus der Provinz, worin den Kammern der Vorwurf absichtlicher Verschleppung der Gesetzgebungsarbeiten gemacht und u. A. beklagt wurde, daß auf diese Weise dem Volke die längst

erlehnte neue Kirchen- und Schulordnung wiederum vorenthalten bleiben werde. Daß diese Kirchen- und Schulordnung den Kammern von der Regierung noch gar nicht vorgelegt war, verschwieg das officielle Blatt wohlweislich! Durch diese Sachlage fand ich mich gedrungen, am 17. Mai 1850 — nach beinahe sechsmonatlichem Beisammensein der Kammern! — folgenden Antrag einzubringen:

Die Kammer möge in einer an den König zu richtenden Adresse erklären: „wie sie aufrichtig entschlossen sei, die Staatsregierung auf dem von Sr. Majestät in der Thronrede bezeichneten Wege zur Befestigung öffentlicher Sicherheit und Ordnung, in der ‚festen Handhabung der Gesetze' und der ‚Anbahnung heilsamer, unseren Zuständen entsprechender Reformen'*) mit allen Kräften zu unterstützen, wie sie dagegen ein gedeihliches und vertrauensvolles Zusammenwirken der Volksvertretung mit dem Ministerium nur dann für möglich erachte, wenn letzteres durch die That beweise, daß es auch seinerseits zur entschiedenen und rückhaltlosen Betretung dieses Weges der Reformen entschlossen sei."

In den Motiven zu diesem Antrage sagte ich:

In Folge der Vorenthaltung dieser in Aussicht gestellten Vorlagen sieht die Volksvertretung sich an der Entwickelung derjenigen organisatorischen und reformatorischen Thätigkeit behindert, welche zur Befestigung einer dauernden Ruhe und Zufriedenheit im Lande — neben der, unstreitig ebenso nothwendigen, ‚festen Handhabung der Gesetze' — dringend geboten erscheint; sieht sie das Land um den Genuß der Früchte verkürzt, welche dasselbe mit Recht von dem jetzt versammelten Landtage erwartet; sieht sie die namhaften Kosten, welche der Landtag verursacht, ohne die entsprechenden Vortheile verwendet; sieht sie endlich sich selbst dem Mißmuth und den Vorwürfen des in seinen Erwartungen getäuschten Volkes ausgesetzt und muß mit Schmerz erfahren, wie das öffentliche Vertrauen nicht blos zu der gegenwärtigen Volksvertretung, sondern zu dem constitutionellen

* Es waren dies die Worte der Thronrede.

System überhaupt täglich abnimmt, die politische Gleichgiltigkeit täglich wächst — eine Beobachtung, welche zwar die extremen Parteien der Reaction und der Anarchie mit Freude, alle Freunde einer vernünftigen Staatsordnung dagegen, und insbesondere alle aufrichtig Constitutionellen, nur mit der tiefsten Trauer und Besorgniß erfüllen kann.

Mein Antrag erhielt die Unterschriften hervorragender Mitglieder ebensowohl der Linken als der Rechten und des Centrums, so daß er als der vollgiltigste Meinungsausdruck der allergrößten Mehrheit der Kammer gelten konnte. Zur Verhandlung in der Kammer gelangte er nicht mehr, da bald darauf der unheilbare Bruch zwischen Kammer und Regierung auf einem andern Gebiete, dem der deutschen Frage, erfolgte.

Der Abfall Sachsens vom Dreikönigsbündniß war längst eine offenkundige Thatsache geworden. Gleichwohl zögerte und zögerte das Ministerium, diesen Schritt den Kammern mitzutheilen und sich wegen desselben vor ihnen zu rechtfertigen.

Da ergriff in der Ersten Kammer Herr von Carlowitz die Initiative, indem er das Ministerium wegen seines Verhaltens in der deutschen Frage interpellirte. In einer glänzenden und tief einschneidenden Rede sagte er dem Minister von Beust die bittersten Wahrheiten wegen seines Wankelmuths und seiner — wie er geradezu aussprach — „undeutschen" Gesinnung. Allein trotz seiner Beredtsamkeit gelang es ihm nicht, die Kammer zu einer bestimmten Kundgebung zu bewegen. So groß war daselbst die Zerfahrenheit der Ansichten und der Parteien in der deutschen Frage, daß keiner der gestellten Anträge eine Mehrheit erhielt, somit gar nichts beschlossen wurde.

Nun endlich ließ ſich das Miniſterium herbei, den Kammern, und zwar der Zweiten Kammer zuerſt, eine ausführliche Denkſchrift vorzulegen, worin es ſowohl ſeinen früheren Anſchluß an das preußiſche Verfaſſungsproject als ſeinen ſpäteren Rücktritt davon zu begründen verſuchte. Zur Begutachtung dieſer Denkſchrift wurde von der Kammer ein beſonderer „Deutſcher Ausſchuß" niedergeſetzt, und dieſer wählte mich zum Berichterſtatter. Mein Bericht füllte nahezu acht Druckbogen. Die Debatte darüber in der Kammer ſelbſt dauerte drei Tage, meine Schlußrede am letzten Tage allein faſt zwei Stunden. Gegen das Miniſterium trat eine ganze Reihe von Rednern von der Rechten und vom Centrum auf, u. A. die beiden ehemaligen Staatsminiſter Braun und Held, für daſſelbe nur zwei von der äußerſten Rechten, ein Geheimer Finanzrath von Pohlentz und ein Ceremonienmeiſter von Frieſen. Letzterer war noch im Frühſommer 1849 ein anſcheinend eifriges Mitglied des „Deutſchen Vereins" geweſen.

Eine eigenthümliche Stellung nahm die Linke ein. Sie erkannte offenbar ſelbſt, daß mit dem „Feſthalten an der Frankfurter Reichsverfaſſung" nichts gethan, vielmehr das einzig Praktiſche das ſei, was wir erſtrebten, die Durchführung wenigſtens der Dreikönigsverfaſſung; allein ſie fühlte ſich in ihrem demokratiſchen Gewiſſen gebunden, weil ſeiner Zeit die Linke in Frankfurt ein ſolches Schlagwort ausgegeben und weil die demokratiſche Preſſe ſeitdem wieder eben dieſes „Feſthalten" als Unterſcheidungszeichen aller wahrhaft „Geſinnungstüchtigen" von den „geſinnungsloſen Gothanern" proclamirt hatte. Indeſſen war die Dresdener Linke doch verſtändig genug, um den Gothanern

im Herzen Recht zu geben, und so kam es, daß ihre meisten Redner, auch wenn sie gegen uns sprachen, dies doch mit großer Zurückhaltung und durchweg in einem achtungsvollen Tone thaten, während sie die volle Schärfe ihrer Angriffe wider das Ministerium richteten. Ja, bei der Abstimmung über die von uns gestellten Anträge (die einen Wiederanschluß Sachsens an Preußen bezweckten) suchten die Führer der Linken absichtlich und ausgesprochenermaßen uns den Sieg zu verschaffen, was indeß (in Folge eines Irrthums eines der Ihrigen) nur theilweise gelang *). So kam es, daß zwar unser Hauptantrag eine, freilich ganz schwache, Mehrheit erlangte, die weiteren, denselben ergänzenden Anträge dagegen durchfielen.

Hätte die Linke sich überwinden können, mit uns zu stimmen und so unseren Anträgen eine an Einstimmigkeit grenzende Mehrheit (gegen 3—4 Stimmen der äußersten Rechten) zu verschaffen, so wäre der Eindruck eines solchen Votums der Kammer wohl ein ganz anderer gewesen; wie jetzt die Sache in beiden Kammern verlaufen war, glaubte Herr von Beust unbeirrt auf seinem Wege vorwärts gehen zu können.

Schon während der Verhandlungen über unsere Anträge hatte derselbe durchblicken lassen: möglicherweise könne es auf eine ganz andere Gestaltung der Bundesverfassung hinauskommen, als auf einen Bundesstaat mit parlamentarischen Einrichtungen, und er selbst würde sich für

*) Ich habe über die ganz merkwürdige Scene, die sich dabei abspielte, das Nähere in meinen „Dreißig Jahren“ (II. Band, S. 28) mitgetheilt.

befugt halten, den Beitritt Sachſens auch zu einer ſolchen Combination zu erklären. Davon nahm ich Veranlaſſung, noch während dieſer Verhandlungen den Antrag zu ſtellen:

Die Kammer möge ihr Recht der Zuſtimmung zu jeder Feſtſtellung einer deutſchen Verfaſſung, die von allen oder einzelnen deutſchen Regierungen ausgehe und woran die ſächſiſche Regierung ſich betheiligen möchte, wahren.

Dieſer Antrag ward am 7. März einſtimmig angenommen (auch die äußerſte Rechte ſtimmte dafür), ebenſo gegen nur drei Stimmen (ſonderbarerweiſe von der Linken) ein zweiter Antrag von mir, der ſo lautete:

Die Kammer wolle für ſtrenge Aufrechthaltung dieſes Rechtes die Rathgeber der Krone ausdrücklich verantwortlich machen.

Hatte ſeiner Zeit das Märzminiſterium die Zuſtimmung der Kammern gegenüber einer von der Geſammtvertretung der deutſchen Nation feſtzuſtellenden Verfaſſung vorbehalten, ſo waren wir gewiß im vollſten Rechte, wenn wir das Gleiche in Bezug auf eine von den Regierungen ohne Mitwirkung der Nation ausgehende Verfaſſung beanſpruchten.

Nicht lange darauf verlautete von einem in München geſchloſſenen Bündniß der Königreiche Bayern, Sachſen, Württemberg und Hannover mit Anlehnung an Oeſterreich. Eine von mir deshalb am 21. März an das Miniſterium gerichtete Anfrage ward ungenügend beantwortet. Inzwiſchen mehrten ſich die Anzeichen, daß Oeſterreich und die ihm anhängenden Staaten, darunter Sachſen, einfach einer Wiederherſtellung des alten Bundestages zuſtrebten. Ich brachte daher am 24. April den Antrag ein:

Die Kammer wolle — zur Wirksammachung ihres Beschlusses vom 7. März — ihren Ausschuß für die deutsche Frage beauftragen, ungesäumt Erörterungen anzustellen, ob nicht der Zeitpunkt eingetreten sei, wo die Kammer ihr verfassungsmäßiges Recht der Zustimmung zur Feststellung der deutschen Verfassungsangelegenheit geltend zu machen habe, bejahenden Falles aber der Kammer darüber, wie dies zu bewerkstelligen, Vorschläge zu machen.

Bei den Verhandlungen über diesen Antrag im Deutschen Ausschuß war es, wo Herr von Beust die Erklärung abgab:

Unter Umständen könne allerdings der Bundesvertrag in seiner ganzen Ausdehnung wieder aufleben, und es falle bedenklich, eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben, ob zu den Beschlüssen des dann wieder erstehenden Bundestages die Zustimmung der Stände nothwendig sei.

Diese Erklärung rief unter allen Parteien die größte Aufregung hervor. Wie? die ganze so hoffnungsreiche Bewegung des Jahres 1848 sollte damit enden, daß wir wieder dahin zurückgeworfen würden, wo wir vor dem März jenes Jahres gestanden? Um dies zu verhüten, mußte das Aeußerste gewagt werden. Ich brachte im Deutschen Ausschuß den Antrag auf eine Adresse an den König ein, worin Se. Majestät dringend gebeten werden sollte, der von seinem Ministerium in der deutschen Frage eingeschlagenen Politik Halt zu gebieten. Der dem Antrage beigefügte Adreßentwurf enthielt zunächst folgende Bitte an den König:

Se. Majestät möge sofort Anordnungen treffen, daß nicht allein die Zustimmung Sachsens zur Wiederherstellung des alten Bundestages in keinem Falle gegeben werde, sondern daß auch Sachsen sich von allen Verhandlungen über eine solche fernhalte,

eventuell dagegen proteſtire, daß ferner zu jeder Aufrichtung einer neuen Verfaſſung für Deutſchland ſeitens der Regierung die Zuſtimmung der Kammern vorbehalten werde.

Sodann fuhr der Entwurf fort:

Allerdurchlauchtigſter! Mit ſehnſuchtsvoller Erwartung ſieht die Volksvertretung einer beruhigenden Zuſicherung aus Ew. Majeſtät Munde in dieſer hochwichtigen Angelegenheit entgegen. Dieſe Beruhigung erſcheint um ſo dringender in einem Augenblicke, wo von der Volksvertretung die Bewilligung bedeutender Geldmittel für Zwecke der Staatsverwaltung verlangt wird.*) Die Verpflichtung, welche die Verfaſſungsurkunde den Abgeordneten des Volks auferlegt, für Aufbringung des ordentlichen und außerordentlichen Staatsbedarfs zu ſorgen, kann mit völlig ruhiger und gewiſſenhafter Ueberzeugung nur dann erfüllt werden, wenn die derſelben gegenüberſtehende und von ihr unzertrennliche Berechtigung der Volksvertretung, die Verwendung der bewilligten Gelder genau zu überwachen und überhaupt auf die Verwaltung und Geſetzgebung denjenigen Einfluß zu üben, der dem Volke ſichere Gewähr giebt für eine ſeinen wahren Bedürfniſſen entſprechende Gebahrung mit den Kräften und Mitteln des Landes, nicht durch eine gänzlich außerhalb der Verfaſſung ſtehende Macht, dergleichen der wiederhergeſtellte Bundestag ſein würde, bedroht erſcheint. Allerdurchlauchtigſter! Zeither ſchon hat ſich die Volksvertretung in ihrem Gewiſſen gedrungen gefühlt, in wichtigen Fragen der inneren Politik und Geſetzgebung dem von den gegenwärtigen Räthen der Krone befolgten Regierungsſyſteme zu widerſprechen — trotz des ernſten, wiederholt bethätigten Willens, in bedenklicher Zeit der Regierung die Unterſtützung nicht zu verſagen, welche das Wohl des Landes erheiſcht. Jetzt iſt ſie es Ew. Majeſtät, iſt ſie es dem Lande und ſich ſelbſt ſchuldig, frei und offen zu bekennen, daß ſie zu ihrem tiefen Leid befürchten muß, dem feſten Verharren des Miniſteriums auf dem bezeichneten Standpunkte in der deutſchen Frage gegenüber an der Grenze zu ſtehen,

*) Es war eine Anleihe von 36 Millionen Mark für Eiſenbahnbauten von der Regierung gefordert worden.

über welche hinaus ein aufrichtiges und segensreiches Zusammenwirken der gesetzgebenden Gewalten nicht mehr möglich erscheint. Sie vertraut aber, daß es der Weisheit und Fürsorge Ew. Majestät gelingen werde, dieses Unheil abzuwenden.

Als die Kammer am 1. Juni Vormittags zusammentrat, lag mein Antrag sammt dem Adreßentwurf (beides vom Ausschuß genehmigt) gedruckt auf den Pulten der Abgeordneten. Allein gleichzeitig circulirte das mehrfach beglaubigte Gerücht, daß vor der Berathung darüber die Auflösung der Kammer erfolgen werde.

Es fehlte nicht an Solchen (sogar auf der Linken), welche betreten dreinschauten und der Meinung zu sein schienen, wir hätten so weit nicht gehen sollen;. Einzelne machten mir Vorwürfe, daß ich es dahin getrieben hätte, Vorwürfe, die ich in dem Bewußtsein, nur meine Pflicht als gewissenhafter Volksvertreter erfüllt zu haben, ruhig hinnahm.

Das Gerücht hatte nicht gelogen. Der Vorsitzende des Ministeriums, Dr. Zschinsky, verlas ein königliches Decret, welches die Auflösung der Kammern (nach dem Verfassungsgesetz von 1848 unterlag auch die Erste Kammer einer solchen) aussprach. Am 3. Juni erschien sodann ein weiteres Decret, welches die Wiedereinberufung der alten, im Jahre 1848 in allen verfassungsmäßigen Formen aufgehobenen Stände verfügte. Als zuerst von dieser Maßregel verlautete, erschien dieselbe so unglaublich, daß ein Bekannter von mir, Rath in einem der Ministerien, bei Erwähnung derselben als einer angeblich bevorstehenden erwiderte: „Das sei wohl ein schlechter Witz!“ Leider war es mehr!

Dem ſtreng gewiſſenhaften König Friedrich Auguſt II. hatte man — wie es heißt, unter Mithilfe einer namhaften juriſtiſchen Autorität Sachſens — vermittelſt einer ſpitzfindigen Deutung des Ausdruckes „proviſoriſches Geſetz“ (wie das Verfaſſungsgeſetz von 1848 aus ganz anderen Gründen bezeichnet worden war) die Sache ſo dargeſtellt, als ſei es kein Staatsſtreich. In officiellen und officiöſen Artikeln ſuchte das Miniſterium das Geſchehene zu rechtfertigen und alle Schuld auf die Kammern zu wälzen, mit welchen ſchlechterdings nicht auszukommen geweſen ſei. Sie hätten, hieß es darin, unausgeſetzt die wichtigſten Geſetzgebungsgegenſtände verſchleppt, gegen jede nothwendige Maßregel einen hartnäckigen Widerſtand erhoben und ſo das Regieren mit ihnen unmöglich gemacht.

Zur Vertheidigung gegen dieſe ebenſo maßloſen als durch nichts begründeten Vorwürfe verfaßte ich ein Schriftchen: „Die Wiedereinberufung der alten Stände in Sachſen aus dem Geſichtspunkte des Rechts und der Politik: zugleich eine Rechtfertigung der Kammern von 1849—50.“*). Darin wies ich, geſtützt auf ſtreng actenmäßiges Material, die Haltloſigkeit, ja Leichtfertigkeit aller gegen die Kammern erhobenen Anklagen nach, indem ich zugleich conſtatirte, wie nicht irgend ein Conflict in der inneren Politik, vielmehr nur die deutſche Frage es geweſen ſei, welche den Bruch herbeigeführt habe. Das wollte man damals und noch lange Zeit ſpäter nicht eingeſtehen, weil man wohl einſah, daß gerade in der deutſchen Frage der Widerſtand der Kammern gegen die Beuſt'ſche

*) Leipzig, bei Otto Wigand, 1850.

Politik ein sehr wohlberechtigter gewesen sei; zuletzt hat aber doch Herr v. Beust in offener Kammersitzung bekennen müssen, daß nur jener Widerstand gegen seine Politik in der deutschen Frage die Auflösung der Kammern herbeigeführt habe.

Heut, wo man diese, nun so weit hinter uns liegenden Dinge mit größerer Unbefangenheit betrachtet, als im Augenblicke des Geschehens, dürfte unter allen nur halbwegs Gebildeten wohl kaum noch eine Meinungsverschiedenheit herrschen sowohl über die Rechtlosigkeit jenes Beust'schen Staatsstreichs, als über die Nichtigkeit der Vorwürfe, durch welche man denselben zu beschönigen versucht hat. Ich komme daher auf den Inhalt jenes meines Schriftchens und die darin enthaltenen Beweisführungen hier nicht zurück. Damals freilich war von einem kräftigen Widerspruche der öffentlichen Meinung, geschweige denn von einem gesetzlichen Widerstande gegen eine so zweifellose Verfassungswidrigkeit nicht die Rede. Die wenigen Stimmen in der Tagespresse, welche sich dawider zu erheben wagten, wurden durch terroristische Maßregeln zum Schweigen gebracht.

Meine Schrift blieb merkwürdigerweise unbeschlagnahmt und unverfolgt: man scheute sich doch wohl, mit polizeilichen Maßregeln Beweisführungen todtzuschlagen, welche durchweg mit actenmäßigen Thatsachen belegt waren.

Aehnliche gesetzliche Handhaben zur wirksamen Bekämpfung eines derartigen Gewaltstreichs, wie deren die kurhessische Verfassung von 1831 so viele enthielt, gab es leider in Sachsen nicht. Auch ließ sich bedauerlicher Weise im sächsischen Volke jener strenge und unbeugsame Rechts-

ſinn vermiſſen, den das kurheſſiſche Volk in ſeinem Kampfe mit der Haſſenpflug'ſchen Staatsſtreichpolitik bewährte. Das Allergeringſte, was man in Sachſen hätte erwarten dürfen, wäre das geweſen, daß, wo nicht alle, doch der größte Theil der Mitglieder der alten Ständeverſammlung, die man jetzt wieder einberief, dieſer Berufung, als einer ſchlechterdings ungeſetzlichen und verfaſſungswidrigen Maßregel, nicht Folge leiſten würden. Aber auch das geſchah nicht! Nur ein ganz kleiner Bruchtheil, kaum mehr als ein halbes Dutzend, hatten ſo viel klares Rechtsbewußtſein und ſo viel Charakterfeſtigkeit, um ihre Mitwirkung zu dem Beuſt'ſchen Staatsſtreiche zu verſagen, allen gegen ſie gerichteten Drohungen tapfer Stand zu halten und es ruhig geſchehen zu laſſen, daß ihnen, als „Renitenten" (Ungehorſamen), von den verfaſſungswidrigen Kammern die active und paſſive Wahlfähigkeit entzogen wurde. In dieſer kleinen Zahl befanden ſich vier Leipziger, insgeſammt Männer von anerkannt loyaler, ja conſervativer Geſinnung: Guſtav Harkort, Heinrich Brockhaus, Friedrich Fleiſcher und Wilhelm Seyfferth.

Auch der Senat der Univerſität Leipzig, die höchſte wiſſenſchaftliche Autorität im Lande, gab ein rühmliches Beiſpiel verfaſſungstreuer Geſinnung. Nach der alten, aber 1848 abgeänderten Verfaſſung hatte er das Recht und die Pflicht, zur Erſten Kammer einen Vertreter der Univerſität zu wählen. Er verweigerte jetzt dieſe Wahl, weil er die Wiederberufung der alten Stände als verfaſſungswidrig anſah. Aber auch dafür wußte Herr von Beuſt Rath: er erklärte, daß diejenigen Senatsmitglieder, welche nicht wählten, als nicht mitzählend zu

betrachten seien, und so brachte er glücklich eine Minoritätswahl zu Stande. Dann vollzog er noch einen neuen Staatsstreich, indem er das Statut der Universität eigenmächtig änderte, die Wahl des Universitätsdeputirten zur Ersten Kammer und die des Rectors von dem Senat (der Versammlung der ordentlichen Professoren) auf die Gesammtheit aller Professoren, auch der außerordentlichen, übertrug, wobei er wohl davon ausging, daß letztere, welche vom Ministerium noch mehr zu hoffen hätten, als die ordentlichen, demselben leichter zu Willen sein würden.

Daß der Verfassungsbruch von 1850 auf so wenig Widerstand im Lande stieß, ja sogar vielfach Billigung fand, erklärt sich zumeist aus den Nachwirkungen des unseligen Maiaufstandes 1849, welche machten, daß ein sehr großer Theil der Geschäftsleute und Besitzenden vor jedem Gedanken an irgend eine neue politische Bewegung ängstlich zurückscheute. Eine ehrenwerthe Ausnahme machte ein hochconservativer Graf Hohenthal-Püchau, der einen scharfen Protest gegen den Staatsstreich veröffentlichte, zugleich, wie auch Herr v. Carlowitz, aus Sachsen für immer fortging.

Es bestätigte sich hier auf's Neue die auch sonst schon öfter gemachte Erfahrung, daß, wie ein Uebermaß von Reaction schließlich leicht Bewegungen von unten hervorruft, und das Bewußtsein, zu weit gegangen zu sein, dann gewöhnlich den Widerstand der Regierenden gegen diese Bewegungen lähmt, so ein Mißbrauch der Freiheit eben so leicht zu Gewaltstreichen von oben ermuthigt und das Volk zum passiven Geschehenlassen solcher geneigt macht.

Drittes Capitel.

Publiciſtiſche Thätigkeit in Sachen Schleswig-Holſteins und Kurheſſens. — Die Sammelſchrift „Germania“ (1851 und 1852).

Meine Thätigkeit im ſächſiſchen Landtage hatte mich nicht verhindert, die allgemeinen deutſchen Angelegenheiten fortwährend im Auge zu behalten. Während des Landtages ſelbſt hatte ich theils ſchriftliche, theils perſönliche Beziehungen unterhalten ſowohl mit preußiſchen als mit hannoverſchen Geſinnungsgenoſſen, von denen letztere in der gleichen Lage wie wir in Sachſen ſich befanden. Denn auch Hannover war von der „Union“ abgefallen*). Ein hannoverſcher Abgeordneter unſerer Partei ſchrieb mir:

> Da Sie zum Berichterſtatter in der deutſchen Frage gewählt ſind, ſo lege ich Ihnen unſeren traurigen Beſchluß in authentiſcher Form bei. Ob Sie mehr erreichen, als wir, wer weiß es? Berlin operirt ſo verkehrt, daß hier ſelbſt die entſchiedenſten Gothaner in's Schwanken gerathen. Ich fürchte, auch Ihre Hoff-

*) „Union“ ſollte urſprünglich das nach dem Wunſche der preußiſchen Regierung mit Oeſterreich zu errichtende Bündniß heißen; der Name ward aber auf das zwiſchen Preußen und den kleineren Staaten zu Stande gekommene Bündniß übertragen.

nungen auf Erfurt dürften von Tag zu Tag kleiner werden. Es weht ein eisiger Nordwind durch unser armes Vaterland, der selbst tüchtige Leute schwach macht und sie ihre Vergangenheit mit Füßen treten läßt. Unsere Kammern sind in ihren Mehrheiten so schwachmüthig, wie es nur je vor dem März der Fall sein konnte; dabei haben diese Leute eine solche Angst vor einem Ministerwechsel, daß Alles, was Stüve will, ihnen wie ein Befehl gilt. Vorläufig sind wir bis zum 28. Februar vertagt, um den, fast aus lauter „Stüvianern" zusammengesetzten Ausschüssen Zeit zum Arbeiten zu geben. Möge es Ihnen in Dresden besser gehen, obgleich die öffentlichen Nachrichten nicht sonderlich lauten!

Von den Mitgliedern des Unions-Parlaments suchten mich zwei, Max Duncker und Graf Dyrhn, in meinem Tusculum auf dem Kuhthurm bei Leipzig auf. Ich erwiderte diesen Besuch während unserer Kammerferien zu Ostern und verweilte einige Tage in Erfurt, wo ich viele der alten Parteifreunde aus Frankfurt (Gagern, Simson, Rießer, Böcking, Hergenhahn, Rüder u. A.) wiederfand und neue — besonders aus Preußen — hinzugewann. Auch Herrn von Carlowitz traf ich dort, der mitten aus seiner parlamentarischen Thätigkeit in Dresden heraus vom König von Preußen zum Commissar beim Unions-Parlament ernannt worden war. (Herr von Carlowitz hatte sich inzwischen in Preußen angekauft.) Ich saß an der table d'hôte neben ihm; er begrüßte mich freundlich, verhielt sich aber während der ganzen Tischzeit schweigend; offenbar war er bedrückt durch die unerquickliche Rolle, die ihm — bei der zweideutigen Haltung der preußischen Regierung gegenüber dem Parlament — zugefallen war. Er hat sich später gegen einen Vertrauten bitter darüber beklagt. „Er habe," hat er gesagt, „das Commissariat erst dann angenommen, als König Friedrich Wilhelm IV.

ihm persönlich die feste Versicherung gegeben, daß es seiner Regierung mit dem Zustandebringen der Union voller Ernst sei.“ Herr v. Radowitz, der andere Commissar, nahm die Sache leichter. Er half sich damit, den Mangel entscheidender Thaten, der auf Seiten der preußischen Regierung immer mehr hervortrat, durch um so schöner klingende Redensarten zu verdecken. Gerade damals, als ich nach Erfurt kam, hatte er im Ausschusse des Volkshauses eine seiner hochtönenden Reden gehalten. In jenem orakelhaften Tone, den man an ihm kannte, hatte er gesagt: „es gebe viele Wege, auf denen das junge Unionswerk zerstört, vielleicht kaum einen, auf dem es sicher an's Ziel geführt werden könne.“ Und dann hatte er mit jener eisernen Ruhe, die von Vielen als das Zeichen einer unfehlbaren Ueberzeugung betrachtet ward, dem Ausschuß auseinandergesetzt, daß, wenn das Parlament die Sache der Union fördern wolle, es den von den Regierungen ihm vorgelegten Verfassungsentwurf nicht etwa einfach annehmen dürfe, sondern abschwächen (also verschlechtern) müsse.

Die Männer unserer Partei waren über eine solche in der That unerhörte und wohl noch nie dagewesene Zumuthung im höchsten Grade entrüstet. Besonders mein Freund Rießer, in dessen Charakter strengste Wahrhaftigkeit den Grundzug bildete, konnte sich gar nicht darüber zufrieden geben.

Aus diesen mysteriösen Andeutungen ging jedenfalls so viel hervor, daß die preußische Regierung und der König schon entweder den Muth oder die Lust verloren hatten, das von ihnen begonnene Werk unbeirrt durchzuführen, daß sie

entweder vor Oesterreich und dem hinter diesem stehenden Rußland zurückwichen, oder daß sie sich jener specifisch preußisch und nebenbei absolutistisch gesinnten Partei zuneigten, die im Erfurter Parlament durch mehrere sehr entschiedene und talentvolle Redner, wie Stahl, vertreten war und die in dem parlamentarischen Bundesstaate eine Gefahr für Preußen erblickte. Schon munkelte man auch von einem bevorstehenden Abfall Kurhessens, also der Herausbrechung eines neuen Steines aus dem Bau der Union, durch österreichische Intriguen. Kein Wunder, wenn die Stimmung unter unseren Freunden in Erfurt eine äußerst gedrückte war und ich von dort eben so wenig einen ermuthigenden Eindruck mit mir nehmen konnte, als ich einen solchen dahin gebracht hatte.

Nach meiner Rückkehr vom Landtage wendete ich meine Thätigkeit (abgesehen von dem Schriftchen gegen den Beust'schen Staatsstreich) ausschließlich den allgemeinen deutschen Angelegenheiten zu. In erster Linie dieser stand damals das unglückliche Schicksal der Schleswig-Holsteiner. Dieselben waren von Preußen aufgegeben, das seinen Frieden mit Dänemark gemacht hatte. Wollten sie nicht ihren Erbfeinden, den Dänen, sich widerstandslos unterwerfen, so mußten sie mit ihren alleinigen Kräften den Kampf gegen diese bestehen. Der entschiedene Entschluß, den sie faßten, dies zu thun, und das opferwillige Eintreten dieses wackeren Stammes für sein Recht und seine deutsche Nationalität sachte auch im übrigen Deutschland noch einmal einen Funken der Begeisterung aus der Asche der tief niedergebrannten nationalen Hoffnungen an. Freiwillige eilten unter die Fahnen Schleswig-Holsteins, darunter als

einer der Ersten der ehemalige Präsident des Parlaments und des Reichsministeriums, Heinrich von Gagern.

Früher schon war ein jüngerer Abgeordneter zum Parlament, Hans von Raumer, ebendahin abgegangen. Er war schon in Gotha in der Uniform eines schleswig-holsteinischen Jägers erschienen. Bekanntlich ward dem ehrenvollen, wenn auch nicht glücklichen Kampfe der Schleswig-Holsteiner gegen die Dänen dadurch ein Ziel gesetzt, daß ein österreichischer und ein preußischer Commissar an der Spitze einer Abtheilung österreichischer Truppen im Namen des wiederhergestellten Bundestages dieselben zwangen, die Waffen niederzulegen und sich auf's Neue dem dänischen Joche zu beugen.

Hans von Raumer, dieser prächtige Mensch, kehrte zwar unverwundet, aber mit dem Keime eines tödtlichen Nervenfiebers zurück (wohl wesentlich mit eine Folge der tiefen seelischen Erschütterung über das so schmachvolle Gebahren Deutscher gegen Deutsche) und starb nicht lange darauf. Bald nach seiner Heimkehr (am 24. Januar 1851) hatte er mir Folgendes geschrieben:

> Sie werden sich kaum darüber wundern, daß Sie einen aus Baiern datirten Brief von mir erhalten; für einen Menschen, der blos aus dem Grunde nach Schleswig-Holstein gegangen war, um beim letzten Kampf für des Vaterlandes Recht und Ehre nicht zu fehlen, war nichts mehr daselbst zu suchen, nachdem die Macht der Verhältnisse den Verzicht auf den Kampf nothwendig gemacht und die Regulirung der Rechtsfrage einer Diplomatie in die Hände geliefert hat, die das wackere, vielgeprüfte Volk von einer Entwürdigung zur anderen nöthigen wird. Dies Trauerspiel kann ich ebensogut aus meiner trostlosen baierischen Heimath mitansehen.

Auch ein ehemaliger Mitarbeiter meiner „Monats-

ſchrift", von dem ich lange nichts gehört, Alexander v. Rüſtow, hatte für Schleswig-Holſtein ſo lange mitgekämpft, bis den tapferen Streitern von den eigenen Landsleuten die Waffen aus den Händen geriſſen wurden. Er ſchrieb an mich aus Brandenburg am 5. December 1851:

> Gedrängt von meiner Neigung, trat ich im Frühjahr 1850 in die ſchleswig-holſteinſche Armee, diente hier im Generalſtabe und als Batteriechef, focht als ſolcher glücklich bei Miſſunde, verblieb nach Auflöſung der alten Armee im Contingent und bin ſeit der vor Kurzem erfolgten Ueberlieferung der Letzteren an die Dänen außer aller Thätigkeit.
>
> Eingedenk der gütigen Theilnahme, die Sie, hochgeehrter Herr, meinen erſten literariſchen Arbeiten geſchenkt, wende ich mich vertrauensvoll mit der Bitte an Sie, mir zur Wiederanknüpfung literariſcher Verbindungen behilflich ſein zu wollen. Wenn meine Neigung und die reichen Erfahrungen der letzten Jahre, die mich in die verſchiedenſten Stellungen führten, zur Bearbeitung militäriſcher Themata mich vorzugsweiſe befähigen würden, ſo glaube ich doch durch Uebung und vermehrte, weil beſtimmten Zwecken geltende Aufmerkſamkeit auch für die Beſprechung allgemeiner politiſcher Tagesfragen Stoff und Geſchick erwerben zu können.

Dem wackeren Manne war Beſſeres, als eine ſolche journaliſtiſche Thätigkeit, beſchieden. Es glückte ihm, 1852 in die preußiſche Armee wieder einzutreten und mit dieſer, 1864 gut machen zu helfen, was Preußen 1850 an Schleswig-Holſtein geſündigt. Als Führer einer Artillerieabtheilung beſtand er erſt ein rühmliches Gefecht bei Ravenskoppel und wirkte dann durch Beſchießung der däniſchen Kriegsſchiffe vom Flensburger Hafen aus zu dem glorreichen Uebergange nach Alſen mit. Im Kriege von 1866 hatte er einen nicht unrühmlichen Antheil an

dem Siege von Gitschin und an der standhaften Zurückweisung der österreichischen Angriffe von den Höhen bei Chlum, dann wieder an der Entscheidungsschlacht von Königgrätz. In dieser ward er schwer verwundet und starb im Hospital zu Horzitz an der Cholera, jedenfalls völlig ausgesöhnt mit seinem preußischen Vaterlande, dessen unbefriedigende politische Verhältnisse einst ihn und seinen Bruder Wilhelm aus den Reihen der preußischen Armee vertrieben hatten.

Zur Unterstützung der braven Schleswig-Holsteiner mit Geldmitteln wurden damals allerwärts in Deutschland Sammlungen veranstaltet. In manchen Staaten jedoch, auch in Sachsen, stießen solche auf polizeiliche Hindernisse. Ich hatte mich an ein paar Gesinnungsgenossen vom Landtage her, den Pfarrer Kalb und meinen Freund Funkhänel, mit der Bitte gewendet, in ihren Kreisen dergleichen Sammlungen einzuleiten. Darauf antwortete mir Kalb am 31. Juli 1850:

> Ich habe um die Erlaubniß nachgesucht, wenigstens für „die verwundeten Krieger der schleswig-holsteinschen Armee" eine öffentliche Sammlung zu veranstalten; aber auch dieses, rein auf humane Motive begründete Gesuch ist mir vom Ministerium des Innern durch die Rochlitzer Amtshauptmannschaft abgeschlagen worden mit dem überflüssigen Hinweis darauf, daß es mir unverwehrt sei, von selbst eingehende Gaben anzunehmen. Aber solche fließen hier spärlich ohne vorausgegangene öffentliche Aufforderung. So führt der Mangel an nationalem Patriotismus bis zur Unmenschlichkeit! Doch will ich versuchen, was sich indirect thun läßt.

Kalb kam bei dieser Gelegenheit auch auf unsere gemeinsame Thätigkeit im Landtage zurück. Er war dort ein hervorragendes Mitglied des Centrums gewesen. Nun schrieb er:

Vor Kurzem hatte ich den Besuch einiger Mitglieder unserer Centrumspartei. Keiner von uns bereut seine Wirksamkeit auf dem letzten Landtage; ich selbst freue mich sogar manches scharfen Wortes; es war prophetisch.

Dann fügte er hinzu:

Sie glauben kaum, wie das Verfahren von oben das Volk demoralisirt und die, leider geringe, Zahl gebildeter, selbständiger Männer indignirt. Ueberall wird das materielle Wohl, das sinnliche, egoistische Interesse der Gott Moloch, der jeden idealen, moralischen Aufschwung vernichtet. Wir aber bleiben fest bei dem, was wir wollten und wie wir es erstrebten!

Funkhänel hatte mir schon am 15. Juli geschrieben:

Auch ich bin für Hilfsvereine der von Dir vorgeschlagenen Art, jedoch auch mit Dir für das Abwarten dazu passender Vorgänge in Schleswig-Holstein. Vielleicht wird die schaudererregende Apathie unserer kalten Hundstage durch die Sympathien für die Leiden und die Opferfreudigkeit Jener, die sich bald schämen möchten, daß wir mit ihnen gemeinsam den deutschen Namen tragen, auf kurze Zeit besiegt. Ich werde dafür ebenso gern thätig sein, wie auch Kalb, obgleich ich mich für jetzt trostlos vergebens nach Männern umsehe, welche nebst uns dazu bereit sein werden.

Da es mit Sammlungen so wenig tröstlich aussah, griff ich zu einem andern Mittel, um wenigstens einiges Geld für die schleswig-holsteinische Sache zusammenzubringen. Ich schrieb ein Flugblatt von etwa Einem Bogen, worin ich das Recht Schleswig-Holsteins und die Pflicht Deutschlands, ihm zu helfen, nachdrücklich betonte. Der mir befreundete Buchdruckereibesitzer R. Härtel druckte dasselbe umsonst (die unentgeltliche Ueberlassung des dazu nöthigen Papiers, um die ich eine der angesehensten Leipziger Papierhandlungen anging, ward mir verweigert); ich versandte es massenweise an Gesinnungsgenossen im ganzen Lande (zum Preise von 20 oder 25 Pf. das Exemplar) und

brachte auf dieſe Weiſe doch über 1200 Mark zuſammen, die ich an das Hamburger Comité für Schleswig-Holſtein einſendete.

Das war leider Alles, was ich in dieſer Sache thun konnte. Der Aufforderung, ſelbſt nach Kiel zu kommen und als Publiciſt von dort aus die öffentliche Meinung in Deutſchland für Schleswig-Holſtein erwärmen zu helfen, welche ein mir befreundeter ehemaliger Frankfurter an mich richtete, der ſelbſt in ſolcher Stellung ſich äußerſt thätig erwies, vermochte ich zu meinem aufrichtigen Bedauern, meinen ganzen Verhältniſſen nach, nicht zu entſprechen.

Nächſt der ſchleswig-holſteiniſchen Frage war es die kurheſſiſche Angelegenheit, welche mich am lebhafteſten beſchäftigte. Nicht lange nach dem Staatsſtreich vom 3. Juni, der uns in Sachſen betroffen hatte, weil wir der alt-bundestäglichen Politik Beuſt's beharrlichen Widerſtand geleiſtet (der Volksmund taufte deshalb den Landtag von 1849—50 den „Widerſtandslandtag"), verſuchte das Gleiche in Kurheſſen der Miniſter Haſſenpflug. Das dortige Märzminiſterium Eberhard-Wippermann, welches treu zur Union hielt, mußte beſeitigt werden, und an ſeine Stelle mußte ein Haſſenpflug treten („der Heſſen Fluch", wie er ſchon bei ſeiner früheren miniſteriellen Wirkſamkeit daſelbſt genannt worden war) — Alles nur, damit Kurheſſen gleich Sachſen und Hannover von der Union abgelöſt und dieſe vollends geſprengt werde. Das Hinderniß, welches für dieſen Schritt die kurheſſiſche Kammer bot, die ebenfalls nichts vom alten Bundestag wiſſen wollte, beſeitigte Haſſenpflug in derſelben Weiſe, wie es in Sachſen Herr von Beuſt gethan. Nur ging er etwas plumper

zu Werke, indem er rein absolutistisch — mit Ukasen — zu regieren versuchte. Dem setzte das wackere hessische Volk, einschließlich der Behörden, der Gerichte, ja der Offiziere, einen zwar streng gesetzlichen, aber dergestalt zähen Widerstand entgegen, daß Hassenpflug mitsammt seinem Herrn, dem Kurfürsten, aus dem Lande fliehen und die Hilfe des damals bereits von Oesterreich inscenirten Rumpfbundestages anrufen mußte.

Es kam nun Alles darauf an, ob Preußen seine Pflicht thun und das verfassungstreue kurhessische Volk gegen die Vergewaltigung durch jene vollkommen rechtlose Frankfurter Versammlung, welche sich Bundestag nannte, schützen werde. Darauf mit allen Mitteln der Presse hinzuarbeiten, erschien als eine gebieterische, wenn auch schwerlich erfolgreiche Aufgabe. Ich habe mich dieser Danaidenarbeit damals nach besten Kräften unterzogen. Da die „Deutsche Zeitung" eingegangen war, so schrieb ich Artikel in diesem Sinne für die in Braunschweig bei Vieweg (unter Baumgartens tüchtiger Leitung) erscheinende „Deutsche Reichszeitung".

Auch diese so gerechte Sache ging — Dank dem Ministerium Manteuffel! — hoffnungslos verloren!

Ich hatte, nachdem der Staatsstreich schon vollzogen, die Hoffnung auf ein Einschreiten Preußens zu Gunsten der verfassungstreuen Kurhessen aber noch nicht geschwunden war, auf das Gerücht hin von einer günstigen Wendung dort und einem möglichen Wiedereintritt des Ministeriums Eberhard-Wippermann, an den Letztgenannten, dem ich in Frankfurt näher getreten war, Glückwünsche geschrieben. Darauf antwortete mir dieser unterm 25. October 1850

(alſo noch vor dem Tage von Olmütz) in wenig hoffnungsvoller Stimmung Folgendes:

Verehrteſter Herr! Für die Theilnahme an dem Verlaufe unſerer öffentlichen Angelegenheiten bin ich Ihnen ſehr dankbar. Man findet doch immer Beruhigung darin, wenn man ſieht, daß man in ſo ſchweren Dingen nicht von Männern gemißbilligt wird, auf deren Urtheil man mit Recht einen Werth legen darf. Das Schwerſte ſcheint uns noch bevorzuſtehen; von einem Miniſterwechſel (einer Wiederbeſeitigung Haſſenpflugs) ſind wir ſehr fern. Was darüber geſagt wurde, iſt in Beziehung auf mich wenigſtens nur ein Gerücht geweſen.

Caſſel, 25. October 1850.

Ihr
ergebenſter
Wippermann.

So war denn unſere Partei aus allen ihren Poſitionen herausgeſchlagen! Die Union, dieſer letzte, wenn auch ſchwache Reſt der Frankfurter Reichsverfaſſung, Schleswig-Holſtein, Kurheſſen, Alles war hingeopfert an Oeſterreich und ſeine Bundesgenoſſen! Unſer einziger Troſt — freilich ſelbſt ein ſehr ſchmerzlicher! — war der, daß es nicht unſere beſondere Parteiſache, ſondern die Sache der ganzen Nation war, für die wir gekämpft hatten und mit der zugleich wir jetzt unterlagen.

Für den Augenblick war nichts mehr zu machen. Eine direct politiſche, d. h. parlamentariſche Thätigkeit, auch wenn ich zu einer ſolchen unter ſo troſtloſen Umſtänden mich hätte entſchließen mögen, war mir verſagt, denn in den „alten Ständen“ gab es für mich keinen Platz. Aber auch eine Wirkſamkeit in der Tagespreſſe war dem Sachſen außerordentlich erſchwert durch die drakoniſchen Preßordonnanzen des Miniſteriums, welche die Zeitungen vollſtändig in die Gewalt der Regierung gaben. Unter

diesen Umständen kam mir ein Anerbieten ganz gelegen, welches von der Leipziger Verlagsbuchhandlung Avenarius und Mendelssohn um diese Zeit an mich gelangte. Dieselbe ging damit um, eine Sammelschrift zu begründen, welche in größeren wissenschaftlich gehaltenen Artikeln theils wichtige Partien aus der deutschen Vergangenheit, theils Fragen von allgemeinem Interesse aus der Gegenwart behandeln sollte, um das Interesse der Nation an ihren allgemeinen Angelegenheiten möglichst wach zu erhalten und sie vor dem Versinken in Apathie zu bewahren. Deren Leitung hatten sie mir zugedacht. Bei den so trostlosen öffentlichen Zuständen, der weit verbreiteten Abspannung im Volke, dem Ekel selbst vieler der Höhergebildeten an jeder auch nur an's Politische streifenden Thätigkeit erschien freilich ein solches Unternehmen ebenso schwierig in seiner Durchführung als nicht eben sehr aussichtsvoll in seinen Erfolgen. Indessen es mußte gewagt werden.

Mein erstes Geschäft war, mich nach tüchtigen Mitarbeitern umzuthun, und natürlich dachte ich dabei zunächst an die vielen namhaften Gelehrten unter meinen ehemaligen Frankfurter Collegen und Gesinnungsgenossen, und wandte mich an eine Anzahl solcher mit der Bitte um Unterstützung. Um ferner das Unternehmen unter den Schutz eines möglichst populären Namens zu stellen, ersuchte ich den ehrwürdigen E. M. Arndt, mit dem ich in der Paulskirche bekannt geworden war, eine Art von Protectorat desselben zu übernehmen. Und der liebenswürdige Greis sagte bereitwillig zu.

Die Schrift erschien unter dem Titel: „Germania, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der deutschen

Nation, herausgegeben von einem Verein von Freunden des Volkes und Vaterlandes, eingeführt durch Ernſt Moritz Arndt.“ (Leipzig, bei Avenarius und Mendelsſohn, 1851, 1852).

Der treffliche Mann zeigte ſowohl in ſeinen Briefen an mich, wie in den Worten, womit er das Unternehmen einleitete und gleichſam einweihte, die ganze unverwüſtliche Friſche ſeines Geiſtes und jenen unzerſtörbaren Glauben an „die Ewigkeit ſeines Volkes“, dem er einſt in der Paulskirche ſo warmen und begeiſternden Ausdruck gegeben hatte. Hier die Hauptſtellen aus ſeinen Briefen!

Bonn, den 25. des Erntemonds 1850.

Dank für Ihr Andenken, lieber Freund, und für die willkommenen Sendungen! Ihre Erinnerung iſt bei mir im Herzen und im Munde wohlbewahrt. Was die beiden Sendungen betrifft, ſo iſt die letzte an die Thoren, die Friedenspropheten Burritt und Richards, die mich hier ein paar Mal perſönlich angelaufen haben, faſt zu glimpflich und zu deutſchbeſcheiden abgefaßt*). Auf die erſte Sendung und ihren Inhalt hätte ich Ihnen ſchon früher geantwortet, wenn ich nicht mehrere Tage leider an Leib und Seele unwohl geweſen wäre. Dem Leibe iſt für den Augenblick wenigſtens wieder wohler; an der Seele müſſen, wie die Dinge eben in ſchändlicher Feigheit und Lügenhaftigkeit vor uns hinlaufen, wohl alle ehrliche Deutſche krank ſein. Ich ſende Ihnen hiebei, was Sie und Ihre Freunde verlangt haben. Ich konnte und durfte in meinem Sinn und aus meiner Art nicht anders ſprechen Möge

*) Es bezieht ſich dies auf einen „Offenen Brief an die Verſammlung der Friedensfreunde zu Frankfurt“, den ich hatte drucken laſſen. Ich erwiderte darin auf deren Einladung: „Jetzt ſei für das, in ſeinem höchſten Recht (auf Schleswig-Holſtein) angegriffene Deutſchland nicht die Zeit zu ſolchen Friedensdemonſtrationen. Sie möchten ſich an Dänemark adreſſiren.“

es Ihnen gefallen! Möge es in Ihrer Schaffenslaune geschrieben sein! Können Sie, wie es ist, es für Ihren Zweck nicht gebrauchen (d. h. es ganz und unverändert abdrucken lassen), so bitte ich, es mir baldigst zurückzusenden. Was künftige Mitwirkung und Mitarbeit an Ihrem Neuen angeht, so kann der überalte Greis da nicht viel mehr versprechen: er fühlt doch, daß er im 81. Jahre des irdischen Lebens pilgert, er kann nur sagen: Verremos. So viel in aller Kürze; ich habe mich heute schon heruntergeschrieben. Gruß und Freundschaft!

In deutscher Treue E. M. Arndt.

Bonn, den 26. November 1850.

Kürzest, theurer Freund, ein paar kurze Worte, wie die Zustände meiner ältesten Tage und die Unruhen, die sie und die geschwind wirbelnde und umrollende Zeit geben und erlauben: a) Jene bekannten Einleitungsworte überlasse ich Ihnen, ob Sie dieselben mit abdrucken lassen wollen oder nicht. Sie scheinen mir noch zu passen — gleichsam eine zweite, andere zu schreiben, wüßte ich im jüngsten Gange der Dinge keine Veranlassung. b) Es geht dem Alten, der bald von seinem 81. Lebensjahre eingeholt ist, weder aus dem Gehirn noch mit der Hand nicht mehr geschwind. Wenn ich Ruhe gewinnen kann, werde ich sehen, ob ich vielleicht in einigen Monaten der Zeitschrift auch etwas liefern kann aus lebendiger Anschauung heraus, deren ich viel über die Völker zu ihrer Zeit gehabt habe, z. B. über ihre ethische, geistige, politische Stellung zu uns. c) Ihre Hoffnungen, daß Preußen sich doch noch ermannen und gutes Leben in die deutsche Bewegung bringen könne, möchte ich sie doch theilen können! Selbst einen Krieg könnt' ich wünschen, wenn als Grund und Ziel desselben das Edle, Freie und Deutsche vorangestellt und in solchem Sinn wirklich gekämpft würde. Aber ich sehe den Mann und die Männer nicht, die Solches wollen und führen könnten. Gebe Gott, daß uns der preußische Reichstag irgend ein Belebendes, Erquickendes, die Halbheit und die Feigheit Entblößendes und Zermalmendes bringe! Welches Herz ist nicht zerrissen von Hessens und Holsteins Lage, und was man Oesterreich und seinen Trabanten

gegen ſie erlaubt*)? Andere Unruhe, welche eben Herz, Haus und Geldbeutel in dieſen Wochen anſtößt, werden Sie begreiflich finden, wenn ich Ihnen erzähle, daß nun vier meiner Söhne mit preußiſchen Landwehren ausziehen, von welchen der jüngſte noch in Holſtein bei den Jägern ſteht. — Alles dies gern, wenn's nicht bloßem Schein, ſondern Vaterland und Recht und Freiheit gelten ſoll; aber Menſchenherz bleibt doch Menſchenherz, wenn das meinige auch nicht aus weichlichem Teige geformt iſt. Adel In deutſcher Treue Ihr E. M. Arndt.

Bonn, den 10. des Wintermonds 1851.

Spät, theurer Freund, zu ſpät antworte ich Ihnen auf Ihre letzte Sendung vom 13. December, die richtig in meine Hände gekommen und wovon das Päckchen an Dahlmann abgeliefert worden. Dieſe Verſpätung liegt nicht in meiner Art, ſondern in einem, wie Gott es uns zuweilen zuſammenwirft, Zuſammenſtoßen ſo verſchiedener plagender Menſchen, Geſchäfte und Verdrießlichkeiten, die den alten Mann die letzten Wochen auseinandergeriſſen und faſt zerriſſen haben, wozu Sie ſich noch das andere Mitniederreißende, woran alle Guten jetzt wohl kranken, weiter denken können. Kurz, ich bin ſo gehetzt geweſen und auch mitunter unbaß, daß ich die Aufſätze in der „Germania" kaum nur im Ganzen habe durchlaufen, aber nicht durchleſen gekonnt. Es iſt auch ſonſt hier in der Stadt und ſelbſt in meinem Hauſe durch fortwährende Einquartierungen, Ausrüſtungen und Hin- und Hermärſche mehrerer meiner Söhne und durch andere Plagen, welche die nichtigen Manteufeleien herbeiführen, fortwährende Unruhe geweſen, wodurch der ſtille Muſenſitz im Gehirn begreiflich keine wärmenden und zündenden Beſtrahlungen des geiſtigen Sonnenſcheins empfangen kann. Ob ich dazu kommen werde, auch einige Bogen für die „Germania" zu liefern, ſteht noch dahin. Die Luſt iſt freilich da, und einige Embryonen ſcheinen ſich zuweilen ſchon

*) Damals war es auch, wo Arndt die Verſe ſchrieb:
„Wohl Vieles wird vergeben und vergeſſen,
Doch nimmer Schleswig-Holſtein, nimmer Heſſen!"

Anderem es bringen könnte. Darum, lieber Freund, Du ergänzest Dir schon all das flüchtig hier Hingeworfene, fasse Alles zusammen und Du wirst mir's gewiß nicht verargen, daß ich mich jetzt zu einer so abziehenden Arbeit nicht verbinden kann. Ich finde den Plan des Werkes so, daß ich nichts mehr hinzuzusetzen wüßte. Ich reiste durch Baden und Württemberg: wie gräßlich ist das herrliche Baden verwüstet, und die Jesuiten sind jetzt dort in voller Thätigkeit, während überall sich die schauderhafteste Corruption aufthut, indem das Denuncianten- und Spionirwesen in höchster Blüthe steht. Wer eine Privatrache auszuüben hat, denuncirt frischweg und ist des Erfolges gewiß. In Württemberg hat man die Menschen politisch zerklüftet. Dennoch ist dort mehr politisches und nationales Bewußtsein (wie im Süden überhaupt), als hier. Wir suchen bei der allgemeinen Stumpfheit hier für Schleswig-Holstein zu thun, was möglich ist.

Dresden, den 28. September 1850.

Du hast Recht, lieber Biedermann, wer unmittelbar für das politische Leben zu wirken berufen ist, darf nicht rasten, darf nicht auf das mächtige Donnerwetter mit Regen und Blitz thatlos warten, sondern muß einstweilen die Wiesen wässern, Dämme und Schleusen bauen ꝛc. Ich finde es darum nicht nur gut, sondern auch tapfer von Dir, daß Du das, gewiß ersprießliche Werk friedlicher Belehrung auf literarischem Wege neu aufnimmst. So sehr ich nun auch Dein Unternehmen billige und ihm allen Erfolg wünsche, kann ich doch zu meinem innigen Bedauern (Du weißt ja, wie gern ich Dir zur Seite bin) Deinen Wünschen nicht entsprechen. Wird mein Name genannt, so weiß ich, daß man von mir eine thätige Mitwirkung erwartet und erwarten muß, und da ich das voraussichtlich nicht erfüllen kann, muß ich ganz mit Stillschweigen übergangen werden. Nicht wahr, Du erkennst dies in Deiner gerechten Weise und bleibst mir stets der Alte, wie ich bin Dein Freund Berthold Auerbach.

Einer der Verzweifeltsten war R. v. Mohl. Er schrieb:

Heidelberg, den 30. November 1850.

Welche Zeiten! Es ist doch in der That ohne Beispiel, daß eine große Nation so zu Grunde geht an der völligen Heillosig-

keit einiger weniger Menſchen. Wir haben durch Handeln und Unterlaſſen viel geſündigt; allein dies haben wir nicht verdient. Es iſt zum Raſendwerden, wohin man ſieht! Was wird dies für eine Abrechnung geben! Indeſſen — Gott befohlen! Das Lamentiren ändert doch nichts.

Beinahe noch peſſimiſtiſcher äußerte ſich der alte wackere Stenzel, Profeſſor in Breslau. Am unmittelbarſten drückte natürlich die traurige Lage Schleswig-Holſteins auch auf die ſtärkſten Geiſter der dabei unmittelbar Betheiligten. Droyſen, damals noch in Kiel, ſchrieb mir unterm 19. November 1850, wo zwar das Schickſal der Herzogthümer noch nicht beſiegelt war (der verhängnißvolle Tag von Olmütz war bekanntlich der 29. November 1850), wo aber doch Niemand ſich mehr über das, was kommen werde, täuſchen konnte:

Wir ſind im Beginn eines Kampfes, in dem ſich zeigen muß, wie ſtark unſere geiſtigen Bataillone gegen Bajonette und diplomatiſche Stilette ſind. Sie in Sachſen ſind übel daran, wir noch um etwas übler. Aber es iſt in uns Niederſachſen eine Zähigkeit, Trotzigkeit und naßkalte Nüchternheit, daß alle dieſe Miſère uns nur Ekel empfinden läßt. Wir bleiben einſtweilen ſcharf am Winde; wir warten ab, bis die Croaten hier ſind, das Weitere muß ſich dann finden. Oh, daß man in Berlin einen Tropfen von dieſem Blute hätte — gehabt hätte, denn jetzt würde es kaum mehr helfen!

Aus einem etwas früheren Stadium der ſchleswig-holſteiniſchen Kriſis (am 12. September 1850) hatte mir Lorenz Stein, damals auch in Kiel, geſchrieben:

Die Nähe des Feindes, die Vorbereitungen zur Landesverſammlung, bei der ich Abgeordneter bin, die Kriegsunruhe, die Cholera und die jetzige wirkliche Eröffnung der Landesverſammlung, endlich die geſpannteſte Erwartung auf den Angriff auf die Dänen, der jetzt endlich definitiv beſchloſſen ſcheint, haben mir die Muße

genommen, recht ernstlich über Ihr großartiges Unternehmen nachzudenken. Seien Sie versichert, daß, sobald die Verhältnisse mich wieder einen ruhigen Gedanken fassen lassen, ich mit Vergnügen Ihnen nützlich zu werden hoffe; aber freilich kann in unseren armen, hartbedrängten Herzogthümern Niemand für das Nächste und nicht einmal für das Entferntere einstehen.

Vom entgegengesetzten Ende Deutschlands, aus Württemberg und Baden, gab der rührige Publicist Aurelio Buddeus folgenden, wenig tröstlichen Bericht über die dortigen Zustände:

Ich kann wahrlich nicht sagen, daß mich meine Tour durch Württemberg und das badische Oberland aufgeheitert hätte. Es giebt keine eigentlichen Parteien und Ueberzeugungen mehr, es giebt nur zwei Stimmungen: eine wahrhaft entsetzliche Erbitterung gegen Alles, was sich als Autorität gerirt, und eine gänzliche Indifferenz. Ein Gedanke, Eine Erwartung, Eine Ueberzeugung geht aber durch alle Schichten, das Bewußtsein, daß ein radicalster und gewaltigster Bruch — unabwendbar, wie ein Erdbeben oder eine Ueberschwemmung — baldigst bevorstehe. Hoffend sieht ihm selbst die Demokratie nicht entgegen; wohin er führen soll, das ist Niemandem auch nur entfernt klar. So lange ich die Welt zu beobachten Gelegenheit habe, ist mir noch niemals in irgend einer Richtung eine solche Allgemeinheit gleichartiger Erwartung großer, unberechenbarer Ereignisse, einer vollkommen radicalen Vernichtung des Bestehenden, entgegengetreten, wie in diesen letzten Wochen. Niemand macht Geschäfte oder andere Pläne auf Monate hinaus; Jeder thut nur das Augenblickliche ab und nimmt nachher wieder etwas Augenblickliches auf. Kein Verhältniß consolidirt sich; es ist eine gewisse Zersplitterung, die nach den verschiedensten Seiten hin zu einem Quasi-Leichtsinn, zu einer Quasi-Insolidität führt. Man lebt wie in Zelten, weil man dem Boden nicht eine Secunde traut, worauf man die Häuser bauen müßte. Die Presse schweigt wundersamer Weise darüber, als wäre dies Alles etwas Natürliches und Selbstverständliches.

Nicht beſſer klang es in dem Briefe eines (unlängſt verſtorbenen) Frankfurter Freundes und Parteigenoſſen:

Nur mit Schmerz kann man die Feder ergreifen, wenn man ſieht, daß auf tolle Ueberſtürzungen der Demokratie nur noch wahnſinnigere Ueberſtürzungen der Reaction folgen, die um ſo verdammenswerther ſind, als deren Urheber wenigſtens alle zurechnungsfähig ſind. Auch Preußen, der wahre Halt Deutſchlands, iſt nun geopfert, und durch ſein eigenes Miniſterium! Doch denke ich auch wie Sie: ſelbſt in ſo jammervoller Zeit für unſer Vaterland ſoll man nicht verzweifelnd den Poſten verlaſſen, und, iſt auf dem einen jede Wirkſamkeit unmöglich geworden, ſo ſuche man ſich einen andern! Es gilt jetzt, während der kommenden Zeiten eine wahrhaft conſtitutionelle Partei heranzubilden in Deutſchland und ſie möglichſt zu vergrößern, damit, wenn wieder einmal ein Umſchwung kommt, man nicht wieder einem Extrem, einer äußerſten Reaction gegen die jetzige Reaction und dann umgekehrt, in die Hände falle. Darauf hin wird in verſchiedenen Verhältniſſen durch verſchiedene Mittel hingearbeitet werden müſſen, und ſchon aus dieſem Grunde, da das nationale Gefühl wach erhalten werden muß, billige ich von ganzen Herzen Ihr Unternehmen mit der „Germania".

Etwas muthiger ließ ſich Duckwitz, der ehemalige Reichshandelsminiſter, vernehmen. Er ſchrieb mir von Bremen aus unterm 2. September 1850:

Es freut mich immer ſehr, wenn ich bemerke, daß die Beſtrebung, unſerem Vaterlande Dasjenige zu ſchaffen, was ihm Noth thut, noch immer bei ſo vielen tüchtigen Männern rege bleibt. So begrüße ich denn auch mit Freuden Ihr neues Unternehmen und wünſche demſelben das beſte Gedeihen. Gewiß aber haben Sie vollkommen Recht, wenn Sie ſagen, daß die Erreichung Ihres Zweckes davon abhängt, daß eine hinreichende Zahl patriotiſcher und einſichtsvoller Männer daſſelbe ſtützen. In den meiſten Fächern werden ſolche Männer nicht fehlen, aber in demjenigen Fache, in welchem Sie von mir Rath begehren, hapert es am allermeiſten. Sehe ich die Flut von Druckſchriften und

Zeitungsartikeln über commerzielle Fragen, womit in diesem Jahre wieder Deutschland überschwemmt ist, so werfe ich sie stets mit einem Gefühle von Bitterkeit zur Seite, weil aus allen der Egoismus, die Rechthaberei und ein Versteifen in abgedroschene Theorien sonnenklar hervorleuchtet. Fast Keiner will dem Wohle des Ganzen ein Opfer bringen, Jeder verschleiert lieber seinen Egoismus durch Sophistereien. Dazu kommt, daß unsere Gelehrten und Beamten mit den Verhältnissen des großen Welthandels und der Seeschifffahrt nicht gründlich bekannt sind, während unsere Kaufleute, denen eine solche Kunde beiwohnt, keine Neigung haben, sich in Federkriege einzulassen. Der hiesige preußische Consul, den ich versucht habe zu bewegen, Ihr Unternehmen durch Aufsätze zu unterstützen, erwiderte: „Es hilft ja doch Alles nichts; zehn Jahre lang haben wir gepredigt, und es ist nicht beachtet worden!“ So ist unter unsern Kaufleuten durchweg die Stimmung.

Immerhin war es eine stattliche Reihe hochachtbarer, zum großen Theil hervorragender Schriftsteller, welche mir ihre Mitwirkung mehr oder weniger bestimmt zusagten. Auch hat die „Germania“ in ihren beiden Jahrgängen (1851 und 1852) eine Anzahl tüchtiger Arbeiten von meist sehr namhaften Verfassern und aus den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens gebracht, so im Ersten Bande:

„Preußen und Oesterreich in ihrem Verhältniß zu Deutschland“ von Paul Pfizer; „Die Staats- und Rechtsverfassung Kurhessens in ihrer geschichtlichen Entwickelung“ (bis zu den neuesten Verfassungskämpfen) von Wippermann; „Deutsche Nationalerziehung“ von Diesterweg; „Die deutschen Kaiserdynastien und ihre Bestrebungen für die Einheit und Erblichkeit des Reichs“ von O. Abel; „Die deutsche Kleinstaaterei und ihre Folgen“ von L. von Rochau; „Deutsches Universitätsleben“ von Bechstein; „Deutschlands äußere und innere Bodengestaltung und ihr Einfluß auf die Culturverhältnisse des Landes“ von B. Cotta; „Die deutschen März-

miniſterien, I. Das Miniſterium Bekk in Baden" von L. Häuſſer; „Nord- und Süddeutſchland in ihrem Verhältniß zur Einheit Deutſchlands" von Paul Pfizer; „Schleswig-Holſteins Kriegsmarine 1848 bis 1850" von Wurm; „Die Fortſchritte der Chemie in Deutſchland, beſonders in ihrer Anwendung auf die Landwirthſchaft," von J. A. Stöckhardt; „Geſchichte der deutſchen Landwirthſchaft von den älteſten Zeiten bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts" von Langethal; „Albrecht Dürer und ſeine Zeit" von Stark; „Die Entwickelung des deutſchen Strafrechts" von Köſtlin; „Die Entwickelung des parlamentariſchen Lebens in Deutſchland" von Biedermann.

im zweiten Bande:

„Die chriſtlich-germaniſche Staatslehre und ihre Bedeutung in der Gegenwart" von H. von Sybel; „Scandinavien, Deutſchlands Stammverwandter und Nachbar" von E. M. Arndt; „Das Volksſchriftenweſen in Deutſchland" von H. Pröhle; „Der alte und der neue Bundestag" von B. W. Pfeiffer; „Süddeutſche Städte und Städtebündniſſe" von Klüpfel; „Deutſche Muſik im 16. Jahrhundert" von Joh. Voigt; „Die deutſchen Märzminiſterien, II. Heſſen-Darmſtadt und ſeine Märzminiſter"; „Das Märchen und ſeine Behandlung in Deutſchland" von Bechſtein; „Die materiellen Zuſtände der untern Klaſſen in Deutſchland ſonſt und jetzt" von Landau; „Die deutſchen Märzminiſterien, III. Preußen und ſeine Märzminiſter," von E. Frenedorff; „Das deutſche Volksſchulweſen von Luther bis auf unſere Zeit" von Kirchmann; „Die deutſche Landwirthſchaft im 19. Jahrhundert" von Langethal; „Der politiſche Journalismus in Deutſchland am Ende des Jahres 1851" und „Das deutſche Zeitungsweſen während der letzten 21 Jahre"; „Fortſchritte und Mängel der deutſchen Strafgeſetzgebung" von Köſtlin; „Die Verſuche zur Einigung Deutſchlands ſeit der Auflöſung des Reichs" (bis zum Jahre 1848) von Biedermann.

Gleichwohl konnte die „Germania" es nur auf zwei Jahrgänge bringen: die Ungunſt der Zeiten, die Abſpannung und Gleichgiltigkeit der gebildeten Kreiſe war zu groß!

Viertes Capitel.

Zerfall der Gagern'schen Partei.

Bei der Versammlung zu Gotha hatten noch am letzten Morgen (29. Juli) Verabredungen stattgefunden wegen einer festeren Organisation der Partei, regelmäßiger Einwirkungen auf die öffentliche Meinung durch die Presse u. dgl. m. Ein Comité von fünf Personen war zur Anordnung des Weiteren niedergesetzt worden. Allein dabei war es auch geblieben. Die Verhältnisse erschienen freilich für die Befestigung, ja selbst für den Fortbestand einer Partei, die so schwere Niederlagen erlitten hatte, wenig günstig. Gleichwohl durfte, meiner Ansicht nach, die Erhaltung engerer Beziehungen wenigstens unter den bisherigen Parteigenossen nicht aufgegeben werden. Denn wer mochte wissen, ob nicht bald einmal eine Wendung eintreten könnte, welche die Partei wieder auf den öffentlichen Schauplatz zurückriefe?

In meine Correspondenz wegen der „Germania" hatte ich wohl hier und da derartige Gedanken einfließen lassen. Ich schließe dies aus mehreren der Antworten, welche

gleichfalls dieſe Frage berühren, freilich in ſehr verſchiedenem Sinne.

Am lebhafteſten ergriff die Idee einer Neuconſtituirung der Partei Gervinus. Er ſchrieb mir zuerſt unterm 4. April 1851:

Mir dünkt, die unabhängigen Geiſter in Deutſchland ſollten dazu thun, ſich in dieſen Zeiten häufiger, vielleicht ſyſtematiſch aufzuſuchen und ſich zu beſprechen, die Eiſenbahn zur Stellvertreterin der Preſſe zu machen. Hier in der Gegend haben wir ſeit Wochen ſchon angefangen, ſonntägliche unſchuldige Rundeſſen zu halten. Das dient vortrefflich, die Meinungen zu ſammeln und zu einigen, und, daß dies geſchehe, iſt nach unſeren Erfahrungen ein dringendes Bedürfniß. Ueber dies und Einſchlagendes wünſchte ich Sie in Leipzig zu ſprechen; vielleicht knüpft ſich an unſere hieſigen Beſprechungen ein politiſcher Plan. Davon müßte ich es abhängig machen, ob ich Ihnen für die „Germania“ eine beſtimmte Zuſage machen kann oder nicht*). Soll ich ganz aufrichtig ſein? Es thut mir eigentlich leid, ſo viele tüchtige Kräfte aus der Tagespreſſe wieder heraustreten und in die Monatspreſſe ſich zurückziehen zu ſehen. Sie werden mir die Unmöglichkeit entgegenhalten, ſich dort zu behaupten. Aber einige Zufluchtsorte giebt's doch noch immer, und man müßte ſie nicht verlaſſen bis zum letzten Augenblicke: ja ſelbſt vor kühneren Anſchlägen ſollte man jetzt nicht mehr erſchrecken. Doch dies eignet ſich beſſer zum Beſprechen; wenn nichts dazwiſchen kommt, denke ich Sie bald — kurz vor oder nach Oſtern — in Leipzig perſönlich zu ſehen.

Ein zweiter Brief, vom 28. Auguſt 1851, lautete:

Aus meiner projectirten Frühlingsreiſe iſt nichts geworden,

*) Gervinus dachte wohl damals an ein Wiederaufleben der „Deutſchen Zeitung“. Im Jahre 1860 ward zu einem ſolchen wirklich ein Verſuch gemacht. Wilhelm Beſeler intereſſirte ſich lebhaft dafür. Allein die zu dem Ende veranſtalteten Zeichnungen ergaben kein genügendes Reſultat.

weil ich mich auf ärztliches Andringen im Mai bis Juni nach Baden begeben mußte; damals verschob ich den Reiseplan in Gedanken auf den Spätsommer; und auch daraus ist nichts geworden, weil ich noch einmal nach Schwalbach mußte, von wo ich nach vierwöchentlichem Aufenthalte gestern zurückkehrte und Ihren Brief vom 24. d. vorfand. Ich brauche nicht hinzuzusetzen, daß es der schlechte Zustand meiner Gesundheit ist, der mich vom Reisen noch weniger als vom Arbeiten abhält. Außer einer kleinen Pflichtarbeit für die Reichszeitung, die ich in besseren Stunden zugesagt hatte, habe ich seit nun fast zwei Jahren nichts Ernstliches ausarbeiten können und habe auch noch jetzt Ursache, mich sehr zu schonen. Erklären Sie sich aus diesem Grunde allein mein Zurückbleiben hinter dem Versprechen namentlich auch des persönlichen Besuchs! Es wäre mir außerordentlich werthvoll, Sie einmal persönlich zu sprechen; denn Alles, was mit der Presse beabsichtigt zu werden scheint, drängt uns auf mündliche Mittheilungen und Austauschungen. Ich habe daher noch immer meinen Ausflug nach Braunschweig, Leipzig, Berlin vor Augen, um ihn, sobald es immer geht, auszuführen. Ich verspare auch bis dahin Alles, was ich auf dem Herzen habe, um so mehr, als es täglich weniger gerathen wird, brieflich sich näher auszulassen.

Aber auch diesmal blieb es beim bloßen Vorsatze.

Schon während des Erfurter Parlaments waren Anregungen zu einer Zusammenkunft der früheren Parteigenossen in Erfurt unter sich und mit gleichgesinnten Mitgliedern des Parlaments, namentlich aus Preußen, ergangen. Darauf bezieht sich nachstehender Brief Wurms vom 15. März 1850:

Daß das sogenannte „Gothaer Comité" uns einmal berufen werde, war uns hier (Rießer und mir) wahrscheinlich; es ist aber nicht geschehen. Was das Dorthin-Reisen (nach Erfurt) nach bloßer Privatberedung betrifft, so versteht sich von selbst, daß Jeder sich freuen wird, die alten Bekannten wiederzusehen. Ich habe mich aber für meinen Theil entschlossen, nicht nach Erfurt zu

gehen, und will meine Gründe kurz entwickeln. Wenn man uns haben wollte, wenn man uns Mittheilungen zu machen hätte oder unſere Anſicht zu verwerthen wünſchte, ſo kann man uns rufen. Das Comité hat es nicht gethan, wie es überhaupt ſeit Gotha kein einziges Lebenszeichen von ſich gegeben hat. Ich unterſcheide zwiſchen Denen, welche, wie Sie und Koch, einem Staate angehören, in welchem nicht gewählt wird, und Denjenigen, die in meinem Falle ſind, d. h., die in einem der wählenden Staaten wohnen, aber weder gewählt ſind, noch auch nur irgend einen Schritt gethan haben, um gewählt zu werden. Da ich nun zu der letzteren Kategorie gehöre, ſo widerſtrebt es mir, mich aufzudrängen, wie das wenigſtens ſcheinen könnte. Andere werden vielleicht die Sache anders anſehen, harmloſer, als ein freundſchaftliches Wiederſehen. Es werden alſo nicht allein von Ihrer, ſondern auch von meiner Kategorie Parteigenoſſen erſcheinen. Man wird ſich beſprechen, die Parlamentsmitglieder werden den Anderen freundlich entgegenkommen. Entweder aber wird es bei einem ſolchen vertraulichen Austauſch bleiben, oder man wird verſuchen, wenn auch nur zur Notiz für die Parteigenoſſen, eine Parteierklärung herbeizuführen. Gelingt dies, ſo kann es eben nur wieder lauten: „Man halte für gut, daß der preußiſchen Regierung bei der Gründung des Bundesſtaates alle Unterſtützung zu Theil werde.“ Eine ſolche Erklärung möchte jedoch den mannigfachſten Mißverſtändniſſen unterliegen, wenn ſie im Sinn der Majorität der Berliner Kammern erfolgte, welche nicht für thunlich erachtet hat, den Namen Schleswig-Holſteins in den Kammern auszuſprechen. Ich laſſe den Männern und ihren Motiven alle Gerechtigkeit widerfahren, aber ihre Politik iſt nicht meine Politik. Gelingt es aber nicht, die früheren Parteigenoſſen noch einmal zu einer mehr als nichtsſagenden Erklärung zu vereinigen (und es wird nicht gelingen, wenn Sie, oder ich, oder Lette, oder manche Andere erſcheinen), ſo iſt ganz nutzloſerweiſe ein Bruch vorhanden. Man würde Angeſichts des nicht zahlreichen, aber reſpectabeln Publikums, welches noch auf die Gothaer Partei blickt, ſich trennen von anerkannten Trägern der Ideen, die auch unſere Ideen ſind, ohne der Sache das Geringſte zu nützen und ohne Noth.

Ein anderer ehemaliger Genosse des Augsburger Hofes, Fallati, schrieb unterm 30. September 1850:

Auch ich beklage, daß unsere Partei nach rechts und links sich vom Kerne löst; aber ich bin nicht der Ansicht, daß eine Versammlung oder irgend ein Aufruf zur Verbindung für gewisse Eventualitäten (bis jetzt, wo Niemand anzugeben wußte, was zu thun sei) zu unserer Kräftigung beigetragen haben würde. Liegt einmal ein bestimmtes, praktisches Ziel wieder vor zu gemeinsamem Handeln, dann ist's anders — und vielleicht kommt das bald!

Auf eben diese Angelegenheit bezog sich folgende Stelle eines Briefes, den mir mein Schwager Koch aus Partenkirchen (wo er zu seiner Erholung verweilte) am 14. August 1850 schrieb:

Bassermann ist seit sechs Monaten sehr leidend, findet aber hoffentlich hier Genesung. Ich freue mich seines Umganges. Wie wir, hält auch er es für durchaus nothwendig, daß unsere Partei baldigst zusammentrete, und hat in diesem Sinne Gagern zu bestimmen gesucht; dieser scheint aber von der Furcht, die Sache werde in der Zahl der Erscheinenden und sonst kläglich ausfallen, gefesselt gewesen zu sein, und jetzt ist auf ihn in dieser Beziehung gar nicht zu rechnen. Gagerns Eintritt in die schleswig-holsteinische Armee war uns Beiden gleich überraschend, für Bassermann um so mehr, als er noch wenige Tage früher denselben in Mannheim besucht und hier nur von der Belebung der Partei und den Mitteln dazu gesprochen hatte. Dieser Schritt ist des ritterlichen Gagern würdig, und doch habe ich ihn nur mit Schmerz begrüßt, denn hoffentlich ist die Zeit nicht fern, wo wir seiner wieder bedürfen; mag er uns für diese Zukunft erhalten bleiben!

So kam es in dieser Sache zu nichts. Kleine Zusammenkünfte im engsten Kreise — zufällige oder beabsichtigte (wie ich z. B. eine solche 1851 mit Wurm und W. Beseler bei letzterem in Braunschweig hatte und wie sie wohl auch sonst hier und da stattgefunden haben mögen)

— konnten eine geregelte Organisation der Partei weder ersetzen, noch aber auch zu Wege bringen. Auf eine sehr bedenkliche Folge des Mangels einer solchen Organisation machte ganz zutreffend Aurelio Buddeus auf Grund seiner publicistischen Erfahrungen aufmerksam in einem Briefe vom 19. August 1851, worin er sagte:

Ihr Brief vom 16. d. ist mir ganz aus dem Herzen geschrieben. Betreffs der Klagen über die Zerfahrenheit der Partei und den Mangel einer Gruppirung um bestimmte Organe kann Niemand Ihnen mehr beistimmen, als ich. Ich habe es schon schwer empfinden müssen, als die Partei noch machtvoll war und ich, vereinsamt auf einem baierischen Posten, Briefe über Briefe nach allen Seiten um Nachrichten über zunächst zu verfolgende Wege, über aller Orten gleichzeitig geltend zu machende Momente u. s. w. aussendete. Nicht Eine Antwort, nicht Eine Parole habe ich erhalten! Ich wirkte nach Kräften als versprengter Parteigänger; aber endlich verliert man Richtung und Ziel für bestimmte Fragen und kann nur an der allgemeinen Idee festhalten. Jetzt scheint es mir die Hauptsache, das Programm zur Neubildung der Partei auf der jetzigen Grundlage zunächst in den Zeitungen, wo dies noch möglich ist, auszusprechen. Aber wo ist's noch möglich? Meines Erachtens positiv nur in der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig und vielleicht in der Deutschen Reichszeitung in Braunschweig. So viel ich unsere jetzige Lage beurtheilen kann, könnte ein solches Programm doch nur lauten: „Nicht das jetzige Ministerium Preußens, aber Preußen dennoch trotz alledem und alledem!“ Allein wie würden da unsere Gegner über uns herfallen und uns Thatsachen über Thatsachen entgegenhalten! Ich halte daher die Aufstellung eines wirklichen Programms für jetzt nicht an der Zeit; das, was ich für an der Zeit halte, ist unausführbar, eben weil wir nicht mehr zusammenhängen. Ich meine nämlich: man müßte den wirklich zuverlässigen Schriftstellern der Partei (denn auch wir haben eine Menge von Landläufern ohne Disciplin) gewisse, von den Parteiführern (aber wer sind diese jetzt?) vereinbarte Leitideen geben, auf denen ihre Corre-

spondenzen und Leaders zu fußen hätten und die man monatlich in solche Zeitungen bringen müßte, die nicht direct oder doch nicht streng zu uns gehören. Aber nun sagen Sie einmal Einem: „Du mußt ein Deutschland mit preußischer Spitze als einzige Zukunft hinstellen, dem Preußen der Gegenwart zwar die Befähigung dazu absprechen, aber doch ohne durch eine zu scharfe Kritik seines Staatslebens den Gegnern allzuviel Gelegenheit zu geben, alle möglichen Antipathieen dagegen wieder in den Vorgrund zu drängen und die eingeschlummerten von Neuem zu wecken!" Denken Sie sich, was daraus die Leute machen würden, in deren Händen doch vorzugsweise die Correspondenzen liegen (und diese wirken viel mehr, als Leaders) — was ist davon zu hoffen?

Das Alles war leider nur zu wahr. Und doch erschien es mir als ein Unglück, daß die große Partei, welche sich im Parlamente zu Frankfurt zusammengefunden hatte und welche in ihren letzten Zielen damals und noch in Gotha so durchaus einig und fest war, schon so bald in Folge mangelnder dauernder persönlicher Fühlung ihrer Mitglieder unter einander sich verzettelte, auseinanderfiel und damit natürlich ihres Einflusses auf die weiteren Kreise der Nation allmälig verlustig ging. Griffen doch unter ihren eigenen Mitgliedern, selbst denen, die lange als unbestreitbare Führer der Partei gegolten hatten, Meinungsverschiedenheiten Platz, die wohl kaum in solcher Weise hervorgetreten wären, wenn man von Zeit zu Zeit in größeren Zusammenkünften der Parteigenossen seine Ideen über die augenblickliche Stellung der Partei ausgetauscht und über die je nach dem Wechsel der äußeren Verhältnisse auf die öffentliche Meinung zu übenden Einwirkungen sich verständigt hätte.

Von Alledem geschah aber nichts, und so zerbröckelte gleichsam die so große und seiner Zeit so einmüthige

Partei — nicht in bestimmte Sonderparteien, sondern in ganz individuelle Richtungen und Stimmungen, wie das ja leider deutsche Art ist.

Als ich um die Mitte der fünfziger Jahre auf einer Reise auch nach Heidelberg kam, wo damals Gagern, Gervinus, Häusser, W. Beseler, Welcker u. A. zusammen lebten, hörte ich zu meinem großen Befremden und zu meinem noch größeren Schmerz, daß selbst unter diesen Männern sich tiefe Spaltungen aufgethan hatten. Das ging so weit, daß jene behaglichen „Rundessen", von denen Gervinus in seinem Briefe an mich mit so großer Befriedigung sprach, theils ganz aufgehört hatten, theils, wenn sie noch stattfanden, streng auf das gemeinsame Essen und Trinken und eine völlig unpolitische Unterhaltung beschränkt blieben, weil jedes politische Gespräch allemal zu unliebsamen Streitigkeiten führte. Ich selbst hatte Gelegenheit, dies zu erproben. Während meiner Anwesenheit fand wieder einmal ein solches Essen im Badischen Hofe statt, aber wie war ich erstaunt, dabei kein Wort von Politik zu hören und, als ich meinen Nachbar verwundert darum befragte, den oben angegebenen Grund zu vernehmen: wie noch mehr, als ich bei einem nach dem Essen unternommenen gemeinsamen Spaziergange bemerkte, wie Gervinus und Gagern, Gagern und W. Beseler geflissentlich vermieden, mit einander zu gehen und ein Gespräch anzuknüpfen!

Recht schmerzlich fühlbar machte sich diese unter den Führern und Mitgliedern der ehemals Gagern'schen Partei eingerissene Verschiedenheit der Ansichten — und zwar gerade in Bezug auf die deutsche Frage! — als 1859, im

italienischen Kriege, die Gelegenheit gekommen schien, wo eine wohlorganisirte und mit der öffentlichen Meinung in fortwährender Fühlung gebliebene nationale Partei eine heilsame, aufklärende Wirkung auf letztere, ja vielleicht einen nicht bedeutungslosen Einfluß auf den Gang der deutschen Angelegenheiten hätte üben können.

Doch darauf wird an einer späteren Stelle zurückzukommen sein!

Fünftes Capitel.

Die „Deutſchen Annalen", ein Preßproceß und meine Entſetzung von der Profeſſur.

Nach dem Eingehen der „Germania" beſchloß die Verlagshandlung Avenarius und Mendelsſohn im Einvernehmen mit mir die Herausgabe einer periodiſchen Schrift, welche ſich unmittelbarer, als die „Germania", an die Gegenwart anſchließen ſollte. So entſtanden die „Deutſchen Annalen zur Kenntniß der Gegenwart und Erinnerung an die Vergangenheit" (1853). Dieſelben brachten neben einzelnen Leitartikeln zur Beſprechung allgemeiner Fragen regelmäßige Ueberſichten über ganze Gebiete des öffentlichen Lebens und die darauf in der letzten Zeit vorgegangenen Veränderungen, ſo gleich im erſten Bande über den Stand der deutſchen Zollfrage, der Kirchenfrage, des Unterrichts- und Erziehungsweſens u. ſ. w.

Die „Annalen" wurden eröffnet mit einem Artikel: „Deutſchland und das franzöſiſche Kaiſerthum." Darin ward die unableugbare Thatſache, daß der Urheber des Staatsſtreichs vom 2. December 1851, Louis Bonaparte, der ſich ein Jahr darauf zum erblichen Kaiſer als

Napoleon III. gemacht hatte, von einem großen Theile der deutschen Cabinette als „Retter der Gesellschaft“ begrüßt worden war, zum Ausgangspunkte einer, allerdings für die Anbeter des Erfolgs nicht schmeichelhaften, Ausführung genommen. Wegen dieses Artikels, sowie wegen zweier anderen Stellen des Bandes, wovon die eine die Wirksamkeit des wiederhergestellten Bundestags, die andere gewisse Maßregeln der preußischen Regierung gegen die freieren kirchlichen Richtungen betraf, wurde eine strafrechtliche Untersuchung gegen mich eingeleitet. Die Artikel waren nicht von mir selbst geschrieben; der erste, hauptsächlich schuldig befundene, hatte den bekannten Publicisten L. von Rochau zum Verfasser. Allein ich habe jederzeit streng an dem Grundsatz festgehalten, als Redacteur meine Mitarbeiter durch meine Verantwortlichkeit zu decken; auch war nach dem damaligen sächsischen Preßgesetze der Redacteur neben dem Verfasser und gleich diesem strafrechtlich haftbar.

Der berühmte Criminalist Geheimer Rath Dr. Wächter, der die Acten meines Processes (ich weiß nicht, bei welcher Veranlassung) eingesehen hatte, äußerte einmal gegen mich: „es sei das Scandalöseste, was er kenne.“ Ich selbst beschränke mich hier auf die Anführung folgender Momente. Nach dem damaligen sächsischen Preßgesetze mußte von jeder Zeitschrift ein Exemplar an das zuständige Untersuchungsgericht, ein zweites an das Ministerium des Innern abgegeben werden. Das Ministerium konnte (wie jede Polizeibehörde), wenn es etwas Strafbares in der Zeitschrift zu finden glaubte, dieselbe confisciren, hatte sie aber dann einfach „zur Beschlußfassung“ an das Unter-

ſuchungsgericht „abzugeben“. Letzteres ſeinerſeits ſollte, wenn es etwas Verbrecheriſches in der Zeitſchrift fände, „von Amtswegen“ deren Beſchlagnahme verfügen. Nun hatte der betreffende Unterſuchungsrichter die „Annalen“ vierzehn Tage lang (!) in Händen gehabt, ohne „von Amtswegen“ das Geringſte gegen die Zeitſchrift und mich zu unternehmen. Ja, ich weiß aus guter Quelle, daß derſelbe ſich ſpäter dahin geäußert hat: „Er habe nichts Strafbares darin gefunden.“ Nach vierzehn Tagen hatte derſelbe aber vom Miniſterium des Innern (!) durch die Kreisdirection die Anregung erhalten, „ob nicht wegen gewiſſer (genau bezeichneter!) Stellen der Zeitſchrift criminalrechtliche Unterſuchung einzutreten habe,“ und war „veranlaßt“ worden, „von ſeiner diesfallſigen Entſchließung Mittheilung an die Kreisdirection (!) zu machen“.

Man hat damals von oben her dieſen Vorgang zu leugnen verſucht, wobei man die Ungeſetzlichkeit eines ſolchen Verfahrens offen eingeſtand. Infolge einer Correſpondenz in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, welche die obige Thatſache berichtete, erklärte in hohem Tone das amtliche „Dresdner Journal“:

> Das Miniſterium des Innern wird nie und nimmer (!) eine Juſtizbehörde zur Einleitung einer Criminalunterſuchung veranlaſſen können!

Nur ſchade, daß der Unterſuchungsrichter ſelbſt ſo naiv geweſen war, mir die Verordnung der Kreisdirection zu zeigen und die einzelnen Stellen zu bezeichnen, wegen deren er mich, auf „Veranlaſſung“ der Verwaltungsbehörde (!), inquirirte.

Die Anklage, welche nunmehr derſelbe Unterſuchungs-

richter, der von ſich aus keine Schuld an mir gefunden hatte, gegen mich formulirte, lautete in Bezug auf den Rochau'ſchen Artikel (die anderen, vom Gericht ſelbſt als mehr nebenſächlich behandelten Punkte laſſe ich weg) auf „Beleidigung deutſcher Regenten und ihrer Bevollmächtigten", weil in dem Artikel geſagt ſei, dieſelben hätten dem Staatsſtreich vom 2. December 1851 Beifall gezollt.

In meiner Vertheidigung ſagte ich: „Wenn darin eine Beleidigung liegen ſollte, ſo müßte doch zunächſt in dem Artikel eine Beleidigung Napoleons, als des Urhebers jenes Staatsſtreichs, gefunden werden; denn nur dann, wenn der Staatsſtreich ſelbſt als etwas Unehrenhaftes hingeſtellt ſei, könne die Billigung deſſelben für tadelnswerth erachtet und ein ſolcher Tadel als eine ‚Herabſetzung des Billigenden in der öffentlichen Achtung' betrachtet werden. Das ſei aber nicht geſchehen."

Das erkennende Gericht erſter Inſtanz, das Appellationsgericht zu Leipzig, ließ darauf die Anklage wegen „Beleidigung deutſcher Regenten" fallen, formulirte aber nun wirklich eine (ganz neue) Anklage wegen „Beleidigung eines auswärtigen Regenten", des Kaiſers der Franzoſen. Ich wandte dagegen ein, daß, als der Artikel erſchien, Louis Bonaparte von der ſächſiſchen Regierung notoriſch noch nicht als „Kaiſer" anerkannt geweſen ſei, der Geſetzesparagraph „wegen Beleidigung auswärtiger Regenten" aber, ſeiner ganzen Faſſung nach, nur auf monarchiſche Regenten Anwendung finde.

Das Oberappellationsgericht in Dresden, die zweite erkennende Inſtanz, nahm von dieſem Vertheidigungsmomente gar keine Notiz; dagegen gab es zu, daß „Injurien im

engſten Sinne“ (gegen Napoleon) in dem Artikel nicht enthalten ſeien, ſondern nur „relative Beleidigungen“ — ein Begriff, der meines Wiſſens weder in dem ſächſiſchen Strafgeſetzbuch, noch überhaupt im Criminalrecht eine Begründung findet. Die vom Appellationsgericht mir zuerkannte Strafe von zwei Monaten Gefängniß ward einfach beſtätigt.

Ob es nach dem alten Inquiſitionsproceſſe, wie er damals noch in Sachſen beſtand, zuläſſig war, daß in jeder Inſtanz die Anklage abgeändert ward, vermag ich als Laie nicht zu beurtheilen. Jedenfalls lag eine Härte für den Angeklagten darin, daß er gegenüber dieſer in der letzten Inſtanz erhobenen Anklage — wegen „relativer Beleidigungen“ — ſich nicht mehr ſollte vertheidigen können. Allerdings gab es die Möglichkeit einer ſog. „dritten Vertheidigung“, die aber nur „im Gnadenwege“ erlangt werden konnte. Bei meinem Preßproceſſe im Jahre 1845 war mir dieſelbe gewährt worden, und das Plenum des Oberappellationsgerichts (welches in ſolchen Fällen entſchied) hatte mich freigeſprochen. Diesmal, bei den ſo ganz eigenthümlichen Wendungen, welche im Verlaufe meines Proceſſes die Anklage genommen, glaubte ich um ſo eher auf die gleiche Vergünſtigung hoffen zu dürfen. Allein mein Geſuch ward abſchläglich beſchieden. Ein mir perſönlich bekannter Rath im Juſtizminiſterium, den ich, da dieſer Beſcheid länger ausblieb, fragte, was ich wohl zu gewärtigen hätte, meinte: „man pflege ein ſolches Geſuch dann nicht zu genehmigen, wenn man, wie hier, vorausſehe (!), wie das Urtheil der dritten Inſtanz ausfallen würde.“

Auch die Verwandelung der Freiheitsſtrafe in eine

Geldstrafe, die sonst bei Preßprocessen gewöhnlich war und selbst in solchen Fällen stattgefunden hatte, wo es sich um eine längere Freiheitsstrafe, als hier, handelte, ward mir versagt. Alles, was ich erreichte, war eine Herabsetzung des Strafmaßes von zwei auf einen Monat.

Die Abbüßung dieser Strafe im „Stockhause" zu Leipzig ward mir von dem daselbst fungirenden Beamten nach Möglichkeit (wie ich dankbar bekenne) erleichtert. Von der Befugniß, meine Correspondenz beim Ein- und Ausgange zu controliren, machte derselbe nie Gebrauch; wenn ich Besuche empfing (was eigentlich nur in seiner Gegenwart geschehen durfte), war er fast immer so discret, mich und die mich Besuchenden allein zu lassen — zu nicht geringer Störung seiner Geschäftsthätigkeit, denn ich erhielt so außerordentlich viele Besuche (selbst von mir persönlich ferner stehenden angesehenen Männern der Stadt), daß die Amtsdiener, die mich jedesmal dazu aus meiner Zelle holen und dann wieder dahin zurückbringen mußten, gar nicht aus ihrer Verwunderung herauskamen. Das Reglement freilich, welches für die Gefangenen bestand und welches, wie ich hörte, seit den Maiereignissen 1849 verschärft war, wußte von solchen zarten Rücksichten nichts; es behandelte den „politischen Verbrecher" wenig anders als den gemeinen Sträfling. Das Fenster meiner Zelle war dergestalt vergittert, daß ich kaum einen schmalen Streifen vom Himmel sehen konnte, und als mir der Gefangenenarzt, weil der ungewohnte Mangel an Bewegung meine Gesundheit angriff, mir einen regelmäßigen Spaziergang auf dem, natürlich sorgsam verschlossenen, Corridor vor den Zellen verordnete, mußte dies

in Begleitung eines Amtsdieners (auf meine Koſten) geſchehen, weshalb ich lieber darauf verzichtete.

Schon bald nach dem Beginn der Unterſuchung war ich von meinem Amte als Profeſſor ſuspendirt, das Halten von Vorleſungen mir unterſagt worden. Jetzt erfolgte meine gänzliche Enthebung von der Profeſſur. Herr von Falkenſtein, der ſeit Kurzem das Cultusminiſterium an Stelle des Herrn von Beuſt übernommen hatte, erklärte: „Das Miniſterium ſei zu dieſer Maßregel durch meine Verurtheilung zu einer Freiheitsſtrafe nicht blos berechtigt, ſondern im Intereſſe der Univerſität verpflichtet.“ Vergebens verwendete ſich die philoſophiſche Facultät — aus freiem Antriebe und, wie mir geſagt worden, einſtimmig — zu meinen Gunſten mit der Erklärung, „daß ſie auch nach jenem Straferkenntniß ſich es keineswegs zur Unehre rechne, mich unter ihre Mitglieder zu zählen“; vergebens legte ich Berufung ein an die ſog. Ministri in Evangelicis, in Sachſen die höchſte Inſtanz in derartigen Univerſitätsangelegenheiten. Da ich mich auf § 24 des Staatsdienergeſetzes bezog (weil dieſes von denjenigen Vergehen von Staatsdienern, die deren Entſetzung nothwendig machen ſollten, ausdrücklich die „politiſchen“ ausſchloß), ward ich bedeutet, daß nicht nach dem Staatsdienergeſetz gegen mich verfahren worden ſei, ſondern nach „dem in dieſer Beziehung geltenden Kirchenrecht.“ Damit konnte nur die Kirchenordnung von 1580 gemeint ſein, welche u. A. auch von der „Entſetzung von Profeſſoren“ (die man damals den „Kirchendienern“ gleich achtete) ſpricht. Allein gerade dieſes Geſetz ordnete für ſolche Kirchendiener, die „in der Lehre verdächtig“ wären (damals bekanntlich

das schwerste Vergehen!) keineswegs sofortige Entlassung, vielmehr nur eine (genau vorgeschriebene) „Verwarnung“ an, „dergestalt, daß sich kein Kirchendiener zu beklagen habe, er sei übereilt oder es sei ungebührlicher Weise mit ihm Proceß gehalten worden“. Eben so wenig nahm man Rücksicht auf den Bundesbeschluß vom 19. September 1819, der doch wahrhaftig den Universitätslehrern nicht günstig war, gleichwohl aber vorschrieb, eine Maßregel dieser Art solle „nie anders, als auf den vollständig motivirten Antrag des der Universität vorgesetzten Regierungsbevollmächtigten oder von demselben vorher eingeforderten Bericht beschlossen werden“.

Schon als ich gegen meine Suspendirung reclamirt hatte, fand sich in dem abschläglichen Bescheide des Cultusministeriums darauf die auffallende Stelle: „Ich hätte, nachdem mir ein Gehalt von 500 Thalern ausgesetzt worden, dem damaligen Vorstande des Cultusministeriums (Herrn von Beust) die bestimmte Versicherung gegeben, künftig von politischer Polemik mich gänzlich fern halten zu wollen.“ Gegen diese Unterstellung verwahrte ich mich in meiner Berufung an die Ministri in Evangelicis sehr nachdrücklich. Um zu erklären, was damit überhaupt gemeint sein sollte, muß ich Folgendes anführen.

Seit 1838, wo ich Professor geworden war, hatte ich bis 1852, also vierzehn Jahre lang, niemals auch nur einen Pfennig Gehalt bezogen. Alle meine Collegen, selbst viel jüngere, waren besoldet. Unter dem Ministerium Wietersheim wäre ein Gesuch um Gehalt von meiner Seite voraussichtlich gänzlich erfolglos gewesen; als aber 1848 meine politischen Freunde an's Ruder kamen, widerstand es meiner

Natur, von ihnen etwas für mich zu erbitten; der Gedanke wäre mir ſchrecklich geweſen, auch nur den Schein auf mich zu laden, als wollte ich dieſe günſtige Lage zu meinem Privatvortheil ausbeuten.

Nun trat aber im Jahre 1852 etwas ein, was mir den Bezug eines Gehaltes, wenn auch nur eines noch ſo kleinen, auf's Höchſte wünſchenswerth machte. Herr von der Pfordten hatte als Rector der Univerſität eine ſehr wohlthätige Einrichtung angebahnt, die er dann als Cultusminiſter ihrer Verwirklichung entgegenführte: eine Penſionsanſtalt für die Hinterlaſſenen von Profeſſoren. Dieſe Anſtalt trat jetzt in's Leben; allein ſie war beſchränkt auf diejenigen Profeſſoren, die ein Gehalt bezogen. Somit ſah ich, und ich ganz allein, meine Familie von den Wohlthaten derſelben ausgeſchloſſen. Wollte ich ihr dieſe Wohlthaten ſichern, ſo mußte ich um ein Gehalt nachſuchen. Allerdings fiel mir dies gerade jetzt beſonders ſchwer, denn der Cultusminiſter, an den ich mich bittend wenden mußte, war derſelbe Herr von Beuſt, den ich als Miniſter des Auswärtigen in der Kammer ſo heftig bekämpft hatte. Auch verhehlte ich mir nicht, daß ein ſolcher Schritt von meiner Seite möglicherweiſe Mißdeutungen unterliegen könnte. Um in letzterer Beziehung ſicher zu gehen, theilte ich mein Vorhaben zwei Männern mit, deren ſtreng ehrenhafter und erprobter Charakter mir Bürgſchaft dafür war, daß ſie mir nicht dazu rathen würden, wenn ſie irgend ein Bedenken dabei fänden. Es waren das der, damals in meiner Nähe, auf dem Lande bei Leipzig, zurückgezogen lebende ehemalige kurheſſiſche Kriegsminiſter Oberſt Bödiker und mein Landtagscollege Profeſſor Raſchig, von denen

Jener politisch ganz auf meinem Standpunkte, Dieser etwas weiter links stand. Beide billigten meinen Entschluß vollkommen und erklärten ihn im Hinblick auf mein ganzes politisches Vorleben für durchaus unbedenklich.

So reichte ich denn ein Gesuch beim Ministerium ein, richtete zugleich an Herrn von Beust ein Privatschreiben, worin ich das sichere Vertrauen aussprach, daß er so gerecht sein werde, zwischen dem Abgeordneten und dem Professor zu scheiden, den Letzteren nicht entgelten zu lassen, wozu der Erstere durch seine gewissenhafte Ueberzeugung genöthigt gewesen sei.

Fast umgehend erhielt ich die Gewährung meines Gesuchs, und zwar reichlicher, als ich selbst erwartet hatte. Wie es in derartigen Fällen Brauch war, nahm ich Gelegenheit, Herrn von Beust persönlich meinen Dank abzustatten. Er empfing mich in der liebenswürdigsten Weise, wies sogar die Bezeigung meines Dankes mit der Erklärung zurück: „es sei ihm eine Freude gewesen, mich fester an die Universität zu ketten." Im weiteren Gespräche that er allerdings die Aeußerung: „es sei ihm nicht ganz leicht geworden, meinem Gesuche zu entsprechen, weil ich Conflicte mit dem Ministerium gehabt hätte; er hoffe, ich würde ihn nicht in Verlegenheit setzen." Da ich dies nur auf die Conflicte mit dem Ministerium Wietersheim wegen meiner akademischen Thätigkeit beziehen konnte, so erwiderte ich ohne Bedenken: „ich besorgte ähnliche Conflicte jetzt um so weniger, als ich mich auf ein mehr neutrales Gebiet, die Geschichte, zurückgezogen hätte", worauf Herr von Beust auf eine neuere Verordnung wegen des obligatorischen Besuchs gewisser Geschichtscollegien und auf andere akademische

Angelegenheiten überging. Von Politik war in dem ganzen Geſpräche mit keinem Worte die Rede.

Ich war in der That nicht ohne Beſorgniß geweſen, Herr von Beuſt möchte, wenn auch nur ganz von fern, meiner politiſchen Stellung zur Regierung in Verbindung mit dem mir gewährten Gehalte Erwähnung thun, und ich hatte für dieſen Fall die miniſterielle Verordnung wegen des Gehaltes zu mir geſteckt, feſt entſchloſſen, bei der leiſeſten Andeutung ſolcher Art dieſelbe dem Miniſter zurückzugeben und auf das mir zugedachte Gehalt zu verzichten.

Wie mußte ich daher erſtaunt ſein, mich jetzt als einen Menſchen behandelt zu ſehen, der ſich erſt dem Miniſterium verkauft, dann aber auch noch den Käufer um ſeine Waare betrügt! Ich laſſe dahingeſtellt, ob es für ein Miniſterium beſonders ehrenvoll ſei, ſich zu einem ſolchen Kaufgeſchäfte offen zu bekennen. Was mich betrifft, ſo war, Gott ſei Dank, mein Ruf als politiſcher Charakter bereits feſt genug begründet, um den Verdacht der Käuflichkeit in den Augen aller Derer, die in derartigen Dingen anſtändig dachten und daher auch Anderen immer nur das Gleiche zutrauten, von vornherein auszuſchließen. Auch iſt mir in der Oeffentlichkeit nirgends ſelbſt nur die geringſte Spur eines ſolchen Verdachts gegen mich begegnet.

Daß Herr von Beuſt nach jenem Geſpräche mit mir und nach dem ganzen Tone meines vorausgegangenen Schreibens an ihn zu einer ſo unwürdigen Verunglimpfung meines Charakters den Anlaß gegeben haben ſollte (Cultusminiſter war er damals ſchon nicht mehr), konnte ich kaum für möglich halten. Ich hatte in ihm — trotz unſerer politiſchen Gegnerſchaft — ſtets den Mann von

ehrenhaftem Charakter geachtet, und durfte erwarten, daß auch er mir gegenüber allezeit nur das Gleiche thun würde. Ich schrieb deshalb an ihn, erinnerte ihn an unser Gespräch und drückte die zuversichtliche Hoffnung aus: er selbst werde jene abgeschmackte Deutung des zwischen uns Vorgefallenen Lügen strafen.

Allein mein Brief blieb ohne Antwort! Dieses Schweigen des Herrn von Beust, sowie gewisse Aeußerungen, die derselbe später einmal gegen meinen Schwager Koch gethan hat, nöthigen mir zu meinem aufrichtigen Bedauern den Glauben auf, daß ich doch eine zu günstige Meinung von ihm gehegt habe.

Nur widerstrebend habe ich diese leidige Geschichte aus der Vergessenheit wieder hervorgezogen; allein sie gehört zu einer gewissenhaften Schilderung meines Lebens. Ich kann sie mit ruhigem Gewissen erzählen, denn es ist darin nichts, dessen ich für meine Person mich zu schämen hätte.

Ueber meinen Preßproceß und meine Enthebung von der Professur habe ich gleich damals mich öffentlich ausgesprochen in einem Aufsatz in „Otto Wigands Jahrbüchern für Wissenschaft und Kunst", 2. Band (1855), unter dem Titel „Ein Wort in eigener Sache".

Sechstes Capitel.

Was nun? — Meine Berufung nach Weimar.

Da was nun? Was ſollte ich anfangen? Wohin ſollte ich mich wenden?

Das Cultusminiſterium hatte, „weil es mein Talent keineswegs verkenne und nur bedauere, daß ich daſſelbe nicht in angemeſſener Weiſe verwenden zu wollen ſcheine," mir eine meinem bisherigen Gehalt entſprechende Summe noch auf die zwei nächſten Jahre ausgeſetzt, „damit ich mir inmittelſt einen geeigneten Wirkungskreis ſuchen könne". Herr von Falkenſtein (der inzwiſchen an des Herrn von Beuſt Stelle Cultusminiſter geworden war) machte mir auch das Anerbieten, mich bei einer der öffentlichen Bibliotheken anzuſtellen, worauf ich ihm freilich erwidern mußte: „es möchte damit leicht wieder ebenſo gehen, wie mit dem mir gewährten Gehalt, das heißt: man möchte von mir eine Gegenleiſtung erwarten, zu der ich mich nicht verſtehen könnte."

Eben damals war der Literar- und Kunſthiſtoriker Hettner, bis dahin außerordentlicher Profeſſor in Jena, einem Rufe nach Dresden gefolgt. Herr von Beuſt hatte

davon Gelegenheit genommen, ſich ſowohl an den Herzog von Coburg als an den großherzoglich ſächſiſchen Staatsminiſter von Watzdorf zu wenden und ihnen den Wunſch zu äußern, ſie möchten doch (gewiſſermaßen im Umtauſch gegen Hettner) mich in Jena anſtellen. Dieſe Thatſache erfuhr ich ſpäter ſowohl durch meinen Schwager Koch, dem Herr von Beuſt ſelbſt ſie mitgetheilt, als durch Herrn von Watzdorf, als ich bald darauf zu dieſem in nähere Beziehungen anderer Art trat.

War es ein Zug von Gutmüthigkeit, der Herrn von Beuſt zu dieſem Schritte bewogen hatte? Oder war es ein geheimes Gefühl davon, daß mir in Sachſen Unrecht geſchehen ſei? Ich weiß es nicht. Die, immerhin anzuerkennende, gute Abſicht des Herrn von Beuſt ſcheiterte daran, daß Hettner in Jena kein Gehalt gehabt hatte, mir alſo mit einer Berufung an ſeine Stelle wenig geholfen geweſen wäre.

An einer anderen deutſchen Univerſität, als etwa Jena, wieder angeſtellt zu werden, durfte ich — unter den damaligen politiſchen Verhältniſſen — ſchwerlich hoffen. So richtete ich denn mein Abſehen auf Zürich. Freilich mußte ich fürchten, daß mir dort gewiſſe angeblich daſelbſt wirkſame Einflüſſe der in die Schweiz geflüchteten ſächſiſchen Demokraten im Wege ſtehen möchten.

Es war eine recht ſchwere, ſorgenvolle Zeit für mich, und noch heute begreife ich kaum, wie es mir dennoch gelang, den Kopf oben zu behalten und den Muth nicht zu verlieren. Großes Verdienſt dabei hatte meine gute Frau, die nie verzagte, auch nie (was für mich eine Hauptſache war) das feſte Zutrauen verlor, daß das, wofür ich jetzt

büßen mußte, mein beharrliches Ankämpfen gegen die undeutſche und reactionäre Politik des Miniſteriums Zſchinsky-Beuſt, nicht leichtſinnig von mir unternommen, vielmehr nur durch eine gewiſſenhafte und wohlerwogene Ueberzeugung mir aufgenöthigt worden ſei.

Meine Geſundheit war durch die Vorgänge dieſes Jahres und durch anſtrengende Arbeiten daneben ziemlich angegriffen, eine Erholung dringendes Bedürfniß für mich. Allein Preßproceß und Gefangenſchaft hatten meine Mittel erſchöpft. Von meinen Parteigenoſſen (unter denen es ſo manche recht wohlhabende gab) dachte ein einziger daran, durch eine augenblickliche Hilfeleiſtung mir meine ſchwierige Lage in etwas zu erleichtern — einer, der weder beſonders vermögend war, noch mir beſonders nahe ſtand. Es war das Moritz Haupt. Lebte er noch, ſo würde ich — bei dem ächt vornehmen Weſen, das ihn auszeichnete — kaum wagen dürfen, ſeine edle That zu erwähnen; leider iſt er ſchon längſt dahingegangen; ſeine Manen werden mir die Indiscretion vergeben, zu der mein dankerfülltes Herz mich drängt.

Ich hatte Haupt erſt 1849 kennen gelernt. Vorher waren wir Jahre lang in Leipzig ohne nähere Berührung neben einander hergegangen, er der Aeltere, bereits als Gelehrter einen namhaften Ruf Genießende, ich der Jüngere, gerade ſeinen Kreiſen ferner Stehende. Nur dem Namen und der Perſönlichkeit nach wußten wir Einer vom Andern. Wie wir ſpäter, als wir einander näher getreten waren, gegenſeitig uns geſtanden, hatte er mich, wie ich ihn, dem äußeren Auftreten nach für „unausſtehlich hochmüthig“ gehalten, beiderſeits mit Unrecht. Unſere erſte Bekannt-

schaft wurde durch die Berliner Reise der Kaiserdeputation, der ich angehörte, vermittelt. Zu unserer Begrüßung auf der Vorbeireise hatte der „Deutsche Verein" zu Leipzig seinen Vorsitzenden Dr. Göschen und Moritz Haupt nach Magdeburg entsendet. Natürlich wandten sich diese beiden zunächst an mich; am Abend, wo die Mitglieder der Kaiserdeputation (die in Magdeburg übernachtete) sich mit Gleichgesinnten aus der Stadt zusammenfanden, saßen wir Drei beisammen. Es wurden Reden gehalten, und auch ich, obschon nicht redselig und auf dieser Reise am wenigsten dazu aufgelegt, fand mich doch veranlaßt, ein paar auf die allgemeine Lage bezügliche Worte zu sprechen. Als ich geendet, umarmte mich Haupt (der in solchen Momenten leicht sich lebhaft erwärmte), und, nachdem wir das oben erwähnte offenherzige Geständniß ausgetauscht, war die Schranke zwischen uns gefallen, waren wir einander nähergekommen. Ich habe dann, nachdem ich vom Landtage zurück war, mit einem Kreise bedeutender Menschen, zu denen Haupt gehörte, gesellig verkehrt; doch beschränkte sich unser gegenseitiges Verhältniß eigentlich immer nur auf unsere politische Wahlverwandtschaft; ein intimeres war es schon insofern nicht, als unsere Berufsinteressen und Beschäftigungen auseinander gingen, er der strenge Gelehrte, ich mehr dem äußeren, praktischen und öffentlichen Leben zugewandt. Ihn (nebst Mommsen und Jahn) traf schon vor mir ein dem meinigen ähnliches Schicksal: er ging seiner akademischen Thätigkeit in Leipzig wegen angeblicher entfernter Theilnahme an der Maibewegung verlustig; doch erhielt er bald darauf einen Ruf nach Berlin als Professor der Philologie.

Von dort ſandte er mir jetzt eine nicht unbeträchtliche Summe — als ein Darlehn, das ich je nach meinen Verhältniſſen zurückzahlen möge — und ſtellte eine größere in Ausſicht, wenn ich deren bedürfe. Ich habe damals mit tiefgerührtem Herzen dieſen Beweis werkthätiger Freundſchaft entgegengenommen, habe nach ein paar Jahren das Geld zurückerſtattet, das dankbare Andenken aber an dieſen ächten Liebesdienſt in mir unauslöſchlich bewahrt.

So konnte ich die mir nöthige Erholungsreiſe (durch einen Theil von Deutſchland) machen. Ich beſuchte auf derſelben eine Menge alter Frankfurter Freunde, verweilte bei einigen (Buhl, Böcking,) längere Zeit und kehrte körperlich und geiſtig gekräftigt in die Heimath zurück.

Nach Zürich hatte ich mich ſchon bald gewendet, war aber ohne Antwort geblieben. Da, im Frühjahr 1855, erhielt ich ganz unerwarteter Weiſe aus Weimar, von dem dortigen Verlagsbuchhändler und Hofbuchdrucker Hermann Böhlau einen Brief, worin er mich aufforderte, die Redaction der in ſeinem Verlage erſcheinenden „Weimariſchen Zeitung“ zu übernehmen. Dieſelbe ſollte, wie er mir ſchrieb, zu einem Preßorgan „von mehr als localer Bedeutung“ erhoben werden.

Da der Gedanke der Wiedergewinnung eines akademiſchen Berufes bei mir im Vordergrunde ſtand, ſo ließ mich im erſten Augenblick dieſes freundliche Anerbieten ziemlich kalt. Erſt auf Zureden meiner Frau trat ich demſelben näher. Ich dankte Herrn Böhlau für ſeine liebenswürdige Abſicht, verhehlte ihm aber auch die Bedenken nicht, die ſich mir bei Vergegenwärtigung der Stellung, in die ich eintreten ſollte, aufdrängten. Und in der That waren dieſe Bedenken

nicht gering. Die „Weimarische Zeitung“ war Eigenthum der großherzoglich sächsischen Regierung, also eine, wenn nicht streng officielle, so doch officiöse Zeitung, der Redacteur derselben jedenfalls von der Regierung abhängig, an deren Instructionen gebunden. Konnte ich ein solches Amt übernehmen, ohne für meine politische Selbständigkeit fürchten zu müssen? Allerdings war die weimarische Regierung als aufrichtig liberal und national bekannt. Herr von Wydenbrugk (zu dem ich niemals in ein derartiges Verhältniß getreten sein würde) war nicht mehr Minister. Herrn von Watzdorf hatte ich kennen gelernt — erst bei Gelegenheit der Kaiserdeputation in Berlin, wo er der einzige fürstliche Bevollmächtigte war, der, wie wir mit Freuden vernahmen, unsere Sendung bei dem, mit dem seinigen verwandten, Königshofe unterstützte, der sich auch persönlich zu uns hielt und vertraulich mit uns verkehrte (sichtlichermaßen zum großen Mißbehagen des Königs), dann wieder in Erfurt, wo er Vicepräsident des Staatenhauses war. Schon bei diesen flüchtigen Begegnungen hatte ich eine äußerst günstige Meinung von ihm gewonnen. Allein war es nicht denkbar, daß diese so liberale und nationale Regierung dem allgemeinen Andrange der Reaction, dem fast alle deutsche Staaten unterlagen, zuletzt ebenfalls nachgeben müßte? Und wenn nun Herr von Watzdorf gestürzt würde oder freiwillig zurückträte, wie dann? Würde ich dann nicht genöthigt sein, um meiner Ueberzeugung willen abermals zum Wanderstabe zu greifen?

In dieser Bedrängniß schrieb ich zunächst an den alten Frankfurter Collegen und Freund Droysen, der inzwischen von Kiel nach Jena übergesiedelt war, also auch den

weimarischen Verhältnissen näher stand, und bat ihn um Rath. Ich erhielt von ihm umgehend am 11. März 1855 folgenden Brief:

Die Sache steht nach meinem Dafürhalten so, daß, wenn Ihnen unsere Universität keine Stellung bieten kann, jede andere deutsche Universität aus bekannten Gründen sich hüten wird, es zu thun, denn sie sind alle — mit Ausnahme von Jena und vielleicht Göttingen — nicht eben sehr muthvoll. Fällt Ihnen also diese Aussicht, so viel ich ermesse, ganz hinweg, so müssen Sie nach Ihren ökonomischen Verhältnissen entscheiden, wie genehm Ihnen das weimarische Anerbieten sein darf. Seine Schattenseiten haben Sie hervorgehoben. Allerdings ist die Zeitung eine halboffizielle und damit Ihre Stellung in Etwas genirt. Nicht minder richtig ist, daß, wenn einmal Watzdorf abgeht, nicht berechnet werden kann, wer statt seiner eintritt. Aber einmal: er sitzt sehr fest im Sattel; sodann: Sie werden nicht von dem Ministerium, sondern von dem Blatt und dessen Verleger bestellt. Und endlich: es ist die Absicht, noch mehr als bisher das Officielle des Blattes von dem sonstigen Bestande desselben zu trennen. Vor Allem aber: diese kleinen Staaten sind ihrer Natur nach liberal und unsere Richtung steht ihnen völlig nahe. Ich würde, wenn Sie irgend sonst eine Aussicht hätten, in Ihre bisherige Thätigkeit wieder eintreten zu können (natürlich die Schweiz nehme ich aus), Ihnen verdenken, wenn Sie ganz in diese Zeitungsarbeit übergingen. Aber wenn Sie sich trotz aller Bedenken dazu entschlössen — und gerade dieses Blatt ist für Sie eine Art von réparation d'honneur — so würde ich der Presse Glück wünschen, Sie ganz gewonnen zu haben. Alle persönlichen Beziehungen in Weimar sind erfreulich und angemessen. Ich meine, Sie thun am besten, persönlich weiter zu verhandeln und sich dann zu entschließen.

Aehnlich rieth Wurm in Hamburg, an den ich mich auch gewendet hatte.

Gerade in diesen Tagen (unterm 17. März 1855) erhielt ich vom Minister von Watzdorf eine Zuschrift,

aus welcher ich ersehe, daß ich mich im Januar 1855 (wahrscheinlich wegen des Ausbleibens einer Nachricht aus Zürich) an ihn mit der Frage gewendet hatte, ob vielleicht doch in Jena Hoffnung auf eine Stelle für mich sei. Die Zuschrift lautete:

Euer Wohlgeboren bitte ich recht angelegentlich um Verzeihung, daß ich Ihr gefälliges Schreiben vom 17/20. Januar erst heute beantworte. Abgesehen von einem längeren Unwohlsein, hat mich daran früher auch der Umstand verhindert, daß ich über den Gegenstand Ihres Wunsches nicht meine Ansicht allein, sondern zugleich das Urtheil unseres Curators in Jena entscheiden lassen wollte, und das Gutachten des letzteren sich zufällig verzögert hatte. Ich kann nunmehr nur bedauern, daß wir Ihnen in Jena kein Feld einer Thätigkeit eröffnen können, wie es Ihren Wünschen entsprechen würde. Die verschiedenen von Ihnen vertretenen Fächer sind in Jena bereits zur Zeit mehrfach vertreten, so daß nicht allein das Bedürfniß der Studirenden befriedigt, sondern auch, was ich besonders hervorheben muß, keinerlei Mittel für Besoldung eines Gelehrten von Ihrem Rufe vorhanden sind. Ich beklage dies recht aufrichtig, nicht allein, weil es mir Freude gemacht hätte, einer Ihnen wohl bekannt gewordenen Empfehlung entsprechen zu können, sondern auch, weil ich mich sehr gefreut hätte, unserer thüringischen Universität Ihre Wirksamkeit zuführen zu können.

Ein anderes, höchst sonderbares Zusammentreffen war folgendes. Avenarius, einer der Verleger der „Germania", schrieb mir von Berlin aus am 19. März 1855:

Ein Pariser deutscher Buchhändler, Fr. Klincksieck (rue de Lille, no. 11), schreibt mir unterm 8. d. Mts. Folgendes: „Man wünscht, daß ich für ein sobald als möglich hier zu gründendes deutsches Journal einen tüchtigen Hauptredacteur anschaffe. Ich denke zunächst an Herrn von Rochau. Der Mann scheint mir für den Posten völlig geeignet und ist auch wohl geneigt, einen solchen Platz anzunehmen, der ihm ein Jahrgeld von 12 000 Franken

sichern dürfte. Seine jetzige Adresse ist mir unbekannt; ich irre mich aber wohl nicht, wenn ich annehme, daß diese Mittheilung durch Ihre Güte am schnellsten und besten in seine Hände gelangen wird. Bemerken muß ich noch, daß die Geldfrage gesichert ist, daß die französische Regierung das Journal gern sehen und den Redacteuren für ihre politischen Meinungen allen Spielraum gestatten will, soweit dieselben nicht gegen das Bestehende anlaufen. Eine Unterstützung ihrerseits steht in Aussicht, da sie von der Ueberzeugung ausgeht, daß die Verbreitung der Wahrheit die Interessen der Deutschen eben so sehr wie die der Franzosen befördern muß. Ist Herr von Rochau unzugänglich, so kennen Sie wohl einen andern Mann, der aber alle Eigenschaften haben muß, um sich an die Spitze des Unternehmens zu stellen; für die Dii minorum gentium ist ausreichend gesorgt." Rochau hat nun, was ich im Voraus wußte, abgelehnt: bei Ihnen wird es vielleicht eben so sein. Dennoch halte ich es für Pflicht, Ihnen diese Mittheilung zu machen und Ihnen anheim zu geben, ob Sie darauf eingehen können oder wollen.

Ich habe das Schreiben mit der Anfrage des Pariser Verlegers vollständig wiedergegeben, weil letztere ein eigenthümliches Schlaglicht auf gewisse Intentionen des damaligen Hauptes der französischen Regierung, des Kaisers Napoleon III., wirft. Aber klingt es nicht wie eine Ironie des Schicksals, daß für ein Journal, welches „die französische Regierung gern sehen, vielleicht unterstützen würde", in erster Linie Herr von Rochau, der Verfasser jenes Artikels gegen Napoleon in meinen „Annalen", in zweiter Linie ich, der um jenes Artikels Willen Haft und Absetzung erlitten hatte, in's Auge gefaßt werden sollte?

Gegenüber dieser Offerte ward mir allerdings die Entschließung nicht schwer.

Ich war inzwischen, wie Droysen und Wurm mir riethen und wie Böhlau selbst wünschte, nach Weimar

gereist, um mich persönlich über die Sachlage zu orientiren und mit Herrn von Watzdorf zu sprechen. Derselbe empfing mich in der liebenswürdigsten Weise, wie einen Gesinnungsverwandten, und ich fand mich in der Ueberzeugung bestärkt, daß mein Verhältniß zu ihm ein durchaus befriedigendes, zu Conflicten schwerlich jemals Anlaß gebendes sein würde. Auch die Herzlichkeit, womit alte und neue Bekannte in Weimar (zu jenen gehörte ein ehemaliger Studiengenosse von mir, der Rector des dortigen Gymnasiums, Hofrath Sauppe, zu diesen der Staatsanwalt Genast) mir den Wunsch, mich als einen der Ihrigen begrüßen zu dürfen, kundgaben, stimmte mich immer geneigter für die Annahme der mir gebotenen Stellung. Ich besprach mit Böhlau eine Art von Programm, worin ich die Grundsätze präcisirte, nach denen ich als Redacteur der Weimarischen Zeitung dieses Blatt zu leiten gedächte, und welches Böhlau Herrn von Watzdorf überreichen sollte.

Darauf erging dann am 2. April von Seiten des Ministeriums an mich die vorläufige Anfrage, ob ich geneigt sei, die Stelle anzunehmen; am 5. April theilte Herr von Watzdorf mir mit, daß auch höchsten Orts die Wahl meiner Person auf kein Bedenken stoße.

Mein Verhältniß zur Regierung war in dem von mir entworfenen, vom Minister von Watzdorf genehmigten Programm folgendermaßen formulirt:

Die Weimarische Zeitung, obschon kein eigentliches Regierungsblatt, vielmehr, wie ausdrücklich und öffentlich erklärt werden soll, in ihrem nichtamtlichen Theile lediglich die Ansichten ihres Redacteurs aussprechend und unter dessen Verantwortlichkeit auftretend, steht dennoch, als Eigenthum der Regierung, zu dieser in Beziehungen,

welche ihr gewiſſe Rückſichten ſelbſtverſtändlich auferlegen. Dieſe Rückſichten werden ſich in zweierlei Richtung äußern müſſen:

A. Die Weimariſche Zeitung wird weder in inneren Landesangelegenheiten, noch in Fragen der auswärtigen Politik eine grundſätzliche Oppoſition gegen die von der Regierung eingeſchlagene Richtung machen dürfen. Dies ſchließt nicht aus, daß in untergeordneten Fragen oder in Fragen von rein praktiſcher, techniſcher Natur die Zeitung bisweilen auch eine andere, als die von der Regierung vertretene Anſicht in ihren Spalten ſich äußern laſſen könne. Dagegen kann in keinem Falle von der Redaction verlangt werden, daß ſie eine mit ihren oben (in dem Programme) dargelegten Grundſätzen in Widerſpruch ſtehende Anſicht oder Maßnahme unter ihrem Namen und unter ihrer Verantwortlichkeit vertrete und vertheidige, oder vertreten und vertheidigen laſſe.

Sollte eine derartige grundſätzliche Meinungsverſchiedenheit zwiſchen der Regierung und der Redaction der Weimariſchen Zeitung über eine beſtimmte Frage eintreten, und die Regierung gleichwohl eine Beſprechung dieſer Frage von ihrem Standpunkte aus in der Zeitung wünſchen, ſo würde dies in der Form beſonderer, direct von der Regierung ausgehender und mit einem beſtimmten, ihren officiellen Charakter andeutenden Zeichen verſehener Artikel geſchehen. Die Redaction iſt gehalten, ſolche von der Regierung direct ihr zugefertigte und als officiell bezeichnete Artikel (für welche ſie dann natürlich auch nicht die Verantwortlichkeit trägt) unweigerlich und vor allen anderen aufzunehmen, auch wenn dieſelben mit ihre Anſichten ausſprechen.

B. Die Redaction wird bei der Beſprechung der Verhältniſſe anderer Staaten ſowie bei der Mittheilung von Thatſachen in Bezug auf ſolche ſorgfaltig Alles zu vermeiden haben, was den Regierungen der betreffenden Staaten einen gerechten Grund zu Reclamationen bei der diesſeitigen Regierung geben könnte.

Auf ein ſolches Programm hin glaubte ich es getroſt wagen zu dürfen, eine halbofficielle Zeitung unter einem Miniſterium v. Watzdorf zu redigiren. Und ich habe

es nie bereut, ja ich kann ſagen, daß, als ich die Zuſtände in Weimar und die maßgebenden Perſönlichkeiten bis hinauf zur höchſten Spitze näher kennen lernte, ich über die Aengſtlichkeit lächeln mußte, womit ich mich vor Conflicten hatte ſicherſtellen wollen. Während der acht Jahre meiner Redaction der Weimariſchen Zeitung iſt von ſolchen Conflicten niemals auch nur die leiſeſte Spur zu bemerken geweſen! Gewiß war es nichts Geringes — in jener Zeit der wildeſten Reaction, wo faſt kein deutſches Land ohne ſeinen Staatsſtreich blieb, — daß ich beim Antritt meiner Redaction als die leitenden Grundſätze der halbofficiellen Zeitung folgende ankündigen und daß ich dieſe Grundſätze auch praktiſch unbehindert und unbeirrt geltend machen konnte:

1. für die politiſchen Verhältniſſe des inneren Staatslebens: das monarchiſch-conſtitutionelle Princip in aufrichtiger und conſequenter Durchführung, namentlich im Sinne möglichſter Selbſtregierung der einzelnen Kreiſe der Staatsgeſellſchaft und der Heranbildung des Volkes zur Selbſtthätigkeit, unter Beſchränkung des Eingreifens von oben auf das wirklich Nothwendige;

2. für das Gebiet der volkswirthſchaftlichen Intereſſen: Erhaltung, Erweiterung und Entwickelung des Zollvereins im Sinne einer immer größeren Annäherung an das Syſtem der Handelsfreiheit, allmälige Anbahnung des gleichen Syſtems möglichſt freier Bewegung im inneren Gewerbeweſen;

3. für das religiöſe und kirchliche Leben: Fernhalten jeder Art von Extremen, jeder Ausſchließlichkeit und Unduldſamkeit, jeder Einmiſchung fremdartiger, namentlich politiſcher Elemente in die Behandlung religiöſer Verhältniſſe, Beförderung der Entwickelung des religiöſen und kirchlichen Bewußtſeins des Volks aus und durch ſich ſelbſt.

Als Hauptaufgaben der Zeitung bezeichnete ich dann: das Intereſſe des Volkes an ſeinen öffentlichen (Staats- und

Gemeinde-) Angelegenheiten zu wecken, eine richtige Einſicht von denſelben zu verbreiten, den Sinn wahrer, auf ſtrenge Geſetzlichkeit begründeter, ſtaatsbürgerlicher Freiheit, ein thätiges Gemeingefühl, eine lebendige Vaterlandsliebe zu nähren; insbeſondere auf dem Gebiete der volkswirthſchaftlichen und geſellſchaftlichen (ſocialen) Intereſſen die Begriffe des Volks von den Geſetzen und Bedingungen des Verkehrs, der Arbeitstheilung und der daraus hervorgehenden Verhältniſſe zu läutern, Vorurtheilen oder abſichtlich verbreiteten Irrlehren in dieſer Beziehung entgegenzutreten; den Geiſt der Selbſtthätigkeit und der freien Vereinigung (den Aſſociationsgeiſt) in ſeiner Richtung auf die Förderung volkswirthſchaftlicher und gemeinnütziger Zwecke zu pflegen; die Maßregeln der Geſetzgebung und Verwaltung, die beſtehenden öffentlichen Einrichtungen (z. B. das öffentliche Gerichtsverfahren, die Presbyterialverfaſſung im Kirchenweſen u. ſ. w.), ſowie die allgemeinen Grundſätze der Staats-, Bezirks- und Gemeindeverfaſſung dem Verſtändniß des Volkes näher zu bringen und dadurch eine lebendigere Antheilnahme des letzteren an dieſen Einrichtungen und Beſtrebungen zu vermitteln."

Siebentes Capitel.

Schriftstellerische Thätigkeit von 1850—1855.

In die Zeit zwischen dem Landtag 1849—50 und meiner Uebersiedelung nach Weimar (1855) fallen — außer meiner Thätigkeit für die „Germania“ und die „Deutschen Annalen“, sowie einem längeren Artikel über Sachsen in Brockhaus' „Gegenwart“ (1850 und 1851) — drei größere schriftstellerische Arbeiten, die „Erziehung zur Arbeit“*), der erste Band meines „Deutschland im 18. Jahrhundert“**), und das „Frauenbrevier“***).

Das erstgenannte Buch vertrat, seinem Grundgedanken nach, den von mir seit lange eingenommenen Standpunkt möglichster Verbindung und Ausgleichung zwischen Wissenschaft und Leben, Theorie und Praxis. Ich hatte während meines fast fünfjährigen Aufenthalts auf dem Lande, fern von beinahe jeder Geselligkeit, meine freien Stunden, besonders die Abende, zu meiner Erholung vielfach mit allerhand kleinen praktischen Beschäftigungen (zumeist

*) Erschienen 1852 bei Avenarius und Mendelssohn in Leipzig.
**) Erschienen von 1854—1880 bei J. J. Weber in Leipzig.
***) Erschienen 1856 ebenda.

Fertigung von Spielsachen für meine Kinder) ausgefüllt und hatte dabei den großen Reiz empfunden, den solche praktische Beschäftigungen, als eine Unterbrechung der rein geistigen Thätigkeit, gewähren. Ich hatte auch meinen ältesten Knaben, den ich, weil er schwächlich war und daher noch nicht wohl zur Stadt in eine Schule gehen konnte, eine Zeit lang selbst unterrichtete, zu ähnlichen praktischen Arbeiten (so weit sie seinem Alter angemessen waren) angewiesen und hatte auch dabei die Erfahrung gemacht, wie sehr eine derartige praktische Thätigkeit der menschlichen und namentlich der Kindesnatur zusagt. Dies veranlaßte mich, der Sache weiter nachzudenken, die einschlagende Literatur zu studiren (eben damals ertönten allerhand Klagen über unsere Lernschule aus den Kreisen praktischer Schulmänner selbst), und so entstand das Buch, das mir bei der Abfassung große Freude machte, weil ich das Gefühl hatte, damit einem wirklichen Bedürfniß zu dienen und etwas für das nachwachsende Geschlecht Nützliches zu thun. Um nicht durch meinen Namen irgendwie den, allerdings völlig grundlosen, Verdacht zu erregen, als sei es bei der von mir vorgeschlagenen pädagogischen Reform auf einen politischen Nebenzweck abgesehen, gab ich das Buch unter dem angenommenen Namen Karl Friedrich heraus.

Das Buch erregte ein gewisses Aufsehen in der Lehrerwelt: in der pädagogischen Presse, in Lehrerversammlungen ward dafür und dawider geschrieben und gesprochen. Ich kam durch dasselbe in Beziehungen zu verschiedenen Persönlichkeiten, die entweder ähnliche Ideen schon vertreten und zum Theil praktisch verwirklicht hatten, oder durch mein Buch zu solchen angeregt worden waren, so zu dem würdigen

Barup, dem Nachfolger Fröbels in Keilhau, und der Wittwe Fröbels selbst, zu Dr. Georgens und seiner späteren Gattin, Fräulein Gayette, zu Frau von Marenholz, dieser eifrigen und werkthätigen Freundin der Fröbel'schen Kindergärten, u. A. m. Einen unmittelbaren Erfolg hatte die Sache damals nicht: eine Zeit der allgemeinen Reaction von der einen, der Erschlaffung von der andern Seite, wie es die Jahre 1850 ff. waren, ist Reformen (auch wenn sie durchaus unpolitischer Natur sind) wenig günstig. Nahezu ein volles Menschenalter mußte vergehen, ehe der 1852 von mir ausgestreute Samen, von anderer Seite her befruchtet, Wurzeln schlug und Keime trieb; aber ich hatte doch noch die Freude, im höheren Alter das in praktische Wirksamkeit treten zu sehen, was ich 30 Jahre vorher nur wie einen Zukunftsgedanken hinausgeworfen hatte. Ich werde in einem späteren Stadium meines Lebens darauf zurückkommen.

Die Idee einer Culturgeschichte unseres Volkes hatte mich schon lange beschäftigt, eigentlich schon seit dem Anfang der vierziger Jahre. Doch war ich nicht dazu gekommen, der Ausführung dieser Idee näher zu treten. Als ich nach der Rückkehr vom Landtage meine Vorlesungen wieder aufnahm, wandte ich diese theilweise auf die deutsche Culturgeschichte, zunächst des vorigen Jahrhunderts. Ich fand Interesse dafür bei meinen Zuhörern. Sodann hielt ich im Winter von 1852—53 Vorträge ebendarüber vor einem größeren Publikum. Dadurch bekam mein Vorhaben bestimmtere Gestalt. Als ich dann 1853 von meinem akademischen Amte suspendirt war, benutzte ich diese unfreiwillige Muße zur weiteren Durch- und Aus-

arbeitung jener Vorträge. Ursprünglich dachte ich mit Einem Bande auszukommen: allein der Stoff wuchs und wuchs mir dergestalt unter den Händen, daß schließlich vier Bände daraus geworden sind.

Als ich zuerst an die Arbeit ging, war auf diesem Gebiete noch äußerst wenig vorgearbeitet. Der allergrößte Theil jener culturgeschichtlichen Monographien, die wir jetzt besitzen, ist erst seitdem (vielleicht mit in Folge des von mir gegebenen Anstoßes) entstanden. Ich mußte daher den Stoff aus dem Allergröbsten herausarbeiten, ihn dann sichten und zu einem möglichst anschaulichen Bilde gestalten. Das war ein mühsames Geschäft. Der Zugang zu ersten Quellen, wie Archive u. dgl., war damals noch viel schwieriger, als heut: auch war ich persönlich nicht in der Lage, durch Reisen da- und dorthin derartige Quellen mir zu erschließen. Ohnehin ist es bei einem Werke, welches sich über einen längeren Zeitraum und über alle möglichen Seiten der Cultur erstrecken soll, beinahe unmöglich, Alles und Jedes aus ersten, d. h. handschriftlichen und urkundlichen Quellen zu entnehmen; man hat schon genug und übergenug zu thun, wenn man nur die Quellen zweiter Ordnung, d. h. die gedruckten, möglichst vollständig benutzen will. Letzteres habe ich nach Kräften gethan, wie das dem vierten Bande meines Werkes beigegebene Quellenverzeichniß bekundet. Dasselbe führt nahezu 1000 Druckschriften und doch auch allerlei Handschriftliches als von mir verwerthetes Material auf, wobei noch die vielen Druckschriften weggelassen sind, welche ich durchgemustert habe, ohne darin etwas für mein Buch Brauchbares zu finden.

Das Unternehmen war in doppelter Hinsicht ein

Wagniß, in sachlicher und persönlicher. Die Culturgeschichte als Wissenschaft lag damals noch so zu sagen in den Windeln. Eine festgestellte wissenschaftliche Methode der Culturgeschichtsschreibung gab es nicht. Dagegen ward mit sogenannter Culturgeschichte in halb oder ganz unwissenschaftlicher, häufiger noch in novellistischer, feuilletonistischer und sonstiger Form viel dilettantischer Unfug getrieben. Ich mußte mir also eine Methode erst schaffen, denn ich wollte nicht blos die verschiedenen Seiten des Culturlebens getrennt und unverbunden (etwa wie es Wachsmuth gethan) neben einander gruppiren, sondern sie dermaßen in einen organischen Zusammenhang bringen, daß daraus ein allseits abgeschlossenes, anschauliches Bild der ganzen Zeitperiode entstände. Die Schwierigkeit einer solchen organischen Verbindung erwies sich noch als mäßig beim ersten Bande, der es mit den politischen, materiellen, socialen Zuständen Deutschlands im 18. Jahrhundert zu thun hatte, denn diese vertrugen einerseits eher eine gesonderte Behandlung, fügten sich andererseits leichter zu einer Einheit zusammen; sie ward aber größer und größer bei den folgenden Bänden, wo es darauf ankam, die feineren, ich möchte sagen, unwägbaren culturgeschichtlichen Erscheinungen (geistige, sittliche, gesellschaftliche u. a. Zustände) mit den politischen, wirthschaftlichen u. s. w. in Wechselwirkung zu setzen.

Ich habe für diesen Zweck (der Auffindung einer richtigen Methode) nicht blos für mich allein die eingehendsten Vorstudien gemacht, sondern auch mit sachkundigen Freunden, wie dem tüchtigen Culturgeschichtsforscher Archivrath Brückner in Meiningen und dem berühmten Literar-

historiker Hettner, persönlich und schriftlich vielfachen Gedankenaustausch gepflogen, mit Letzterem u. A. in Form eines „Offenen Briefwechsels“ in „Westermanns Illustrirten Monatsheften“.

Zu diesen sachlichen Schwierigkeiten kam dann die persönliche, daß ich selbst auf dem Gebiete der Geschichtsschreibung im größeren Stile eigentlich noch ein Neuling war. Denn weder meine „Geschichte des ersten preußischen Reichstags“, noch meine „Erinnerungen aus der Paulskirche“ (wie freundliche Anerkennung auch beide Schriften selbst von den competentesten Beurtheilern gefunden hatten, jene, wie schon erwähnt, von dem Staatsminister von Schön, diese u. A. von dem politisch vielerfahrenen Baron von Stockmar) konnten doch als wissenschaftliche Geschichtsarbeiten im strengeren Sinne kaum gelten.

Aus allen diesen Gründen ging ich nicht ohne eine gewisse Zaghaftigkeit an die Veröffentlichung dieses größeren culturgeschichtlichen Werkes.

Da war es mir denn nun eine große und unverhoffte Genugthuung, sogleich den ersten Band desselben nicht blos von der tagesläufigen Kritik nahezu einmüthig in überaus günstiger, theilweise fast überschwänglicher Weise als eine zeitgemäße und wohlgelungene Arbeit begrüßt, sondern auch dieses günstige Urtheil von einer Reihe der namhaftesten und competentesten Männer brieflich bekräftigt zu sehen. Und eben diese Gunst, ja, ich kann wohl sagen, eine von Band zu Band steigende, ist meinem Werke auch in seinen weiteren Stadien zu Theil geworden. Das langsame Vorrücken desselben, zum Theil veranlaßt durch die inneren Schwierigkeiten der Arbeit, zum Theil durch äußere Umstände

(der erſte Band erſchien 1854, der letzte 1880, ſo daß das nonum prematur in annum hier faſt verdreifacht zutraf) hat allerdings meinen Herrn Verleger faſt zur Verzweiflung gebracht, mir ſelbſt — um ſeinet- und um meinetwillen — viel Kummer bereitet, allein für Form und Gehalt des Buches iſt daſſelbe jedenfalls von Vortheil geweſen.

Wenn ich im Nachſtehenden einige der mir werthvollſten von den vielen zuſtimmenden Aeußerungen über mein „Deutſchland im 18. Jahrhundert" anführe, ſo wolle man darin nicht einen Ausfluß perſönlicher Eitelkeit erblicken (ich fühle recht wohl, daß Manches in meinem Buche anders und beſſer ſein könnte, und daß auch hier das In magnis et voluisse sat est zutrifft), vielmehr mir es um deswillen zu gute halten, weil — bei der Ungunſt, in welcher noch immer hier und da und insbeſondere bei manchen unſerer Hiſtoriker von der ſtrengen Obſervanz die Culturgeſchichte ſteht — mir natürlicherweiſe viel daran gelegen ſein muß, ſowohl für dieſe Wiſſenſchaft ſelbſt, der ich mehr als mein halbes Leben gewidmet habe, als auch für meine Behandlung derſelben durch die Stimmen namhafter Gewährsmänner gewiſſermaßen öffentliches Zeugniß abzulegen.

Dahlmann ſchrieb mir bald nach Empfang meines erſten Bandes:

> Ihr Buch hat mich mehrfach gefreut; ich machte Mr. de Tocqueville, der hier dieſen Sommer die Verhältniſſe Deutſchlands im 18. Jahrhundert ſtudirte, damit vertraut, und es war ihm in hohem Grade willkommen.

Hettner, der um die gleiche Zeit ſeine treffliche „Literaturgeſchichte des 18. Jahrhunderts" begann, nahm ſchon aus

dieſem Grunde lebhafteſten Antheil an meiner Arbeit. Als ich ihm den erſten Band geſandt hatte, erhielt ich von ihm einen ſehr freundlichen Brief, dem ich nur folgende Stellen entnehme:

> Es iſt meine feſte Ueberzeugung, daß wir nur auf dem von Ihnen eingeſchlagenen Wege zu einer wirklichen, ihrem Begriffe entſprechenden Culturgeſchichte kommen. . . Ich wurde fortwährend an das dritte Capitel von Macaulays Geſchichte erinnert. . . . Ich kann Ihnen nicht genug meine Freude ausdrücken, daß Sie uns ein ſo reiches und farbiges Bild dieſer Zeit aufrollen. Was ich bis jetzt geleſen habe, hat mich auf's Lebhafteſte beſchäftigt und mir ganz neue, ungeahnte Blicke eröffnet.

Nach dem Erſcheinen des zweiten Bandes ſchrieb er mir:

> Ich kann Ihnen nicht warm genug ſagen, wie ſehr mich der erſte Eindruck gefreut, belehrt und angeregt hat, und wie ſehr ich auf das gründlichere Studium geſpannt bin. Sie haben das große Verdienſt, einer neu aufblühenden jungen Wiſſenſchaft durch Wort und That unabläſſig Stachel und Sporn zu geben. Sie haben aber auch die Freude, zu ſehen, daß die junge Saat gedeiht, kräftig aufſproßt und ſich weiter und weiter verbreitet.

Da die ſpäteren Bände meines Werkes (ſchon vom zweiten an) vorzugsweiſe auch literarhiſtoriſchen Inhalts waren, ſo lag es nahe, daß wir, Hettner und ich, unſere Gedanken über das uns gemeinſame Thema vielfach austauſchten, und wir haben dies gethan nicht wie Rivalen, ſondern wie gute Kameraden, die ſich einer den andern zu fördern ſuchen. Hettner hatte für jeden neuen Band meines „Deutſchland“ ein warm anerkennendes Wort, wenn auch nur privatim (zu einer öffentlichen Beſprechung kam er bei den ſpäteren Bänden nicht), während ich meinerſeits mit vollſter Ueberzeugung privatim wie öffentlich das

viele Bedeutende in seiner „Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts“ hervorzuheben vermochte. Er, in glücklicherer Lage, als ich, gelangte schon 1870 zu dem Abschluß seines groß angelegten Werkes, hörte aber nicht auf, den Fortgang des meinigen nach wie vor mit freundlichstem Interesse zu verfolgen. Als auch ich endlich — zehn Jahre später — an das gleiche Ziel gelangt war, schrieb er mir (am 2. September 1880):

> Erst vorgestern bin ich aus Wildbad zurückgekehrt. So habe ich bisher Ihr treffliches Werk nur flüchtig durchblättern können. Glückauf zur glücklichen Vollendung des langjährigen Werkes, das Ihnen ein monumentum aere perennius sein wird! Was ich bisher gelesen habe, hat meine tiefste Aufmerksamkeit erregt. Ich finde überall Ursprünglichkeit und Selbstständigkeit und in der Zusammenhäufung des Materials staunenswerthe Gründlichkeit. Aber sofort kann ich zu keiner öffentlichen Besprechung kommen. So leid es mir thut, muß ich daher doch das „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“ geltend machen. Eine Arbeit wie diese Ihre Cultur- und Literaturgeschichte darf nicht flüchtig besprochen werden, zumal von mir nicht, der dem Leser Rechenschaft über das gegenseitige Verhältniß unserer verschiedenen Auffassungen und Darstellungen schuldet.

Leider sollte die hier geäußerte Absicht Hettners nicht mehr in Erfüllung gehen. Denn bald darauf schon erfaßte den anscheinend kräftigen Mann jene tückische Krankheit, die, nachdem seine gute Natur sich mehrmals aus ihren Umstrickungen wieder frei gemacht hatte, zuletzt doch (1882) seinem Leben — zum tiefsten Schmerz seiner zahlreichen Freunde, denen auch ich mich von ganzem Herzen zuzähle — vorzeitig ein Ziel setzte.

Was ein anderer werther Freund, der schon oben genannte namhafte Culturgeschichtsforscher Archivrath

Brückner in Meiningen, mir über mein Buch geſchrieben, übergehe ich, weil darin zu ſehr die Stimme warmherziger Freundſchaft die der Kritik übertönt.

Aber auch von mir ferner Stehenden vernahm ich viele billigende und ermuthigende Worte. So von dem namhaften Literarhiſtoriker Koberſtein, der ſich über den (durchaus literarhiſtoriſchen) dritten Band gegen mich brieflich ſo ausſprach:

> Ich kann es in vollſter Wahrheit ſagen: niemals leicht habe ich eine vollere und reinere Freude an einem Buche gehabt, als an dieſer vortrefflichen Darſtellung des geiſtigen Lebens unſeres Volkes in der erſten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Wie ſchön und treffend haben Sie die Hauptrichtungen dieſes Lebens in den Hauptvertretern deſſelben nachgewieſen! U. ſ. w.

Klüpfel in ſeinem „Wegweiſer durch die Literatur“ (Jahrgang 1858) ſagte:

> Beſonderer Pflege erfreut ſich neuerlich die Culturgeſchichte, welche ſich zu einer ſelbſtſtändigen Disciplin auszubilden beginnt. Unter den ſelbſtſtändigen Arbeiten auf dieſem Gebiete ragt Biedermanns „Deutſchland im 18. Jahrhundert“ als die nach Inhalt und Form bedeutendſte Leiſtung hervor.

Der, leider ſo früh verſtorbene, Häuſſer äußerte ſich nach dem Erſcheinen des zweiten Bandes in einer Recenſion in der Augsburger Allgemeinen Zeitung folgendermaßen:

> Die Pauſe von faſt vier Jahren, die das Erſcheinen des erſten Theils von der Fortſetzung dieſes Werkes trennt, konnte Einen beinahe beſorgt machen, es möchte die Schwierigkeit der Aufgabe die Vollendung hindern. Wir würden das von Herzen bedauert haben, denn es wird uns hier über einen der intereſſanteſten Lebensabſchnitte unſeres Volkes eine Fülle werthvollen Stoffes geboten, deſſen Studium die reichſte Anregung giebt ſo-

wohl zur Erkenntniß unserer Gegenwart, als zum richtigen Verständniß unserer gesammten Entwickelung.

Der berühmte Theolog Tholuck, der in seiner „Vorgeschichte des Rationalismus“ von einem ganz anderen Standpunkte als dem meinigen zu ganz ähnlichen Resultaten in Bezug auf die kirchlichen, religiösen, sittlichen Zustände der sogenannten „guten alten Zeit“ gekommen war, schickte mir sein Buch mit folgenden Zeilen:

Das große Vergnügen und die Belehrung, welche ich aus Ihrem schönen Werke „Deutschland im 18. Jahrhundert“ erhalten, ließ mich noch während der Abfassung den Entschluß fassen, Ihnen die letzte Abtheilung meines Buches zuzusenden, und gerade diese, weil Sie daraus ersehen werden, wie meine, in einer ganz anderen Richtung erfolgten Studien mich auf mannigfachen Punkten zu ganz gleichen Resultaten geführt haben. Insbesondere spreche ich Ihnen noch, in Uebereinstimmung mit anderen meiner Fachgenossen, meinen Dank aus für den so sehr würdigen Geist und Ton, in welchem Spener und die von ihm ausgegangene Richtung von Ihnen behandelt worden ist. Wie wohlthuend empfindet man den Geist dieser Darstellung — ich will nicht sagen im Vergleich zu Barthold, sondern auch schon im Vergleich mit Schriftstellern wie . . .

Der theologische Antipode Tholucks, David Strauß, der sich nach Abfassung seiner größeren Werke religiösen Inhalts auf das literarhistorische Gebiet begeben und den ich deshalb um eine Besprechung meines Buches zu bitten gewagt hatte, antwortete mir:

Nichts konnte mir willkommener sein (da ich mich eben mit den Vorarbeiten zu einer Reihe von Dichterleben aus dem 18. Jahrhundert beschäftige), als ein Werk, das sich über den geistigen und geselligen Boden der ersten Hälfte desselben mit so gründlicher Sachkenntniß verbreitet. Aber wenn Sie mich der Beurtheilung eines so weitgreifenden Werkes gewachsen glauben, so

überſchätzen Sie die Kenntniſſe eines Dilettanten um Vieles. Gern würde ich indeſſen die erſte beſte Gelegenheit ergreifen (die letzte wäre in meinem beabſichtigten Buche), Ihres Werkes dankbar und rühmlich zu gedenken.

Rudolf von Gottſchall urtheilte über das fertige Werk in den „Blättern für literariſche Unterhaltung:"

Das ganze Werk, deſſen Beginn in eine Zeit fällt, in welcher die Culturgeſchichte keineswegs auf ihrer jetzigen Höhe ſtand, am wenigſten ſich eines ſolchen Antheils erfreute, wie das gegenwärtig der Fall iſt, beruht auf den ſorgſamſten Studien, iſt in der geläuterten Form gehalten, wie ſie philoſophiſche Durchbildung allein der Darſtellung zu geben vermag, und verleugnet nirgends das geſchmackvolle und unparteiiſche Urtheil des Literarhiſtorikers.

Die „Wiſſenſchaftliche Beilage zur Leipziger Zeitung" (der man — nach meiner politiſchen Stellung zu letztgenanntem Blatte — eine Voreingenommenheit für mich nicht Schuld geben wird) brachte aus der Feder des Geheimen Raths von Witzleben, Directors des Staatsarchivs, erſt 1875, dann 1880 eine überaus freundliche Beſprechung meines Buches. In dem zweiten dieſer Artikel hieß es:

Unſere Beſprechung des Biedermann'ſchen Culturgeſchichtswerk im Jahre 1875 haben wir mit den Worten geſchloſſen, daß es wohl verdiene, als ein Volksbuch in des Wortes edelſter Bedeutung Platz zu finden in jedem deutſchen Hauſe, wo Verſtändniß und Intereſſe für die großen Motoren und Impulſe unſeres geiſtigen und nationalen Lebens vorhanden iſt. Heute, wo das ganze großartige literariſche Unternehmen abgeſchloſſen vor uns liegt, wüßten wir Beſſeres zu ſeiner Empfehlung nicht zu ſagen, als daß wir das vor fünf Jahren geſprochene Wort einfach wiederholen. Wir haben es bei dem gegenwärtig vorliegenden Werke mit einem Meiſterwerke erſten Ranges zu thun, das zugleich als erſtes Unternehmen, das reiche Culturleben des achtzehnten Jahrhunderts in großen Zügen der Gegenwart und Zukunft darzulegen, eine bisher ſchwer empfundene Lücke in der

deutſchen Literatur in einer ſeines Gegenſtandes in hohem Grade würdigen Gründlichkeit, Wiſſenſchaftlichkeit und Anſchaulichkeit ausfüllt.

Zunächſt über den letzten Band (der unſere klaſſiſche Literatur behandelt), zugleich aber über das ganze Werk ließ ſich der hervorragende Germaniſt und Literarhiſtoriker Zarncke in ſeinem „Literariſchen Centralblatt" ſo aus:

Eine gefundere kritiſche Koſt iſt uns nicht leicht geboten worden, als die, welche wir hier empfangen. Man fühlt es, daß der Verfaſſer von einer höheren Warte aus das menſchliche Leben betrachtet hat, wie ſeine hervorragende Stellung in den politiſchen Kämpfen unſeres Volkes ſie ihm gewährte, daß er mit den Motiven und Handlungsweiſen der Menſchen wohlbekannt iſt, tief hinter die Couliſſen geblickt hat, und daß er Charaktere zu beurtheilen und an ihren Platz zu ſtellen verſteht; man fühlt es, daß er gewohnt iſt, ſich über Alles ſcharfe und beſtimmte Begriffe zu bilden, und daß er gelernt hat, dieſe im Kampfe der Meinungen klar zum Ausdruck zu bringen. Manche ketzeriſche Anſicht wird ausgeſprochen friſch von der Leber weg, und ſie berührt — gegenüber hergebrachter panegyriſcher Tradition — nicht ſelten erquickend. Wir meinen: was hier über Goethe und Schiller, auch was über Leſſing und Kant geſagt iſt, gehört mit zu dem Beſten, was über dieſe Männer und ihre Werke bisher vorgebracht worden iſt. Wir beglückwünſchen den Verfaſſer zur Vollendung ſeines Werkes, von dem die beiden erſten Bände bereits in neuer Auflage vorliegen. Es wird ihm, ſeitdem er ſeiner einfluß- und erfolgreichen politiſchen Thätigkeit entſagt hat, nun auch im Kreiſe der Gelehrtenwelt, der Hiſtoriker und Literarhiſtoriker, einen ehrenvollen Namen ſichern.

Auch vom Auslande her gingen mir manche wohlwollende Aeußerungen über mein Buch zu. Die Encyclopaedia Britannica (2. edition) charakteriſirte es ſo:

Biedermanns „Germany in the XVIII. century" is the most favourable example of works on „Culturgeſchichte".

Der engliſche Biograph Leſſings und Schillers, James Sime, ſagte in der Einleitung zu ſeiner Leſſing-Biographie:

In my study of the period (of Lessing) I have been much indebted to Biedermanns „Deutschland im 18. Jahrhundert", a book of great research and excellently written.

Einer der namhafteſten nordamerikaniſchen Gelehrten, Mr. White, bis vor Kurzem Präſident (Rector) und Profeſſor der Geſchichte an der Cornell-University zu Ithaka im Staate New-York, eine Zeit lang Botſchafter der Vereinigten Staaten am kaiſerlich deutſchen Hofe, hatte ſchon während ſeines Aufenthaltes in Berlin mir durch zweite Hand ſehr Freundliches über mein Buch ſagen laſſen. Nach ſeiner Rückkehr auf ſeinen Poſten in Ithaka kam ich in Correſpondenz mit ihm, da er einen jungen Mann ſeines Vertrauens mit einem Empfehlungsbriefe an mich adreſſirte, zugleich mir einige ſeiner Schriften ſendete. Im Verlaufe dieſer Correſpondenz erhielt ich zuerſt am 24. December 1884 von ihm einen äußerſt liebenswürdigen Brief, worin er ſagte:

I have long known you through your „Deutschland im 18. Jahrhundert". I have enjoyed and profited by your work so much, that you have seemed to me like an old friend. It is one of my regrets, that I was unable to present my respectful compliments to you during my stay in Germany, but my visits to Leipsic were few and brief, and in each case every moment of my time in your city was taken of.

I am especially glad to learn, that you continue to work in your splendid field and that we are likely to have from you a „Deutsche Volks- und Culturgeschichte". I hope, that some arrangement can be made for its translation in America. Everything which tends to make these great nations know each other and appreciate the good that is in each, is of the greatest value. Be assured, dear sir, tha the opinion which some of your competitors entertain regarding Culturgeschichte, is not shared by the most thought-

ful men in this country. There is, indeed, a tendency to extol minute special studies as the chief end of man. I consider many of these special investigators as very useful men, but really as „hewers of wood and drawers of water“ to those engaged in large, broad studies like your own.

Später (kurz vor einer Reiſe nach Europa, die er 1885 antrat) ſchrieb er mir:

Allow me to say in conclusion, that among my dearest hopes is that of revisiting Germany at some day not very distant, and I shall then consider it both a pleasure and a duty, to present my respects to you in person and to thank you for the noble work you have done in the historical field.

Nach dem Erſcheinen des letzten Bandes meines Werkes ſandte ich daſſelbe u. A. auch an den berühmten franzöſiſchen Cultur- und Literarhiſtoriker Mr. Taine (der mich 1870, kurz vor dem Kriege, in Leipzig beſucht hatte) mit der Bitte, er möge doch eine Anzeige deſſelben in einer der großen wiſſenſchaftlichen Zeitſchriften Frankreichs entweder ſelbſt verfaſſen oder doch veranlaſſen. Darauf erhielt ich von ihm aus Mruthon St. Bernard in Savoyen, wo er ſich zur Cur befand, am 12. Auguſt 1880 folgende Zeilen:

Je suis fort honoré de cet envoi; je connaissais de réputation les premiers volumes, et je Vous félicite d'avoir pu achever un si grand ouvrage. Il est plus complet que le mien*); je n'ai décrit dans la société du 18. siècle en France que ce qui conduisait à la révolution et je vois par la table de votre livre que Vous avez épuisé le projet en ce qui concerne l'Allemagne. Ma santé n'est pas très-bonne et j'ai peine à finir le travail commencé; je viens en outre d'avoir un grand deuil de famille qui m'ôte toute liberté d'esprit. Si Vous ajoutez à cela ma médiocre connaissance du 18. siècle allemand, Vous

*) „La France avant la révolution“.

verrez que je ne serais pas un très-bon juge d'un ouvrage comme le vôtre. Mais de retour à Paris, où j'habite l'hiver, j'en parlerai à qui de droit. Une étude aussi vaste et aussi consciencieuse y trouvera certainement des appréciations. Agréez, Mr., je Vous prie, l'assurance de mes sentiments les plus distingués et les plus dévoués.

Als ich mir ſpäter eine nochmalige Anfrage wegen meines Buches erlaubte, ſchrieb mir Mr. Taine am 18. Mai 1884:

J'en ai parlé à Mr. Bourdeau (du Journal des Débats). Il a votre livre en haut estime. Je suis certain, qu'il louera, comme il convient, l'étendue des informations, l'abondance du détail, la sureté de la critique, la disposition des matières, et je suis heureux de m'associer d'avance à l'éloge qu'il fera de votre travail.

Die beiden Briefe erfreuten mich um ſo mehr, weil ſie zugleich bekundeten, daß der berühmte franzöſiſche Gelehrte, auch darin ganz auf der Höhe der Wiſſenſchaft und ihrer großen internationalen Aufgabe ſtehend, im Verkehr mit Gleichſtrebenden von jedem nationalen Gegenſatze abſieht.

Der von Mr. Taine genannte Mr. Bourdeau ſchrieb im vorigen Herbſt an mich und kündigte mir eine Beſprechung meines Buches von ſeiner Hand in der Revue des deux Mondes für die erſten Monate von 1886 an.

Mein drittes Werk aus jener Zeit, das „Frauenbrevier", entſtand auf ganz beſondere Veranlaſſung. Der bekannte namhafte mediciniſche Lehrer und Schriftſteller Profeſſor Karl Bock kam eines Tages zu mir und theilte mir den Plan mit, eine Reihe von Vorträgen für Frauen zu halten. Er wollte über Körperpflege, diätetiſche Behandlung der Kinder u. dgl. ſprechen; ich möchte mein Fach, die Culturgeſchichte, vertreten. Ich ging auf

den Gedanken ein, und so veranstalteten wir zusammen einen Cyclus von Vorträgen, der vom November 1854 bis tief in den Sommer 1855 hinein reichte. Allwöchentlich fanden zwei Vorträge statt, einer von Bock, einer von mir. Unsere Zuhörerschaft bestand aus nahezu 300 Frauen und Mädchen theils aus der höheren Gesellschaft, theils aus dem Mittelstande. Die Aufmerksamkeit und die Ausdauer dieser ausschließlich weiblichen Zuhörerschaft war bewundernswerth und beschämte Alles, was ich von männlichen oder auch von gemischten Auditorien kennen gelernt hatte; die letzte Vorlesung war noch ebenso zahlreich besucht, wie die erste. Am Schlusse des Cursus überreichten die Damen uns Beiden, als sichtbare Zeichen ihrer Dankbarkeit, zwei silberne Becher und zwei Lorbeerkränze.

Diese Vorträge nun arbeitete ich aus und ließ sie drucken. Der, meinem Gefühl nach etwas zu anspruchsvolle, Titel: „Frauenbrevier" stammt nicht von mir her, sondern von dem Verleger, Herrn J. J. Weber.

Das Buch fand raschen Absatz, so daß es in nicht zu langer Zeit vergriffen war. Der Verleger machte indeß keine Anstalt zu einer neuen Auflage, und mir, offen gesagt, graute es einigermaßen vor einer solchen, weil ich mir bewußt war, daß ich dann das Buch nach manchen Seiten hin bedeutenden Veränderungen würde unterziehen müssen. Erst nach Vollendung meines großen Culturgeschichtswerkes (1880) gelangte ich dazu, eine zweite („umgearbeitete") Auflage fertigzustellen, welche 1881 erschien. Sie ist in mehreren Abschnitten eine völlig neue Arbeit, so namentlich in den Capiteln 18 und 19 (S. 250 bis 403), welche die „Völkergeschichte" behandeln. Ich

machte hier ein ganz neues Experiment, indem ich es unternahm, die Geſchichte der verſchiedenen Zeiten und Völker (Alterthum und Neuzeit) dem Wiſſensbedürfniß der Frauenwelt anzupaſſen. Wie ich dabei verfuhr, habe ich im Vorwort zu dieſer zweiten Auflage in folgenden Worten angegeben:

Nichts iſt ſchwieriger, als das rechte Maß und die rechte Methode zu finden, um Frauen und Mädchen in die Kenntniß der Geſchichte ſo einzuführen, daß nicht durch die Maſſe des Gegebenen ihr Gedächtniß überfüllt oder ihr Geiſt verwirrt werde, doch aber auch nichts von dem ihnen fremd bleibe, was von allgemein menſchlichem Intereſſe iſt. Ich habe verſucht, eine ſolche Auswahl zu treffen, und ich habe zugleich danach geſtrebt, die Hauptmomente der Menſchengeſchichte der Theilnahme und dem Verſtändniß meiner Leſerinnen dadurch näher zu bringen und vor einem zu leichten Wiederverſchwinden aus ihrem Gedankenkreiſe zu behüten, daß ich dieſelben, wo immer möglich, in engere Beziehung zu bildneriſchen, dichteriſchen oder muſikaliſchen Schöpfungen ſetzte, in denen geſchichtliche Thatſachen oder Perſönlichkeiten ſich widerſpiegeln. So glaubte ich den doppelten Zweck zu erreichen, einmal, durch ein ſolches künſtleriſches Medium die Gebilde nüchterner Geſchichtsbetrachtung meinen Leſerinnen näher zu bringen und vertrauter zu machen, und ſodann, ihnen den Genuß muſikaliſcher, dichteriſcher oder bildneriſcher Kunſtwerke zu würzen, indem ich ſie auf die geſchichtlichen oder auch auf die ſagenhaften und mythologiſchen Grundlagen aufmerkſam machte, auf denen dieſe Kunſtwerke ſich auferbauen.

Noch wäre an dieſer Stelle eines hiſtoriſchen Unternehmens zu gedenken, zu welchem ich 1854 den Plan faßte und die Vorbereitungen traf, welches aber erſt mehrere Jahre ſpäter wirklich in's Leben trat. Ich meine die „Staatengeſchichte der neueſten Zeit", welche von 1858 an in einer Reihe einzelner Ländergeſchichten bei Sal. Hirzel in Leipzig erſchien.

Mein leitender Gedanke dabei war der, dem gebildeten (nicht dem „gelehrten") Publikum ein Werk zu geben, welches geeignet wäre, dasſelbe in einer für dieſe Kreiſe berechneten, gemeinverſtändlichen, knappen, dabei doch das Weſentliche enthaltenden Darſtellung über die neueſte Geſchichte der verſchiedenen Staaten etwa vom Anfange des 19. Jahrhunderts oder von 1815 an bis möglichſt nahe zur Gegenwart aufzuklären und zu belehren.

Die Vorarbeiten für dieſes Unternehmen waren äußerſt ſchwierige und langwierige. Es galt, für jedes Land womöglich einen ſolchen Darſteller zu finden, der mit den Zuſtänden und der neueſten Geſchichte dieſes Landes durch eigene Anſchauung, nicht blos aus zweiter Hand durch Bücher, bekannt wäre. Das erwies ſich für manche Länder als gar nicht leicht, und ich mußte lange und viel nach Mitarbeitern ſuchen, manche davon auch wieder aufgeben, die vor den Schwierigkeiten der Aufgabe zurückſchreckten. Allerdings waren letztere nicht ganz gering: insbeſondere gehörte ein großes Maß von Selbſtverleugnung dazu, einen meiſt überreichen Stoff in einen ſo engen Rahmen zuſammenzudrängen. Ich habe wegen Hollands mit dem dortigen Führer der Liberalen und zeitweiligen Miniſterpräſidenten Thorbecke, wegen Belgiens mit dem Profeſſor Arendt in Löwen und dem Baron von Stockmar, wegen Oeſterreichs zuerſt mit dem Baron von Andrian, und ſo noch mit vielen Anderen einen umſtändlichen Briefwechſel gepflogen. Für England hatte anfangs Wurm zugeſagt, der aber dann wieder zurücktrat; für die Schweiz wollte ich Bluntſchli gewinnen, der auch nicht abgeneigt ſchien, für Griechenland oder die

Türkei Fallmerayer, den bekannten geiſtvollen „Fragmentiſten“. Des Letzteren Briefe ſind charakteriſtiſch; ich theile Nachſtehendes daraus mit:

München, den 19. April 1855.

Seit vorigem Sommer fangen bei mir Arbeitskraft und Geſundheit zuſehends zu ſinken an. Die Sache iſt ſo weit gekommen, daß ich ſeit längerer Zeit ſelbſt den größeren Theil des Tages im Bette bleiben muß unter der doppelten Geißel der Grippe und der Arthritis vaga, wie es die Aerzte nennen. Hier und da ein Artikel für die A. A. Z. oder für die Wiener „Donau“ iſt Alles, was ich vermag, und was immer in dieſer Gattung letzten Winter geleiſtet wurde, iſt unter den peinlichſten Umſtänden hinter dem warmen Ofen zu Stande gekommen. Ich bin überall im Rückſtande, bei der Akademie mit den verſprochenen Abhandlungen, bei den Redactionen mit den zugeſagten Artikeln, und endlich bei mir ſelbſt mit einem ſchon längſt begonnenen und wieder fallen gelaſſenen dritten Fragmentenbande.

Daß unter ſolchen Umſtänden an eine neue und umfaſſende Arbeit nicht zu denken ſei, und ich auf Ihre freundlichen, ehrenvollen und in beſſeren Zeiten ſo willkommenen Anträge durchaus nicht eingehen kann, iſt leider klar. Auch ſonſt einen Vorſchlag zu machen und auf ein geeignetes Individuum hinzuweiſen, bin ich nicht vermögend, da ich völlig iſolirt lebe und je eher je lieber den Plan ganz verlaſſen und die Winterquartiere beziehen möchte. Es thut mir in der That leid, mit einer Verneinung den Verkehr mit einem Manne zu eröffnen, den ich ſchon vor der Revolution hoch achtete und den ich in ſeinen literariſchen Manifeſtationen mit Eiferſucht überall hin begleitete und verfolgte, am Ende aber allein vorwärts eilen laſſen muß.

München, den 28. Auguſt 1856.

Ganz ohne Antwort kann ich Ihre verehrte Zuſchrift vom 25. Juni l. J. doch nicht laſſen, ob ich gleich weder etwas Tröſtlicheres noch etwas Entgegenkommenderes zu ſagen habe, als im letzten Jahre. Seit Ende Mai war ich abweſend vom Hauſe, und

die lange Wander- und Badecur, von der ich erst vor einigen Tagen zurückgekommen bin, hat bisher wenig oder gar keine Besserung der gichtischen Uebelstände gebracht, die mir seit Jahr und Tag nur hin und wieder einen lichten Augenblick zur Arbeit übrig lassen. Wie ich jetzt bin, kann ich nicht arbeiten; taedet me librorum. Nur Noth oder Zorn würden meine geistige Erstarrung flüssig machen; aber durch eine specielle und völlig unverdiente Gunst der Götter habe ich den Stachel weder des einen noch des andern dieser beiden Reizmittel zu empfinden. Die Unsterblichkeit kann man mit den Mitteln, wie ich sie besitze, und auf Wegen, die meine Muse wandelt, nicht erringen; warum soll ich also Bücher schreiben, die vor meinem Ableben schon wieder beseitigt und vergessen sind? Mit einem solchen Menschen — Sie sehen es ja doch selbst — ist nichts zu machen, und man muß nur die liebenswürdige Standhaftigkeit beklagen, mit der Sie ein antediluvianisches Fossil lebendig machen wollen.

Auch an Dahlmann hatte ich mich gewendet, theils um Rath, theils in der, freilich nur ganz schwachen und schüchternen Hoffnung, daß am Ende er — vielleicht von seiner Entmuthigung nach 1848 einigermaßen zurückgekommen — sich entschließen könnte, an die wichtigste aller Staatengeschichten, die Geschichte Deutschlands. Hand anzulegen. Er schrieb mir darauf:

Bonn, den 2. December 1854.

Ihr Unternehmen geht mir in den letzten Wochen viel durch den Sinn; lassen Sie mich in aller Kürze Ihnen meine Ansicht mittheilen! Bei allen menschlichen Unternehmungen ist, denke ich, wenn man über den Zweck einig ist, die Ausführbarkeit das Zweite. Daß nun der an sich höchst lobenswerthe Plan sich in Bezug auf England und Rußland ausführen lasse, darüber hege ich wenig Zweifel, insofern die dafür in's Auge gefaßten Persönlichkeiten mit dem Raume Rath zu halten wissen; auch für andere Ausländer werden sich die Historiker des 19. Jahrhunderts am Ende finden; aber wie ein solcher für Deutschland sich finden soll,

das weiß ich nicht. Ohne Charakteriſtik der regierenden Herren und ihrer Räthe giebt es keine lebendige Geſchichte Deutſchlands im 19. Jahrhundert (der miſerable Behſe hat wenigſtens das Verdienſt, die Nothwendigkeit dieſes Elements erkannt zu haben); wer aber darf jetzt auf deutſchem Boden dieſe geben und wem flöſſen auch nur die Quellen dazu? Von andern Dingen gar nicht zu reden, ſehen Sie doch nur unſere Zeitungen an, ob eine einzige von ihnen es wagen darf, von den wahren Beweggründen zu reden, welche unſere regierenden Herren in die Arme von Rußland führen? So lange es aber ſo ſteht, müſſen Autor und Verleger ſich mit unſerem 19. Jahrhundert ſtill halten. Die Geſchichte unterbliebe, auch wenn man ſie ſchriebe, denn aus Anſpielungen erwächſt kein Geſchichtswerk, welches Leben hat. Möglicherweiſe kann ſich in dieſem Betracht in Jahresfriſt viel ändern; es können auch deutſche Zukunftsziele, die für den Augenblick gänzlich verwiſcht ſind, wieder an's Licht treten. Darum würde ich rathen, die deutſche Geſchichte, wenn nicht auszuſchließen, doch vor der Hand gänzlich zurückzuhalten und alle Kraft allein darauf zu verwenden, daß, was erſcheint, auch wirklich Geſchichte im echten Sinne des Wortes ſei, belehrend, warnend und erwärmend. Insbeſondere wären alle kriegeriſche Details, in welchen der Hiſtoriker niemals ſattelfeſt iſt, möglichſt zu vermeiden.

Dahlmann.

Immerhin waren allmälig einige recht tüchtige Kräfte für das Unternehmen gewonnen, wie Rochau, Baumgarten, Springer, Pauli, Reuchlin, Roſen. Rochau eröffnete den Reigen 1858 mit einer „Geſchichte Frankreichs vom Sturze Napoleons I. bis zur Wiederherſtellung des Kaiſerthums, 1815—1852". Es war kein auf tiefere Studien gegründetes, aber ein leicht faßlich und angenehm geſchriebenes Werk, welches den großen Vorzug hatte, daß ſein Verfaſſer aus einem faſt fünfzehnjährigen Aufenthalt in Frankreich (Rochau war dorthin nach dem ſog. Frankfurter Aprilputſch

als Flüchtling gegangen und daselbst bis zur deutschen Märzbewegung 1848 geblieben) die dortigen Zustände, auch viele der in den letzten Jahrzehnten im öffentlichen Leben hervorgetretenen Persönlichkeiten genau kannte. Das Rochau'sche Geschichtswerk hielt sich streng in dem Rahmen, den nach meinem Wunsche alle diese einzelnen Ländergeschichten einhalten sollten: es ging in nur zwei, mäßig starken Bänden von 1815 bis 1852, also bis fast zur Gegenwart.

Schon der zweite Beitrag, die „Geschichte Italiens von der Gründung der regierenden Dynastien bis zur Gegenwart", von Dr. H. Reuchlin, die 1859—73 erschien, trat aus diesem Rahmen insofern heraus, als sie vier Bände umfaßte, wovon der vierte allein 35 Bogen stark war. Indessen bot Italien gerade damals (nach 1859) ein so actuelles Interesse, daß die größere Ausführlichkeit der Geschichte dieses Landes wohl gerechtfertigt erschien. Ich hatte daher dem Verfasser das Zugeständniß dieser Erweiterung des ursprünglich festgesetzten Maßes gemacht. Indem derselbe sodann sein Buch bis zur Vollendung der Einheit Italiens mit dem Einzug Victor Emanuels in Rom 1870 fortführte (der 4. Band erschien erst 1873), erlangte das Werk einen erwünschten Abschluß; auch war es dem Verfasser gelungen, eine Menge des werthvollsten neuen Materials (zum Theil durch ganz persönliche Beziehungen) zu beschaffen, so daß diese „Geschichte Italiens", wenn auch etwas Anderes, als sie eigentlich sein sollte, doch ein sehr interessantes Buch, zugleich eine Art von Quellenwerk, wenigstens für die letzten Jahrzehnte, wurde.

Ganz andere Bahnen wieder schlug die „Geschichte Rußlands" von Th. v. Bernhardi ein. In drei starken Bänden

geht dieſelbe nur bis zum Congreß von Aachen (1818). Sie enthält viel Neues und Werthvolles, aber ſie iſt ihrem Umfange und ihrer ganzen Anlage nach weit mehr ein gelehrtes, als ein populäres Werk. Ihr ganzer erſter Theil handelt nur von Alexander I. in Wien und in Paris, ihr zweiter zu mehr als der Hälfte von Rußland ſeit Peter dem Großen; erſt dann kommt ſie auf das neuere Rußland.

Mein Verleger, Herr Hirzel, hatte mit dem (wegen ſeiner intimen Kenntniß einer Menge wichtiger Verhältniſſe und bedeutender Perſönlichkeiten mit Recht hochangeſehenen) Verfaſſer auf eigene Hand verhandelt, ſo daß mir faſt nur übrig blieb, meine Bedenken gegen den von dieſem uns mitgetheilten Plan ſeiner Arbeit auszuſprechen, denen aber nicht Rechnung getragen ward. Um Herrn Hirzel nicht in Verlegenheit zu ſetzen, was offenbar geſchehen wäre, wenn ich mein Widerſpruchsrecht als Herausgeber des Werkes (wie ich gekonnt) geltend gemacht hätte, und weil derſelbe auch wegen eines anderen Theiles der „Staatengeſchichte“ Unterhandlungen angeknüpft hatte, ohne mich zu fragen, trat ich 1862 — noch vor dem Erſcheinen der „Geſchichte Rußlands“ — von dem ganzen Unternehmen zurück.

Es ſind ſeitdem, als Theile der „Staatengeſchichte“, eine Menge ganz gediegener Werke erſchienen, manche davon, die „Geſchichte Oeſterreichs“ von Springer, die „Geſchichte Spaniens“ von Baumgarten, die „Geſchichte Englands“ von Pauli, die Geſchichte Griechenlands“ von Mendelsſohn, die „Geſchichte der Türkei“ von Roſen, mehr oder weniger im Rahmen meines urſprünglichen Planes gehalten, andere wieder — ſo neben dem Bernhardi'ſchen Werke die

„Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert“ von H. v. Treitschke, deren dritter, sehr starker Band erst bis 1830 reicht — so breit angelegt, daher so umfangreich und so theuer, daß sie wohl fast nur in den Bibliotheken der „höheren Zehntausend“ ihren Platz finden, nicht aber (was doch, zumal bei einer vaterländischen Geschichte der neuesten Zeit, so wünschenswerth wäre) ein Gemeingut aller Gebildeten werden dürften.

Schwerlich wird auf diese Weise Das erreicht, was ich im Auge gehabt hatte: die Kenntniß der jüngsten Vergangenheit und damit gleichzeitig den Sinn für Geschichte überhaupt in möglichst weiten Kreisen unseres Volkes zu verbreiten. Daß dieser Zweck aufgegeben ward, war mir aufrichtig leid, allein ich konnte es nicht hindern. Zwar hätte ich nach strengem Rechte — da die Idee der „Staatengeschichte“ von mir ausgegangen, ich also der geistige Urheber des Unternehmens war — dasselbe in meiner Hand behalten und nach meinem Plane weiterführen können. Allein es wäre dies nach meinem Gefühl eine Unbilligkeit gegen den Verleger gewesen, der bereits große Kosten darauf verwendet hatte und durch einen Uebergang des Unternehmens in einen andern Verlag wahrscheinlich Schaden gelitten hätte, eine Unbilligkeit, deren ich mich nicht schuldig machen wollte.

Achtes Capitel.

Stillleben in Weimar. Ein glückliches Ländchen.

Im Herbſt 1855 ſiedelte ich mit meiner Familie nach Weimar über. Es waren nur drei Stunden Eiſenbahnfahrt, und doch fühlte ich mich in der kleinen thüringiſchen Reſidenz wie in eine ganz andere Welt verſetzt. In meiner ſächſiſchen Heimath war ich angefeindet, verfolgt, wie ein Verbrecher behandelt worden — hier kam man mir von allen Seiten mit ſichtlichem Zutrauen und Wohlwollen entgegen. S. K. H. der Großherzog, dem ich mich vorſtellen mußte, empfing mich äußerſt gnädig mit den Worten: „Sie ſind uns durch Ihre Schriften beſtens empfohlen, und wir empfangen Sie mit dem vollſten Vertrauen!“ Mein Verhältniß zu dem dirigirenden Staatsminiſter von Watzdorf war vom erſten bis zum letzten Tage meiner Redactionsführung das allerbefriedigendſte; ja es hat (wie ſich weiter unten zeigen wird) meine amtlichen Beziehungen zu ihm weit überdauert und bis zu ſeinem, leider viel zu frühen, Tode unverändert fortbeſtanden. Herr von Watzdorf behandelte mich vom erſten Tage an nicht wie einen ihm Untergebenen (was ich doch in gewiſſer

Hinsicht war), sondern wie einen Gesinnungsgenossen und Vertrauten, ja (ich darf es sagen, da er selbst es gesagt hat) wie einen politischen Freund. Er besprach mit mir rückhaltlos Fragen der inneren wie der äußeren, namentlich der deutschen Politik, ließ sich gegen mich mit größter Offenheit über Verhältnisse und Personen aus, und gestattete mir tiefe Einblicke in seine ganze Denk- und Handlungsweise.

Daß Herr von Watzdorf ein aufrichtig liberal und national gesinnter Staatsmann sei, hatte ich längst gewußt; allein, je näher ich ihm trat, desto mehr mußte ich ihn verehren und lieben wegen der Klarheit, Sicherheit und Aufrichtigkeit, womit er in beiden Richtungen, selbst unter den schwierigsten Verhältnissen, unbeirrt seinen Weg ging. Besonders interessant war mir die Beobachtung seines Verhaltens in der inneren Politik. In ihm war so gar nichts von jenem Büreaukratismus, von dem sonst auch die besten Staatsmänner selten ganz frei sind, dem Pochen auf Untrüglichkeit und dem eifersüchtigen Wachen über der eigenen Würde. Ihm war es immer nur um die Sache, niemals um seine Person zu thun. „Sehen Sie," sagte er mir einmal, „wenn einer meiner Räthe eine andere Ansicht vertritt, als ich, so frage ich mich immer: ‚hat der Mann nicht am Ende Recht, muß er nicht die Specialitäten seines Ressorts genauer kennen, als ich?'" Dieselbe Zurückhaltung beobachtete er auch — und das wollte mehr sagen — gegenüber den Organen des Volkes. Als einmal im Landtage die Rede auf die Stellung des Ministeriums zu den Bezirksausschüssen kam, erklärte Herr von Watzdorf: er reformire nur in äußersten Fällen den Ausspruch eines Bezirksausschusses, denn ein solcher stehe den praktischen

und örtlichen Verhältniſſen näher, kenne die Bedürfniſſe der Bevölkerung beſſer, als die Behörde am grünen Tiſch. Und, daß dem wirklich ſo ſei, beſtätigte ſofort mit ſichtlicher Befriedigung der Führer der demokratiſchen Partei im Landtage, Rechtsanwalt Fries.

Zu den Lieblingsſchöpfungen des Miniſters gehörte das Syſtem einer ausgedehnten Selbſtverwaltung des Volkes, wie es ſich in eben dieſen Bezirksausſchüſſen und in einem mit weiten Befugniſſen ausgeſtatteten Gemeindeleben in Stadt und Land darſtellte. Es war ihm nicht leicht geworden, wie er mir oft vertraute, dieſes Syſtem in's Leben zu rufen und lebensfähig zu erhalten; es hatte Mühe gekoſtet, einerſeits die Staatsbeamten der hergebrachten Vielregiererei zu entwöhnen, andererſeits die Bevölkerung ſelbſt dahin zu bringen, daß ſie ſich auf eigene Hand zu helfen ſuche und nicht immer auf Anleitung oder Anregung von oben her warte. Aber es war ihm gelungen!

Unverkennbar günſtig war der Einfluß des Syſtems und der Perſönlichkeit Watzdorfs auf die Beamten, namentlich die höheren. Abgeſehen von einer ſie auszeichnenden allgemeinen Bildung und geiſtigen Strebſamkeit, welche weit über die Grenzen ihres ſpeciellen Berufs hinausreichte, waren ſie auch — nach der liberalen wie nach der nationalen Seite hin — von einer Unbefangenheit und Vorurtheilsloſigkeit, wie man ſolche in dieſen Kreiſen nicht häufig antrifft. Und das war nicht blos ein „Liberaliſiren", womit ſie etwa ihrem Chef oder dem Großherzog gefällig zu ſein meinten, ſondern ihre freie und deutſche Geſinnung war offenbar „in der Wolle gefärbt", beruhte auf eigener, feſter Ueberzeugung, wennſchon das rühmliche Beiſpiel, das

ihnen fortwährend von oben her gegeben ward, daran gewiß auch seinen Antheil hatte.

Daß ein Minister wie Watzdorf sich der allgemeinsten Popularität erfreute, auch ohne sie zu suchen, kann nicht Wunder nehmen. Mich davon zu überzeugen, hatte ich Gelegenheit, als Watzdorf nach einer langen, schweren Krankheit, die er auf seinem Gute Berga überstanden, in die Residenz zurückkehrte und von der ganzen Bevölkerung mit lauten, ungeheuchelten Huldigungen empfangen ward. Fast noch denkwürdiger war mir eine Scene, die ich einst als Zuschauer im Landtage mit erlebte. Es war das in der Zeit der ärgsten Reaction, wo wahrscheinlich von den größeren Höfen aus so manche mächtige Einflüsse dahin strebten, den kleinen thüringischen Staat, der wie eine glückliche Oase inmitten der politischen Wüste dastand, die damals den größten Theil von Deutschland bedeckte, in die allgemeine Strömung mit hineinzuziehen. Im Lande selbst gab es eine zwar kleine, aber wegen eben jener auswärtigen Bundesgenossenschaft nicht ungefährliche Partei, welche insgeheim an dem Sturze des verhaßten liberalen Ministers arbeitete. Watzdorf selbst theilte mir dies mit und verhehlte die Besorgnisse nicht, die er deshalb — nicht für seine Person, wohl aber für die gute Sache — hegte.

Nun begab sich Folgendes. Bei dem Bau der neuen Kaserne oberhalb der Stadt Weimar war, wie das zu gehen pflegt, die ständische Bewilligung nicht unbedeutend überschritten worden. Der Finanzausschuß rügte dies, und dessen Berichterstatter Fries ließ ein paar scharfe Worte fallen über das Recht, welches die Stände wohl hätten, einer solchen Ueberschreitung die nachträgliche Genehmigung

zu versagen. Alsbald erhob sich einer der feudalen Gegner Watzdorfs, schloß sich mit gut gespielter sittlicher Entrüstung der Rüge des Finanzausschusses an und ließ durchblicken, daß er und seine Gesinnungsgenossen nicht abgeneigt wären, mit der Linken gegen die Genehmigung zu stimmen. Man wußte, daß der Großherzog auf jenen Bau ein besonderes Gewicht legte, und die Herren mochten daher denken, wenn die Genehmigung versagt würde, so müsse dies Watzdorfs Stellung erschüttern. Aber was geschah? Plötzlich stand Fries auf und erklärte mit gehobener Stimme: „So sei es nicht gemeint! Wenn etwa die Herren auf der Rechten dächten, die Linke solle ihnen dazu helfen, das Ministerium Watzdorf zu stürzen, so täuschten sie sich sehr; 10 000 Thaler (so viel betrug die Ueberschreitung) sei der Linken ein Ministerium Watzdorf noch lange werth!“ Und richtig, die ganze Linke stimmte wie Ein Mann für die Genehmigung, und die paar Feudalen blieben mit ihrer Abstimmung dagegen in einer kläglichen Minderheit.

An dem Großherzog Karl Alexander hatte Watzdorf bei seinen liberalen und nationalen Bestrebungen einen sicheren Rückhalt. In ihm lebte der freie und hohe Geist seines großen Vorfahren Karl August, der ja auch in jener trüben Zeit von 1817 ff. sein kleines Land und seine Universität Jena vor den hereinbrechenden Wogen der Reaction und der Demagogenriecherei mannhaft, soweit er nur konnte, geschirmt hatte.

Von demselben hohen Geist waren auch die beiden fürstlichen Frauen beseelt, die dem Großherzog zur Seite standen, die Großherzogin-Wittwe, eine Schwester der

Kaiser Alexander I. und Nicolaus von Rußland, daher gewöhnlich „Frau Großfürstin“ genannt, und die regierende Großherzogin, eine niederländische Prinzessin. Sie theilten sich mit ihm und unter sich in die schöne Aufgabe, einerseits den idealen Interessen, welche auf den Schutz eines Hofes wie der weimarische recht eigentlich Anwartschaft zu haben schienen, andererseits solchen praktischen und humanen Bestrebungen, welche auf den materiellen, geistigen und sittlichen Fortschritt des Volkes abzielten, mit warmem Herzen und offener Hand jede Förderung zu bieten.

Was die Regierung des Landes betraf, so war schon der vorige Großherzog, der 1853 verschiedene edle Karl Friedrich, darin dem ruhmreichen Beispiel seines unvergeßlichen Vaters gefolgt. Von ihm erzählte man sich in Weimar eine Geschichte, die ihn hoch ehrte. Ein fremder Fürst habe ihn besucht, und Karl Friedrich sei mit ihm im Park zu Ettersburg umhergewandelt. Da habe Jemand gehört, wie der fürstliche Gast dem Großherzog zugeredet habe: er solle doch die liberalen Zugeständnisse, die er 1848 seinem Volke gemacht, zurücknehmen, wie aber der alte Herr darüber in großen Zorn gerathen sei und mit erhobener Stimme gesagt habe: „Was denken Euer Liebden von mir? Ich bin ein ehrlicher Mann und halte mein Wort!“ Schon unter ihm hatte Watzdorf einen Ministerposten bekleidet und bereits so viel Vertrauen im Volke genossen, daß die Märzbewegung 1848 an ihm spurlos vorüberging.

Dem glücklichen Ländchen blieb daher auch das Schicksal erspart, welches damals so viele deutsche Staaten, große und kleine, traf, das Schicksal, durch Staatsstreiche

und Verfassungsbrüche die Rechtsordnung gestört und das Rechtsgefühl des Volkes auf's Tiefste verletzt zu sehen. Selbst die mancherlei kleinen Ausschreitungen, die wohl 1848 vorgekommen waren, erfuhren in Weimar eine mildere Behandlung, als vieler Orten; politische Verfolgungen kamen nicht vor. Und die Folge von Alledem war die, daß die Verirrten von selbst sich allmälig zu ruhigeren Ansichten bekehrten und gute, brauchbare Staatsbürger wurden, daß keinerlei Verbitterung im Volke Platz griff, daß (wie die obige Landtagsscene beweist) auch zwischen der Opposition und der Regierung keineswegs ein so schroffer Gegensatz bestand, wie sonst wohl häufig, vielmehr jeder Theil das Gute an dem andern anerkannte und ehrte. Als Fries zum ersten Mal (nach hartnäckigem Kampfe) in das Präsidium des Landtags gewählt war, und ich dies dem Minister mittheilte, meinte dieser lächelnd: „Nun, das ist auch kein Unglück; Fries ist ein verständiger Mann." Und als bei den nächsten Neuwahlen die Opposition verstärkt in den Landtag zurückkehrte, ließ ihn das ebenfalls sehr ruhig.

Diese Harmlosigkeit der politischen Zustände im Großherzogthum kam auch mir zu gute. In der Residenz erschien eine demokratische Zeitung „Deutschland", welche ungleich verbreiteter war, als das Regierungsblatt; allein ich erinnere mich nicht, daß dieselbe auch nur ein einziges Mal unser Blatt oder mich selbst im Entferntesten so feindselig oder gar so gehässig angegriffen hätte, wie mir das leider seitens der Demokratie meines sächsischen Vaterlandes so häufig geschehen war. Zwischen dem Führer der dortigen Demokratie, Fries, und mir bildete sich sogar allmälig ein

Verhältniß der Annäherung aus. Fries bewies mir offenbar Vertrauen, zog mich bei nationalen Fragen (wo wir auf gleichem Boden ſtanden) gern zu Rathe, wie wir denn beiſpielsweiſe gemeinſam eine öffentliche Kundgebung gegen die bekannte undeutſche Aeußerung des hannoverſchen Miniſters Grafen von Borries vorbereiteten. Auch geſellig verkehrten wir. Ich war daher kaum überraſcht, wohl aber erfreut, als ich im Reichstage 1871 Fries als meinen Nachbar auf den Bänken der Nationalliberalen fand.

Bei ſo glücklichen Verhältniſſen blieb mir, als Redacteur der Weimariſchen Zeitung, die Aufgabe, welche in der Regel bei officiellen und officiöſen Blättern in erſter Linie ſteht, nämlich ein Kampf gegen die Oppoſition, zu meiner Freude ſo gut wie erſpart; um ſo ausſchließlicher konnte ich mich jener andern, mir ungleich mehr ſympathiſchen, zuwenden, die ich ſchon in meinem Antrittsprogramm in erſte Linie geſtellt hatte: der Belehrung und Aufklärung des Volks über Fragen des Staatsrechts, der Volkswirthſchaft u. ſ. w. Mit welcher Unbefangenheit ich dabei zu Werke gehen durfte, ohne befürchten zu müſſen, von oben her verleugnet zu werden, dafür nur das eine Beiſpiel, daß ich angeſichts bevorſtehender Landtagswahlen in einem Leitartikel ausführte, wie es viel richtiger und für Volk und Regierung zuträglicher ſei, wenn nicht Staatsbeamte, ſondern möglichſt unabhängige Männer in die Kammer gewählt würden.

Wie die politiſchen und die geſchäftlichen, ſo waren auch die geſelligen Verhältniſſe, welche Weimar mir bot, die angenehmſten und befriedigendſten. Die Geſellſchaft Weimars theilte ſich, wie das faſt überall, zumal aber in Reſidenzen, zu geſchehen pflegt, in verſchiedene, von ein-

ander gesonderte Gruppen. Mit der Hofgesellschaft kam ich nur in ganz vereinzelten Fällen in Berührung, fand dieselbe aber dann immer sehr liebenswürdig. Dem Kreise, der sich um Franz Liszt und die Fürstin von Wittgenstein auf der sog. „Altenburg" sammelte und der zumeist aus begeisterten Jüngern der „Zukunftsmusik", daneben aus einigen Schriftstellern bestand, blieb ich fern, obschon es an Anregung zur Theilnahme daran mir nicht fehlte. In der letzten Zeit meines Aufenthalts in Weimar bildete sich ein anderer Kreis von Kunstjüngern, aber solchen der bildenden Kunst, um die von dem Großherzog gestiftete „Kunstakademie"; von diesen habe ich einzelne, wie den Director der Akademie, Graf Kalkreuth, kennen gelernt, doch ohne eigentlich mit ihnen zu verkehren. Näher stand ich jenen älteren Meistern, welche außerhalb der Akademie eine selbstständige Stellung behaupteten, wie Fr. Preller, Hummel, Genelli, Martersteig. Mit den ersten Beiden traf ich im Winter ziemlich regelmäßig zusammen bei einer Billardpartie, zu welcher allabendlich auf dem nahen Belvedere sich eine Anzahl von Weimaranern einfand und wo es immer recht heiter herging. Ein vierter Kreis, der aus höheren Staats- und Hofbeamten, Geistlichen, Professoren des Gymnasiums und anderen Gelehrten, Advocaten, Aerzten, Buchhändlern, auch ein paar Offizieren bestand, hatte seinen Mittelpunkt in dem „Mittwochsverein", wo jedes Mal ein kurzer Vortrag von einem der Mitglieder gehalten und dann gemeinsam ein äußerst frugales Abendessen eingenommen wurde. Dies war der Kreis, in dem ich mich vorzugsweise viel und gern bewegte und wo ich mich äußerst freundlich aufgenommen sah. Derselbe Kreis erweiterte sich dann durch

Hinzutritt von noch anderen Elementen aus der Bürgerschaft, — Kaufleuten, Juristen, Lehrern u. s. w. — zu der „Erholungsgesellschaft", die namentlich im Sommer durch ein sehr hübsch gelegenes, ausgedehntes Gartenlocal einen angenehmen Aufenthalt auch für Familien bot.

Sehr entwickelt war in eben diesen Kreisen die Privatgeselligkeit. Die äußeren Formen derselben waren durchaus einfache, bequeme und gemüthliche. Da man nicht zusammenkam, um zu schwelgen oder zu prunken, sondern um sich zu erholen und zu erheitern, so wurden an die materiellen Genüsse die bescheidensten Ansprüche gestellt. Formelle Einladungen lange vorher waren nicht gebräuchlich: frühestens am Vorabend, bisweilen erst an dem betreffenden Tage selbst ward rasch ein kleiner Kreis zusammengebeten, und fast immer stellte sich derselbe vollzählig ein. Die Unterhaltung war lebhaft, zwanglos, geistig angeregt und anregend, aber ohne Affectation und künstliches Geistreichthun.

Für mich und meine Frau, die wir fünf Jahre lang, auf dem Lande lebend, fast jeder Geselligkeit außerhalb des Familienkreises baar gewesen waren, hatte dieser Verkehr, der Geist und Gemüth gleichmäßig befriedigte, einen ganz besonderen Reiz, und wir gaben uns demselben mit großer Befriedigung hin. Meine gute Frau, die in den schweren Vorjahren meine Lasten und Sorgen redlich getheilt und nach Kräften mir erleichtert, dabei aber freilich fast den letzten Rest des ihr angeborenen glücklichen Humors zugesetzt hatte, lebte in dieser wohlthuenden Atmosphäre von Herzlichkeit, Sympathie und Gesinnungsgleichheit gleichsam wieder auf und gewann die frühere Frische zurück. Unsere Kinder,

die vorher viel gekränkelt hatten, erholten ſich ſichtlich in der kräftigen thüringiſchen Berg- und Waldluft, fanden auch in den uns befreundeten Familien zuſagende Spiel- und Strebegenoſſen. Genug, in unſer ganzes Leben fiel nach langer Zeit wieder der erſte heitere Sonnenblick.

Zu kleinen Ausflügen in die Nachbarſchaft, zumeiſt ebenfalls in Geſellſchaft, gaben die, zwar nicht hochromantiſchen, aber doch anmuthigen Umgebungen Weimars vielfach Gelegenheit und Anreiz. Hier waren es beſonders einige uns näherſtehende Familien, wie die des Oberhofpredigers Dittenberger, des Hofraths Schöll, des „Papa Genaſt", des Dr. Locher u. a., mit denen gemeinſam wir ſolche Partien unternahmen — bald in die ſchönen Parks von Belvedere, Tiefurt, Ettersburg, die ſo reich ſind an klaſſiſchen Erinnerungen, bald nach Oberweimar oder auch in das unſerne Badeörtchen Berka. Wir Aelteren ergingen uns da in ernſten oder heitern Geſprächen, während eine zahlreiche Jugend ſich luſtig um uns her tummelte.

Mit Jena knüpften ſich ebenfalls Beziehungen an. Zwar Hettner war fort, und Droyſen ging bald darauf nach Berlin; dafür machte ich neue, werthvolle Bekanntſchaften an den Geh. Kirchenräthen Haſe und Schwarze, dem Juriſten Danz, dem Philoſophen Cuno Fiſcher u. A. Das 300jährige Beſtehen der Univerſität ward 1858 mit großer Feierlichkeit begangen, und natürlich fehlten wir Weimaraner dabei nicht. Von den noch lebenden vier älteſten berühmten Jenenſern: Arndt, Alexander von Humboldt, Heinrich von Schubert und K. Benedict Haſe war nur der Letzte (den ich 1844 in Paris kennen gelernt hatte) herbeigekommen und erſchien noch ſehr rüſtig.

Es war ein ſchönes, würdiges Feſt. Mir gab es Anlaß zu der kleinen Schrift: „Die Univerſität Jena nach ihrer Stellung und Bedeutung in der Geſchichte deutſchen Geiſteslebens von ihrer Gründung bis auf die Gegenwart, eine Feſtgabe zum 300jährigen Jubiläum der Univerſität, zugleich ein Beitrag zur deutſchen Culturgeſchichte.“ *)

Ein zweites Schriftchen erwuchs mir gleichfalls aus jenenſiſchem Boden. Der Vorſtand der dortigen „Geſellſchaft zur Roſe“ bat mich um einen Vortrag, und ich ſprach in Folge deſſen in dem ſog. Roſenſaal vor einem vorzugsweiſe den Univerſitätskreiſen angehörenden Publikum über „Friedrich den Großen und ſein Verhältniß zur Entwickelung des deutſchen Geiſteslebens“. Der Vortrag erſchien ſpäter als Broſchüre**).

An Gelegenheit zu Vorträgen dieſer Art fehlte es auch in Weimar nicht. Ich betheiligte mich an den Beſtrebungen des Vereins für Errichtung eines Cranachdenkmals durch zwei Vorträge, in denen ich über „das deutſche Familienleben im vorigen Jahrhundert“ ſprach. In dem „Mittwochsverein“ gab ich das eine Mal Einiges „aus der Mappe eines deutſchen Publiciſten“ zum Beſten (allerhand Curioſa zur Geſchichte der Preß- und Cenſurverhältniſſe vor 1848); ein anderes Mal entwarf ich eine kurze vergleichende Zuſammenſtellung der Entwickelung des Staatslebens in Deutſchland, England und Frankreich. Letzteren Vortrag habe ich in „Raumers hiſtoriſchem Taſchenbuch“ (Jahrgang 1858) veröffentlicht:

*) Jena, Bran'ſche Buchhandlung, 1858.

**) Braunſchweig, bei G. Weſtermann, 1859.

die Curiosa haben, etwas erweitert, ihren Platz in diesen Memoiren (1. Band, 9. Capitel) gefunden; die beiden Vorträge über deutsches Familienleben druckte Böhlau in seinem „Weimarer Sonntagsblatt“ ab. Nach Uhlands Tode (1862) veranstaltete ich mit Böhlau zusammen in dem „Gewerbeverein“ eine Todtenfeier, bei welcher ich die Gedächtnißrede auf den verewigten Dichter hielt. Diesen Vortrag, wie auch die für das Cranachdenkmal, beehrten die großherzoglichen Herrschaften mit ihrer Gegenwart; der Uhlandfeier wohnte auch Königin Augusta von Preußen bei, die bei ihren fürstlichen Verwandten zum Besuche anwesend war. Auch in Apolda, in Erfurt hielt ich auf Ansuchen dortiger Vereine Vorträge in größeren Versammlungen über irgend welche geschichtliche oder politische Themata.

Noch kurz vor meinem Weggange von Weimar bat mich Frau von Watzdorf, einem Kreise von Familien, der in jedem Winter Belehrung und Anregung in Vorträgen aus verschiedenen Gebieten zu suchen pflegte (Familien höherer Staats- und Hofbeamten), einen Cyclus solcher zu halten. Ich konnte mich diesem Ersuchen von solcher Seite nicht wohl versagen, obwohl meine Zeit gerade damals sehr beschränkt war, fand mich aber durch das sehr lebhafte Interesse belohnt, welches meine vornehmen Hörer und Hörerinnen an den Vorträgen nahmen. Auch daraus ist ein Buch entstanden unter dem Titel: „Deutschlands trübste Zeit oder der 30jährige Krieg in seinen Folgen für das deutsche Culturleben.“*)

Neben solchen kleinen wissenschaftlichen Streifzügen in

*) Dasselbe bildet den 5. u. 6. Halbband von Serie I der bei Brigl in Berlin erschienenen „Deutschen Nationalbibliothek“.

Rede und Schrift, zu denen mir meine Redactionsthätigkeit Muße ließ (während mein großes Culturgeschichtswerk „Deutschland im 18. Jahrhundert“ allerdings nur langsam vorrückte), erwachte in mir auch wieder der Drang praktisch-gemeinnützigen Wirkens. Es war damals die Zeit, wo in das deutsche Gewerbeleben neue Bewegung kam, wo die Frage der Gewerbefreiheit die Gemüther zu beschäftigen anfing. In der Stadt Weimar hatte früher ein Gewerbeverein bestanden, war aber eingeschlafen. Es gelang mir, mit Hilfe des hochverdienten, meinem Vorhaben zugeneigten Oberbürgermeisters Bock, denselben wieder in's Leben zu rufen. Der Versuch freilich, den ich in Gemeinschaft mit Fries unternahm, den Verein für den Gedanken der Gewerbefreiheit zu gewinnen, scheiterte im Anfange gänzlich; wenig fehlte, daß wir Beide vor dem sich erzürnt aufbäumenden Zunftgeist förmlich die Flucht hätten ergreifen müssen. Allmälig indeß ward doch so viel erreicht, daß, als 1858 der erste „Congreß deutscher Volkswirthe“ in Gotha tagte (an dessen Zustandebringung ich mich betheiligte), ich vom Gewerbeverein zu Weimar als Delegirter dorthin entsendet und, da ich bei meiner Rückkehr mittheilte, man habe sich auf dem Congreß überwiegend zu Gunsten einer freieren Gestaltung der Gewerbeverhältnisse ausgesprochen, dies ruhig hingenommen ward. Die Leitung des Vereins führte ich einige Zeit lang in Vertretung eines dem Namen nach an die Spitze gestellten Handwerkers, gab sie aber so bald als möglich ab an einen dazu Befähigteren, den Baumeister Kohl, der sich dann das Verdienst erwarb, eine erste gesammtthüringische Gewerbeausstellung, und zwar eine sehr gelungene, zu Stande zu bringen.

Ich hatte in der letzten Zeit meines Leipziger Aufenthaltes einem dortigen „Gesellenverein“ geschichtliche Vorträge gehalten und dabei große Freude gehabt an dem lebhaften Wissenstriebe und dem gesunden, von socialistischen Hirngespinnsten völlig freien Sinne dieser jungen Leute.

In der Erinnerung daran that ich im Gewerbeverein in Weimar einmal die Aeußerung: es wäre doch wünschenswerth, wenn hier etwas Aehnliches zur Fortbildung der Arbeiter geschähe. Darauf erschien bei mir eine Deputation von Gehilfen und bat mich im Namen derselben, die Gründung eines solchen Vereins in die Hand zu nehmen. Ich that dies, und so entstand neben dem Gewerbeverein (von letzterem unabhängig, ja von manchen der Handwerksmeister anfangs mit wenig günstigen Augen angesehen) ein „Gesellenverein“. Die mir angebotene Leitung desselben wies ich ab, um die jungen Leute daran zu gewöhnen, sich selbst zu regieren, was denn auch recht wohl gelang. Nur bei besonderen Fällen holten sie meinen Rath ein. Dagegen hielt ich ihnen regelmäßig Vorträge theils über Fragen der Volkswirthschaft (diese abwechselnd mit Dr. Emminghaus, dem jetzigen Director der Lebensversicherungsgesellschaft zu Gotha), theils über geschichtliche und andere für sie passende Themata. Aus diesem Gesellenverein wuchs dann ein Gesellenturnverein, aus diesem wieder eine „Turnerfeuerwehr“ heraus. Von dem Vorstand der letztern erhielt ich im Jahre 1884 zu meiner großen Ueberraschung ein Schreiben, worin ich, als Urheber des Vereins, dringend gebeten ward, zur Feier seines 25jährigen Bestehens nach Weimar zu kommen und die Festrede zu halten. Die darin sich kundgebende dankbare Anhänglichkeit rührte und erfreute

mich um so mehr, als ja natürlich der größte Theil der gegenwärtigen Vereinsmitglieder von mir nur aus Mittheilungen ihrer älteren Genossen etwas wissen konnte. Ich mochte mich daher auch der an mich gerichteten Aufforderung nicht entziehen. Und ich hatte es nicht zu bereuen, denn bei meiner kurzen Anwesenheit in Weimar fand ich mich von so viel Liebe umgeben, erhielt auch von dem unter diesen Arbeitern unverändert fortlebenden guten Geiste ein so erfreuliches Bild, daß ich noch heut gern an die dort verlebten Stunden zurückdenke.

In größerem Umfange ward meine Thätigkeit in Anspruch genommen, als sich einerseits eine Vereinigung der thüringischen Gewerbevereine zur gemeinsamen Berathung gewerblicher Zeitfragen bildete, andererseits eine, zunächst für Sachsen begründete, „Volkswirthschaftliche Gesellschaft" sich zu einer „sächsisch-thüringischen" oder „mitteldeutschen" erweiterte, und mir in beiden Körperschaften der Vorsitz übertragen ward.

So ward allmälig auch die, sonst so stille Musenstadt in die Bewegung hineingezogen, welche — zunächst auf wirthschaftlichem, bald auch auf politischem Gebiet — rings umher bereits wieder sich zu entwickeln begann, zumal als 1859 die Versammlung „Deutscher Genossenschaften" unter Schulzes, 1862 der „Congreß deutscher Volkswirthe" unter Lettes Vorsitz, 1863 gar der „Deutsche Abgeordnetentag" sich dorthin flüchtete, um sich der unbehinderten Versammlungs- und Redefreiheit zu erfreuen, die im Staate Karl Alexanders herrschte.

Mir fiel bei den ersten beiden Versammlungen die nicht ganz geringe Mühe zu, für die örtlichen Vorbereitungen

Sorge zu tragen. Dafür hatte ich die Freude, die (mir schon zuvor befreundeten) Leiter der beiden Versammlungen als liebe Gäste in meinem Hause zu empfangen.

Der Abgeordnetentag führte mir viele ehemalige, zum Theil lange nicht gesehene Gesinnungsgenossen zu. Auch Heinrich von Gagern war erschienen. Meine Einladung, bei mir zu wohnen, hatte er freundlich dankend mit dem Bemerken abgelehnt, daß er möglichst für sich zu bleiben wünsche. Doch besuchte er mich und zeigte mir und meiner Frau das alte liebenswürdige Wohlwollen. Unser Wiedersehen hatte insofern etwas Peinliches, als wir beiderseits wußten, daß unsere politischen Standpunkte nicht mehr die gleichen seien. Doppelt peinlich ward aber für mich und andere ehemalige Anhänger Gagerns die Situation, als Gagern im Abgeordnetentage seine Ansichten über die Nothwendigkeit einer Erhaltung Oesterreichs bei Deutschland in einem ziemlich langen, auch der Form nach der alten Sicherheit und Frische Gagern'scher Reden entbehrenden Vortrage auseinandersetzte und von der Versammlung mit nur schlecht verhehlter Ungeduld angehört ward. Wir, die wir ohne Wandel auf dem Standpunkte, den ehemals Gagern einnahm, dem eines deutschen Bundesstaates unter Preußens Führung und ohne Oesterreich, stehen geblieben waren (außer mir waren in der Versammlung von solchen auch Häusser, Cetto u. A.), wir durften uns der schmerzlichen Pflicht nicht entziehen, hier offen Farbe zu bekennen, somit gegen ihn, den einst von uns so hochverehrten Parteiführer, aufzutreten. Ich meldete mich deshalb zum Wort; das Gleiche that Häusser. Ich gestehe aber, daß es mir eine Herzenserleichterung war, als durch den

mehrseitig lebhaft begehrten und von der Versammlung angenommenen Schluß der, durch eine Reihe früherer Redner bis zu sehr später Stunde ausgedehnten Debatte ich der Erfüllung dieser schmerzlichen Pflicht überhoben ward.

Ich habe Gagern seitdem nur noch ein einziges Mal gesehen. Es war in Wien kurz vor dem Ausbruch des preußisch-österreichischen Krieges 1866. Gagern war damals großherzoglich hessen-darmstädtischer Gesandter am Wiener Hofe. Trotz Allem, was zwischen uns lag, wäre es mir doch unmöglich gewesen, Wien zu verlassen, ohne ihn aufgesucht zu haben. Er war gegen mich ganz der Alte, die Herzlichkeit selbst. Ich mußte bei ihm speisen, nur mit ihm und seiner Familie, seiner liebenswürdigen Gemahlin und seinen blühenden Kindern. Von Politik war unter uns nicht die Rede, aber den Zauber seiner gewinnenden Persönlichkeit empfand ich noch einmal in vollem Maße. Die mit ihm vorgegangene Wandlung ist für mich stets ein ungelöstes Räthsel geblieben; nur so viel glaube ich bestimmt zu wissen und möchte mich dafür verbürgen, daß auch nicht der leiseste unlautere Beweggrund dabei im Spiele gewesen sein kann. An seinem Charakter haftet sicherlich kein Makel; nur eine, allerdings schwer begreifliche, Verirrung seines sonst so klaren Verstandes hat man zu beklagen. Daß eine so glänzend begonnene politische Laufbahn sich dergestalt in Nebel verlaufen konnte, ist jedenfalls schmerzlich; doch sollte man niemals vergessen, welche großen Verdienste dieser Mann sich namentlich in der ersten Zeit der stürmischen Bewegung von 1848 um die Sache der Ordnung und der Monarchie erworben hat! Ihm wesentlich war es zu verdanken, wenn nicht durch einen

Sieg der republikaniſchen Partei im Vorparlamente namenloſe Verwirrung in Deutſchland angerichtet ward.

Ich kehre nach Weimar zurück. Die Erinnerung an das „klaſſiſche" Weimar, die dort immerfort (auch inmitten zum Theil ganz anders gearteter Erſcheinungen der Gegenwart) in zahlreichen rührenden und erhebenden Spuren dem Einheimiſchen wie dem fremden Beſucher entgegentritt — in dem Goethe- und Schillerhaus, der Fürſtengruft mit den Särgen der beiden großen Todten, den „Dichterzimmern" im Schloſſe, den vielen Inſchriften im Park, in denen Goethes Geiſt zu uns ſpricht — dieſe Erinnerung ward gerade während meines Aufenthaltes dort in würdigſter Weiſe neu belebt durch die ſchönen „Dichterfeſte" im Jahre 1857. Mit Feſtreden, Aufzügen, Vorſtellungen im Theater u. ſ. w. wurde die Enthüllung des Doppelſtandbildes Goethes und Schillers und des Standbildes Wielands (das Herders war ſchon 1850 errichtet worden) ſowie die Grundſteinlegung zu einem „Karl-Auguſt-Denkmal" feierlichſt verherrlicht. Eine Menge bedeutender Perſönlichkeiten ſammelte ſich in jenen Feſttagen in Weimar, deſſen ſonſtige Stille einer ungewöhnlichen Bewegung Platz machte.

Mir ward die Freude zu Theil, zwei werthe Freunde, den Dichter Heinrich König (den ich zuerſt beim Schriftſtellertage zu Leipzig 1845 kennen gelernt hatte) und den namhaften Culturhiſtoriker Hof- und Archivrath Brückner, mit dem ich ſchon lange in lebhaftem Briefwechſel ſtand) als Gäſte zu beherbergen.

Die Anweſenheit dieſer und anderer Freunde der Culturgeſchichte (des Profeſſors Wachsmuth, des Con-

servators am Germanischen Museum Joh. Falke u. s. w.) benutzte ich, um einen lange gehegten Plan auszuführen, die Gründung eines „Vereins für deutsche Culturgeschichte". Auf dem Felsenkeller zu Weimar fanden wir uns, freilich nur wenige, in einer dem allgemeinen Festesjubel mühsam abgestohlenen Abendstunde zusammen und entwarfen die Statuten des Vereins. Er sollte namentlich dazu dienen, solches culturgeschichtliches Material aufzusuchen und zu sammeln, welches in den gewöhnlichen Geschichtsquellen (archivalischen, chronikalischen und ähnlichen) sich selten findet, z. B. Tagebücher, Briefschaften, Rechnungs- und Haushaltungsbücher u. dgl., ebenso die noch da und dort vorhandenen Spuren von Volksfesten, Volksgebräuchen u. s. w. Es entstanden mehrere Zweigvereine, einer in Weimar, an welchem eine große Anzahl von Beamten, Gelehrten u. A. sich lebhaft betheiligte, einer in Meiningen unter Brückners Leitung, einer in Nürnberg unter Falke und Müller, einer in Hildesheim durch die Bemühungen Karl Seiferts; die in Nürnberg von Falke und Müller herausgegebene „Zeitschrift für deutsche Culturgeschichte" brachte Berichte über die Thätigkeit dieser Vereine, und ein reger Eifer des Suchens, Sammelns und Verwerthens culturgeschichtlicher Stoffe zeigte sich allerwärts. So u. A. erhielt der Zweigverein zu Weimar als werthvolles Geschenk vom Minister von Watzdorf das Wirthschaftsbuch eines fränkischen Rittergutes aus dem 17. Jahrhundert, und Staatsrath Bergfeld entwarf auf Grund desselben ein sehr interessantes und lehrreiches Bild von den wirthschaftlichen, socialen, sittlichen Zuständen einer solchen Großgrundbesitzerfamilie der damaligen Zeit. Der Aufsatz erschien in der oben

gedachten Zeitschrift (Jahrgang 1858). Leider aber hatten alle diese Vereine das Schicksal so vieler Vereine: der anfängliche Eifer erkaltete allmälig, und so sind sie einer nach dem andern eingegangen, zuletzt auch der zu Weimar, der noch nach meinem Weggange von dort eine Zeit lang unter der kräftigen Leitung des Geh. Finanzraths Schomburg fortbestanden hatte.

Einer speziellen Sitzung dieses letztern Vereins sei hier noch ausdrücklich gedacht. Es war vor Weihnachten im Jahre 1859. Ich machte darauf aufmerksam, daß am zweiten Feiertag, den 26. December, Vater Arndt sein 90. Lebensjahr vollende. Einmüthig beschlossen die Anwesenden, dem ehrwürdigen Greis, in dem ein so langes und reiches Stück deutscher Culturgeschichte gleichsam verkörpert erschien, in einem Collectivschreiben unsere wärmsten Glückwünsche darzubringen. Ich ward mit der Abfassung und Absendung des Schreibens betraut. Darauf erhielten wir als Antwort von dem Alten die folgende prächtige Zuschrift, eine der letzten, die er abgelassen hat, denn bekanntlich starb er am 29. Januar 1860, angeblich in Folge der Erschöpfung seiner Kräfte, die er durch die allzu gewissenhafte eigenhändige Beantwortung aller der ihm zugegangenen zahllosen Glückwunschschreiben sich zugezogen hatte. Die Zuschrift lautete:

Bonn, den 8. Wintermonds 1860.

Ein fröhliches glückliches Jahr 1860 zuvor, Ihnen, theurer Freund, und dem gesammten lieben Vaterlande! Dank! Dank! muß der Neunziger rufen Ihnen und vielen Tapfern und Frommen, die ihm so freundlich mit Liebeszeichen und Ehrenzeichen an seinem Erden-Gedächtnißtage entgegengekommen sind. Gottlob, er hat da noch Athem es leidlich zu tragen, und Ihr, lieber Freund, sollt

hören, daß er dies ohne Brille schreibt und ohne Krückstock noch seine 4—5 Meilen über Berg und Thal laufen kann. Möchten unsere deutschen Dinge nur auch so frisch und lustig laufen! Doch heute keine Politik, sondern nur den großen breiten Wunsch für uns Alle und für das ganze liebe Vaterland!

Möge es Ihnen wohl gehen! Grüßen Sie Alle, die des Alten in Liebe gedenken. Ich bin ja aus alten Erinnerungen ein besonderer Liebhaber Thüringens und habe heute Mittag der Thüringer Gesundheit angeklungen aus sonderlicher Veranlassung. Die Männer von Kahla, wo ich heute vor 65 Jahren um ein Haar ertrunken wäre an einem schönen, mit den hübschen Mädchen der Stadt durchgetanzten Festabend, haben mir neulich zu fröhlicher Erinnerung ein Fäßchen köstlichen Festbiers zugesandt.

Dies beiläufig. Sie, lieber Freund, sollen glücklich durch's Jahr 1860 wandern! In deutscher Treue Ihr E. M. Arndt.

Neuntes Capitel.

Neue Regungen des nationalen Geistes in Deutschland und meine Betheiligung daran (1859—1860).

Die ersten Jahre in Weimar waren mir in beinahe völliger Ruhe und Abgeschlossenheit, auch nach außen hin, vergangen. In der deutschen wie in der europäischen Politik herrschte seit dem Schlusse des Krimkrieges eine, durch kein besonderes Ereigniß unterbrochene Stille, es fehlte daher der Anlaß zu jeder An- oder Aufregung nach dieser Seite hin.

Mit dem Eintritt der Regentschaft in Preußen (im October 1858) ward dies allerdings schon einigermaßen anders. Sowohl die Persönlichkeit als die ersten Handlungen des Prinz-Regenten, die Einsetzung des „Ministeriums der neuen Aera", sowie das mit diesem vereinbarte und dann veröffentlichte Regierungsprogramm, erweckten neue und allem Anschein nach zuverlässigere Hoffnungen für eine Bessergestaltung der preußischen und der deutschen Angelegenheiten, als seiner Zeit der Thronwechsel von 1840. Allein ein stärkerer politischer Pulsschlag der öffent-

lichen Stimmung ward doch erst verspürt, als mit der bekannten Neujahrsanrede Napoleons III. an den österreichischen Gesandten (1859) die ziemlich bestimmte Aussicht auf einen Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich, also einen Krieg unmittelbar an den Grenzen Deutschlands und mit Bedrohung der einen deutschen Großmacht in ihrem Besitzstande, an das deutsche Volk herantrat.

Mich selbst riß diese plötzliche Wiederunterbrechung des erst vor Kurzem eingetretenen Friedensstandes aus dem idyllischen Stillleben, worin ich mich vorwiegend wissenschaftlichen Arbeiten hingegeben hatte, gewaltsam heraus. Ich hatte, da die Weimarische Zeitung, bei ihren nahen Beziehungen zu der Regierung eines kleineren Staates, in Bezug auf die auswärtige Politik sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegen mußte, schon bisher, so oft ich den Drang fühlte, nach dieser Seite hin mich auszusprechen, dazu die „Deutsche Allgemeine Zeitung" benutzt, der ich in Leipzig nahe gestanden und zu der ich das gleiche Verhältniß auch von Weimar aus fortgesetzt hatte. Für diese schrieb ich sofort nach jenem kriegerischen Neujahrsgruße Napoleons (in Nr. 8 von 1859) einen Leitartikel: „Zur Situation", worin ich aussprach:

> Der Fortbestand der österreichischen Herrschaft über Italien möge auf die Länge zweifelhaft sein; allein, daß an ihre Stelle nicht eine Herrschaft Frankreichs trete, daran müßten Preußen und Deutschland, im Bunde mit Oesterreich, Alles setzen.

Oesterreichische und österreichfreundliche Blätter mißdeuteten dies dahin, als sollten Preußen und Deutschland für Oesterreichs unberechtigte Ansprüche in Italien (seine Specialverträge mit den kleinen Fürsten) eintreten:

dagegen verwahrte ich mich in einem zweiten Artikel: „Zur Verständigung“ (in Nr. 16) sehr nachdrücklich.

Als dann die Wahrscheinlichkeit einer Einmischung Frankreichs in die österreichisch-italienischen Händel immer näher rückte, schrieb ich für die Deutsche Allgemeine Zeitung eine Reihe von Artikeln (in den Nrn. vom 23. März ff.) unter dem gemeinsamen Titel: „Die Situation: Deutschland und Preußen.“ In dem ersten derselben sagte ich:

Um keinen Preis darf der Grundsatz im europäischen Völkerrechte Platz greifen, als ob es irgend einer einzelnen Macht zustehe, eine Veränderung in dem allgemeinen Status quo (auch wenn dieselbe an und für sich noch so wünschenswerth erscheinen sollte) von sich allein aus — durch Gewalt oder durch Drohungen — herbeizuführen und somit sich zum Schiedsrichter Europas aufzuwerfen.

Die öffentliche Meinung in Deutschland war damals sehr getheilt; im Süden fast allgemein, theilweise auch im Norden forderte man ein alsbaldiges Eintreten Preußens und Deutschlands für Oesterreich gegen Frankreich und Italien. Die Preßorgane der österreichischen Regierung trieben und drängten fortwährend nach dieser Richtung hin. Mir dagegen erschien als die einzig richtige Politik für Deutschland eine solche, welche nur nach dem eigenen wohlverstandenen Interesse der deutschen Nation handle, sich nicht von Oesterreich in's Schlepptau nehmen lasse, dagegen aber auch sorgsam darüber wache, daß nicht Napoleon zu einer bedrohlichen Machtentfaltung gelange. Nothwendige Vorbedingung für eine solche selbständige, nach beiden Seiten hin Front machende deutsche Politik war meines Erachtens die unverweilte Zusammenfassung aller deutschen Kräfte in einer starken und sicheren Hand. Diese Hand konnte — zumal unter den jetzigen Umständen,

wo Oesterreich wegen seines außerdeutschen Besitzstandes selbst Partei war — schlechterdings keine andere als die Preußens sein, und so führte die ganze Logik der Verhältnisse, wie mir schien, zu dem Ergebniß einer Wiederaufnahme des Gedankens von 1848, nämlich: einer Einigung des nichtösterreichischen Deutschlands unter Preußens Führung. In diesem Sinne sagte ich in dem dritten jener Artikel in der Deutschen Allgemeinen Zeitung:

Oesterreich selbst könnte nur gewinnen, wenn Preußen durch eine freiere Verfügung über die Kräfte des Bundes in den Stand gesetzt würde, ein entscheidendes Wort in den europäischen Angelegenheiten zu sprechen. Denn das natürliche Interesse Preußens, welches identisch ist mit dem des ganzen Deutschland, macht ihm die eifersüchtigste Ueberwachung jeder versuchten Machterweiterung so Frankreichs wie Rußlands zu einer gebieterischen Pflicht, geht also mit dem natürlichen Interesse Oesterreichs Hand in Hand und würde dieses natürliche Interesse Oesterreichs um so gewisser schützen helfen, wenn erst die unselige Rivalität beider Mächte in Deutschland und wegen Deutschlands beseitigt wäre.

So hatte ich bereits Stellung zu dem österreichisch-französischen Conflicte genommen, als ich von einem politischen Parteigenossen in Leipzig, dem bekannten (seitdem verstorbenen) Buchhändler Gustav Mayer, am 4. April einen Brief folgenden Inhalts erhielt:

Ist seitens der Gothaner etwas geschehen, und was, um eventuell bei einem Stoß im Südwesten vorbereitet aufzutreten? Preußen scheint zu viel im Innern zu thun zu haben, und die specifisch preußische Genugthuung über die ihm octroyirte Wandlung zum Besseren scheint auch das preußische Volk vergessen zu machen, daß es nach den schmählichen 10 Jahren seit Olmütz einer ganz anderen Gewähr, als zahmer Ministerreden, bedarf, um uns an Preußens deutsche Pflichterfüllung glauben zu lassen. Wir wissen, daß wir ohne Preußen nichts können, aber den Glaubenssatz,

daß auch sie ohne uns schwach sind, scheinen die Herren Preußen nicht zu kennen. Nun glaube ich zwar an keine nahe, unmittelbare Gefahr, denn die Chancen liegen dem Aventurier in Paris keineswegs so günstig, wie manche fürchten, aber bei der Unterwühlung in Italien und der Kriegslust Oesterreichs kann der Teufel losgehen, ehe man sich's versieht. Wenn dem nun so ist, so frage ich abermals: „Was ist von den Reichstagsmännern geschehen? Wissen Sie, wo Ihre Leute sind, wie sie jetzt denken?" Ich für meinen Theil habe an der Kriegschance nichts auszusetzen, als daß sie zu früh und zu plötzlich kommt, denn daß wir ohne Prügel und Schwerenoth einen Schritt nach dem Deutschen Reich weiter kommen, daran glaube ich nicht. Was den „Schutz und Trutz" anlangt (das von Oesterreich an Preußen gestellte Ansinnen eines Schutz- und Trutzbündnisses), so muß vor Allem die Zauberformel gefunden werden, auf welche sich ein bedingter Bund mit Oesterreich machen läßt: denn, je mehr ich die italienischen Zustände und die neumetternich'sche Politik betrachte, um desto mehr schrecke ich vor einem unbedingten Bündniß zurück. Also ein conditionales Bündniß zwischen Oesterreich und dem nichtösterreichischen Deutschland! Aber davon verlautet nichts, ja nicht einmal von einer Vorfrage Preußens bei den Einzelregierungen Wenn die Regierungen ihre Pflicht versäumen, so meine ich: wir sollten thun, was an uns ist. Also abermals: „Was haben Sie gehört oder gethan?"

Ich konnte auf diesen Brief nicht anders als zustimmend und mit der Versicherung antworten, daß meinerseits Alles geschehe, um im Sinne der von Mayer gegebenen Anregung (die durchaus mit meinen eignen Ansichten zusammentraf) nach besten Kräften zu wirken.

In den letzten Tagen des April führte mich eine andere Angelegenheit nach Berlin. Da die Kammern dort versammelt waren, so fand ich manche alte Freunde und Collegen aus Frankfurt und sonstige Bekannte aus früheren Stadien der gemeinsamen deutschen Bestrebungen. Ich

nahm Gelegenheit, mit diesen, soweit ich nur konnte, über die augenblickliche Lage zu sprechen und ihnen meine Ansichten betreffs der daraus für unsere nationalen Zustände zu ziehenden Vortheile zu entwickeln. Besonderen Anlaß dazu gab mir ein gemeinschaftliches Essen, welches Herr von Vincke so freundlich war mir zu Liebe zu veranstalten, und bei welchem ich, außer manchen alten Frankfurtern, auch die ehemaligen Minister von Arnim und Milde nebst anderen preußischen Abgeordneten traf. Auch mit Rudolf von Auerswald, Lette, Wenzel, Schubert und Anderen hatte ich mehr oder weniger ausführliche Gespräche, ebenso mit einigen hervorragenden, der damaligen Regierung nahe stehenden Publicisten. Leider fand ich nirgends eingehendes Verständniß oder selbst nur lebhaftes, zur Thätigkeit bereites Interesse für eine Erfassung der deutschen Frage in dem Sinne, wie ich mir solche dachte. Zum Theil sah man die ganze Verwickelung als eine Preußen wenig berührende an; zum Theil verhehlte man gar nicht eine gewisse Schadenfreude über eine Demüthigung Oesterreichs, in der man eine Art Nemesis für Olmütz erblickte; endlich gab es auch Einige, welche so sehr mit den inneren Zuständen Preußens und der Hoffnung einer Verbesserung derselben durch die neue Aera beschäftigt waren, daß sie für nichts Anderes Sinn zu haben schienen.

Nach meiner Rückkehr aus Berlin wendete ich mich brieflich an verschiedene mir mehr oder weniger nahestehende politische Männer in Hannover, Baiern, Baden ꝛc., auch in Preußen, um über den Stand der öffentlichen Meinung und die Möglichkeit einer anstoßgebenden Bewegung auf dieselbe in der oben angedeuteten Richtung mir Gewißheit

zu verschaffen. Die nachstehenden Briefe enthalten die Antworten auf diese meine Anfragen; sie geben ein, wie mir scheint, nicht uninteressantes Bild der damaligen Stimmungen so ziemlich aus allen Theilen Deutschlands.

Der Erste, der mir auf meine Anfrage eingehend antwortete, war Schulze-Delitzsch. Ich war demselben bei dem volkswirthschaftlichen Congreß in Gotha im Jahre vorher persönlich nähergetreten, nachdem ich ihm schon lange wegen seines eifrigen und erfolgreichen Wirkens in der hochwichtigen Sache des Genossenschaftswesens meine aufrichtigste Hochachtung gezollt hatte. Er schrieb mir von Delitzsch aus unterm 21 Mai:

> In folgenden Hauptpunkten der von Ihnen entwickelten Ansichten stimme ich durchaus mit Ihnen überein. Ob und wie Deutschland, wenn es in die bevorstehende Kämpfe hineingerissen wird, seine alten Rechte auf abgerissene Ländertheile geltend machen kann und soll, hängt von Erfolg und Gelegenheit ab und kann uns jetzt durchaus nicht kümmern. Dagegen ist die Frage einer festeren inneren Einigung Deutschlands schon deshalb gegenwärtig, vor Beginn des Kampfes, so dringend, weil dessen Durchführung und Erfolg davon abhängen. Was wir vor Allem brauchen, ist: Einheit der Action nach außen, also eine Executive, welche über die Bundeskriegsmacht verfügt. Was ich in dieser Richtung für erreichbar und nothwendig halte, ist das Bundesfeldherrnamt Preußens. Dafür muß die Presse, müssen die Volksvertretungen wirken. Ob daraus dann im Laufe der Ereignisse ein Mehr werden kann, wird von den Umständen und von deren Benutzung abhängen.

In meiner Antwort an Schulze regte ich den Gedanken an, ob es nicht an der Zeit sei, auf die nationalen Bestrebungen von 1848, wie sie in der Reichsverfassung vom 28. März 1849 einen legalen Ausdruck gefunden, in irgend

einer Weise zurückzukommen, sei es durch Kundgebungen aus dem Volke heraus, sei es, was natürlich das Beste sien würde, durch eine Initiative der preußischen Regierung.

Inzwischen hatte ich mich auch an politische Freunde im Süden gewendet, hatte zunächst die Dringlichkeit einer persönlichen Verständigung unter Gleichgesinnten betont, um zu erforschen, ob und wie etwa eine gemeinsame Einwirkung auf die öffentliche Meinung und die Regierungen, besonders die preußische — in der Richtung, wie ich sie oben bezeichnet — zu versuchen sei. Darauf erhielt ich aus München von dem (leider so früh dahingeschiedenen) trefflichen Brater unterm 23. Mai folgenden Brief:

Das Bedürfniß einer directen persönlichen Verständigung zwischen Denjenigen, welche mindestens in den allgemeinen politischen und nationalen Grundanschauungen einig sind, ist auch hier, in dem kleinen Kreis meiner politischen Freunde, lebhaft genug empfunden und besprochen worden. Immer hat uns jedoch die Besorgniß zurückgehalten, eine größere, die öffentliche Aufmerksamkeit unvermeidlich erregende Zusammenkunft werde resultatlos, ohne den Einigungspunkt gefunden zu haben, auseinandergehen und dann nur das Uebel vermehren. B. (ein gemeinsamer Freund) kommt soeben von einer Reise nach Stuttgart und Heidelberg zurück. Er hat die Sache mit Römer (dem Vater), Häusser, Heinrich v. Gagern, Wilhelm Beseler u. A. besprochen und jenes Bedenken nur neuerdings gerechtfertigt gefunden. Dadurch wäre nicht ausgeschlossen, daß sich eine kleine Anzahl von Solchen, die auf wechselseitige Verständigung sicher hoffen können, völlig unbemerkt zu mündlichem Meinungsaustausch vereinigte und vielleicht für Weiteres einen Kern zu gewinnen suchte. Von einer öffentlichen Meinung in Betreff der Verfassungsfrage kann bei uns so wenig wie anderwärts gesprochen werden: schon die Nothwendigkeit, in der äußeren und inneren Frage gleichzeitig Zug um Zug vorzugehen, die Lösung der einen durch die Lösung der anderen zu fördern, ist nicht hin-

länglich erkannt. Auf dieſe Erkenntniß, glaube ich, wäre vorerſt in der Preſſe unabläſſig hinzuwirken. Es ſcheint mir, daß gerade in der jüngſten Zeit die Gedanken auch anderwärts mehr dieſe Richtung nehmen, obwohl ſie ſich in dem vagen Poſtulate der „Volksvertretung beim Bunde“ bewegen, ohne eine concrete Geſtalt anzunehmen.

Aus dem Schreiben eines Mitgliedes der Demokratie in Württemberg an einen Freund in Norddeutſchland (vom 18. Mai) ward mir Folgendes mitgetheilt:

Das neuere Verhalten Preußens wird hier, wenigſtens in meinen Kreiſen, ſehr anerkannt. Preußen wollte anfänglich Oeſterreich offenbar ganz ſtecken laſſen; es war von Napoleons Verſprechungen geblendet. Erſt die deutſche, namentlich ſüddeutſche Bewegung und der von Oeſterreich herausbeſtochene franzöſiſch-ſardiniſche Vertrag hat ihm die Augen geöffnet. Man will nun in Preußen, wie die Reden vom Thron, vom Miniſterium und von den Abgeordneten zeigen, gegen Napoleon einſchreiten. Das liegt jetzt klar und das iſt anzuerkennen. Ebenſo klar liegt aber, daß Preußen bei dieſer Gelegenheit die Schmach von Olmütz und Bronnzell abſchütteln, den Deutſchen Bund vollends todtmachen und in Deutſchland weiter um ſich greifen will, und daß Oeſterreich und die kleineren Potentaten das wohl merken und verhindern wollen. Unſere Aufgabe in dieſem Streite iſt, den Fürſten mit der Republik Angſt zu machen, damit ſie ſich unter die Hegemonie Preußens flüchten. Solange Oeſterreich ohnmächtig und in Krieg verwickelt iſt, muß die Zeit benutzt werden; denn nachher iſt keiner mehr bereit, ſich zu ducken.

Nun ſchrieb mir auch B. (aus München) unter'm 1. Juni:

Die deutſche Verfaſſungsfrage jetzt anzugreifen, fanden Gervinus, Häußer, Wagern, Römer u. A. höchſt bedenklich. Es ſei noch keine neue Baſis für die Löſung dieſes Problems gewonnen; Oeſterreich ſei heute mächtiger in Deutſchland als je. Was mich betrifft, ſo glaube ich wohl, daß man in Berlin nicht abgeneigt wäre, auf ein deutſches Parlament einzugehen, wenn auch nur in

der Form von Kammerausschüssen. Wenn aber Preußen die Sache in die Hand nähme, würde es damit nicht alle Regierungen fast unbedingt in's österreichische Lager treiben? Sind die Völker so mächtig und so entschlossen, um diese Wendung der Cabinette aufzuwiegen? Glauben Sie, daß der Prinz-Regent je sich entschließen könnte, an die Völker gegen die Fürsten zu appelliren? Ich glaube daher, wie die Dinge heute liegen, müssen wir die Bürgschaften für eine nationale Führung und Schließung des Krieges wesentlich in einem deutschen Programm über die italienische Frage suchen. Wenn ich nicht irre, ist es ein österreichischer Kriegszweck, die piemontesische Verfassung zu beseitigen und die Jesuiten zu reactiviren. Wenn Preußen die bewaffnete Mediation ausüben will, welches Programm würden Sie wünschen? Wir hier sind so ziemlich über folgende Punkte einig: „die Franzosen aus Italien, Oesterreichs Besitz ungeschmälert, aber die piemontesische Verfassung erhalten, constitutionelle Ordnungen in Mittel- und Unteritalien, Beseitigung der österreichischen Separatverträge, d. h. des österreichischen Absolutismus in Italien!“ Ein solches Programm gäbe dem Krieg einen so decidirten Charakter, daß wir keine schlimmen Rückschläge davon fürchten müßten. Die Durchsetzung eines solchen Programmes gegen die ganz anders gearteten Tendenzen Oesterreichs wäre ein Sieg der constitutionellen und nationalen Sache gegen Absolutismus und Ultramontanismus in Oesterreich und Deutschland. Dieses Programm ist gegeben, und daß wir ein Programm über die Lösung der italienischen Frage haben müssen, daß sich Preußen mit Oesterreich darüber vor dem Krieg verständigen muß, ist klar.

Diese letzten Betrachtungen waren gewiß sehr richtig; was aber die Mittheilungen B's über die Meinungsverschiedenheiten so hervorragender Mitglieder unserer eigenen Partei betraf, so zeigte sich darin recht schlagend, wie wichtig es gewesen wäre, wenn die weiland Gagern'sche oder Gothaische Partei auch nach dem Zusammenbruch der „Union“ fest zusammengehalten und sich so für eine künftige Eventualität

bereit gehalten hätte. Jetzt war ſie nicht blos in alle Winde zerſtreut, ſondern ihre früheren Wortführer und Leiter ſelbſt waren in dieſer ſo hochwichtigen nationalen Frage unter ſich uneins!

Auch an den damaligen Leiter der Berliner National-Zeitung, Zabel, hatte ich mich gewendet. Er antwortete mir unterm 4. Juni:

... Mit Ihren Bemerkungen über die politiſche Lage haben Sie vollkommen Recht. Auch ſind Sie zu dem Lächeln über unſre „ſanfte Abwehr“ berechtigt. Aber Sie werden auch gerecht genug ſein, zu erwägen, welche Schwierigkeiten Preußens Stellung darbietet. Wollen wir praktiſche Politik treiben, d. h. wirklich Etwas durchſetzen für Deutſchlands Einheit, die doch das A und O aller unſerer Anſtrengungen ſein muß, und wollen wir uns nicht wiederum bloßen Illuſionen hingeben, ſo müſſen wir mit den gegebenen Factoren rechnen. Daher unſere (d. h. der „National-Zeitung“) Haltung, die vielleicht etwas von Seiltänzerei an ſich hat, aber hoffentlich doch für den Kenner der Verhältniſſe den dünnen Strich kenntlich macht, auf dem wir fortrücken. Ich habe Hoffnung, gegründete Hoffnung, daß Etwas für Deutſchland dabei herauskommt, wenn's uns gelingt, im rechten Augenblick Preußen zur Action zu drängen. Sie kennen unſere Staatsmänner; ſie ſind von Ihrer Partei (die „National-Zeitung“ war damals ein ſog. demokratiſches Blatt), alle Gentlemen, aber vor lauter Bedenklichkeiten und Erwägungen ſchwer zur That zu bringen. Dazu unſere böſe zehnjährige Manteuffel'ſche Erbſchaft!

Um dieſelbe Zeit (Anfang Juni) ſchrieb mir auch Schulze wieder:

Ich habe da und dort perſönlich angeklopft und hingehorcht — überall Spaltung und Confuſion; ſtatt nationaler Gedanken Parteiantipathieen und kleinſtaatliche Eiferſüchtelei! Wir haben noch furchtbare Prüfungen zu beſtehen, und nur ein großes nationales Unglück wird im Stande ſein, uns durch ſein Läuterungsfeuer dahin zu bringen, wo der geſunde Sinn des Volks und der

Regierungen von selbst stehen sollte. Doch ich breche von dieser Jeremiade ab und gehe sofort auf die in Ihrem letzten Briefe angeregten Gedanken ein. Die Einführung der Reichsverfassung wäre mir schon recht; die ganze demokratische Partei in Preußen mit Ausnahme einiger Radicalen, die kaum in's Gewicht fielen, würde dafür zu gewinnen sein. Allein wie wollen Sie die Regierungen der Kleinstaaten dahin bringen (selbst wenn die Bevölkerungen dafür wären), eine deutsche Nationalvertretung wählen zu lassen, welche jenen Beschluß faßte, der sie doch mehr oder weniger mediatisirt? Oder wollen Sie von der Nationalvertretung jetzt ganz absehen und das Werk des deutschen Parlaments ohne Weiteres, als endgiltig bereits festgestellt und nur bisher suspendirt, proclamirt wissen? Dies könnte dann Niemand Anderes als die preußische Regierung; aber das können wir uns doch keinen Augenblick verhehlen, daß die anderen Regierungen sich ohne Zwang nimmermehr einer solchen Maßregel fügen würden. Ja, ich fürchte, daß wir sogar einen großen Theil ihrer Bevölkerungen gegen uns hätten. Daher bleibe ich dabei: das einzig Thunliche und Mögliche ist, daß man die selbstständige kriegerische und diplomatische Leitung Deutschlands während der jetzigen Krise für Preußen fordert, was ich wohl nicht scharf genug durch den Ausdruck „Bundesfeldherrnamt" früher bezeichnet habe. Dies läßt sich für jetzt erreichen; zu solchen Concessionen wird vielleicht die Noth die Cabinette drängen, wenn Preußen daran sein Einschreiten knüpft, wie es muß. Ob diese vorläufige und nur zeitweise Concession nicht im Laufe der Ereignisse eine bleibende, in die Einführung der Reichsverfassung am Ende hinüberleitende Einrichtung wird — das ist eine zweite Frage, und Preußen müßte sehr ungeschickt manövriren, wenn es nicht so werden sollte. Erwacht in den bevorstehenden Kämpfen der Nationalgeist, und führt Preußen dieselben irgendwie glücklich zu Ende, so möchte alsdann ein solcher Umschlag wohl leicht erfolgen.

Nun ließen sich auch die Freunde aus Hannover vernehmen. Einer derselben, S., schrieb mir am 11. Juni:

Die in Ihrem Briefe berührten Punkte erschienen mir als so wichtig, daß ich es für nothwendig hielt, mit vielen unserer politischen

Freunde, insbeſondere mit den Führern der Linken in unſerer II. Kammer, darüber Beſprechungen zu veranſtalten. Hier das Reſultat! Die militäriſche Leitung definitiv an Preußen zu übertragen, iſt ein Ziel, das nur von Preußens Thatkraft erreicht werden kann, da ſchwerlich je ein deutſcher Mittelſtaat freiwillig die Kriegsleitung aus der Hand geben würde, noch weniger die Diplomatie. Dieſe beiden Hauptpunkte werden daher nach unſerer Anſchauung ſo lange in den Hintergrund treten müſſen, ſo lange Preußen ſich nicht entſchließen kann, von Worten zu Thaten überzugehen und Grundzüge ſeiner Politik mehr als ahnen zu laſſen. Daher meinen wir, daß zunächſt auf eine parlamentariſche Vertretung Deutſchlands hingearbeitet werden muß, die dann, wenn Preußens Regent der Mann danach iſt, zu einer Umgeſtaltung der kläglichen Bundesverfaſſung führen wird. Im Uebrigen muß ich Ihnen offen geſtehen, daß noch in keiner politiſchen Frage uns die Entſcheidung ſo ſchwer geworden iſt, wie in der gegenwärtigen, und daß die beſten politiſchen Freunde darin auseinandergehen. Ich meinerſeits wünſche Preußens Action, aber nur dann, wenn Oeſterreich für eine andere innere Politik Garantien bietet. Für eine Garantie des Erhaltens der Lombardei bei Oeſterreich ſprechen ſich nur Wenige aus. Wäre die Zeit ſchon ſo weit gereift, daß eine große Verſammlung deutſcher Parlamentsfreunde zu erreichen ſtände, ſo möchte ich dafür gern wirken, da mir in jeder Beziehung nothwendig erſcheint, eine einheitliche Action anzubahnen.

Von anderer Seite erhielt ich aus Hannover kurz darauf folgenden Brief:

Nach meiner Anſicht wird man, was jetzt auch geſchwatzt werden mag, in Kurzem dahin übereinkommen, daß Preußen auf dem Wege freiwilliger Ueberlieferung ſowohl die militäriſche, als die politiſche Vertretung Deutſchlands nach außen hin bekommen muß, im Krieg, wie nach dem Friedensſchluß. Das wirkliche Bedürfniß nach Einheit aber iſt erſchöpft, wenn wir jene Hegemonie Preußens einführen. Eine ſtärkere Spitze und, zu deren Befeſtigung in der Nation, Volksvertretung um dieſe Spitze herum, das ſind

ja wohl unſre Wünſche. Hinſichtlich der Centralgewalt können wir, glaube ich, uns auf die preußiſche Regierung verlaſſen, einiger Nachhilfe unbeſchadet, wogegen wir die Parlamentsſache zu der unſrigen machen müſſen. In der Ahnung dieſes Verhältniſſes beginnt man hier ſich für ein Vorparlament zu intereſſiren, das dem Parlamente die Wege bahnen ſoll. Es ſoll ein freiwilliger, aber regelmäßiger Congreß von Landtagsmitgliedern ſein, für den zuvor die Stimmführer der Hauptländer zu gewinnen, an dem aber jedenfalls auch die Redactionen der größeren Blätter zu betheiligen wären, da dieſe bei auswärtigen Fragen doch den Ton angeben und beſſer Beſcheid wiſſen. Laſſen Sie mich hoffen, daß ich bald Ihre Meinung hierüber erfahren werde!

Dieſe Idee eines „Vorparlaments“ gewann in Hannover mehr und mehr Boden. L. ſchrieb mir von dort:

Nicht nur B., ſondern auch E. (ein Demokrat) wäre wohl geneigt, ſich an einer ſolchen Zuſammenkunft zu betheiligen. B. beſonders iſt erfreut, dieſe Gelegenheit geboten zu ſehen, und wünſcht nur, daß möglichſt alle Parteien und möglichſt zahlreiche Politiker zu dieſer Neubildung einer nationalen Partei ſich zuſammenfinden. Die neue Niederlage Oeſterreichs (bei Solferino) muß dies Alles beſchleunigen. Was zur Einwirkung auf Preußen und Kleindeutſchland noch geſchehen ſoll, muß hurtig geſchehen. Bevor wir indeſſen dies noch wußten, kamen wir hier dahin überein, daß ſich die Agitation vorerſt auf vollſtändige militäriſche und diplomatiſche Verſchmelzung zu beſchränken habe. Keine politiſche Conſtituirung vor dem Kriege! Denn der Krieg wird nicht warten, bis eine ſo ſchwierige Arbeit vollbracht iſt. Wohl aber wollen wir Alle dahin drängen, daß die ſämmtlichen deutſchen Heere Eins werden unter Preußens Führung, und daß Preußen in der diplomatiſchen Welt ganz Deutſchland vertritt. Dies muß, dies kann vor dem Kriege geſchehen, deſto leichter, je mehr alles Beſtreben ſich darauf wirft, und es iſt uns zugleich Bürgſchaft, daß nach einem leidlich glücklichen Kriege die jetzige Wirthſchaft nicht wieder hergeſtellt wird. Auf weniger dringliche Gegenſtände aber laſſen ſich die Gemüther jetzt nicht mehr lenken.

Ich ſchrieb nun an Schulze, er möge doch ſeine Parteigenoſſen wegen einer ſolchen Zuſammenkunft ſondiren. Meines Erachtens ſei blos die innere deutſche Frage dabei zu beſprechen, die äußere höchſtens ſo, daß man ſich zwar gegen das öſterreichiſche Syſtem, aber auch dafür ausſpreche, daß nicht Frankreich die Situation beherrſche. Schulze, der inzwiſchen auch beim Genoſſenſchaftstage in Weimar ſowohl mit mir als mit den dort anweſenden Politikern ſeiner Farbe geſprochen hatte, ſchrieb mir jetzt: Alles ſei ihrerſeits für eine ſolche Zuſammenkunft bereit, die aber zunächſt nur einen vorbereitenden Charakter haben ſolle.

Inzwiſchen war die Anſicht, daß etwas geſchehen müſſe, damit der ernſte Moment eines Krieges mit Frankreich, wenn er eintrete, uns nicht unvorbereitet finde, auch in weiteren Kreiſen durchgedrungen. Am 22. Juni erſchien in der „Rhein- und Lahnzeitung“ zu Wiesbaden (in der Beilage zu Nr. 94) eine öffentliche Erklärung naſſauiſcher Staatsangehöriger, welche ſich ſehr eingehend über die ganze Sachlage ausließ und ſchließlich zu demſelben Reſultate gelangte, wie wir, nämlich: die Führung Deutſchlands nach außen ſei in dieſem kritiſchen Momente unbedingt und unverkürzt an Preußen zu übertragen und in dieſem Sinne ſei ſowohl auf die anderen Regierungen als auch auf die preußiſche, wenn letztere nicht von ſelbſt ſich dieſer nationalen Aufgabe bemächtigen wolle, zu wirken. An der Spitze der Erklärung ſtanden die Führer der naſſauiſchen Fortſchrittspartei, Braun, Lang u. A. Die gleiche Erklärung ward wenige Tage darauf von einer aus den verſchiedenſten Parteiſchattirungen zuſammengeſetzten öffentlichen Verſamm-

lung in Frankfurt a. M. ohne Widerspruch angenommen, wie mir der nachstehende Brief eines alten, treuen Parteigenossen daselbst, des eben jetzt vor Kurzem verstorbenen Dr. Varrentrapp, (vom 3. Juli) anzeigte:

Einer so ernsten Gefahr gegenüber wie die, welche uns von dem Nationalfeinde droht, müssen alle Deutschen ihre politischen, religiösen und socialen Meinungsverschiedenheiten vorläufig vergessen, jeder muß seinen Sympathien und Antipathien Stillschweigen gebieten und sich freudig dem Ganzen unterordnen. Thun wir Bürger dies redlich, so können wir auch von den Regierungen der Klein- und Mittelstaaten verlangen, daß sie einmal ihren partikularistischen Souveränetätsgelüsten entsagen und sich aufrichtig und ehrlich der Führung Eines deutschen Fürsten unterordnen. Da nun aber einmal Preußen so groß wie das gesammte übrige Deutschland ist, als Militärmacht aber (wegen der Einheit seiner Armee) wichtiger als die anderen Staaten zusammen, so kann jener Eine Fürst nur ein preußischer sein. Hatte man auch während der letzten zehn Jahre keine Ursache, der preußischen Politik Anerkennung oder Vertrauen zu zollen, und will man trotz der dort vorgegangenen grundmäßigen Umänderung auch jetzt noch kein Vertrauen zu Preußen haben, so muß man doch positiv das größte Mißtrauen in die Politik der Herren v. d. Pfordten, v. Beust, Borries, Dalwigk, Wittgenstein u. s. w. setzen, die alle in fast persönlicher Feindschaft gegen Preußen verfahren, die noch vor einem halben Jahre in Napoleon den Retter der Gesellschaft begrüßten und nicht hoch genug ihn zu preisen wußten. Schon deshalb kann Preußen nicht die Oberfeldherrnstelle unter einem aus Bevollmächtigten solcher Minister bestehenden Bundestagsausschuß übernehmen, sondern muß eine selbstständige, freie Führerschaft verlangen. Wir müssen demnach suchen, durch einen recht allgemeinen Gesinnungsausdruck die Volksstimmung in Preußen zu heben und die Regierung zu stärken. Von solchen Ansichten geleitet, sprach ich zunächst mit einigen Gesinnungsgenossen und, als diese zustimmten, mit etlichen Führern der demokratischen Partei. Wir luden darauf zum 29. Juni etwa 150 Bürger

(Proteſtanten, Katholiken, Juden, Demokraten, Conſtitutionelle, Gothaner und Conſervative) zu einer Verſammlung ein. Die Wiesbadener Erklärung wurde verleſen: kaum Discuſſion, allgemeine Zuſtimmung! Sehr erfreulich iſt, daß dabei (mit wenig Ausnahmen) alle namhaften Demokraten und Gothaner in völliger Uebereinſtimmung zuſammengingen; die Conſervativen hielten ſich mehr bei Seite, doch hoffe ich, daß ſie noch nachträglich ihre Zuſtimmung geben, ſoweit ſie nicht Ultramontane ſind.

Auf die Erklärung naſſauiſcher Staatsbürger folgte ſchon nach wenigen Tagen (am 2. Juli) eine ſolche der Württemberger, die aber darin weiter ging, als jene, daß ſie zugleich die alsbaldige Herſtellung einer Volksvertretung verlangte. Auch ſie war unterzeichnet von Liberalen und Demokraten, ſogar von einzelnen Derer, die ſonſt für großdeutſch (dh. öſterreichiſch geſinnt) und ultramontan galten.

So war die Bewegung allmälig in Fluß gekommen, welche ſich auf das gemeinſame Ziel einer Zuſammenfaſſung aller Kräfte des nichtöſterreichiſchen Deutſchlands unter Preußens Führung für den Fall eines Krieges mit Frankreich richtete. Im Norden wie im Süden, unter den Demokraten wie unter den ſogenannten Gothanern, hatte ſie Boden gefaßt und Wurzel geſchlagen. Kein Zweifel, daß es gelingen würde, eine Anzahl angeſehener und in weiten Kreiſen einflußreicher Männer auch zu einer noch directeren Kundgebung (etwa in Form eines Vorparlamentes) gegenüber der preußiſchen Regierung zu vereinigen, um dieſe zu veranlaſſen, das für Deutſchland Nothwendige von ſich aus möglichſt bald zu thun.

Die Frage war nun: wie würde man in Berlin eine derartige Kundgebung, wenn ſie wirklich erfolgte, aufnehmen? Würde man darin die Stimme der Nation

erkennen, auf die man zu achten hätte und auf die man zugleich sich berufen könnte? Oder würde man darin etwas Ungesetzliches, Revolutionäres erblicken und sich ablehnend dagegen verhalten?

Um mir auch darüber Gewißheit zu verschaffen, wandte ich mich an einen Freund in Berlin, der, seiner Stellung nach, die im Schooße des preußischen Cabinettes herrschenden An- und Absichten wohl kennen konnte. Ich theilte demselben (am 26. Juni) die Ergebnisse meiner vielseitigen Erkundigungen über den Stand der öffentlichen Meinung in Deutschland betreffs der augenblicklichen Lage mit und stellte an ihn zwei Fragen, erstens: „ob die preußische Regierung behufs eventueller Führung eines Krieges gegen Frankreich für sich die militärische und diplomatische Führerschaft in Deutschland fordern und auf dieser Forderung auch fest bestehen werde?“ zweitens: „ob er glaube, daß die preußische Regierung, zur Unterstützung dieser ihrer Forderung, wenn nöthig, an die Nation appelliren oder doch, falls aus letzterer heraus ihr eine solche Unterstützung entgegenkäme, diese acceptiren und verwerthen würde?“

Die Antwort auf diesen Brief erfolgte erst am 3. Juli. Mein Gewährsmann schrieb:

> Erst heute gelange ich dazu, Ihren inhaltreichen Brief vom 26. v. M. zu beantworten. Inzwischen habe ich von demselben bereits Gebrauch gemacht, und ich kann Sie nur dringend bitten, in Ihren Mittheilungen über die Stimmungen, Absichten und Mittel in denjenigen unserer Vaterländer, wo Sie gute Verbindungen haben, fortzufahren. Eine genaue Kenntniß dieser Dinge ist nicht blos an sich von Werth, sie kann für die hiesigen Entschlüsse geradezu entscheidend werden.

Es folgte nun eine eingehende Auseinandersetzung der

ganzen Sachlage, die ich, da ſie jetzt nichts Neues mehr bietet, übergehe. Nur folgende Stelle hebe ich daraus hervor:

Man wird von hier aus den Vorſchlag Oeſterreichs, den Prinz-Regenten von Preußen zum Bundesoberfeldherrn zu ernennen, mit der Forderung beantworten, an Preußen, als Gegenleiſtung für deſſen bewaffnete Vermittelung, die militäriſche und diplomatiſche Leitung Deutſchlands zu übertragen. Es beſteht ferner die Abſicht, nach wiederhergeſtelltem Frieden zwar nicht dieſe Dictatur in der Hand zu behalten, aber niemals zum alten Bundestage zurückzukehren, bevor derſelbe einer eingehenden Reform unterzogen iſt. Für die Erlangung dieſer oberſten Leitung wünſcht und erwartet man die Unterſtützung der öffentlichen Meinung in Deutſchland, natürlich vorausgeſetzt, daß die betreffende Kundgebung nicht den geſetzlichen Weg verlaſſe oder überſchreite

Der Brief fuhr fort:

So viel iſt ſicher, daß Deutſchland Preußen weiter voranbringen muß. Kommt man der hieſigen Stimmung nicht durch deutliche Kundgebungen in dem Sinne entgegen, daß Deutſchland die Führung Preußens wolle und verlange, ſo ſieht die Zukunft ſehr unſicher aus. Alles, was in Deutſchland in dieſer Richtung geſchieht, wirkt hier auf Regierende und Regierte ungemein belebend.

Sofort (am 6. Juli) ſchrieb ich zurück und ſtellte nun die ganz beſtimmte Frage: „ob, falls eine Verſammlung angeſehener Männer aus allen Theilen Deutſchlands zuſammenträte und die preußiſche Regierung um Uebernahme der militäriſchen und politiſchen Leitung Deutſchlands in der gegenwärtigen Kriſis, die anderen Regierungen aber um Uebertragung dieſer Leitung an Preußen bäte, man in Berlin darauf eingehen würde?“

Die Antwort hierauf erfolgte am 8. Juli, unmittelbar, wie es ſchien, nach dem Eintreffen der Nachricht von

dem, an diesem Tage so unerwarteter Weise von Oesterreich abgeschlossenen Waffenstillstande. Mein Gewährsmann schrieb:

> Gewiß ist bei dieser neuen Sachlage die Unterstützung der öffentlichen Meinung für Preußen noch wichtiger, als auf dem früheren Wege. Gerade die Zeit des Waffenstillstandes müßte benutzt werden, um diese, auch dem Auslande imponirende Einheit zu schaffen. Wie ich die Verhältnisse beurtheile, würde man hier es keineswegs illegal finden, wenn eine Anzahl politischer Wortführer aus verschiedenen Ländern zusammenkäme, um eine Erklärung wie die von Ihnen präcisirte abzugeben. Man würde einen solchen Schritt entschieden beifällig aufnehmen, ja würde vielleicht öffentlich erklären: „man sei bereit dazu, wenn die anderen Regierungen einwilligten!“

Der Gedanke einer Notabelnversammlung, um durch dieselbe Preußens Vorgehen zu unterstützen und zu ermuthigen, hatte übrigens selbst in Süddeutschland, wie mir mehrfach von dort geschrieben ward, sowohl bei Constitutionellen als bei Demokraten Anklang gefunden.

Allein es war zu spät! Auf den so hastig abgeschlossenen Waffenstillstand vom 8. Juli war schon am 11. Juli der eben so hastige Präliminarfriede von Villafranca gefolgt. Oesterreich hatte es vorgezogen, eine seiner schönsten Provinzen, die Lombardei, zu opfern, statt ein Eintreten Preußens für Oesterreichs Besitzstand in Italien, wie es in Berlin beabsichtigt war, um den Preis einer verstärkten Machtstellung Preußens in Deutschland zu erkaufen. Preußen aber hatte den günstigen Moment versäumt, in einem früheren Stadium des Kriegs diese Machtstellung durch ein nachdrückliches Vorgehen, gestützt auf die ihm entgegenkommende öffentliche Meinung, zu erringen.

Inzwischen hatten die Verabredungen — einerseits Schulzes und seiner Freunde, andererseits der Hannoveraner — über die früher angeregte Zusammenkunft ihren Fortgang gehabt; sie führten zu einer doppelten Versammlung, der vom 17. Juli in Eisenach und der vom 19. Juli in Hannover. Aus beiden ging dann eine dritte Versammlung, wiederum in Eisenach, am 14. August, hervor. Auf dieser erfolgte die Verschmelzung der Liberalen und Demokraten zu dem gemeinsamen Zwecke, „die nationale Einheit höher zu stellen, als die Forderungen der Parteien, und für die Errichtung einer kräftigen Verfassung Deutschlands in Eintracht und Ausdauer zusammenzuwirken," und damit die Begründung des „Deutschen National-Vereins", dessen förmliche Constituirung sodann am 15. und 16. September 1859 in Frankfurt a. M. sich vollzog.

So war aus der von mir angeregten Bewegung etwas wesentlich Anderes geworden, als was ich selbst mir als deren Zweck und Erfolg gedacht hatte. Unter dem Drucke einer äußeren Gefahr wäre es wohl nicht unmöglich gewesen, durch ein kräftiges Zusammenwirken der preußischen Regierung und der öffentlichen Meinung eine Gestaltung der deutschen Verhältnisse herbeizuführen, wie sie für das glückliche Bestehen eines kriegerischen Zusammenstoßes mit Frankreich unerläßlich war, wie sie aber auch als bleibende Einrichtung im Frieden sich wohlthätig für Deutschland erwiesen haben würde. Diese Gelegenheit war ungenützt vorübergegangen. Jetzt, wo die äußere Spannung aufgehört hatte, war ein so unmittelbar praktischer Zweck unerreichbar geworden; Alles, was jetzt noch geschehen konnte, war: den durch die nun beendete äußere Krisis wieder

erweckten nationalen Gedanken mittelst einer, wenn auch nur theoretischen, Agitation lebendig zu erhalten und zu pflegen. Auch das war nicht ohne Nutzen, denn es arbeitete wenigstens künftigen praktischen Anläufen zu der Erreichung des niemals aufzugebenden Zieles einer festeren Einigung Deutschlands vor. In der Geschichte der preußischen Politik freilich wird man das Jahr 1859 zu den vielen „versäumten Gelegenheiten" zählen müssen, auf die man nur darum jetzt beruhigter zurückblicken kann, weil jenes Ziel auf anderm Wege und durch andere Factoren in so glorreicher Weise erreicht ist.

Im Jahre darauf, 1860, glaubte ich noch einmal den Moment gekommen, wo das 1859 Versäumte nachgeholt werden könnte. Kaiser Napoleon heimste von Italien den Lohn für seine demselben geleistete Hilfe ein: er ließ sich Savoyen und Nizza abtreten. Damit machte er einen Riß in die europäischen Verträge von 1815. Der Wiener Congreß hatte Nordsavoyen in die schweizerische Neutralität mit einbezogen, offenbar, um einer Vergewaltigung Italiens von Frankreich aus und ebenso einem Einfalle französischer Heere vom Südwesten her nach Deutschland einen Riegel vorzuschieben. Diese Sicherung ging verloren, wenn das bisher neutrale Gebiet in die Hände Frankreichs kam. Napoleon selbst schien Scheu zu tragen, einen solchen Bruch der Verträge ohne die Zustimmung der Congreßmächte zu vollziehen: sein Minister Thouvenel mußte in Noten an die französischen Gesandten bei den großen Höfen verkündigen: die Einverleibung Nordsavoyens in Frankreich „solle nicht ohne die vorgängige Einwilligung Europas vor sich gehen." Die kleine Schweiz schien entschlossen, das

durch die Wiener Verträge ihr zugeſprochene Recht auf die Neutralität Nordſavoyens mit aller Entſchiedenheit zu vertheidigen, nöthigenfalls ſelbſt mit gewaffneter Hand, wenn ſie dabei auf den Beiſtand auch nur Einer Großmacht rechnen könnte.

Hier nun, meinte ich, ſei für Preußen abermals eine Gelegenheit gekommen, ſeine Aufgabe als deutſche Vormacht zu erfüllen und damit zugleich die ihm gebührende Stellung als ſolche einzunehmen. Und dieſe Gelegenheit erſchien mir um ſo günſtiger, als diesmal Süddeutſchland, das bei der ſavoyiſchen Frage in erſter Linie betheiligt war, bei einem entſchloſſenen Vorgehen Preußens ſich demſelben unzweifelhaft anſchließen würde, wie das auch bereits Stimmen in der ſüddeutſchen Preſſe ankündigten. Auch war es wünſchenswerth, daß Preußen den Eindruck, den doch vieler Orten die, freilich unberechtigte, Klage Oeſterreichs, „es ſei von Preußen im Stich gelaſſen worden", zu Ungunſten des letzteren gemacht hatte, durch eine entſchieden nationale That wieder verwiſchte.

Genug, ich hatte die Empfindung, es ſollte etwas geſchehen, um durch die öffentliche Meinung die preußiſche Regierung in Bewegung zu ſetzen. So verfaßte ich eine Flugſchrift: „Die Savoyer Frage. Denkſchrift an Preußens Staatsmänner von einem deutſchen Patrioten"*). Darin führte ich aus, wie wichtig die ſavoyiſche Frage für Deutſchland ſei, welches Verdienſt ſich Preußen erwerben könne, wenn es die Neutralität Savoyens rette, und wie es dafür die Führerſchaft der deutſchen Kräfte beanſpruchen könne.

*) Weimar, H. Böhlau.

Der geschäftsleitende Vorstand des Deutschen National-Vereins übernahm die Verbreitung der Flugschrift, namentlich auch unter den preußischen Abgeordneten. Einer der Hauptleiter des Vereins schrieb mir am 31. März 1860:

> Sie haben ganz Recht, daß in der savoyischen Frage gegen Napoleon und zu Gunsten der Schweiz in Deutschland, namentlich seitens der nationalen Partei, etwas geschehen muß . . . Nach Berlin habe ich schon geschrieben und an eine Anregung der savoyischen Frage im Abgeordnetenhause gemahnt. Bei der dortigen Abneigung jedoch gegen die Behandlung großer, brennender Fragen habe ich wenig Hoffnung. Und doch liegt die Sache viel einfacher und günstiger, als im vorigen Jahre.

Die Flugschrift war auch dem damaligen preußischen Ministerpräsidenten, Fürsten von Hohenzollern, unterbreitet worden, und „sie ist mit großem Interesse gelesen worden", schrieb man mir. Allein das war auch Alles. In der Sache selbst geschah nichts — weder im Abgeordnetenhause, noch von Seiten der Regierung.

Inzwischen war man auch in der Schweiz, an jeglicher Unterstützung verzweifelnd, von der anfänglichen Entschlossenheit theilweise zurückgekommen; so bestärkte Eines das Andere im Nichtsthun und Gehenlassen, und so gelang es dem Abenteurer an der Seine, nicht blos eine wichtige strategische Position zu gewinnen, sondern auch durch die von den Großmächten ruhig zugelassene Verletzung der Verträge von 1815 einen für ihn wichtigen, für das Gleichgewicht Europas bedenklichen Vorgang zu schaffen. Aus der Schweiz ward mir von einem in Bern lebenden Deutschen über die dortige Sachlage unterm 3. Mai 1860 geschrieben:

> Für die mir zugesendete Schrift über die savoyer Frage

ſage ich Ihnen meinen verbindlichſten Dank. Ich habe vom Anfang an vollſtändig Ihre Anſichten über die dem Staate Preußen in dieſer Sache geſetzte Aufgabe getheilt und hoffte wirklich, daß dieſe brennende Frage den Anſtoß zu einer activen Politik geben würde, die endlich eine Entſcheidung auch in der deutſchen Frage bringen könnte. Da nun aber leider die Schweiz ſich ſelbſt gefangen gegeben hat, indem ſie die Intervention der Großmächte anrief, ohne ſich vorher in den Beſitz des neutralen Gebiets in Savoyen zu ſetzen, ſo darf man, wenn nicht unerwartete Ereigniſſe dazwiſchen treten, wohl nichts mehr hoffen. Ich ließ mich anfangs durch den in Bern herrſchenden Geiſt täuſchen. Die Stimmung war hier überwiegend ſo, daß man den Beſchluß, Nordſavoyen militäriſch zu beſetzen, mit Freuden aufgenommen hätte, und mir iſt es noch jetzt höchſt wahrſcheinlich, daß ein ſo kühner Schritt, damals gethan, wo Ruſſell, der öffentlichen Stimme weichend, das Bedürfniß neuer Allianzen anerkannte, in England, ſelbſt gegen die Abſichten des Miniſteriums, eine Wendung in der Politik herbeigeführt und dann vielleicht auch Preußen zur Action gebracht hätte. Als jedoch der Nationalrath hier zuſammentrat, offenbarte ſich ſofort, daß in dem größeren Theile der Schweiz ein anderer Geiſt wehte.

In einem kurzen Vorwort zu der Flugſchrift hatte ich geſagt:

An Preußens Staatsmänner wendet ſich ein einfacher deutſcher Patriot. Er hat keinen anderen Auftrag, als den ſeines Gewiſſens, keine andere Legitimation, als eine mehr denn zwanzigjährige redliche und eifrige Beſchäftigung mit den öffentlichen Angelegenheiten ſeines deutſchen Vaterlandes und den Bewegungen der öffentlichen Meinung kein anderes Recht, als das der Erfüllung einer Pflicht, die ſeiner Anſicht nach in ſo ernſter und ſchwerer Zeit jeder Einzelne hat: für ſein Theil zu thun, was er kann, damit das Ganze nicht Schaden leide, ne quid detrimenti capiat respublica, das Weitere der Vorſehung und Denen anheimgebend, deren amtlicher Beruf es iſt und die einſt der Geſchichte dafür verantwortlich ſein werden.

Mit dieſem salvavi animam mußte ich mich beruhigen. War ich in dieſer Angelegenheit der Vorwärts-

drängende gewesen, so mußte ich in einer anderen den Hemmenden und Abwehrenden machen.

Im Spätsommer 1860 besuchte mich in Weimar ein alter Frankfurter College, ein höchst eifriger Nationaler. Er kam von Berlin und war voll froher Hoffnungen wegen eines in den dortigen maßgebenden Kreisen, wie er berichtete, gehegten Planes, die schleswig-holsteinsche Sache (die seit der Regentschaft in Preußen wieder beim Bundestage in Anregung gebracht war) auf dem Wege der Bundesexecution zur Entscheidung zu treiben! Mir erschien dieser Plan — nach den Erfahrungen, die nun schon zweimal nach einander mit den gegenwärtigen leitenden Staatsmännern in Berlin gemacht worden waren — höchst bedenklich. Zunächst konnte sich eine Bundesexecution blos auf Holstein erstrecken; sie gab also Schleswig preis — gerade das, was die Dänen wollten! Wenn man aber, wie es schien, in Berlin die geheime Hoffnung hegte, die Dänen würden durch einen gewaltsamen Widerstand gegen die Bundesexecution einen Krieg herbeiführen und damit von selbst der preußischen Action weitere Ziele an die Hand geben, so traten mir sofort die Jahre 1848 und 1849/50 mit dem Malmöer Waffenstillstand und dem späteren Friedensschluß furchterregend vor die Seele, und ich konnte mir nichts Anderes, als einen zweiten schmählichen Rückzug der preußischen Politik, als das Ende der Sache denken.

Von diesem Gesichtspunkte aus behandelte ich die Frage in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Das gab Anlaß zu einem kurzen Briefwechsel mit einem von mir sehr geschätzten Publicisten, L. in Br. Letzterer schrieb mir am 23. Januar 1861:

Aus der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ entnehme ich, daß Sie die brennende Tagesfrage etwas anders auffaſſen, als wir. Meines Bedünkens muß die Gelegenheit ergriffen werden, theils um in Preußen, in Fürſt und Volk, die nöthige Unternehmungsluſt zu erzeugen, deren man auch zur Bundesreform bedürfte, theils um die Süddeutſchen herbeizuziehen, die nach Bewährung Preußens ſchreien. Eben dieſer ſüddeutſchen Abneigungen und jener preußiſchen Halbheit wegen iſt es gut, wenn die Kriegsflamme aufloht. In Süddeutſchland wird die Stimmung für Reform des Bundes nicht eher reif, als bis Preußen ſich Vertrauen erobert hat. Ich verzweifle aber daran, ſowohl die Regierung als das Volk in Preußen auf den Punkt zu bringen, wo wir ſie zu vertrauenerweckender Anbahnung der Bundesreform haben müßten, ſo lange nicht Gefahren für Preußen ſelbſt ſie aus den Nachwirkungen der langen Trägheit und der jungen Behaglichkeit eines liberalen Regiments herausnöthigen. Daher begrüße ich es mit Freuden, daß die Regierung dieſe Gefahren heraufbeſchwören will.

Da ich in einem Briefe an ihn bei meinem Bedenken ſtehen geblieben war, ſchrieb er mir abermals am 1. Februar 1861:

Mit Dank habe ich Ihren eingehenden und vertrauensvollen Brief empfangen, mit Ernſt den Gegenſatz Ihrer und meiner Anſichten erwogen und ſofort denſelben auch, da ſich die Gelegenheit ungeſucht darbot, mit meinen nächſten hieſigen Freunden beſprochen. Ihnen iſt es, wenn ich Sie recht beurtheile, immer weſentlich darauf angekommen, die auseinander ſchweifenden natürlichen Bundesgenoſſen, Preußen und die Süddeutſchen, zuſammenzubringen. Sie haben ſtets nach der mittleren Linie geſucht, auf der dieſe ſpröden und doch für einander beſtimmten Collectivweſen ſich finden und Hand in Hand marſchiren könnten. Daher hauptſächlich, nehme ich an, Ihre angeſtrengte Thätigkeit in der (leider nicht ergriffenen) ſavoyer Frage u. ſ. w. Gerade von dieſem Standpunkt aus hoffte ich mich mit Ihnen zu verſtändigen. Ich habe aus Berlin keine Nachricht von der Annahme eines feſten und klaren Programms, wie man es freilich haben ſollte, wenn

man auf einen großen Krieg lossteuert. Aber ich weiß, daß die einflußreichsten Rathgeber nach einem solchen Entschluß hindrängen.

Es war mir überraschend, daß die preußischen Staatsmänner einen Krieg gleichsam vom Zaune brechen, daß sie selbst „Gefahren heraufbeschwören" wollten, wie das aus den mündlichen Mittheilungen des alten Frankfurters und aus den damit übereinstimmenden schriftlichen meines publicistischen Collegen hervorzugehen schien. Aber ich erschrak förmlich vor dieser in Berlin so plötzlich erwachten, von der jüngsten Zauberpolitik so grell abstechenden Kriegslust. Hatte mir doch eben erst (bei Gelegenheit der savoyer Frage) von dort aus Jemand, der es wohl wissen konnte, geschrieben:

Ist man hier auch einmal einem Entschlusse nahe, so hängt sich England mit Centnerschwere an. Was die Times über Preußens Aggression gegen Dänemark (die angedrohte Execution) sagt, ist nur ein matter Abklatsch von den energischen Abmahnungen Russells. Wenn Preußen es durch einen Angriff auf Dänemark zu einem Kriege mit Frankreich bringe (so heißt es von London aus), wie Oesterreich durch den Angriff auf Sardinien, so werde sich England gegen Preußen gerade so verhalten, wie gegen Oesterreich. Palmerston ist eben unser geschworener Feind.

Wenn nun aber wirklich Napoleon sich Dänemarks annahm (er hatte damals noch nicht, wie 1863, sich in die mexikanische Expedition verstrickt), wenn England, wie höchst wahrscheinlich, wenigstens diplomatisch, auf Preußen drückte, vielleicht auch Rußland — würde dann wohl jener kühne Muth des thätigen Vorangehens, der angeblich mit einem Male in die preußischen Staatsmänner gefahren war, sich als nachhaltig erweisen? Oder würden sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben und zurückgehen? Und

wäre dann nicht Preußens Lage und ſeine Stellung in Deutſchland nur verſchlimmert?

Wie ſehr ich mit meinen Befürchtungen Recht gehabt, davon überzeugte mich ein Brief, den ich faſt um die gleiche Zeit, unterm 23. Februar 1861, von einem politiſchen Freunde erhielt, der ebendamals, bei einem Beſuche in Berlin Gelegenheit geſucht und gefunden hatte, ſich genauer über die dortige Sachlage zu informiren. Er klagte:

Ich bin leider von Berlin ſehr enttäuſcht zurückgekehrt. Ich hatte ſo beſtimmt geglaubt, daß man in Betreff Schleswig-Holſteins einen feſten und großen Plan habe. Allein an einen ſolchen iſt nicht zu denken. Unter dieſen Umſtänden kann ich den Abgeordneten keinen ſo großen Vorwurf daraus machen, daß ſie mit vollen Segeln in die italieniſchen Sympathien hineingefahren ſind, was, wenn man irgend einen beſtimmten Plan hätte, höchſt unpolitiſch wäre. Denn es iſt klar, daß Palmerſton darin einen Freibrief für ſich ſehen wird, in Italien ad libitum zu ſchalten, ohne uns dafür auch nur die mindeſte Conceſſion in Beziehung auf Dänemark zu machen.

Zehntes Capitel.

Dramatiſche Anläufe.

War es die idylliſche Ruhe und Abgezogenheit der klaſſiſchen Muſenſtadt, welche frühere, anſcheinend längſt entſchlummerte, poetiſche Gelüſte wieder in mir erweckte, oder war es die durch den häufigen Beſuch des Theaters und die von mir in der Zeitung geübte Theaterkritik vermittelte nähere Bekanntſchaft mit der Bühne und ihren praktiſchen Erforderniſſen — genug, ich war, ehe ich mich deſſen verſah dem Drange dramatiſchen Schaffens verfallen.

Einen erſten Verſuch im Drama hatte ich allerdings ſchon 1850 in meiner Lindenauer Einſamkeit gemacht. Was mich dazumal lockte, war ein Stück engliſcher Geſchichte, der Untergang des Miniſters Carl's I., Thomas Wentworth oder Graf Strafford. Ich hatte jene Arbeit aber nur einem einzigen ſachkundigen Freunde vertraulich mitgetheilt und auf deſſen Rath ſie im ſicheren Schrein begraben. Sie trug die Spuren mangelnder Bühnenkenntniß allzuſehr an ſich.

Der Stoff, an deſſen dramatiſche Bearbeitung ich mich diesmal wagte, gehörte der vaterländiſchen Geſchichte, dem deutſchen Mittelalter an; es war ein ſchon öfters (u. A. von Rückert) behandelter Stoff: die Schuld und Sühne

des unglücklichen Kaiſers Heinrichs IV. Nachdem ich denſelben lange im Kopfe mit mir herumgetragen, ging ich im Sommer 1860, als die im vorigen Capitel erwähnten äußeren Aufregungen vorüber waren, an die wirkliche Ausarbeitung und brachte dieſe — zumeiſt im Freien, in dem Garten an meiner Wohnung oder dem nahegelegenen Park — in nicht zu langer Zeit zum Abſchluß.

Während des Dichtens empfand ich ſo recht die Wahrheit des Goethe'ſchen Wortes: „Das Machen war doch gar ſo ſchön!“ Es giebt wohl kaum irgend eine andere geiſtige Beſchäftigung, welche in ſich ſelbſt ein ſo volles Genüge gewährte, wie der Aufbau eines Drama. Die Freiheit des Gebahrens mit einem ſelbſterkorenen Stoff, die Freude, etwas Eigenes ganz aus dem Friſchen zu ſchaffen, daneben wieder die geheime Macht der in dem Stoffe ſelbſt, auch dem freigewählten, liegenden inneren Nothwendigkeit und Symmetrie der Geſtaltung — alles das zuſammen erzeugt ein ſo reines ideales Vergnügen, daß man dabei an den künftigen äußeren Erfolg oder Mißerfolg wenig oder gar nicht denkt und es beinahe bedauert, wenn die Arbeit zu Ende iſt. Denn mit dieſem Momente verſchwindet der ſelige Rauſch, in dem man ſich befand, vor der, in ihre Rechte wieder eintretenden, rauhen Wirklichkeit; die fröhliche Sicherheit, womit man zuvor in dem lichten Aether der Phantaſie ſich bewegte, macht bedenklichen Zweifeln Platz, ob denn auch der luſtige Bau den ſtrengen Anforderungen genügen werde, die eine nüchterne Kritik und ein verwöhntes Publikum an denſelben ſtellen dürften. Je zuverſichtlicher und ſelbſtbefriedigter man vorher war, um ſo befangener und ängſtlicher wird man nun.

Kommt nun hinzu, daß Der, welcher einen derartigen Anlauf nimmt, kein Jüngling mehr iſt (einem ſolchen verzeiht man es wohl, wenn er beim Ritt in's romantiſche Land der Dichtung ſich einmal verirrt oder gar bügellos wird), ſondern ein Mann über das leichtlebige Alter hinaus, ein Mann mit vorgezeichnetem Lebensberuf, dem man es mit Recht verdenken mag, wenn er in ein fremdartiges Gebiet unberufen hinüberſchweift, ſo wird die Lage eine doppelt bedenkliche. In ſolcher Lage aber befand ich mich, und mein Bangen wegen des Ausganges meines Wagniſſes war daher ein ſehr natürliches.

Aus dieſer Verlegenheit half mir meine gute Frau. Sie hatte ſchon während der Arbeit durch warme Theilnahme an deren Fortgang, ſo wie durch manchen willkommenen Rath aus der Urſprünglichkeit weiblichen Gefühls heraus mich freundlichſt unterſtützt; ſie fand jetzt auch einen Ausweg aus der Verwirrung, in der ich mich befand, indem ſie einen Freund unſeres Hauſes, der in dieſem Fache — als Dramaturg und als Dramatiker — bewandert war, den Dr. Locher (ſpäteren Director des Meiningiſchen Hoftheaters) heimlich in's Vertrauen zog. Von ihm ermuthigt, las ich das Stück ihm und unſeren beiderſeitigen Frauen vor — anfänglich mit großer Befangenheit, die aber allmälig wich, da Locher, je weiter ich las, deſto mehr ſich für die Dichtung erwärmte und endlich am Schluß verſicherte, er glaube einen Bühnenerfolg mir in ſichere Ausſicht ſtellen zu können.

Nachdem ſo das Eis gebrochen war, theilte ich das Stück auch dem, mir gleichfalls befreundeten, „Papa Genaſt“ mit, der in ſolchen Dingen eine reiche Erfahrung hatte.

Zu meiner Freude bekräftigte er vollſtändig Lochers hoffnungsvolle Vorausſage. Damit noch nicht zufrieden, bat ich auch andere hervorragende Fachkundige — Schauſpieler, Regiſſeure, Theaterleiter, Dramaturgen, Dramatiker — um ihr Gutachten. Dabei nun machte ich die intereſſante Erfahrung, wie verſchiedenartig dieſe Männer, die doch ſämmtlich dem Theater ohngefähr gleich nahe ſtanden, alſo deſſen praktiſche Anforderungen an ein Drama gleich gut kennen mußten, über den muthmaßlichen ſceniſchen Erfolg meines Stückes urtheilten. Ueber deſſen poetiſchen Gehalt ſprachen ſie ſich insgeſammt ſehr freundlich aus; im Uebrigen traten Grunert in Stuttgart, Dahn in München, Jaffé in Braunſchweig der günſtigen Prophezeihung Lochers und Genaſts unbedingt bei; Laube und Putlitz, obwohl mit der Dichtung ſehr zufrieden, ſprachen doch ihre Zweifel darüber aus, ob ſolche mittelalterliche Stoffe hinlänglich dramatiſch wirkſam gemacht werden könnten. Der Erſtere ſchrieb:

Ihr Drama hat uns Alle (er hatte es ſeiner Frau und Schwiegermutter, zwei hochgebildeten und geiſtvollen Damen, vorgeleſen), was die Fähigkeit der Compoſition betrifft, überraſcht. Sie haben ja früher nie ein Zeichen davon gegeben! Die ganze Anordnung und Eintheilung iſt klar und ſinnig, die Ausführung verſtändig und knapp, Letzteres in der zweiten Hälfte vielleicht in zu hohem Grade, weil man auf der Höhe nach größerem Drang und Schwung der Leidenſchaften begehrt. Daß ich hier (an der Burg in Wien) an eine Aufführung ſolchen Themas nicht denken kann, haben Sie ſelbſt ſchon zugegeben. Es wird Ihnen aber, fürchte ich, auch an anderen Orten ſchwer werden, die Bretter dafür zu finden. Nicht des politiſchen und religiöſen Inhalts wegen, aber wegen des fernliegenden Stoffes. Das Theaterpublikum verlangt jetzt, wie ein Kind, nur Gegenwart, Gegenwart! Und für die alte

Kaiserzeit — mag das Pathos unseren Interessen auch noch so verwandt sein — bedarf es titanischer Dichterkräfte, um die Bühne zu erobern und zu behaupten.

Putlitz sprach sich so aus:

Zuerst die aufrichtige Freude über Ihr edles, echt deutsches Werk, das, gedankenreich, in der schönen Form des Wortes, die Theilnahme jedes Lesers fesseln muß. Ich bin nicht Kritiker, und eine Kritik werden Sie also nicht von mir fordern, aber der Hingabe an die Dichtung fühle ich mich, Gott sei Dank, fähig, und so lassen Sie Sich an dem Ausdruck der reinen Freude genügen, die Ihr Gedicht mir bereitete! Was ich vielleicht verstehe, ist dramatischer Aufbau, die Architektur der Stücke und das, freilich immer sehr unsichere, Herausfühlen des Bühnenwirksamen. Nach dieser Seite nehmen Sie mein offenes Urtheil! Es ist eine Ungunst der mittelalterlichen Stoffe (und, wenn wir von echten deutschen reden, bleiben uns ja nur die aus jener Zeit der deutschen Zusammengehörigkeit), daß sie mehr episch, als dramatisch sind, daß sie immer wieder den Conflict der Kirche mit der weltlichen Macht, der (leider unverbesserlichen) Sonderstellung der kleinen Fürsten mit dem Oberhaupte des Reiches bringen müssen. Ihr Stück hat nun, so viel es ging, dies Epische überwunden und, jeden lyrischen Schmuck verschmähend, durch den Conflict zwischen Vater und Sohn rein menschlich zu ergreifen gewußt. Hier aber finde ich ein Bedenken. Ist der edle Umschlag des Königs genügend motivirt, um so sehr an ihn zu glauben, daß die Versöhnung uns völlig befriedigt und der Abschluß nicht unsicher ausklingt? Ganz aber ist das Epische des Stoffes nicht zu überwinden gewesen, und die tragische Schuld, der Kernpunkt jeder Tragödie, der allgemeine Grundgedanke des Stückes, löst sich nicht klar aus den Conflicten. Ebenso müssen folgerichtig die scharfen dramatischen Effecte fehlen. Das Alles schwächt natürlich die Wirkung auf der Bühne bei unserem, durch pikante Kost überreizten Publikum. Selbst „Ernst von Schwaben" von Uhland, diese Perle unserer Literatur, die meinem Herzen am nächsten steht vielleicht von allen dramatischen Gedichten, die wir besitzen, hat die dauernde Gunst des Pub-

likums nicht erobern können. So wird sich das Stück natürlich nicht den Effectdramen anreihen, welche die Repertoires in langer Reihe von Wiederholungen beherrschen; aber das war es auch nicht, was Sie mit Ihrer Dichtung erstrebten: der achtungsvollen Theilnahme des Publikums wird es aber gewiß sein: Das ist wenigstens meine unmaßgebliche Meinung.

Der Einzige, welcher sich völlig ablehnend verhielt, und zwar, weil er den Stoff „Heinrich IV." für absolut undramatisch erachtete, war Eduard Devrient. Derselbe schrieb:

Ihr Trauerspiel „Heinrich IV." habe ich mit großem Antheil für seine einzelnen Schönheiten in der Ausführung gelesen und sage Ihnen für die freundliche und vertrauensvolle Mittheilung meinen herzlichsten Dank. Aussicht auf einen Bühnenerfolg des Gedichtes kann ich Ihnen nicht geben. Das Stück Historie, das Sie gewählt, hat in seinem Helden keine Sympathie; er ist der unseligste der deutschen Herrscher und der haltloseste, an dem das willigste Mitgefühl auch nicht eine kleinste Stelle findet, sich anzuklammern. Merkwürdig, daß Heinrich IV. so oft schon zum dramatischen Stoff gewählt worden, mir auffallend, daß auch Sie, verehrter Herr, sich durch die Bewegtheit seines Schicksals haben verleiten lassen. Heinrich IV. schließt in seinem Leben nirgends befriedigend ab, auch nicht in tragischer Erschütterung: nichts ist beisammen in diesem Schicksal und Verhalten, und darum liefert er keinen abgerundet dramatischen Stoff. Sein Leben löst kein sittliches, kein historisches Problem. Das, glaube ich, ist der Hauptgrund, daß auch Ihrem Gedichte die Sammlung, das Interesse, der wirksame Bau nicht gelingen konnte. Es ist ein herausgehobenes Stück Geschichte, kein Drama. Wir interessiren uns nicht für den schofelen Vater, noch weniger für den entarteten und doch nicht hinlänglich frevelkühnen Sohn, der obenein zuletzt noch siegt trotz seiner Flucht. Die Schönheiten des Gedichtes, unter denen die Kaiserin in Böckelheim hervorleuchtet, gehen vorüber, verschwinden: bleibenden Eindruck macht uns nur das auseinanderliegende Wirrsal von Falschheit, Trug, Priestergewalt und Elendigkeit einer trostlosen Epoche. Ich bedaure, daß so verdienstvolle Arbeit an einen unergiebigen Stoff sich gewendet hat, dem keine Sympathie

und keine dramatische Form abzugewinnen ist. Kam es darauf an, war es Aufgabe, diesen Stoff zu behandeln, so, glaube ich, durfte ihm auch die erste, größere Hälfte des königlichen Lebens nicht fehlen, die ganze, sichtbar erlebte Verschuldung; dann war es doch — und mehrere Gedichte in dieser, freilich wieder untheatralischen, Ausdehnung haben mir vorgelegen — ein vollständiges Bild des Gerichtes, das über ein verpfuschtes Königsleben gehalten wird, ein Bild des Verderbens, das ein solcher König über das Volk bringt. Ihrem Gedichte fehlt die Basis des früheren Lebens; die Bezugnahmen ersetzen sie nicht.

Gegen diese, doch allzu pessimistische Auffassung der Persönlichkeit Heinrichs IV. hätte ich allerdings als Historiker vom Standpunkte eines solchen aus Manches einzuwenden.

Für die Aufführung des Stückes lag es mir natürlich am nächsten, mich an die Hofbühne in Weimar zu wenden. Sie stand damals unter Dingelstedts Leitung. Ich hatte mit diesem, als Theaterkritiker der Weimarischen Zeitung, vor nicht langer Zeit einen kleinen Strauß gehabt und war daher nicht ohne Besorgniß, ob er mich etwa dies werde entgelten lassen. Das geschah aber nicht, vielmehr antwortete er mir auf meine Anfrage in der liebenswürdigsten Weise:

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich anzuzeigen, daß ich Ihr Trauerspiel: „Kaiser Heinrich der Vierte," in welchem ich ein treffliche Dichtung und die beste mir bekannte Dramatisirung dieses oft behandelten Vorwurfs mit aufrichtiger Anerkennung gefunden habe, zur Aufführung auf hiesiger Hofbühne annehme.

Es sei mir gestattet, hier eine kurze Inhaltsskizze des Stückes einzuschalten:

Um den beinahe 30jährigen Hader im Reich zu enden, hat Kaiser Heinrich einen Reichstag einberufen. Es gelingt ihm, durch sein persönliches Auftreten und durch Gewährung billiger Forde-

rungen die große Mehrzahl der Fürſten mit ſich auszuſöhnen, einen Landfrieden zu verkünden und die Wahl ſeines Sohnes Heinrich zu ſeinem Nachfolger, zum „Deutſchen König“, zu erlangen. Aber eine Partei des höheren Adels, im engen Bunde mit dem römiſchen Legaten, ſucht dieſes Friedenswerk zu ſtören. Gegen ſie tritt der Kaiſer mit aller Schroffheit ſeines, zur Gewaltthätigkeit neigenden Charakters und ſelbſt mit Verletzung des formellen Rechts bei einer Gelegenheit auf, wo es ſich um einen Streit des Adels mit dem, vom Kaiſer begünſtigten, Bürgerthum handelt. Hier nun trennt der junge König ſich von ſeinem Vater. Theils die Befürchtung, es könne nochmals (wie ſchon einmal) zu einer Entſetzung ſeines Vaters und dann zur Verdrängung ihres ganzen Hauſes vom Throne kommen, theils ehrgeiziges Streben nach der Krone für ſich ſelbſt verführen ihn, mit der päpſtlichen Partei gemeinſame Sache zu machen. Es gelingt ihm, den Kaiſer auf die Burg Böckelheim zu locken und dort vor einen Reichstag zu ſtellen. Der Kaiſer wird entſetzt und ſoll in Haft gehalten werden, bis er ſelbſt verzichtet. An ſeine Stelle wird der junge König zum Kaiſer erwählt. Allein der alte Kaiſer entkommt mit Hilfe von Freunden aus der Haft; der Herzog von Lothringen und andere Fürſten, namentlich aber die großen Rheinſtädte erklären ſich für ihn, und ſo entſchließt er ſich, obwohl lang widerſtrebend, zu einem Kriege mit dem eigenen Sohn. Dieſer erkennt endlich, daß er durch ſeine Parteinahme für Adel und Kirche nichts gewonnen, wohl aber grenzenloſe Verwirrung im Reiche angerichtet hat. Noch möchte er umkehren, aber es iſt zu ſpät, denn ſeine Reue würde jetzt als Feigheit ausgelegt werden. Er muß den Kampf annehmen. Als er aber, um die weichenden Seinigen zu ermuthigen, dem eigenen Vater Stirn an Stirn entgegentreten ſoll, ſiegt ſein kindliches Gefühl, und auf die Gefahr hin, ein Feigling zu ſcheinen, flieht er. Der Kaiſer, in der Meinung, ſein Sohn fliehe wirklich aus Feigheit, will ihm nachſetzen und ihn zum Kampf zwingen; da bricht er, von der übermächtigen Aufregung zum Tode getroffen, zuſammen. Inzwiſchen hat der König die zu ſeiner Verfolgung nachgeſandten Truppen des Kaiſers geſchlagen, kommt aber nun, als Sieger, die Verzeihung des Vaters zu erflehen, die dieſer, nebſt ſeinem Segen, ihm ſterbend ertheilt, nachdem der Sohn ihm gelobt

ihn an Rom zu rächen und die Rechte des Reichs zu wahren. Die weiblichen Figuren, die Kaiserin Bertha und die kaiserliche Tochter Adelheid, die Wittwe Friedrichs von Stauffen, bilden in ihrem treuen Festhalten am Kaiser einen versöhnenden Gegensatz zu dem abtrünnigen jungen König.

Das Stück wurde in Weimar zu Anfang des Jahres 1861 aufgeführt: die Hauptrolle gab der, damals in der vollen Blüthe seiner Kraft stehende (1885 verstorbene) Lehfeld. Der Erfolg war ein durchschlagender: vom zweiten Acte an wurden Darsteller und Verfasser nach jedem Actschluß stürmisch gerufen. Denselben Erfolg erzielte das Stück in Leipzig (wo Stürmer den Kaiser darstellte), obgleich es da zur ungünstigsten Zeit, im Hochsommer, gegeben ward.

Die Versuche, das Stück noch auf anderen Bühnen zur Aufführung zu bringen, hatten keinen weiteren Erfolg, als den, immerhin nicht zu unterschätzenden, daß sie mir einen Einblick in die unendlichen Schwierigkeiten verschafften, mit denen in Deutschland jedes neue Theaterstück (wenigstens im Gebiete des höheren Dramas, und wenn der Stoff der vaterländischen Geschichte entnommen ist) zu kämpfen hat. Vielleicht ist es nicht ganz ohne Interesse für manchen meiner Leser, wenn ich die von mir in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen hier mittheile.

Das Hoftheater zu Dresden stand damals unter der Leitung des hochbejahrten Freiherrn von Lüttichau. Dessen rechte Hand war Dr. Pabst. An Letzteren hatte mir aus völlig freiem Antriebe Dingelstedt folgenden sehr freundlichen Empfehlungsbrief gegeben:

Der schätzbare Verfasser des Dramas „Kaiser Heinrich IV.“ glaubt einen Geleitsbrief desselben an Ihre Bühne, verehrter Freund

und College, nöthig zu haben. Ich ſtehe nicht an, ihm einen ſolchen in beſter Form hiermit auszuſtellen, indem ich verſichere — was eigentlich Ihrem Kennerblick und dem hieſigen Erfolge des Stückes gegenüber gleich überflüſſig iſt —, daß ſein Werk nicht nur ein treffliches an ſich, ſondern auch ein theaterfeſtes genannt werden darf. Es hat die Feuerprobe bei uns beſtanden und ſich auf dem Repertoire dauernd eingebürgert. „Gehet hin und thuet desgleichen!“ Dingelſtedt.

Die Empfehlung hatte den gewünſchten Erfolg; das Stück ward angenommen; die Rollen waren, wie mir amtlich mitgetheilt wurde, bereits ausgeſchrieben, der Tag der Aufführung anberaumt. Und doch unterblieb dieſe! Noch im letzten Augenblicke waren, wie ich auf meine Anfrage beſchieden ward, dem alten Herrn Bedenken beigegangen (oder von Andern eingeflößt worden) wegen des in dem Stücke abgehandelten Conflictes zwiſchen Staat und Kirche und der, freilich nicht eben vortheilhaften Rolle, welche ein päpſtlicher Legat darin ſpielt. Mein Dringen auf Erfüllung des mir unter amtlicher Unterſchrift und Siegel gegebenen Verſprechens der Aufführung hatte keinen Erfolg.

In Stuttgart hatte ſich Grunert warm für mein Stück verwendet. Er ſelbſt wollte den Kaiſer ſpielen. Auch dort ward es angenommen, auch von dort ward mir die Rollenvertheilung und die Feſtſetzung des Tages der Aufführung als bereits erfolgt mitgetheilt; aber auch dort hatte es damit ſein Bewenden. Als ich gegen Grunert meine Verwunderung darüber ausſprach, deutete mir dieſer an: möglicherweiſe ſei der ſcharfe Gegenſatz zwiſchen Vater und Sohn, der zu unliebſamen Vergleichungen hätte Veranlaſſung geben können, die Urſache der Nichtaufführung.

Nach einer andern Version wäre um die Rolle des Kaisers ein Streit zwischen Grunert und einem Mitbewerber, der zugleich Regisseur war, entstanden. Genug, das Stück ward auch dort ad acta gelegt!

In Braunschweig hatte man, wie ich erfuhr, Anstoß daran genommen, daß „ein Welf" als ein etwas zweideutiger Charakter in dem Stücke auftritt. Welche Pietät gegen einen entfernten Namensvetter noch nach mehr als 800 Jahren!

Daß im Wiener Burgtheater an eine Aufführung nicht zu denken sei, sprach Laube offen aus und ließ sich auch begreifen. Vom Berliner Hoftheater erhielt ich das bekannte, halb gedruckte, halb geschriebene Schema der Ablehnung ohne Angabe von Gründen.

Ich kann mir denken, daß Jemand, der das Drama zu seinem Beruf gewählt hat, durch ähnliche Erfahrungen, wie diese, nicht gerade ermuthigt und angefeuert werden mag, und daß schon ein sehr nachhaltiger Trieb und ein sehr entschiedenes Talent dramatischen Dichtens dazu gehört, um erst die Unlust, gegen derartige Hindernisse anzukämpfen, dann aber diese Hindernisse selbst zu überwinden.

Aus den gedruckten Kritiken über „Heinrich IV." will ich nur Einiges hier anführen. Im Feuilleton der „Hamburger Nachrichten" (7. Mai 1861) schrieb Robert Heller:

Karl Biedermann, den wir bisher als Philosophen, als politischen Publicisten und geschmackvollen Literar- und Culturhistoriker kennen lernten, überrascht seine zahlreichen Freunde plötzlich mit einer tragischen Dichtung von eng geschlossenem Bau, markiger Charakteristik und dramatisch beredsamer Sprache. Daß das Trauerspiel zugleich in seiner Handlung unserer Gegenwart den Spiegel der Geschichte

zu ernster Lehre und Mahnung vorhält, das wollen wir nur mit Vorsicht erwähnen. Denn, obschon „Heinrich IV.“ dadurch zum Tendenzstück wird, so ist er doch keineswegs tendenziös in seinen Einzelheiten. Die zeitgemäße Wirkung geht vielmehr ganz ungesucht aus der lebendigen Darstellung der Personen und Verhältnisse Deutschlands zu Anfang des 12. Jahrhunderts hervor. Was Biedermann in „Heinrich IV.“ zum tragischen Conflict gestaltet, das ist der uralte Kampf zwischen Staat und Kirchengewalt, hier verpersönlicht durch die Auflehnung des königlichen Sohnes wider den Kaiser, seinen Vater. Letzterer vertritt die weltliche Macht, der junge Heinrich die von Rom verführte Partei Deutschlands, und das Ende ist die Bekehrung des Sohnes zu dem Rechte seines Vaters und seiner Nation. Kann der Verfasser dafür, wenn dieser Zwiespalt an die Concordate unserer Zeit erinnert und wenn gleich der erste Auftritt, der Reichstag auf dem freien Felde vor Mainz, ein Parlament vor unser Gedächtniß ruft, dem nur der Kaiser fehlte, um es zu der größten Reichsversammlung zu erheben, die je bei Ingelheim, in Worms oder Augsburg tagte?

In einer Correspondenz aus Weimar in der „Theaterchronik“ (13. April 1861) hieß es:

Aus dem reichen Repertoire unseres Theaters sei hier nur Einzelnes hervorgehoben, das eine besondere Beachtung verdient: Hebbels „Nibelungen“ und Biedermanns „Heinrich IV.“. Ueberrage auch ersteres Werk, das ein vorzügliches genannt werden muß, das zweitgenannte, so bekundet doch auch der Dichter des letzteren Drama ein nicht geringes Talent und eine erfreuliche Bühnenkenntniß. Die Charakteristik ist wohlgelungen: Alles wurzelt durchaus in den Verhältnissen der Zeit, auf welcher die Handlung, als ihrem Träger, ruht, die patriotische Gesinnung, die aus der Tragödie hervorleuchtet, macht sich als eine sehr ehrenwerthe und kernige bemerkbar; der Diction gebührt im Allgemeinen das Prädicat einer markigen, schwungvollen, von poetischem Hauch durchwehten.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (vom 29. Mai 1861) äußerte sich Hermann Marggraff so:

Kaiser Heinrich IV. war kein sittlich reiner Mensch, und er

hat auch als Staatsmann und Regent viele große Mißgriffe begangen. Wir wissen aber auch, daß er viele vorzügliche Geisteseigenschaften besaß, daß er ein persönlich tapferer Mann, ein Held im Dulden wie im Handeln war, daß er in sechszig Feldschlachten, meist siegreich, gefochten hat, daß er eine große Zähigkeit bewies und selbst seinen großen Gegner Gregor VII. für die ihm in Canossa auferlegte Demüthigung schließlich doch strafte und in's Exil trieb. Wir haben hier also Alles, was zu einem tragischen Charakter gehört: Kraft, Schuld und endlich eine Katastrophe der rührendsten Art, die dem Kaiser unser tiefstes Mitgefühl gewinnen muß, um so mehr, da er sich seinem Sohne Heinrich mit einem Vertrauen hingiebt, welches dessen Verrath nur um so abscheulicher erscheinen läßt. Der weitere Vorzug des Stoffes liegt darin, daß Heinrich IV. sein ganzes Leben in fast unausgesetzten Kämpfen gegen die Anmaßungen Roms und des römischen Klerus wie gegen die Anmaßungen der deutschen Großen zu Gunsten der Reichseinheit und der Freiheit der mehr und mehr aufblühenden deutschen Städte verbrachte. Indem diese Kämpfe sich bis in unsere Tage hineinziehen, gewinnt der von Biedermann behandelte Stoff, und gerade in der Art, wie Biedermann ihn behandelt hat, eine große Bedeutung für unsere Zeit. Dagegen liegt ein Hauptmangel des Stoffes darin, daß eigentlich das schlechte Element, das böse Princip der Untreue, des schamlosesten Verraths und der perfidesten Ueberlistung, in der Person Heinrichs des Sohnes, schließlich siegt, was weder einen sittlich noch einen poetisch befriedigenden Abschluß giebt. Biedermann hat sich, im Widerspruch mit der Geschichte, dadurch über diese Klippe hinwegzuhelfen gesucht, daß er den jungen Heinrich zuletzt mitten im Wüthen einer Feldschlacht Reue empfinden und den Vater mit ihm versöhnt sterben läßt. Aber diese Reue kommt zu plötzlich, zu unerwartet und unmotivirt, als daß sie uns erklärlich erscheinen oder uns gegen ihn und seine vorhergegangenen verrätherischen Handlungen versöhnlicher stimmen könnte. Dagegen muß man dem Verfasser einräumen, daß er, meist im genauen und respectvollen Anschluß an die Geschichte, den Stoff eben so einfach als dramatisch wirksam in verständig sich steigernder Entwickelung behandelt hat. Wenigstens von der vierzehnten Scene des dritten Acts, der Böckelheimer Fürstenversammlung

an, geſtaltet in der That des Verfaſſers Hand den Stoff mit einer Oekonomie und Sicherheit, die faſt ſtaunen machen bei einem, zwar ſeit Langem auf anderen Gebieten höchſt rühmlich, aber auf dramatiſchem bis jetzt noch gar nicht bekannten Autor. Die Sprache iſt, wie meiſt auch die Charakteriſtik, kräftig und männlich, und einige der Hauptreden des Kaiſers, der in ſeiner kaiſerlichen wie menſchlichen Größe imponirend in den Vordergrund geſtellt iſt, werden, entſprechend vorgetragen, überall große Wirkung hervorbringen müſſen. Das Ideelle in den Kämpfen des Kaiſers iſt nachdruckſam hervorgehoben, beſonders auch das erwachende Bewußtſein des Bürgerthums in den Abgeſandten der rheiniſchen Städte an den Kaiſer.

Von ganz beſonderem Intereſſe war mir ein Urtheil K. Gutzkows in deſſen „Unterhaltungen am häuslichen Heerd“ (1861, Nr. 383). Es lautete:

Ueberraſchend iſt die ſichere Führung der Handlung, der ſcenenkundige Aufbau der Acte, im Dialog der warme, lebensfriſche Redefluß, im Charakteriſtiſchen die gewandte Anlehnung an diejenige Spielweiſe, die ſich eben bei unſeren Schauſpielern als wirkſam und ihnen geläufig vorausſetzen läßt. Das Schiller'ſche Vorbild iſt darin faſt zu ſehr erkennbar. Im Allgemeinen liegt auf unſerem deutſchen Mittelalter für die Bühne ein äſthetiſcher Bann, der ſchwer zu löſen ſein wird. Kaum iſt eine feſte Geſtaltung des Intereſſes da, ſo zerſplittert ſie ſich durch die Verfaſſung des Reichs, die ungeheure Ausdehnung ſeiner Intereſſen, die enorme Zahl von Menſchen, die mitzuſprechen haben. Die überwiegend politiſche Betonung und Beſeelung ſeines Stoffes iſt ein ſchöner Vorzug der Biedermann'ſchen Arbeit, und doch birgt auch ſie eine Gefahr: das rein Menſchliche geht im abſolut Staatsmänniſchen und Kriegeriſchen zu ſehr verloren. Nicht daß nicht Vaterrechte, Sohnespflichten, Mutterſorge und alle Accorde des Familienlebens auch bei ihm durch die Staatsaction wohllautend hindurchtönten, doch bleiben ſie mehr oder weniger abgeriſſen; ſie können den Raum nicht gewinnen, mächtig anzuſchwellen in dieſer Fülle von politiſchen Beziehungen, in dieſen Verſchwägerungen und Formalitäten der Lehnsabhängigkeit. Im Sohne des Kaiſers, dem ſpätern Heinrich V., vermißt man die Ver-

tiefung des Charakters zu jener Bedeutung, welche doch auch in Shakespeares historischen Stücken immer noch die Psychologie neben der Chronik behauptet. Der Bruch im Gemüthe dieses jungen Mannes mußte vom Dichter als die eigentliche Basis seines ganzen Stückes gelegt und noch subtiler und umständlicher gezeichnet werden, als von ihm geschehen ist. Da dies unterblieb, so kommt es, daß uns trotz des lebendigsten Verkehrs auf der Bühne, den uns die formgewandteste Feder vorführt, doch immer das Gefühl bleibt: die eigentliche Poesie der Sache möchte wohl noch links oder rechts am Wege liegen, und es würde die ganze Schrift gleichsam noch einmal an's Licht gehalten werden müssen, um neben und zwischen den Zeilen dasjenige erst sichtbar anzutreffen, worauf es der dramatischen Poesie bei diesem Stoff ankommen mußte. Der Dichter hatte dies Gefühl selbst: seine häufigen Monologe beweisen es. Aber im Drang nach dem rein Politischen und Historischen fand er kaum noch äußerlich den Raum, dem Psychologischen und Poetischen mehr als flüchtig Stand zu halten Die Folge ist, daß ein so wahrhaft schön gedachtes Werk zwar mit allen Anzeichen der Anregung am Zuschauer vorübergeht, aber doch in seiner Totalität keine überzeugende Erfüllung zurückläßt. Wir sprachen diese Rüge nur im Interesse der festzustellenden Thatsache aus, daß unsere Bühne für die Geschichte unseres Mittelalters schwerlich ein treuer Spiegel werden dürfte. Der Biedermann'schen Arbeit war darum keinerlei Anerkennung zu versagen, und dürfte sie sich jeder Bühne als eine die Mühe des Einstudirens wohl belohnende Aufgabe empfehlen.

Wer erst einmal den Reiz des Aufbaues eines Dramas gekostet hat und nicht sofort durch äußere Mißerfolge abgeschreckt worden ist, der wird schwer der Versuchung widerstehen, das gleiche Vergnügen sich abermals zu verschaffen. So wenigstens erging es mir. Noch ehe ich wußte, welches Schicksal mein „Heinrich IV." auf der Bühne haben würde, hatte ich Hand an ein neues Drama gelegt. Als am Tage der ersten Aufführung meines „Heinrich" in Weimar einer meiner dortigen Freunde, Staatsanwalt

Genaſt (der Sohn des Schauſpielers), der ſelbſt Dramatiker war und daher die Freuden und Leiden eines ſolchen kannte, theilnahmevoll zu mir kam, um mir die letzten, bangen Stunden vor dem Beginn des Theaters vertreiben zu helfen, mußte er zu ſeinem Erſtaunen von meiner Frau hören, daß ich ſpazieren gegangen ſei, um an meinem „Kaiſer Otto III." zu arbeiten.

Dieſer Stoff hatte mich darum angezogen, weil ich in „Ottos III." Leben und Schickſal am ſchlagendſten die Schuld und Sühne jener vielen deutſchen Könige abgebildet zu ſehen meinte, die ihr Intereſſe von Deutſchland ab- und ganz nur nach Italien hin gewendet. Der Gang der Handlung in dem Stücke war folgender:

Otto III., von Haus aus ein echter Deutſcher vom Sachſenſtamme (was ſich ſogleich im Anfange des Stücks darin zeigt, daß er nicht die von ſeiner Mutter ihm beſtimmte griechiſche Prinzeſſin, ſondern eine deutſche Edle, des Grafen Hoiko Tochter Giſela, zu ſeiner Gemahlin erkieſt), wird durch hochgeſpannte Ideen von der Würde des römiſchen Kaiſerthums, durch den romantiſchen Traum von einem zwiſchen Deutſchen und Römern zu ſtiftenden innigen Seelenbunde, endlich durch ſeines Vaters und Großvaters Beiſpiel — trotz der Abmahnungen ſeines Oheims Heinrich — nach Italien gelockt. Er muß Letzterem verſprechen, bald nach Deutſchland zurückzukehren, da ein großer Slavenaufſtand droht. Nachdem er den Römern einen Papſt in der Perſon ſeines Lehrers Bruno gegeben, läßt er dieſen und die Kaiſerin unter dem Schutze einer kleinen Schaar Deutſcher in Rom und eilt nach Deutſchland. Kaum iſt er fort, ſo bricht in Rom ein Aufruhr aus, der das Leben Brunos bedroht. Otto, durch eine eilige Botſchaft davon benachrichtigt, möchte am liebſten ſofort nach Rom zurückkehren, allein die Fürſten zwingen ihn, zuvor mit ihnen den Kampf gegen die Slaven zu beſtehen. Als er endlich wieder nach Rom kommt, iſt Bruno ermordet. In höchſter Wuth tödtet Otto den, gefangen vor ihn geführten, Mörder Crescentius

mit eigener Hand und wird dafür von dem 90jährigen Nilus, den das Volk wie einen Heiligen verehrt, mit dem Fluche belegt. Vergebens dringt Gisela in ihn, Rom zu verlassen und als deutscher König, ganz nur seiner Pflicht als solcher geweiht, ein neues Leben zu beginnen. Völlig mit sich und Allem, was er bisher hochgeschätzt, zerfallen, wird Otto die Beute eines schlauen französischen Priesters, Gerbert, der ihn beredet, sich von Gisela zu trennen und mit der Griechin zu vermählen, welche ihm, dem Herrn des Westens, als Morgengabe auch das oströmische Reich zubringen werde. Otto geht darauf ein; die Griechin erscheint in Rom; ihr zu Liebe verbannt Otto seine Deutschen aus seiner Nähe, aus welcher sich Gisela bereits selbst verbannt hat. Bald aber sieht er sich furchtbar enttäuscht. Die Griechin, jeder wärmeren Herzensneigung baar, will nur die Herrschaft an sich reißen, ihn selbst von sich abhängig machen; als Otto sich dagegen sträubt; erregt sie im Bunde mit Gerbert einen Aufstand der Römer. Otto flüchtet in ein festes Castell; aber seine Lebenskraft ist gebrochen, er siecht dahin. Seine Deutschen, die trotz seines Verbots doch in der Nähe geblieben sind, übernehmen seinen Schutz; auch Gisela kehrt, da sie von Ottos Zustand hört, zu ihm zurück, um ihn zu pflegen. Ihr Vater Hoiko und ein zweiter deutscher Großer kommen im Auftrag der Fürsten, um den König zur Rückkehr nach Deutschland zu mahnen; wohl möchte Otto mit ihnen gehen, allein seine Kräfte versagen; er kann sie nur noch bitten, seinen Leichnam mit nach Deutschland zu nehmen und in deutscher Erde zu bestatten; sein letzter Auftrag an sie, bevor er in Giselas Armen stirbt, lautet:

„Bringt meinem Vetter Heinrich meine Krone!
Er ist ein würd'ger Haupt dafür, als ich.
O hätt' ich ihm gefolgt, ich wäre glücklich,
Der mächt'ge Herrscher eines großen Volkes,
Des stärksten auf der Erde und des treu'sten.
Ich wollte mehr sein, und so opfert' ich
Das Reich, mich selbst, mein Haus, und was mein Liebstes,
Für ein Phantom. Ich bitt' Euch, sagt den Fürsten,
Daß sie vergeben meiner raschen Jugend!
Und mag mein Schicksal eine Warnung sein
Für alle künft'gen Herrscher uns'res Landes!"

Auch dieses Drama ging über die weimarische Hofbühne. Die Hauptpersonen, Otto und Gisela, wurden von Herrn Wünzer und Fräulein Bußler mit Wärme dargestellt. Der Erfolg war ein befriedigender, wenn auch, wie ich mir nicht verhehlen konnte, ein weniger durchschlagender, als beim „Heinrich". Es lag dies wohl daran, daß den Helden seine Schwäche und Unklarheit dem Zuschauer weniger sympathisch machten. In dem Aufbau des Stückes fanden Genast und der damalige Leipziger Theaterdirector Wirsing einen Fortschritt über den „Heinrich" hinaus. Letzterer nahm den „Otto III." zur Aufführung an, doch kam es nicht dazu, da Wirsing bald darauf nach Prag ging.

Mein dritter dramatischer Versuch: „Der letzte Bürgermeister von Straßburg" entstand seiner Idee und Anlage nach auch noch in Weimar, rückte aber in der Ausarbeitung wegen äußerer Störungen nur sehr langsam vor und gelangte zum völligen Abschluß nicht früher als 1867, wo ich, von einer Harzreise heimkehrend, im Eisenbahnwagen die letzten 100 oder 150 Verse mit Bleistift niederschrieb.

Grunert, dem ich eine Skizze des Stückes mittheilte, interessirte sich sehr dafür, meinte aber: aufgeführt dürfe es nicht werden, bevor nicht wirklich eingetroffen, was ich darin prophezeite, die Rückeroberung Straßburgs; der Eindruck möchte sonst ein zu niederdrückender sein. Dazu war nun freilich 1867 anscheinend nicht die fernste Aussicht. So ließ ich das Stück ruhig im Kasten liegen. Als aber 1870 die langersehnte, fast schon aufgegebene Hoffnung einer Wiedergewinnung des Elsaß plötzlich ihrer Verwirklichung näher rückte, nahm ich es wieder vor.

Laube stand damals eben im Begriff, die Leitung des Leipziger Stadttheaters, die ihm sehr bedauerlicher Weise schon so bald verleidet worden war, wieder aufzugeben. Ich hatte ihm mein Drama anonym eingesandt, um auch den Schein zu vermeiden, als wolle ich zu Gunsten desselben unsere langjährige Freundschaft ausbeuten, und hatte mir seinen Entscheid unter einer Chiffre in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" erbeten. Auf diesem Wege erfuhr ich denn, daß er das Stück seinem Nachfolger, Fr. Hase, zur Beachtung empfohlen habe. Hase nahm es an, und die Aufführung fand zum Friedensfeste, am 26. Mai 1871, statt. Herr Stürmer, der 10 Jahre früher meinen „Heinrich" gegeben, spielte jetzt — mit noch ungeschwächter Kraft — den „letzten Bürgermeister", Diedrich. Der Erfolg war ein durchaus erfreulicher. Gleichwohl ist das Stück nirgends anders — mit Ausnahme von Bremen — zur Darstellung gelangt, obwohl es in Weimar angenommen und auch schon ein bestimmter Termin der muthmaßlichen Aufführung angesetzt war, obschon der neue Leiter des Stuttgarter Theaters, Feodor Wehl, mir die Aufführung daselbst für die Zeit nach dem Friedensschlusse zugesagt, auch einige praktische Vorschläge zur Verstärkung der scenischen Wirkung des Stückes gemacht hatte. Laube, dem ich das Stück, als es gedruckt war, nach Wien sandte, schrieb mir darüber am 31. October 1871:

> Gelesen habe ich das Stück natürlich auf der Stelle, und zwar die ersten vier Acte mit lauter Zustimmung. Da ist Alles einfach und tüchtig geführt. Der letzte Act machte mir Kopfzerbrechen; für diesen, glaube ich, ist eine Umarbeitung nöthig. Die jungen Liebesleute auf dem Walle sind mißlich, und daß wir erfahren, das Mädchen sei auch tödtlich getroffen — das ist

theatraliſch gefährlich. (Feodor Wehl, dem ich dieſe Aeußerung Laubes mittheilte, fand die Scene unbedenklich.) Bei der jetzigen Stimmung in Deutſchland wird das wohl nicht viel zu bedeuten und das Stück ein leichtes Spiel haben. Aber wenn hier im Burgtheater von einer Aufführung die Rede ſein ſollte, wäre eben jene Umarbeitung nöthig.

Da ich von meinen erſten beiden Dramen eine kurze Skizze gegeben habe, ſo will ich es auch von dieſem:

Diedrich, der Ammeiſter (zünftleriſcher Bürgermeiſter) von Straßburg, hat bisher ſowohl die franzöſiſch geſinnte Partei der Patrizier, als auch eine unter den Handwerkern ſich zeigende radicale Partei dermaßen im Zaume zu halten gewußt, daß dem franzöſiſchen König Ludwig XIV., der um jeden Preis Straßburg haben möchte, weder eine Förderung ſeiner Intriguen für dieſen Zweck, noch aber auch ein berechtigter Anlaß zu Gewaltmaßregeln zu Theil geworden iſt. Jetzt dringt die radicale Partei auf ein Geſetz, wonach, wer nur von Uebergabe an Frankreich ſpricht, verbannt, wer mit Frankreich unterhandelt, der Todesſtrafe verfallen ſein ſoll. Diedrichs langjähriger Freund, Obrecht, iſt für Uebergabe der Stadt unter günſtigen Bedingungen, weil er deren Behauptung bei der Schwäche des Reichs für unmöglich hält. Vergebens ſucht Diedrich ihn anderen Sinnes zu machen; ſchließlich warnt er ihn, nur nicht im Geheimen mit dem franzöſiſchen Reſidenten Friſchmann zu unterhandeln. Als jener Antrag auf ein ſo hartes Geſetz in den Rath gebracht wird, widerſetzt ſich ihm Diedrich anfangs, weil er fürchtet, die ruhigeren Bürger möchten aus Angſt vor einer ſolchen Schreckensherrſchaft um ſo eher Frankreichs Schutz ſuchen. Erſt als man ihm Schuld giebt, er weiſe das Geſetz darum zurück, weil ſein Freund Obrecht wirklich unterhandle, glaubt er nicht länger ſich widerſetzen zu dürfen, um nicht das Vertrauen der Bürgerſchaft und damit den Einfluß einzubüßen, den er bisher zum Wohl der Stadt geübt hat. Inzwiſchen hat Obrecht zwar wirklich mit Friſchmann unterhandelt, allein, da dieſer ihm keine feſten Bürgſchaften für das alte Recht, den Glauben, die Sprache der Bürgerſchaft bei einer Uebergabe der Stadt geben wollte, die Unterhandlungen endgültig abgebrochen und

will nun mit Diedrich vereint den, wenn auch hoffnungslosen, Kampf für Straßburgs Unabhängigkeit wagen. Allein er wird noch in Frischmanns Hause von dem Führer der radicalen Partei, Wolfram, angetroffen, durch Stadtknechte verhaftet und auf Grund jenes Gesetzes — obschon Diedrich Alles thut, um ihn zu retten — zum Tode verurtheilt. Ohne von jener Entfremdung der beiden Väter und von des eigenen Vaters Hinneigung zu Frankreich etwas zu wissen, hat der, soeben erst von Reisen zurückgekehrte Sohn Obrechts, Walther, das befreundete Haus Diedrichs wieder aufgesucht, dessen Tochter Gertrud, seine ehemalige Gespielin, unverändert in ihren Gesinnungen zu ihm angetroffen, ihr seine Liebe bekannt und sich mit ihr unter der freudigen Zustimmung der Mutter verlobt. Dieses Liebesglück ist nun unheilbar zerstört. Walther will sich selbst für immer aus Straßburg verbannen. Unterdessen hat Diedrich einen letzten Schritt gethan, um vielleicht doch Hilfe vom Reich für die Stadt zu erlangen; er ist beim Reichstag gewesen; allein er kommt ohne Hilfe und ohne Trost zurück. Der Kampf zur Vertheidigung der Stadt gegen die französische Uebermacht beginnt. Walther kehrt noch einmal zurück, um an diesem Kampfe Theil zu nehmen; Gertrud, mit anderen Frauen den Kämpfenden Munition zutragend, bleibt in seiner Nähe und wird mit ihm zugleich tödtlich getroffen, so daß wenigstens im Tode die beiden Liebenden vereinigt werden. Im Rathe siegt indeß die französische Partei; Diedrich, nachdem er Alles aufgeboten, um die Uebergabe der Stadt zu verhindern, legt sein Amt nieder und zieht sich zurück. Die Franzosen ergreifen Besitz von der Stadt. Diedrich wird vor Frischmann citirt und als Rebell behandelt; er soll nur dann begnadigt werden, wenn er der Bürgerschaft das Beispiel des Uebertritts zu dem Glauben des Königs giebt. Da er sich dessen weigert, wird er als Gefangener nach Paris abgeführt. Seine Gattin folgt ihm in die Gefangenschaft. Scheidend richtet er an die Zurückbleibenden folgende prophetischen Worte:

„Es kommen schwere Zeiten über Straßburg,
Wie über Deutschland; doch sie werden enden,
Mir sagt's mein Geist. Dereinst erscheint der Tag,
Wo Deutschland sich erhebt vom tiefen Falle.

Wenn erst das Volk in eig'ner Kraft sich regt,
Wenn erst der Bürger sich mit vollem Herzen
Anschließt an's Ganze, wenn Gering und Vornehm
Den gleichen Tod für's Vaterland nicht scheu'n,
Dann schickt uns Gott wohl einen Fürsten auch,
Der diese Schmach, die jetzt uns knirschen macht,
Von uns hinwegnimmt, jenen stolzen Adler,
Den heut wir vor den Lilien sinken sah'n,
In neuem Glanz zur Sonne fliegen macht.
Und wenn sich Deutschland jetzt vor Frankreich beugt,
Die Zeit wird kommen, wo ein fränk'scher Herrscher
In seinem Schloß am fernen Seinestrand
Vor Deutschlands junger Heldenkraft erzittert.
D'rum haltet fest an deutscher Sprach' und Sitte,
An Eurer Väter Glauben haltet fest!
Und lehre Jeder seine Kinder auch
Und seine Kindeskinder, auszuharren,
Auf daß, wenn einst der Tag der Freiheit kommt,
Auch die verlor'nen Söhne wiederkehren
Mit alter Treu' in's alte Vaterhaus!"

Als ich diese letzten zwei Verse (die ich, wie all das Obige, schon 1867 geschrieben) bei der Aufführung 1871 am Schlusse eines hinzugedichteten (von Frl. Haverland sehr eindrucksvoll gesprochenen) Epilogs wiederholte, da dachte ich allerdings nicht, daß selbst heut, volle 15 Jahre seit der Wiedervereinigung des Elsaß mit Deutschland, ein so großer Theil der einst „verlor'nen Söhne" noch immer sich sträuben würde, „mit alter Treu' in's alte Vaterhaus zurückzukehren"!

Elftes Capitel.

Berufungen nach auswärts. Mein Weggang von Weimar 1863.

Daß ich nicht all meine Lebtage in Weimar würde bleiben können, war mir klar. Wie befriedigt ich auch in den meiſten Beziehungen mich fühlte, ſo hatte doch meine ganze Lebens- und Berufsſtellung etwas, was auf die Dauer mir ſchwerlich genügen konnte. Die Redaction der Weimariſchen Zeitung bot mir wenig oder keine Gelegenheit zu einer publiciſtiſchen Thätigkeit im größeren Maßſtabe, d. h. einer ſolchen, durch welche ich hätte hoffen dürfen in die Geſchicke des deutſchen Volkes im Großen und Ganzen irgendwie erfolgreich einzugreifen. Selbſt in dem engen Rahmen des kleinen Staates, dem ich zunächſt mit meiner Kraft verpflichtet war, gab es — bei dem trefflichen Regierungsſyſtem und der dadurch erzeugten und fortwährend erhaltenen Zufriedenheit im Lande — ſo gut wie keinerlei Anlaß (glücklicherweiſe, mußte man ſagen!) zur Entfaltung beſonderer journaliſtiſcher Talente. Was alſo etwa von ſolchen in mir war, mußte ungenützt brachliegen.

Zwar wurde diese Lücke einigermaßen dadurch ausgefüllt, daß ich meine früheren Beziehungen zu der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Leipzig fortsetzte, für diese Leitartikel schrieb, sogar (wie später des Nähern auszuführen sein wird) die ganze politische Haltung des Blattes von Weimar aus bestimmte. Darin lag aber auch wieder etwas Schiefes und Unnatürliches. Ich war factisch gewissermaßen der Leiter des Blattes und war doch nicht der nominelle, insbesondere nicht der verantwortliche Redacteur. Aber auch abgesehen davon, so war es, sobald die politischen Ereignisse sich drängten, wie z. B. 1859, für mich schwer, fast unmöglich, mit denselben gleichen Schritt zu halten. Ehe mein Leitartikel nach Leipzig kam, hatte sich vielleicht die Situation schon wieder geändert, und ich mußte entweder mit einem neuen Leitartikel den rasch wechselnden Begebenheiten nachhinken, oder geschehen lassen, daß meine Auffassung der Verhältnisse, wie sie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wiedergab, sich als eine überholte, wo nicht falsche, darstellte.

Noch schlimmer stellte sich dieses Mißverhältniß in Bezug auf die inneren sächsischen Verhältnisse. Mit diesen hatte ich persönlich jetzt gar keine Fühlung. Ein vorübergehender Aufenthalt in Leipzig oder ein Briefwechsel mit ein paar Freunden und Gesinnungsgenossen in der alten Heimath konnte diesen Mangel nicht ersetzen. Und doch erheischten die sächsischen Verhältnisse je länger je mehr eine eingehende, ihnen auf dem Fuße folgende Besprechung!

Das Alles ließ sich ertragen, so lange die deutschen und die europäischen Zustände einen ruhigen und gleich-

förmigen Verlauf hatten, wie das in den ersten drei Jahren meines Aufenthalts in Weimar der Fall war. Aber schon beim Eintritt der Regentschaft in Preußen ward dies anders, noch mehr in dem vielbewegten Jahre 1859. In diesem letzteren Falle hatte ich mir damit geholfen, daß ich durch einen ausgedehnten Briefwechsel nach allen Seiten hin (ich habe Proben davon im neunten Capitel gegeben) eine Art von persönlicher Wirksamkeit zu üben versuchte und auch wirklich theilweise übte. Allein auch diese persönliche Wirksamkeit auf politischem Gebiete (an die ich von Sachsen her gewöhnt war) ward mir in Weimar durch meine Stellung erschwert. Meine nahen Beziehungen zu der großherzoglichen Regierung und speciell zu Herrn von Watzdorf legten mir die moralische Verpflichtung auf, nichts zu thun, was Jene oder Diesen irgendwie in ein falsches Licht stellen könnte. Aus diesem Grunde habe ich mich z. B. der activen Theilnahme am „Deutschen Nationalverein", so lange ich in Weimar lebte, enthalten und bin ihm erst beigetreten, als ich wieder in Sachsen war. Ich hatte (wie aus Capitel 9 ersichtlich) wesentlich mit den ersten Anstoß zu jener Bewegung gegeben, aus der zuletzt (durch eine Wendung, die nicht in meinem Plane lag, sondern durch die Verhältnisse herbeigeführt ward) der Nationalverein hervorging. Was schien natürlicher, als daß ich unter den ersten Theilnehmern und Gründern desselben sein würde? Auch erhielt ich von den zur Eisenacher Versammlung fahrenden Berliner Abgeordneten, Unruh, Schulze-Delitzsch u. A., die ich auf ihrer Durchreise auf dem Bahnhof zu Weimar sprach, ebenso von Fries, die dringendsten Aufforderungen, mit ihnen dorthin

zu kommen. Allein ich hatte es für meine Pflicht gehalten, mit Watzdorf zuvor darüber zu ſprechen. Er wollte mir natürlich keine Vorſchriften über das machen, was ich thun oder laſſen ſolle, allein er drückte mir den Wunſch aus, ich möchte ein öffentliches Hervortreten gerade in dieſer Richtung mir verſagen. Die großherzogliche Regierung und er ſelbſt ſeien dafür bekannt, daß ſie dem nationalen Gedanken aufrichtig anhingen; es könnte daher leicht den Schein erwecken, als ob ich, der ich eine Vertrauensſtellung zur Regierung und zu ihm einnehme, im geheimen Auftrage der Regierung die Beſtrebungen, die im Nationalverein verkörpert ſeien, fördern helfe; ja man könnte weiter gehen und aus dem nahen verwandtſchaftlichen Verhältniß des weimariſchen Hofes zum preußiſchen Königshauſe Schlüſſe ziehen, die ſogar für den Nationalverein ſelbſt, deſſen Wirkſamkeit eine um ſo nachdrücklichere ſein werde, je mehr dieſelbe als eine völlig ſpontane, von keiner Regierung beeinflußte erſcheine, nicht günſtig wären. Ich mußte ihm darin Recht geben, und ſo enthielt ich mich für meine Perſon der öffentlichen Theilnahme am Nationalverein, während ich politiſchen Freunden, die mich wegen ihres Beitritts dazu um Rath fragten, wie Rießer und Oetker, dieſen Beitritt natürlich empfahl.

Noch etwas Anderes kam hinzu, was mir eine perſönlich eingreifende politiſche Thätigkeit in Weimar unthunlich machte. Das war der Umſtand, daß mir dort der Rückhalt einer durch landsmannſchaftliche und ſonſtige Zubehörigkeit enger an mich gebundenen Partei fehlte. In Sachſen hatte ich eine ſolche Partei gehabt und war als deren Stimmführer betrachtet worden; in Weimar wäre

ich im besten Falle ein Offizier ohne Soldaten gewesen. Zwar wurde ich mehrfach, namentlich von Fries, veranlaßt, das weimarische Staats- und Stadtbürgerrecht zu erwerben, damit man mich in die Gemeindevertretung und in den Landtag wählen könne. Dadurch würde ich eine persönlich-politische Stellung und Wirksamkeit erlangt haben. Allein bei der Unsicherheit, ob ich auf die Länge in Weimar bleiben würde, trug ich Bedenken, mein Leipziger Bürgerrecht, welches ich mir beim Weggange aus Sachsen vorbehalten hatte, aufzugeben.

Wenn solchergestalt meine Berufsstellung in Weimar mir nicht jenes volle Genüge politischen Wirkens bot, ohne welches für Jemand, der zu einem solchen Wirken Trieb und Kraft in sich fühlt, auch eine sonst noch so angenehme Lebenslage auf die Länge nicht die rechte innere Befriedigung gewährt, so ließ mich andererseits meine Redactionsführung, wie wenig anstrengend sie auch im Ganzen war, doch nicht zu einer so ungestörten Muße und Sammlung wissenschaftlichen Arbeitens kommen, daß diese mich für jenen Mangel hätte entschädigen können. Mein „Deutschland im 18. Jahrhundert" kam weit weniger vom Flecke, als mir selbst und vollends meinem Verleger lieb war, dessen stets wachsende Ungeduld ich als vollkommen berechtigt anerkennen mußte. Und so fand ich mich nach zwei Seiten hin in einer unbehaglichen Lage.

Am liebsten wäre ich in eine akademische Stellung zurückgetreten, theils um zu einer concentrirtern wissenschaftlichen Thätigkeit zu gelangen (und wäre es auch um den Preis des Verzichtes auf eine politische), theils weil ich voraus-

ſah, daß ich einen publiciſtiſchen Beruf doch ſchwerlich bis an mein Lebensende würde fortführen können. Allein die ſchüchternen Verſuche, die ich nach dieſer Seite hin machte, (obgleich ſie von Männern wie Moritz Haupt, Schubert von Königsberg, Gervinus, Droyſen ermuthigt und beziehentlich unterſtützt wurden), ließen mich erkennen, wie ſchwer es ſei, in eine ſolche Laufbahn wieder einzubiegen, wenn man erſt einmal daraus verdrängt iſt. Bei mir kam noch hinzu, daß das Fach, auf welches ich meine meiſte Zeit und Kraft verwendet hatte, und zwar, wie competente Richter mich glauben machten, nicht ohne Erfolg, das Fach der Culturgeſchichte, damals ſo wenig, wie ſelbſt heut, als „kathederfähig“ anerkannt war, mit anderen Worten, daß beſondere Lehrſtühle für Culturgeſchichte an deutſchen Univerſitäten (München ausgenommen) weder damals beſtanden, noch heut beſtehen.

Während ſo meine Wünſche nach dieſer Seite hin „fromme Wünſche“ blieben, gelangte andererſeits an mich eine ganze Reihe von Aufforderungen zur Uebernahme von Redactionen in größerm Maßſtabe.

Nur ganz flüchtig gedenke ich einer Anregung dieſer Art, welche, von Haus aus unklar und geheimnißvoll, auch in nichts zerfloß, ohne daß es meinerſeits zu einer beſtimmten Entſcheidung hätte kommen müſſen. Ich war wenig über ein Jahr in Weimar, da ſchrieb mir Brückner aus Meiningen unterm 15. November 1856:

> So eben werde ich gefragt, ob ich über Ihre Beſoldungsverhältniſſe zu Weimar und über anderweite Ihnen gemachte Garantien beſtimmte Auskunft zu geben im Stande wäre. Wozu die Anfrage, die von einem unternehmenden literariſchen Verein

gethan wurde, führen soll oder was sie für einen Zweck hat, ist mir zur Zeit nicht klar; nur so viel ahne ich, daß man Sie gern haben möchte.

Am 20. Mai fügte er Obigem hinzu:

Meine Anfrage geschah im Auftrag einer Gesellschaft, welche ein sehr bedeutendes literarisches Unternehmen in's Leben rufen will und dabei Sie als einen Hebel in's Auge gefaßt hat. Alles ist noch ein Geheimniß.

Die Jahre 1856 und 1857 waren, wie ich erläuternd bemerke, ähnlich den Jahren 1872—74, nur nicht in so großem Maßstabe, Zeiten eines rasch aufschießenden „Gründerwesens". Der Napoleonische Crédit mobilier verführte auch in Deutschland zur Nachahmung. Die Meininger Creditbank war damals eine solche „Gründung", und sie wollte, nach Art des Crédit mobilier, allerhand industrielle Unternehmungen in's Leben rufen. Da mag denn auch von einem großen Verlagsinstitut mit bestimmten literarischen Productionen, vielleicht auch von einer Zeitung die Rede gewesen sein, an deren Spitze man mich stellen wollte. Näheres hat darüber nicht verlautet, ist wenigstens nicht zu meiner Kenntniß gekommen, und so hatte es für mich bei jener Brückner'schen Anfrage sein Bewenden.

Ernster war es mit einer andern Angelegenheit. Im Frühjahr des Jahres 1860 bekam ich von Berlin aus eine dringliche Einladung, sofort dorthin zu kommen. Es handle sich um ein großes journalistisches Unternehmen, dessen Leiter ich werden solle. In Berlin erfuhr ich Näheres. Eine Gesellschaft von Geld- und Geschäftsleuten in Süddeutschland wollte eine politische, Börsen- und Handelszeitung im größten Stile gründen. Dieselbe sollte der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" Concurrenz machen;

wie letztere vorwiegend öſterreichiſch war, ſo ſollte das neue Blatt den Gedanken der preußiſchen Führerſchaft über Deutſchland vertreten, ſollte namentlich in Süddeutſchland Propaganda für denſelben machen. Ein Capital von 90 000 Gulden rheiniſch (etwa 150 000 Mark) war dafür in Ausſicht genommen.

Die mir gemachten Anerbietungen für Uebernahme der Redaction waren äußerſt günſtige: ein ziemlich hoher Gehalt, für den Fall des Eingehens der Zeitung eine ſehr anſtändige Abfindungsſumme, ein reicher Redactionsapparat, meine Stellung eine durchaus unabhängige — genug, nach dieſer Seite war Alles in beſter Ordnung. Was allein mich bedenklich machte, war die Frage: „Welches Intereſſe hat eine Geſellſchaft von Geldmännern daran, eine politiſche Zeitung zu gründen mit einem Programm, für welches in Süddeutſchland (auch nach 1859) die Verhältniſſe doch noch immer wenig günſtig liegen? Sollte etwa der politiſche Theil im Schlepptau des mercantilen gehen, von dieſem über Waſſer gehalten werden? Dann lag die Gefahr nahe, daß dem Redacteur in Bezug auf dieſen letzteren Theil Zumuthungen gemacht werden könnten, die gegen ſein Gewiſſen gingen. Indeß, dem ließe ſich vielleicht vorbeugen entweder durch ſehr feſte Vertragsbeſtimmungen in Bezug auf dieſen Punkt, oder durch eine völlige Trennung des Börſen- und Handelstheiles vom politiſchen Theile, durch eine geſonderte Verantwortlichkeit für dieſen und für jenen. Aber auch dann kehrte mir immer die Frage wieder: „Warum wollen Geldmänner ihr Capital an eine jedenfalls ſo wenig rentable Aufgabe ſetzen, wie die Vertretung des preußiſchen Gedankens im Süden? Wäre das nicht

recht eigentlich ein travailler pour le roi de Prusse im Sinne des bekannten französischen Sprichwortes?"

Bei meinem mehrtägigen Aufenthalte in Berlin fand ich die Antwort auf diese Frage. Die betreffende Gesellschaft wünschte für ein (übrigens durchaus solides) mercantiles Unternehmen die Zulassung in Preußen und bot dafür als Gegenleistung die Anlegung eines Capitals für einen Zweck, der, politisch betrachtet, auch den Leitern der Gesellschaft (wenigstens denen, mit welchen ich verhandelte) durchaus sympathisch war, wennschon sie vielleicht als Geschäftsmänner über seine finanzielle Seite ihre Zweifel haben mochten.

Vom Standpunkte der politischen Moral betrachtet, war das Geschäft ein durchaus unverfängliches: die preußische Regierung that nichts Unrechtes, wenn sie jenes Unternehmen zuließ, zugleich aber eine ihr angebotene Gegenleistung für die Vortheile, welche daraus dem Unternehmern erwachsen würden, annahm; die Leiter der Gesellschaft handelten nicht gegen ihre Ueberzeugung, indem sie für die preußische Führerschaft Propaganda machten: wenn sie dabei Geld zusetzten, so mochten sie und ihre Geschäftsgenossen sich damit trösten, daß sie nach jener anderen Seite hin einen, übrigens ganz legitimen, Gewinnst erhoffen durften.

An sich würde ich also ohne Gewissensbedenken an dieser Combination mich haben betheiligen können. Aber Eines erregte mir Bedenken. Offenbar war der politische Zweck der Zeitung, wenn auch nichts gegen die eigene Ueberzeugung der Unternehmer Verstoßendes, doch aber wohl eben so wenig etwas ihnen dergestalt zu Herzen Gehendes,

daß ſie für deſſen Durchführung jedes pecuniäre Opfer möchten bringen wollen. Sie würden wahrſcheinlich die 150 000 Mark à fonds perdu, d. h. auf die Gefahr hin, ſie einzubüßen, hergeben, aber auch ſchwerlich mehr. War aber damit ein Unternehmen wie das geplante, eine zweite „Allgemeine Zeitung“, auf die Beine zu bringen? Ich erkundigte mich genau, was andere Unternehmungen ähnlicher Art, z. B. die weiland „Deutſche Zeitung“, verſchlungen hätten, und mußte da allerdings zu der Anſicht gelangen, daß mit 150 000 Mark nicht weit zu kommen ſein möchte. Ich verlangte daher, daß die Geſellſchaft entweder ſich verpflichte, die Zeitung 4 bis 5 Jahre lang um jeden Preis und mit allen Opfern zu halten, oder daß ſie wenigſtens von Haus aus ein größeres Capital als 150 000 Mark aufbringe.

Daſſelbe ſprach ich als meine Vorbedingung gegen den Miniſter von Auerswald aus, der ſich ſowohl für das Zuſtandekommen der Zeitung als auch für meine Uebernahme der Redaction ſehr warm intereſſirte. Zugleich betonte ich gegen ihn, daß, um mit Ausſicht auf Erfolg die deutſche Politik Preußens zu vertreten, namentlich im Süden, man ſicher ſein müſſe, dieſelbe werde einen entſchiedeneren Charakter, als bisher, annehmen.

Die Sache ſchwebte während des ganzen Sommers und Herbſtes 1860. Längere Zeit hindurch erfuhr ich gar nicht, wie es damit ſtehe. Dann mit einem Male erhielt ich (am 18. November 1860) eine telegraphiſche Einladung zu einer perſönlichen Beſprechung in Frankfurt a. M., wo Alles raſch zum Abſchluß gebracht werden ſollte. Die Meinung war ſogar geweſen, die Zeitung

möchte ſchon am 1. Januar 1861 in's Leben treten. Dieſe Art, die Sache über's Knie zu brechen (zumal von der Annahme meiner Bedingung noch gar nichts verlautet hatte), gefiel mir nicht; ich lehnte daher, ohne zu der Beſprechung mich einzufinden, endgiltig ab.

Die Zeitung trat wirklich in's Leben; ſie führte den Titel „Die Zeit"; man hatte einen anderen Redacteur, eine ſehr tüchtige und erprobte journaliſtiſche Kraft, gefunden; allein, was ich vorausgeſehen und befürchtet, geſchah: nach kaum zwei Jahren ging „Die Zeit" ein; wahrſcheinlich war der Gründungsfonds erſchöpft, und die Unternehmer hatten keine Luſt, mehr zuzuſchießen.

Ich hielt es für meine Pflicht, Herrn von Auerswald die Gründe meiner Ablehnung mitzutheilen, und empfing von ihm das folgende liebenswürdige Schreiben:

Ew. Wohlgeboren gefälliges Schreiben vom 7. d. Mts. beſtätigt mir zu meinem aufrichtigen Bedauern, daß Sie ſich vorerſt nicht in der Lage zu befinden glauben, die Leitung des in Frankfurt a. M. zu begründenden Blattes zu übernehmen. Den von Ihnen für dieſen Entſchluß entwickelten Gründen vermag ich ſelbſt nicht alles Gewicht abzuſprechen, wenn ich denſelben auch nicht in vollem Umfange beizutreten im Stande bin. Vielleicht, daß Sie ſpäterhin, wenn das Unternehmen in's Leben getreten ſein und günſtige Verhältniſſe gewonnen haben ſollte, demſelben Ihre Leitung dennoch nicht verſagen, die gewiß nicht in beſſeren Händen ſein könnte. Jedenfalls ſage ich Ihnen meinen Dank für die loyale und aufrichtige Darlegung Ihrer Motive und bin überzeugt, daß Sie, wie bisher, auch fernerhin dem Gange der preußiſchen Regierung mit dem Antheil, welchen Sie ſo viele Jahre hindurch und unter ſo ſchweren Verhältniſſen bewährt haben, folgen und unſeren Intentionen überall, wo dieſelben mit Ihren politiſchen Ueberzeugungen zuſammentreffen, diejenige moraliſche und publi-

ciſtiſche Unterſtützung zu Theil werden laſſen werden, welche Ihnen durch das Intereſſe unſeres Geſammtvaterlandes geboten erſcheinen möchte.

Berlin, den 12. December 1860. Auerswald.

Im Jahre 1861 erhielt ich wiederum eine Einladung nach Berlin in einer ähnlichen Angelegenheit. Diesmal war es eine officielle oder doch officiöſe Zeitung, für deren Leitung man das Abſehen auf mich gerichtet hatte. Die „Preußiſche Zeitung“ ſollte in eine „Allgemeine Preußiſche Zeitung“ verwandelt, gleichzeitig zu einer womöglich erfolgreicheren Wirkſamkeit geſchickt gemacht werden. Die materiellen Grundlagen der „Allgemeinen Preußiſchen Zeitung“ (oder, wie man ſie nach dem Stern, den ſie als Wappen führte, gewöhnlich nannte, „Sternzeitung“) waren natürlich vollkommen geſicherte, die Honorarbedingungen anſcheinend zufriedenſtellende; die Schwierigkeit der Verſtändigung lag hier wo anders, nämlich in der dem Redacteur anzuweiſenden unabhängigen Stellung. Bisher war, wie ich vernahm, die Redaction des Blattes ſehr häufig nicht blos von einem, ſondern von allen den verſchiedenen Miniſtern, bald von dieſem, bald von jenem, je nach den in das Reſſort eines jeden fallenden Gegenſtänden, mit Anweiſungen, Mahnungen, Verweiſen, Bedrohungen ꝛc. bedacht worden. Daß ich eine ſolche Stellung nicht annehmen konnte, war ſelbſtverſtändlich. Ich überreichte Herrn von Auerswald ein kurzes Promemoria, worin ich ausführte, daß die „Sternzeitung“ die Politik der Regierung um ſo wirkſamer vertreten werde, je zweifelloſer ſie dies nur nach der eigenen, unabhängigen Ueberzeugung ihres Redacteurs thue, zumal wenn dieſer Redacteur bereits als

ein zuverlässiger politischer Charakter, vor Allem auch in Fragen der deutschen Politik, bekannt und erprobt sei, wie ich das von mir wohl glaube sagen zu dürfen. Ich verlangte daher eine ähnliche Stellung wie die, welche ich als Redacteur der, im Eigenthum der großherzoglich sächsischen Regierung befindlichen, „Weimarischen Zeitung" hätte und übte. Es müsse mir gestattet sein, bestimmte, mit der Regierung im Voraus vereinbarte Grundsätze der innern und äußern Politik selbstständig und unbehindert zu vertreten; wolle das Ministerium im einzelnen Falle eine andere Ansicht zur Geltung bringen, so müsse das in seinem eigenen Namen und so geschehen, daß der Redacteur nicht dafür verantwortlich sei. Außerdem müßte ich als Redacteur nur mit Herrn von Auerswald, als Vertreter des Gesammtministeriums, und mit keinem andern Minister zu thun haben.

Herr von Auerswald gab mir zu, daß ich in der Sache Recht hätte, konnte aber nicht verhehlen, daß es schwierig sein würde, ein solches Verhältniß zu formuliren und praktisch durchzuführen.

Die Verhandlungen wurden nach meiner Wiederabreise von Berlin schriftlich fortgesetzt. Da ich auf meiner Bedingung beharrte, so ward mir zuletzt vorgeschlagen, ich möchte es doch einmal „probeweise" versuchen. Der damalige Leiter des Preßbureaus schrieb mir:

> Die unabhängige Stellung, die Sie für das Blatt fordern, entspricht genau den Ansichten, die erst mein Vorgänger und später ich in Bezug auf das Blatt beständig vertreten haben. In seiner jetzigen Lage ist das Blatt todt; es ist nur lebendig zu machen, wenn es nicht blos mechanisches Werkzeug ist. In diesem Sinne sollte es schon 1860 regenerirt werden (im Leitartikel vom 1. Januar 1860 kündigte es seine Selbstständigkeit an); aber die

einzelnen Ressorts und die entscheidenden Instanzen waren so wenig daran gewöhnt, in der Zeitung mitunter auch etwas Nichtministerielles zu finden, daß allerhand Beschwerden kamen. Wäre man nun in diesem Augenblick nicht im Ministerium und höher hinauf mit anderen Erwägungen vollauf beschäftigt, so würde es möglich sein, daß Herr von Auerswald die Frage abermals zur Sprache brächte und ganz entschieden ankündigte: das Blatt werde sich nunmehr nach der ursprünglichen Intention verwandeln. Aber dies ist im Moment kaum möglich. Auch ist diese Frage nicht wohl theoretisch und paragraphenmäßig, sondern nur praktisch zu lösen. In dem Augenblick, wo wir einen Mann hätten, der mit ruhiger und energischer Thätigkeit Tact und maßvolles Benehmen verbände, würde die Sache sich von selbst machen. Er würde an die Stelle der Artikel des literarischen Bureaus eigene redactionelle Artikel setzen; jenes erstere würde seine Thätigkeit auf die wenigen Momente beschränken, wo es sich um einen eigentlichen Staatsministerialartikel handelte; einzelne von diesem oder jenem Ressort kommende Beschwerden würde man beharrlich ausbiegen; so würde sich allmälig eine Gewohnheit bilden, und auch die Freunde der ängstlichen Officiosität würden begreifen, daß eine mit Tact und Einsicht verbundene Selbstständigkeit Anstöße zu vermeiden weiß. Wie gesagt, ich glaube, praktisch würde die Frage sich lösen, zumal Herr von Auerswald seine Unterstützung dabei in vollem Maße bieten würde. Ich möchte mir daher erlauben, Ihnen einen Vorschlag zu machen: vielleicht wäre es Ihnen möglich, für einige Monate eine Vertretung für Ihre Geschäfte in Weimar zu finden. Ist dies der Fall, so versuchen Sie es hier vom Juli ab mit uns zunächst auf einige Monate! Sie werden während der Zeit die hiesigen Verhältnisse, die Schwierigkeiten der Leitung der officiösen Zeitung und die Hilfsmittel, denselben zu entgehen, kennen lernen. Vielleicht gelingt es Ihnen, während dieser Zeit das Problem in einer Sie befriedigenden Weise zur Entwickelung zu bringen, und Sie entschließen sich dann zum Bleiben.

Gewiß waren solche Absichten an solcher Stelle höchst ehrenwerth; allein bei meinen vorjährigen Verhandlungen

wegen der „Zeit“ hatte ich die Beobachtung gemacht, daß es dem „Ministerium der neuen Aera“ bei allem besten Willen doch bisweilen theils an der rechten Energie des Handelns, theils an der nothwendigen Einheit unter seinen Mitgliedern fehlte. Ich mußte deshalb bezweifeln, ob es möglich sein werde, die in jener Zuschrift entwickelten löblichen Absichten auch wirklich durchzuführen.

Um indeß nicht den Vorwurf einer zu schnellen abermaligen Ablehnung eines immerhin ehrenvollen Anerbietens auf mich zu laden, ging ich zum Minister von Watzdorf und theilte ihm den mir von Berlin aus gemachten Vorschlag mit. Ich hatte schon früher sowohl über das süddeutsche als über dieses Berliner Project und meine Stellungnahme dazu ganz offen mit ihm gesprochen. Herr von Watzdorf erklärte sich zur Ertheilung eines halbjährigen Urlaubs, wenn ich es wünsche, in liebenswürdigster Weise bereit, sprach jedoch seine Meinung dahin aus, daß mit einer derartigen „provisorischen“ Uebernahme der „Sternzeitung“ weder mir noch auch der preußischen Regierung viel gedient sein möchte. Genau dasselbe war meine Ansicht, und so schlossen auch diese Verhandlungen mit einem negativen Resultate.

Noch weniger vermochte ich auf einen Vorschlag einzugehen, den mir der Eigenthümer und Herausgeber der „Constitutionellen Zeitung“ in Dresden, Advocat Siegel, machte, als Mitredacteur in sein Blatt einzutreten. Eine getheilte Redaction war so wenig nach meinem Geschmack, wie eine unfreie.

Fast gleichzeitig mit den ersten Berliner Verhandlungen im Jahre 1860 war von Leipzig aus, von der

Firma F. A. Brockhaus, die Anfrage an mich ergangen: ob ich mich wohl würde entſchließen können, die förmliche Leitung der in ihrem Verlag erſcheinenden „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ an Ort und Stelle zu übernehmen und zu dem Ende nach Leipzig zurück zu überſiedeln.

Die „Deutſche Allgemeine Zeitung“ hatte ſeit ihrem Entſtehen mancherlei Wandlungen durchgemacht. 1838 als „Leipziger Allgemeine Zeitung“ begründet und mit reichen Mitteln ausgeſtattet (ſie hatte damals drei Redacteure und eine Menge werthvoller Correſpondenzen aus Paris, London, Berlin, Wien u. ſ. w.), war ſie alsbald ein vielgeleſenes und einflußreiches Preßorgan namentlich auch für Preußen geworden, zumal als dort mit dem Thronwechſel 1840 eine „lebendigere Zeit“ anzubrechen ſchien. Allein bald verfiel ſie demſelben Schickſal, dem auch andere freiſinnige Zeitungen, preußiſche und nichtpreußiſche, erlagen: ſie ward in Preußen verboten. Nächſten Anlaß dazu gab der Abdruck jenes „Offenen Briefes“ des Dichters G. Herwegh an den König Friedrich Wilhelm IV., in welchem Herwegh die wohl etwas kleinlaute Rolle, die er dem König gegenüber in der perſönlichen Audienz geſpielt, durch eine um ſo freimüthigere Sprache quitt zu machen verſuchte.

Das Blatt hatte hierauf nicht nur den Titel, ſondern auch den Redacteur gewechſelt.

Unter ſeinem neuen Redacteur, Profeſſor Bülau in Leipzig, war die „Deutſche Allgemeine Zeitung“ (welche als ſolche wieder Zutritt in Preußen erlangte) aus einem liberalen ein conſervatives Blatt geworden und hatte zur öſterreichiſchen Politik hingeneigt. Dann war ſie, unter

andern und wieder andern Redacteuren, in immer größere Schwankungen gerathen, bis endlich Dr. Heinrich Brockhaus (nach dem Austritt seines älteren Bruders Friedrich einziger Chef der Handlung) selbst die Leitung des Blattes in die Hand genommen hatte.

Im Jahre 1850 war ich infolge des Beust'schen Staatsstreichs mit Dr. Heinrich Brockhaus, einem der standhaften „Renitenten", in nähere Berührung gekommen. Er bot mir schon damals die Redaction der Zeitung an, allein die Sache scheiterte daran, daß er mir nicht sattsam freie Hand lassen wollte. Indessen schrieb ich wenigstens von da an regelmäßige Leitartikel für die „Deutsche Allgemeine Zeitung", auch von Weimar aus; ja ich brachte es dahin, daß durch eine öffentliche Erklärung der Redaction meine Artikel (mit dem Zeichen =) als diejenigen bezeichnet wurden, welche die Ansichten der Redaction ausdrückten, während andere, die bisweilen noch die meinigen gekreuzt hatten, verschwanden, so daß seitdem die „Deutsche Allgemeine Zeitung" gewissermaßen mein Organ war. Daß das Blatt dadurch an Einheitlichkeit und Sicherheit des Auftretens, damit aber auch an Ansehen gewann, ist selbstverständlich, und ich darf wohl ohne Anmaßung sagen, daß von dieser Zeit an die „Deutsche Allgemeine Zeitung" mit zu den am meisten geachteten und beachteten Organen der unabhängigen freisinnigen deutschen Tagespresse gehört hat. Indeß blieb dabei (neben der im Eingange dieses Capitels erwähnten Schwierigkeit) auch noch der Uebelstand bestehen, daß ich, weil ich nicht am Orte selbst war, auf den übrigen Theil der Zeitung (Correspondenzen, Auszüge aus anderen Blättern und dergl.) immer nur

einen sehr mittelbaren und daher unsicheren Einfluß üben konnte.

Das erkannten denn auch die Verleger der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", Dr. Heinrich Brockhaus und sein (inzwischen als Mitchef der Handlung eingetretener) ältester Sohn, Dr. Eduard Brockhaus, an. Und so kam es, daß sie ihre frühere Aufforderung an mich, nach Leipzig zurückzukommen, zu Anfang des Jahres 1863 dringender wiederholten, erst schriftlich, dann persönlich, indem Beide selbst nach Weimar kamen.

Auch diesmal zögerte ich anfangs. Meine Leipziger Freunde, die ich um ihren Rath befragte, zweifelten, ob es mir möglich sein werde, das Verhältniß so zu gestalten, daß meine berechtigten Ansprüche auf völlige Unabhängigkeit in Führung des Blattes nicht auf Hindernisse stießen. Es bedurfte ziemlich langer Hin- und Herverhandlungen, mündlicher und schriftlicher, bis endlich ein Vertrag zu Stande kam, wie ich ihn für nothwendig hielt, um mich gegen Alles, was meine Unabhängigkeit gefährden könnte, möglichst sicherzustellen.

Ich muß jedoch bekennen — und ich thue es mit Freuden, — daß die Besorgnisse, die in dieser Beziehung theils bei mir, theils bei meinen Freunden bestanden, in der Praxis keine Bestätigung gefunden haben. Niemals und von keiner Seite ist auch nur der Versuch gemacht worden, auf die politische Haltung, die ich der Zeitung gab, einzuwirken. Ich rechne dies den Herren Brockhaus um so höher an, als wir mit unserem gemeinsamen Blatte Zeiten und Erfahrungen durchgemacht haben, die wohl einem Verleger den Gedanken hätten nahelegen können, ob

es nicht räthlicher für ihn sei, die Richtung der Zeitung zu ändern. Schon bald nach meinem Eintritt an die Spitze der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", im Jahre 1864, ward dieselbe zum zweiten Mal in Preußen verboten. Ich komme darauf später zurück, und es wird sich da zeigen, daß in dieser, gewiß heiklen Angelegenheit die Herren Verleger (einschließlich des dabei mit zu Rathe gezogenen jüngeren Sohnes des Herrn Heinrich Brockhaus, Rudolph Brockhaus) nicht allein vollständig mit mir Hand in Hand gingen, sondern daß sie auch weder selbst etwas thaten, noch mir etwas ansannen, was die Unabhängigkeit der Zeitung und die von mir bei Führung derselben befolgten Grundsätze hätte beeinträchtigen können.

Es kam sodann das verhängnißvolle Jahr 1866, wo die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die Vertreterin des nationalen Gedankens, wie ein verlorener Posten inmitten der starken particularistischen Strömung in Sachsen dastand, wo selbst in dem, verhältnißmäßig noch am meisten national gesinnten Leipzig viele Kreise, und gerade von den vornehmen und tonangebenden, sich von dieser Richtung noch abwendeten. Die Verleger der Zeitung gehörten diesen Kreisen an; sie verkehrten gesellschaftlich in denselben; gewiß haben sie daher in jener Zeit so manche Anfechtungen wegen der Haltung ihrer Zeitung erfahren. Aber niemals haben sie — ich constatire dies ausdrücklich — auch nur den leisesten Versuch gemacht, auf die Richtung des Blattes abschwächend einzuwirken, niemals auch nur den Wunsch verlauten lassen, ich möchte seine Richtung ändern. Ich weiß ferner, daß von einflußreicher Seite an sie das directe Ansinnen gestellt worden

iſt, mich aus der Redaction des Blattes zu entfernen, aber nie habe ich davon das Geringſte bemerkt: vielmehr iſt mir dies erſt ſpäter von anderer, ſicherer Hand mitgetheilt worden.

Für dieſe Probe ſowohl von eigener Charakterfeſtigkeit als von Achtung vor der Charakterfeſtigkeit Anderer werde ich ſtets ſowohl dem dahingeſchiedenen Dr. Heinrich, als dem noch lebenden Dr. Eduard Brockhaus ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren!

So hatte ich denn, nachdem ich ſo viele Berufungen nach auswärts abgewieſen, endlich doch einer ſolchen nachgegeben, die mich nöthigte, mein liebes Weimar wieder zu verlaſſen. Leicht, wahrlich, wurde mir der Abſchied nicht. War ich doch in den acht Jahren, die ich dort verlebt, mit ſo vielen Faſern des Geiſtes wie des Herzens in der neuen Heimath feſtgewurzelt! Nicht anders erging es den Meinen. Und, hatte uns einſt das freundlichſte Entgegenkommen von allen Seiten das Heimiſchwerden in Weimar erleichtert, ſo ward uns jetzt durch die gleich herzlichen und ſichtlich aufrichtigen Beweiſe von Liebe, die man uns auf den Weg mitgab, das Scheiden nicht wenig erſchwert. Der „Mittwochsverein“ veranſtaltete mir zu Ehren ein Abſchiedsfeſt, bei welchem in einer nicht enden wollenden Reihe von Trinkſprüchen mir des Guten ſo viel nachgeſagt ward, daß ich endlich ein: Claudite jam rivos! ausrief und ſcherzhaft hinzuſetzte: „Ich könne dieſe vielen Freundlichkeiten ohne Gewiſſensbelaſtung nur in der Vorausſicht annehmen, daß dieſelben dort, wohin ich jetzt zurückkehre, leider wohl durch mancherlei Vorgänge ganz entgegen-

gesetzter Art, durch neue Kämpfe und neue Anfechtungen, quitt gemacht werden würden." Was denn auch geschehen ist.

Der Verleger der „Weimarischen Zeitung", Herr Böhlau, hätte gern Alles gethan, um mich zu halten; allein seine wohlgemeintesten Absichten, dem Blatte einen größeren Spielraum und dadurch mir einen befriedigenderen Wirkungskreis zu verschaffen, scheiterten an den Verhältnissen, wie sie nun einmal waren.

Natürlich konnte und wollte ich mein letztes Wort in der Uebersiedelungsfrage nicht sprechen, bevor ich auch diesmal des mir so wohlgesinnten Ministers von Watzdorf Rath eingeholt haben würde. Da er gerade auf seinem Gute verweilte, so setzte ich ihm die Gründe, die mich diesmal geneigt machten, anzunehmen, schriftlich auseinander. Darauf erhielt ich von ihm einen Brief so wohlthuenden Inhalts, daß derselbe mich leicht hätte veranlassen können, meinen Entschluß des Fortgehens aufzugeben, wären nur die Gründe dieses Entschlusses nicht so zwingende gewesen und wären sie nicht von Herrn von Watzdorf selbst als solche anerkannt worden. Er schrieb:

Hochgeehrter Herr Professor!

Den Hauptgegenstand Ihres Briefes vom 12. d. Mts. betreffend, habe ich absichtlich mehrere Tage gewartet, bevor ich eine feste Ueberzeugung gewonnen. Diese geht dahin, daß Sie die Leipziger Offerte annehmen sollen, wenn sie einigermaßen Dauer verspricht.

Es wird mir recht schwer, mein lieber Biedermann, dies niederzuschreiben. Ich achte und liebe in Ihnen einen Mann von erprobter, durchaus ehrenwerther Gesinnung, von umfassendem Wissen und großer publicistischer Befähigung, daneben einen politischen Freund. Von einem solchen Manne sich zu trennen, wird Jedermann, wird besonders einem Minister schwer. Aber

ich würde unrecht handeln, wollte ich nicht dennoch obige Ueberzeugung ausſprechen. Was Sie in Ihrer dermaligen Stellung beklagen, habe ich bereits ſeit Jahren mir geſagt. Ich habe geſucht nach der Möglichkeit einer angemeſſenen Aenderung, beſonders auch nach der Möglichkeit einer feſten Exiſtenz. Jene habe ich nicht gefunden, und dieſe würde, das muß ich mir ſagen, nur an äußerſt wenigen, eben jetzt nicht disponiblen Punkten in Frage kommen können, und auch da, nach unſeren beſchränkten Verhältniſſen, nur eine Exiſtenz bieten, welche Ihnen keinesfalls genügen könnte. Da ſage ich mir denn freilich: es wäre unverantwortlich, wollte ich Ihnen nicht rathen, eine im Verhältniß zur Gegenwart ungleich entſprechendere Stellung anzunehmen. Daneben, das geſtehe ich trotz aller Vorliebe für Weimar und ſeine Zeitung, halte ich dafür, daß im allgemeinen Intereſſe Ihre Kräfte gerade jetzt wohl auf einem weiteren Felde verwerthet werden ſollten. Sie ſehen, ich bin fern von allem Egoismus. Ich gebe Ihnen die Entſcheidung anheim.

Mit aufrichtiger
Hochachtung und Ergebenheit
Waydorf.

Schloß Berga, am 17. Juni 1863.

Zwölftes Capitel.

Wie ich Sachsen wiederfand. — Der „sächsische Fortschrittsverein". Der „Arbeiterbildungsverein". Der „Journalistentag". Das „Veteranenfest" in Leipzig.

Acht Jahre hatte ich außerhalb meiner sächsischen Heimath verbracht! Als ich fortging (1855), lastete auf dem Lande mit vollster Wucht das Beust'sche System polizeilicher Allmacht, war die politische Thätigkeit im Volke gleich Null. Jetzt, da ich zurückkam (1863), zeigten sich doch wenigstens Spuren liberaler und nationaler Regungen, wenn dieselben auch großentheils (wie sich ein mir befreundeter Landsmann nicht unzutreffend ausdrückte) zur Zeit noch überwiegend „latent" waren. In der Zweiten Kammer der „reactivirten Stände" hatte sich allmälig eine, freilich noch sehr kleine, liberale Partei gebildet. Der Deutsche Nationalverein hatte eine, wenngleich nur bescheidene, Anzahl von Anhängern im Lande gewonnen. Die Regierung selbst hatte angefangen, etwas von ihrer Strenge nachzulassen; sie wollte doch nicht allzu sehr hinter der frischeren Bewegung, die mit Eintritt der Regentschaft

in Preußen erwacht war, zurückbleiben. Sie hatte mit dem alten Wahlgesetz eine, allerdings wenig besagende, Veränderung vorgenommen. Sie hatte beim Bundestag eine „Bundesreform" beantragt, die indeß eben so wenig bedeuten wollte. Der Nationalverein war anfangs in Sachsen dergestalt verfehmt gewesen, daß Mitgliedern desselben, die zu Stadträthen erwählt worden waren, die Bestätigung versagt ward; das hatte sich jetzt so weit geändert, daß nicht lange nach meiner Rückkehr sogar eine Generalversammlung des Vereins aus ganz Deutschland in Leipzig abgehalten werden konnte.

Auch ein allgemeines „Deutsches Turnfest" hatte im August 1863 in Leipzig stattfinden dürfen, und, o Wunder, Herr von Beust selbst war bei diesem erschienen und hatte eine „sehr deutsche" Rede gehalten!

Seit dem Staatsstreich von 1850 hatte die sächsische Demokratie zum größten Theil sich der Theilnahme an den Wahlen für die Zweite Kammer enthalten; jetzt nahm sie von der Abänderung des alten Wahlgesetzes Veranlassung, aus dieser Zurückhaltung herauszutreten und wieder auf der politischen Bühne zu erscheinen. Nach dem Vorgange der 1861 in Preußen in's Leben getretenen „Fortschrittspartei" entstand auch in Sachsen ein „Fortschrittsverein". In dem Ausschusse desselben saßen neben den alten Führern der Demokratie auch mehrere gemäßigt Liberale. Kaum in Leipzig angelangt, ward ich in denselben cooptirt. Ein praktisches Lebenszeichen hat dieser Ausschuß, und überhaupt der „Fortschrittsverein", nicht gegeben; ich erinnere mich nicht einmal eines wirklichen Zusammentritts desselben, an dem ich Theil genommen hätte; indeß hatte er wenigstens

das Gute, daß die früheren Reibereien zwischen Liberalen und Radicalen sich vorläufig nicht wiederholten.

Ich will hier sogleich bemerken, daß in Leipzig sich dieses versöhnlichere Verhältniß der beiden Richtungen länger erhielt, zum Theil unter dem Einfluß der stärker hervortretenden nationalen Regungen, für welche der Leipziger Zweig der sächsischen Demokratie sich nicht unempfänglich erwies, während die „alten Demokraten" in Dresden (die in ihrem starren „Festhalten" nichts gelten lassen wollten, als „Reichsverfassung" und „Grundrechte") mehr und mehr wieder in einen schroffen Gegensatz zu den Liberalen, theilweise selbst zu ihren eigenen Parteigenossen in Leipzig geriethen.

Eine gewisse Rivalität zwischen Dresden und Leipzig hat allezeit in den politischen Kämpfen in Sachsen eine wichtige Rolle gespielt. So im März 1848, so in den 60. und noch weit in die 70. Jahre hinein. Ja es gab eine Zeit, wo dieser örtliche Gegensatz selbst in das nationalliberale Lager eine Spaltung zu bringen drohte, die indeß glücklicherweise bald wieder verschwand.

In den breiteren Schichten des sächsischen Volkes, den Arbeiterkreisen, zeigte sich damals, als ich ihnen zuerst wieder näher trat, auch ein regeres Leben, jedoch noch vorwiegend im guten Sinne. Die hier und da entstandenen „Arbeiterbildungsvereine" strebten nach einer soliden Fortbildung ihrer Mitglieder, suchten praktisch auf dem von Schulze-Delitzsch vorgezeichneten Wege, durch Consum- und Vorschußvereine, das materielle Wohl des Arbeiters zu fördern, ihn zu Fleiß und Sparsamkeit anzuregen und von excentrischen Ideen fernzuhalten. Allerdings fehlte es schon

nicht an Reibungen zwischen dieser besonneneren und einer radicaleren Richtung, welche hier und da sich geltend zu machen suchte. Im Dresdener Arbeiterbildungsverein wirkte eifrig und beharrlich für jene erstere und gegen diese letztere Richtung ein junger, in seinem Fache sehr tüchtiger, mit einem feurigen Geist begabter, dabei aber verständiger Arbeiter, der erst in Weimar längere Zeit den dort von mir gestifteten Gesellenverein trefflich geleitet, später sich in Dresden etablirt hatte, Schuhmacher Knöfel. Er schrieb mir begeisterte Briefe über die Kämpfe, die er mit seinen radicalen Gegnern bestanden und glücklich bestanden habe. In Leipzig war jener Gesellenverein, dem ich einst regelmäßig Vorträge gehalten, noch vor meinem Weggange von Leipzig polizeilich (ohne einen nachweisbaren Grund) aufgelöst worden. An seine Stelle war später ein „Arbeiterbildungsverein" getreten, und diesen ließ man gewähren. Er betrachtete sich gewissermaßen als Fortsetzung jenes Gesellenvereins, was er u. A. dadurch bekundete, daß er am Abend meines Einzugs in Leipzig mir ein Gesangständchen brachte, um seine Dankbarkeit für das von mir dem früheren Verein gewidmete Interesse kundzugeben und mich um das gleiche Interesse für den neuen Verein zu bitten. Zu der Deputation, welche bei mir erschien, um diese Gesinnungen auszusprechen, gehörte Herr August Bebel, der, obschon damals noch sehr jung, doch bereits eine tonangebende Stellung unter seinen Genossen einnahm.

Auch dieser Verein stand noch ganz auf dem Schulze'schen Standpunkte. Allerdings war in seinem Schooße eine radicalere Richtung aufgetaucht; da sie jedoch stark in der Minderheit blieb, hatte sie sich von dem Verein

getrennt und einen besonderen Verein unter dem Namen „Vorwärts“ gebildet, an dessen Spitze der bekannte Naturforscher Professor Roßmäßler stand. Dieser Roßmäßler'sche Verein war es, der mit Ferdinand Lassalle Verbindungen anknüpfte, auf dessen Einladung Letzterer im Sommer 1863 vor einer Arbeiterversammlung in Leipzig seine Ideen vom „Ehernen Lohngesetz“ und von der Nothwendigkeit der Gründung von „Productivassociationen mit Staatshilfe“ entwickelte.

Der alte Stamm des Arbeiterbildungsvereins war von dieser Agitation damals unberührt geblieben. Insbesondere stand Herr Bebel, der Hauptleiter des Vereins, allen socialistischen Tendenzen noch völlig fern. Ich erinnere mich sehr deutlich, wie er namentlich die Versuche Lassalles, die Arbeiter als einen besondern („vierten“) Stand dem Bürgerthum feindlich gegenüberzustellen, mit großer Entschiedenheit zurückwies und verdammte. Herr Bebel hatte damals in seinem ganzen Auftreten etwas Zutrauenerweckendes, etwas zugleich Sicheres und doch Gemessenes und Bescheidenes. Mir bewies er eine Anhänglichkeit, die mich freute; er frug mich häufig in Vereinsangelegenheiten um Rath, lud mich zu wichtigeren Sitzungen des Vorstandes ein, theilte mir Beschlüsse desselben vor der Ausführung mit u. s. w.

Ich habe dem ganzen Vereine eine Zeit lang nahe gestanden, habe auf Wunsch des Vorstandes Vorträge, Festreden zur Feier von Stiftungstagen u. dgl. gehalten, und habe mich im Verkehr mit diesen Arbeitern, die ein so reges Bildungsstreben und eine so gesunde Lebensauffassung verriethen, immer sehr wohl gefühlt.

Das blieb so bis etwa in's Jahr 1865. Noch im Winter von 1865 zu 1866 hielt Herr Bebel in einer vom Nationalverein veranstalteten Versammlung eine feurige Rede zu Gunsten dieses Vereins, und um die gleiche Zeit ging er mit uns Liberalen Hand in Hand bei allerhand Bestrebungen theils für gewisse Reformen des Gemeindewesens, theils für ein zeitgemäßes Landtagswahlgesetz. In einer betreffs dieser letztern Angelegenheit abgehaltenen Volksversammlung gerieth er mit der ultrademokratischen Partei, an deren Spitze der Cigarrenarbeiter Fritzsche stand, in starke Conflicte, welche sogar von Seiten Fritzsches in Thätlichkeiten ausarteten.

Indessen hatten doch allmälig im Arbeiterbildungsverein andere Einflüsse Boden gewonnen. Zuerst kam ein angeblicher Hauptmann a. D. Korn aus Ungarn, der sich für einen pädagogischen Reformator gab, in dieser Eigenschaft sich in einen bei uns in der Bildung begriffenen Erziehungsverein (an dem sich auch Herr Bebel und andere Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins betheiligten) hineindrängte und dessen Bestrebungen kreuzte, dann, wie ich vernahm, im Arbeiterbildungsverein selbst öfters sprach und dort speciell gegen mich agitirte. Es war vielleicht ein falscher Stolz von mir, daß ich, im Bewußtsein der redlichen Absichten für den Verein und für die Arbeiter überhaupt, die ich allezeit gehegt und nach Kräften bethätigt hatte, es verschmähte, diesen Anfeindungen Stirn an Stirn entgegenzutreten, vielmehr mich vom Vereine zurückzog und so den Gegnern freies Feld ließ. Ob freilich ein anderes Verfahren meinerseits in der Sache etwas geändert haben möchte, steht dahin; ist doch selbst ein Schulze-Delitzsch, der so

unendlich viel mehr, als ich, für die Arbeiter gethan hat, von einem großen Theile dieser verlassen, verleugnet, verketzert worden!

Nach Korn kamen andere Agitatoren, die im gleichen Sinne weiter arbeiteten, zuletzt Herr Liebknecht, der wohl bald einen beherrschenden Einfluß im Arbeiterbildungsvereine gewann. Und hier scheint es Herrn Bebel ergangen zu sein, wie es auch politischen Führern oft ergeht: getrieben von jenem Ehrgeize, der begabten Naturen eigen zu sein pflegt und der an sich ganz berechtigt ist, wollte er hinter dem vorwärts drängenden Rivalen nicht zurückbleiben und ging daher selbst immer weiter und weiter, bis er, in die Consequenzen seiner eigenen Aeußerungen und Handlungen verstrickt, nicht mehr zurück konnte, auch wenn er vielleicht (was ich für nicht ganz unmöglich halten möchte) das Chimärische oder auch das Verwerfliche der Bestrebungen, zu deren Apostel er sich gemacht hat, einsehen sollte.

Einer anderen Vereinsthätigkeit, die mich damals auch in Anspruch nahm, sei sogleich hier mit gedacht. Sie lag meinem damaligen Berufe, dem journalistischen, unmittelbar näher. Kurz vor meiner Rückkehr nach Leipzig, im Jahre 1863, war, hauptsächlich durch das Bemühen des Dr. Heinrich Brockhaus, ein „Deutscher Journalistentag" angebahnt worden, der in regelmäßigen Jahresversammlungen die gemeinsamen Interessen der Verleger, Redacteure und Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften, sachliche wie persönliche, berathen sollte. 1864 fand die erste Sitzung in Eisenach statt. Natürlich waren es vorzugsweise Fragen der (damals noch meist in

sehr wenig erfreulichem Zustande sich befindenden) Preßgesetzgebung, die uns dort und auf späteren Journalistentagen beschäftigten; daneben ward an dem Zustandebringen einer „Alterversorgungsanstalt für Journalisten" gearbeitet u. dgl. m. Ein nicht geringer Nutzen dieser regelmäßigen Zusammenkünfte bestand darin, daß man sich persönlich kennen lernte. Da zum Theil sehr verschiedene Richtungen der Tagespresse dabei vertreten waren, so hatte dies das Gute, daß manche Schärfen sich durch solche persönliche Annäherung abstumpften, abgesehen davon, daß sich dort Bekanntschaften anknüpften, welche nicht selten diese Momente flüchtiger Begegnung weit überdauerten. Ich wenigstens verdanke diesen Versammlungen so manche mir lieb gewordene und auch später fortgesetzte Beziehungen. Ich habe drei solchen Versammlungen, in Eisenach, Leipzig und Berlin (1864, 1865, 1867), präsidirt, auf einer vierten, in Breslau (1872), das wichtige Referat über die Grundlagen eines deutschen Reichspreßgesetzes erstattet, die dort gefaßten Beschlüsse aber später als Referent einer Preßcommission im Reichstag wiederum vertreten. Ein fünfter Journalistentag, den ich auch besuchte, in Bremen (1875), ist mir in angenehmster Erinnerung wegen der liebenswürdigen Gastlichkeit, womit die Bremenser uns zu Land und zu Wasser (letzteres auf einer sehr genußreichen Seeschifffahrt von Wilhelmshafen nach Bremerhafen, wozu mein alter Frankfurter College H. H. Meier uns einen Lloyddampfer stellte), über und unter der Erde (in dem berühmten „Bremer Rathskeller") viel Liebes und Gutes erwiesen. Als ständiges Mitglied des Ausschusses des Journalistentags war ich übrigens auch in den Pausen zwischen den

Jahresversammlungen mehrfach mit dessen Angelegenheiten befaßt.

Doch ich kehre noch einmal zu dem Zeitpunkt meiner Ankunft in Leipzig (im Herbst 1863) zurück. Das Jahr 1863 war für Leipzig eine Zeit der Feste. Kaum hatte die Stadt mit größtem Glanze das Deutsche Turnfest begangen, so brachte der Herbst das 50jährige Jubiläum der denkwürdigen Völkerschlacht bei Leipzig. Nicht unpassend nannte man dieses Fest das „Veteranenfest", denn ein wesentlicher Theil desselben bestand in dem Empfange, der Begrüßung, dem ehren- und liebevollen Hegen und Pflegen der, von der Stadt als Gäste eingeladenen und zahlreich herbeigekommenen, alten Krieger von 1813—15.

Für solche heitere Feste, zumal mit nationalem Anhauch, besitzt der Leipziger einen unverwüstlichen Fonds von Lebenslust, Begeisterung und, nicht am wenigsten, Talent sinniger Veranstaltung der Festlichkeiten. Das zeigte sich auch hier. In Ausschmückung der Häuser, der Straßen, der Plätze war das Möglichste geleistet; die Beleuchtung der Stadt, der Promenaden, des Schwanenteiches u. s. w. am zweiten Abend gehörte zu dem Glänzendsten und Geschmackvollsten, was ich je gesehen. Die alten Krieger waren ganz erstaunt und hocherfreut über den herzlichen Empfang, den sie fanden. An allen Bahnhöfen harrten der ankommenden feiertäglich geputzte und mit Festzeichen versehene Schulknaben, um sie nach den für sie bestimmten Quartieren zu geleiten. Die Familien der Vornehmeren wie der einfachen Bürger machten es sich zur Freude, die wackeren Vaterlandsvertheidiger bei sich aufzunehmen und sie mit allem Behagen und aller Freund-

lichkeit zu umgeben. Da kamen denn manche halb heitere, halb rührende Scenen vor. Als ein solcher alter Krieger von niederm Stande und aus einer kleinen märkischen Stadt, der bei einem Verwandten von mir wohnte, in der überströmenden Freude über sein schönes Quartier, und was sonst ihm in Leipzig geboten ward, wehmüthig ausrief: „Ach, wenn doch gleich meine Alte hier wäre und das Alles mit genießen könnte"! schrieb sein Wirth heimlich an die Frau, lud sie zum raschen Kommen ein und sandte ihr Reisegeld. Man kann sich denken, welch' frohe Ueberraschung das war und wie glückliche Tage die beiden alten Leute zusammen noch nach dem Feste bei ihrem gastlichen Wirth, der ihnen alle Herrlichkeiten Leipzigs zeigte, verlebten.

Ich selbst hatte die Freude, in meiner Wohnung den „ersten Freiwilligen von 1813" zu beherbergen. Es war das der Sohn des damaligen Bürgermeisters von Königsberg, Heidemann. Als die ostpreußischen Stände 1813 aus freien Stücken und auf eigene Kosten eine „Landwehr" zu errichten beschlossen und zum Eintritt in dieselbe Freiwillige aufriefen, war der junge Heidemann der Erste, der sich meldete. Er machte als Husar die Feldzüge mit, zeichnete sich aus, erbeutete u. A. einmal mit dem Zuge, den er führte, ein feindliches Geschütz. Nach beendetem Kriege hatte er eine Anstellung als Postmeister, ich weiß nicht mehr wo, erhalten, in seinem höhern Alter aber sich mit einer kleinen Pension nach Weimar zurückgezogen. Dort hatte ich ihn kennen gelernt. Noch vor meinem Weggange von Weimar hatten wir daselbst eine Erinnerungsfeier an die Erhebung des preußischen Volkes

im Frühjahr 1813 begangen, wobei mir die Festrede zugefallen war. Da hatte natürlich der „alte Heidemann“ eine hervorragende Rolle gespielt. Eine solche ward ihm in Leipzig ebenfalls zu Theil; er ward zu einer Festtafel bei meinem Schwager, dem Bürgermeister, zugezogen, war auch unter Denen, die bei der Grundsteinlegung zu einem Siegesdenkmal auf dem Schlachtfelde (welches leider bis dato ein schöner Traum geblieben ist) die feierlichen drei Hammerschläge thaten.

Zur Vorbereitung des Festes war schon lange vorher ein „Festcomité“ gebildet worden. Nach meinem Eintreffen in Leipzig cooptirte dasselbe mich zu seinem Mitgliede. In dieser Eigenschaft ward ich am Vorabend des Festes, wo Fremde und Einheimische sich in den dazu bestimmten Localen zusammenfanden, von Bekannten gewaltsam, nach rasch übergeworfener schwarz-roth-goldener Schärpe, dem Erkennungszeichen der Comitémitglieder, auf die Rednerbühne gedrängt und mußte wohl oder übel ein paar Begrüßungsworte an unsere Gäste richten; am Festtage selbst fiel mir die Aufgabe zu, beim Zuge nach und von dem Schlachtfelde die „weißgekleideten Ehrenjungfrauen“ als Chargirter zu geleiten.

Nach der Rückkehr vom Schlachtfelde vertheilten sich die alten Krieger in die vier größten Säle der Stadt, wo das Festmahl für sie vorbereitet war. Da das Wetter an diesem Tage trotz der späten Jahreszeit noch ziemlich warm war, so waren die alten Herren (obschon viele davon mit Wagen hinaus- und hereinbefördert worden) meist sehr erschöpft, namentlich aber sehr durstig. Das Auftragen der Speisen verzögerte sich noch etwas, und so sprachen

sie schon vor dem Essen den Weinflaschen wacker zu, die vor den Couverts aufgestellt waren; bald waren diese leer, so daß sie durch neue ersetzt werden mußten; die alten Leute aber wurden über die Maßen lustig, begannen zu schwatzen, sich zu umarmen, ja zu tanzen.

Mitten unter den Kriegern gewöhnlichen Schlags saß in dem Saale, wo ich mit speiste, ein stattlicher Greis von vornehmen, doch freundlichen Zügen, mit langen, fast bis auf die Schultern herabfallenden, weißen Haaren. Es war der dreiundachtzigjährige General von Pfuel! Wenige Jahre darauf ist er verschieden. Ob wohl von Denen, die damals Leipzigs Gäste waren, heut noch einer lebt?

Das war das „Veteranenfest" zu Leipzig! Dasselbe war — mit seinen heitern und ernsten Eindrücken und seinen Erinnerungen an eine große kriegerische Zeit — kaum verklungen, da trat an die Jetztlebenden unerwarteter Weise ein Moment neuer kriegerischer Spannung heran.

Dreizehntes Capitel.

Nochmaliges Auftauchen und endliche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage.

Am 15. November 1863 starb in Dänemark der Letzte des königlichen Mannesstammes, Friedrich VII. Damit war, nach der „Unionsverfassung" zwischen Dänemark und den Herzogthümern von 1460, das Band zwischen dem Königreich und Schleswig-Holstein endgiltig zerrissen, denn kraft jenes feierlich verbrieften Vertrags fielen die Herzogthümer an die nächste männliche Linie (die Augustenburger), während im Königreich, wo die weibliche Erbfolge galt, ein Landgraf von Hessen den Thron bestiegen haben würde.

Allein dieser Vertrag war durch einen Gewaltstreich der Großmächte, das sog. „Londoner Protokoll" von 1852, zerrissen und statt dessen festgesetzt worden, daß im Königreich und in Schleswig-Holstein ein und derselbe Fürst, Prinz Christian von Glücksburg, den Thron besteigen solle. Schleswig-Holstein wäre damit für immer an Dänemark gekettet gewesen.

Gegen ein so großes nationales Unglück galt es mit allen Kräften anzukämpfen. Dazu reichte die bloße Stimme

der Presse nicht aus; wirksamere Mittel mußten ergriffen werden! Ich lud einige politische Freunde zu mir ein, um zu berathen, was etwa von uns aus geschehen könnte. Allein ich stieß auf Bedenklichkeiten. Man wollte erst abwarten, was anderwärts geschehen werde, um nicht allein zu stehen. Ich mußte mich fügen. Inzwischen war von weiter links her die Sache schon in Angriff genommen worden; eine Volksversammlung sollte berufen werden; mich ging man darum an, das Referat in dieser zu übernehmen. Ich erklärte mich dazu bereit. Die Versammlung war äußerst zahlreich besucht und verlief in gehobenster Stimmung. Noch kurz vorher, bei Gelegenheit des Fürstencongresses in Frankfurt, hatten „Großdeutsche" und „Kleindeutsche" schroff einander gegenüber gestanden; jetzt einigten sich beide in dieser nationalen Sache. Ein Hauptwortführer der „Großdeutschen" in Leipzig, Professor Wuttke, unterstützte lebhaft die von mir gestellten Anträge, welche die Wahrung des Rechts und der Unabhängigkeit der Herzogthümer bezweckten. An dem von der Versammlung eingesetzten „Schleswig-Holstein-Comité" nahmen Klein- und Großdeutsche, Conservative, Liberale und Demokraten Theil; an seiner Spitze stand einer der angesehensten Männer der Stadt, Gustav Harkort, ein Mann von streng conservativer Gesinnung, aber unbeugsamem Rechtssinn, einer der „Renitenten" von 1850. Zu der Versammlung von Delegirten der „Schleswig-Holstein-Vereine", welche in Frankfurt a. M. stattfand, entsandte der Leipziger Verein gleichzeitig mich und den Professor Wuttke.

Diese Bewegung aus dem Volke heraus für das Recht Schleswig-Holsteins fand in Sachsen einen unerwartet

kräftigen Widerhall in den maßgebenden Kreisen und bis hinauf zum Throne. Die sächsische Regierung war eine der ersten, welche am Bundestage für dieses Recht eintraten. König Johann selbst empfing in Audienz die große Deputation aus Schleswig-Holstein, welche Deutschland bereiste, um für ihre Sache zu werben. Zum Danke dafür ward dem König, als er bald darauf Leipzig besuchte, nicht blos von unserem Comité eine Adresse überreicht, sondern auch von einer großen Zahl der angesehensten Bürger und Einwohner der Stadt durch einen Zug mit Musik vor sein Palais und durch jubelnde Hochs (die der König, auf dem Balkon stehend und hernieder grüßend, freundlich entgegennahm) eine feierliche Huldigung dargebracht. Unter den Diplomaten, die am eifrigsten sich der Sache Schleswig-Holsteins annahmen, stand fort und fort in erster Linie Herr von Beust.

Für mich und meine Gesinnungsgenossen war es eine ganz eigenthümliche Lage, mit demselben Staatsmann uns plötzlich Seite an Seite zu finden, gegen den wir, wie er gegen uns, lange einen so hartnäckigen Kampf geführt hatten. Meinte er es jetzt aufrichtig mit der Vertheidigung eines nationalen Interesses, oder hatte er Hintergedanken, und welche? Indeß, danach zu fragen, war jetzt nicht der Moment; jetzt galt es nur, um jeden Preis das abzuwenden, was, einmal geschehen, nicht leicht rückgängig gemacht werden konnte, die Einverleibung der Herzogthümer in Dänemark. Wer dazu half, mußte uns als Bundesgenosse willkommen sein, auch wenn er vorher unser Gegner gewesen war, auch wenn sein bisheriges Vorgehen uns nicht eben Vertrauen zu ihm einflößte.

Bedenklicher ward für uns die Situation, als die preußische Regierung, statt, wie wir gehofft, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, vielmehr erklärte, daß sie am Londoner Protokoll festhalte und Christian IX. von Dänemark als Herzog von Schleswig-Holstein anerkenne, sobald er nur gewisse Bedingungen erfülle, die Dänemark 1852 eingegangen, insbesondere die geplante „Gesammtverfassung" für das Königreich und Schleswig aufhebe. Damit schien der damalige Leiter der preußischen Politik, Herr von Bismarck, nicht allein die Sache der Herzogthümer preiszugeben, sondern auch auf die dem preußischen Staate abermals gebotene kostbare Gelegenheit zur Erfüllung seiner deutschen Mission, und also, wie man fast gezwungen war zu glauben, auf diese Mission selbst zu verzichten.

Heut, wo wir wissen, daß und wie auf dem von Bismarck betretenen Wege das allseits ersehnte und erstrebte Ziel, die gänzliche Losreißung der Herzogthümer von Dänemark, glücklich erreicht worden ist — heut fällt es schwer, sich in die damalige Situation und in die Lage Derer zu versetzen, welche, obschon grundsätzliche Anhänger des Gedankens der Führerschaft Preußens, doch in dieser Sache sich gedrungen fühlten, gegen Preußen aufzutreten. Man darf aber nicht vergessen, daß die preußische Politik seit 1848, also volle 15 Jahre lang, keinerlei Zeichen von Muth und Entschlossenheit, dagegen viele — und namentlich gerade in der schleswig-holsteinischen Sache — von Schwäche und Nachgiebigkeit gegeben hatte; daß Bismarck selbst seiner Zeit den Krieg, den Preußen 1848 und 1849 gegen Dänemark zu Gunsten der Herzogthümer

führte, einen „unglücklichen“, die Politik, die Preußen in diesen Krieg verflochten habe, eine „leichtfertige“ genannt hatte. Man wußte nach Bismarcks eigenen bisherigen Kundgebungen nicht anders, als daß er ein grundsätzlicher Feind aller vom Volke ausgehenden Bewegungen sei, und man hatte daher wohl Grund, anzunehmen, daß auch diese schleswig-holsteinische Bewegung ihm gerade darum verhaßt sei und er sich gerade darum von ihr abwende, weil sie vom Volke ausgehe und von den parlamentarischen Körperschaften (voran das preußische Abgeordnetenhaus!) getragen werde. Nach Alledem war das Mißtrauen wohl begreiflich, womit selbst die grundsätzlichen Freunde Preußens das Vorgehen des damaligen Leiters der preußischen Politik betrachteten.

Freilich hatte man zu einem solchen Mißtrauen auch den mittelstaatlichen Staatsmännern gegenüber ebenso viel, wo nicht noch mehr Grund. Allein, wie gesagt, das Interesse an der Rettung Schleswig-Holsteins vor der Verschlingung durch Dänemark erschien als ein so dringliches, beherrschte so sehr alle andern Interessen und drängte sie in den Hintergrund, daß, wenn denn nun einmal — leider! — nur zwischen Mißtrauen hier und Mißtrauen dort die Wahl stand, man sich immer doch lieber der Seite zuneigte, auf welcher jetzt der feste Wille vorhanden zu sein schien, für jenes Interesse einzutreten. Auch standen auf dieser Seite nicht blos solche Staatsmänner und Diplomaten, deren Vergangenheit wenig vertrauenerweckend war, sondern auch solche, die volles Vertrauen verdienten, nicht blos die Beust und Pfordten, sondern auch die Watzdorf und Seebach, die leitenden Minister Oldenburgs, Badens u. a. m.

Wie ernſtlich alle dieſe es mit der Sache meinten und wie entſchloſſen ſie waren, den Schleswig-Holſteinern, ſo weit ſie nur könnten, zu ihrem guten Rechte zu verhelfen, erſah ich ſowohl aus den Aeußerungen des Miniſters von Watzdorf, mit dem ich fortwährend in lebhaftem Briefwechſel ſtand, als aus gewiſſen officiellen Documenten, die zwiſchen Oldenburg und Baden gewechſelt wurden und von denen mir ein Freund in Oldenburg, ein alter Frankfurter College, vertrauliche Mittheilung machte. In einem Briefe vom 26. December 1863 ſprach Herr von Watzdorf die Befürchtung aus, der angekündigte Rücktritt des däniſchen Miniſters von Hall und die Einberufung des däniſchen Reichstag auf den 25. December möchten Anzeichen dafür ſein, daß man in Dänemark ſich entſchloſſen habe, die von Preußen und Oeſterreich geſtellten Bedingungen zu erfüllen, „um den beiden Großmächten den Rücktritt vom Londoner Protokoll zu erſchweren“. „Und,“ ſetzte er hinzu: „ich fürchte noch mehr, dieſe werden eine ſolche Erſchwerung gern acceptiren.“ Dann fuhr er fort:

Es bleibt alſo zunächſt das Ausharren der Mittel- und Kleinſtaaten und des Volkes übrig. Ich zweifle nicht an dem erſteren und auch nicht an einem glücklichen Erfolge, wenn nur die Bevölkerungen neben der Ausdauer auch Beſonnenheit bewahren. Daß letzteres nicht der Fall ſein könne, fürchte ich am meiſten; um ſo mehr freue ich mich, daß Sie dafür beſonders thätig ſind. Das Freiſchaarenweſen u. dgl. iſt baarer Unſinn und verdirbt das Ganze gründlich. Hoffentlich wird doch noch der geſunde Sinn der Deutſchen ſich bewähren.

Unterm 3. Januar 1864 ſchrieb mir Herr von Watzdorf wieder:

Am 30. December von Abends 11 Uhr an bis zum 31. Mittags

war ich in Leipzig und hätte Ihnen gern meine Neujahrswünsche in Person gebracht. Aber meine Zeit war sehr beschränkt, und ich wußte nicht, wo Sie wohnen. Dies sagen Sie mir doch gelegentlich! Meine dortige Anwesenheit galt einer Besprechung mit dem Großherzog von Oldenburg, der wie wir von unserer großen Nationalfrage ganz erfüllt ist, wenn auch nicht in allen Punkten mit uns einverstanden. Immerhin ist es stets eine Freude, den guten, braven, redlichen Herrn zu sehen und zu hören. Der Gang der schleswig-holsteinischen Sache ist bis jetzt besser, als wir hoffen durften; nach der Disposition am Bunde läßt sich hoffen, daß dort die Majorität sicher und fest ist. Sachsen gebührt dabei ein großes Verdienst. Daß Herzog Friedrich nach Holstein gegangen, kann ich nicht billigen; etwa Baden und Gotha ausgenommen, hat es, wie ich glaube, keines der wohlgesinnten Gouvernements gebilligt. Nachdem er aber einmal dort, kann er freilich nicht wohl ausgewiesen werden. Herzog Friedrich, der mir übrigens ganz tüchtig erschienen ist, wenn auch ohne Erfahrung, scheint leider nicht immer glücklich berathen. Weniger noch die Reise nach Holstein, als der beklagenswerthe Brief an Kaiser Napoleon, möchte dies vermuthen lassen.

Einen weiteren Brief vom 13. Januar schloß Herr von Watzdorf mit den Worten:

Unter allen Umständen wiederhole ich, was ich auch neulich unseren Ständen sagte: „Behalten Sie Muth, Besonnenheit und Ausdauer! Dies vorausgesetzt, gebe ich die Hoffnung auf endlichen Sieg nicht auf!“

Was mich während dieser ganzen schleswig-holsteinischen Krisis am meisten beunruhigte, war die Erwägung, wie es werden sollte, wenn (was freilich kaum denkbar war) den Mittel- und Kleinstaaten wirklich gelänge, ohne Preußen — während letzteres beim Londoner Protokoll beharrte, also nichts für die Ablösung der Herzogthümer von Dänemark thäte — diese Lebensfrage Deutschlands im nationalen Interesse und entsprechend den so laut kundgegebenen

Wünſchen der Nation zu löſen? Wäre damit nicht der Gedanke an eine preußiſche Führerſchaft in Deutſchland für unabſehbar lange Zeit, wenn nicht für immer, von der Tagesordnung der öffentlichen Meinung geſtrichen? Freilich auch der an eine öſterreichiſche, da Oeſterreich hier mit Preußen Hand in Hand ging. Müßte man dann nicht nothgedrungen zu ganz neuen Combinationen greifen? Oder, wenn ſolche auftauchten, was könnten ſelbſt die wärmſten Freunde der preußiſchen Führerſchaft, wofern ſie zugleich Freunde Schleswig-Holſteins, wofern ſie gegen eine ſolche Verſtümmelung des deutſchen Staatskörpers, wie die Abtrennung dieſer Länder von Deutſchland, wären, was könnten ſie dagegen mit Grund einwenden?

Daß es an ſolchen Combinationen nicht fehlte, wurde mir bald bekannt. Aus beſter Quelle erfuhr ich, daß Herr von Beuſt die ſog. „Triasidee“ in's Auge gefaßt habe, d. h. den Gedanken der Bildung einer dritten Gruppe aus ſämmtlichen deutſchen Staaten außer Oeſterreich und Preußen; ich vernahm etwas ſpäter von Herrn von Watzdorf, daß Herr von der Pfordten mit ähnlichen Plänen umgehe (obſchon Herr von Watzdorf deren Gelingen bezweifelte); ich hörte, daß ſchon ganz ernſthaft erwogen werde, ob an Baiern oder an Sachſen die Führerſchaft dieſer „dritten Gruppe“, dieſes Klein-Klein-Deutſchlands, übertragen werden ſolle.

Wenn derartige Pläne feſteren Boden faßten, wenn an deren Verwirklichung ernſtlich Hand angelegt würde, und wenn nun an die Wortführer der ſchleswig-holſteiniſchen Bewegung die Frage erginge, ob ſie auf eine ſolche Combination eintreten wollten, da ja doch, falls es zu einem Kampfe für

Schleswig-Holstein ohne die Großmächte kommen sollte, der Rest der deutschen Bundesstaaten sich um so fester zusammenschaaren, sich möglichst einheitlich organisiren müßte — was sollten wir erwidern? Wenn wir den Zweck, die Befreiung der Herzogthümer, wollten, so mußten wir auch das Mittel, die Kräftigung und Organisation der Mittelstaaten, wollen! Aber damit war die Zukunft der Nation auf wer weiß wie lange hin einer politischen Gestaltung verpfändet, die deren wahren und bleibenden Bedürfnissen unmöglich Genüge thun konnte. Entweder also mußten wir in unserem Eifer für Schleswig-Holstein nachlassen, oder unser Programm der preußischen Führerschaft, wenn nicht völlig aufgeben, so doch auf unbestimmte Zeit vertagen. Die Großdeutschen ergriffen, als der Conflict zwischen der schleswig-holsteinischen Bewegung und der österreichischen Politik brennender ward, zum Theil wenigstens den Ausweg, sich von jener erstern loszusagen; Professor Wuttke trennte sich von unserem Comité und bekämpfte in ihren weiteren Fortschritten dieselbe Agitation, die er erst hatte schüren helfen.

Glücklicherweise, wurden die Freunde der preußischen Führerschaft ihrer Verlegenheit und Besorgniß dadurch enthoben, daß, während die Mittelstaaten allmälig in's Zögern und Schwanken geriethen, andererseits der von den beiden Großmächten eingeschlagene Weg eine ungehoffte Wendung nahm, indem die dänische Regierung (in allerdings kaum begreiflicher Verblendung) deren Forderung wegen Aufhebung der Gesammtverfassung zurückwies, den Krieg gegen sie begann und so ihnen die Lossagung vom Londoner Protokoll gleichsam selbst an die Hand gab.

Die ſiegreichen Thaten der preußiſchen Armee (insbeſondere der glänzende Uebergang nach Alſen), welche zeigten, was Preußen könne, ſobald es nur wolle, welche namentlich auch den Werth der inzwiſchen in's Werk geſetzten Heeresreform in's Licht ſtellten, gaben der öffentlichen Meinung wieder eine andere Richtung, und, während die nächſtdringliche Frage, die ſchleswig-holſteiniſche, ganz im Sinne der großen Mehrheit der Nation — weſentlich doch durch Preußens ſiegreiches Vorangehen — gelöſt wurde, blieb die allgemeine deutſche Frage, die Frage wegen der Zukunftsgeſtaltung Deutſchlands, offen.

Uebrigens wird man, trotzdem, daß der Erfolg für die Bismarck'ſche Politik entſchieden hat und daß man mit dieſem Erfolge ſehr zufrieden ſein kann, dennoch, um gerecht zu ſein, anerkennen müſſen, daß die damalige Bewegung im Volke eine natürliche, einem geſunden Inſtincte entſprungene war, daß auch die deutſchen Fürſten und Staatsmänner, welche ſich dieſer Bewegung aufrichtigen Sinnes anſchloſſen, durchaus dankenswerth handelten, wobei dahingeſtellt bleiben mag, ob alle Staatsmänner, die dies thaten, auch wirklich dabei „aufrichtigen Sinnes" waren. Ja, ich möchte ſogar glauben, daß das glückliche Reſultat, welches ſchließlich erzielt ward, die wirkliche, endgiltige Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark, zu einem Theile doch auch jener Bewegung zu danken iſt. Ich meine ſo. Der Widerſtand, den das Vorgehen Bismarcks in Deutſchland und in Preußen ſelbſt fand (ward ihm doch vom Abgeordnetenhauſe das geforderte Geld zu einem Kriege mit Dänemark verweigert!), hat wahrſcheinlich dazu beigetragen, die däniſche Regierung in jener Halsſtarrigkeit

zu bestärken, welche allein der preußischen Regierung — nach dem von ihr eingenommenen Standpunkte des Festhaltens am Londoner Protokoll, sobald Dänemark seine Verpflichtungen erfülle — die rechtliche Möglichkeit bot, erst Krieg mit Dänemark zu beginnen und sodann sich vom Londoner Protokoll loszusagen. Für diesen letzteren Act wiederum war sicherlich der Vorgang nicht ohne Bedeutung, daß auf der Londoner Conferenz Herr von Beust Namens des deutschen Bundes und gewissermaßen Namens der deutschen Nation die Unverbindlichkeit des Londoner Protokolls entschieden betonte.

Wenn diese meine Auffassung der damaligen Sachlage richtig ist, so wäre die schleswig-holsteinische Frage 1863—64 direct zwar durch die Waffen und die Diplomatie der beiden Großmächte gelöst worden, doch aber nicht ohne eine indirect fördernde Mitwirkung der öffentlichen Meinung in Deutschland und der mittel- und kleinstaatlichen Politik. Wie dem aber auch sei, freuen wir uns, daß sie endgiltig und im besten Sinne gelöst, daß Schleswig-Holstein ganz und für immer deutsch geworden ist, und lassen wir alle gegenseitigen Ein- und Vorwürfe wegen der von dem einen und dem andern Theile damals ergriffenen Politik auf sich beruhen!

Vierzehntes Capitel.

„Die Repräſentativverfaſſungen mit Volkswahlen." — Verbot der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung" in Preußen. — Meine Wiederanſtellung als Profeſſor in Leipzig (1864 und 1865).

So bunt, wie im obigen Titel, reihten ſich auch in meinem Leben während der Jahre 1864 und 1865 Ereigniſſe der verſchiedenſten Art aneinander.

Zunächſt erhielt ich im Jahre 1864 zu einer ſchriftſtelleriſchen Arbeit eine Veranlaſſung von außen her, die — wie bisweilen Großes und Kleines in einander ſpielt — mit der Möglichkeit einer bedeutſamen Wendung in der europäiſchen Geſchichte zuſammenhing. Der als Verfaſſer mehrerer Schriften über Rußland bekannte Freiherr von Haxthauſen hatte ſich an die Firma F. A. Brockhaus wegen Herausgabe einer Schrift gewendet, zu deren Veranſtaltung er ſeinerſeits von der ruſſiſchen Großfürſtin Helene, deren Vertrauen er genoß, den Auftrag erhalten hatte. Die Großfürſtin Helene, eine geborene Prinzeſſin von Württemberg, Gemahlin des Großfürſten Michael, eines jüngeren Bruders des Kaiſers Nicolaus und Oheims des regierenden Kaiſers Alexanders II., war eine Dame von hohem Geiſt, die ſich für die politiſchen

Regungen der Zeit lebhaft interessirte. Sie stand in großem Ansehen bei ihrem kaiserlichen Neffen. Es gingen damals geheimnißvolle Gerüchte von einer bevorstehenden tiefgreifenden Veränderung in dem innern Staatsleben des großen russischen Reichs. In der That war Kaiser Alexander, wie Freiherr von Haxthausen aus vertrauten Mittheilungen seiner hohen fürstlichen Gönnerin wußte, mit Plänen einer Verfassung umgegangen, durch welche er Rußland den westeuropäischen Culturstaaten näher rücken wollte. Nachdem er das ungeheure Unternehmen der Aufhebung der Leibeigenschaft mit einer staunenswerthen Energie in Angriff genommen, auch allerhand politische Reformen (im Gemeindewesen, in der Justiz u. s. w.) angebahnt hatte, schien er entschlossen, sein Werk durch Einführung repräsentativer, constitutioneller Einrichtungen zu krönen.

Diesem kühnen Wagniß wollte die geistreiche Großfürstin dadurch gleichsam vorarbeiten, daß sie die höheren Kreise der russischen Gesellschaft, insbesondere das Beamtenthum, mit den in Westeuropa bereits bestehenden und in voller Wirksamkeit begriffenen Einrichtungen dieser Art bekannt machte. Zu diesem Zwecke wünschte sie die Abfassung eines oder mehrerer Werke, welche in gemeinverständlicher, jenen Kreisen leicht zugänglicher Sprache theils das Wesen der constitutionellen Einrichtungen, theils ihre praktischen Wirkungen schildern sollten. Dies war der Auftrag, mit welchem sie den Freiherrn von Haxthausen betraut hatte. Ueber Zweck und Tragweite der ihm gestellten Aufgabe hat sich Letzterer selbst in einem Vorwort zu dem von ihm veranlaßten Werke folgendermaßen ausgesprochen, wobei er natürlich den Antheil

ſeiner hohen Auftraggeberin an dieſem Unternehmen verſchwieg.

Es ſcheint, daß in Rußland ſich die Meinung verbreitet, daß die bisherigen Formen der Regierung den in ſo mannigfacher Weiſe ſich entwickelnden neuen ſocialen Zuſtänden gegenüber nicht mehr genügen und ausreichen. Manche Zeichen deuten darauf hin, daß der Drang und die Strömung der Zeit auch das ruſſiſche Reich in andere und neue politiſche Bahnen hinüberführen könnte. Daß Verſuche in dieſer Richtung hin werden gemacht werden, erſcheint dem, der Rußland kennt, nicht unwahrſcheinlich; mit welchem Erfolge, iſt freilich nicht vorauszuſehen.

Seit langen Jahren habe ich mich mit dem Studium ruſſiſcher Zuſtände beſchäftigt. Ich habe eine große Zuneigung für Rußland, für den eigentlichen Kern des ruſſiſchen Volks; ich glaube, daß ihm eine große Aufgabe in der Weltgeſchichte geſtellt iſt, und wünſche daher lebhaft, daß die jetzige innere Kriſis erſprießliche Folgen für Rußland haben möge. Dies in's Auge faſſend, entſchloß ich mich daher, auch mein Scherflein dazu beizutragen, daß dieſe Kriſis einer weiſen, thatkräftigen, aber vorſichtigen Leitung nicht entbehre. Es ſchien mir vor allen Dingen nothwendig, daß den gebildeten Ruſſen, den Staats- und Geſchäftsmännern (nicht den ruſſiſchen Fachgelehrten), eine richtige und klare Einſicht über das Weſen und die Principien des conſtitutionellen Syſtems, ſeine Geſchichte und die Wirkungen bei deſſen Einführung, Fortbildung und Ausbildung vorgelegt und mitgetheilt werde. Hierzu bedurfte es nun eines Buchs (nicht eines eigentlich gelehrten Werks), worin dies leicht und faßlich, aber concis und wahrheitsgetreu dargeſtellt würde. Ein ſolches Buch müßte vor Allem die verſchiedenen Wahlſyſteme, als die reale Grundlage alles ſtaatlichen conſtitutionellen Lebens, und ihre politiſchen und ſocialen Wirkungen in den verſchiedenen Staaten und Ländern, ihre Abänderungen, Umwandlungen, Erſetzungen durch ein anderes Wahlſyſtem, namentlich infolge von Mißſtänden, die durch ſie erzeugt waren, enthalten. Es müßte gewiſſermaßen ein Leſebuch zum praktiſchen Gebrauch, zur praktiſchen Ausbildung und zugleich ein Spiegel ſein, worin man Gutes und Böſes, Erſprießliches und Gefährliches, was in den conſtitutionellen

Systemen und ihren Anwendungen sich herausstellt, erkennen könnte.

Ich selbst fühlte mich einer solchen Aufgabe nicht gewachsen: ich entwarf demnach das hier weiter unten folgende Programm eines Buchs und trat mit mehreren deutschen Fachgelehrten über die Bearbeitung in Unterhandlung. Das Resultat liegt hier vor.

Durch Dr. Eduard Brockhaus auf mich aufmerksam gemacht, trug Herr von Haxthausen mir an, den ersten Theil des Werkes, eine „Geschichte der Repräsentativverfassungen mit Volkswahlen, dargestellt im Zusammenhange mit den politischen und socialen Zuständen der Völker", zu bearbeiten. Ein zweiter Theil sollte dann „die politischen und socialen Wirkungen der verschiedenen Wahlsysteme in den einzelnen Staaten" schildern und kritisiren. In die Bearbeitung dieser Materie sollten sich mehrere deutsche Staatsrechtskundige theilen, damit dieselbe von verschiedenen Standpunkten aus beleuchtet würde. In der That gelang es Herrn von Haxthausen, vier der namhaftesten Männer dieses Fachs dafür zu gewinnen, die Professoren Gneist in Berlin, Waitz in Göttingen, Held in Würzburg, Kosegarten in Graz. Das Ganze erschien dann unter dem Titel: „Das constitutionelle Princip, seine geschichtliche Entwickelung und seine Wechselwirkungen mit den politischen und socialen Verhältnissen der Staaten und Völker, herausgegeben von August Freiherrn von Haxthausen."*)

Die mir zufallende Aufgabe hatte für mich schon an sich etwas Verlockendes. Ich hatte mich mit der Verfassungsgeschichte der verschiedenen modernen Staaten viel

*) Leipzig, F. A. Brockhaus, 1864—65.

beschäftigt; ihre Bearbeitung versprach daher eine nicht allzu aufhaltliche und dabei angenehme Arbeit zu werden. Konnte ich zugleich dadurch zur Verbesserung der Zustände des großen russischen Reiches, zu deren Annäherung an unsere westeuropäischen Culturzustände ein Scherflein beitragen, um so besser!

Groß freilich waren meine Hoffnungen auf eine Constitutionalisirung Rußlands nicht. Die Verhältnisse dort, so weit ich dieselben kannte, schienen mir dafür wenig vorbereitet und mußten meines Erachtens selbst einem so klaren Geist und einem so festen Willen, wie Kaiser Alexander dieses Beides besaß, große Hindernisse entgegenstellen. Indeß — vielleicht war er doch der Mann, um auch dieser Hindernisse Herr zu werden.

Kaiser Alexander war indeß (um dies sogleich hier zu bemerken) durch den 1863 ausgebrochenen polnischen Aufstand in der Verfolgung seiner Verfassungspläne aufgehalten, durch die darauf folgenden Ausbrüche verbrecherischer Gesinnung in Rußland selbst, zumal die, offenbar angestifteten, Brände in mehreren großen Städten, vollends bedenklich geworden. Und so kam es, daß der hochherzige Fürst, ohne an sein, jedenfalls sehr wohlgemeintes Unternehmen wirklich Hand angelegt zu haben, dem furchtbaren Schicksal, das ihn bekanntlich traf, der Ermordung durch Sprengstoffe, unterlag.

Uebrigens sollte, nach der Absicht der Großfürstin, auf die russischen Zustände in dem Buche keinerlei Bezug genommen, keinerlei directe Anwendung darauf von den anderwärts in Betreff der Verfassungen gesammelten Erfahrungen gemacht werden. Mir konnte dies nur lieb

sein, denn um so zwangloser und unbefangener konnte ich mich in meinen Ausführungen bewegen. Sonderbar war es, daß Herr von Haxthausen durchaus darauf bestand, auch die republikanischen Verfassungen Nordamerikas und der Schweiz in den Kreis der Besprechung gezogen zu sehen. Er schrieb mir darüber:

Hochverehrter Herr Professor! Ich bitte Sie dringend, die Republiken Amerika, Schweiz ꝛc. nicht zu übergehen; ich habe sie mit vielem Vorbedacht in's Programm aufgenommen. Ich halte den socialpolitischen Unterschied zwischen moderner Republik und constitutioneller Monarchie für sehr unbedeutend. Die Geschichte lehrt ja, wie sie überall eine in die andere übergehen; England war unter Cromwell Republik, ohne daß die sociale Verfassung wesentlich umgewandelt wurde; die Verfassung von Nordamerika hat sich unter der großbritannischen Monarchie ausgebildet und hat sich als Republik wenig umgewandelt: Frankreich hat die verschiedensten Phasen durchgemacht: constitutionelle Monarchie, Republik, Imperialismus ꝛc. ꝛc. Das Buch soll gar nicht den Charakter haben, als ob es lediglich die constitutionelle Monarchie in's Auge fasse; es stellt vorzugsweise die Wahlsysteme und ihre socialpolitischen Folgen dar, ob in Monarchien oder in Republiken, ist ganz gleich.

Um zu zeigen, wie ich meinerseits meine Aufgabe erfaßte, sei mir gestattet, aus der „Einleitung" meines Buches ein paar Stellen herzusetzen. Ich sagte dort:

Jedes politische System, welches von Dauer sein und nützlich wirken soll, muß im Einklange stehen mit dem Charakter der Zeit und des Volks, für welches es berechnet ist. Einrichtungen, welche für eine vorgeschrittene Culturperiode eine Wohlthat, vielleicht ein nicht länger zu verschiebendes Bedürfniß sind, würden, auf einer niedern Entwickelungsstufe desselben Volks eingeführt, möglicherweise mehr Schaden als Nutzen gestiftet, jedenfalls den damit beabsichtigten Zweck nicht erreicht haben.

Die besten Herrscher haben bisweilen darin gefehlt, daß sie

in edelſter Abſicht, aber ohne genügende Beachtung der Natur der Menſchen und der Dinge Geſetze oder Verfaſſungsformen, die ſie anderwärts einen gedeihlichen Einfluß üben ſahen, ohne Weiteres auf die eigenen Staaten übertrugen, ohne zu bedenken, daß nicht die gleichen Vorausſetzungen der Landesart, des Nationalcharakters, der Sitten und des geſchichtlichen Herkommens hier wie dort wirkſam waren, und eben ſo haben oftmals ganze Völker ihr Heil von der Einführung von Einrichtungen vergebens erwartet, welche bei ihren Nachbarn ſich in voller Lebensfähigkeit entwickelt hatten, bei ihnen ſelbſt aber, wegen der abweichenden Grundlagen des geſammten Staats- und Geſellſchaftslebens, nicht gedeihen wollten.

Auf der andern Seite giebt es allerdings gewiſſe gemeinſame Ziel- oder Richtpunkte alles politiſchen Lebens, nach denen hin früher oder ſpäter jedes Volk im Verlaufe ſeines Culturfortſchrittes nothwendigerweiſe hingelenkt wird oder ſich ſelbſt hinlenkt. Und zwar deswegen, weil dieſe Zielpunkte eben ſo wohl einem allgemeinen und natürlichen Triebe des menſchlichen Weſens, als den nothwendigen und unabweisbaren Bedürfniſſen eines ſtärker entwickelten und vielſeitiger verzweigten Culturlebens entſprechen.

Unter dieſem doppelten Geſichtspunkte muß man auch das Repräſentativſyſtem betrachten, d. h. das Syſtem, wonach das Volk, vermittels einer ineinandergreifenden Kette von Einrichtungen, einen geſetzlich geordneten Antheil an der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten hat. Kein Volk kann dieſes Syſtem entbehren, ſobald es einen gewiſſen Grad des Wohlſtandes, der Bildung, der materiellen und geiſtigen Entwickelung erreicht hat, ja ſchon, wenn es einem ſolchen zuſtrebt; aber es würde verkehrt ſein, daſſelbe jedem Volke, ohne Anſehen ſeiner Culturſtufe, zutheilen oder es überall unter den gleichen Formen einführen zu wollen. Es iſt die Sache einer weiſen und umſichtigen Politik, für das Inslebentreten dieſes Syſtems ſowohl die rechte Zeit — weder zu früh noch zu ſpät — als das rechte Maß — weder zu viel noch zu wenig — unter ſorgſamer Berückſichtigung aller Umſtände auszuwählen. Das Zuviel ſchadet, weil es dem Volke einen Gebrauch der Freiheit zumuthet, für den daſſelbe noch nicht vorbereitet und reif iſt; das Zuwenig, weil dann vorhandene und ſchon entwickelte Kräfte, von einer geſetzlichen Thätig-

keit ausgeschlossen, leicht in ungeregelte Bahnen geworfen, zur Unzufriedenheit und Ungeduld fortgerissen werden. Und ganz das Gleiche ist der Fall mit dem Zufrüh und dem Zuspät.

Die Schrift ward — ebenfalls im Auftrage und auf Kosten der Frau Großfürstin — von einem jungen Franzosen in Leipzig (unter meiner Controle betreffs richtiger Wiedergabe des deutschen Textes) in's Französische übertragen. Sie sollte, wie Herr von Haxthausen sich ausdrückte, möglichst viel sowohl auf den Arbeitstischen hoher Beamten als in den Salons der vornehmen Gesellschaft gefunden werden.

Zu einer zweiten auf russische Verhältnisse bezüglichen Arbeit ward ich von derselben hohen Stelle aus veranlaßt. Der Geheime Rath Dr. Wächter in Leipzig, gleichfalls ein Vertrauensmann der Großfürstin Helene (von ihrer gemeinsamen württembergischen Heimath her), ging mich in deren Namen um ein publicistisches Gutachten über den Entwurf eines Preßgesetzes für Rußland an. Auf meine Zusage antwortete er:

Geehrter Herr und Freund! Meinen verbindlichsten Dank für die mir in Aussicht gestellte Arbeit! Ich sehe der letzteren mit großem Interesse entgegen, denn Ihr Urtheil über den Entwurf ist mir von besonderem Werthe und wird es auch bei der Stelle sein, von welcher aus der Entwurf kam.

Nach Einsendung des Gutachtens schrieb mir Wächter:

Geehrter Herr und Freund! Man ist Ihnen für Ihre Arbeit über den russischen Entwurf sehr zu Dank verbunden. Wegen der Uebersetzung des Gutachtens in's Französische wird Herr von Haxthausen bei der Frau Großfürstin anfragen.

An ein für Rußland bestimmtes Preßgesetz war natürlich der Maßstab unserer westeuropäischen Preßgesetze nicht anzulegen. Der mir mitgetheilte Entwurf

erschien mir — im Hinblick auf den Bildungsstand der Masse des russischen Volkes — ziemlich liberal. Ihn noch liberaler gestalten zu wollen, wäre jedenfalls „verlor'ne Liebesmüh'" gewesen. So glaubte ich der Sache am meisten zu nützen, wenn ich in meinen gutachtlichen Bemerkungen vorzugsweise solche Punkte hervorhöbe, in denen nach meiner Ansicht und nach den bei uns gemachten Erfahrungen die wohlmeinenden Absichten des Gesetzgebers am leichtesten entweder durch das Ungeschick oder durch die politische Beschränktheit ausführender Werkzeuge vereitelt werden, und wenn ich Vorschläge machte, wie dem vorzubeugen sei. Inwieweit meine Bemerkungen irgend welchen Erfolg gehabt haben, das zu controliren, fehlte es mir theils an Gelegenheit, theils auch — bei den sich eben damals drängenden wichtigen Ereignissen im eigenen Vaterlande — an Zeit und Aufmerksamkeit. Von einem deutschen Publicisten, der längere Zeit in Petersburg gelebt, hörte ich später, daß die Wirkungen jenes, unterm 6./18. April 1865 publicirten Preßgesetzes in mancher Beziehung günstige gewesen seien, freilich aber fast nur für die Presse der beiden großen Hauptstädte Petersburg und Moskau (wo z. B. den Redacteuren der bestehenden Zeitungen freigestellt ward, ob sie sich noch fernerhin der Censur unterstellen oder auf ihre Gefahr hin den Strafbestimmungen für Preßvergehen aussetzen wollten), während die Provinzialpresse, insbesondere die deutsche Presse der Ostseeprovinzen, nach wie vor unter hartem Drucke seufze.

Während ich aber von so hoher Stelle aus nicht ungeeignet befunden ward, sogar in russische Zustände belehrend und begutachtend einzugreifen, geschah das Uner-

wartete, daß die von mir redigirte „Deutſche Allgemeine Zeitung“ in Preußen verboten ward. Dort hatte ſich der Gegenſatz zwiſchen der liberalen öffentlichen Meinung und dem Vorgehen der Regierung in den Jahren 1863 und 1864 bis auf's Aeußerſte zugeſpitzt. Ich meinerſeits hatte ſowohl in dem „Verfaſſungsconflict“, als auch in der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheit mich, wie ich meiner Ueberzeugung nach (bei den damals allein vorliegenden Momenten der Beurtheilung) nicht anders konnte, auf die Seite jener erſteren geſtellt. Die „Deutſche Allgemeine Zeitung“ hatte damals in Berlin einen Correſpondenten, der, obſchon nichts weniger als radical, vielmehr ein „Altliberaler“, doch mit einer durch die Angriffe auf die Rechte, ſpeciell das Budgetrecht der Volksvertretung tief verletzten Empfindung und darum allerdings bisweilen in etwas wärmerem Tone über das „budgetloſe Regiment“ und Aehnliches ſich ausließ. Geſchah doch das Gleiche damals von vielen ſehr ruhigen und gemäßigten Leuten, die heute hohe Vertrauensſtellungen in Preußen einnehmen, geſchah es doch ſelbſt von einem ſo entſchieden conſervativen Manne wie Herr von Vincke! Genug aber, dieſe Correſpondenzen ſchienen ganz beſonders übel vermerkt worden zu ſein. Sie waren, wie uns geſagt ward, auf Eingebungen eines Vorgängers Bismarcks (gewiß ohne allen Grund) zurückgeführt und dahin gedeutet worden, als arbeite man auf einen Sturz des Letzteren hin.

Die „Deutſche Allgemeine Zeitung“ hatte bald nach meiner Uebernahme der Redaction, weſentlich mit unter dem Einfluß der „lebendigeren Zeit“, welche die ſchleswig-holſteiniſche Angelegenheit und der Krieg mit Dänemark

herbeiführten, einen ſehr erfreulichen Aufſchwung genommen. Ihr hauptſächlichſtes Abſatzgebiet war zwar nicht Preußen; immerhin jedoch erſchien ein Verbot des Blattes in dieſem Staate als ein empfindlicher Schlag für daſſelbe.

Ein ſolches Verbot durch meine Redactionsführung wirklich verſchuldet zu haben, war ich mir nicht bewußt. Zu meiner Freude ſahen auch meine Herren Verleger die Sache nicht ſo an. Eine noch größere Beruhigung gewährte mir ein Brief des Miniſters von Watzdorf. Ich hatte dieſen ſogleich von dem Geſchehenen unterrichtet und ihn um ſein offenes Urtheil darüber gebeten, ob er in meiner Zeitung etwas gefunden habe, was ein ſolches Verbot rechtfertige. Darauf antwortete er mir:

Ihr gefälliges Schreiben vom 8. December 1864, verehrter Herr Profeſſor, nimmt mit vollem Rechte an, daß mich das Verbot der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ in Preußen ebenſo überraſcht, als mit Bedauern erfüllt hat. Das Letztere nicht allein wegen der Verbreitung Ihres Blattes, welches dadurch ein weites Feld des Wirkens verliert, ſondern auch wegen der beklagenswerthen Tendenz, welche ſich in dieſem Verbote ausſpricht. Das Erſtere aber, die Ueberraſchung, mag Ihnen ſagen, mein lieber Biedermann, daß ich weit davon entfernt bin, die Redaction irgend einer nur irgendwie begründeten Veranlaſſung zu dieſem Verbote zu beſchuldigen. Ich leſe Ihre Zeitung ſo regelmäßig, wie ich überhaupt Zeitungen leſen kann, wüßte aber, ſelbſt wenn ich mich auf den Standpunkt des dermaligen preußiſchen Regierungsſyſtems ſtelle, nichts, was mich einen ſolchen Vorgang hätte fürchten laſſen. Ich kann auch jetzt noch keine andere Erklärung dafür finden, als die Parteitendenz. Dieſer iſt jede ihr nicht genehme Richtung, auch wenn ſie im Ganzen ſo, wie Ihr Blatt, die Intereſſen des Staates conſequent vertritt, gefährlich, und darum verfolgt ſie dieſelbe mit allen möglichen Mitteln. Nimmt man dieſen Standpunkt als richtig an, dann erklärt es ſich leicht, wenn ein Blatt

verboten wird, welches mit Consequenz das liberale Princip vertritt, und es bedarf kaum eines scheinbaren Grundes, um die gänzliche Beseitigung zu verfügen, sobald nur das Blatt seiner Bedeutung nach überhaupt Aufmerksamkeit verdient. Es freut mich sehr, von Ihnen zu hören, daß die materiellen Wirkungen des Verbotes nicht von solcher Bedeutung sind, wie man etwa glauben möchte. Ich hoffe um so mehr, daß das geschätzte Blatt auch diese Krisis überstehen wird, ohne sich untreu zu werden. In unseren Tagen sind solche Blätter von besonderem Werth, da ja leider auf beiden Seiten die bloßen Parteistimmen in bedauerlicher Weise laut werden. Die Zeit, wo man diesen Werth auch in Preußen erkennt, wird auch kommen.

In einer von den Herren Verlegern mit mir gehaltenen Besprechung ward beschlossen, zwar Schritte zu thun, um womöglich eine Wiederzulassung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zu erwirken, jedoch ohne dafür irgend ein Zugeständniß zu machen, welches die Unabhängigkeit des Blattes und das strenge Festhalten desselben an seiner bisherigen Richtung beeinträchtigen könnte. Herr Dr. Eduard Brockhaus begab sich zu diesem Zwecke nach Berlin. Schon sehr bald konnte er über den Erfolg seiner Mission mir folgende erfreuliche Mittheilung machen:

Ich glaube bestimmt, daß die Wiederaufhebung des Verbots bereits in den nächsten Tagen erfolgt, und zwar ohne alle Bedingungen, außer daß man „wünscht", wir möchten doch einen officiösen Correspondenten annehmen, dessen Mittheilungen wir aber ganz nach unserem Belieben benutzen oder auch nur zu unserer Information entgegennehmen könnten.

Man hatte doch wohl in Berlin erkannt, daß man zu weit gegangen sei. Dem geäußerten „Wunsche" stattzugeben, fand ich unbedenklich. Von der Freiheit, die Mittheilungen aus dem Preßbureau je nach Belieben zu

benutzen oder nicht zu benutzen, machte ich den weitesten Gebrauch; außerdem ließ ich unsere Leser nicht im Zweifel darüber, daß unter dem Zeichen ** Berlin sich ein officiöser Correspondent verberge, so daß sie wußten, woran sie damit waren, und endlich sorgte ich auch noch, so oft es mir nöthig schien, durch besondere Redactionsbemerkungen dafür, unseren eigenen Standpunkt, wenn er von dem des Correspondenten abwich, ausdrücklich zu wahren.

Daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung" sich weder durch das Verbot noch durch dessen Wiederaufhebung in der entschiedenen, wenn auch allezeit maßvollen, Bekämpfung jeder mit ihrem Standpunkte unvereinbaren Maßregel der preußischen Regierung hat irre machen lassen, ergeben sogleich die nächstfolgenden Capitel. Auch wüßte ich nicht, daß jemals von irgend welcher Seite der Verdacht geäußert worden wäre, wir hätten unsern Curs auch nur im Geringsten geändert. Der Wunsch Watzdorfs, „die Deutsche Allgemeine Zeitung möchte diese Krisis überstehen, ohne sich untreu zu werden", ist vollständig in Erfüllung gegangen!

In meinen persönlichen Verhältnissen ging um eben diese Zeit, im Anfange des Jahres 1865, eine bedeutsame Veränderung vor.

Seit meiner Rückübersiedelung nach Leipzig hatte ich wohl bisweilen daran gedacht, ob es vielleicht dahin kommen könnte, daß ich auch in meine frühere Stellung an der Universität wieder einträte; doch hatte ich nicht gewagt, diesem Gedanken ernstlich nachzuhängen, denn noch immer war Herr von Falkenstein, der 1854 mich entsetzt hatte, Cultusminister.

Indeß wurden Wünsche solcher Art immer von Neuem in mir angeregt und gleichsam ermuthigt durch das liebenswürdige Entgegenkommen meiner ehemaligen Herren Collegen an der Universität, die mich z. B. ohne Weiteres, als wäre nichts geschehen, wieder als Mitglied des Professorenvereins aufnahmen. Ja, einzelne derselben (und zwar gerade solche, die politisch auf einem ganz andern Standpunkte standen, als ich, z. B. der verstorbene Klotz) redeten mir, so oft wir uns trafen, von meiner Wiederanstellung wie von etwas, das gar nicht so unmöglich sei, und ermunterten mich, Schritte dafür zu thun. Bevor ich mich dazu entschloß, holte ich den Rath meines vieljährigen aufrichtigen Gönners, des Ministers von Watzdorf, ein: einen besseren Rathgeber in dieser Sache glaubte ich nicht finden zu können. Watzdorf antwortete mir fast umgehend:

Verehrter Herr Professor!

Was Sie mir über die Aussicht zur Rückkehr in die akademische Laufbahn sagen, erfreut mich sehr. Ich wünsche Ihnen diese Rückkehr von ganzem Herzen und hoffe, daß Sie zu derselben gelangen. Geschieht dies, dann scheint mir Ihre Stellung, ganz abgesehen von den äußeren Rücksichten, die ich nicht vollständig übersehe, aber nach ihrem inneren Werthe, ganz befriedigend. Fragt sich nun, was Sie zur Realisirung dieses Wunsches thun sollen, so versteht sich das von selbst, daß ich es nur billigen kann, ja für nothwendig halte, daß Sie einen Schritt bei der Facultät thun. Ob auch direct, ohne Zwischenträger, beim Ministerium, das steht auf einem andern Blatt. Ich wollte Ihnen sofort nach Empfang Ihres Briefes „Nein!“ sagen. Allein ich fühlte, daß dies mehr eine Eingebung des Gefühls, als der ruhigen Erwägung war, und legte deshalb die Feder auf zwölf Stunden aus der Hand. Jetzt ist mein „Nein“ zwar auch noch

da, allein doch mit Modificationen. Ich kenne den Fall Ihrer Entlaſſung in ſeinen Einzelheiten nicht mehr genau genug, um mit vollſter Ueberzeugung ſagen zu können, man habe Ihnen Unrecht gethan. So weit ich mich des Falles erinnere, ſage ich das: weſentlich hat mir aber für dieſe Ueberzeugung immer der Grund als Maßſtab gedient, daß man, wie ich aus beſter Quelle weiß, damals ſelbſt in Dresden — in jener Zeit der finſterſten Reaction — die Meinung hatte: es ſei Ihnen Unrecht geſchehen. Sind Sie ſelbſt, wie ich glaube, bei nochmaliger ernſter Prüfung dieſer Meinung noch jetzt, dann ſage ich Ihnen: ich würde an Ihrer Stelle nicht bitten, wo es ſich um ein Recht handelt und die Veranlaſſung, dies zu üben, in officieller Weiſe durch den Facultätsbericht gegeben iſt. Ich gebe anheim, ſelbſt zu prüfen, ob dieſe meine Anſicht nicht das Erzeugniß eines gewiſſen nicht zu rechtfertigenden Stolzes oder auch Trotzes iſt. Mir ſcheint es nicht ſo.

Die Frage hat aber auch noch eine andere Seite, und dieſe iſt die wichtigere. Daß Herr von Falkenſtein, wenn er auf Ihr directes Erſuchen die Rehabilitation ausſpricht, Sie zu verbinden glaubt, iſt mir kaum zweifelhaft, eben ſo wenig, daß er es Ihnen ſehr verargen würde, wenn Sie Ihre publiciſtiſche Meinung vorkommenden Falles gegen ihn oder die königliche Regierung richten würden. Das möchte ſein. Aber würden Sie ſelbſt ſich ganz frei fühlen? Ich urtheile hier wieder nach mir und ſage: „Nein!“ Mißverſtehen Sie mich nicht! Wer mich durch irgend etwas weſentlich verbindet, wird mich damit keineswegs ſo gewinnen, daß ich Anſtand nähme, das Rechte gegen ihn zu vertreten. Aber im publiciſtiſchen Leben eine Oppoſition führen, bei welcher man ja öfters gegen die eigene Anſicht Zweifel hegen muß, iſt etwas Anderes. Hier kann ich mir denken, daß man ſich gehemmt fühlt. Ich ſpreche, wie geſagt, nur meine individuelle Empfindung aus und kann Ihnen nur anheimgeben, dieſe von Ihrem Standpunkte aus zu prüfen.

Ich hatte flüchtig den Gedanken, ob ich nicht an Herrn von Beuſt oder auch an Herrn von Falkenſtein ſelbſt ſchreiben ſollte; ich habe ihn aber aufgegeben. Man kennt meine Anſichten

in Dresden sehr genau; eine Verwendung von meiner Seite könnte leicht eher schaden, als nützen. Welchen Weg Sie auch einschlagen mögen, aufrichtig wünsche ich, daß er zum Ziele führe.

Der Rath, den Herr von Watzdorf mir gab, stimmte durchaus mit meiner eigenen Ansicht und Empfindung überein. So beschloß ich denn, danach zu handeln. Ich richtete ein Schreiben an die philosophische Facultät, worin ich, unter dankbarer Bezugnahme darauf, daß damals, als es sich um meine Entlassung gehandelt, die Facultät für mich eingetreten sei, dieselbe bat, jetzt, wo ja wohl auch höheren Orts die Anschauungen in mancher Hinsicht andere geworden seien, beim Ministerium für meine Wiederanstellung sich zu verwenden. Decan der Facultät war Drobisch. Mit ihm, der mir von jeher freundlich gesinnt gewesen, konnte ich die Angelegenheit in der vertraulichsten Weise besprechen. Er versprach mir sein gewichtiges Fürwort bei der Facultät. Die letztere nahm denn auch mein Gesuch wohlwollend auf und that den Schritt, um den ich sie gebeten. Das Ministerium ging auf die Verwendung der Facultät ein und verfügte meine Wiederanstellung als außerordentlicher Professor mit dem früheren Gehalt, und so konnte ich schon zu Ostern 1865 meine akademische Thätigkeit — nach einer Unterbrechung von nahezu zwölf Jahren (seit meiner Suspension im Herbst 1853) — mit frischem Muth von Neuem beginnen!

Von Herrn von Watzdorf, dem ich die erfolgte günstige Entscheidung sofort gemeldet, erhielt ich folgende liebenswürdige Antwort:

Inmitten verschiedenartiger Störungen will ich doch nicht

unterlassen, Ihnen, verehrter Herr Professor, meinen Dank für Ihren Brief vom 1. d. Mts. und meine herzliche Freude darüber auszusprechen, daß Ihnen volles Recht geworden. Nach Kämpfen mancherlei Art thut solches Ergebniß wohl — für die Person und als ein Sieg des Princips! Daß dieser Sieg auch der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" in Preußen in Aussicht steht, höre ich mit wahrer Freude. Das Recht kommt schließlich doch überall zur Geltung.

Fünfzehntes Capitel.

Die innere Krisis Deutschlands im Jahre 1865.

So entschieden ich dafür gewesen war, daß das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner, begründet und bekräftigt durch den Vertrag von 1460, nicht dem Gewaltstreich von 1852 aufgeopfert werde, so wenig konnte ich doch Denen beipflichten, welche dieses Recht auch da auf die Spitze treiben wollten, wo es sich um die Einordnung der, durch die preußisch-österreichischen Siege glücklich für Deutschland gewonnenen, Herzogthümer in den deutschen Staatskörper selbst, wo es sich also zugleich um ein Gesammtinteresse der deutschen Nation handelte. Daß letzteres eine solche Stellung Schleswig-Holsteins fordere, welche die Verwendung der reichen Mittel dieser Länder in strategischer, maritimer, commercieller Beziehung zum Besten Gesammtdeutschlands sichere, das schien mir zweifellos, ebenso zweifellos aber, daß dies nur dann der Fall sei, wenn Schleswig-Holstein der deutschen Nordmacht Preußen angegliedert werde, wenn Preußen, als Großadmiral Deutschlands in der Nord- und Ostsee, die volle Verfügung

über den unvergleichlichen Kriegshafen Kiel und über die seetüchtige Bevölkerung der Herzogthümer erhalte, wenn die schleswig-holsteinische Landmacht, wenn die Festung Rendsburg dem preußischen Militärverband eingeordnet werde, wenn endlich die Herzogthümer in Bezug auf ihr Zoll-, Post-, Telegraphenwesen ein organischer Theil jenes großen Handelsbundes würden, an dessen Spitze Preußen stand, des deutschen Zollvereins.

Die sogenannten „Februarforderungen", welche die preußische Regierung dem Prinzen Friedrich von Augustenburg als Bedingung seiner Erhebung auf den Thron von Schleswig-Holstein stellte, erschienen mir daher als vollkommen gerechtfertigt, ja nothwendig. Die Herstellung eines solchen Verhältnisses hielt ich auch um deswillen für sehr ersprießlich, weil dadurch, meiner Meinung nach, zugleich der Anfang und gewissermaßen das Vorbild zu einer bundesstaatlichen Einigung auch der andern kleineren deutschen Staaten mit Preußen gegeben sein würde. Eine förmliche Einverleibung der beiden Länder in Preußen (Annexion) schien mir dagegen im gesammtdeutschen Interesse weder erforderlich, noch selbst — aus dem vorangegebenen Grunde — wünschenswerth.

Diesen Standpunkt habe ich damals in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" nach beiden Seiten hin beharrlich vertreten. Ich gerieth darüber in einen ziemlich heftigen Streit mit Herrn von Treitschke, der in seinen „Preußischen Jahrbüchern" den Gedanken der Annexion mit großer Lebhaftigkeit verfocht.

Im Herbst 1865 ward mehrseitig die Berufung eines deutschen Abgeordnetentages nach Frankfurt a. M. und

ein von diesem abzugebendes Votum in Sachen Schleswig-Holsteins angeregt. Gleichzeitig mit ihm sollte der Ausschuß des Deutschen Nationalvereins und der Centralausschuß der „Schleswig-Holstein-Comités“ (der sogenannte „Sechsunddreißiger-Ausschuß“) tagen. Ich war anfangs der Ansicht, daß dieser Abgeordnetentag möglichst zahlreich besucht werden sollte; was die von ihm einzunehmende Stellung beträfe, so meinte ich, daß das Interesse der Nation an einem engen (bundesstaatlichen) Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen in erste Linie gestellt, die Bevölkerung der Herzogthümer aber aufgefordert werden müsse, diesem Interesse ihr „Selbstbestimmungsrecht“ unterzuordnen und anzupassen. In diesem Sinne formulirte ich eine Resolution und suchte für dieselbe eine Unterstützung theils bei den sächsischen Abgeordneten, theils anderwärts zu gewinnen. Ersteres gelang mir, und mehrere davon (wie Bering, Rose, Burck) waren geneigt, den Abgeordnetentag zu besuchen und dort in der von uns vereinbarten Richtung zu wirken.

Dagegen begegnete ich auswärts großer Meinungsverschiedenheit sowohl betreffs der Frage, ob überhaupt eine solche Versammlung jetzt zeitgemäß sei, als betreffs der eventuell von ihr einzunehmenden Haltung. Im Allgemeinen waren die Süddeutschen für Abhaltung eines Abgeordnetentages, allein sie wollten denselben dazu benutzen, nicht blos um den preußischen Annexionsbestrebungen entschieden entgegenzutreten, sondern um das „Selbstbestimmungsrecht“ des schleswig-holsteinischen Volkes in äußerster Strenge zu wahren. Selbst der besonnene, durch und durch national gesinnte Brater hatte sich von dieser Strömung

mit fortreißen lassen. Andererseits zeigten sich die Preußen angesichts jener Stimmung der Süddeutschen wenig geneigt, überhaupt zum Abgeordnetentage zu kommen. Zwischen Beiden stand eine dritte Gruppe, meist aus den kleineren norddeutschen Staaten, welche einen möglichst zahlreichen Besuch des Abgeordnetentages zu dem Zwecke wünschte, damit die einseitige Richtung der Süddeutschen wirksam bekämpft und einem vermittelnden Vorschlag zum Siege verholfen werde.]

Das Nähere über diese Gegensätze, welche damals die öffentliche Meinung in Deutschland spalteten, ergeben die nachfolgenden Auszüge aus der von mir nach den verschiedensten Seiten hin geführten Correspondenz.

Ein alter Frankfurter College und Parteigenosse vom „Augsburger Hof", Marquard Barth aus Kaufbeuren, (unlängst auch verstorben) schrieb mir:

Ihre geehrte Zuschrift vom 12. September kann ich erst heut beantworten, Ihnen aber auch heute wenig Verlässiges schreiben. Ich habe zwar inzwischen mit einigen baierischen Abgeordneten, wie Völk und Fischer, gesprochen, die sich nicht abgeneigt zeigten, so weit mitzugehen, als Sie vorschlagen daß man überhaupt gehen solle; eine Vorversammlung der Mitglieder der baierischen Fortschrittspartei findet aber erst am 29. September in Nürnberg statt, und, so viel ich aus den Erlanger Berichten über den dortigen Schleswig-Holstein-Verein (dem Braier und Hofmann angehören) entnehme, ist man dort zwar der Ansicht, daß die Schleswig-Holsteiner im deutschen Interesse Preußen Concessionen zu machen haben, glaubt aber, daß man dieses ihnen selbst überlassen müsse und in Frankfurt keinen darauf bezüglichen Beschluß fassen, sondern nur das „Selbstbestimmungsrecht" der Herzogthümer betonen dürfe. Im großen Publikum geht man wieder mit Parlamentsgelüsten schwanger und will durch allerlei Resolutionen in Volksversammlungen die Abgeordneten, die nach

Frankfurt gehen, nöthigen, dort die deutsche Frage mit der schleswig-holsteinischen zu verbinden. Meines Erachtens hätte man den Abgeordnetentag gar nicht berufen dürfen; nachdem dieses aber einmal geschehen ist, wird die ganze Aufgabe, die wir dort zu lösen haben, nur darin bestehen, daß wir, einmal hingekommen, sehen, wie wir mit Anstand von Frankfurt wieder fortkommen. Ich fürchte einen großen Zwiespalt der Meinungen und erwarte auf keinen Fall irgend einen Erfolg, als höchstens einen schlimmen, den nämlich, daß wir der Reaction wieder Nahrung geben. Dabei wird zugleich ein Mittel abgenutzt, das uns, zu rechter Zeit angewendet, später von großer Bedeutung hätte werden können. Indessen, das ist nun einmal nicht zu ändern. In der Sache selbst bewundere ich die Kindlichkeit unseres Volkes, welches durch Alles, was seit März 1848 geschehen, nicht gelernt hat, daß ein Parlament ohne Centralgewalt nicht bestehen kann, und welches nichts Besseres zu thun weiß, als sich in so nutzlosen Umtrieben zu ergehen. So wenig ich die Art rechtfertigen will, wie Preußen gegen die Elbherzogthümer verfährt (zumal dieselbe schließlich zu nichts führen kann, weil die fremden Mächte die Annexion doch nicht zugeben werden), so wenig begreife ich andererseits die Legitimitätsschwärmerei der Schleswig-Holsteiner, und meine, wenn sie klug wären, würden sie selbst den Anschluß suchen. Jedenfalls halte ich es für die Pflicht der ruhigen Denker, in Frankfurt vereinigt den Schwindlern die Stange zu halten und dafür zu sorgen, daß die richtige Ansicht den gehörigen Ausdruck in der Debatte finde. Auf eine Majorität werden sie wohl verzichten müssen.

In eben diesem mehr vermittelnden Sinne äußerte sich Metz von Darmstadt. Er schrieb:

. . . Ich beeile mich, Ihnen meine Meinung umgehend in Folgendem mitzutheilen. 1. Gegenüber den jetzigen Umständen ist Kommen unter allen Bedingungen, unbedingtes Kommen absolute patriotische Pflicht! Wegbleiben wäre jedenfalls verderblich. 2. Der Preußenhaß wird in Frankfurt nicht so stark sein, wie Sie meinen, da die kurhessische, die nassauer, unsere und die badische

Kammer durchaus nationalvereinlich zusammengesetzt sind und nur bei den Baiern und Württembergern von Preußenhaß theilweise die Rede sein könnte. 3. Vernünftige, gegen den etwa in Schleswig-Holstein sich regenden Localpatriotismus gerichtete Resolutionen werden eine Mehrheit finden, falls sie vorsichtig gefaßt sind. Bedenken Sie nur, daß die Schleswig-Holsteiner in Erklärungen ihrer Abgeordneten (z. B. in der letzten Eingabe an den Bund) stets Preußen die nöthigen Zugeständnisse angeboten haben. Falls Bismarck zu viel verlangt, dürfen wir meines Erachtens nicht ihm, müssen vielmehr den opferbereiten Schleswig-Holsteinern beipflichten. 4. Für eine bestimmt formulirte Resolution möchte ich noch nicht stimmen, weil am 28. September der Ausschuß des Nationalvereins und später der Sechsunddreißiger-Ausschuß tagen wird, beide aber mit den Schleswig-Holsteinern sich berathen und dann erst an eine Formulirung des Beschlusses gehen werden. Also zum Schluß: jedenfalls kommen Sie und Ihre Freunde, statt die Flinte voreilig in's Korn zu werfen! Nur Annexion und Vergewaltigung der Herzogthümer müssen wir als ehrliche Partei ablehnen. Aber selbst wer dies nach seiner wirklichen Ueberzeugung nicht will, wer also die jetzige preußische Politik billigen sollte, hat meines Erachtens zu kommen und zur Klärung der Sache offen seine Meinung zu vertreten.

Den süddeutschen Standpunkt vertrat Brater in der folgenden Auslassung:

Nach meiner Meinung kehrt die von Ihnen vorgeschlagene Erklärung das Verhältniß um, indem sie auf die Einheitsfrage und auf den Anschluß der Herzogthümer an Preußen das Hauptgewicht legt, während dem Zusammentritt der Abgeordneten im Jahre 1863 (der auch für den am 1. October maßgebend sein wird) die Absicht zu Grunde lag, vor Allem für das Recht und die Freiheit einzustehen. Man wird diesen Standpunkt um so weniger verlassen dürfen, als die Abgeordnetenversammlung alle möglichen Parteischattirungen in Betreff der Einheitsfrage umfaßt und folglich nicht dazu geeignet ist, über diese Frage in irgend einer Richtung ein Votum abzugeben, das durch seine Einmüthig-

keit einigermaßen imponiren könnte. Sobald das Verhältniß der Herzogthümer zu Preußen in der Discussion und den Anträgen an die Spitze gestellt wird, gerathen wir in ein Chaos von Meinungsverschiedenheiten und erreichen nichts, als daß sich die Zerfahrenheit der Ansichten und Absichten im Betreff der deutschen Frage von Neuem vor der Welt offenbart. Ich halte — sowohl an sich, als im Interesse der Verständigung — eine Umkehrung des von Ihnen formulirten Ausspruchs für das Richtige; man wird (dem Sinne nach) erklären müssen: „Auch Diejenigen, welche den engsten Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen im deutschen Interesse für wünschenswerth halten, verurtheilen doch die bisherige Politik der deutschen Mächte und dringen vor Allem darauf, daß das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer anerkannt werde." Was die baierischen und ebenso die württembergischen Abgeordneten betrifft, so glaube ich nicht, daß einer von ihnen auf Ihre Proposition eingehen möchte; daß sie dagegen in ihrer großen Mehrheit einer Erklärung wie die oben angedeutete beistimmen würden, ist kaum zu bezweifeln.

Ueber die Stellung der preußischen Abgeordneten zum Abgeordnetentage sprach sich Schulze-Delitzsch eingehend so aus:

Dank für Ihre Mittheilung, verehrter Freund! In einer gestrigen Versammlung hat sich in Berlin unter den dort befindlichen Abgeordneten einstimmig (aus vielen Gründen) die Ansicht festgestellt, nicht nach Frankfurt zu gehen. Wir schaden der Sache, compromittiren unsere, ohnehin schwierige Stellung in Preußen und geben den Gegnern Waffen gegen uns in die Hände. Die ganze Einberufung ist an und für sich eine unglückliche Maßregel; dieser Abgeordnetentag kann nur die Spaltung der liberalen deutschen Partei manifestiren und ist deshalb schon vom Uebel; außerdem kann das Resultat nur eine effectlose Resolution sein, da auch die Mittel- und Süddeutschen unter keiner Bedingung ihre Regierungen dazu bringen werden, thatsächlich für eine solche Resolution einzustehen. Also auf preußische Abgeordnete rechnen Sie so gut wie gar nicht! Was übrigens den von Ihnen

formulirten Antrag anlangt, so glaube ich mit eben solcher Bestimmtheit sagen zu können, daß die große Mehrheit der liberalen Partei des preußischen Abgeordnetenhauses auf dem Boden dieses Antrags, seinem Grundprincipe nach, steht. Ich glaube dies von dem linken Centrum behaupten zu können und kann es mit Zuverlässigkeit von der Fortschrittspartei. Nur die unbedingten Annexionisten (eine sehr kleine Zahl in der Fortschrittspartei) und die Krypto-Annexionisten (ebenfalls eine sehr kleine Zahl) würden widersprechen. Es hat sich dies bei den wiederholten, sehr eingehenden Debatten in der Fraction herausgestellt. Schon der Michaelis'sche Antrag (verschleierte Annexion) fand in der Fraction so wenig Zustimmung, daß er gar nicht hätte eingebracht werden sollen, und er ist denn auch im Hause mit größter Majorität verworfen worden. Die große Majorität der Fortschrittspartei verlangt schleunigste definitive Regelung der Verhältnisse und zu diesem Behufe Einberufung der Landesvertretung nach dem Gesetze von 1848 und eine Verständigung mit dieser unter möglichster Berücksichtigung der im Interesse Deutschlands berechtigten Forderungen Preußens, also das, was Ihr Antrag will. Ich selbst stehe unbedingt auf diesem Boden und würde mich meiner Partei nicht mehr angehörig finden, wenn sie ihn verleugnete.

Nun noch ein paar Stimmen aus nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten! Der Hannoveraner L., damals in Elberfeld, schrieb:

Mit großer Genugthuung habe ich wahrgenommen, daß Ihre und meine Stellung zu den wichtigsten Tagesfragen (Besuch der Abgeordnetenversammlung u. s. w.) sich mehr oder weniger völlig decken. Ich wünschte sehr, diese Uebereinstimmung käme auch auf der bevorstehenden Versammlung des Nationalvereins zu praktischem Ausdruck. Mehrere meiner norddeutschen Freunde gehen mit mir nach Frankfurt, um für eine Verstärkung der rechten Seite des Vereins, eine nachdrücklichere Betonung der Einheitsfrage, eine Zurechtrückung des in Eisenach verschobenen Schwerpunktis mehr nach Norden hin, zu wirken. Wir werden

für bundesstaatlichen Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen stimmen, als den Weg, um beide obwaltende Hauptinteressen zu befriedigen; wir werden den Ausschuß des Nationalvereins nicht sowohl zu stürzen, als in unserem Sinne zu ergänzen suchen namentlich auch durch Mitglieder aus den bis jetzt unvertretenen kleineren norddeutschen Staaten. Daß man das vorige Mal Trabert, Bürgers u. s. w. cooptirte, und Sie nicht, habe ich in einem Gespräche mit Brater u. A. als einen, an den Schein der Persönlichkeit grenzenden Mißgriff bezeichnet, wo ich dann hörte, daß Brater selbst für Sie gewesen, die damals noch überwiegend radicale Mehrheit aber gegen Sie. Jetzt ist das hoffentlich anders geworden.

Aus einem Briefe, den mir Friedrich Oetker von Berlin aus schrieb, sei Folgendes angeführt:

Ob eine directe Betonung der „preußischen Spitze" möglich sein wird, steht dahin. Jedenfalls aber, meine ich, müßte mittelbar, durch den Beschluß zu der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, darauf hingewiesen werden. Wie mir scheint, empfähle sich eine Erklärung etwa folgender Art: „Die schleswig-holsteinische Frage erheischt im nationalen Interesse eine solche Lösung, daß die Herzogthümer zu Preußen so viel als möglich in dasselbe Verhältniß treten, worin sie stehen würden, wenn Preußen nach der Reichsverfassung an der Spitze des deutschen Bundesstaates stände." Aehnliche Anschauungen habe ich hier bei Löwe, Duncker u. A. gefunden. Ich selbst habe die Sache seit Jahr und Tag in der „Morgenzeitung" so behandelt. Auch habe ich stets und überall die Ansicht vertreten, daß die sog. Februarbedingungen (zumal im Rahmen des Berliner Compromisses) jenem Verhältnisse im Wesentlichen entsprechen oder wenigstens nicht widerstreiten. Könnte ein solcher Ausspruch in der nächsten Generalversammlung des Nationalvereins erzielt werden, so würde mir das sehr zusagen. Was meinen Sie dazu? Möchten Sie sich nicht mit den Preußen zuvor in Verbindung setzen?

Nun, der Oetker'sche Vorschlag besagte im Wesentlichen dasselbe, wie der meine, und eine Verständigung mit den

preußischen Abgeordneten hatte ich, wie die oben angeführte Antwort von Schulze beweist, auch schon versucht.

Der Thüringer F. schrieb in seiner kurzen, entschiedenen Weise:

Mit dem Gedanken, welcher in der von Ihnen vorgelegten Resolution ausgedrückt ist, bin ich einverstanden; nur sehe ich keinen rechten Nutzen davon, wenn ein paar hundert Abgeordnete nach Frankfurt gehen und einen Gedanken aussprechen, der schon oft wiederholt worden ist und der gerade in dem gegenwärtigen Augenblick gar keine Aussicht auf Realisirung hat.

Aus Frankfurt selbst erhielt ich von dem sächsischen Abgeordneten B. folgende Auskunft über den muthmaßlichen Verlauf des Abgeordnetentages:

Burck schickte mir gestern die Resolution, welche Sie mit den übrigen Freunden festgestellt haben. Infolge dessen besuchte ich heute Dr. S. Müller hier, um mit ihm nähere Rücksprache zu nehmen. Derselbe erklärte, daß weder er noch die Süddeutschen den Antrag annehmen würden, weil die darin enthaltene Empfehlung, den preußischen Forderungen entgegenzukommen, das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer paralysire, und weil die Schleswig-Holsteiner bereits mehrmals erklärt hätten, daß sie Preußen Concessionen machen würden. Müller sagte mir, der „Sechsunddreißiger-Ausschuß" werde dem Abgeordnetentag nur Eine Resolution vorschlagen, dahin gehend, daß nur die Völker das Recht hätten, über sich und ihr Land zu verfügen, ferner, daß ein feierlicher, energischer Protest gegen den Gasteiner Vertrag erlassen werden solle. Man wolle das Ur-Recht des Volks durch einen Antrag constatiren. Der Abgeordnetentag könne nur an diesem Recht festhalten; etwas Anderes wäre es, wenn wir ein deutsches Parlament hätten.

B. fügte hinzu:

Es steht fest, daß die Preußen nicht kommen, dagegen die Süddeutschen fast vollzählig; letztere werden durch unsere großdeutschen Sachsen einen starken Zuwachs erhalten. Brater hat

größeren Einfluß als Metz: wenn nun Ersterer einen Antrag in der Form stellt, wie er andeutet, der dann vielleicht noch laxer formulirt wird, so wird ein solcher die Nassauer, Darmstädter u. s. w., zum Theil auch die Badenser für sich haben, und die wenigen wahrhaft Deutsch-Nationalen sind geschlagen! Selbst wenn ich die Badenser mit den Thüringern, Hannoveranern, denen aus den freien Städten und unseren paar Sachsen zusammenzähle, so würden im günstigsten Falle 40—50 Stimmen sich vereinigen, und Dies ist doch gar zu wenig.

Ob diese so wenig erfreulichen Aussichten auf die Ergebnisse des Abgeordnetentags (die sich übrigens vollkommen, ja in noch schlimmerer Weise bestätigten) oder ob die Pflichten meiner Redaction mich von der Theilnahme am Abgeordnetentage abgehalten haben, weiß ich nicht mehr, wohl aber, daß ich nicht dort war und daß ich mit seinen Beschlüssen mich nicht einverstehen konnte.

Sehr erfreulich war es mir, aus einem Briefe des Ministers von Watzdorf (vom 10. October 1865) zu ersehen, daß ich auch in dieser Frage mich in voller Uebereinstimmung mit dem hochverehrten Manne befand. Es hieß darin:

Ich habe mich gefreut, in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zu lesen, daß Sie trotz des Bismarck'schen Regiments einen engen Anschluß der Elbherzogthümer an Preußen mit Freuden begrüßen würden. Ich theile vollständig diese Ansicht. Ganz abgesehen von den äußeren Gründen, welche einen solchen Anschluß für die Herzogthümer zur Nothwendigkeit machen, glaube ich auch, daß das deutsche Interesse auf diesem Wege sicherlich gefördert wird. Die innere Entwickelung kommt früher oder später gewiß, das heutige Preußen mag dagegen thun, was es will. Hiervon ausgehend, beurtheile ich auch Herrn von Bismarcks Thätigkeit weit günstiger, als viele meiner Gesinnungsgenossen thun mögen. Er hat Preußens äußeres Ansehen gehoben, hat bewiesen,

was Preußen für Deutschland sein kann. Ich sage nicht: für Deutschland ist, denn dazu gehört ein verfassungsmäßig liberales Regiment. Aber Sie werden mir zugeben, daß es, Oesterreich und den Mittelstaaten gegenüber, von hohem Werthe ist, daß die allseitigen Verhältnisse einmal klar dargelegt worden sind. Es ist auch für diese von Werth, denn man verfehlt gar leicht den richtigen Weg zum eigenen Heil, wenn man sich infolge einer widernatürlichen Schwäche des Gegners Kräfte zuschreibt, die man in Wirklichkeit nicht hat. Also denke ich, Herr von Bismarck hat in Benutzung der ihm günstigen Umstände der großen Sache auch Dienste geleistet, mag es mit oder ohne seinen Willen geschehen sein. Daß die hier angedeutete Erkenntniß noch nicht überall durchgedrungen ist, haben Sie aus dem „Dresdener Journal" ersehen, welches sich mit den Mittelstaaten und deren Gegnern beschäftigt. Ich begreife nicht, wie Herr von Beust diese Artikel hat passiren lassen können, denn (wie Sie ganz richtig bemerkt haben), wollen die Mittelstaaten ihre alte Politik beibehalten, dann dürfen sie wahrlich nicht die jüngste Vergangenheit erörtern; sie ist ihnen nicht günstig.

Herr von Watzdorf schrieb von seinem Gute Berga aus, wo er einen Urlaub zubrachte. Mit Bezug darauf fügte er hinzu:

Obiges mag Ihnen beweisen, wie ich in meiner ländlichen Ruhe die Weltbegebenheiten nicht vergessen habe. Die Ruhe ist mir sehr werth und zum Gebrauche meiner Kräfte im Dienste dringend nöthig. Der letztere mit seinen kleinen Begebenheiten der einzelnen Tage nimmt mich gewaltig in Anspruch. Das beweist mir, daß meine Kräfte auf diesem Gebiete schwinden. Sonst klage ich nicht. Im Gegentheil. Die großen Dinge und etwa noch alle Zweige des Landlebens haben für mich ein erhöhtes Interesse und finden mich in größerer Ruhe, als sonst vielleicht der Fall war. Das ist der Vorzug der späteren Lebensjahre. Man fühlt zwar auch, aber man sieht und urtheilt so, als wenn man nicht fühlte.

Sechszehntes Capitel.

Das Jahr 1866.

So kam das verhängnißvolle Jahr 1866 heran! In dem Streit zwischen Preußen und Oesterreich um die Herzogthümer, der das ganze Jahr 1865 ausfüllte, hatte ich für keinen von beiden Theilen Partei ergriffen. Die von Bismarck erstrebte völlige Annexion Schleswig-Holsteins schien mir durch kein allgemeines deutsches Interesse geboten; allein ebenso wenig konnte ich es gutheißen, daß Oesterreich und die Mittelstaaten den so berechtigten Februarforderungen Preußens sich widersetzten und offenbar darauf ausgingen, aus Schleswig-Holstein ein Werkzeug zur Verstärkung der österreichisch-mittelstaatlichen Coalition gegen Preußen zu machen.

Als nun zu Anfang 1866 der Streit sich immer mehr zum offenen Bruche und endlich zum drohenden gewaltsamen Conflicte zuspitzte, da erachtete ich es für oberste Pflicht der Tagespresse, dem Unglück eines „deutschen Bürgerkriegs“ thunlichst vorzubeugen. Ein wirklich nationales Programm hatte bis dahin keiner der Streitenden

aufgestellt; so viel man sehen konnte, verfolgten beide lediglich Zwecke der Sonderpolitik: Preußen wollte sich vergrößern; Oesterreich und die Mittelstaaten wollten nicht blos dies verhindern, sondern womöglich Preußens Einfluß in Deutschland schmälern.

Bisweilen freilich überkam es mich wie eine Ahnung, ob nicht doch vielleicht Bismarck andere, höhere Ziele verfolge, als einen bloßen Gebietszuwachs für Preußen. Die Sicherheit und Zähigkeit, womit er auf seinem Wege vorandrang, imponirte mir. Was könnte, sagte ich mir, ein solcher Mann für Deutschland leisten, wenn er mit derselben Energie wirklich nationale Ziele verfolgte! Ich gab diesem Gedanken in meiner Zeitung wiederholt Ausdruck. Als die neue Landtagssession in Preußen heranrückte und die Rede davon war, daß die Regierung die Volksvertretung um eine Geldbewilligung für ihre schleswig-holsteinische Politik angehen, die Opposition aber diese Bewilligung verweigern werde, äußerte ich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. vom 14. Januar 1866): das Abgeordnetenhaus möge doch zur Regierung sagen:

Wenn Ihr Preußens Hegemonie, nicht blos über Schleswig-Holstein, sondern über ganz Deutschland, auf parlamentarischem Wege, durch Wiederaufnahme des Unionsprojects von 1849 oder auf sonstige Weise, anstreben wollt, so werden wir Euch dabei mit unserm ganzen moralischen Gewicht und nöthigenfalls durch Darbietung jeder erforderlichen materiellen Hilfe unterstützen.

Und ich setzte hinzu:

Um solchen Preis wäre, dünkt uns, selbst ein Compromiß in der Militärfrage nicht zu theuer erkauft.

Am 13. März kam ich auf diesen Gedanken zurück,

indem ich beklagte, daß „der einzige Staatsmann von zweifellos ſtarker und nachhaltiger Energie, den Preußen ſeit dem großen Freiherrn vom Stein beſeſſen", ſich nicht entſchließen könne, ähnlich wie Stein das Ziel der Größe Preußens auf dem Wege der Entfeſſelung der Volkskraft und der Verbrüderung mit ihr, ſtatt auf dem blos äußerer Gewalt, zu verfolgen, und am 15. März ſagte ich, in Anknüpfung an einen Artikel der officiöſen Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung, welcher auf die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Bundesreformpolitik von 1849 ſeitens der preußiſchen Regierung hindeutete:

Es ließe ſich immerhin denken, daß ein Mann von hellem Geiſt, dem es um die Machtſtellung ſeines Vaterlandes nach außen ſo ernſt iſt, wie offenbar dem Grafen Bismarck, die Unmöglichkeit einer Politik, die in demſelben Moment, wo ſie der größten Erhebung und Einigkeit der geſammten Volkskraft nach außen bedürfte, dieſe Kraft im Innern lähmt, ſpaltet und von ſich abwendig macht, endlich eingeſehen und darum, weil er ja doch von ſeiner äußeren Politik um keinen Preis abgehen möchte, ſeine innere zu wechſeln ſich entſchloſſen hätte. Gerade bei einer Perſönlichkeit wie Graf Bismarck wäre dann wohl anzunehmen, daß er dieſe neue Politik, einmal ergriffen, ebenſo energiſch feſthalten und durchführen würde, wie vorher die alte. Mit einem Staatsmanne, der ſo verführe, würde die liberale Partei ſich zwar niemals ebenſo innerlich in Uebereinſtimmung fühlen, wie mit einem, der „Fleiſch von ihrem Fleiſche" wäre; allein ſie könnte, ja müßte gleichwohl ihn als Bundesgenoſſen annehmen und unterſtützen, ſobald ſie nur ſichere Bürgſchaften dafür hätte, daß er fortan wirklich und nachhaltig liberal handeln werde, wenn auch nur aus Rückſichten der äußeren Politik oder der Geſammtlage des Staates.

Als ſich zuerſt das Gerücht verbreitete, Bismarck wolle, wie Oeſterreich an den Bundestag, ſo ſeinerſeits an das deutſche Volk appelliren, wolle die Berufung

eines deutschen Parlamentes nach unmittelbaren Volkswahlen beantragen, sagte ich (Nr. vom 7. April):

Vom Standpunkt des gegenwärtig in Preußen herrschenden Systems aus wäre es jedenfalls als ein hochwichtiges Zugeständniß an die öffentliche Meinung zu betrachten, wenn Graf Bismarck sich zu einem solchen Appell an das deutsche Volk entschlösse.

Das bloße Wort „Parlament" freilich genügte mir nicht, um mich aus der Zurückhaltung, die ich bisher der Bismarck'schen Politik gegenüber beobachtet hatte, herauszutreiben. „Was soll," fragte ich, „das Parlament? Soll es nur etwa, wie das plebiscite in Frankreich, die Errichtung einer preußischen Dictatur sanctioniren, an welche die diplomatische und Militärhoheit aller deutschen oder doch norddeutschen Staaten übergehen müßte? Die Einheit wäre damit freilich gewonnen; aber wo bliebe die Bürgschaft dafür, daß eine solche einheitliche Gewalt auch allezeit im wahrhaft nationalen Interesse geübt werden würde?"

Bald darauf ward jenes Gerücht durch ein anderes abgelöst. „Von einflußreicher Seite," hieß es, „wird an dem Sturze des Grafen Bismarck gearbeitet." „Wer wird," fragte ich (Nr. vom 8. April), „sein Nachfolger sein? Sollte man etwa zu einem liberalen Ministerium greifen wollen, um das vom Grafen Bismarck in der auswärtigen Politik verfolgte Ziel, dessen Erreichung auf dem von ihm eingeschlagenen Wege sich anscheinend als unmöglich erwiesen hat, mit andern Mitteln, etwa mit Zuhilferufung der Volkkraft der deutschen Nation, zu erreichen?" Und ich antwortete darauf:

Aber wo sind die Männer, die in echt liberalem und nationalem Geist, zugleich doch mit derselben Energie, wie Graf Bismarck, die

Zügel der auswärtigen und namentlich der deutschen Politik Preußens zu ergreifen befähigt sein möchten? Und so kommen wir zu dem sonderbaren Schluß: so entschieden wir den Fall des Systems Bismarck wünschen müssen, so sehr ist doch zu beklagen, daß sich dieses System nicht von diesem Manne trennen läßt, oder daß dieser Mann sich nicht von diesem Systeme hat trennen mögen; so sehr bleibt zu fürchten, daß mit dem Verfehlten des Systems auch dasjenige verloren gehen werde, was, wenn es sich aus der Verstrickung mit jenem Verfehlten hätte herauslösen lassen, für Preußen und Deutschland fruchtbringend hätte werden können.

Ich führe dies Alles hier an, um zu zeigen, daß ich in jener kritischen Zeit weder in engherziger Verkennung der gewaltigen Eigenschaften des Grafen Bismarck demselben einseitig Opposition gemacht, noch aber auch zu blinder Bewunderung dieses Staatsmanns und zur Verleugnung langgehegter liberaler und nationaler Anschauungen mich habe verleiten lassen, daß ich vielmehr immer beflissen gewesen bin, mir die Unbefangenheit des Urtheils nach beiden Seiten hin zu wahren.

Selbst dann, als Graf Bismarck am 9. April 1866 den entscheidenden Schritt gethan und wirklich am Bundestage den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlamentes zur Berathung einer Bundesreform gestellt hatte, beobachtete ich (so sehr mich dieser Antrag mit Freude und Hoffnung erfüllte) in meiner Zeitung demselben gegenüber anfangs noch immer etwas von der früheren Zurückhaltung. Der Antrag, sagte ich (Nr. vom 13. April), sei keinesfalls von vornherein abzulehnen (wie das die meisten liberalen Blätter thaten), wohl aber müsse man sein Urtheil darüber bis dahin aufsparen, wo man wisse, welche Art von Bundesreform Graf Bismarck im Auge

habe. Auch werde jedes deutsche Parlament, wenn die preußische Regierung an dasselbe mit dem Anspruch auf irgend welche Führerschaft in Deutschland herantrete, die Forderung zu stellen haben, „daß zuvor das preußische Volk selbst in den vollen Besitz und die geregelte Uebung constitutioneller, parlamentarischer Institutionen und Freiheiten wieder eingesetzt sein müsse".

In einem weiteren Artikel (Nr. vom 15. April) bemerkte ich gegenüber Denen, welche von dem Parlamentsgedanken nichts wissen wollten, weil er von Bismarck komme:

Nicht, wer die nationale Idee wieder auf die Tagesordnung stellt, ist das Entscheidende, sondern daß sie wieder darauf gestellt ist und nicht so leicht wieder davon entfernt werden kann.

Natürlich lag es nahe, bei diesem jetzt zu berufenden Parlamente zurückzudenken an das von 1848. Ich zog eine solche Parallele (Nr. vom 25. April) in folgenden Sätzen:

Im Jahre 1848 war es der aus dem Volke hervorbrechende nationale Gedanke, der sich eine reale Macht schaffen wollte, aber mit diesem Bestreben leider scheiterte. Heut ist es eine vorhandene reale Macht, die mit Hilfe des nationalen Gedankens sich stärken, befestigen, erweitern möchte. Damals suchte die Nation einen Halt- und Mittelpunkt für das Gebäude deutscher Zukunftsgestaltung, das sie errichten wollte: aber der allein dazu taugliche Factor, der Staat Preußen, versagte sich ihr. Heut ist es die preußische Regierung, welche die Nation sucht, weil sie ihrer bedarf; heut ist es an der Nation, die ihr entgegengestreckte Hand nicht gleichfalls zurückzustoßen, sondern zu erfassen, aber nur unter solchen Bürgschaften, daß davon das allgemein deutsche, nicht das blos preußische Interesse den Gewinn habe, daß Recht und Macht gleichermaßen zu Ehren und zur Geltung komme.

Daß der Zusammentritt des zu berufenden Parlamentes im vorhinein auf einen ganz bestimmten Tag festgesetzt werden sollte, damit die Regierungen genöthigt wären, bis dahin über den dem Parlamente vorzulegenden Bundesreformentwurf sich schlüssig zu machen und zu einigen, schien mir richtig, weil sonst eine Verschleppung der ganzen Angelegenheit zu befürchten stand. Es war dies das einzige Mal, wo ich in meinen Ansichten über eine nationale Frage mit Herrn von Watzdorf auseinanderging, welcher diesen Druck auf die Regierungen bedenklich fand, auch fürchtete, das Parlament möchte dann doch am Ende zusammentreten müssen, ohne daß ein allseits vereinbarter Bundesreformentwurf vorläge.

In dem Zustandekommen des Parlaments erblickte ich zugleich die beste Bürgschaft für eine friedliche Lösung des zwischen Preußen und Oesterreich schwebenden Conflicts. Auf diesem Wege, schien mir, könnte und müßte in ruhiger parlamentarischer Verhandlung der Streit entschieden werden. Wer jetzt noch an die Waffen appellire und damit diesen friedlichen Weg wieder versperre, der sündige an der Nation, gegen den müsse die Nation sich erklären. Die schleswig-holsteinische Frage trat für mich nun in die zweite Linie zurück; vor Allem handelte es sich jetzt, meinte ich, um eine Bundesreform; in dem dadurch neu zu gestaltenden Deutschland werde auch Schleswig-Holstein seine richtige Stelle angewiesen erhalten.

Das Bestreben Oesterreichs, die schleswig-holsteinische Frage vor den Bundestag zu bringen und durch diesen, nicht durch ein Parlament, entscheiden zu lassen, erfüllte mich mit Besorgniß, denn bei der feindlichen Stellung der

österreichischen Mehrheit am Bundestage gegen Preußen schien mir davon ein neuer, gefährlicher Conflict zu befürchten. Mit ganz besonderer Besorgniß aber nahm ich wahr, wie die Mittelstaaten, auch Sachsen, durch ihre ganze Haltung Oesterreich in diesem Vorgehen bestärkten. In einem Artikel vom 5. Mai (Nr. vom 6. Mai) beschwor ich die sächsische Regierung, den von Preußen eröffneten Weg einer friedlichen Vereinbarung der Fürsten und Völker Deutschlands im Parlamente doch ja nicht zu verlassen.

Bei diesen blos publicistischen Bemühungen um Erhaltung des Friedens glaubte ich es aber nicht bewenden lassen zu dürfen. Schon am 4. Mai hatte ich einen Kreis Gleichgesinnter (darunter einflußreiche Mitglieder des Stadtraths- und Stadtverordnetencollegiums) versammelt, um zu berathen, welche wirksamen Schritte für Erhaltung des Friedens geschehen könnten. Als das Beste ward befunden, daß die städtischen Behörden Leipzigs sich in einer Vorstellung an die Regierung wendeteten. Das geschah. Einstimmig beschloß der Stadtrath auf den Vorschlag meines Schwagers, des Bürgermeisters Koch, eine solche Vorstellung, und ebenso einstimmig trat das Collegium der Stadtverordneten, in welchem ich diese Maßregel motivirte, derselben bei. Die Vertreter des Handels und der Gewerbe — Kramerinnung, Handels- und Gewerbekammer Leipzigs — schlossen sich an, und das Gleiche geschah von Seiten anderer sächsischer Handel- und Gewerbetreibenden. Sogar eine Volksversammlung in Chemnitz neigte in ihrer Mehrheit friedlichen Ideen zu.

Die Regierung jedoch wies unsere Vorstellung als unbegründet und unberechtigt zurück; das officielle Dresdener

Journal erklärte dieselbe für einen Ausfluß der „Feigheit“ und des „Kleinmuthes“, drohte zugleich mit ernsteren Maßregeln bei Wiederholung solcher Kundgebungen, und das zweite Preßorgan der Regierung, die „Leipziger Zeitung“, entblödete sich nicht, mich, den sie als den eigentlichen Urheber dieser Friedensadresse bezeichnete (was ich allerdings war, was gewesen zu sein ich mir aber noch heut zum Verdienst anrechne), persönlicher Beziehungen zum preußischen Ministerpräsidenten zu verdächtigen!

Eine Volksversammlung in Leipzig, in welcher die Großdeutschen den Socialdemokraten, die Herren Professor Wuttke und Cramer den Herren Fritzsche und Liebknecht die Hand reichten, faßte scharfe Resolutionen gegen uns. Ein namhafter Führer der sächsischen Demokratie, der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Joseph, hatte den ehrenwerthen Muth, für den Beschluß des Stadtraths und der Stadtverordneten in dieser Versammlung einzutreten, konnte aber kaum zum Worte kommen.

In Dresden spottete man über die „Leipziger Pfeffersäcke“, welche, wie man meinte, nur darum nach Frieden schrieen, weil ihnen um ihr Hab und Gut bange. Dagegen schloß sich eine sehr zahlreich besuchte „Bürgerversammlung“ in Leipzig — trotz einer oppositionellen Minderheit, die darin auftrat — in ihrer großen Mehrheit den Friedensbestrebungen der städtischen Behörden an, indem sie eine Petition an die Zweite Kammer richtete, in welcher diese gebeten wurde:

1) Sie wolle die hohe Staatsregierung auf das Dringendste angehen, die Berufung eines deutschen Parlamentes nach dem preußischen Vorschlage — unerwartet einer vorgängigen Vereinbarung

über die demselben zu machenden Vorlagen — für einen thunlichst nahen Termin aus allen Kräften zu fördern und zu betreiben.

2) Sie wolle es dabei als ihre Ansicht aussprechen, daß die Wahlen zu diesem Parlament nur nach dem von der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung am 28. März 1849 beschlossenen Wahlgesetz für das künftige deutsche Volkshaus vorzunehmen seien.

3) Sie wolle keine Mittel zu Rüstungen bewilligen, welche zur Hinderung dieser friedlichen parlamentarischen Lösung des Conflicts oder zur Aufrechthaltung des gegenwärtigen bundestäglichen Zustandes dienen könnten.

Die Petition (zu deren Verfasserschaft ich mich ebenfalls bekenne) schloß mit folgendem Appell an die Kammer:

Hohe Kammer! Die Frage steht gegenwärtig so: Krieg oder Parlament? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Gegen einen Krieg Deutscher gegen Deutsche, einen Krieg, dessen politische Zwecke und Erfolge unklar, dessen zerstörende Wirkungen aber für Handel und Wandel, für Ackerbau und Gewerbe, überhaupt für jede Art von Cultur nur zu gewiß sind, hat sich die Stimme des Volks in zahlreichen Kundgebungen sowohl in Sachsen als im übrigen Deutschland entschieden erklärt. Dagegen ist das deutsche Parlament und die deutsche Bundesreform nicht blos ein durch die Thatsachen des Jahres 1848 dem deutschen Volke feierlich zugesprochenes und erworbenes, ihm nicht wieder zu entziehendes Recht, sondern auch das gemeinsame Ziel der Wünsche und Bestrebungen aller deutschen Stämme und fast aller politischen Parteien. Wir sind überzeugt, auch die hohe Zweite Kammer Sachsens wird in den allgemeinen Ruf einstimmen: nicht Krieg, sondern Parlament!

Gegen die abfällige Entscheidung der Regierung auf die Eingabe der städtischen Behörden und gegen die von dem Dresdener Journal denselben deshalb ertheilte Rüge verwahrte sich das Collegium der Stadtverordneten durch den auf einen Antrag von mir mit allen gegen 6 Stimmen gefaßten Beschluß:

Das Collegium spricht aus, daß nach seiner unveränderten Ueberzeugung Stadtrath und Stadtverordnete, indem sie die Regierung baten, Alles zu vermeiden, was den Ausbruch eines Krieges in Deutschland beschleunigen, Sachsen speciell zum Schauplatz eines solchen machen, endlich die in Aussicht gestellte und von der Nation ersehnte Neugestaltung Deutschlands im parlamentarischen Wege hindern möchte, nur nach bestem Wissen und Gewissen gethan haben, was sie als ihre Pflicht gegen die Stadt sowohl als gegen das Vaterland erkannten.

Leider waren alle diese Bemühungen um Erhaltung des Friedens vergeblich! Herr von Beust wollte den Krieg, und er wußte seine Collegen, die Stände, den König selbst auf seinen Weg mit fortzureißen.

König Johann hatte (wie man neuerdings durch des Ministers von Friesen „Erinnerungen" authentisch erfahren hat) schon 1865 in einem Schreiben von Possenhofen aus an Herrn von Beust seine Ansicht dahin ausgesprochen:

Ein wirklicher Bruch zwischen den beiden Großmächten würde ein so großes Nationalunglück für ganz Deutschland sein und so unberechenbare Folgen haben können, daß man eine jede Möglichkeit zur Ausgleichung, die sich mit der Ehre und den Grundsätzen vertrage, zu benutzen verpflichtet sei.

Im völligen Gegensatze zu den in diesem Schreiben ausgesprochenen friedliebenden Gesinnungen des Königs hatte Herr von Beust nach Kräften den Krieg geschürt. Er war auf die Forderung, welche Oesterreich in der Note vom 16. März 1866 an die Mittelstaaten stellte, sie möchten rüsten, bereitwillig eingegangen und hatte dadurch, so viel an ihm war, Oesterreich in seinem Kriegseifer und in der Hoffnung auf einen leichten Sieg über Preußen bestärkt. Als sodann die österreichische Regierung, im Vertrauen auf die ihr gesicherte Bundesgenossenschaft der

Mittelstaaten, den verhängnißvollen Schritt am Bundestage that, der nothwendigerweise zum Kriege führen mußte, da war wiederum Herr von Beust unter Denen, welche diesen Schritt unterstützten und Preußen muthwillig zum Kriege herausforderten.

Dieses Verfahren war um so unentschuldbarer, als Herr von Beust, wie gleichfalls Herr von Friesen berichtet*), durch Herrn von der Pfordten wußte, daß eine Conferenz hoher baierischer Militärs sich einstimmig dahin erklärt hatte: „ein Krieg Oesterreichs gegen Preußen müsse unglücklich (für Oesterreich) ausfallen."

Nichtsdestoweniger trieb Herr von Beust Sachsen in diesen, aller Voraussicht nach „unglücklichen" Krieg an der Seite Oesterreichs hinein! Der alten, von ihm durch den Staatsstreich von 1850 in's Leben zurückgalvanisirten Stände war er in ihrer großen Mehrheit sicher; sie billigten und bewilligten, was er wollte, also auch die Mittel zu den Rüstungen; die kleine liberale Partei in der Zweiten Kammer, welche durch den Mund des Abgeordneten Schreck den Minister wegen dieser Rüstungen interpellirte, ließ sich durch eine ausweichende Antwort (als erfülle Sachsen damit nur seine Bundespflicht, während doch bis dahin der Bundestag keinerlei Rüstungen angeordnet hatte) beschwichtigen; seine eigenen Collegen, die andern Minister, fragte er gar nicht, ehe er die inhaltschwere Depesche, die nichts Geringeres als Krieg bedeutete, nach Frankfurt expedirte!

In wie unverantwortlicher Weise Herr von Beust in jenem verhängnißvollen Momente zu Werke gegangen, das

*) „Erinnerungen", 2. Bd., S. 250.

hat Herr von Friesen in seinen schon öfters citirten „Erinnerungen" mit dankenswerther Offenheit (natürlich nach allerbestem Wissen) geschildert. Er erzählt*):

Beust war durch das rasche Vorgehen Oesterreichs in hohem Grade erregt; er sprach die bittersten Vorwürfe darüber aus, daß Oesterreich, welches Jahre lang den Bund ganz unbeachtet gelassen, jetzt auf einmal, nachdem es durch sein eigenes Vorgehen den Krieg unvermeidlich gemacht habe, den Bund mit hineinziehen wolle. Wir waren damals allerdings in einer überaus peinlichen Lage. Preußen, dessen auf die völlige Annexion Sachsens gerichtete Gedanken uns bekannt waren**), stand uns als entschiedener Feind gegenüber; vom Bunde hatten wir nicht die allergeringste Unterstützung zu erwarten; stimmten wir gegen die Mobilisirung des Bundesheeres, so beleidigten wir auch noch Oesterreich auf's Tiefste, verscherzten seine Hilfe und waren ganz isolirt und verloren. Für den Antrag zu stimmen, war aber auch bedenklich, denn es war klar, daß Preußen dies als einen Bundesbruch ansehen und uns sofort den Krieg erklären werde. Unter diesen Umständen hatte Herr von Beust einen eigenthümlichen Ausweg ergriffen. Obgleich er nämlich den Antrag, den Herr von der Pfordten statt des österreichischen stellen wollte (derselbe war, wie Herr von Friesen bemerkt, in der Sache ganz dem letztern gleich, nur in der Form davon verschieden), nur nach seiner allgemeinen Richtung, aber weder seinem Wortlaut, noch seiner Motivirung nach

*) A. a. O., 2 Bd., S. 164 ff. Herr von Beust hat in seiner Gegenschrift („Erinnerungen zu Erinnerungen") dies nicht zu widerlegen versucht, jedenfalls weil er es nicht widerlegen konnte.

**) Diese Behauptung (daß die preußische Regierung vor dem Kriege von 1866 auf die Annexion Sachsens ausgegangen sei), für welche, so viel mir bekannt, auch nicht die Spur eines Beweises vorliegt, hat Herr von Friesen in keiner Weise begründet. Dieselbe wird direct widerlegt durch das Ultimatum Preußens vom 15. Juni 1866, worin dem König von Sachsen die Integrität (Unverletztheit) seines Landes zugesichert ward, sobald er sich nur in dem Kriege zwischen Preußen und Oesterreich neutral verhalte.

kannten, so hatte er doch unseren Bundestagsgesandten angewiesen, diesem Antrag einfach zuzustimmen. Als er mir dies — nach Abgang der bezüglichen Depesche (!) — mittheilte, und ich ihm meine Bedenken darüber aussprach, daß er in einer so wichtigen Angelegenheit, wo es der größten Vorsicht bedurfte, sich einem seiner Fassung nach ihm noch unbekannten Antrage habe anschließen und uns dadurch im Voraus für einen ungewissen Erfolg habe binden können, suchte er mich durch die Bemerkung zu beruhigen: „Herr von der Pfordten werde seinen Antrag gewiß so formuliren und motiviren, daß er nicht verletzend für Preußen sei. Aber auch in einer solchen Form werde der Antrag auf Mobilisirung nach seiner (Beusts) Ueberzeugung in Frankfurt nicht angenommen werden. Es komme dabei auf Hannover und Kurhessen an; die übrigen Stimmen für und wider ständen sich gleich, wenn Sachsen für den Antrag stimme. In Hannover sei aber noch gar nichts geschehen, um sich zu einem Kriege vorzubereiten; die Armee sei noch ganz auf dem Friedensfuße; es sei daher ganz undenkbar, daß Hannover für die Mobilisirung stimmen könne. Aehnlich verhalte es sich mit Kurhessen; dort fehle es an Geld, um zu mobilisiren; auch Kurhessen könne daher unmöglich für die Mobilisirung stimmen." Nach Beusts Ansicht war es daher ganz zweifellos, daß der Antrag in Frankfurt verworfen werden, und Preußen daher keinen Anlaß haben werde, dem Bunde den Krieg zu erklären. Aber das von Beust für unmöglich Erklärte geschah: Hannover und Kurhessen stimmten für den Antrag, und die Mobilisirung wurde mit 9 gegen 7 Stimmen beschlossen.

Aber auch Herr von Friesen und die anderen Minister sind von der Mitschuld an dem durch Herrn von Beust über Sachsen gebrachten Unheil keineswegs freizusprechen. Herr von Friesen sagt*):

Der Gedanke, was dann aus Deutschland werden solle, wenn Oesterreich einen entscheidenden Sieg erringe, wenn die Politik, die damals dort herrschte und die wir in den letzten Jahren genau

*) A. a. O., S. 169.

kennen gelernt hatten, ohne jedes Gegengewicht zur alleinigen Geltung und Macht in Deutschland gelangen sollte, dieser Gedanke war nicht verführerisch.

Herr von Friesen sah also ein, daß ein Sieg Oesterreichs in seinen Folgen für Deutschland und somit auch für Sachsen unheilvoll sein müßte. Und doch trennte er sich nicht von Herrn von Beust, als dieser Alles that, um einen solchen Sieg Oesterreichs — mit schweren Opfern für Sachsen — herbeizuführen!

Wenn Herr von Friesen und die anderen Minister die österreichfreundliche und kriegerische Politik ihres Collegen Beust nach ihrer Ueberzeugung nicht billigten (wie man das nach dem eigenen Geständniß des Herrn von Friesen wenigstens von diesem annehmen muß), so war es ihre Pflicht, derselben entschieden entgegenzutreten, äußersten Falls, wofern Herr von Beust nicht davon lassen wollte, dem König ihre Entlassung anzubieten und so eine Entscheidung Sr. Majestät zwischen ihnen und Herrn von Beust herbeizuführen. Wer weiß, ob nicht dann König Johann, entsprechend jenen 1865 von ihm an Herrn von Beust gerichteten friedliebenden Worten, sich von der kriegerischen Politik dieses letztern losgesagt und einer minder gefährlichen zugewendet hätte!

Indem dagegen diese anderen Minister die Mitverantwortlichkeit für des Herrn von Beust cavaliere Politik auf sich nahmen, bestärkten sie den Monarchen in dem Glauben, daß, was alle seine Minister riethen, zu seinem und des Landes Besten dienen müsse.

Und so ward auch das Ultimatum Preußens vom 15. Juni, welches die letzte Möglichkeit einer Umkehr bot,

zurückgewiesen, so wurden alle Brücken der Verständigung abgebrochen und die Schiffe verbrannt!

Ich lege Gewicht darauf, ausdrücklich — auf Grund einer so unwiderleglichen Quelle, wie es in dieser Sache die „Erinnerungen" des Herrn von Friesen sind — zu constatiren, wie leichtfertig damals mit den Geschicken des sächsischen Landes und Volkes umgegangen, wie selbst die wohlwollendsten Absichten des Königs in ihr Gegentheil verkehrt worden sind — ich lege Gewicht darauf, einmal, weil darin die beste Rechtfertigung der vor dem Kriege von mir und meinen Gesinnungsgenossen zur Abwendung desselben gethanen Schritte liegt, und sodann, weil ich an einer späteren Stelle dieser Aufzeichnungen Veranlassung haben werde, eben darauf zurückzukommen, um Vorwürfe zu entkräften, die mir und meiner Partei wegen unserer Stellung zu den Friedensverhandlungen zwischen Sachsen und Preußen gemacht worden sind.

Am 16. Juni ward Sachsen von den Preußen besetzt. Von diesem Augenblick an hörte, nach meiner Auffassung, für einen sächsischen Publicisten die Freiheit der Meinungsäußerung auf. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 17. Juni erklärte ich daher:

Für Sachsen ist der Zustand des Krieges eingetreten. So lange dieser Zustand dauert, ist eine eigentliche Discussion der Tagesfragen nicht wohl möglich. Unter der Herrschaft der Waffen giebt es keine volle Freiheit der Meinungsäußerung; wo aber diese fehlt, da gebietet der Presse das Gefühl der eigenen Würde, nach beiden Seiten hin zu schweigen. Wir werden uns daher möglichst streng auf die Wiedergabe des Thatsächlichen beschränken müssen, und unsere wichtigste, aber auch schwierigste Aufgabe wird darin bestehen,

dieses Thatsächliche so unverfälscht und geschichtet wie möglich unsern Lesern zu überliefern.

In der That war diese Aufgabe wahrheitsgetreuer Berichterstattung keine leichte. An den Grenzen Sachsens gegen Böhmen und Schlesien hin war ein förmlich organisirter Dienst zur Fabrikation falscher Nachrichten eingerichtet, welche dann systematisch über das ganze Land verbreitet wurden — Alles, um die Bevölkerung in dem Wahne zu erhalten, Oesterreich sei siegreich, Preußen der Vernichtung nahe. Da ward von der Einnahme preußischer Festungen in Schlesien durch die Oesterreicher, von der Gefangennahme preußischer Prinzen, welche Armeen commandirten, von dem Anmarsch der siegreichen Oesterreicher auf Dresden und Aehnlichem gefabelt. Die öffentliche Meinung bezeichnete ziemlich bestimmt die Persönlichkeiten, welche bei dieser Fabrikation und Verbreitung von Sensationsnachrichten hauptsächlich betheiligt sein sollten. Für das Colportiren derselben erwies sich (in Leipzig wenigstens) ein großer Theil der Briefträger als besonders eifrig. Wieder eine andere Art von Alarmnachrichten ward zu dem Zwecke in Umlauf gesetzt, um die Bevölkerung Sachsens gegen die preußischen Besatzungstruppen und so gegen Preußen selbst aufzuhetzen. Dahin gehörten die Erzählungen von der Pressung sächsischer Wehrpflichtiger zum Eintritt in preußische Regimenter u. dgl. m.

In der Leichtfertigkeit, womit derartige Ausstreuungen in weiten Kreisen geglaubt, in der Leidenschaftlichkeit, womit sie weitergegeben und besprochen, in dem fanatischen Preußenhasse, zu dessen Erzeugung sie verwerthet wurden — in Alledem zeigten sich recht deutlich die traurigen Wirkungen

der politischen Unreife und Einseitigkeit des Urtheils, zu welcher das sechszehnjährige Beust'sche Regiment einen großen Theil des sächsischen Volkes herabgebracht hatte.

Mit der entscheidenden Schlacht von Königgrätz durfte der kurze Krieg für beendet, das Friedenswerk für in nahe Aussicht gestellt gelten. Damit schien mir der Moment gekommen, wo die Tagespresse ihr bisheriges Schweigen brechen und sich der Aufgabe einer Erörterung der muthmaßlichen Friedensbedingungen unterziehen mußte. Ich meinestheils trat in diese Erörterungen ein, indem ich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. vom 6. Juli) mich so aussprach:

Preußen wird, so glauben wir nach allen Anzeichen annehmen zu dürfen, die sehr mäßigen und berechtigten Forderungen, die es noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Kriegs stellte — Forderungen, deren Erfüllung ebensowohl durch das rechtverstandene allgemeine Interesse der deutschen Nation, wie durch Preußens natürliche Machtstellung geboten erscheint — auch nach diesen so raschen und so glänzenden Erfolgen seiner Waffen nicht über das Maß dessen steigern, worauf es aus jenem doppelten Gesichtspunkte bestehen muß und was ihm eben darum von der andern Seite billigerweise schon damals nicht hätte verweigert werden sollen.

In diesen Worten war der Fortbestand des sächsischen Staates als zweifellos vorausgesetzt, war an Preußen das Verlangen gestellt, seine Forderungen nicht über das Maß des Nothwendigen hinaus zu steigern. Man sollte denken, in einer solchen Behandlung der Frage wegen der künftigen Stellung Sachsens zu Preußen hätte eher alles Andere als eine „annexionistische Tendenz" gefunden werden müssen. Aber es gab damals (und noch auf lange hin) im Lande eine Partei, welche unter „Aufrechthaltung der

Selbstständigkeit Sachsens" nichts Geringeres verstand, als: die Wiederherstellung — so zu sagen mit Stumpf und Stiel — des Zustandes, wie er vor dem Kriege gewesen, einschließlich des Herrn von Beust und seines ganzen Systems; welche keinen Unterschied gelten ließ zwischen einem bundesstaatlichen Anschluß Sachsens an Preußen (der ja allerdings gewisse Opfer an Souveränitätsrechten erheischte) und einer förmlichen Einverleibung in Preußen; in deren Augen daher jeder schon ein „Annexionist" war, der diesem Anschluß und der davon unzertrennlichen Ueberlassung z. B. der diplomatischen und militärischen Führung an die Vormacht des Norddeutschen Bundes das Wort redete. Von diesem Standpunkt aus hat noch zu einer Zeit, wo Sachsen bereits Mitglied des Norddeutschen Bundes war und wo demgemäß diejenige Unterordnung Sachsens unter eine oberste Bundesgewalt, welche in jedem Bundesstaat unerläßlich und selbstverständlich ist, rechtlich und thatsächlich bestand, ein sächsisches Gericht (unter Vorsitz desselben Mannes, der in meinem Preßproceß von 1853 als Untersuchungsrichter fungirt hatte) in einem von mir gegen die „Leipziger Zeitung" angestrengten Verleumdungsproceß gegen mich entschieden, indem es „annexionistische Tendenzen" in solchen Artikeln meiner Zeitung fand, welche nichts als ein aufrichtig bundesstaatliches Verhältniß für Sachsen forderten. Kein Wunder! Erfahren wir doch jetzt durch des Herrn von Friesen „Erinnerungen" *), daß noch nach dem Friedensschlusse (!) „ein, der Zahl seiner Mitglieder nach zwar kleiner, aber durch die bürgerliche und gesellschaftliche

*) 2 Bd., S. 236.

Stellung derselben bedeutungsvoller Theil der conservativen Partei" die für Sachsen durch diesen Frieden geschaffenen Verhältnisse lediglich „als eine durch einen unglücklichen Krieg ihm zeitweilig (!) auferlegte Fessel (!) betrachtete, welche man suchen müsse mit der Zeit wieder los zu werden (!!)".

Und solche Leute hatten auch noch die Stirn, sich selbst „Bundesstaatlich-Constitutionelle" zu nennen, uns Andere aber, die wir den rückhaltlosen und ehrlichen Eintritt Sachsens in den norddeutschen Bundesstaat mit allen seinen nothwendigen Consequenzen, ohne den geheimen Vorbehalt der Wiederabschüttelung dieser „Fessel", verlangten, als „Annexionisten" zu verschreien!

Einer der eifrigsten damaligen sog. „Bundesstaatlich-Constitutionellen", richtiger: Particularisten — (ich will ihn nicht nennen, er weilt nicht mehr unter den Lebenden) hatte einst auf jenem Landtage von 1849/50, auf dem es sich um das Festhalten Sachsens bei der Union mit Preußen handelte, sich über den Begriff der „Selbstständigkeit" und über den eigentlichen Werth gewisser Hoheitsrechte (z. B. der Militärhoheit) in der Hand eines Staates, der kein Großstaat war und sein konnte, folgendermaßen ausgesprochen:

. . . Wenn von der Selbstständigkeit, die wir bei dem Anschluß an Preußen zu opfern haben, gesprochen wird, so ist vielfach schon erwähnt worden, daß diese Selbstständigkeit eigentlich in der Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist und auch seit langer Zeit nicht mehr vorhanden war. Ist denn Sachsen so selbstständig, daß es sich selbst schützen kann? Wenn man weiter fürchtet, daß man den Oberbefehl über das Militär bei dem Anschlusse an Preußen abtreten müsse, nun, so weist die Geschichte hinreichend nach, daß dies

bei jedem Kriege der Fall gewesen ist, daß Sachsens Heer stets auswärtige Oberbefehlshaber hatte. Bald ward es von einem Schweden, bald von einem Oesterreicher, bald von einem Franzosen befehligt. Es wird also dadurch gar nichts Neues geschehen.

War denn aber nicht die Nothwendigkeit eines Anschlusses Sachsens an ein größeres Ganzes und an die, so eben erst als im höchsten Maße kriegstüchtig erprobte Vormacht Preußen jetzt noch weit mehr eine unleugbare Thatsache, als 1850?

Leider zogen sich die Friedensverhandlungen zwischen Sachsen und Preußen sehr in die Länge. Am 28. August war der Friede zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossen worden; erst am 21. October kam der zwischen Preußen und Sachsen zu Stande.

Diese Frist von nahezu zwei Monaten (während im ganzen übrigen Deutschland der Friede hergestellt war) und der dadurch erhaltene Zustand der Ungewißheit hatte für die Bevölkerung Sachsens etwas äußerst Peinliches. Es konnte daher nicht Wunder nehmen, wenn die öffentliche Meinung und ihr Organ, die Tagespresse, eine gewisse Ungeduld verrieth, wenn sie zum Abschluß der lang ausgedehnten und scheinbar endlosen Verhandlungen drängte. Man hat Denen, die dies thaten, und so auch mir, daraus einen Vorwurf gemacht. Wir hätten, hat man gesagt, uns auf die Seite des Gegners gestellt und so den sächsischen Unterhändlern ihre Aufgabe erschwert. Nun, ich meinerseits habe die damaligen Verhandlungen zwischen Sachsen und Preußen allerdings nicht wie Abmachungen betrachtet, die zwischen zwei einander grundsätzlich feindlichen Mächten stattfinden, sondern wie eine Verständigung zweier, durch

ein gemeinsames großes Nationalinteresse auf einander angewiesenen und nur durch ein unglückliches Mißverständniß zeitweilig einander feindlich gegenübergestellten Staaten. Daher habe ich — das gestehe ich gern — nicht sowohl danach gefragt, ob die oder jene Bestimmung etwa für Preußen vortheilhaft oder für Sachsen mit einem Opfer verbunden sei, als vielmehr danach, was geschehen müsse, um die so lange ersehnte festere Einheit Deutschlands (zunächst wenigstens Norddeutschlands) zu Stande zu bringen und für die Dauer zu sichern. Und da mußte ich mir ja freilich sagen — als Sachse nicht ohne tiefes Bedauern —, daß, was bei uns 1866 vorgegangen, der verhängnißvolle Einfluß, den zu üben damals einem einzelnen Minister gelungen war trotz der ganz anderen Gesinnungen des Königs und trotz der Bedenken der übrigen Minister, daß dies Vorkehrungen gegen die Möglichkeit einer Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse erheische — abgesehen von dem preußischen Interesse (dessen Wahrung nicht meine Sache war), wesentlich im gesammtdeutschen Interesse und sogar im eigenen Interesse Sachsens, welche beide mich als guten Sachsen und als guten Deutschen gleichermaßen recht viel angingen.

Es kam hinzu, daß selbst noch nach dem Kriege und während der Friedensverhandlungen die verderblichen Wirkungen und Nachwirkungen der unseligen Beust'schen Politik nicht aufhörten. Unmöglich konnte es doch den Sieger zu milderen Bedingungen geneigt machen, wenn er sah, wie Herr von Beust fortwährend Alles aufbot, um auch jetzt noch den Gegensatz zwischen Sachsen und Preußen möglichst zu schärfen, wie er die friedliche Herstellung der von

Preußen geplanten neuen Ordnung der Dinge mit allen Mitteln zu hintertreiben suchte, wie er bei Napoleon III. antichambrirte, um diesen zu einer Action gegen Preußen zu bewegen, wie seine Creaturen fortwährend bemüht waren, die sächsische Bevölkerung gegen Preußen aufzuhetzen oder sie in thörichten Täuschungen zu erhalten über eine angeblich sicher zu erwartende Wiederherstellung des alten Zustandes der Dinge. Mußte es da nicht so kommen, wie ich in einem Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. vom 26. August) schmerzlich beklagte daß es gekommen sei, nämlich, „daß die sächsische Regierung von Preußen als eine unversöhnliche Feindin betrachtet und behandelt ward, daß man in Berlin sich genöthigt glaubte, dieser Regierung jede Macht zu nehmen, womit sie abermals feindselig gegen Preußen und gegen die allgemeine deutsche Nationalsache auftreten könnte?" Freilich, wenn man dies aussprach, um vor solchem Treiben zu warnen, so hieß man „ein Landesverräther", „ein Preuße", „ein Annexionist"!

König Johann hatte in dankenswerthester Weise die im Lande zurückgebliebenen Minister (die sog. „Landescommission") in einem ausdrücklichen Schreiben ermahnt, im Sinne jenes „ehrlichen und aufrichtigen Anschlusses an Preußen", den er selbst wolle und erstrebe, zu handeln. Er hatte damit der preußischen Regierung eine, gewiß von dieser nach Gebühr geschätzte, Bürgschaft für sein und seiner Regierung künftiges Verhalten geben und jeden etwa noch bestehenden Argwohn in dieser Hinsicht beschwichtigen wollen. Allein Herr von Beust wußte auch diese edle Absicht des Königs, so viel an ihm war, zu vereiteln. Nachdem er schon viel länger, als für die damaligen Ver-

hältnisse Sachsens gut sein konnte, Minister geblieben und erst dann zurückgetreten war, als seine Collegen ihn förmlich dazu drängten*), wußte er den König zu bewegen, ihm beim Abschied eine Art von Leumundszeugniß auszustellen. König Johann willfahrte dieser Bitte mit einem Edelmuth, der seinem Herzen die größte Ehre machte. Er schrieb Herrn von Beust einen Brief, worin er die Verantwortlichkeit für alles Geschehene auf sich nahm und Herrn von Beust gleichsam davon entlastete. Und wie dankte ihm Herr von Beust dafür? Dadurch, daß er den Brief so rasch als möglich in die Oeffentlichkeit brachte, während er doch wissen mußte, daß er dadurch dem bei den preußischen Staatsmännern ohnehin vorhandenen Argwohn, als ob der König insgeheim noch der Beust'schen Politik anhänge, neue Nahrung gab, somit die preußische Regierung zu einer immer strengeren Haltung gegenüber Sachsen veranlaßte!

König Johann hat sich über den von ihm gethanen Schritt später (in einem Brief an Herrn von Friesen, für dessen Mittheilung**) man Letzterem nur äußerst dankbar sein kann) in einer Weise ausgesprochen, die ein schönes Zeugniß seiner hochgesinnten, wahrhaft königlichen Denkweise ist. Er schrieb:

> Wenn ich mir irgend einer Eigenthümlichkeit bewußt bin, so ist es strenge Offenheit und Wahrhaftigkeit. Gerade deshalb war es mir unmöglich, meiner Ueberzeugung entgegen meine politische Vergangenheit zu verleugnen oder die Verantwortlichkeit für meine Handlungsweise, die ich mir bewußt war nach eigener

*) „Erinnerungen", 2 Bd., S. 237 ff.

**) Ebenda, S. 184.

Prüfung beobachtet zu haben, auf einen Andern zu wälzen. Ich hoffe daher, daß man sich um so mehr auf die Wahrheit meiner Worte (in dem Schreiben an seine Minister), so weit sie sich auf die Zukunft beziehen, verlassen wird.

Um so mehr wäre es die Pflicht des Herrn von Beust gewesen, in dankbarer Anerkennung dieses edelmüthigen Verfahrens seines königlichen Herrn sorgfältig Alles zu vermeiden, was eine falsche Deutung desselben herbeiführen konnte, nicht aber um seines persönlichen Interesses willen den König einer solchen auszusetzen.

Aber auch die beiden sächsischen Bevollmächtigten zu den Friedensverhandlungen in Berlin, Minister von Friesen und Graf von Hohenthal, handelten schwerlich ganz correct und sicherlich wenig klug, als sie eine Einladung zum Diner beim französischen Gesandten, dem Grafen Benedetti, annahmen und sich mit diesem auf Gespräche über die preußischerseits an Sachsen gestellten Forderungen einließen. Herr von Friesen hat über dieses Gespräch sich in seinem Buche mit anerkennenswerther Offenheit ausgesprochen. Er erzählt*):

Durch dieses Gespräch wurde ich in meiner bereits feststehenden Ansicht, daß von dieser Seite her irgend eine Unterstützung, die über leere Worte hinausgehe, für uns nicht zu erwarten sei, nur noch mehr bestärkt. Ich war überhaupt nicht im Zweifel darüber, daß Kaiser Napoleon mit Allem, was er damals für uns that oder zu thun vorgab, nicht lediglich in unserem Interesse handle, sondern in erster Linie seine eigenen politischen Zwecke verfolgen wolle. Wir wurden dadurch, davon war ich fest überzeugt, nicht gefördert; wir konnten für Sachsen nur dann etwas erreichen, wenn wir der preußischen Regierung die Ueberzeugung beibrachten, daß der König die ernste

*) A. a. O., 2. Bd., S. 266.

und feste Absicht habe, mit seiner bisherigen Politik in der deutschen Frage zu brechen und sich dem Norddeutschen Bunde für die Zukunft fest und treu anzuschließen, daß wir, seine Bevollmächtigten, durchaus in diesem Sinne handeln wollten.

So erfreulich diese Abwendung der beiden Bevollmächtigten von der von Herrn von Beust verfolgten, ebenso trügerischen als undeutschen Politik einer Anrufung fremdländischer Hilfe zu der allein richtigen eines „ehrlichen Anschlusses" an den Norddeutschen Bunde war, wie sie König Johann ihnen vorgezeichnet hatte, so war es doch natürlich, daß ihr Verkehr mit dem französischen Gesandten seitens der preußischen Staatsmänner als ein auch von ihnen gemachter, nur aber fehlgeschlagener Versuch, solche fremdländische Hilfe zu erlangen, gedeutet ward und daß auch dies den Erfolg ihrer diplomatischen Sendung erschwerte. Herr von Friesen selbst gesteht diese Folge des von ihm und dem Grafen Hohenthal gethanen Schrittes ein, wenn er*) die Worte anführt, die Herr von Savigny zu ihm gesprochen:

Man möge ja nicht die fernerweite Intervention des Pariser Cabinets als einen günstigen Factor für Sachsen betrachten und ja nicht Schritte thun, beziehentlich wiederholen (!), welche eine Einmischung Frankreichs in deutsche Angelegenheiten bezweckten.

Ich würde auf diese, längst abgethanen und weit hinter uns liegenden Dinge nicht zurückgegriffen, vielmehr dieselben gern der Vergessenheit anheimgegeben haben, nachdem ja glücklicherweise schon unter König Johann, vollends unter unserem jetzigen allverehrten König Albert sich zwischen den beiden Herrscherhäusern von Sachsen und

*) A. a. O., S. 273.

Preußen ein so inniges Verhältniß ausgebildet und immer mehr befestigt hat, wie es sicherlich ebensowohl unserem Sachsen als dem ganzen Reiche zum Heile gereicht, nachdem auch im sächsischen Volke die frühere Abneigung vor einem näheren Anschluß an Preußen wohl fast bis auf die letzte Spur gewichen und an ihre Stelle die Ueberzeugung getreten ist, daß Sachsens Stellung im Deutschen Reiche eben so gut ihm wie diesem zum großen Vortheil gereicht, wenn nicht Herr von Friesen für gut befunden hätte, in seinem Buche — obschon er nicht umhin kann, die damals von sächsischen Diplomaten begangenen Fehler direct oder indirect einzugestehen — gleichwohl die Schuld der dadurch erschwerten und in die Länge gezogenen Friedensverhandlungen wesentlich meiner Partei und speciell mir aufzubürden. Versteigt er sich doch in seiner Gehässigkeit gegen uns bis zu der fast lächerlichen Unterstellung: „wir hätten nicht um die Entlassung des Herrn von Beust petitionirt, weil wir gehofft hätten, sein längeres Verbleiben auf seinem Ministerposten würde schließlich zu der von uns ersehnten Annexion führen!“ Als ob nicht die Behandlung unserer Friedensadresse vor dem Kriege uns jedes weitere Petitioniren ein- für allemal hätte verleiden müssen!

Je länger die Friedensverhandlungen sich hinzogen und je mehr es den Anschein gewann, als ob trotz des erklärten Willens des Königs (den ich und den wir Alle mit aufrichtigem Danke begrüßt hatten) dennoch ein fester und inniger Anschluß an den Norddeutschen Bund nicht zu Stande kommen werde, desto mehr regten sich — das ist nicht zu leugnen — in manchen Kreisen der Bevölkerung

annexionistische Wünsche. Aber nicht blos im Schoße der nationalen Partei. Diese Wünsche fanden bekanntlich einen öffentlichen Ausdruck in der vielberufenen „Landesversammlung vom 26. August". Wenn ich die Liste der mehr als 300 Theilnehmer dieser Versammlung durchmustere, so stoße ich darin auch auf Namen, die später in den Reihen der Conservativen glänzten. Der auf Antrag des vorberathenden Ausschusses, dessen Referent ich war, gefaßte Beschluß der Landesversammlung war übrigens ein streng im Rahmen des bundesstaatlichen Verhältnisses gehaltener. Er lautete:

Es liegt im Interesse des sächsischen Volkes, daß nicht allein in allen nothwendig gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere des Verkehrswesens, die Gesetzgebung und beziehentlich Verwaltung an die Organe des Bundes, Centralgewalt und Parlament, übertragen werde, sondern daß auch Sachsen seine Militärhoheit und seine diplomatische Vertretung völlig und bedingungslos an die Krone Preußen abtrete, dergestalt, daß nur der König von Preußen Kriegsherr, wie im ganzen Gebiete des Bundes, so auch in Sachsen sei, daß nur er das Recht habe, Gesandte an auswärtige Höfe zu schicken und solche zu empfangen. Nur unter diesen Beschränkungen erachten wir es für möglich, daß der Fortbestand der Selbständigkeit Sachsens nicht den allgemeinen und auch den eigenen sächsischen Volksinteressen nachtheilig werde.

In diesem letzten Satze verräth sich die Besorgniß, es könnte wieder einmal die Politik Sachsens auf falsche Wege gelenkt werden, wenn sie nicht fest und unauflöslich gekettet sei an die Gesammtpolitik eines deutschen Bundesstaates. Nach dem, was 1866 die Großmannssucht eines einzelnen Ministers über Sachsen gebracht hatte, wird man eine solche Besorgniß nicht auffallend und nicht unberechtigt finden.

In den heißblütigeren Mitgliedern der Versammlung wirkte eben diese Besorgniß so stark, daß sie der vermeintlichen Gefahr nur durch eine Einverleibung Sachsens in Preußen entgehen zu können meinten. Das war der Sinn jenes „Annexionsantrages", der im Laufe der Debatte aus der Versammlung selbst auftauchte und, obschon von anderer Seite bekämpft, von mir in meinem Schlußwort zurückgewiesen, gleichwohl ein großes Stimmenmehr für sich gewann.

Dr. Joseph, der ein entschiedener Annexionist war, hatte damals sofort von der Versammlung aus diesen letzten Beschluß derselben an das Präsidium des gerade versammelten preußischen Abgeordnetenhauses telegraphirt, und sich dabei meiner Mitunterschrift, ohne mein Vorwissen und meinen Willen, bedient. Gegen diesen Mißbrauch meines Namens habe ich alsbald öffentlich mich verwahrt. Ich meinerseits habe als die eigentliche, weil allein einstimmig gefaßte, Kundgebung der Versammlung vom 26. August in's Land hinaus den Beschluß wegen bundesstaatlichen Anschlusses Sachsens an Preußen versendet und habe dazu eine ganze Reihe von Anschlußerklärungen, namentlich aus den Kreisen der großen Industriellen, erhalten.

Doch, wie schon oben gesagt, in den Augen der Particularisten, der leidenschaftlichen Gegner einer jeden Annäherung Sachsens an Preußen, vollends jener Conservativen, welche sogar das durch den Frieden geschaffene Vertragsverhältniß Sachsens zu Preußen nur wie eine „Fessel" ansahen, die man so bald als möglich wieder abzuschütteln suchen müsse, in den Augen Solcher waren jene

beiden Beschlüsse, der bundesstaatliche und der annexionistische, nahezu völlig gleichbedeutend, waren wir National-Liberalen insgesammt „Annexionisten".

Diese Verdächtigungen und Beschuldigungen haben sich auch noch lange über das Jahr 1866 hinaus an unsere Fersen geheftet. Und, weil ich als der Hauptwortführer der National-Liberalen galt, so häufte sich auf meine Person aller Groll und alle Verbissenheit der vielen geheimen Gegner des „Anschlusses an Preußen". Ich ward von anonymen Zuschriften aller Art mit Beschimpfungen, Verleumdungen, ja Bedrohungen heimgesucht. Sogar in die Kreise des zarteren Geschlechts (das bekanntlich leicht politisch zu fanatisiren ist) drang die leidenschaftliche Feindschaft gegen mich. In einer größeren Provinzialstadt des untern Erzgebirges war, wie mir erzählt ward, in einem Damencafé ein feierliches Pereat auf mich ausgebracht und die (leider falsche) Nachricht, daß ich den handgreiflichen Lohn für meine „Landesverrätherei" von einer Anzahl „guter Sachsen" erhalten hätte, mit Jubel aufgenommen worden. Als ich einmal im Spätsommer 1867 in Begleitung einer Anzahl mir befreundeter junger Männer einen Ausflug mit der Eisenbahn in eine Nachbarstadt Leipzigs machte und mit ihnen harmlos plaudernd in einem öffentlichen Garten saß, streifte ein mir unbekannter Herr nahe an meinem Stuhl vorüber und flüsterte mir zu: „Gut, daß Sie Bedeckung mit haben, Herr Professor, sonst wäre es hier nicht geheuer für Sie!" Noch 1870 ward mir in der Zweiten Kammer, allerdings von einem particularistischen Heißsporn ersten Ranges, der Vorwurf in's Gesicht geschleudert: „ich hätte Briefe in's

Land versandt, in denen zu annexionistischen Kundgebungen aufgefordert worden wäre." Darauf erwiderte ich einfach: „er möge mir einen einzigen solchen Brief zeigen, oder eine einzige Person nennen, die einen solchen Brief erhalten oder bei einem Andern gesehen hätte". Natürlich blieb er diesen Beweis schuldig, allein so ehrenhaft, seine Verleumdung zu widerrufen, war er nicht.

Selbst ein Mann wie Herr von Friesen hat es nicht verschmäht, noch 1880 in seinen „Erinnerungen" Anschuldigungen solcher Art gegen mich zu erheben. Ich habe mich mit ihm erst brieflich, dann öffentlich auseinandergesetzt. Das officielle „Dresdener Journal" war so unparteiisch, mich in seinen Spalten (Nummern vom 1., 6., 9. März 1881) den Kampf mit Herrn von Friesen ausfechten zu lassen, und auch die „Dresdener Nachrichten" (die im Uebrigen zu meinen Hauptgegnern gehörten) gönnten doch (in ihrer Nr. vom 21. März 1881) einer Berichtigung von mir Raum, in der ich Folgendes constatirte:

1. Herr von Friesen habe die eine seiner gegen mich erhobenen Beschuldigungen ohne Weiteres als unbegründet widerrufen; 2. die andere habe er zwar aufrecht zu erhalten versucht, habe aber bei Wiedergabe der einschlagenden Zeitungsstelle (aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung"), die ich selbst erst in loyalster Weise ihm unterbreitet, sich Auslassungen erlaubt, obschon er mir ausdrücklich eine „vollständige" Wiedergabe dieses ganzen Materials zugesagt hatte; 3. auf meinen Vorhalt deswegen, sowie auf den, daß er zwei schwere Beschuldigungen gegen mich veröffentlicht habe, *ohne* — wie er brieflich gegen mich eingestanden — *den Thatbestand vorher zu prüfen*, habe Herr von Friesen *geschwiegen*!

Auch auf diese Berichtigung wußte Herr von Friesen nichts zu erwidern und gab dadurch zu erkennen, daß er im Unrecht sei.

Heutzutage sind, Gott sei Dank, die Anschauungen aller leidlich politisch Gebildeten in Sachsen (einige unheilbar Verbissene etwa ausgenommen) so weit geklärt, daß man nicht mehr Gefahr läuft, für einen schlechten Sachsen zu gelten, wenn man sich als guten Deutschen bekennt und bethätigt. Andererseits bin ich überzeugt, daß jene „Annexionisten" von 1866 sich wohl insgesammt zu bundesstaatlichen Ansichten bekehrt haben, seitdem sie gesehen, wie aufrichtig die sächsische Regierung ihre bundesstaatlichen Pflichten erfüllt, wie ferner in der Verwerthung des uns verbliebenen Maßes von „Selbstständigkeit" — nämlich in Bezug auf unser inneres Staatsleben, Industrie, Handel, Wissenschaft, Kunst, Schulwesen u. s. w. — wir unsere Stelle als dienendes Glied des großen Ganzen, des Deutschen Reichs, auf das Ehrenvollste und Erfolgreichste ausfüllen, und in welcher für jedes Sachsenherz hocherfreulichen Weise dies sowohl von der preußischen und den anderen Regierungen, als auch von der öffentlichen Meinung in ganz Deutschland anerkannt wird.

Siebzehntes Capitel.

Neue parlamentarische Thätigkeit im sächsischen Landtage (1869—1876.)

Durch den Reichstag des Norddeutschen Bundes waren einer parlamentarischen Thätigkeit im großen Stile auf's Neue die Schranken geöffnet. Es war gewissermaßen eine Wiederaufnahme und Fortsetzung des Parlaments von 1848, nur mit ungleich mehr direct praktischen Zielen und daher voraussichtlich zu größerer realer Befriedigung der Theilnehmer. Daß ich den Wunsch und die Hoffnung hegte, an den Arbeiten dieses norddeutschen Reichstags einen Antheil zu erhalten, war wohl natürlich und verzeihlich. Hatte ich doch auch nach Frankfurt niemals aufgehört, für Wacherhaltung und Wiederbelebung des nationalen Gedankens nach Kräften in der Presse und persönlich zu wirken.

Jedoch die Aussichten dafür waren nicht günstig. Meine Partei, die national-liberale, war in Sachsen noch schwach; sie ward von rechts und links angefeindet, und diese Anfeindungen spitzten sich, wie schon im vorigen Capitel erwähnt, hauptsächlich auf meine Person zu.

Meine eigenen Parteigenossen sahen mich daher von Haus aus bei den Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen als „unmöglich" an; nirgends ward ich als Candidat auch nur genannt.

Vom Parteistandpunkte aus war dies wohl kaum richtig. Eine Partei, die ihre anerkannten Führer verleugnet, stellt damit sich selbst ein Zeugniß der Muthlosigkeit aus, was in gewissem Betracht fast schlimmer ist, als ein Mißerfolg bei den Wahlen, denn einem solchen ist jede Partei und jedes Mitglied einer Partei ausgesetzt.

Natürlich habe ich, was ich jetzt hier ausspreche, damals für mich behalten. Ich habe niemals meine Person in den Vordergrund gestellt, und hätte es am wenigsten bei einer Gelegenheit thun mögen, wo ja allerdings, wie nun einmal die Stimmung im Lande war, es kaum möglich schien, andere als solche Candidaten durchzubringen, die bisher noch weniger scharf in die Oeffentlichkeit herausgetreten waren, wenn sie auch im Stillen unsere Ansichten getheilt hatten.

In der national-liberalen Fraction zu Berlin scheint man die Sache ebenso angesehen zu haben, wie ich sie hier betrachte. Dr. Stephani, den wir bei der Wahl zum ersten gesetzgebenden Reichstag (im Herbst 1867) in Leipzig mit schwacher Mehrheit durchbrachten, schrieb mir von Berlin aus:

> Wenn ich mein aufrichtiges Bedauern ausspreche, daß Sie nicht hier sind, begegne ich sehr entschiedener Zustimmung und Verwunderung.

Ein jüngerer Parteigenosse, Dr. H. Blum, der ebenfalls im Herbst 1867 gewählt ward (von demselben

Wahlkreise, der ein paar Jahre später, 1871, mich in den ersten gesammtdeutschen Reichstag entsandte) sprach die gleiche Empfindung gegen mich in folgenden Worten aus:

Welches traurige politische Sittenzeugniß stellt sich unser engeres Vaterland aus, wenn es für eine Empfehlung zum Reichstage das ansieht, was mir ohne allen Zweifel $^2/_3$ der Stimmen meiner Wählerschaft verschafft hat, nämlich die vermeintliche politische „Integrität" der Gesinnung und des Charakters. Wie weit entfernt sind wir von den parlamentarischen Musternationen, wenn wir (oder doch die Mehrzahl unserer Mitbürger) uns scheuen, einen politisch geschulten Mann zu wählen, und lieber nach solchen greifen, die eine politische Vergangenheit noch nicht haben, wie wir vier National-Liberalen aus Sachsen sammt und sonders!

Das national-liberale Centralwahlcomité, welches im Frühjahr 1867 in Berlin zusammengetreten war, hatte auf die Liste der Candidaten, welche es von sich aus den Wählern zur Berücksichtigung empfahl, auch meinen Namen gesetzt; allein die Partei im Großen und Ganzen war noch viel zu wenig organisirt, als daß eine solche Empfehlung von fern her bei den localen Wählerschaften eine nachdrückliche Wirkung hätte äußern können. Zwar ward mir eine Art von Candidatur von außerhalb Sachsens angetragen. Ein alter Frankfurter College, Dr. Pinkert in Erfurt, gegen den ich meinen Wunsch, an den Verfassungsarbeiten des constituirenden Reichstags Theil zu nehmen, ausgesprochen hatte, schrieb mir, das Wahlcomité für den dortigen Kreis, welches vorläufig die Herren Dr. Lucius (den jetzigen Landwirthschaftsminister in Preußen) und Dr. Gustav Freytag als Candidaten in's Auge gefaßt habe, wolle sehr gern mich als dritten hinzufügen. Zugleich erhielt ich eine Einladung zu einer Versammlung in Erfurt, welche die end-

giltige Entscheidung in der Personenfrage treffen sollte. Da ich jedoch hieraus ersah, daß Freytag, mit dem ich persönlich befreundet war, dort ältere Rechte hatte, so hielt ich es nicht für anständig, ihm Concurrenz zu machen. Auch glaubte ich, in meiner Stellung als Parteiführer in Sachsen einer möglichen Wahlniederlage außerhalb Sachsens mich viel weniger aussetzen zu dürfen, als einer im Lande selbst.

So mußte ich — mit schwerem Herzen, wie ich nicht leugne — sowohl dem constituirenden als dem gesetzgebenden Reichstage des Norddeutschen Bundes fern bleiben, mußte es schon hoch anschlagen (und habe es auch mit aufrichtigem Dank erkannt), daß bei den Wahlen zum sächsischen Landtage von 1869/70 (durch ein völlig neues Wahlgesetz von 1868 war die alte „Ständekammer" in eine wirkliche „Volksvertretung" umgewandelt worden) eine liberale Wählerschaft, und zwar die eines Kreises der Stadt Chemnitz, mir ohne mein Zuthun ein Mandat entgegenbrachte. Hierbei wurden meine Chemnitzer Gesinnungsgenossen auch von Solchen unterstützt, die eigentlich weiter links standen, als ich. Einer derselben, ein „Alter von 1848", der wackere Rewitzer, der namentlich in Handwerkerkreisen ein großes und verdientes Ansehen genoß, wollte sogar einer zu meinen Gunsten einberufenen Wählerversammlung präsidiren. Leider erkrankte er kurz vorher gefährlich und starb. An seiner Stelle übernahm den Vorsitz Advocat Ludwig, der Führer der Chemnitzer Fortschrittspartei. Als wir, meine politischen Freunde und ich, mit ihm den Saal betraten, fanden wir denselben zu einem großen Theile von Socialisten besetzt. Doch ward meine Wahlrede mit

größter Ruhe und ohne jegliche Unterbrechung angehört und am Schlusse mit lebhaftem Beifall begleitet. Nach derselben stellten einzelne Socialisten ein paar Anfragen an mich, die ich von meinem Standpunkte aus beantwortete, und darauf erklärten sie: „nach der von Lassalle ihnen hinterlassenen Regel, bei Wahlen, wo es sich zwischen einem Conservativen und einem Liberalen handle, immer für den letzteren zu stimmen, würden sie mir ihre Stimmen geben.“ So ward meine Candidatur einstimmig von der Versammlung acceptirt. Chemnitz hatte bis dahin lange Zeit hindurch immer conservativ gewählt. Auch diesmal hatten die Conservativen einen Candidaten aufgestellt, und zwar einen in Chemnitz selbst seßhaften, sehr angesehenen Mann. Ich siegte über diesen mit etwa hundert Stimmen. Bei einer späteren Neuwahl hatte ich keinen Gegencandidaten.

Die Wahlen im Allgemeinen fielen so aus, daß National-Liberale und Fortschritt zusammen eine, wenn auch nur kleine, und nicht in allen Fragen zuverlässige Mehrheit in der Zweiten Kammer erlangten.

Um diese Gunst der Lage nach Kräften zu nützen, betrieb ich eine vertrauliche Vorbesprechung der liberalen Abgeordneten beider Schattirungen. Es sollte womöglich ein gemeinsamer Feldzugsplan für den Landtag entworfen werden. Ein solches Zusammengehen der mehr gemäßigten und der „entschiedeneren“ Liberalen (der Fortschrittler) in den inneren Angelegenheiten Sachsens erschien nach den hier obwaltenden Verhältnissen ebenso gut thunlich und angezeigt, wie z. B. in Baiern, wo eine derartige Vereinigung lange bestanden hat und meines Wissens noch

heut besteht. In diesem Bemühen unterstützte mich auf's Kräftigste der bald darauf verstorbene, in fortschrittlichen Kreisen hochangesehene Bernhard Eisenstuck, 1848 einer der Wortführer der Linken und eine Zeit lang zweiter Vicepräsident im Parlamente zu Frankfurt.

Wirklich kam eine Besprechung in Chemnitz zu Stande, an welcher eine Anzahl von Abgeordneten beider Richtungen sich betheiligten. Es wurden verschiedene Anträge verabredet, die wir gemeinsam in der Kammer stellen wollten, und es wurden für deren nähere Vorbereitung theils einzelne Referenten, theils ganze Commissionen bestellt.

Als eines der dringendsten Bedürfnisse erschien eine Abänderung der Geschäftsordnung. Die bestehende Geschäftsordnung für beide Kammern war wie dazu gemacht, die Landtage in die Länge zu ziehen. Nach derselben mußten beispielsweise bei allen Verhandlungen über Gesetzesvorlagen sowohl die königlichen Decrete als die Deputationsberichte über den betreffenden Gegenstand Wort für Wort in der Kammer verlesen werden, obschon beide gedruckt den Mitgliedern vorlagen. Als beim Landtag 1849/50 die deutsche Frage zur Verhandlung kam, nahm das Verlesen des von mir erstatteten Berichts (auf das Verlesen ihres Decrets verzichtete die Regierung) eine ganze Sitzung von 3—4 Stunden in Anspruch. Ein anderer Uebelstand war der, daß jeder Gegenstand zur Vorberathung an eine Deputation verwiesen ward. Die Deputationen arbeiteten nun schriftliche Berichte, oft ziemlich dickleibige, aus, was allemal viele Wochen, oft Monate in Anspruch nahm. Bis diese Berichte eingingen, litt die Kammer meist so sehr

Mangel an Berathungsgegenständen, daß bisweilen eine ganze Reihe von Sitzungen von kaum mehr als einer, ja einer halben Stunde Dauer stattfand, in denen lediglich das Protokoll der vorigen Sitzung und die neuen Eingänge verlesen wurden.

Wir brachten es glücklich dahin (wenn schon nicht sofort), daß an die Stelle dieser schwerfälligen Geschäftsordnung eine andere trat. Sie war das gemeinsame Werk des Professors Wigard und des Dr. Schaffrath und schloß sich der des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses im Wesentlichen an.

Mich persönlich interessirte vor Allem die Frage einer zeitgemäßen Reform unserer Gemeindegesetzgebung und einer Erweiterung des Systems der „Selbstverwaltung" über die Grenzen der Gemeinde hinaus, auf Bezirk und Kreis. Die sächsische Städteordnung von 1832, der Stein'schen nachgebildet, war anerkanntermaßen vortrefflich und in der Hauptsache noch jetzt den Zeitverhältnissen angemessen: nur in Bezug auf die Lebenslänglichkeit der Stadtrathsmitglieder sowie in Bezug auf Recht und Pflicht des Bürgerwerdens (angesichts der durch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes gewährten Freizügigkeit) und noch einige andere Punkte erschien eine Revision derselben wünschenswerth.

Tiefer greifender Abänderungen bedurfte die Landgemeindeordnung von 1838. Die gesetzlichen Befugnisse der Gemeindeorgane waren hier in so enge Grenzen eingeschlossen, wie sie weder mit dem seitdem fortgeschrittenen Bildungsstande der ländlichen Bevölkerungen, noch mit den wirthschaftlichen Verhältnissen der Landgemeinden, zumal

der überwiegend industriellen, deren es in Sachsen so viele giebt, vereinbar schienen.

Mit der wichtigen Frage der Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen selbstständigem Gewerbebetriebe und Erlangung des Bürgerrechts hatte ich mich zuerst in Weimar als Referent der „mitteldeutschen Volkswirthschaftsgesellschaft", dann wieder in Leipzig als Referent eines Comité für Vorbereitung einer Petition in eben dieser Sache eingehend beschäftigt.

Was die Idee einer erweiterten Selbstverwaltung des Volkes betraf, so hatte diese schon in dem Programm zu meiner Monatsschrift 1841 Platz gefunden. In Frankfurt hatte mir dann Wippermann, damals kurhessischer Minister, von einem Verwaltungsgesetze gesprochen, welches das Märzministerium dort eingeführt und welches sich in der Praxis bewährt habe. Als nun beim sächsischen Landtage von 1849/50 von einer Abänderung der Gemeindegesetzgebung die Rede war, ließ ich mir jenes Gesetz von Wippermann schicken und legte es der Gesetzgebungsdeputation, deren Mitglied ich war, vor. Der damalige Minister des Innern, Herr von Friesen, interessirte sich für die Sache und erbat sich von mir das kurhessische Gesetz zur Ansicht. Zu Weiterem ließ es die Kammerauflösung nicht kommen.

Inzwischen hatte ich, bei meinem achtjährigen Aufenthalte im Großherzogthume Weimar, vollauf Gelegenheit gehabt und diese Gelegenheit eifrig benutzt, die Wirkungen der dort eingeführten Gemeinde- und Verwaltungsgesetze genau kennen zu lernen. Herr von Watzdorf hatte oft und eingehend mit mir darüber gesprochen. Die Ver-

waltungschefs der einzelnen Bezirke („Bezirksdirectoren"), sowie die Räthe im Ministerium des Innern, bei denen ich mich des Weiteren darüber informirte, fand ich von der Güte dieser Einrichtungen ebenso lebhaft durchdrungen, wie andererseits die aus dem Volke hervorgegangenen Mitglieder der Bezirksausschüsse. Was mir selbst bei meiner langjährigen Beobachtung der öffentlichen Zustände Weimars als ein meiner Ansicht nach nicht am wenigsten wichtiges Resultat dieser Selbstverwaltung erschien, war dies, daß durch die eingehende Beschäftigung der Bezirksausschüsse mit allen möglichen, namentlich aber wirthschaftlichen Interessen des Bezirks sich bei deren Mitgliedern ein gewisser praktischer Sinn ausbildete, der sich dann auch in den Ständesaal verpflanzte und, wie ich zu bemerken glaubte, wesentlich dazu beitrug, daß einseitig doctrinäre Standpunkte auch dort nicht aufkamen, vielmehr selbst entgegengesetzte politiche Richtungen auf dem Boden einer praktischen Behandlung aller Fragen ihre friedliche Ausgleichung fanden.

Ehe ich von Weimar schied, gab ich mich daran, die von mir gesammelten Beobachtungen sammt einem werthvollen Actenmaterial (Ausschußprotokollen u. dgl.), welches mir mit größter Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt ward, zu einem Gesammtbilde der dortigen Einrichtungen zu verarbeiten. Ich schrieb darüber zwei Aufsätze unter dem Titel: „Die Verwaltungsorganisation im Großherzogthume Sachsen-Weimar" in die von meinem Schwager Regierungsrath Krug herausgegebene „Zeitschrift für Verwaltung"*) (Jahrgang 1863, 2. Band).

*) Leipzig, Roßberg'sche Verlagshandlung.

Nach Sachsen zurückgekehrt, war ich bemüht, die in Weimar gemachten Erfahrungen auch für mein sächsisches Vaterland zu verwerthen. Mehrfache Gelegenheit dazu boten mir die, damals eben in Aufnahme gekommenen, „Städte- oder Gemeindetage". Noch ganz kurz vor dem Landtag 1869/70 nahm ich Veranlassung, meine Ideen über Selbstverwaltung auf einem in Dresden abgehaltenen sächsischen Gemeindetage, dem auch der Minister des Innern von Nostitz-Wallwitz beiwohnte, zu entwickeln, und ich hatte die Genugthuung, die Zustimmung der Versammlung dafür zu gewinnen.

Im Landtage 1869/70 stellte ich (mit Andern gemeinschaftlich) den Antrag auf Erlaß einer Bezirksverfassung. Die Kammer trat dem bei, und die Regierung legte dem nächstfolgenden Landtage einen Gesetzentwurf vor, der im Wesentlichen den von mir entwickelten Ideen entsprach, zugleich neue Gemeindegesetze für Stadt und Land. Das Referat über die Reorganisation der Verwaltungsbehörden ward von der Gesetzgebungsdeputation mir übertragen. In der Zweiten Kammer ging dieselbe ohne großen Widerspruch durch; in der Ersten versuchten die Conservativen allerhand Abschwächungen des Princips der Selbstverwaltung zu Gunsten des feudalen Elementes, und es bedurfte der ganzen Beharrlichkeit der Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer, um im sog. Vereinigungsverfahren diese Versuche zurückzuweisen. Der Minister hielt an den dem Gesetze zu Grunde liegenden liberalen Anschauungen mit anerkennenswerther Consequenz fest und bekämpfte mit uns vereint die conservativen Gegner des Entwurfs. Ich konnte daher mit gutem Fug, als Herr von Nostitz-Wallwitz

bei einer parlamentarischen Abendgesellschaft in seinem Hause mich seiner Gemahlin mit den scherzhaften Worten vorstellte: „Hier ist mein gefährlichster Gegner in der Kammer“, im gleichen Tone erwidern: „Excellenz sind undankbar; ich habe in diesen Tagen mich zu Ihrem allergetreuesten Adjutanten gemacht.“

Einzelnes in dem Gesetz, wie es schließlich zu Stande kam, hätte ich allerdings etwas anders gewünscht, so das Institut der „Kreishauptmannschaften“, das mir in seiner collegialen Zusammensetzung zu sehr den alten „Kreisdirectionen“ ähnlich erscheint; allein im Großen und Ganzen erachte ich die sächsische Kreis- und Bezirksverfassung für eine gesunde und lebensfähige Einrichtung. Sie ist weniger complicirt, als die badische und die preußische, was mir als ein großer Vorzug erscheint; sie wird gewiß — vorausgesetzt, daß man von oben und unten sie im rechten Geiste handhabt — allmälig (wie sich das in Weimar gezeigt hat) den Sinn der Selbstregierung im Volke wecken und nähren, das allzu viele Regieren vom grünen Tische aus auf das rechte Maß zurückführen. Freilich gehört dazu auf Seiten des Beamtenthums eine gewisse Selbstverleugnung, auf Seiten der Organe des Volkes (der Gemeindevorstände und der Mitglieder der Bezirks- und Kreisausschüsse) die Gewöhnung an ein, ihnen zuvor fremdes, größeres Maß von Selbstthätigkeit und Selbstverantwortlichkeit in Ausübung ihrer Befugnisse.

Von Mitgliedern der Bezirksausschüsse, auch ländlichen, habe ich mehrfach den Ausdruck der Befriedigung über die ihnen zugewiesene Wirksamkeit und über die Art, wie in den Ausschüssen die Dinge erledigt werden, ver-

nommen; ich habe auch gesehen, wie selbst Solche, die anfänglich Gegner der ganzen Einrichtung waren, sich später damit ausgesöhnt und befreundet haben. Wo über gegentheilige Erfahrungen Klagen laut wurden, da ließ sich meist nachweisen, daß dies nicht sowohl die Folge der Einrichtung selbst, als vielmehr die einer unrichtigen Handhabung derselben war.

Es sei mir gestattet, hier eine Stelle aus einem auf diesen Gegenstand bezüglichen Briefe des Ministers von Watzdorf anzuführen. In diesem Briefe (vom 14. Novbr. 1863) sprach er, der warme Freund des Systems der Selbstverwaltung, sich über deren Vortheile, aber auch über die nothwendigen Voraussetzungen ihres Gelingens in überzeugender Weise aus. Ich hatte ihm von meinen beiden früher erwähnten Aufsätzen den ersten, der das Wesen der Verwaltungseinrichtungen Weimars schilderte, zugesendet. Er fand diese Schilderung durchaus getreu und zutreffend. Mit Bezugnahme auf den noch ausstehenden zweiten, der die Wirkungen dieser Einrichtungen darstellen sollte, äußerte er sich folgendermaßen:

> Im Voraus darf ich mich auch dieses Theiles freuen, denn ich weiß ja aus ganz unparteiischer, objectiver Beurtheilung, daß die Erfolge unserer Organisation in Gemeinde und Behörden im Allgemeinen befriedigende sind. Ich darf dies sagen, weil ich sogleich beifüge, daß wir, was namentlich die eigentlichen Staatsbehörden betrifft, doch auch hier erst am Anfange einer neuen, gesünderen Zeit stehen. Das bureaukratische Element ruht tief in unserem ganzen Wesen, und es wird, wie es in langer Zeit stetig gekommen, auch erst in langer Zeit stetig gehen. Was ich dazu beitragen kann, thue ich nach Kräften, weil ich überzeugt bin, daß mehr, als irgendwo sonst, auf diesem Felde die Frage der Zukunft für Fürst und Volk entschieden wird.

An der Erweiterung der den Gemeindeorganen auf dem Lande zustehenden Befugnisse sowie an einzelnen zeitgemäßen Verbesserungen der Städteordnung habe ich nach bestem Wissen sowohl in der Deputation als im Plenum der Kammer mitgearbeitet.

Eine sehr erfreuliche Aufgabe war mir die von der Gesetzgebungsdeputation mir übertragene Berichterstattung über den uns vorgelegten Preßgesetzentwurf. Die Vorlage war eine ziemlich freisinnige; es gelang mir, noch einige Erweiterungen derselben durchzusetzen, und so durfte das sächsische Preßgesetz von 1870 sich rühmen, eines der besten unter den neuen deutschen Preßgesetzen zu sein. Durch das Reichspreßgesetz von 1874 ist es außer Kraft gesetzt worden.

Nicht ganz so nach Wunsch ging es mir und meinen Gesinnungsgenossen beim neuen Volksschulgesetze. Unsere Absicht, den Gedanken der „Gemeindeschule" consequent durchzuführen, gelang nur zum Theil. Zwar sollen nach dem Gesetze da, wo nicht besondere Schulen einzelner Confessionen bestehen, alle Kinder die Gemeindeschule besuchen; wo aber solche Schulen sich vorfinden oder errichtet werden, da müssen die Angehörigen der betreffenden Confession ihre Kinder in diese, dürfen sie nicht in die Gemeindeschule schicken.

Im Uebrigen bahnte das Gesetz manche erfreuliche Fortschritte in unserem Volksschulwesen an, so durch Einsetzung fachmännischer Bezirksschulinspectoren, durch die erweiterten Befugnisse, welche es den Schulvorständen verlieh, durch Einführung des Zeichnens, der weiblichen Arbeiten, des obligatorischen Turnens in die Volksschule.

durch die Einrichtung von Fortbildungsschulen, endlich durch die Besserstellung der Volksschullehrer. In allen diesen Beziehungen konnten wir Liberale mit voller Ueberzeugung uns den Absichten der Regierung anschließen.

Bei dem Gesetz über die höheren Schulen, welches auf einem späteren Landtage zur Berathung stand, habe ich nach Kräften, wiewohl nur mit geringem Erfolg, gegen das meiner Ansicht nach theilweise zu weit gegriffene Maß des Lehrstoffs, sowie für eine möglichst ausgedehnte Freiheit der Lehrercollegien in der Behandlung der einzelnen Lehrgegenstände gekämpft. Selbst das obligatorische Lateinlernen der Seminaristen konnte ich nicht beseitigen.

Die schon früher in Sachsen eingeführte Presbyterial- und Synodalverfassung für die evangelisch-lutherische Kirche erhielt damals ihren Abschluß durch gesetzliche Bestimmungen über die Stellung der obersten Kirchenbehörde, Bestimmungen, welche, von einer Synode beschlossen, einer Bestätigung durch die politischen Gesetzgebungsfactoren, die Kammern, bedurften. Ich regte an und setzte es auch — bei bereitwilligem Entgegenkommen des Cultusministers Dr. von Gerber — glücklich durch, daß in einem „Einführungsgesetze" zu dieser Kirchenordnung die Rechte des Staats gegenüber der lutherischen Kirche (unbeschadet der ihr zu gewährenden größeren Selbstständigkeit) wirksam gewahrt wurden. Von der Fortschrittspartei ward beim Landtage 1875/76 eine Revision der älteren Gesetzesbestimmungen, welche das Verhältniß des Staates zur katholischen Kirche regelten (des sog. „Mandats von 1827") beantragt. Vielleicht war ein solcher Antrag nicht gerade dringlich, da jene Bestimmungen im Ganzen noch

jetzt als genügend erschienen, auch in der Praxis die katholische Kirche in Sachsen sich bisher gemäßigt gezeigt hatte. Die Art, wie von der Regierung dem Antrag entsprochen ward, befriedigte mich nicht ganz; nach meiner Ansicht blieb das neue Gesetz in einzelnen Punkten eher hinter dem alten zurück, als daß es dasselbe verbessert hätte, was denn doch, wenn man einmal „revidirte", geschehen mußte. Allein es gelang mir nicht, wesentliche Aenderungen daran durchzusetzen. Zum Glück ist Sachsen vom „Culturkampfe" auch seitdem verschont geblieben.

Ein Vorgang, der eine gewisse Aufregung hervorbrachte und zu stürmischen Debatten in der Kammer Anlaß zu geben drohte, ward durch das wohlmeinende persönliche Eintreten des Königs Johann unschädlich gemacht. An ein adliges Fräuleinstift in Dresden, das unter dem Protectorat der verwittweten Königin Marie stand, waren als Lehrerinnen Mitglieder eines weiblichen katholischen Ordens berufen worden, von dem es hieß, er sei eine Abzweigung des Jesuitenordens und falle daher unter das Reichsgesetz wegen Ausweisung der Jesuiten. Eine Interpellation erfolgte deshalb in der Zweiten Kammer; die Sache ward an eine Deputation gewiesen. Da übernahm es König Johann, bei seiner erlauchten Schwägerin dahin zu wirken, daß die Ordensschwestern entfernt würden. Damit war die Sache beigelegt.

Neben den Fragen des inneren Staatslebens tauchte ab und zu auch eine nationale Frage — betreffs der Stellung Sachsens erst zum Norddeutschen Bunde, dann zum Deutschen Reiche — in der Kammer auf, und es fehlte da nicht immer an kleineren und größeren Reibungen

theils mit einzelnen der Herren Minister, theils mit gewissen Elementen der Rechten, die über jedem Titelchen der „Selbstständigkeit" Sachsens eifersüchtig wachten. Die Ausfechtung solcher Conflicte fiel in der Regel mir zu. Ich gehe darauf nicht näher ein, da dieses Alles jetzt, Gott sei Dank, längst abgethane Sachen sind.

Wohl aber muß ich noch Einiges über das Verhältniß der beiden liberalen Gruppen zu einander sagen.

Beim Landtage 1869/70 wollten wir National-Liberale eigentlich gar nicht als gesonderte Fraction auftreten, vielmehr an dem Zusammengehen aller Liberalen festhalten, wie solches in Chemnitz angebahnt worden war. Da jedoch bei der am Vorabend der Landtagseröffnung veranstalteten Besprechung wegen Bildung des Bureaus die Herren vom Fortschritt den Anspruch erhoben, daß wir die von ihnen vorher in einer besonderen Fractionssitzung gefaßten Beschlüsse einfach annehmen und gutheißen sollten, so erkannten wir die Nothwendigkeit, uns ebenfalls zu organisiren. Das geschah denn auch schon am andern Tage. Aber so groß war selbst unter einem Theile meiner Parteigenossen noch die Furcht vor dem Banne, der auf dem Namen „National-Liberale" ruhte, daß man beschloß, diesen Namen zu vermeiden und sich „liberale Fraction" zu nennen. Infolge der gleichen Aengstlichkeit fand man auch für gut, an die Spitze der Fraction nominell nicht mich, sondern ein paar weniger schlecht beleumundete Mitglieder zu stellen. Letztere Fiction ward indessen schon sehr bald aufgegeben und die Leitung der Fraction auch der Form nach mir übertragen. Ich habe dieselbe vier Landtage hindurch, bis zu meinem Rücktritt vom parlamentarischen

Schauplatz, geführt. Daß dies zur Zufriedenheit meiner Parteigenossen geschehen, darf ich daraus entnehmen, daß dieselben schon am Schluß des ersten Landtags mir ein Album mit ihren sämmtlichen Photographien und der Aufschrift: „Dem treuen und kundigen Führer der liberalen Fraction", bei meinem Scheiden aus ihrer Mitte aber einen schönen silbernen, vergoldeten Tafelaufsatz mit der Inschrift: „Ihrem hochverdienten Führer Biedermann die national-liberale Partei der II. Kammer 1877", nebst kurzem herzlichen Abschiedsgruß als Andenken widmeten.

Unser Verhältniß zur Fortschrittspartei beschränkte sich beim ersten Landtage auf eine Verständigung durch Delegirte von Fall zu Fall und auf einzelne gemeinsame Versammlungen. Das hielt die Fortschrittspartei nicht ab, von Zeit zu Zeit den Versuch zu machen, im Bunde mit den Conservativen uns (um einen landläufigen parlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen) „an die Wand zu drücken". Zum ersten Mal geschah dies mit dem bekannten (May-Pohlenz'schen) „Abrüstungsantrage", den die Herren hinter unserem Rücken, ohne uns auch nur ein Wort davon zu sagen, in die Kammer brachten. Es war das für die fortschrittlichen Redner eine günstige Gelegenheit, über Militarismus, Steuerdruck, schlechte Erwerbsverhältnisse und andere dergleichen populäre Themata sich zu ergehen. Wir ließen uns indeß nicht einschüchtern. Wir suchten dem Antrag dadurch die Spitze abzubrechen, daß wir den Zusatzantrag (das Amendement Eule) dazu stellten: „so weit es ohne Beeinträchtigung der Wehrkraft des Bundes geschehen kann," was so viel hieß, wie, den Antrag beseitigen. Als dieser Zusatz verworfen war, gaben wir

unsere zwanzig und einige Stimmen gegen den Hauptantrag ab, der aber natürlich mit großer Mehrheit (durch die Verbrüderung von Fortschritt und Conservativen) Annahme fand. Die Minister verhielten sich auffallenderweise schweigend, obschon es sich doch offenbar um ein wichtiges Interesse des Bundes, seine militärische Sicherheit, handelte.

Eine Scene ähnlicher Art wiederholte sich bei der Theaterfrage.

Infolge einer unerhörten Fahrlässigkeit war das prachtvolle Hoftheater ganz kurz vor dem Zusammentritt des Landtags 1869/70 ein Raub der Flammen geworden. Daß das Land die Kosten des Neubaues tragen müsse, war selbstverständlich und ward von uns nicht bestritten; allein das Gutachten, welches ein fortschrittlicher Abgeordneter Namens der Majorität der Gesetzgebungsdeputation erstattete, wonach die Volksvertretung nicht blos zur Herstellung des Theaters nach dem Kostenbetrage des abgebrannten, sondern zur Bewilligung jeder beliebigen Summe, welche die Regierung fordern möchte, rechtlich verpflichtet sein sollte, erregte unseren Widerspruch: wir wollten das Recht der Kammern wahren, die Bewilligung frei, nicht zwangsweise, auszusprechen, und wir wollten nicht in's Ungemessene, sondern nur bis zu einer gewissen Grenze uns binden. Hatten doch, als es sich 1840 um den Bau des jetzt abgebrannten Theaters handelte, die alten Stände eine sehr genau bemessene Summe „ein für alle Male" bewilligt! Endlich wollten wir auch die Leitung des neuerbauten Theaters unter einen verantwortlichen Minister gestellt wissen.

Es gab eine sehr gereizte Debatte. Fortschritt und Conservative drängten sich förmlich, mit einander wetteifernd, zum bedingungslosen Bewilligen herbei, und zwar mit solcher Hast und Ungeduld, daß sie uns kaum unsere Gründe entwickeln ließen und mehreren unserer Redner durch vorzeitigen Schluß das Wort abschnitten. Später freilich, als für den Theaterbau Nachbewilligung auf Nachbewilligung gefordert wurde (obschon auch die Civilliste bedeutende Summen zuschoß), als die Kosten des endlich vollendeten, allerdings prächtigen Gebäudes sich auf mehr als das Doppelte des ursprünglichen Anschlags beliefen, da kühlte sich jener Uebereifer unserer Gegner von rechts und links etwas ab, und mancher davon, namentlich auf der Linken, gab wohl stillschweigend unserem damaligen besonneneren Vorgehen Recht. Was die Abrüstungsfrage betraf, so erhielt unsere Abstimmung darüber noch viel schneller eine vollständige Rechtfertigung. Wenige Monate nach dem Schluß jenes Landtags brach der große französische Krieg aus. Bald nach dessen Beginn begegnete ich einem der hitzigsten „Abrüster" vom Fortschritt. „Nun," fragte ich ihn, „wie stände es jetzt wohl um uns, wenn wir nach Ihrem Antrage abgerüstet hätten?" Kleinlaut erwiderte er: „Ja, wer hätte das gedacht? Sie haben weiter gesehen, als wir." Nun, daß ein solcher Krieg kommen werde, gleichviel ob etwas früher oder später, das vorauszusehen war nicht so schwer.

Beim zweiten Landtag (1871/72) hatten wir der Fortschrittspartei (obschon wir numerisch stärker waren, als sie) die Stellen des ersten und zweiten Präsidenten widerspruchslos überlassen. Gleichwohl verfuhr dieselbe bei den

Wahlen der Vorsitzenden in den ständigen Deputationen mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen uns. Sie besetzte diese Stellen (wieder im Bunde mit der Rechten) theils mit ihren eigenen Leuten, theils mit Conservativen; uns schloß sie gänzlich aus.

Da war es denn doch mit unserer Geduld zu Ende. Es gab eine sehr stürmische gemeinsame Sitzung. Wir stellten ganz bestimmte Forderungen, wenn wir überhaupt noch mit dem Fortschritt zusammen gehen sollten. Das fanden einige Heißsporne von jener Seite unerhört und verließen in brüsker Weise, unter Protesten dagegen, die Versammlung. Andere, billiger Denkende, erkannten die Gerechtigkeit unserer Ansprüche auf Gleichstellung an. Zuletzt ging es wie bei dem bekannten chemischen Experiment, wo gewisse Stoffe nach einer heftigen Detonation zuvor sich schließlich verbinden: die eben erst so feindlichen Brüder verständigten sich über die Bildung einer gemeinsamen „freisinnigen Partei". Das Statut derselben (ich finde es noch unter meinen Papieren) lautete in § 1:

Die freisinnigen Mitglieder des sächsischen Landtags bilden Eine Partei, um sich über die Ziele ihrer Bestrebungen zu berathen und durch Beschlüsse zu gemeinsamem Wirken zu verbinden.

Die Geschäftsführung der vereinigten liberalen Partei ward einem aus drei Mitgliedern bestehenden Vorstande übertragen, zu welchem wir, der Fortschritt und eine dritte Gruppe, die sich zwischen uns ausgebildet hatte, je Ein Mitglied stellen sollten. Den Vorsitz in den Versammlungen hätten diese drei Vorstandsmitglieder abwechselnd zu führen. In den Versammlungen sollte die Mehrheit der Anwesenden entscheiden. Hiernach konnte es geschehen, daß eine vor-

nehmlich aus National-Liberalen bestehende Versammlung Beschlüsse faßte, denen dann die Mitglieder der beiden anderen Gruppen sich unterwerfen mußten, ebenso natürlich umgekehrt. Doch ist mir nicht erinnerlich, daß derartige Majorisirungen der einen Gruppe durch die andere und daraus entstehende Mißhelligkeiten vorgekommen wären. Im Gegentheil, das Verhältniß der drei Gruppen zu einander bei dieser völligen Verschmelzung war ein durchaus erfreuliches; es fand ein aufrichtiges Zusammengehen aller Liberalen in allen Fragen statt, und dies, sowie der günstige Ausfall der letzten Ergänzungswahlen, bewirkte, daß wir bei diesem Landtage über eine zweifellose liberale Mehrheit in der Kammer verfügten.

Auf die Regierung blieb dies nicht ohne Einfluß. Sowohl die Vorlagen, die sie uns machte, als auch ihr Verhalten bei den Verhandlungen bekundete (wenigstens in den meisten Fällen), daß sie auf die liberale Mehrheit Rücksicht nahm.

Im Allgemeinen konnten wir mit dem Verlaufe des Landtags von 1871/72 zufrieden sein. Die Regierung hatte im Ganzen eine Mittelstellung zwischen uns und den Conservativen eingenommen, hatte sogar in besonders wichtigen Gesetzgebungsfragen, wie denen über Gemeindewesen und Behördenorganisation, sich mehr zu uns, als zu Jenen, hingeneigt. Gewiß ist, daß lange vorher und lange nachher kaum ein Landtag so fruchtbar gewesen ist an wichtigen und zeitgemäßen Gesetzgebungsreformen, wie der Landtag 1871/72.

Leider sollte das günstige Parteienverhältniß, welches auf diesem Landtage bestanden und welches zu dessen so glücklichem Verlaufe sichtlich viel beigetragen hatte, nicht

von Dauer sein. Beinahe unmittelbar nach einem Feste, welches der „Städtische Verein“ zu Leipzig den vom Landtage zurückkehrenden Mitgliedern der „vereinigten Linken“ gab, erklärten, zu unserer größten Ueberraschung, öffentliche Blätter, daß der Fortschritt beschlossen habe, wieder eine besondere Partei zu bilden. Uns war kein Wort darüber gegönnt worden, und auf die verwunderte Frage unserer Preßorgane nach dem Grunde dieser so plötzlichen Wiedertrennung von uns ward von jenseits lediglich erwidert: „man glaube es sich schuldig zu sein, wieder eine selbstständige Stellung einzunehmen“, mit dem naiven Zusatze: „es stehe uns ja frei, in die Fortschrittspartei einzutreten“. Auch später ist niemals etwas Sicheres über die bewegenden Ursachen dieser schroffen Absage unserer bisherigen Bundesgenossen zu erfahren gewesen. Nur aus gewissen äußeren Anzeichen läßt sich vermuthen, daß die Mitglieder der Fortschrittspartei, oder doch einzelne darunter, die Meinung gefaßt hatten, ihre Partei habe beim Landtage 1871/72 nicht genug im Vordergrunde gestanden, und daß sie darüber eine gewisse Mißstimmung empfanden. So weit diese Mißstimmung sich gegen uns richtete, war sie vollkommen unberechtigt. Wir hatten — das glaube ich mit Bestimmtheit sagen zu können — nichts gethan, was die Herren vom Fortschritt irgendwie hätte kränken oder verletzen können. Wir hatten uns niemals vorgedrängt oder überhoben. Im Gegentheil, wir hatten (wie schon früher erwähnt) die Ehrenstellen der beiden Präsidenten (nur so viele gab es damals) ohne Weiteres ihnen überlassen und mit den Stellen zweiten Ranges, denen der beiden Schriftführer, vorlieb genommen. Wenn in den

gemeinsamen Parteiversammlungen ich öfter, als meine beiden Herren Collegen im Vorstande, den Vorsitz geführt hatte, so war dies lediglich die Schuld dieser Letzteren, die wenn die Reihe an ihnen war, mich häufig baten, an ihrer Statt die Versammlung zu berufen und zu leiten, weil sie diese oder jene Abhaltung hätten. Und wenn bei einzelnen besonders wichtigen Vorlagen, wie der Bezirksverfassung und dem Volksschulgesetz, wir etwas entscheidender in die Debatten eingegriffen hatten, als sie, so hatte das seine sachlichen Gründe (z. B. den, daß unser Mitglied Dr. Panitz, als praktischer Schulmann, zum Referenten über das Volksschulgesetz, ich, als Antragsteller in der Frage der Behördenorganisation, zum Referenten über diese gewählt worden war); keineswegs aber war daran eine Anmaßung unsererseits schuld.

Allerdings war schon bei dem erwähnten Feste eine gewisse Verstimmung auf jener Seite sichtbar gewesen. Warum, weiß ich in der That nicht. Der Festgeber, der „Städtische Verein", stand, seiner politischen Richtung nach, dem Fortschritt näher, als uns; die Vertretung der „vereinigten Linken" beim Feste in der Form eines Dankes für die zu erwartende freundliche Begrüßung hatte ich wiederholt dem Dr. Schaffrath zugeschoben, der sie aber beharrlich ablehnte und mir zurückgab; ein scherzhaftes Tischlied enthielt kleine satirische Spitzen gegen Den und Jenen unter uns (auch ich blieb nicht verschont); aber sie waren im Ganzen harmlos, und wen es nicht juckte, brauchte sich nicht zu kratzen. Es mußte daher auffallen, daß einer der Hauptwortführer des Fortschritts sofort nach diesem Liede in demonstrativer Weise die Tafel verließ und abreiste.

Die conservative Presse benutzte alles Dieses in nicht eben schöner Weise (bedauerlicherweise in erster Linie die „Leipziger Zeitung"), um einen Keil zwischen die bisherigen Verbündeten hineinzutreiben. Sie redete der Fortschrittspartei ein, „sie sei von uns in's Schlepptau genommen, von uns in den Schatten gestellt worden", und dergl. m. Und dieses Manöver gelang ihr nur allzu gut.

Beim Landtage 1873/74 war die Haltung der Fortschrittspartei (oder doch ihrer einflußreichsten Stimmführer) uns gegenüber eine so schroffe, daß, obschon mehrere ihrer einsichtigeren Mitglieder an einer Wiederannäherung der beiden liberalen Gruppen aufrichtig arbeiteten und obschon wir unsererseits auch jetzt wieder den fortschrittlichen Candidaten unsere Stimmen zum ersten und zweiten Präsidenten gaben, die Partei als solche jede Verbindung mit uns abbrach. Sie ging in Personenfragen stets, in sachlichen Fragen nicht selten weit mehr mit den Conservativen, als mit uns. Der beim Landtage 1873/74 von uns mitgewählte fortschrittliche Präsident verfuhr dermaßen parteiisch gegen uns und für die Rechte, daß endlich wir uns genöthigt sahen, beim Landtage 1875/76 einmüthig unsere Mitwirkung zu seiner Wiederwahl zu versagen.

Eine weitere bedauerliche Folge dieser feindseligen Gegenstellung der beiden liberalen Gruppen war die, daß bei den Landtagswahlen ein aufrichtiges Zusammengehen beider ebenfalls immer seltener ward. Zwar wurde noch in jüngster Zeit einmal von einem der versöhnlichsten und einsichtigsten Führer der Fortschrittspartei, Herrn Starke-Mittweida, die Anregung zu einem Wahlcompromiß zwischen National-Liberalen und Fortschrittlern gegeben; der Vor-

ſtand der national-liberalen Partei bot auch bereitwillig dazu die Hand; allein die jahrelange gegenſeitige Entfremdung vereitelte vielfach dieſe gute Abſicht: trotz der Mahnungen der Parteivorſtände ſtimmten einzelne Wählerſchaften (auch national-liberale) lieber für einen conſervativen, als für den Candidaten der andern liberalen Gruppe. Und ſo iſt der Schwerpunkt der Zweiten ſächſiſchen Kammer, der 1871/72 entſchieden in der vereinigten liberalen Partei lag, je länger je mehr in die Rechte hinüber gerückt, ſo iſt die conſervative Mehrheit immer größer, die Zahl der liberalen Stimmen immer kleiner geworden.

Ich ſelbſt entſagte 1876 der weiteren Landtagsthätigkeit, da mein Beruf ſowohl als akademiſcher Lehrer wie als Redacteur der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung" doch zu ſehr darunter litt. Das Gleiche hatte ich ſchon 1874 rückſichtlich meiner Thätigkeit im Reichstage gethan. Von meiner Wählerſchaft hier wie dort erhielt ich ſehr freundliche Zuſchriften, worin ſie meinen Rücktritt beklagten und mir für meine Vertretung ihrer Anſichten und Geſinnungen warme Anerkennung ausſprachen.

Achtzehntes Capitel.

Der Reichstag 1871—1873.

Hatte ich den Reichstagen und Zollparlamenten im Norddeutschen Bunde fernbleiben müssen, so war mir wenigstens vergönnt, sogleich in den ersten Reichstag Gesammtdeutschlands 1871 einzutreten. Ein erzgebirgischer Wahlkreis, Mittweida-Frankenberg, trug mir eine Candidatur an, die ich gern und mit Dank annahm. National-Liberale und Fortschritt hatten sich auf mich geeinigt. Zu Gegnern hatte ich einen Conservativen und einen Socialdemokraten. Im ersten Wahlgange erlangte ich zwar die höchste Stimmenzahl unter den drei Bewerbern, jedoch nicht die absolute Mehrheit; es mußte eine Stichwahl zwischen mir und dem Socialdemokraten stattfinden. Letzterer war eine dem Wahlkreise völlig fremde Persönlichkeit, ein Lehrer aus dem Braunschweigischen; derselbe hatte auch, weil er gerade eine Strafhaft absaß, sich den Wählern nicht persönlich vorstellen können; allein von der Parteileitung aus war es befohlen, und so stimmten sie wie Ein Mann für ihn.

Um nicht mit ungleichen Waffen wider meinen Gegner zu kämpfen, versagte ich mir ebenfalls das Auftreten in

öffentlichen Wählerverſammlungen; nur in den engeren Kreiſen der für mich gebildeten Wahlcomités in Mittweida und Frankenberg erſchien ich auf deren Wunſch und ſprach einige Worte.

Es gab einen hitzigen Kampf bei der Stichwahl, und, wie ſehr auch meine politiſchen Freunde ſich anſtrengten, doch wäre der Sieg vielleicht zweifelhaft geweſen, wenn nicht (wie ich wenigſtens vermuthe) eine Anzahl conſervativer Wähler diesmal (um den Socialdemokraten nicht durchdringen zu laſſen) für mich geſtimmt hätte. So ging ich mit einer Mehrheit von etwa 1000 Stimmen aus der Stichwahl hervor.

Die national-liberale Fraction des Reichstages, der ich mich anſchloß, ſtand damals auf ihrem Höhepunkte; ſie zählte etwa 150 Mitglieder, alſo mehr als ein Drittheil der Geſammtzahl. Der Gegenſatz eines rechten und eines linken Flügels war allerdings ſchon vorhanden, jedoch noch wenig merkbar. Was mir dagegen als ein bedenklicher Uebelſtand erſchien, war Folgendes. Die Fractionsberathungen über die Vorlagen der Regierungen fanden oft erſt zu ſpät ſtatt oder dehnten ſich zu lange aus, als daß man rechtzeitig zu einem endgiltigen Reſultat hätte gelangen können. So kam es, daß nicht ſelten der Reichstag in die erſte Leſung eines Geſetzes eintrat, bevor noch die Fraction einen feſten Beſchluß über ihre Stellung dazu gefaßt hatte. Da nun aber gerade bei der erſten Leſung über das Princip des Geſetzes geſprochen wird, ſo geſchah es wohl, daß ein beſonders redeeifriger Fractionsgenoſſe auf eigene Hand, ohne einen beſtimmten Auftrag oder auch nur eine ſichere Directive ſeitens der Partei, Stellung zu der

Vorlage nahm, damit aber doch mehr oder weniger die Partei selbst band. Besonders häufig that dies der verstorbene Lasker, der ja überhaupt der beinahe regelmäßige Wortführer der Fraction in allen möglichen Fragen war. Da nun Lasker mehr links, als rechts stand, so kam es vor, daß derselbe sich etwas weit nach dieser Seite vorwagte, während die Fraction bei ruhiger Abwägung aller Umstände es räthlicher fand, nicht so weit zu gehen. Dadurch lud sie aber den Schein einer Inconsequenz und speciell den eines Zurückweichens vor kühneren Anläufen auf sich, was natürlich ihrem Ansehen wenig günstig war. Auch kam es auf diese Weise bisweilen zu Differenzen mit dem leitenden Staatsmann, die zwar glücklicherweise immer bald wieder beigelegt wurden, aber doch nur um den Preis eines Rückzuges der Partei.

Gegen solche Uebelstände anzukämpfen, wäre ein schwieriges und wahrscheinlich vergebliches Unterfangen gewesen, denn — wie es bei so großen Parteien, die schwer zusammenzuhalten und zu regieren sind, in der Regel geht — die Parteileitung war eine ziemlich autokratische, und Lasker insbesondere vertrug nicht leicht Widerspruch. Für mich speciell wäre es doppelt schwierig gewesen, einmal, weil ich als ein neu Eingetretener Solchen gegenüberstand, die schon Jahre lang in Reichstag und Zollparlament gesessen und die Geschäfte der Fraction betrieben hatten, daher den Vorzug größerer Erfahrung für sich anführen konnten, sodann aber, weil ich, durch meine Berufspflichten daheim öfters genöthigt, Urlaub zu nehmen und auf einige Zeit mich vom Reichstage zu entfernen, es zu jener Stetigkeit parlamentarischer Arbeit nicht bringen konnte,

welche durchaus nothwendig für den ist, der einen maßgebenden Einfluß im Hause und in der Fraction gewinnen will.

Auch an Commissionsarbeiten konnte ich eben deshalb mich wenig betheiligen. In zwei besonderen Fällen fühlte ich mich indeß gedrungen, in die Verhandlungen sowohl im Schooße einer Commission als im Plenum thätig einzugreifen.

Das erste Mal handelte es sich um das sog. „Haftpflichtgesetz". Zu diesem Gesetze war die erste Anregung 1868 von Leipzig ausgegangen, und zwar durch eine Petition an Bundesrath und Reichstag, welche ich in einer national-liberalen Parteiversammlung veranlaßt hatte. Vor Stellung des Antrages hatte ich für nöthig befunden, über die einschlagende Gesetzgebung Frankreichs und Englands mich möglichst genau zu unterrichten. Ich wandte mich zu dem Zwecke brieflich an Garnier-Pagès in Paris (den ich beim volkswirthschaftlichen Congreß in Weimar kennen gelernt und der mich damals auch besucht hatte) und an John Bright in London. Ersterer theilte mir in liebenswürdigster Weise Alles mit, was mir zu wissen von Nöthen war. Letzterer schien von einer eigentlichen Haftpflichtgesetzgebung wenig zu halten (bekanntlich ist eine solche in England wirklich erst 1880, lange nach dem deutschen Haftpflichtgesetz, zu Stande gekommen), legte dagegen alles Gewicht auf das Institut der Fabrikinspectoren und auf deren wirksame Controle wegen Herstellung der nöthigen Sicherungsmaßregeln für die Arbeiter.

Die Ausarbeitung der Petition übernahm der Rechtsanwalt Dr. H. Blum auf Grund theils des von mir beschafften, theils des ihm selbst zugänglichen Materials.

Es traf sich glücklich, daß Blum, der 1867 in den Reichstag eingetreten war, als Mitglied und sogar als Berichterstatter der Petitionscommission sein eigenes und unser Werk im Reichstag vertreten konnte. Ohne Widerspruch ward die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Jetzt nun, im Reichstag von 1871, hatte ich meinerseits die Freude, an der Zustandebringung eines Gesetzes mitarbeiten zu können, zu dem ich den ersten Anstoß gegeben. Zu dessen Vorberathung bildete sich, wie das damals öfter geschah, eine sog. „freie" (d. h. nicht förmlich durch die Abtheilungen gewählte, sondern lediglich von den einzelnen Fractionen aus beschickte) Commission. Die beiden Bundesrathscommissarien, mit denen wir verhandelten, waren die späteren Minister Falk und Achenbach.

Mein Bemühen sowohl in dieser Commission als im Plenum des Reichstages war vorzugsweise darauf gerichtet, die Haftbarkeit des Unternehmers für einen Unglücksfall nicht von einem Nachweis seiner Schuld, den der Beschädigte zu führen hätte, vielmehr von einem von ihm selbst zu erbringenden Entlastungsbeweise abhängig zu machen. Dadurch allein schien mir für den Beschädigten, beziehentlich dessen Familie, die Füglichkeit, zu ihrem Rechte zu gelangen, einigermaßen gesichert. Ich traf in diesem Bestreben zusammen mit mehreren Abgeordneten von der Fortschrittspartei, wie Schulze-Delitzsch, Klotz-Berlin, Schaffrath-Dresden, auch mit einem vom Centrum, Ullrich, während meine eigenen Parteigenossen, die National-Liberalen, und besonders die Juristen darunter, gegenüber dem Gesetze eine gewisse Zurückhaltung beobachteten. Sie waren der

Ansicht, das Gesetz, als ein bloßes Noth- oder Ausnahmegesetz, müsse sich auf das Dringlichste beschränken, um weder der künftigen Reichsproceßordnung noch dem künftigen bürgerlichen Gesetzbuch für Deutschland vorzugreifen.

Der Antrag, den ich stellte und auch im Plenum vertrat, lautete:

Wenn in einem Bergwerke, einer Fabrik u. s. w. ein Arbeiter beschädigt oder getödtet wird, so haftet der Unternehmer für den dadurch verursachten Schaden, wofern er nicht beweist, entweder, daß der Verunglückte selbst an dem Unglück schuld war, oder daß von ihm (dem Unternehmer), seinen Beamten, Repräsentanten, Bevollmächtigten und zur Leitung und Beaufsichtigung des Betriebes und der Arbeit angenommenen Personen sowohl bei der Anlage, als beim Betriebe des Unternehmens zur Verhütung derartiger Unfälle diejenige Vorsicht aufgewendet war, welche die gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften, sowie Wissenschaft und Erfahrung ihm zur Pflicht machten.

Derselbe blieb, wie auch die Anträge von Schulze, Klotz u. s. w., in der Minderheit.

Die Erfahrung hat gelehrt, wie schwer, ja in vielen Fällen fast unmöglich es für den Beschädigten war, eine Schuld des Unternehmers oder seiner Vertreter nachzuweisen, wie daher ein solcher nur in den allerseltensten Fällen dazu gelangte, die gesetzliche Entschädigung von Gerichtswegen zugesprochen zu erhalten. Fast drei Viertheile aller haftpflichtigen Fälle (d. h. derer, wo voraussetzlich irgend ein Vergehen des Arbeitgebers oder seiner Bevollmächtigten das Unglück veranlaßt hatte) mußten von den Gerichten abgewiesen werden, weil es dem Beschädigten nicht glückte, den Schuldbeweis zu führen.

Wiederholte Versuche bei späteren Reichstagen, das 1871 Versäumte nachzuholen und den Punkt wegen der Beweislast für den Arbeiter günstiger zu gestalten, haben

zu nichts geführt, und endlich ist man, wesentlich mit aus dem Grunde, um die vielen, meist von Haus aus für den Beschädigten wenig aussichtsvollen Processe zu vermeiden, darauf gekommen, an die Stelle einer speciellen Haftpflicht für einzelne Unglücksfälle eine allgemeine Verpflichtung der Arbeitgeber zur Entschädigung ihrer Arbeiter in allen solchen Fällen, an die Stelle des „Haftpflichtgesetzes" ein „Unfallversicherungsgesetz" zu setzen.

Als es sich zuerst um diesen Wechsel der socialpolitischen Gesetzgebung handelte (1881), konnte ich mich nicht damit befreunden. Es geschah das nicht aus einer falschen Vorliebe für das von mir mit geschaffene Haftpflichtgesetz, sondern hauptsächlich wegen des meiner Ansicht nach zu centralistischen, zu staatssocialistischen Charakters des damaligen Entwurfes. In diesem Sinne habe ich mich sowohl in mehreren Artikeln in der Tagespresse, als auch in Briefen, die ich darüber mit einem der Urheber jenes Entwurfes, Herrn Commerzienrath Baare in Bochum, wechselte, offen ausgesprochen. Ich betonte dabei die Vorzüge einer genossenschaftlichen Einrichtung des Unfallversicherungswesens und berief mich auf die mit derartigen Genossenschaften (im Elsaß, in Schlesien und anderwärts) bereits gemachten günstigen Erfahrungen, namentlich auch in Betreff der Verhütung von Unglücksfällen. Die späteren Entwürfe (zumal der letzte), die sich auf den Boden des Genossenschaftswesens stellten, erschienen mir eben darum grundsätzlich nicht unannehmbar. Allerdings gewährt die Unfallversicherung dem Beschädigten nicht wie das Haftpflichtgesetz den vollen Ersatz der durch den Unglücksfall ihm entzogenen Erwerbsfähigkeit; allein, da die haftpflichtigen

Fälle von sämmtlichen Unglücksfällen erfahrungsmäßig nur 12 oder höchstens 20 Procent betragen, und da wiederum von diesen 12 oder 20 Procent nur etwa 25 Procent Aussicht auf wirklichen Ersatz haben, also von sämmtlichen Unglücksfällen kaum mehr als 3, höchstens 5 Procent, so konnte ich mir nicht verhehlen, daß für die Arbeiter im Großen und Ganzen das Unfallversicherungsgesetz günstiger sei, als das Haftpflichtgesetz — auch abgesehen davon, daß selbst bei einem glücklichen Ausgange eines Haftpflichtprocesses der beschädigte Arbeiter vielleicht ein Jahr oder länger auf die Entschädigung warten, inzwischen aber darben mußte, während die nach dem Unfallversicherungsgesetz ihm zufallende Entschädigung sofort ausgezahlt wird.

Für die infolge des Haftpflichtgesetzes vieler Orten entstandenen Privatunfallversicherungsgesellschaften habe ich mich nie erwärmen können; was sie dem beschädigten Arbeiter boten (und was dieser, um einen langwierigen und unsicheren Proceß zu vermeiden, wohl oder übel in der Regel nahm), war doch gar zu wenig, meist nicht weniger, als was das jetzige Gesetz ihm sichert.

Wohl hätte ich gewünscht, daß jener Grundsatz des früheren Gesetzes beibehalten worden wäre, wonach bei nachgewiesener schwerer Fahrlässigkeit des Unternehmers oder seiner Vertreter dem beschädigten Arbeiter der volle Ersatz zu Theil werden mußte, wie ich andererseits es bedenklich finde, daß auch bei erwiesener Schuld des Beschädigten (Leichtsinn oder Ungehorsam gegen ausdrückliche Mahnungen zur Vorsicht) diesem dennoch die gesetzliche Entschädigung unverkürzt zu Theil wird, zumal oftmals der Leichtsinn eines Einzelnen (z. B. in Bergwerken

oder in Fabriken von Explosivstoffen) die Gefährdung des Lebens einer ganzen Zahl von Mitarbeitern verschulden kann. Indeß, Alles in Allem genommen, erkenne ich an, daß durch die Unfallversicherung ein erfreulicher Fortschritt für die Arbeiter gewonnen ist, ein Fortschritt, zu dem aber immerhin das Haftpflichtgesetz die nothwendige Vorstufe und Einleitung gebildet hat.

Was mir zum zweiten Male (auf dem Reichstage von 1873) Veranlassung gab, persönlich hervorzutreten, war eine Frage, die mir in meiner Eigenschaft als Publicist ebensowohl nahe lag als vertraut war: die Frage eines Reichspreßgesetzes.

Die Reichsregierung hatte die Vorlegung eines solchen wiederholt in Aussicht gestellt, allein es war von einem Reichstag zum anderen vergeblich erwartet worden. So vereinigte man sich endlich von mehreren Seiten dahin, aus der Mitte des Reichstages selbst ein solches Gesetz hervorgehen zu lassen. Die Fortschrittspartei suchte uns zuvorzukommen und sich der Initiative zu bemächtigen; doch brachte ich es dahin, daß der Antrag noch rechtzeitig von Einigen von uns mit unterzeichnet ward. Als Grundlage diente diesem Antrag ein Gesetzentwurf, der auf dem Journalistentage zu Breslau im Jahre vorher, auf mein Referat hin, zu Stande gekommen und der an die Mitglieder des Reichstages wie des Bundesrathes vertheilt worden war.

Unser Antrag ward vom Reichstag an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen. Diese bestellte mich zum Berichterstatter. Correferent war ein Conservativer, Herr von Helldorf. Er zeigte sich bei den Verhandlungen in

der Commission sehr entgegenkommend und versöhnlich. Ueberhaupt begegnete der Entwurf, der, wie man bald sehen wird, von den allerfreiesten Grundsätzen ausging, im Schooße der Commission, die doch auch eine Anzahl conservativer Mitglieder enthielt, einer überraschend günstigen Aufnahme.

Daß ein Reichspreßgesetz lediglich auf das sog. „Repressivsystem" gegründet, jede Art polizeilicher Prävention davon ausgeschlossen bleiben müsse, dafür erklärte sich in der Commission (wie der Bericht besagt) „eine ganz überwiegende Mehrheit". Mit dem Wegfall der Cautionen, Concessionen, des Zeitungsstempels, der Entziehung des buchhändlerischen Gewerbebetriebes war man „allseits" einverstanden. Für die Errichtung von Buchdruckereien, Buchhandlungen, Leihbibliotheken, für die Herausgabe und den Vertrieb von Schriften und Bildwerken, auch für den Verkauf solcher auf öffentlichen Straßen und das Anschlagen von Plakaten sollten keine anderen als die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung maßgebend sein. Sogar die Entziehung des Gewerbebetriebes von Buchhändlern und Buchdruckern durch Richterspruch, welche beizubehalten die Reichsgewerbeordnung den Einzelstaaten freigelassen hatte, ward für unstatthaft erklärt. Die durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen sollten keinen anderen als den allgemeinen Strafgesetzen unterliegen, auch sollten die ersteren sämmtlich, von den letzteren die von Amtswegen verfolgten ausschließlich vor Geschworenengerichte verwiesen werden. Vertriebsverbote von Zeitungen und Zeitschriften sollten in keinem Falle stattfinden, der Postdebit lediglich ausländischen Blättern entzogen werden

dürfen. Die durch die Gerichte ausgesprochene Vernichtung eines Schrift- oder Bildwerkes sollte, wo ein solches Werk, aus mehreren Theilen bestände, immer nur den einzelnen für strafbar erkannten Theil treffen. Preßvergehen sollten binnen sechs Monaten verjähren. Eine Beschlagnahme sollte nur von einer richterlichen Behörde verfügt und nur auf Grund eines von dieser ausgestellten, die strafbare Stelle genau bezeichnenden schriftlichen Befehls vollzogen werden dürfen. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit der bei Herstellung eines Schrift- oder Bildwerkes Betheiligten ward in der Weise abgestuft, daß, von unten angefangen, zunächst der Verbreiter, dann der Verleger, dann der Herausgeber, zuletzt der Verfasser haftbar wäre, daß jede dieser Personen die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, solchenfalls aber nicht genöthigt werden könnte, ihren Vordermann zu nennen, umgekehrt aber auch jede straflos bliebe, sobald sie rechtzeitig ihren Vordermann angäbe, vorausgesetzt, daß dieser sich im Bereich der Reichsgerichtsbarkeit befände. Ausgenommen war der einzige Fall, wo entweder die Natur des verbreiteten Schrift- oder Bildwerkes (z. B. wenn ersteres schon durch seinen Titel, letzteres durch die zur Schau gestellten Bilder sich als unsittlich oder sonstwie strafbar kennzeichnete), oder die Art der Ankündigung eines solchen (z. B. die Hindeutung auf lüsterne Schilderungen) die Möglichkeit, daß der Verbreiter, der Verleger, der Drucker keine Kenntniß vom Inhalt gehabt hätten, ausschlösse. In solchen Fällen sollten auch diese anderen Personen neben dem Verfasser straffällig sein. Das in den bisherigen deutschen Preßgesetzen überall festgehaltene System der sog. „außerordentlichen“ oder „Fahr-

läſſigkeitsſtrafen“ (welches den Zweck und häufig auch den Erfolg hatte, den Verleger oder Drucker einzuſchüchtern, ſo daß ſie ſich weigerten, eine freimüthige Schrift zu verlegen oder zu drucken), dieſes Syſtem fand in der Commiſſion „keinen einzigen Vertreter“.

Im letzten Paragraphen des Geſetzes (es hatte deren nur zwölf) wurden alle Geſetze und Verordnungen der Einzelſtaaten über die Preſſe, welche dieſem Reichspreßgeſetz widerſprächen, aufgehoben, alle der Preſſe auferlegten Laſten und Leiſtungen (mit Ausnahme der allgemeinen Gewerbeſteuer), auch die ſog. Pflichtexemplare, in Wegfall gebracht.

So günſtig dieſer Verlauf der Verhandlungen in der Commiſſion war, ſo wenig hoffnungsreich war gleichwohl das weitere Schickſal des Entwurfes. Die verbündeten Regierungen hatten zwar einen Commiſſar in die Commiſſion entſendet, allein dieſer hatte ſich an den ſachlichen Berathungen in keiner Weiſe betheiligt, vielmehr nur einmal eine formale Erklärung über die Stellung der Regierungen zu dem Entwurf abgegeben, aus der zu entnehmen war, daß letztere auf denſelben ſchwerlich eingehen würden.

In der That erklärte, als der Bericht der Commiſſion in's Plenum gelangte, nach kaum eröffneter Debatte der Reichskanzler Namens der verbündeten Regierungen: dieſelben ſeien ihrerſeits mit einem Preßgeſetzentwurf beſchäftigt, den ſie unfehlbar dem nächſten Reichstage vorlegen würden, und ſie beantragten daher Ausſetzung der Debatte über den Commiſſionsbericht.

Die Stimmung im Plenum, ſo weit man ſie beobachten konnte, war dem Werke der Commiſſion nicht

eben günstig. Selbst in unserer Fraction waren gerade solche Punkte des Entwurfes, auf welche ich ein besonderes Gewicht legte (wie die abgestufte Haftbarkeit der an einem Preßerzeugniß Betheiligten), bei manchen juristischen Mitgliedern, wie z. B. Lasker, auf starke Bedenken gestoßen, und es stand zu befürchten, daß von dieser Seite der ganze Entwurf, wenn nicht bekämpft, doch auch schwerlich besonders warm vertheidigt werden möchte. Die Regierungen würden ihm grundsätzlich feindselig gegenüberstehen; die Conservativen, trotz der von ihren Delegirten in der Commission gemachten Zugeständnisse, würden das Gleiche thun. Und so war vorauszusehen, daß unser Entwurf entweder schlechtweg abgelehnt oder in bedauerlicher Weise verstümmelt werden würde. Das Eine wie das Andere erschien aber für die Sache der Preßfreiheit bedenklicher, als wenn der Entwurf gar nicht berathen würde, denn im letzteren Falle blieb wenigstens das Werk der Commission unangetastet und mochte immerhin Zeugniß dafür ablegen, welch großes Maß von Freiheit für die Presse eine Körperschaft für zulässig und zeitgemäß erachtet hatte, in welcher sich eine Anzahl conservativer, zum Theil ziemlich streng conservativer Mitglieder befand.

Aus diesen Gründen widersetzte ich mich dem Antrage des Reichskanzlers nicht, was mir ohnehin schwerlich viel geholfen hätte.

Dem Reichstag von 1874 ward in der That ein Reichspreßgesetzentwurf von den Regierungen vorgelegt, und der Reichstag nahm denselben mit wenigen Aenderungen an. Er war freilich nach Geist und Inhalt von dem Entwurf, welchen 1873 die Reichstagscommission zum Theil ein-

stimmig, zum Theil mit überwiegenden Mehrheiten gut geheißen hatte, wesentlich — zum Nachtheil der Presse — verschieden.

Während der Reichstagssessionen von 1871—73 begann bereits der sog. „Culturkampf". Von den Gesetzgebungsmaßregeln, welche man gegenüber der katholischen Kirche und ihrer, seit Verkündigung des Syllabus und des Unfehlbarkeitsdogmas immer mehr hervortretenden Angriffspolitik für nothwendig erachtete, fielen dem Reichstage zwei zu, der sog. „Kanzelparagraph" und das Gesetz wegen Ausweisung der Jesuiten. Daß der Mißbrauch des geistlichen Wortes (in der Predigt oder bei sonstigen Amtsverrichtungen) unter strengere Strafen gestellt werde, als der des Wortes eines gewöhnlichen Redners, z. B. in einer Volksversammlung, schien mir nicht mehr als billig, da der Staat dem Geistlichen als solchem eine bevorzugte autoritative Stellung einräumt. Ich habe daher mit voller Ueberzeugung für den „Kanzelparagraphen", welcher eine solche Verschärfung des gewöhnlichen Strafmaßes enthielt, gestimmt. Dagegen konnte ich mich nicht entschließen, dafür zu stimmen, daß eine Maßregel wie die Landesverweisung, die selbst in unserem Strafrecht keinen Platz mehr findet, im blos polizeilichen Wege, ohne vorausgegangenen Richterspruch, ja ohne Bezugnahme auf ein bestimmtes Vergehen, lediglich wegen der Zugehörigkeit eines Individuums zu einem gewissen Orden, sollte verhängt werden können — abgesehen davon, daß mir dieselbe wenig praktisch erschien, da es in den meisten Fällen schwer sein dürfte, Jemandem nachzuweisen, daß er ein Jesuit sei.

Die Culturkampfdebatten waren damals an der Tagesordnung. Es gab Redner, welche einen förmlichen

Genuß darin fanden, immer und bei jeder Gelegenheit auf dieses Thema zurückzukommen. Mir würde es richtiger erschienen sein, wenn man das Nothwendige gethan, aber so wenig als möglich darüber gesprochen hätte. Diese ewigen Wortkämpfe mußten die Leidenschaften hüben und drüben nur immer mehr erhitzen und den confessionellen Gegensatz (der ohnehin innerhalb einer und derselben Nation etwas Bedauerliches ist) bis zur Unversöhnlichkeit verschärfen. Dabei konnte ich mich der Besorgniß nicht erwehren, ob denn wohl Reichsregierung und Reichstagsmehrheit immerfort denselben Kampfesmuth bewahren würden, auch dann, wenn der Kampf sich in's Unabsehbare ausdehnte und keine Aussicht auf Sieg böte? Und daß die katholische Kirche schwerlich nachgeben, vielmehr bis auf's Aeußerste kämpfen werde, das glaubte ich aus der Geschichte, speciell der deutschen, sattsam gelernt zu haben. Leider hat sich diese Besorgniß als nur zu begründet erwiesen. Von allen Denen, welche damals mit so großer Wärme die „Rechte des Staates" gegenüber der Curie vertraten, ist heutzutage fast nur noch das kleine Häuflein der National-Liberalen übrig. Die Reichsregierung selbst hat das Signal zum Rückzug gegeben. Von ihr will ich gern annehmen, daß lediglich „höhere Rücksichten" ganz besonderer Art sie zu dieser Umkehr vermocht haben; von den Parteien, welche erst für, neuerlich gegen die Maigesetze stimmten, ist leider fast zweifellos, daß wesentlich Gründe der „Parteitaktik" sie dabei geleitet haben.

Neunzehntes Capitel.

Das Parteiwesen in Sachsen seit 1866 und mein Antheil daran.

Seit 1866 war ich wieder vielfach genöthigt, neben meiner publicistischen und, später, meiner parlamentarischen Thätigkeit auch persönlich mit Angelegenheiten des öffentlichen Lebens mich zu beschäftigen.

Zunächst fiel mir ein Haupttheil an der Leitung der, 1866 entstandenen, „national-liberalen Partei" in Leipzig und im übrigen Lande zu.

In Leipzig ging diese Partei aus den sog. „Centralhallenversammlungen" hervor, zeitweiligen Zusammenkünften Gleichgesinnter vor und nach dem Kriege. Sie behielt lange den Charakter einer losen Verbindung ohne straffere Organisation bei. Ein Ausschuß, der von Zeit zu Zeit neu gewählt ward, berief, so oft es ihm nöthig schien, die Parteigenossen zu einer Versammlung und konnte sicher sein, daß sich dabei jederzeit eine große Anzahl solcher (gewöhnlich mehrere Hunderte) zusammenfand. Eine Liste

eingeschriebener Mitglieder, regelmäßige Mitgliederbeiträge ꝛc. gab es dagegen nicht.

Da auch ein Theil der Leipziger Demokratie zu uns hielt, so nahm deren erklärter Wortführer, Dr. Joseph, anfangs eine hervorragende Stellung in unserem Ausschuß ein, und ich theilte mich mit ihm in den Vorsitz. Bei den Neuwahlen zum Ausschuß (schon im Frühjahr 1867) fielen aber so wenig Stimmen auf ihn, daß er ausschied. Seitdem lagen die Geschäfte des Vorsitzenden mir allein ob.

Eine ähnliche lockere Parteibildung der National-Liberalen bestand in Dresden unter Leitung eines Herrn Delbrück, eines Verwandten des preußischen Ministers; doch war die Zahl der Parteigenossen dort ungleich geringer, als in Leipzig.

Bei den Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes im Herbst 1867 (bei denen im Frühjahr war in Leipzig ein „Bundesstaatlich-Constitutioneller" gewählt worden) richteten wir unser Absehen auf den Vicebürgermeister Dr. Stephani, der politisch noch wenig oder gar nicht hervorgetreten, dagegen wegen seiner verdienstlichen Wirksamkeit im städtischen Wesen in weiteren Kreisen bekannt und beliebt war. Als dieser aus Rücksichten auf sein Amt ablehnte, wandte sich der Ausschuß an einen Mann, der in verhängnißvoller Zeit, in den Märztagen 1848, sich durch sein Verhalten wesentliche Verdienste um Leipzig, ja um ganz Sachsen erworben hatte, den ehemaligen königlich sächsischen Staatsminister von Carlowitz. Derselbe hatte — aus Unmuth über die Wendung, welche die sächsische Politik unter Herrn von Beust nahm — seinen Grundbesitz in Sachsen verkauft und war nach Preußen übergesiedelt.

Dort war er schon 1852 in das Abgeordnetenhaus gewählt worden, wo er sich der Fraction Bockum-Dolffs, die den heutigen Freiconservativen ähnelte, anschloß, war dann Mitglied des constituirenden Reichstags gewesen und hatte bei Berathung der Verfassung sehr freisinnige Ansichten entwickelt.

Im Namen des Ausschusses schrieb ich an ihn, erhielt jedoch zu meinem und unser Aller Bedauern folgende ablehnende Antwort:

Ew. Wohlgeboren bin ich für das mir bewahrte freundliche Andenken aufrichtig verbunden. Ich habe zwar an demselben niemals gezweifelt, denn, wie ich selbst die Schicksale eines so ausgezeichneten Vorkämpfers für die nationale und freiheitliche Entwickelung Deutschlands mit reger Theilnahme unausgesetzt verfolgt habe, so durfte ich wohl, ohne mich zu überheben, auch auf die Fortdauer Ihres schätzbaren Wohlwollens rechnen.

Immer aber ist es ein wohlthuendes Gefühl, auch dann noch in freundlicher Erinnerung von Gesinnungsgenossen zu leben, wenn die Kräfte allmälig erlahmen und die Zeit gekommen ist, jüngeren Männern Platz zu machen. In dieser Andeutung bitte ich Sie bereits eine Antwort auf Ihr gefälliges Schreiben zu erkennen, inhalts dessen Sie mich auffordern, eine Candidatur zum Reichstage für Leipzig anzunehmen.

Daß es mir, dessen früheres Wirken allerdings zu Leipzig in inniger Beziehung gestanden, und da ich die Schicksale meines Geburtslandes mit dem regsten Antheil noch immer verfolge, eine ganz besondere Ehre sein würde, Leipzigs so intelligenten Wahlkreis zu vertreten, bedarf wohl nicht erst der Versicherung. Allein ich habe mir sagen müssen, daß meine, besonders durch ein hartnäckiges Hals- und Nervenleiden angegriffene Gesundheit dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen ist, und daß für mich die Zeit gekommen ist, mich von der politischen Schaubühne mit dem Bewußtsein zurückzuziehen, das Beste gewollt, freilich nur wenig erreicht zu haben. Es kommt dazu, daß der Reichstag in eine

Jahreszeit fällt, die ich nach ärztlichem Rathe vorzugsweise auf dem Lande zuzubringen wünsche.

Diese ablehnende Antwort habe ich bereits meinem, mir seit 15 Jahren mit seltener Anhänglichkeit zugethanen Wahlkreise Görlitz-Lauban gegeben; sollte es indeß wider Erwarten dort nicht gelingen, eine geeignete Persönlichkeit meiner politischen Richtung zur Annahme eines Mandats zu bestimmen, und ich dem moralischen Zwange, Görlitz abermals zu vertreten, doch noch nachgeben, so werden Sie es gewiß für gerechtfertigt halten, daß ich meinem alten Wahlkreise aus Dankbarkeit treu bleibe und die Wahl für Görlitz jeder andern vorziehe.

Immer aber bitte ich, allen Ihren Gesinnungsgenossen in Leipzig, die sich für meine Candidatur interessirt haben, meinen wärmsten Dank zu sagen, für Sie selbst aber den Ausdruck vollkommener Hochachtung zu genehmigen, mit der ich bin Ew. Wohlgeboren ganz ergebener Carlowitz.

Während wir so wegen eines Candidaten für Leipzig in Verlegenheit waren, bereiteten die Freunde des Dr. Joseph uns eine peinliche Ueberraschung. In einer im Ganzen schwach, vorwiegend aber von Mitgliedern dieser Richtung besuchten Versammlung schlugen sie denselben als Candidaten vor und gewannen für diesen Vorschlag eine, wenn auch nicht große, Majorität. Nun gehörte Dr. Joseph, der 1866 als entschiedener Annexionist aufgetreten war, zu den pronoucirtesten politischen Persönlichkeiten. Nach dem von der Partei aufgestellten Grundsatze konnte daher seine Candidatur eben so wenig in Frage kommen wie die meinige, ja insofern noch weniger, als Joseph nach Ausweis der neueren Ausschußwahlen eine eigentlich führende Stellung in der Gesammtpartei nicht einnahm.

Aus dieser Verlegenheit wußte der Ausschuß sich nicht anders zu helfen, als dadurch, daß bei der nächsten, sehr

zahlreich besuchten Versammlung seine Mitglieder einstimmig erklärten: „sie fänden sich, ihrer wohlerwogenen Ueberzeugung nach, außer Stande, den Beschluß der vorigen Versammlung auszuführen, weshalb sie insgesammt ihre Stellen niederlegten.“ Dies hatte die Wirkung, daß jener Beschluß wieder aufgehoben, der Ausschuß aber gebeten wurde, auf seinem Posten zu bleiben.

Nun ließ auf nochmaliges Andringen Dr. Stephani geschehen, daß man ihn als Candidaten aufstellte, und ward denn auch gewählt.

Für die Parteigruppirung in Leipzig hatte dieser Zwischenfall weitere Folgen, und darum mußte ich denselben erwähnen. Die Freunde Josephs waren sofort nach dem ihnen ungünstigen Beschlusse aus der Versammlung geschieden. Sie traten zu einer besonderen Partei zusammen, der sie den Namen „Städtischer Verein“ gaben.

Auf die nationale Bewegung in Leipzig übte diese „Secession“ glücklicherweise keinen nachhaltig störenden Einfluß. Der „Städtische Verein“ hielt sich wesentlich in den Grenzen des von ihm selbst gewählten Titels: er beschäftigte sich vorwiegend, ja fast ausschließlich mit städtischen Angelegenheiten, in denen er eine fortschrittliche Richtung vertrat; wo dagegen größere Interessen — des engeren oder weiteren Vaterlandes — in Frage kamen, insbesondere bei Landtags- und Reichstagswahlen, schloß er sich doch wieder allmälig uns an. Man hätte vielleicht sagen können, der „Städtische Verein“ vertrete den linken, wir Andern den rechten Flügel der national-liberalen Partei; allein auch das traf nicht immer zu, wie folgende Scene beweist, die mir noch in lebhafter Erinnerung ist. Beim Reichstag 1874 stand

bekanntlich die Frage zur Entscheidung, ob der Reichstag das, verfassungsmäßig ihm zustehende, Recht ausüben solle, den Friedenspräsenzstand des Reichsheeres alljährlich festzustellen. Aus einem Bericht, den Dr. Stephani während der Osterferien des Reichstags in einer sehr zahlreich besuchten Schützenhausversammlung mit gewohnter Klarheit erstattete, schien hervorzugehen, daß in der national-liberalen Fraction zu Berlin die Ansichten darüber noch einigermaßen getheilt seien. Von den Mitgliedern des „Städtischen Vereins" waren ziemlich viele in der Versammlung gegenwärtig; sie hatten an besonderen Tafeln Platz genommen. Ich trat an sie heran und fragte: „Nun, meine Herren vom Städtischen Verein, was meinen Sie dazu?" Darauf erwiderte mir ohne Besinnen einer ihrer Hauptwortführer: „Wir müssen eben dazu helfen, daß unsere Abgeordneten etwas mehr rechts gehen." Und so ward einstimmig, unter allseitiger Zustimmung auch der Mitglieder des „Städtischen Vereins", eine von mir und Andern vorgeschlagene Resolution angenommen, welche den Wunsch aussprach, daß in dieser hochwichtigen Frage die Reichstagsmehrheit sich nicht von der Reichsregierung trennen möge.

Das Hervortreten des „Städtischen Vereins" als geschlossene und organisirte Partei hatte indeß doch die Wirkung, daß auch wir, die wir einer festen Organisation noch immer entbehrten, für nöthig fanden, uns eine solche zu geben. So entstand (am 9. October 1871) die „Gemeinnützige Gesellschaft". Eine grundsätzlich feindliche Stellung zum „Städtischen Verein" nahm dieselbe nicht ein, wie schon daraus zu ersehen, daß hervorragende Mitglieder dieses letzteren zugleich Mitglieder jener ersteren wurden.

In ihrer Zusammensetzung unterschied sie sich von demselben insofern, als sie vorzugsweise aus den Kreisen der Universität, des Reichsoberhandelsgerichts (später des Reichsgerichts), des Groß- und Buchhandels u. s. w. sich rekrutirte, während im „Städtischen Verein" das eigentliche Bürgerthum überwog. Doch blieb Letzteres auch in der „Gemeinnützigen Gesellschaft" und in deren Vorstand nicht unvertreten. In Fragen des städtischen Wesens, insbesondere bei den Stadtverordnetenwahlen, standen sich allerdings die beiden Vereine bisweilen feindlich gegenüber, während sie aber andere Male auch dabei Hand in Hand gingen. Schon vor mehreren Jahren hat der „Städtische Verein" sich aufgelöst und der „Gemeinnützigen Gesellschaft" allein das Feld überlassen.

Letztere trug eine Zeit lang einen vorwiegend — wie soll ich sagen? — theoretischen Charakter. Durch regelmäßige wissenschaftliche Vorträge in jedem Winter, mit zuweilen, doch selten, daran sich knüpfenden Discussionen, sorgte sie für die geistige Anregung und Fortbildung ihrer Mitglieder. Später trat sie auf einen mehr praktischen Boden hinüber, indem sie vorzugsweise solche Fragen in den Bereich ihrer Erörterungen zog, welche in das wirthschaftliche oder sociale Leben eingriffen, indem sie ferner, direct oder indirect, allerhand gemeinnützige Einrichtungen in's Werk setzte. An dieser Wendung darf ich mir einigen Antheil beimessen. Schon bei der Gründung der Gesellschaft hatte ich die Aufnahme des Wortes „gemeinnützig" in den Titel derselben beantragt und durchgesetzt; später regte ich hier und da beim Gesellschaftsvorstande die Inangriffnahme einer Frage von gemeinnützigem Charakter

an, und ich hatte die Freude, daß die Gesellschaft je länger je mehr der durch ihren Namen gewissermaßen übernommenen Verpflichtung gerecht wurde.

Zu den schon bisher von der Gesellschaft theils direct in's Leben gerufenen, theils wenigstens angeregten wohlthätigen Einrichtungen gehören: ein Verein gegen Hausbettelei, ein Verein für Unterstützung talentvoller Knaben, ein Asyl für Obdachlose, die Einrichtung von Feriencolonien sowie von Spielplätzen für größere Knaben, die Einbürgerung des Handfertigkeitsunterrichts in Leipzig durch Errichtung einer Schülerwerkstatt, die Förderung der gegen die Trunksucht gerichteten Bestrebungen, ein Verein für Beschaffung von Kleidungsstücken für ärmere Confirmanden, die Begründung eines, bereits sehr reichhaltigen, Kunstgewerbemuseums und die Veranstaltung einer äußerst gelungenen Kunstgewerbeausstellung im Jahre 1879 — gewiß Zeugniß genug für den wirklich gemeinnützigen und zugleich praktischen Geist, der die Gesellschaft beseelt.

Auch da, wo sie nicht unmittelbar werkthätig eingreifen kann, sucht die Gesellschaft wenigstens durch Aufklärung der öffentlichen Meinung sich nützlich zu machen. Als in Leipzig eine verbesserte Organisation der Armenpflege (nach dem Elberfelder System) in's Leben trat, half die Gesellschaft durch zwei von ihr veranlaßte sachkundige Vorträge des Geheimen Hofraths Professor Dr. Wach und durch die daran sich knüpfenden Discussionen, derselben die Wege bahnen. Für eine Erweiterung des Haftpflichtgesetzes that die Gesellschaft Schritte, indem sie auf Grund zweier Vorträge darüber (vom Rechtsanwalt beim Reichsgericht Dr. Sachs und von mir) eine

Eingabe in dieſem Sinne an Bundesrath und Reichstag richtete, und als an die Stelle des Haftpflichtgeſetzes das Unfallverſicherungsgeſetz trat, ward auch dieſes zum Gegenſtande eingehender Erörterungen im Schooße der Geſellſchaft gemacht. Und ſo ließe ſich noch Manches anführen.

Um den nationalen Sinn der Bürgerſchaft Leipzigs immerfort lebendig zu erhalten, begeht die Geſellſchaft alljährlich den 18. Januar, den Tag der Verkündigung des erblichen Kaiſerthums der Hohenzollern und der Aufrichtung des neuen Deutſchen Reichs, durch ein Feſtmahl, betheiligt ſich ebenſo regelmäßig (wie das früher auch der „Städtiſche Verein“ that) an der volksthümlichen Feier des 2. September, des Tages von Sedan.

Die Leitung der Geſellſchaft lag immerfort in den beſten Händen, erſt in der des Dr. Georgi, dann, nach deſſen Erhebung zum Bürgermeiſter, ſeit nun ſchon mehr als zehn Jahren, in der des ſo vielſeitig gemeinnützig thätigen Dr. Genſel.

Habe ich im Obigen vorzugsweiſe von den Parteibildungen in Leipzig geſprochen, ſo muß ich nun noch auf die Verbreitung der national-liberalen Partei im übrigen Lande einen Blick werfen.

In der „Landesverſammlung vom 26. Auguſt 1866“ war beſchloſſen worden: „es möchten Schritte geſchehen zur feſteren Organiſation der national-liberalen (oder, wie es damals häufiger hieß, „liberal-nationalen“ oder auch „freiſinnig-deutſchen“) Partei im ganzen Lande.“

Bei den Wahlen zum conſtituirenden Reichstag des Norddeutſchen Bundes kam es dazu noch nicht. Auf einer Verſammlung zu Chemnitz, welcher Bernhard Eiſenſtuck

präsidirte, wogten die verschiedensten Schattirungen des Liberalismus in ziemlich trüber Mischung durch einander: entschiedene Anhänger der neuen Ordnung der Dinge, „alte Demokraten von 1848", die „an der Reichsverfassung festhielten", ja auch Solche, die sich eigentlich zu mehr großdeutschen Ansichten bekannten. Erst vor den Herbstwahlen gelang es, eine selbstständige national-liberale Versammlung in Dresden zu Stande zu bringen. Diese setzte eine Art von Landesausschuß ein — zunächst zur Betreibung der Wahlen, gleichzeitig aber zur Organisation der Partei im ganzen Lande. Zum Vorort ward Dresden gewählt. Allein wiederum verschoben und verwischten sich (auf einer Versammlung in Chemnitz) die Parteigrenzen zwischen nationalen und anderen Liberalen, und es mußte noch als ein besonderes Glück angesehen werden, daß — mehr trotz, als wegen jener Versammlung — doch vier National-Liberale in den Reichstag gelangten.

Der Schwerpunkt der Partei ward nun nach Leipzig verlegt und ist seitdem hier verblieben. Ein Centralcomité ward an die Spitze gestellt, welches durch Vertrauensmänner mit den einzelnen Wahlkreisen in Verbindung treten und von Zeit zu Zeit Versammlungen der Parteigenossen aus dem ganzen Lande veranstalten sollte.

Wie es bei derartigen Organisationen in der Regel geht — die Hauptarbeit fällt immer Einem zu —, so ging es auch hier, und dieser Eine war ich. Die mir aufliegende Arbeit war aber hier eine um so schwierigere, als ein selbstthätiges Entgegenkommen von den einzelnen Wahlkreisen aus auf die von Leipzig ausgehenden Anregungen nur zu häufig vermißt wurde. Eine dauernde Organisation

der Partei, ein rühriges Zusammenhalten der Parteigenossen war überhaupt nur in wenigen Landestheilen zu erreichen; in den meisten beschränkte sich in der Regel die Parteithätigkeit auf die Bildung von Wahlausschüssen unmittelbar vor den Wahlen und die Betreibung dieser letztern selbst; waren die Wahlen vorüber, so hörte sie wieder auf oder gab doch nur schwache Lebenszeichen von sich.

Eine besondere Schwierigkeit für die Entwickelung eines recht regen Parteilebens liegt für uns, die National-Liberalen Sachsens, darin, daß unsere Partei sich vorzugsweise (mehr, als die conservative und die fortschrittliche) aus den größeren Industriellen (Kaufleuten, Fabrikanten ꝛc.) rekrutirt. Diese haben mit ihren eigenen Angelegenheiten so viel zu thun, daß sie nur schwer und selten dazu kommen, Zeit und Kraft dem Allgemeinen zu widmen. Eben dieser Umstand erschwert auch die Gewinnung von nicht blos geeigneten, sondern auch zur Uebernahme eines solchen Amtes geneigten Candidaten für Land- und Reichstag und macht, daß die mühsam gewonnenen und glücklich durchgebrachten selten lange auf ihrem Posten ausharren.

Zehn ganze Jahre habe ich unter so ungünstigen Verhältnissen und daher mit nicht geringen Opfern an Zeit und Kraft die Leitung der national-liberalen Partei Sachsens geführt. Da es an einem festangestellten Geschäftsführer der Partei (wie er späteren Vorsitzenden zur Verfügung stand) damals noch fehlte, der vom Vorstand aus seiner Mitte gewählte Schriftführer aber, ein sehr beschäftigter Advokat, kategorisch erklärte, daß er eine andere Thätigkeit, als die des Protokollirens in den Sitzungen,

uns schlechterdings nicht widmen könne, so mußte ich wohl oder übel alle laufenden Geschäfte allein besorgen, eine umfängliche Correspondenz führen, Wahlaufrufe und sonstige Schriftstücke in die verschiedenen Wahlkreise versenden u. s. w. Um den Mangel einer lithographirten Correspondenz (wozu die nöthigen finanziellen Mittel fehlten) einigermaßen zu ersetzen, schrieb ich Artikel zur Verständigung und Anregung der Parteigenossen draußen im Lande, gab diese zunächst in die „Deutsche Allgemeine Zeitung" und versandte sie sodann in Abzügen an eine Anzahl von Localblättern zum Wiederabdruck. Auch das war keine geringe Mühewaltung.

Im Jahre 1874 trat in der äußeren Gestaltung der national-liberalen Partei Sachsens eine wichtige Aenderung ein. Angesichts der immer höher anschwellenden socialdemokratischen Bewegung schien es angezeigt, Alles aufzubieten, um nach dieser Seite hin Front zu machen. Auf Anregung der „Gemeinnützigen Gesellschaft" entstand der „Reichsverein für Sachsen", dessen ausgesprochener Zweck war, mit Absehen von allen sonstigen Parteiunterschieden nur die grundsätzlichen Feinde des Reichs und der bestehenden Gesellschaftsordnung zu bekämpfen. Die national-liberale Partei ging in dieser neuen Organisation völlig auf. Sie entsagte ihrer Existenz und Wirksamkeit als Sonderpartei, betrachtete sich nur noch als Glied einer größeren „Ordnungspartei", unterstützte daher bei den Wahlen, so oft es die Bekämpfung eines Socialdemokraten galt, mit demselben Eifer einen fortschrittlichen oder conservativen Candidaten, wie einen ihres eigenen Mittels, je nachdem der eine oder andere mehr Aussicht auf einen Wahlsieg zu bieten schien. Sie hatte sich dabei einer Gegenseitigkeit von den anderen

Parteien, insbesondere der conservativen, keineswegs immer zu erfreuen; sie mußte auch erleben, daß der Minister-präsident von Friesen in der Zweiten Kammer den „Reichs-verein" als ein „Unglück für Sachsen" bezeichnete, weil derselbe angeblich ein „Monopol der Reichstreue" für sich in Anspruch nehme — ein gänzlich haltloser Vorwurf, denn wir nahmen für uns nicht mehr in Anspruch, als was wir durch unser grundsätzliches Verhalten bekräftigten: die Selbstlosigkeit der Unterordnung unseres Parteiinteresses unter das höhere Interesse des Reichs, und wir gönnten jeder andern Partei gern denselben Anspruch auf „Reichs-treue", sobald sie nur diesen Anspruch gleich uns in Thaten, nicht blos in Worten bekunden würde.

Der „Reichsverein" hat sich durch alles Dieses nicht anfechten lassen, sondern hat unbeirrt und unermüdet seine Schuldigkeit gethan und damit, wie ich wohl sagen darf, manchen Sieg der Socialdemokratie und manche Niederlage der Ordnungspartei verhindert. Erst als die wenigen Elemente von rechts und links, die sich ihm angeschlossen hatten, wieder abgebröckelt waren, so daß der Verein fast nur noch aus National-Liberalen bestand, hat derselbe, entsprechend diesem Sachverhalt, den Namen „national-liberaler Verein für Sachsen" angenommen, hat jedoch auch unter dieser neuen Firma nach wie vor den Grundsatz befolgt, immer in erster Linie sich als „Ordnungspartei" zu betrachten und diesem höheren Interesse sein specielles Parteiinteresse unterzuordnen. In Dresden hatte sich ein besonderer „Reichsverein" gebildet. Derselbe hat, obwohl er nur aus National-Liberalen besteht, diesen Namen immerfort beibehalten.

Die oberste Leitung des „Reichsvereins für Sachsen“ war wiederum (als ob es gar nicht anders sein könnte) mir zugefallen. Mich diesem Rufe zu versagen, ging nicht wohl an, und als ich, der langen Last endlich herzlich müde, dieselbe auf andere Schultern abwälzen wollte, fand ich Niemand, der sie hätte übernehmen mögen. Erst 1876, als Dr. Stephani aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als Vicebürgermeister niedergelegt und somit Muße für eine anderweite Thätigkeit im Gemeininteresse gewonnen hatte, gelang es mir, den Vorsitz an diesen abzugeben, mich selbst aber in die bescheidenere Stellung eines einfachen Vorstandsmitgliedes zurückzuziehen.

Seitdem bin ich nur bei ganz besonderen Veranlassungen aus dieser meiner Zurückgezogenheit wieder herausgetreten.

Nach der Verwerfung des ersten Socialistengesetzes im Reichstag von 1878 bildete sich in Leipzig eine Vereinigung aus national-liberalen und etwas weiter rechts stehenden Elementen zum Zwecke einer Kundgebung für Annahme des Gesetzes. Ich nahm an dieser Vereinigung Theil, sprach mich aber gleichzeitig dahin aus, daß neben dem negativen Vorgehen in Bekämpfung der Socialdemokratie auch etwas Positives in derselben Richtung geschehen müsse. Als zunächst geeignetes Mittel dafür erachtete ich die Gründung eines Vereins, in welchem die noch nicht vom socialistischen Gift angesteckten Elemente des Arbeiterstandes zusammengefaßt und durch Darbietung von Gelegenheit theils zu einer soliden Fortbildung (durch Vorträge für die Erwachsenen, regelmäßige Unterrichtsstunden für den jüngeren Nachwuchs u. dgl.), theils zu

geselliger Erheiterung und Erholung, ferner durch Berührung mit den bürgerlichen Kreisen, in ihrer gesunden Entwickelung gefördert würden. Diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen, erschien mir recht eigentlich als Aufgabe des „Reichsvereins“. Auf mein Andringen bestellte denn auch der Vorstand desselben eine Commission zur näheren Erwägung meines Vorschlages. Bald zeigte sich, daß die gleiche Idee auch von anderer, ja auch von dritter Seite in's Auge gefaßt worden war — auf der „Kirchenconferenz“ in Meißen und von Seiten des Vorstandes des sächsischen Zweigvereins der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“. So kam ein gemischtes Comité zu Stande, und dieses rief den „Volksverein für Leipzig und Umgegend“ in's Leben. Als Mitglied erst des Vorstandes, dann des Ausschusses, als Vorsitzender der Bibliothekscommission, durch das Halten von Vorträgen, u. A. einer Gedächtnißrede auf den verstorbenen Schulze-Delitzsch), Leitung der Discussionsabende u. s. w. habe ich dem Vereine eine Zeit lang meine Thätigkeit, so viel ich konnte, gewidmet. Durch Verschmelzung mit dem „Volksbildungsverein“ verwandelte sich der Verein später in den „Verein für Volkswohl zu Leipzig“, ohne aber seine Richtung zu ändern. In dieser Gestalt besteht er noch heut und entfaltet eine, wenn auch in bescheidenen Grenzen sich bewegende (die Zahl seiner Mitglieder aus dem Arbeiterstande schwankt zwischen 600 und 700, wovon 400—500 die Unterrichtskurse in Buchführung, Geschäftsaufsätzen, gewerblichem Rechnen, Zeichnen, Englisch, Französisch, Stenographie u. s. w. besuchen), doch immerhin wohlthätige Wirksamkeit.

Einem andern gemeinnützigen Vereine, dem „Fröbelverein“, wurde ich ohne mein Zuthun nahegestellt, indem der Vorstand desselben im Jahre 1884 mich zum Vorsitzenden wählte. Bei meinen schon früher bethätigten, gerade um diese Zeit (wie später zu berichten) auf's Neue angeregten Bestrebungen für eine praktische Erziehung der Jugend fühlte ich mich den Zwecken dieses Vereins vertraut und wahlverwandt.

Und, da ich einmal von meiner neueren Antheilnahme an Vereinen spreche, so sei gleich hier noch erwähnt, daß ich als Vorstandsmitglied der Leipziger Zweig-Schillerstiftung diese Stiftung zweimal auf Generalversammlungen vertreten habe, das eine Mal 1868 in Wien, ein zweites Mal 1879 in Dresden, daß ich ferner Mitglied und eine Zeit lang Vorsitzender des Vorstandes eines Vereins war, der sich in Leipzig 1882 zur Versorgung der aus Rußland vertriebenen Israeliten bildete.

Ich kehre zu meiner politischen Thätigkeit zurück.

Bei der Spaltung der national-liberalen Fraction durch die „Secession“ des linken Flügels (1882) übernahm ich, auf Wunsch des Vorstandes, in einer von diesem berufenen Vertrauensmännerversammlung unserer sächsischen Parteigenossen die Vertretung des zurückgebliebenen Stammes der Fraction gegen die Secessionisten. Ich hatte dabei die Genugthuung, daß die große Mehrheit der Versammlung mir beipflichtete, wennschon unter Denen, die zur Secession übertraten, Mehrere waren, deren Scheiden von uns ich aufrichtig beklagen mußte.

Nach dem Erscheinen des „Heidelberger Programms“ vom 23. März 1884 fand wiederum eine Vertrauens-

männerverſammlung der national-liberalen Partei in Leipzig ſtatt. Die Anſichten waren hier noch getheilt. Dr. Stephani ſelbſt äußerte Zweifel, ob die „national-liberale Fraction" im Reichstage ſich jenes Programm werde aneignen wollen. Ich mußte mich deshalb damit begnügen, einen Antrag zu ſtellen, der den Wunſch enthielt, daß eine Verſtändigung der National-Liberalen Norddeutſchlands mit denen Süddeutſchlands (von welchen letzteren das Heidelberger Programm ausgegangen) zu Stande kommen möge. Dieſer Antrag fand den Beifall der Verſammlung. Bekanntlich erfolgte eine ſolche Verſtändigung auf der großen Parteiverſammlung zu Berlin vom 18. Mai 1884. Als Vertreter der ſächſiſchen National-Liberalen in dieſer Verſammlung erklärte Dr. Genſel, dermaliger Vorſitzender des „national-liberalen Vereins für Sachſen", unſere freudige Zuſtimmung zu dieſem Acte.

Auf einer am 6. Juli 1884 zu Döbeln abgehaltenen national-liberalen Landesverſammlung ſprach ich, wiederum im Auftrage des Vorſtandes, über die Aufgabe unſerer Partei bei den bevorſtehenden Reichstagswahlen. Ich faßte dieſe Aufgabe in den folgenden Worten zuſammen:

Durch die neueſten Schritte unſerer ehemaligen Parteigenoſſen, der ſogenannten „Seceſſioniſten" — erſt ihren Uebergang in's fortſchrittliche Lager und damit ihre Beugung unter die Führerſchaft des Herrn Eugen Richter, dann ihre Betheiligung an der von Letzterem betriebenen grundſätzlichen Oppoſition gegen die geſammte innere Politik des Reichskanzlers, zuletzt gar noch ihre Verbrüderung mit den Ultramontanen behufs Bildung einer reichsregierungsfeindlichen Mehrheit — durch alles Dieſes iſt das Band zwiſchen uns und ihnen („zu meinem aufrichtigen Bedauern", wie ich hinzuſetzte) gelöſt, ſind wir in die Nothwendigkeit verſetzt, die deutſch-freiſinnige

Partei grundsätzlich zu bekämpfen, zu dem Ende auch ein Bündniß mit den Gemäßigten unter den Conservativen nicht zu scheuen.

Diese Worte wurden mit allseitigem lauten Beifall aufgenommen und begegneten von keiner Seite einem Widerspruch.

Einige Zeit darauf brachte die deutschfreisinnige Dresdener Zeitung (Nr. vom 12. September 1884) einen Artikel, worin sie, unter schweren Vorwürfen gegen die „Führer der national-liberalen Partei", als ob sie aufgehört hätten, liberal zu sein, an die „liberalen Männer" innerhalb der Partei die Aufforderung richtete, sich von derselben zu trennen und zu den Deutschfreisinnigen überzutreten. Da sie unter Denen, welchen sie einen solchen Schritt anssinnen zu können meinte, auch mich nannte, so fand ich mich gedrungen, in einem Artikel des „Leipziger Tageblattes" (Nr. vom 16. September 1884) unter dem Titel „Die Aufgabe der National-Liberalen bei den nächsten Reichstagswahlen" meine Ansichten über diese Aufgabe und über die ganze Stellung der Partei, sowie über meine eigene, ausführlicher zu entwickeln. Der Vorstand des national-liberalen Vereins für Sachsen hat diesen meinen Aufsatz in einer großen Zahl von Abzügen an die Parteigenossen im Lande versandt und damit bekundet, daß die Parteileitung selbst sich zu den darin entwickelten Ansichten bekennt. Aus diesem Grunde möge es mir vergönnt sein, die Hauptstellen daraus hier wiederzugeben.

Zuvörderst bemerkte ich, gewissermaßen zu meiner Legitimation betreffs dieser öffentlichen Aussprache:

Durch die Bezugnahme auf meine unzweideutigen Aeußerungen in Döbeln könnte ich die Sache, was mich betrifft, für erledigt halten;

allein die Stellung, die ich Jahrzehnte lang als ein Wortführer erst der sog. „gemäßigt-liberalen", dann der daraus hervorgegangenen national-liberalen Partei eingenommen habe, und das Vertrauen, welches mir in dieser Eigenschaft von meinen Parteigenossen lange entgegengebracht worden ist, ja noch jetzt, wie ich auf dem Döbeln'schen Tage mit Freuden wahrnahm, entgegengebracht wird, lassen mir es als eine Pflicht erscheinen, auf die von jener Seite her angeregte Frage wegen des Verhältnisses zwischen uns und den weiter links stehenden Liberalen auch noch directer und eingehender zu antworten.

Dies that ich sodann, indem ich fortfuhr:

Schon in Döbeln sprach ich aus, und ich wiederhole es hier: ich halte es für die oberste Aufgabe, wie jeder reichstreuen Partei, so ganz besonders der unseren, welche sich die „nationale" nennt, bei den Reichstagswahlen nicht sowohl ihr besonderes Parteiinteresse, als das allgemeine Interesse des Reichs und der Nation in den Vordergrund zu stellen.

Nun hat die national-liberale Partei sich es von ihrer Entstehung an zur Aufgabe gemacht, nicht blos den Bestand des neu gegründeten Deutschen Reichs gegen Solche, welche denselben in einer oder der andern Weise anzutasten geneigt wären, zu vertheidigen, sondern auch dessen Ausbau nach allen Richtungen hin fördern zu helfen. Sie hat sich dieser Aufgabe nach besten Kräften unterzogen, hat sich dabei eine Zeit lang des Hand in Hand Gehens mit der Reichsregierung, sowie der Bundesgenossenschaft eines Theils der conservativen Partei zu erfreuen gehabt.

Dann trat eine Zeit ein, wo das Verhältniß der National-Liberalen zur Reichsregierung sich lockerte, wo letztere sich infolge dessen den Conservativen zuwendete und endlich, um eine Mehrheit im Reichstage zu gewinnen, auch dem Centrum sich näherte. Die Gegner der bisherigen, wesentlich reformatorischen Reichspolitik benutzten dies und arbeiteten darauf hin — unterstützt durch den Umstand, daß Einzelnes in den neuen Gesetzen wirklich verbesserungsbedürftig war, sowie durch die in verschiedenen Interessenkreisen sich kundgebende starke Gegenströmung —, an Stelle der vormärtsschreitenden eine rückläufige Richtung der Reichsgesetzgebung zur Geltung zu bringen. So entstand ein allgemeines Unbehagen, zu-

gleich eine höchst bedenkliche Verschiebung der Parteien, indem die Extreme rechts und links gestärkt, die gemäßigten Elemente in der Mitte geschwächt wurden.

Neuerdings hat aber unser großer leitender Staatsmann wieder eine aufbauende, schöpferische Politik in's Werk zu setzen begonnen, und zwar auf Gebieten, auf denen eine solche zwar schwierig, aber auch, wenn sie gelingt, für hochwichtige Interessen theils der ganzen Nation, theils ihres schutzbedürftigsten Theils, der Arbeiter, vielversprechend ist. Er hat auf dem Gebiete der Socialpolitik, zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes, ein gewaltiges Unternehmen angebahnt, welches auf durchaus gesunden Grundlagen, der Selbstverwaltung und dem Genossenschaftswesen, ruht. Er hat auf dem Gebiete der Colonialpolitik und der Ausdehnung des deutschen Handels nach fremden Welttheilen Ansichten entwickelt, die, ebenso kühn als andererseits besonnen und vorsichtig, in ihrer Verwirklichung für Deutschland eine neue Epoche commerziellen Aufschwunges, eine viel activere Rolle im großen Weltverkehr, als die es bisher zu behaupten vermochte, in Aussicht stellen.

Auf diesen Bahnen einer activen und productiven Politik dem großen leitenden Staatsmanne zu folgen, für Ausführung solcher und ähnlicher Pläne ihm ihre Unterstützung zu bieten, dazu hat die national-liberale Partei in den Heidelberger und den Berliner Erklärungen (vom 23. März und 18. Mai) und in zahlreichen Zustimmungskundgebungen dazu aus allen Theilen Deutschlands sich verpflichtet. Dadurch ist ihr für die bevorstehenden Reichstagswahlen ihre Stellung und Aufgabe scharf und klar vorgezeichnet. Sie muß nach allen ihren Kräften darauf hinwirken, daß für die, nach ihrer Ueberzeugung der Nation heilsamen, socialpolitischen und wirthschaftlichen Pläne des Reichskanzlers eine möglichst sichere Mehrheit geschaffen werde, und zwar aus solchen Elementen, welche nicht, wie das Centrum und die extrem Conservativen, ihre der Regierung zu gewährende Unterstützung nach anderen Seiten hin zu allerhand rückschrittlichen oder sonst der Nation und dem Reiche nachtheiligen Zwecken auszunutzen suchen, und sie muß selbstverständlich zu verhüten suchen, daß eine andere Majorität, als die eben bezeichnete, wirklich nur den großen nationalen Interessen huldigende, zu Stande

komme, sei es eine klerikal-conservative, welche der Freiheit und dem nothwendigen Fortschritt gefährlich ist, sei es eine klerikal-deutsch-freisinnige, welche (nach den beim Socialistengesetz und der Dampfervorlage gemachten Erfahrungen) die Ausführung der schöpferischen Pläne des Reichskanzlers zu hemmen und den Gang der Reichsmaschine in's Stocken zu bringen droht.

Die national-liberale Partei bleibt, indem sie so handelt, durchaus ihren eigenen geschichtlichen Ueberlieferungen treu, denn sie hat sich seiner Zeit aus der Fortschrittspartei herausgelöst, weil sie die zu sehr blos verneinende Haltung dieser letzteren für unersprießlich hielt, weil sie das Bedürfniß und die Pflicht fühlte, eine mehr positive Politik zu ergreifen und werkthätig an dem Auf- und Ausbau des Reichs mitzuarbeiten.

Ueber das Verhältniß des gemäßigten und insbesondere des nationalen Liberalismus zu dem Radicalismus bemerkte ich noch ausdrücklich:

Bis etwa zum Jahre 1848 gab es in unserem politischen Leben nur den Einen Gegensatz: „liberal oder conservativ". Schon damals indeß bestand ein Unterschied zwischen „gemäßigten Liberalen" und sogenannten „entschiedenen Liberalen" oder „Radicalen". Ich habe vom Anbeginn meiner öffentlichen Wirksamkeit an, also seit etwa 43 Jahren, immerfort zu den „gemäßigten Liberalen" gehört ich habe deshalb schon damals und später noch öfter von Seiten der Radicalen den Vorwurf hören müssen: ich sei ein „Abtrünniger", wohl gar ein „Volksverräther". Dieser Vorwurf hat mich niemals unruhig oder in meinem Vorgehen irre gemacht, und er wird es am allerwenigsten jetzt, nachdem ich eine mehr als 40jährige, ich denke wohl makellose, politische Vergangenheit hinter mir habe.

Mit dem Jahre 1848 (zum Theil auch schon früher) trat ein neuer Zielpunkt politischer Bestrebungen in den Vordergrund, der nationale. Es gab nun im liberalen Lager zwei Parteien, die eine, welche diesem nationalen Gesichtspunkte äußersten Falls (wenn es nicht anders ging) den liberalen unterordnete, und eine andere, welche selbst von einem einigen Deutschland nichts wissen wollte, wenn dasselbe nicht genau nach ihrer Schablone zugeschnitten wäre.

Damals wurden wir, die wir (in Frankfurt) einen monarchisch-constitutionellen Bundesstaat, ganz ähnlich dem jetzigen Reiche, anstrebten, als „Reactionäre" dem Volke denuncirt; 1866, bei der Berathung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, stimmte die Fortschrittspartei gegen diese Verfassung und verlangte statt ihrer die Wiederherstellung eben jener, seiner Zeit von der gleichen Seite her als „reactionär" verschrieenen, „Reichsverfassung von 1849!"

Schon aus diesen geschichtlichen Andeutungen ergiebt sich, wie vieldeutig und schwankend der Begriff des „Liberalismus" ist, wie wenig berechtigt der Anspruch einer einzelnen Partei, sich als die alleinige Vertreterin und Hüterin desselben darzustellen und Alle als „illiberal" zu verketzern, die nicht genau ihre Wege gehen.

Allerdings giebt es gewisse Grenzen, die ein liberaler Politiker nicht überschreiten kann, ohne daß er aufhörte, ein Liberaler zu sein. Wenn die national-liberale Partei zur Verkümmerung wesentlicher, unveräußerlicher Rechte des Volkes oder der Volksvertretung, wenn sie zur Beschränkung des Budgetrechs des Reichstags, zur Beseitigung der nothwendigen Garantien für die Unabhängigkeit des Wählens, zur Wiederherstellung der alten, feudalen Zustände im Gewerbewesen, in der Landwirthschaft, in den Arbeiterverhältnissen ꝛc. die Hand bieten wollte, dann würde man sie mit Fug des Abfalls vom Liberalismus beschuldigen, dann wäre der Moment gekommen, die, dermalen sehr übel angebrachte, Zumuthung des Austritts aus der national-liberalen Partei an mich und die mir Gleichgesinnten zu richten. Aber dahin wird es sicherlich nicht kommen. Ja, ich vertraue, daß auch die durch die Verhältnisse uns zugewiesenen neuen Bundesgenossen, die Freiconservativen, zu einer solchen Politik der Reaction weder sich selbst hergeben, noch uns werden verleiten wollen.

Wenn dagegen die National-Liberalen in solchen Fällen, wo es galt, einen nach vielen Seiten bedeutenden Fortschritt zu erreichen, gewisse Unvollkommenheiten eines Gesetzes mit in den Kauf nahmen und nicht darauf bestanden, daß jede, auch die äußerste „liberale" Forderung erfüllt würde, wie beispielsweise bei der Verfassung des Reichs und den großen Justizgesetzen, so ist es lächerlich, ihnen daraus einen Vorwurf zu machen, wie die Fortschrittspartei dies

gethan hat. Oder wenn aus höheren Rücksichten auf die Wehrhaftigkeit und Sicherheit Deutschlands, sowie auf den ungestörten Verkehr, sie für das sogenannte Militärseptennat stimmten, d. h. für eine Bewilligung der Friedensstärke auf 7 Jahre, statt, wie der „Fortschritt" will, auf 3 oder auf 1 Jahr (weil eine so häufige Militärdebatte nach allen Seiten Nachtheile hat), so war dieser zeitweilige Verzicht auf die allerstrengste Ausübung des parlamentarischen Zustimmungsrechts vollkommen gerechtfertigt durch eben jene patriotische Rücksicht. Bestände der „Liberalismus" darin, daß man auch die höchsten Interessen des Reichs und der Nation einer bloßen Principienreiterei opfern müßte, so wäre damit dem Liberalismus das Urtheil gesprochen!

Wie man sieht, sind diese politischen Anschauungen dieselben, zu denen ich schon im Anfange meiner politischen Laufbahn, vor nun mehr als vierzig Jahren, mich bekannte. Wie ich damals in dem Programme zu meiner „Deutschen Monatsschrift" und in dieser selbst einen möglichst praktischen, positive Verbesserungen des Staats- und Culturlebens erstrebenden, vor Allem aber große nationale Ideen verfolgenden Liberalismus vertrat, so ist dies noch heut mein politisches Glaubensbekenntniß, und ich freue mich, sagen zu können, daß auf diesem Wege die allergrößte Mehrzahl der National-Liberalen Sachsens, insbesondere in Leipzig und Dresden, aber auch im übrigen Lande, mir gefolgt und treu geblieben ist. Gegen die Verwandlung unserer Partei in eine sog. „Partei Bismarck" (wie einzelne Heißsporne dies wollten) habe ich mich jederzeit erklärt. Bei aller aufrichtigen Bewunderung des großen Staatsmannes steht mir doch die Unabhängigkeit der eigenen Ueberzeugung für mich und meine Partei zu hoch, um sie selbst einem Bismarck zu verschreiben.

Zwanzigstes Capitel.

Das Eingehen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".

Mit Ende des Jahres 1879 hörte die „Deutsche Allgemeine Zeitung" auf zu erscheinen. Die Verleger hatten schon in den letzten Jahren immer wachsende Einbußen dabei erlitten; sie glaubten ihrem Geschäft nicht länger ein solches Opfer ansinnen zu können, und entschlossen sich daher, wenn auch mit schwerem Herzen, zur Aufgabe der Zeitung. Dieselbe hatte über vierzig Jahre bestanden; ich selbst hatte fast ein Menschenalter lang meine Kraft und mein ganzes Interesse ihr gewidmet; ich brauche nicht zu sagen, wie schmerzlich mir dieser Ausgang war, den ich gleichwohl nicht abzuwenden vermochte.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hatte niemals — die ersten Jahre etwa ausgenommen, wo sie unter besonders günstigen Verhältnissen erschien, auch mit sehr reichen Mitteln nachdrücklich unterstützt ward — einen sehr großen Absatz gehabt. Ein wie günstiger Boden auch für ein solches Blatt Leipzig zu sein schien, so waren doch in Wirklichkeit die Schwierigkeiten, mit denen dasselbe vom

Anfange an zu kämpfen hatte, sehr große. Es ist eine bekannte Thatsache, daß das materielle Gedeihen einer Zeitung nicht blos durch die Zahl der Abonnenten bedingt ist, sondern ebenso sehr, ja noch mehr, durch die Menge der ihr zufließenden Anzeigen. Abgesehen von dem finanziellen Ertrage dieser letzteren, welcher wesentlich dazu helfen muß, die Mittel für eine reiche geistige Ausstattung des Blattes zu gewähren, besteht auch zwischen diesen Anzeigen, zumal den localen, und dem Anreiz zum Lesen und Halten eines Blattes eine natürliche Wechselwirkung. Nun waren gerade die localen Anzeigen in Leipzig bereits so gut wie gänzlich in Beschlag genommen durch das „Leipziger Tageblatt", welches dadurch und durch seinen billigen Preis Leipzig und Umgegend beherrschte. Für das übrige Land zog wieder ein anderes Blatt, die „Leipziger Zeitung", sowohl die Abonnenten als die Anzeigen dadurch an sich, daß sie, als officielles Organ, alle amtlichen Bekanntmachungen erhielt, folglich von Staats- und Gemeindebehörden, Advocaten, Geschäftsleuten u. s. w. gehalten und gelesen werden mußte.

Ein anderer Umstand, der in Sachsen dem Aufkommen und Gedeihen einer großen Zeitung ein fast unüberwindliches Hinderniß in den Weg legt, und der wohl wesentlich daran schuld ist, daß es bisher keiner einzigen Partei, weder der conservativen, noch der liberalen, noch der radicalen, gelungen ist, längere Zeit hindurch, selbst mit Opfern, ein solches größeres Organ am Leben zu erhalten, ist der Ueberfluß an Localblättern, der kaum irgendwo so groß sein möchte, als hier. Zunächst kommt hier die Unmasse sog. „Amtsblätter" in Betracht, womit das Beust'sche

Regiment Sachsen beglückt hat. Sodann giebt es in Sachsen verhältnißmäßig mehr große, volk- und gewerbereiche Provinzialstädte, als in irgend einem anderen deutschen Lande. Von diesen aber will jede ihr Localblatt haben, und zwar ein möglichst umfängliches. Viele dieser Localblätter erscheinen täglich. Sie sind ebenfalls im Besitz der Localanzeigen ihres Erscheinungsortes und seiner Umgegend und üben dadurch in weitem Umkreise ein thatsächliches Monopol aus. Ihren politischen Inhalt entnehmen sie meist den größeren Zeitungen (wie denn namentlich die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von ihnen viel ausgebeutet ward); manche davon haben aber auch, durch ihre günstige finanzielle Lage dazu in den Stand gesetzt, sich telegraphische Depeschen beigelegt. So kommt es, daß das tägliche Lesebedürfniß wenigstens jenes Theiles des Publikums, welcher nicht gerade ein höheres politisches Bildungsstreben hat (und das ist immer ein ziemlich großer), durch die ihm solchergestalt gebotene Nahrung sich gesättigt findet. Ihm verschlägt es wenig, wenn er auch seine politischen Belehrungen erst aus zweiter Hand erhält; er findet es daher nicht für nöthig, ein großes Blatt zu lesen oder gar zu halten. Ohnehin verwenden von unseren Geschäftsleuten so manche nicht gern viel Zeit auf's Lesen, sind daher vollauf zufrieden, wenn ihnen der tägliche politische Stoff in möglichst kleinen Portionen zugemessen wird.

Zu alledem kam nun bei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" noch etwas, was ihr gerade im letzten Jahrzehnt ihres Bestehens viel Abbruch that. Das war die Concurrenz der großen Berliner und Wiener Blätter. Früher, bei noch weniger entwickelten Preßverhältnissen in Preußen

und Oesterreich, war ein sächsisches Blatt, welches sich mit Freimuth und verständnißvoll auch über dortige Zustände ausließ, in den beiden großen Nachbarländern, zumal in Oesterreich, gern gelesen worden. Jetzt ward nicht blos der dortige Markt von der heimischen Presse mehr als genügend versorgt, sondern die, mit reichsten Mitteln ausgestatteten, Blätter Wiens und Berlins drangen auch immer häufiger nach Mitteldeutschland herüber, zumal die Berlins. War es doch nur natürlich, daß der deutsche Reichsbürger (und, je deutscher gesinnt er war, um so mehr) am liebsten aus erster Quelle vernahm, was im Centrum des Reiches vorgehe, was dort gesprochen, geplant, gedacht werde. Die Berliner Zeitungen konnten Dieses nach Dresden, Chemnitz, dem Voigtlande, desgleichen nach Thüringen, ebenso rasch und rascher verkünden, als ein in Leipzig erscheinendes Blatt, mochte letzteres sich noch so viel Mühe geben, durch Correspondenzen und Telegramme das Wichtigste von dort schnell zu berichten.

Nun darf man sich keine Täuschung darüber machen, daß heutzutage das Durchschnittspublikum, d. h. vielleicht neun Zehntel aller Derer, die überhaupt Zeitungen lesen, dies nicht wegen der politischen Belehrungen thut, welche ein Blatt regelmäßig bringt, sondern wegen der Neuigkeiten, die darin zu finden sind. Sein Interesse ist ein vorzugsweise stoffliches. Gute Leitartikel können einer Zeitung Ansehen, vielleicht auch Einfluß verleihen, aber Leser in größerer Menge gewinnt sie in der Regel nur in dem Verhältniß, in welchem sie mehr und mannigfaltigeren Stoff zu bieten vermag, als ihre Concurrentinnen. Dazu aber gehören reiche Mittel, und solche, ich wiederhole es, gewinnt

eine Zeitung nur entweder durch ein sehr starkes Abonnement oder durch viele gutbezahlte Anzeigen, und ganz vorzugsweise durch letztere.

Ich darf, ohne anmaßlich zu sein, mich rühmen, daß unter meiner Redactionsführung die „Deutsche Allgemeine Zeitung" eine angesehene Stellung in der deutschen Tagespresse einnahm, eine angesehenere, als die Zahl ihrer Abonnenten eigentlich bedingte; daß Freunde und Feinde ihr Gewicht beilegten, was daraus hervorging, daß jene sich gern auf sie beriefen, diese sie ihrer Polemik werth fanden. Wie geachtet sie im Kreise ihrer journalistischen Collegen war, zeigte sich darin, daß auf den Journalistentagen sie regelmäßig in den Ausschuß gewählt ward und daß ihre Stimme sowohl in diesem als bei den großen Versammlungen immer Beachtung fand.

Daß sie auch eine fest zu ihr haltende und treu bei ihr ausharrende (wenngleich nicht große) Gemeinde Solcher gewonnen hatte, welche sich gern ihren Belehrungen und ihrer gemäßigten, aber sicheren Haltung verpflichtet bekannten, konnte ich aus den schriftlichen und mündlichen Kundgebungen aufrichtigsten Bedauerns über ihr Eingehen, die mir von vielen und hochachtbaren Seiten zugingen, mit wehmüthiger Genugthuung entnehmen. Noch jetzt höre ich oft schmerzliche Klagen darüber, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung" durch ihr Verschwinden eine nicht wieder ausgefüllte Lücke hinterlassen habe, desgleichen (namentlich von Nichtsachsen) Aeußerungen des Erstaunens darüber, daß ein Land wie Sachsen, mit einer so zahlreichen, gebildeten und im Ganzen doch nicht armen Bevölkerung, keine einzige große Zeitung besitze. Aber damit ist jene

Lücke nicht ausgefüllt, dieſe Thatſache nicht aus der Welt geſchafft.

Leider kann ich der national- oder gemäßigt-liberalen Partei den Vorwurf nicht erſparen, den ich ihr ſchon einmal, beim Eingehen meines „Herold", machen mußte, den Vorwurf, daß ſie zu wenig für ihre Parteipreſſe thut. Ja, dieſer Vorwurf iſt jetzt noch berechtigter, als damals, weil die Partei, die 1847 kaum in ihren Anfängen ſich befand, 1879 an Zahl wie an Bewußtſein ihrer Zwecke erſtarkt, einheitlich organiſirt, alſo weit mehr in der Lage und darauf angewieſen war, ſich ihrer Preſſe anzunehmen, weil ferner die Wichtigkeit der kräftigen Vertretung einer Partei in der Tagespreſſe gegen früher weſentlich zugenommen hat.

Es iſt mir ſelbſt damals, als ich meinen „Herold" (nach dem preußiſchen Verbote) auf eigene Koſten und mit ſchweren Opfern fortführen mußte, niemals auch nur entfernt eingefallen, eine directe materielle Unterſtützung ſeitens der Parteigenoſſen zu beanſpruchen; um wie viel weniger hätte mir dies beifallen können, wo es ſich um die Fortexiſtenz eines Blattes handelte, deſſen Verleger wahrſcheinlich das Anerbieten einer ſolchen Unterſtützung zurückgewieſen haben würden? Allein es giebt andere Mittel, um einer Zeitung die Wege zu ebnen und die Opfer zu vergüten, die ſie der Partei bringt, indem ſie nicht blos unermüdlich deren Sache führt, ſondern indem ſie auch allen den Haß mit auf ſich ladet, der die Partei als ſolche trifft. Wenn allerwärts je zwei, drei Parteigenoſſen ſich dazu vereinigten, ein ſolches Blatt zu halten (angenommen, daß es dem Einzelnen zu theuer wäre), wenn jeder Geſchäftsmann

innerhalb der Partei es sich zur Regel machte, so oft er Anzeigen in öffentlichen Blättern erlassen muß, die geringen Kosten nicht zu scheuen und auch dem Parteiorgan eine solche Anzeige zuzuwenden, wenn jeder Parteigenosse sich es angelegen sein ließe, für die Verbreitung des Parteiorgans an öffentlichen Orten, in Lesecabinetten u. s. w. zu wirken — wenn Solches und Aehnliches beharrlich und planmäßig geschähe, so müßte doch wohl eine Partei wie die national-liberale in Sachsen, die unter ihren vielen Tausend Mitgliedern nicht wenige recht wohlhabende, andere immerhin in guten Verhältnissen lebende zählt, ein großes Blatt lebensfähig erhalten können.

Ich spreche dies ganz offen aus, nicht blos, weil ich persönlich gar nicht mehr dabei betheiligt bin, sondern auch, weil möglicherweise, was ich hier gesagt habe, noch auf andere Zweige der großen national-liberalen Partei Deutschlands Anwendung leiden könnte.

Einundzwanzigstes Capitel.

Die Bewegung für den „Arbeitsunterricht“ und eine neue Auflage meiner „Erziehung zur Arbeit“.

Fast ein Vierteljahrhundert war vergangen seit dem Erscheinen meiner „Erziehung zur Arbeit“. Die Bewegung, welche diese Schrift in der pädagogischen Welt hervorgebracht, war längst wieder verklungen, und es schien nicht, als sollte die darin angeregte Idee zu praktischer Verwirklichung gelangen. Da auf einmal kam ein Anstoß in ganz gleicher Richtung von anderer Seite, vom Auslande her. Im fernen Finnland hatte ein angesehener Schulmann, Uno Cygnäus in Helsingfors, die Anregungen, die er auf einer Reise durch Deutschland in den fünfziger Jahren, namentlich durch die Schriften von Pestalozzi und Fröbel, empfangen, alsbald in die Praxis übertragen; es war ihm gelungen, schon zu Anfang der sechsziger Jahre den „Handfertigkeits- oder Arbeitsunterricht“ nicht blos in den Seminarien Finnlands einzubürgern, sondern ihm die Geltung eines obligatorischen Unterrichtszweiges in den Volksschulen zu verschaffen. Von dort war die Bewegung nach Schweden und Dänemark verpflanzt worden. In Schweden waren

erſt einzelne Arbeitsſchulen (in Nääs, Upſala, Claeſtrop), dann auch ein Seminar für Lehrer dieſes Unterrichtsfachs (in Nääs) entſtanden, letzteres durch die großartige Freigebigkeit eines reichen Privatmannes, des Herrn Abrahamſon, und durch den unermüdlichen Eifer ſeines Neffen, des Dr. Salomon. In Dänemark ſtand der Rittmeiſter a. D. Clauſon von Kaas an der Spitze der Bewegung. Nachdem er in Kopenhagen eine Werkſtatt für den Arbeitsunterricht errichtet hatte, ſtiftete er — behufs Verwerthung dieſes Unterrichts für Arbeiten im Hauſe, zumal auf dem Lande — eine däniſche „Hausfleißgeſellſchaft“.

Im Jahre 1875 kam Herr Clauſon von Kaas nach Deutſchland herüber. Durch Vorträge, die er in Berlin und Dresden hielt, ſowie durch Schriften, wirkte er für ſeine Ideen und gewann Anhänger. Einer von dieſen, der für alles Gute ſo unermüdlich thätige Dr. A. Lammers in Bremen, erſchien als Apoſtel der Clauſon von Kaas'ſchen Beſtrebungen im Winter von 1880 auf 1881 in Leipzig und hielt einen Vortrag darüber in der „Gemeinnützigen Geſellſchaft“. Ich war leider verhindert, demſelben beizuwohnen, wurde aber in das von der „Gemeinnützigen Geſellſchaft“ zu weiterer Erörterung der Frage beſtellte Comité cooptirt. Aus den Berathungen dieſes Comité ging die „Leipziger Schülerwerkſtatt“ hervor. Die „Gemeinnützige Geſellſchaft“ ſorgte zugleich für weitere Ausbreitung der Idee des Arbeitsunterrichtes, indem ſie ein Mitglied ihres Vorſtandes, den Oberlehrer Dr. Götze (einen der eifrigſten Förderer der Bewegung) zur Abfaſſung einer belehrenden Schrift „Die Ergänzung des Schulunterrichts durch praktiſche Beſchäftigungen“ veranlaßte und dieſe,

ihrem Zwecke im höchſten Grade entſprechende Schrift veröffentlichte. In der Pfingſtwoche 1881 verſammelten ſich etwa dreißig Anhänger der Idee des Arbeitsunterrichtes zu einer vertraulichen Beſprechung in Berlin. Die Frucht derſelben war die Niederſetzung eines „Deutſchen Centralcomité für den Handfertigkeitsunterricht“, deſſen Mitglieder aus verſchiedenen Theilen Deutſchlands genommen wurden. Die laufenden Geſchäfte ſollte ein Vollziehungsausſchuß in Bremen beſorgen, an deſſen Spitze Lammers geſtellt ward. Zum Preßorgan des Comité bot ſich von ſelbſt die von dieſem herausgegebene Zeitſchrift „Nordweſt“ dar.

Schon im folgenden Jahre (1882) konnte ein öffentlicher „Congreß für den Handfertigkeitsunterricht“ nach Leipzig ausgeſchrieben werden. Er war zahlreich beſucht und mit einer reichhaltigen Ausſtellung von Arbeiten aus den verſchiedenen bereits in Gang geſetzten Schülerwerkſtätten verbunden. Solche Congreſſe haben ſeitdem regelmäßig ſtattgefunden: 1883 abermals in Leipzig, 1884 in Osnabrück, 1885 in Görlitz. Ebenſo ſind an verſchiedenen Orten (in Emden, Dresden, Leipzig) Curſe eingerichtet worden, in denen Lehrer von Volks- und anderen Schulen durch geſchickte und intelligente Handwerker und Künſtler mit den erforderlichen techniſchen Fertigkeiten vertraut gemacht wurden, deren es zur Ertheilung von Arbeitsunterricht bedarf.

Wie Deutſchland, ſo ſind auch andere Länder von der Bewegung erfaßt worden. In Oeſterreich ward die Frage des Arbeitsunterrichtes ſchon 1875 durch aufgeklärte Schulmänner und Techniker (wie Schwab und Eitelberger) angeregt. In Frankreich iſt der neue Unterrichtszweig bereits

durch Gesetz in den Schulen eingeführt. In Belgien, in Holland, in Rußland, in Nordamerika hat er ebenfalls Wurzel geschlagen. Sogar die Regierung von Neuseeland hat sich ohnlängst über die Fortschritte des Arbeitsunterrichtes in Deutschland durch Dr. Götze in Leipzig berichten lassen, und dieser Bericht ist ausführlich in den Acten des dortigen Parlaments abgedruckt worden.

Innerhalb des Deutschen Reiches ist zur Zeit Sachsen entschieden derjenige Staat, wo die Bewegung für den Arbeitsunterricht die weiteste Verbreitung in der Bevölkerung, zugleich die kräftigste Förderung von oben her gefunden hat. Es bestehen hier bereits einige fünfzig Arbeitswerkstätten. Im Jahre 1885 hat sich ein „Sächsischer Landesverband" zur gemeinsamen Förderung dieser Bestrebungen gebildet. Lehrercurse sind in Dresden, Leipzig, Stollberg abgehalten worden. Von den Vorständen und Lehrern der Leipziger Schülerwerkstatt ist ein „Vorlagewerk" für den Arbeitsunterricht ausgegangen, gezeichnete Modelle für Papparbeiten, Tischlerei, Holzschnitzerei, Metallarbeiten und Modelliren in Gyps. Die Regierung hat vom Anbeginn an der Bewegung nicht blos ihr ermunterndes Interesse, sondern auch vielseitig fördernde werkthätige Hilfe zugewendet. Beim Landtage 1885 haben beide Kammern die Summe von 10 000 Mk. auf zwei Jahre für Zwecke des Arbeitsunterrichtes bewilligt.

Mit welcher Freude ich eine Bewegung begrüßte, die so ganz meinen eigenen früheren Bestrebungen entsprach, brauche ich wohl nicht zu sagen. Wenn die Vertreter und Leiter dieser Bewegung mir die Ehre anthaten, mich als

den „Neſtor“ derſelben zu feiern, wenn ſie aus dieſem Grunde bei jeder ihrer Verſammlungen, der ich beiwohnte, mich mit dem Vorſitz betrauten, ſo konnte ich eine ſolche Freundlichkeit wohl ungeſcheut annehmen; nur mußte ich immer und immer betonen, daß mein Verdienſt der blos theoretiſchen Anregung ein ſehr beſcheidenes, ja ein nur zweifelhaftes ſo lange geweſen ſei, bis Andere gekommen, die das mir fehlende Talent, die Sache praktiſch in Angriff zu nehmen, beſeſſen und erſt dadurch vollendet hätten, was ich unvollendet gelaſſen. Zur Förderung der jetzt auf praktiſchem Gebiete in Fluß gekommenen Bewegung thue ich, was ich kann. Ich habe den Verſammlungen in Berlin 1881, in Leipzig 1882 und 1883, in Görlitz und Chemnitz 1885 präſidirt, habe bei Veranſtaltung und Einrichtung der Lehrercurſe in Leipzig 1884 und 1885 mit Rath und That geholfen, wirke für mein beſcheidenes Theil mit an der allgemeinen Bewegung als Mitglied des „Deutſchen Centralcomité“, wie als Mitglied des Vorſtandes der Leipziger Schülerwerkſtatt.

Daß auch meine wiſſenſchaftliche Thätigkeit für eben dieſe Sache in Anſpruch genommen, daß ich mehrſeitig, zumal aus Lehrerkreiſen, aufgefordert wurde, meine vor dreißig Jahren erſchienene, ſeitdem ſo ziemlich vergriffene, „Erziehung zur Arbeit“ neu aufzulegen und als ein theoretiſches Hilfsmittel in den Dienſt der jetzigen Bewegung zu ſtellen, war wohl nicht unnatürlich. Obſchon ich vorausſah, daß ich die Schrift zu einem großen Theile vollſtändig würde umarbeiten müſſen, gab ich doch dieſen ſo ehrenvollen Aufforderungen nach, und ſo erſchien 1882 eine „zweite, völlig umgearbeitete Auflage“ der „Erziehung zur

Arbeit" *). Sie enthält, nebst manchen Erweiterungen und Umänderungen im Einzelnen, mehrere ganz neue Capitel; dennoch ist es mir gelungen, durch Kürzungen, wie sie bei der jetzigen Sachlage möglich und nöthig erschienen, die ganze Schrift auf nahezu drei Bogen weniger, als die frühere, zusammenzudrängen. Sie umfaßt in dieser neuen Gestalt folgende Abschnitte:

Die Frage der „Erziehung zur Arbeit" in ihrer geschichtlichen Entwickelung bis etwa 1850 (neu); Mängel und Nachtheile des blos theoretischen Unterrichts; die Ueberbürdungsfrage (neu); die Schule und das Leben; die Anleitung der Jugend zu schaffender Thätigkeit eine Forderung der menschlichen und insbesondere der kindlichen Natur; eine mehr praktische Erziehung der Jugend speciell für Deutschland ein nationales Bedürfniß; pädagogische Vorzüge der praktischen Methode; Beleuchtung der Einwürfe gegen den Arbeitsunterricht (neu); ist es möglich, in unseren Schulen Raum zu schaffen für Einfügung von Arbeitsstunden und wie? (neu); die Organisation des Arbeitsunterrichts nach pädagogischen Grundsätzen (neu); die neueste Bewegung für Einführung des Arbeitsunterrichts (neu).

Aus dem zuletzt angeführten Abschnitte der Schrift sei mir gestattet, dasjenige hier wiederzugeben, was den Stand dieser neuesten Bewegung für die „Erziehung zur Arbeit" charakterisirt. Ich sagte dort:

Man ist in Deutschland bereits emsig daran, sich eigene Wege für Einführung und Gliederung des Arbeitsunterrichts zu bahnen. Allerdings gehen diese Bestrebungen zur Zeit noch in ihren Richtungen theilweise auseinander. Einverstanden ist man allgemein in den Kreisen der Anhänger dieser Reform theils über die gesundheitlichen Vortheile des Arbeitsunterrichts, theils darüber, daß mittels desselben eine mehr harmonische Ausbildung von Geist und Körper anzustreben und zu erzielen sei. Dagegen spalten sich die Ansichten und die dadurch beeinflußten praktischen Versuche in Bezug auf die näheren

*) Leipzig, Verlag von Heinrich Matthes.

den „Nestor“ derselben zu feiern, wenn sie aus diesem Grunde bei jeder ihrer Versammlungen, der ich beiwohnte, mich mit dem Vorsitz betrauten, so konnte ich eine solche Freundlichkeit wohl ungescheut annehmen; nur mußte ich immer und immer betonen, daß mein Verdienst der blos theoretischen Anregung ein sehr bescheidenes, ja ein nur zweifelhaftes so lange gewesen sei, bis Andere gekommen, die das mir fehlende Talent, die Sache praktisch in Angriff zu nehmen, besessen und erst dadurch vollendet hätten, was ich unvollendet gelassen. Zur Förderung der jetzt auf praktischem Gebiete in Fluß gekommenen Bewegung thue ich, was ich kann. Ich habe den Versammlungen in Berlin 1881, in Leipzig 1882 und 1883, in Görlitz und Chemnitz 1885 präsidirt, habe bei Veranstaltung und Einrichtung der Lehrercurse in Leipzig 1884 und 1885 mit Rath und That geholfen, wirke für mein bescheidenes Theil mit an der allgemeinen Bewegung als Mitglied des „Deutschen Centralcomité“, wie als Mitglied des Vorstandes der Leipziger Schülerwerkstatt.

Daß auch meine wissenschaftliche Thätigkeit für eben diese Sache in Anspruch genommen, daß ich mehrseitig, zumal aus Lehrerkreisen, aufgefordert wurde, meine vor dreißig Jahren erschienene, seitdem so ziemlich vergriffene, „Erziehung zur Arbeit“ neu aufzulegen und als ein theoretisches Hilfsmittel in den Dienst der jetzigen Bewegung zu stellen, war wohl nicht unnatürlich. Obschon ich voraussah, daß ich die Schrift zu einem großen Theile vollständig würde umarbeiten müssen, gab ich doch diesen so ehrenvollen Aufforderungen nach, und so erschien 1882 eine „zweite, völlig umgearbeitete Auflage“ der „Erziehung zur

Arbeit" *). Sie enthält, nebst manchen Erweiterungen und Umänderungen im Einzelnen, mehrere ganz neue Capitel; dennoch ist es mir gelungen, durch Kürzungen, wie sie bei der jetzigen Sachlage möglich und nöthig erschienen, die ganze Schrift auf nahezu drei Bogen weniger, als die frühere, zusammenzudrängen. Sie umfaßt in dieser neuen Gestalt folgende Abschnitte:

Die Frage der „Erziehung zur Arbeit" in ihrer geschichtlichen Entwickelung bis etwa 1850 (neu); Mängel und Nachtheile des blos theoretischen Unterrichts; die Ueberbürdungsfrage (neu); die Schule und das Leben; die Anleitung der Jugend zu schaffender Thätigkeit eine Forderung der menschlichen und insbesondere der kindlichen Natur; eine mehr praktische Erziehung der Jugend speciell für Deutschland ein nationales Bedürfniß; pädagogische Vorzüge der praktischen Methode; Beleuchtung der Einwürfe gegen den Arbeitsunterricht (neu); ist es möglich, in unseren Schulen Raum zu schaffen für Einfügung von Arbeitsstunden und wie? (neu); die Organisation des Arbeitsunterrichts nach pädagogischen Grundsätzen (neu); die neueste Bewegung für Einführung des Arbeitsunterrichts (neu).

Aus dem zuletzt angeführten Abschnitte der Schrift sei mir gestattet, dasjenige hier wiederzugeben, was den Stand dieser neuesten Bewegung für die „Erziehung zur Arbeit" charakterisirt. Ich sagte dort:

Man ist in Deutschland bereits emsig daran, sich eigene Wege für Einführung und Gliederung des Arbeitsunterrichts zu bahnen. Allerdings gehen diese Bestrebungen zur Zeit noch in ihren Richtungen theilweise auseinander. Einverstanden ist man allgemein in den Kreisen der Anhänger dieser Reform theils über die gesundheitlichen Vortheile des Arbeitsunterrichts, theils darüber, daß mittels desselben eine mehr harmonische Ausbildung von Geist und Körper anzustreben und zu erzielen sei. Dagegen spalten sich die Ansichten und die dadurch beeinflußten praktischen Versuche in Bezug auf die näheren

*) Leipzig, Verlag von Heinrich Matthes.

oder entfernteren, directen oder indirecten Zwecke, die der Arbeitsunterricht verfolgen solle. Die Einen stellen den Nützlichkeitsstandpunkt voran; sie erstreben daher vorzugsweise solche Arbeitserzeugnisse, die leicht eine Verwerthung finden; sie wollen durch Anlernung des nachwachsenden Geschlechts zur Betreibung gewisser Erwerbszweige einer heruntergekommenen Bevölkerung aufhelfen und so indirect zur Heilung wirthschaftlicher und socialer Mißstände beitragen. Dieser Gesichtspunkt herrscht z. B. in den schlesischen Schulwerkstätten vor. Andere erachten es für einen ausreichenden Gewinn, wenn nur überhaupt die Jugend zu größerer technischer Geschicklichkeit erzogen werde; sie haben dabei die Hebung des Handwerks und speciell auch des Kunstgewerbes im Auge. Diese Richtung vertritt, besonders nach Seiten der Ausbildung des Geschmackes und des Schönheitssinnes, vorzugsweise die unter des Herrn von Schenkendorff tüchtiger Führung stehende Arbeitsschule zu Görlitz. Wieder Andere weisen alle Rücksichten wirthschaftlicher Nützlichkeit entweder gänzlich zurück, oder stellen sie doch nur in die zweite Linie; ihnen ist der Arbeitsunterricht eine Ergänzung des herkömmlichen Lernunterrichts — nicht blos in der Hinsicht, daß er eine von diesem vernachlässigte Seite der Bildung, die körperlich-technische, zu Ehren bringen solle, sondern gleichzeitig auch so, daß er dem Lernunterricht selbst Hilfsmittel biete (wissenschaftliche Apparate und Anschauungsmittel für Geometrie, Physik, Chemie, Geographie u. s. w.) und sich so gewissermaßen in dessen Dienst stelle. In diesem Sinne arbeitet schon lange die Schulwerkstatt von Beust in Hottingen bei Zürich; in diesem Sinne sind mit bemerkenswerther Uebereinstimmung die verschiedenen Leipziger Anstalten thätig (das Barth'sche Institut, das Blindeninstitut, die Schülerwerkstatt, die sozusagen freiwillige Arbeitsschule der Zöglinge des Realgymnasiums). Eine Art von Combination des ökonomischen und des wissenschaftlichen Zweckes strebt die Dresdener Schulwerkstatt an.

Indessen wäre es jedenfalls voreilig, aus dieser dermaligen Verschiedenheit der Ansichten und der Methoden auf bleibende trennende Gegensätze unter den Freunden und Förderern des Arbeitsunterrichts in Deutschland schließen zu wollen. Dazu ist die ganze Bewegung noch zu neu, zu sehr noch gleichsam im Fluße.

Es steht zu erwarten, daß, bei längerem Fortgang der Bewegung, theils durch die Presse, theils und vor Allem durch den persönlichen Ideenaustausch, zu welchem die jährlichen Congresse Anlaß bieten, die verschiedenartigen Ansichten sich allmälig mehr abklären und dadurch wohl auch einander mehr nähern oder in großen gemeinsamen Mittelpunkten sich zusammenfinden werden.

In einem wichtigen Punkte besteht schon jetzt unter den Pflegern des Arbeitsunterrichts kaum noch eine Meinungsverschiedenheit, darin nämlich, daß dieser Unterricht, um wahrhaft fruchtbar, namentlich nach der pädagogischen Seite hin, zu wirken, nicht von bloßen Technikern (Handwerkern oder auch Künstlern), sondern von pädagogisch gebildeten Lehrern ertheilt und geleitet werden muß. Höchstens das mag noch zweifelhaft sein, ob und wieweit in einzelnen Fällen, nach besonderen localen Verhältnissen, etwa neben den Lehrern auch Handwerker vorübergehend zugezogen werden müssen. Als der richtigste Weg ist allseits anerkannt, auch bereits mit sichtlichem Eifer und mit bestem Erfolge in Angriff genommen worden die planmäßige Vorbildung der zur Ertheilung des Arbeitsunterrichts bestimmten Lehrer mit Hilfe geschickter und intelligenter Handwerker.

Die diesmalige Bewegung für Einführung des Arbeitsunterrichts hat einen von allen früheren wesentlich abweichenden Verlauf genommen. Früher hatte jede solche Bewegung fast immer einen vorzugsweise theoretischen und sozusagen idealen Charakter; man stellte Grundsätze auf, man sprach Wünsche aus, man machte Vorschläge; aber man gelangte selten dazu, diese Grundsätze, Wünsche, Vorschläge in die Praxis zu übertragen und so nach ihrer Ausführbarkeit zu prüfen. Diesmal hat man den umgekehrten Weg beschritten: man hat mit der Praxis, mit der Einrichtung von Arbeitsschulen, mit der Veranstaltung von Lehrcursen begonnen, und erst nachdem dies geschehen, und mit Zugrundelegung der dabei gemachten Erfahrungen, geht man nun daran, eine gemeinsame Theorie und Methode der neuen Unterrichtsweise zu finden.

Daß die ganze Bewegung sich abermals, wie freilich früher schon mehrmals geschehen, im Sande verlaufen sollte, ist diesmal wohl kaum zu befürchten. Dafür hat sie schon in kurzer Zeit in

der öffentlichen Meinung Deutschlands zu breiten Raum gewonnen und zu tiefe Wurzeln geschlagen. Auch erfreut sie sich bereits der Beachtung und der Gunst von Seiten hochstehender und maßgebender Personen. Dazu kommt, daß auch die Nachbarländer rings um Deutschland sich lebhaft an der Bewegung betheiligen — im Norden Skandinavien, im Süden Oesterreich, im Westen Frankreich — und daß ein gewisser Wettstreit unter diesen Nationen erwacht ist, in welchem Deutschland nicht wird zurückbleiben wollen, schon deshalb nicht, weil in manchen der genannten Länder, namentlich in Oesterreich und Frankreich, man offenbar darauf ausgeht, die bessere praktische Vorbildung der Jugend wesentlich auch mit als Hebel für die Belebung und Vervollkommnung der Industrie, insbesondere der Kunstindustrie, zu benutzen.

Schon dieses hochwichtige wirthschaftliche und sociale Interesse nicht minder aber auch das ebenso wichtige pädagogische und humane für eine harmonischere Ausbildung und für die Gesundheit des nachwachsenden Geschlechts, wird hoffentlich ein genügender Sporn für Regierungen, Gemeinden, Vereine und Private sein, dieser brennenden Frage einer gründlichen Reform unseres Unterrichtswesens eine mehr als blos vorübergehende Aufmerksamkeit und Theilnahme zuzuwenden.

Zweiundzwanzigstes Capitel.

Meine neuesten Schriften (1880—1885):

„Geschichte der Leipziger Kramerinnung"; „Kleistbriefe"; „Dreißig Jahre deutscher Geschichte"; „Deutsche Volks- und Culturgeschichte".

Es ward mir doch recht leicht um's Herz, als endlich zu Ostern 1880 mein großes Culturgeschichtswerk „Deutschland im 18. Jahrhundert" mit dem Schluß des vierten und letzten Bandes (der allein 800 Seiten enthielt) vollendet vor mir lag. Bei den vielen Geschäften anderer Art, die mich nur selten zu der für eine solche Arbeit nöthigen Ruhe und Sammlung kommen ließen, und bei den großen Schwierigkeiten dieser Arbeit selbst hatte ich bisweilen fast gezweifelt, ob es mir noch beschieden sein werde, dieselbe glücklich zu Ende zu bringen.

Eine neue Auflage der ersten beiden Bände von „Deutschland im 18. Jahrhundert", ebenso eine meines „Frauenbrevier" (s. oben 7. Capitel) ward noch im Laufe des Jahres 1880 in's Werk gesetzt. Dann aber fand ich Muße, an die Ausführung anderweiter literarischer Pläne zu gehen, die ich schon lange mit mir herumgetragen, an die ich aber bisher nicht hatte Hand anlegen können.

Bevor ich zu diesen komme, muß ich zweier kürzerer Arbeiten gedenken, welche sich vor und zwischen dieselben hineinschoben.

Im Sommer 1880 gelangte an mich von dem Vorstande der Kramerinnung zu Leipzig der ehrenvolle Auftrag, zu dem für den 23. Januar 1881 bevorstehenden fünfzigjährigen Jubiläum der von der Innung begründeten und unterhaltenen Handelsschule und dem damit zu verbindenden 400jährigen Jubiläum der Innung selbst als Festschrift eine „Geschichte der Leipziger Kramerinnung" zu verfassen. Die Geschichte einer für den Handel, nicht blos Leipzigs, sondern auch Sachsens, so wichtigen Körperschaft zu schreiben, war eine Aufgabe, welche mein Interesse erweckte. Nachdem ich durch eine vorläufige Einsicht in das Archiv der Kramerinnung mich überzeugt hatte, daß dasselbe für eine solche Geschichte hinreichend ausgiebiges Material böte, und nachdem ich für die Behandlung meines Themas mir vollkommenste Freiheit ausbedungen hatte (was mir bereitwilligst zugestanden ward), ging ich mit Eifer und Lust an die Arbeit, die denn auch rechtzeitig vollendet ward.

Das Kramerarchiv umfaßt etwa 700 Actenstücke, zum Theil von ziemlichem Umfange. Davon mußte ich für meinen Zweck etwa 150 genauer durchstudiren (die übrigen enthielten Specialitäten, die hier höchstens beiläufig in Betracht kamen), und mußte deren Inhalt (was das Schwierigste war) auf den mir angewiesenen Raum von etwa 12 Druckbogen zusammendrängen. Die Denkschrift ward als Manuscript in höchst splendider Ausstattung für die Mitglieder und die Gönner der Krammerinnung

gedruckt*). Da einzelne Abschnitte derselben ein allgemeineres Interesse boten, so habe ich, im Einvernehmen mit dem Vorstande der Kramerinnung, diese Abschnitte, etwas weiter ausgeführt, durch Abdruck in der „Vierteljahrsschrift für Volkswirthschaft und Culturgeschichte", herausgegeben von Dr. Eduard Wiß**), auch einem größeren Publikum zugänglich gemacht, so den über Leipzigs Stapelrecht, den über die Zollkriege Sachsens mit Preußen und Oesterreich im vorigen Jahrhundert, den über die sächsische Accise.

Zur Herausgabe der „Kleistbriefe" gab mir ein glücklicher Zufall Stoff und Anregung. Bekanntlich war die Braut des Dichters Heinrich von Kleist die älteste Tochter des Generals von Zenge in Frankfurt a. O., Namens Wilhelmine. Nachdem sich das Verhältniß durch Kleists Schuld gelöst hatte, ward Wilhelmine von Zenge die Gattin des Philosophen Krug, der erst in Frankfurt a. O., dann in Königsberg (als Kants Nachfolger), zuletzt in Leipzig Professor an der Universität war. Ich habe sie hier als ältere Matrone gekannt; sie hatte in ihrem Wesen etwas äußerst Feines, Liebenswürdiges, Mildes, in ihren Zügen Spuren ehemaliger Schönheit. Einer der Söhne des Ehepaares Krug heirathete eine Schwester meiner Frau, und dieser Umstand verhalf mir zur glücklichen Entdeckung der Kleistbriefe. Die Töchter meines Schwagers (der als Geheimer Regierungsrath in Zwickau 1870 starb) theilten mir einmal beiläufig mit, daß sie aus ihres Vaters Nachlaß

*) Unter dem Titel: „Geschichte der Leipziger Kramerinnung 1477—1880. Ein urkundlicher Beitrag zur Handelsgeschichte Leipzigs und Sachsens." Leipzig, Oscar Leiner.

**) Berlin, F. A. Herbig.

allerlei Briefschaften und andere Papiere besäßen, die von dessen Eltern herrührten. Darunter war u. A. ein Tagebuch, welches der spätere Professor Krug als Schüler in Pforta geführt hatte. Wichtiger erschien mir ein Packet Briefschaften, die sich bei näherer Besichtigung als Briefe Kleists an seine Braut erwiesen. Sie staken noch in den Originalcouverts und waren von der Hand der Braut sorgfältig numerirt und mit Ort und Tag der Absendung versehen. Bisher kannte man nur die sechszehn Briefe Kleists an seine Braut, die Eduard von Bülow in seiner Kleistbiographie mitgetheilt hatte. Auch von diesen fanden sich hier die Originalhandschriften. Ein Brief der Braut (aus späterer Zeit) an eine Freundin ergab, daß dieselbe Abschriften von einigen der Briefe Kleists der Freundin gesandt hatte, es „ihrem Zartgefühl überlassend", was sie davon an L. Tieck (der darum gebeten hatte) geben wolle. Diese Abschriften sind es jedenfalls, die, von Tieck an Bülow weitergegeben, von letzterem zum Abdruck gebracht worden sind. Der Abdruck ist kein ganz correcter und vollständiger, sei es, daß die Abschriften selbst lückenhaft waren, sei es, daß, Bülow Einzelnes theils weggelassen, theils geändert hat. Auch bemerkte ich, daß die bis dahin noch nicht veröffentlichten Briefe des Dichters an seine Braut gerade die interessanteren waren, daß sie namentlich mehr, als die schon veröffentlichten, dazu beitrugen, das Verhältniß Kleists zu seiner Braut und umgekehrt in das rechte Licht zu stellen.

So erbat ich mir von meinen Nichten die Ermächtigung, diese sämmtlichen Briefe herauszugeben. Zuerst theilte ich die von Bülow noch nicht veröffentlichten acht-

zehn Briefe in „Nord und Süd“ mit*); dann veranstaltete ich eine Ausgabe sämmtlicher Briefe mit einer Einleitung, worin ich namentlich das Verhältniß Kleists zu seiner Braut näher beleuchtete und gewisse falsche Ansichten darüber, die sich (zum Theil auf Grund des bisher unvollständig bekannten Briefwechsels) gebildet hatten, zu berichtigen suchte**). In dem Besitze der Tochter der Professorin Krug fand sich ein Porträt dieser aus ihrer Jugend; dasselbe ward mir zum Abdruck (neben dem bekannten Bildniß Kleists) freundlichst überlassen. Es zeigt die Braut als eine ebenso zarte wie geistig belebte Schönheit.

Ich komme jetzt zu meinen beiden größeren schriftstellerischen Arbeiten aus jüngster Zeit, den „Dreißig Jahren deutscher Geschichte“ und der „Deutschen Volks- und Culturgeschichte“. Beide Stoffe hatten mich, wie schon erwähnt, lange beschäftigt; jetzt endlich gelangte ich dazu, sie zu bearbeiten.

Im Herbst 1881 erschien der erste, zu Ostern 1882 der zweite Band meiner „Dreißig Jahre deutscher Geschichte vom Thronwechsel in Preußen bis zur Aufrichtung des neuen deutschen Kaiserthums, 1840—1870, nebst einem Rückblick auf die Zeit von 1815 bis 1840“***). Eine zweite Auflage folgte zu Ostern 1883.

Ich hatte bei dieser Geschichtsdarstellung den großen

*) Octoberheft von 1881 und September- und Octoberheft 1882.

**) „Heinrich von Kleists Briefe an seine Braut. Zum ersten Male vollständig nach den Originalhandschriften herausgegeben. Mit den Bildnissen Kleists und seiner Braut.“ Breslau, S. Schottlaender, 1884.

***) Breslau, S. Schottlaender.

Vortheil, die ganze Periode, welche ich schilderte, selbst miterlebt, an manchen hochwichtigen Ereignissen derselben, z. B. der Märzbewegung von 1848, dem Frankfurter Parlament, der Versammlung zu Gotha, dem Kampf um die Union u. s. w., mehr oder weniger unmittelbar thätigen Antheil genommen, einer Menge der hervorragendsten Personen dieser Zeit nahe gestanden zu haben. Allerdings lag darin die Gefahr, daß meine Geschichtsauffassung von der Parteistellung, die ich selbst dabei eingenommen, nicht unbeeinflußt bleiben möchte. Ich habe mich sorgsam bemüht, diese Gefahr zu vermeiden, den Politiker über dem Historiker zu vergessen, mir ein möglichst unbefangenes Urtheil nach allen Seiten zu wahren, natürlich ohne meinen Standpunkt zu verleugnen. Daß mir dies gelungen, ersah ich zu meiner Freude aus den Stimmen der öffentlichen Kritik über mein Buch. Es mag nicht häufig vorkommen, daß einem Geschichtswerk, welches es wesentlich auch mit der Schilderung von Parteien und Parteikämpfen zu thun hat, und zwar solchen, die zum Theil noch in die Gegenwart hereinragen, welches daher, bei aller Objectivität, doch nicht vermeiden kann und vermeiden will, bestimmte Stellung zu diesen Parteikämpfen zu nehmen, daß einem solchen Geschichtswerk in den Preßorganen der allerverschiedensten politischen Richtungen die rückhaltlose Anerkennung zu Theil wird: „es habe, ohne farblos zu sein, doch nach allen Seiten hin gerecht und unparteiisch Licht und Schatten vertheilt", wie das meinen „Dreißig Jahren" widerfuhr. Es sei mir vergönnt, von den vielen außerordentlich günstigen Urtheilen über mein Buch (ein eigentlich ungünstiges ist mir nicht zu Gesicht gekommen) einige der

in dieser Beziehung besonders charakteristischen hier anzuführen.

Zuerst von conservativer Seite! Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sagte:

Bei der Beurtheilung des Biedermann'schen Buches wird man nicht außer Acht lassen dürfen, daß es kein „gelehrtes" Werk sein will, sondern sich, unbeschadet der bei seiner Abfassung bethätigten Gründlichkeit, nicht blos an die engeren Kreise der Fachgenossen, sondern an Alle wendet, denen es um geschichtliche Bildung, um eine deutliche und vorurtheilslose Erkenntniß vaterländischer Zustände ernstlich zu thun ist. Es ist, um es kurz zu sagen, ein Volksbuch, was dem Autor der „Dreißig Jahre deutscher Geschichte" vorschwebt.

Der „Deutsche Reichsanzeiger und königlich preußische Staatsanzeiger" äußerte:

Die klare, flüssige Darstellung kommt dem Werk sehr zu Statten, und so dürfte es seinen Zweck, ein gern gelesenes Volksbuch zu sein, wohl erfüllen.

Aehnlich der „Staatsanzeiger für Württemberg":

Der Name des Verfassers ist der eines unserer bekanntesten Politiker und Culturhistoriker und bürgt dafür, daß in dem Werke Gediegenes geboten wird. Das Gebotene zeichnet sich durchweg durch große Klarheit und jene Art der Darstellung aus, welche, ohne oberflächlich zu sein; doch dem Leser das Lesen nicht zu einer Arbeit, sondern zu einer angenehmen Beschäftigung macht.

Die „Schleswiger Nachrichten" betonten ausdrücklich ihre politische Gegenstellung zu dem Verfasser des Buches, um so erfreulicher war mir ihr Ausspruch:

Biedermann ist liberal, national-liberal: wir stehen auf anderem, conservativem Standpunkte. Selbstredend urtheilen wir über sehr Vieles anders. Von doppeltem Gewicht muß deshalb auch unser Zeugniß sein, daß wir mit lebhaftem Interesse das Buch gelesen haben und es für einen sehr werthvollen Beitrag zu der Geschichte jener Zeit erklären müssen, der wohl verdient, daß er viel gelesen

und von den künftigen Darstellern späterer Zeit, die den Thatsachen ferner stehen werden, sorgfältig benutzt wird.

Sogar die „Dresdener Nachrichten", welche mehr als irgend ein anderes Blatt mich wegen meiner politischen Stellung fort und fort angefeindet, ließen sich zu der Aeußerung herbei:

Das Werk sollte in keinem Hause fehlen!

Auch die freiconservative „Schlesische Zeitung" stimmte in dieses Lob ein, indem sie sagte:

Die Darstellung ist ruhig, klar und einfach, der Stoff mit gesundem Sinn und oft erprobter Geschicklichkeit ausgewählt und gruppirt; der Geist, von dem das Ganze getragen wird, ist national-patriotisch. Das Buch hat, neben seinen unleugbaren Vorzügen als populäre Darstellung, besonders den Werth eines lebhaft empfundenen und warmen Stimmungsbildes.

Ebenso der „Hamburger Correspondent":

Wir empfehlen das Biedermann'sche Geschichtswerk gern als ein gediegenes Volksbuch, als werthvolle Quelle für spätere Historiker, als Denkmal echt patriotischer Gesinnung.

Nicht weniger günstig lauteten aber auch die Urtheile der fortschrittlichen Presse. Die „Vossische Zeitung" sagte:

In diesem Werke sind nicht blos die politischen, sondern auch die religiösen, wissenschaftlichen, literarischen, wirthschaftlichen und socialen Vorgänge berücksichtigt, so daß uns ein Gesammtbild des geschichtlichen Lebens unseres Volkes im weitesten Sinne entrollt wird. Biedermanns Haltung ist die freisinnige und unparteiische, die aus seinen früheren Geschichtswerken bereits bekannt ist.

Die „Kieler Zeitung" bemerkte:

Geschrieben ist das Werk klar und gut aus liberaler Gesinnung heraus, welche sich nirgends übernimmt und auch den Gegnern volle Aufmerksamkeit gewährt.

Was mich nicht am Wenigsten erfreute, war, daß auch die Zeitungen Deutsch-Oesterreichs — „Presse", „Neue Freie

Presse", „Prager Politik", „Grazer Tagespost" — sich mit meiner Darstellung einverstanden bezeigten, obgleich ich doch, der Natur der Sache nach, vielfach den national-deutschen Standpunkt gegenüber dem specifisch österreichischen hatte vertreten müssen.

Ein viel größeres Wagniß, als die „Dreißig Jahre", war die „Deutsche Volks- und Culturgeschichte für Schule und Haus", welche ich in den Jahren 1882 ff. ausarbeitete und im Jahre 1885 veröffentlichte*). Denn bei dieser handelte es sich darum, eine neue Methode der Geschichtsdarstellung zur Geltung zu bringen, insbesondere auch, einer solchen Eingang in den Geschichtsunterricht auf Schulen zu verschaffen.

Schon 1860 hatte ich ein Schriftchen veröffentlicht: „Der Geschichtsunterricht auf Schulen, seine Mängel und ein Vorschlag zu seiner Reform"**). Darin empfahl ich für Schulen, namentlich höhere, eine solche Methode des Geschichtsunterrichts, welche überall möglichst von fertigen Zuständen, von einem Gewordenen, ausgehe, die einzelnen geschichtlichen Begebenheiten und Personen aber, als ebenso viele Factoren des Werdens, diesem Zuständlichen und Gewordenen ein- und unterordne. Dadurch werde der Schüler abgerundete, anschauliche Bilder erhalten, die sich der Seele leichter einprägten und darin fester hafteten, während die herkömmliche chronologische, erzählende, vorzugsweise auch biographische Methode lediglich eine Reihe einzelner Thaten und Persönlichkeiten, einzelner Jahr-

*) Wiesbaden, J. Fr. Bergmann.
**) Braunschweig, G. Westermann.

zahlen u. s. w. dem Schüler überliefere, die von ihm nur äußerlich in's Gedächtniß aufgenommen würden und eben darum bald wieder daraus verschwänden.

Das Schriftchen fand, wie das bei solchen Reformvorschlägen zu gehen pflegt, hier lebhaften Widerspruch, dort warme Zustimmung. Von besonderer Wichtigkeit war mir der Ausspruch eines hochangesehenen Pädagogen, des berühmten Verfassers der „Briefe über englische Erziehung", des Geheimen Raths Dr. Wiese. Er war damals Decernent für das höhere Schulwesen im königlich preußischen Cultus- und Unterrichtsministerium. Ich hatte ihm mein Schriftchen gesendet, und er schrieb mir darauf:

> Sehr erwünscht würde mir für unsere Realschulen ein Lehrbuch der Geschichte sein, welches nach der von Ihnen gegebenen trefflichen Probe ausgearbeitet wäre. Bei den Gymnasien würde es jedenfalls zum Privatstudium, dem in der Geschichte Vieles überlassen werden muß, zu empfehlen sein.

Der Plan eines solchen Lehrbuchs hatte mir seitdem immer vor der Seele geschwebt; erst jetzt aber — nach mehr als zwanzig Jahren — kam ich dazu, ihn auszuführen.

Inzwischen hatte die Culturgeschichte, also die Darstellung des Zuständlichen, neben der politischen Geschichte, der Darstellung einzelner Begebenheiten, mehr und mehr bereits im Schulunterricht Eingang gefunden. In Preußen war dieselbe schon 1859 durch eine Verordnung des Cultusministers von Bethmann-Hollweg als Lehrgegenstand empfohlen worden, indem es darin hieß:

> In den beiden oberen Klassen der Gymnasien und Realschulen tritt eine Erweiterung des Geschichtsunterrichts ein durch Aufnahme des Culturgeschichtlichen, der Literatur, der Kunst und solcher Mittheilungen aus den Gebieten der Wissenschaft, Religion, der Erfin-

ngen, des Verkehrs, der Sitten und Einrichtungen, die geeignet
d, ein anschauliches Bild von der Individualität des Volkes und
n Fortschritten der gesammten Menschheit zu erzeugen.

In den Lehr- und Prüfungsordnungen für Real-
ulen und Seminarien im Königreich Sachsen vom Jahre
877 war gesagt:

Lehrziel ist: Kenntniß und Verständniß der wichtigsten, ins-
sondere der culturgeschichtlichen, Begebenheiten und Personen.

Noch entschiedener war dies in einer neuer Verord-
ung (von 1884) ausgesprochen.

In der Lehrerwelt selbst war ferner auch die Erkenntniß
mer allgemeiner durchgedrungen, daß eine Beschränkung
s ungeheuren Geschichtsstoffs auf das Wesentlichste
d Wichtigste durchaus unumgänglich sei, wenn eine
berfüllung der Schüler mit unverdautem Material
rmieden, eine wirkliche geistige Durchdringung und An-
gnung des Dargebotenen erzielt werden solle.

So fand ich den Boden jetzt schon bedeutend mehr
rbereitet für eine Geschichtsbehandlung, wie ich sie mir
s zweckmäßig dachte für den Geschichtsunterricht in Schu-
, ebenso aber auch für Aneignung der Geschichte,
besondere der vaterländischen, seitens der breiteren Schichten
s Publikums.

Als die von mir in der „Deutschen Volks- und
ulturgeschichte" angestrebten Ziele bezeichnete ich im Vor-
ort dazu:

1) eine stärkere Hervorhebung des culturgeschichtlichen
lements; 2) eine solche Anordnung des Stoffes, mittelst
ren die großen geschichtlichen Begebenheiten und Personen
ht vereinzelt, nach der Zeitfolge, sondern in ihrem
neren, organischen Zusammenhang vorgeführt würden,

so daß die Geschichte nicht ein bloßes Gedächtnißwerk, sondern ein Gegenstand wirklichen, selbsteignen Verständnisses für den Schüler oder Leser sei; 3) eine sorgfältige Auswahl des Wichtigsten, um Schule und Haus vor Ueberbürdung zu bewahren und ein leicht faß- und behaltbares Bild der vaterländischen Geschichte zu geben.

Was dies letzte betrifft, so ging ich von dem Grundsatz aus, daß in den Geschichtsunterricht auf Schulen (im Unterschiede von dem auf Universitäten) und ebenso in ein Geschichtsbuch für den zwar gebildeten und nach Bildung strebenden, aber nicht „gelehrten" Theil des Lesepublikum nur Dasjenige gehöre, was sich dadurch als „wichtig erweise, daß es „nachhaltige Wirkungen auf das Volks- und Culturleben geäußert habe". Unter strenger Befolgung dieses Grundsatzes gelang es mir, die ganze deutsche Geschichte von der Urzeit bis zur Errichtung des neuen Kaiserthums 1871, und zwar politische und Culturgeschichte, auf etwa 35 Bogen eines großen Octav nicht zu engen Drucks zusammenzudrängen.

Der erste Theil des Buchs (Urzeit und Frankenreich) erschien zu Ostern, der zweite (843—1519) im Sommer, der dritte (1519—1871) im Herbst 1885.

Ich war auf Widerspruch, vielleicht heftigen Widerspruch, seitens der, wie ich meinte, in Lehrerkreisen noch zahlreichen Anhänger der alten, erzählenden Methode und der Gegner der Culturgeschichte, auf eine im besten Falle kühl ablehnende Haltung der Schulb hörden gegenüber einem solchen Neuerungsversuche gefaßt. Wie angenehm ward ich daher überrascht, als nicht allein die pädagogische Presse sich äußerst günstig über mein Buch aussprach,

sondern auch hochgestellte oder sonst hervorragende Schulmänner aus verschiedenen deutschen Staaten demselben eine überaus freundliche Theilnahme zuwendeten.

Von ganz besonderem Werthe war mir natürlich das Urtheil des Mannes, dessen ermunternde Worte vor einem Vierteljahrhundert eigentlich mit zuerst mir Muth und Trieb zu der Arbeit, die ich jetzt endlich vorgenommen, eingeflößt hatten, des Geheimen Raths Dr. Wiese. Ich war gespannt, ob er die gute Meinung, die er, nach der von mir 1860 gegebenen Probe, von einer von mir zu fertigenden Arbeit, wie die jetzt vorliegende, gehegt hatte, durch diese selbst gerechtfertigt finden würde. Zu meiner großen Freude war dies der Fall. Geheimer Rath Dr. Wiese schrieb mir von Potsdam aus, wo er ein otium cum dignitate genießt, unterm 4. November 1885:

> Ich halte eine verstärkte Berücksichtigung des Culturgeschichtlichen in den oberen Klassen für nothwendig, wenn sie auch bei der Kürze der gegebenen Zeit eine nicht leichte Aufgabe der Lehrkunst ist. Ihre Arbeit ist dafür in hohem Grade instructiv, und ich meine, jeder Lehrer der Geschichte auf den höheren Stufen unserer Gymnasien und Realschulen müßte Ihr Buch als Ergänzung der mehr nach außen hervortretenden thatsächlichen und persönlichen Seite der Geschichte willkommen heißen. Es scheint mir auch sehr geeignet, den Schülern für Privatstudien besondere Aufgaben daraus zu stellen.

Er berührte sodann Einiges, was er in dem Buche noch vermisse, indem er sagte:

> So reich das von Ihnen verarbeitete Material ist, hätte ich meinerseits doch gehörigen Orts noch eingehendere Angaben über Religion, Sitten und Sittlichkeit gewünscht, ebenso eine zusammenfassende Charakteristik des deutschen Mittelalters und der Eigenschaften des deutschen Geistes, die mit Nothwendigkeit Deutschland

zur Stätte der kirchlichen Reformation, dann freilich auch der innerlichen wie äußerlichen Verwüstungen des 30jährigen Krieges machten. Auch will ich nicht verhehlen, daß meines Erachtens die Darstellung an mancher Stelle durch Aufnahme einzelner charakteristischer Züge aus der Wirklichkeit des Lebens hätte belebter und so, neben der Schule, auch für „das Haus“ geeigneter gemacht werden können.

Doch fügte er hinzu:

Das mögen subjective Desiderien sein, und meiner hochschätzenden Würdigung des Werkes thun sie keinerlei Eintrag.

Die von dem verehrten Manne hier gegebenen Winke werden bei einer zweiten Auflage, sobald mir eine solche beschieden ist, gewiß nicht unberücksichtigt bleiben. Wie möchte ich mir einbilden, sogleich auf den ersten Wurf ein Werk geliefert zu haben, das nicht mancher Verbesserungen fähig und bedürftig wäre? Aber es gereicht mir schon zu großer Befriedigung, daß ein so erfahrener Schulmann mein Buch nach seiner ganzen Anlage und nach dem allergrößten Theile seines Inhalts für geeignet erklärt, Lehrern und Schülern als Leitfaden beim Geschichtsunterricht zu dienen.

Der Wiese'sche Brief schloß mit den freundlichen Worten:

Mit theilnehmenden Wünschen für eine seinen Werth anerkennende Verbreitung Ihres Werkes bin ich u. s. w.

In ähnlich freundlicher Weise äußerten sich die beiden Referenten über das Schulwesen im königlich württembergischen Cultusministerium, die Herren Oberstudienräthe Günzler und von Henzler. Der Erstere schrieb mir:

Ich fühle mich verpflichtet, Euer Hochwohlgeboren meinen freudigsten Dank dafür auszudrücken, daß Sie bei Ihren ausgedehnten Arbeiten, welche Ihnen die Anerkennung der Männer

vom Fach in vollstem Maße erworben, es nicht verschmäht haben, den Lehrern und der reiferen Jugend unserer Mittelschulen ein Buch an die Hand zu geben, das in hervorragender Weise geeignet ist, in diesen Kreisen ein volleres, tieferes Verständniß der Geschichte unseres Volkes und der Entwickelung seines Culturlebens anzubahnen und zu fördern. Euer Hochwohlgeboren haben mit diesem Werke, das in seiner maßvollen Beschränkung des Stoffes den Lehrern und dem besseren Theile der Schüler es ermöglicht, sich mit dem Inhalt gründlich vertraut zu machen, unseren Mittelschulen einen hochwichtigen Dienst geleistet; mit voller Ueberzeugung und recht gern werden es sich die Referenten unserer Cultusministerialabtheilung angelegen sein lassen, bei den mannigfach sich ihnen darbietenden Anlässen Ihre „Deutsche Volks- und Culturgeschichte" der Lehrer- und Schülerwelt zu fleißiger Benutzung anzuempfehlen.

Oberstudienrath von Henzler äußerte sich folgendermaßen:

Ich habe mich davon überzeugt, daß die Auswahl und Anordnung der Geschichtsbilder, welche in dem neuen Lehrbuch vorgeführt werden, eine höchst zweckmäßige ist und daß die hierbei angestrebte Hervorhebung des culturhistorischen Elements dazu beiträgt, das Buch nicht blos für den Geschichtsunterricht bei reiferen Schülern, sondern auch für jeden denkenden Lehrer besonders werthvoll zu machen. Ich zweifle daher nicht daran, daß das neue Werk in den betreffenden Kreisen die wohlverdiente Anerkennung finden wird und daß demselben im Interesse der Hebung des Geschichtsunterrichts auch von Seiten der mit der Schulleitung betrauten Organe die wünschenswerthe Förderung und Verbreitung zu Theil werden wird. So weit ich in meinem Wirkungskreis hierzu beitragen kann, wird dies mit dem wärmsten Interesse und mit voller Ueberzeugung geschehen.

Ebenso günstig lauteten die Urtheile der drei Referenten im königlich sächsischen Cultusministerium. Der Referent für das Gymnasialwesen, Geheimer Schulrath Dr. Vogel, schrieb:

Ich beglückwünsche Sie zu dem Abschlusse des Werkes und knüpfe daran den Wunsch, daß recht viele Lehrer für ihren Unterricht aus demselben Nutzen ziehen mögen. Erfreulicherweise findet das culturhistorische Moment schon jetzt im Unterricht viel mehr Berücksichtigung, als früher, aber doch noch immer zu wenig, so daß ein Werk wie das Ihrige sicher zur rechten Zeit erscheint.

Geheimer Schulrath Dr. Bornemann, Referent für die Realgymnasien und Seminarien, sprach sich so aus:

Ihre Sendung habe ich mit wirklichem Interesse gelesen. Die gebotene Gelegenheit, das Werk zu empfehlen, habe ich benutzt und werde sie ferner nicht vorübergehen lassen.

Der Referent für das Volksschulwesen endlich, Geheimer Schulrath Kockel, äußerte:

Es wird mir zum Vergnügen gereichen, gelegentlich auf das nun vollendete Werk aufmerksam zu machen, das, wenn es auch zunächst nicht für die Volksschule bestimmt ist, den Lehrern derselben doch Anschauungen vermittelt, welche bei dem Schulunterrichte nicht ohne Einfluß bleiben werden.

Zu ganz besonderer Freude gereichte es mir, daß das königlich sächsische Cultusministerium die Gewogenheit hatte, in einer zu dem Zwecke erlassenen Verordnung die Directionen der Gymnasien, Realgymnasien und Seminarien ausdrücklich auf mein Buch aufmerksam zu machen und ihnen dessen Anschaffung für die Lehrer- und Schülerbibliotheken anzuempfehlen.

Aehnliche zustimmende Zuschriften wie die obigen erhielt ich auch von hochgestellten Schulmännern in anderen deutschen Ländern, insbesondere von mehreren preußischen Provinzialschulräthen. Der eine davon, Dr. Lahmeyer in Kassel, schrieb:

Jetzt, da das Schuljahr seinem Ende entgegengeht und Geschäfte aller Art drängen, habe ich nur einzelne Partien des

Buches lesen können. Aber ich habe dies mit großem Interesse gethan und zweifle schon nach derjenigen Kenntniß, welche ich bis jetzt gewonnen habe, nicht daran, daß Sie, hochgeehrter Herr Professor, sich durch Ihr Werk um Schule und Haus ein namhaftes Verdienst erworben haben. Es wird mir eine Freude sein, bei geeigneter Gelegenheit auf das anregende Buch aufmerksam zu machen.

Dr. Rein, bisher Seminardirector in Eisenach, seit Kurzem Professor der Pädagogik in Jena, schrieb mir noch von Eisenach aus:

Mit großer Freude habe ich Ihre „Deutsche Culturgeschichte" begrüßt. Von der Einführung derselben in unsere Schulen verspreche ich mir eine neue Epoche des Geschichtsunterrichts. Ich habe auch bereits Schritte gethan zur Einführung des Buches in unsere Seminare zu Weimar und Eisenach.

Der Leipziger Lehrerverein, der nahe an 600 Mitglieder zählt, hatte mir bei Gelegenheit meines 50jährigen Doctorjubiläums (auf das ich im nächsten Capitel kommen werde) durch eines seiner Vorstandsmitglieder Gruß und Glückwunsch entboten. Ich fühlte mich dadurch veranlaßt, demselben mein Buch, sobald es vollendet war, als Gegengabe zu senden. Darauf erhielt ich folgendes Schreiben:

Sie haben dem Leipziger Lehrerverein durch Uebersendung Ihres neuesten Geisteswerkes eine so hohe Ehre erwiesen und sein Rüstzeug in so bedeutender Weise vermehrt, daß ich beauftragt bin, in seinem Namen Ihnen den innigsten Dank dafür auszusprechen. Wie Sie einst der Methodik des Geschichtsunterrichts durch einen der fruchtbarsten Gedanken eine neue Richtung gaben, so verpflichten Sie sich jetzt den Geschichtslehrer zu lebhaftestem Danke durch den Reichthum und die Klarheit des dargebotenen Stoffes. Die Lehrerwelt, und in dieser ganz besonders der unterzeichnete Verein, wird nicht vergessen, was die Pädagogik Ihnen schuldet. Im Namen des Leipziger Lehrervereins dessen erster Vorsteher: Lehrer Rocke.

Namens des Halle'schen Lehrervereins ersuchte mich Director Dr. Wohlrabe, demselben die Grundzüge der in meinem Buche befolgten Methode in einem mündlichen Vortrage zu entwickeln. Ich that dies in einer, wohl von 200 Lehrern Halles und der Umgegend besuchten Versammlung und begegnete auch dort vielseitiger Zustimmung und keinerlei grundsätzlichem Widerspruch.

Eigentlich abfällige Urtheile über mein Buch sind mir in der pädagogischen Presse (ein paar katholische Blätter ausgenommen) nicht zu Gesicht gekommen. Nur einige ganz vereinzelte Stimmen, offenbar von Vertretern der sog. „erzählenden Methode", bezweifelten die Anwendbarkeit meiner Ideen auf den Geschichtsunterricht, während sie dem Buch seinen Werth für „das Haus" nicht bestritten. Einzelne „Desiderien", ähnlich den von Wiese geäußerten, wurden hier und da angeregt; im Ganzen und Großen aber darf ich, ohne mich einer falschen Selbsttäuschung hinzugeben, den von mir gemachten Versuch der praktischen Durchführung einer neuen Methode im Geschichtsunterricht auf Schulen wohl für gelungen erachten.

Seine zweite Bestimmung — „für's Haus" — hat mein Buch ebenfalls (nach den darauf bezüglichen Urtheilen der Tagespresse) nicht verfehlt. Nur einige dieser Urtheile seien hier mitgetheilt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sagt:

In gedrängter Kürze, dabei aber in lebendiger, nicht trockener Schilderung ist die Geschichte des Volkes wie ein organisches Ganzes behandelt, in welchem Alles in engster Wechselwirkung zu einander steht, Fürsten und Volk, Erfindungen und Handel, Literatur, Ideen und nationale Thaten. Biedermanns Geschichte unseres Volkes hält sich frei von Ueberschwänglichkeiten, ist aber durchglüht von Liebe

für deutſches Weſen und deutſche Art und bringt allen Regungen der Volksſeele volles Verſtändniß entgegen. Möge mit dieſem Buche auch mehr Verſtändniß für die Geſchichte der neueſten Zeit in das Haus, in die Familie wandern! Wir haben hier nicht die Urſache zu unterſuchen, weshalb unſere jungen Männer und jungen Mädchen mit ihren Geſchichtskenntniſſen bei den Befreiungskriegen (beſten Falls!) hängen bleiben. Thatſache iſt, daß nur durch ſpäteres Nachſtudiren dieſem, für das Verſtändniß unſerer Tage wichtigſten Theile der deutſchen Geſchichte Intereſſe abgewonnen werden kann. Da iſt denn mit Biedermanns „Volks- und Culturgeſchichte“ gewiß Manchem und Mancher eine Weihnachtsfreude bereitet, die gern ihre Zeit begreifen möchten, aber vergebens ihre auswendig gelernten Geſchichtszahlen aus der römiſchen Kaiſerzeit zu Rathe ziehen.

In dem Blatte „Haus und Herd“ heißt es:

Wenn unſeren Gelehrten oft mit Recht der Vorwurf gemacht wird, daß ſie nur für Gelehrte ſchreiben, ſo bildet Profeſſor Karl Biedermann hiervon eine rühmliche Ausnahme. „Deutſche Volks- und Culturgeſchichte für Schule und Haus“ nennt ſich dies wahrhaft nationale Werk. Vorzugsweiſe iſt Alles das betont, was volksthümlich iſt. Es iſt nicht eine bloße Geſchichte der Höfe und Cabinete, der Kriege, Schlachten, Verträge u. ſ. w., obgleich ſelbſtredend auch davon das Weſentliche ſorgfältig mitgetheilt wird, ſondern vor Allem eine Geſchichte der Denk- und Lebensweiſe, der Sitten und Gewohnheiten, der Rechte wie der Laſten unſeres Volkes, eine Geſchichte der einzelnen Stände: Bauern, Bürger, Adel, und ihres Verhältniſſes zu einander, eine Geſchichte der geiſtigen und materiellen Zuſtände in jeder Zeitperiode, der deutſchen Städte und des Bürgerthums, Landwirthſchaft, Gewerbe, Handel, Erfindungen, Wiſſenſchaft und Künſte, nicht in letzter Linie der Religion und des Familienlebens, genug, ein Geſammtbild von dem Leben unſeres Volkes von ſeinen älteſten bis herab auf die neueſten Zeiten.

Die „Straßburger Poſt“ äußerte ſich ſo:

Ein warmer nationaler Ton durchzieht das ganze Werk und führt es ſo den Herzen ſeiner Volksgenoſſen näher, als es das

gelehrteste Werk thun könnte. Was nur in den verschiedenen Jahrhunderten die deutsche Volksseele bewegt hat, zieht Biedermann in den Kreis seiner Betrachtungen, schildert er kurz und knapp mit dem gereiften Urtheil eines greisen Volksführers. Für Schule und Haus hat er sein Werk geschrieben; möchten alle Vaterlandsfreunde dafür sorgen, daß es dort überall zu finden sei, daß die in ihm enthaltenen guten Samenkörner auf fruchtbaren Boden fallen!

Auch auf diesem Gebiete — dem des „Hauses" — hatte ich mich der Billigung und Empfehlung meines Buches von autoritativer Seite zu erfreuen. Die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" lenkte in ihrem Vereinsorgane die Aufmerksamkeit der Vorstände von Volksbibliotheken darauf hin, und der Vorstand des sächsischen Landesverbandes dieser Gesellschaft empfahl es ausdrücklich in einem Circular den in seinem Bereiche bestehenden Bibliotheken dieser Art.

Dreiundzwanzigstes Capitel.

Mein goldenes Doctor- und Docenten-jubiläum (1885).

In das Jahr 1885 fiel die fünfzigste Wiederkehr des Tages, an dem ich einst die philosophische Doctorwürde erlangt, zugleich an der Universität Leipzig mich als Docent habilitirt hatte. Welches dieser Tag selbst gewesen sei, wußte ich nicht mehr genau und war auch mit Sicherheit nicht zu ermitteln, da in den Facultätsacten jener Zeit bestimmte Vermerke über derartige Vorgänge sich nicht finden. Alles, was sich vorfand, war — entsprechend dem damaligen Brauch, wonach das Diplom über eine Doctorpromotion am nächsten Sonntag an der Kirchenthür von St. Pauli angeschlagen ward — die Angabe dieses Sonntags auf dem Diplome. Es war der Sonntag Exaudi. Im Jahre 1885 fiel dieser Sonntag auf den 31. Mai; für diesen Tag ward daher die Begehung des Jubiläums seitens der Universität anberaumt.

Schon einige Zeit vorher merkte ich, daß, abgesehen von der officiellen Feier, noch etwas Anderes im Werke

sei. Werthe Freunde kamen verstohlen in meine Wohnung, hatten geheime Besprechungen mit den Meinen und verschwanden wieder, ohne mich aufzusuchen. Von Frau und Töchtern ward ich um Dieses und Jenes geheimnißvoll befragt, ohne daß ich errathen konnte, zu welchem Zwecke. Endlich, etwa acht Tage vor dem 31. Mai, erhielt ich eines Morgens ein feierliches Schreiben, bei dessen Lesung ich auf das höchste überrascht, aber auch freudig bewegt war.

Das Schreiben lautete:

Aus Anlaß Ihres bevorstehenden Doctorjubiläums haben wir, um Ihren Collegen, Freunden und Verehrern Gelegenheit zu einer gemeinschaftlichen Feier zu geben, uns vereinigt, am Vorabend, den 30. d., Abends 8 Uhr, ein Abendessen in dem Ihnen wohlbekannten Saale des Kaufmännischen Vereins zu veranstalten. Indem wir uns beehren, Sie hierdurch dazu einzuladen, geben wir uns der Zuversicht hin, daß Sie unser Vorhaben freundlich aufnehmen werden.

Das Schreiben war unterzeichnet:

Dr. Genfel (Handelskammersekretär, ehemal. Reichstagsabgeordneter Vorsitzender des nationalliberalen Vereins für Sachsen u. s. w.)

für sich und im Auftrage der Nachbenannten:

Heinrich Brümmer (Glasermeister); Prof. Dr. Fricker (Decan der philos. Facultät); Dr. Georgi (Oberbürgermeister, ehemal. Reichstagsabgeordneter); Gust. Goetz (Eisengießereibesitzer, Mitglied der Handelskammer); Dr. W. Goetze (Oberlehrer am Realgymnasium); Dr. Friedrich Hofmann (Redacteur der „Gartenlaube"); Richard Lindner (erster Vorsteher des Kaufmännischen Vereins); Moritz Pohlentz (Stadtrath); Dr. Schill (Vorsteher der Stadtverordneten und Landtagsabgeordneter); Herm. Schnoor (Mitglied der Handelskammer); Dr. Simson (Reichsgerichtspräsident, ehemal. Präsident des Frankfurter Parlaments); Dr. Tröndlin (Bürgermeister und Reichstagsabgeordneter); Uhse (Redacteur des „Leipziger Tageblatt"); Dr. Wachsmuth (Vorsitzender der Handelskammer); C. Aug. Werner

(Tischlerobermeister); Dr. Wiener (Reichsgerichtsrath); Dr. Windscheid (Rector magnificus der Universität); Zur Straßen (Professor an der Akademie der bildenden Künste und der Kunstgewerbeschule).

In diesen Namen waren Universität, Stadt, Bürgerschaft, Frankfurter Parlament, Deutscher Reichstag, sächsischer Landtag, national-liberaler Verein für Sachsen, Gemeinnützige Gesellschaft, Schülerwerkstatt, Lehrerstand, Kaufmännischer Verein, Verein für Volkswohl, Presse — genug, alle Seiten meiner Wirksamkeit und meiner Lebensstellung vertreten. In liebenswürdigster Weise hatten die Veranstalter des Festes zur Betheiligung daran Collegen, Parteigenossen, Freunde, Verwandte, alte Schüler von mir von hier und auswärts eingeladen.

Der Saal des Kaufmännischen Vereins, in welchem die Festlichkeit stattfand, war ebenso reich als sinnig ausgeschmückt. Gegenüber der mittleren Tafel und meinem Sitze an dieser stand auf einem Postamente eine getreue Nachbildung der Frankfurter Paulskirche in Baumkuchen; auf der Tafel selbst lag ein großer Doctorhut aus feinem Gebäck — beides von der kunstreichen Hand des Hofconditors Herrn Felsche.

Ueber den Verlauf des Abends hat das „Leipziger Tageblatt" ausführlich berichtet. Der so dankenswerthen Freundlichkeit der Veranstalter des schönen Festes ebensowie der Theilnehmer daran glaube ich es schuldig zu sein, diesen Bericht hier wiederzugeben. Er lautet:

Der Saal des Kaufmännischen Vereins, in welchem nach 8 Uhr das Festmahl begann, war geschmackvoll mit Lorbeerbäumen und Draperien in den Reichsfarben geschmückt, während unter den Fahnen natürlich auch diejenige der philosophischen Facultät unserer Universität nicht fehlte. Am Mahl nahmen etwa siebzig Personen

Theil, und es mußte für den Jubilar ein besonders freudiges Gefühl sein, an seinem Ehrentage nicht nur die Vertreter der städtischen Behörden, der Universität, des Reichsgerichtes, sondern auch des Lehrerstandes, Kaufmannsstandes, wie der Gewerbetreibenden um sich zu erblicken, die sich alle einmüthig zu seinen Gesinnungsgenossen rechneten. Die Begrüßungsrede hielt Handelskammersecretär, ehemal. Reichstagsabgeordneter, Dr. Gensel; zwischen diesem und dem Rector Magnificus, Professor Dr. Windscheid, hatte der gefeierte Jubilar auf blumengeschmücktem Stuhle Platz genommen. Dr. Gensel führte Folgendes aus:

„Verehrte Festgenossen! Wenn ich im Namen Derer, welche Sie zur Theilnahme an dieser Vorfeier für das 50jährige Doctor-Jubelfest unseres Professors Biedermann aufgefordert haben, zuerst das Wort ergreife und Sie willkommen heiße, so bitte ich doch, mich nicht als eigentlichen Festredner zu betrachten, sondern nur als den Herold, welcher den durch ihr Alter, ihr Amt oder ihr Verhältniß zum Jubilar besser dazu Berufenen die Bahn öffnet.

Meine Herren! Nicht groß ist die Zahl Derjenigen, welche es erreichen, den 50jährigen Gedenktag der Erlangung einer Würde, eines Amtes, einer selbstständigen Stellung zu feiern — wie Wenigen aber ist es vergönnt, solchen Tag in so jugendlicher Frische des Körpers und des Geistes, mit so ungebeugter Kraft des Arbeitens und des Genießens zu begehen, wie unserem Jubilar!

Alt zu werden ist Gottes Gunst,
Jung zu bleiben ist Menschen-Kunst.

Doppelt zu bewundern ist diese Kunst, wenn sie sich bewähret in einem Leben voll harter Arbeit und schwerer Kämpfe, einem Leben, welchem herbe Enttäuschungen und Kränkungen so wenig fremd geblieben sind, wie die bittere Sorge um das tägliche Brot für Weib und Kinder.

Durch die Tagesblätter lief neulich eine aus ähnlichem Anlaß wie heute gefertigte Zusammenstellung, welche zeigte, daß gerade den Lehrern der Geschichte ein hohes und gesegnetes Alter öfter beschieden zu sein scheint, als anderen Sterblichen. Aber wohl keiner von Denen, die dort genannt wurden, hat an dem sausenden Webstuhle der Zeit, dessen Wirken er uns schildert, selber in dem Maße

mit Hand angelegt wie unser Freund, dem schon in jugendlichem Alter der Drang innewohnte, seine Kraft im öffentlichen Leben zu bethätigen und nutzbar zu machen.

Als junger Docent, unter dem allezeit drohenden Schwerte der Censur, Begründer und Leiter freimüthiger Zeitschriften; in dem für Leipzig verhängnißvollen Jahre 1845 gegen eine radicale Partei zum Stadtverordneten gewählt; in demselben Jahre Vorsitzender der allgemeinen deutschen Schriftstellerversammlung; im Frühlingsrausche des Jahres 1848 einmal — es klingt uns jetzt fast wunderbar — Vertreter der königlich sächsischen Regierung bei den Berliner Conferenzen über die deutsche Frage; darauf Mitglied des Vorparlaments und Mitglied, eine Zeit lang auch Vicepräsident der Nationalversammlung in Frankfurt in der Paulskirche, deren Abbild wir hier vor uns sehen; 1849 noch Theilnehmer der Versammlung in Gotha; dann Abgeordneter zur II. Kammer des sächsischen Landtags, der bald aufgelöst wurde, um den alten, anderthalb Jahre zuvor feierlich aufgehobenen Ständen wieder Platz zu machen; 1852, nach dem Staatsstreich in Paris, wegen eines von ihm aufgenommenen Artikels gegen Louis Napoleon verurtheilt und seines Lehramtes entsetzt; einige Jahre darauf, in halb unfreiwilliger Verbannung aus der Heimath, Redacteur des freisinnigen weimarischen Regierungsblattes — wahrlich, er durfte, als er in jener Zeit einmal veranlaßt war, einen Abriß seines Lebens zu geben, mit Recht sagen, daß dieser sich unwillkürlich zu einem Ausschnitt der allgemeinen Geschichte unseres Volkes gestalte.

In unser Aller Gedächtniß, verehrte Festgenossen, lebt sein späteres Wirken als Führer der kleinen, aber wie Ein Mann zusammenstehenden national liberalen Fraction in der sächsischen II. Kammer und als Mitglied des deutschen Reichstags. Ebenso liegt vor unseren Augen seine mannigfaltige Thätigkeit auf dem Gebiete des für unsere Zeit so charakteristischen gemeinnützigen Vereinslebens. Erst dieser Tage noch hat er in Görlitz bei dem Handfertigkeits-Congresse, der ihn zu seinen geistigen Vätern zählt, den Vorsitz geführt. Aber nur Einzelne von Ihnen, meine Herren, wissen wohl, daß unser Jubilar schon vor 42 Jahren den hiesigen Gesellenverein, der nach kurzem, aber segensreichem Bestehen in der

Reactionszeit aufgelöst wurde, und bald darauf den Leipziger Turnverein hat begründen helfen.

Unter einem früheren Bilde unseres Freundes finde ich den Wahlspruch:

‚Sich selbst getreu!‘

Meine Herren, wenn wir heute, wo wir sein Wirken während eines halben Jahrhunderts an uns vorüberziehen lassen, ein kurzes Wort finden sollten, das sein Wesen treffend kennzeichnete, wir könnten kein besseres finden als dieses so schlichte und doch so vornehme ‚Sich selbst getreu!‘ Und hiermit, verehrte Festgenossen, enthülle ich, wie ich glaube, auch das Geheimniß seiner ewigen Jugend. Sich selbst getreu sein, bringt nicht immer Anerkennung und äußere Erfolge, aber es bringt, was mehr ist, den Frieden der Seele.

In den Kämpfen des öffentlichen Lebens wird mit gutem Grunde der Mitkämpfer besonders hoch geschätzt, auf den man sich unter allen Umständen verlassen kann — das brauche ich von unserem Jubilar nicht erst zu rühmen. Schwerer ist es, sich selbst getreu zu bleiben, und ein höheres Maß von echtem Mannesmuth wird erfordert, wo es gilt, im Kreise der Partei in Stunden hocherregter Leidenschaft dem Andrängen heißblütiger Genossen Stand zu halten. Wie oft hat Biedermann als allezeit besonnener Warner lieber den Vorwurf der Halbheit und Lauheit auf sich genommen, als auch nur einen Finger breit vom Wege des Rechts und der Vernunft abzuweichen! So namentlich 1866 — ich will das hier ausdrücklich bezeugen, da man ihn so hartnäckig fälschlich des Gegentheils bezichtigt hat.

Unser Freund gehört nicht zu Denen, welche nichts lernen und nichts vergessen. Aber seine Grundanschauungen, seine Ideale hat er in allem Wechsel der Zeiten festgehalten. Am 17. Januar 1849, als in der Paulskirche um das Schicksal Deutschlands heiß gekämpft wurde, hielt Biedermann eine Rede für das Erbkaiserthum der Hohenzollern, die Sie noch heute nicht ohne tiefe Bewegung lesen können. ‚Also, meine Herren,‘ — so schloß er unter dem rauschenden Beifall der Mehrheit — ‚wenn wir als erbliches Oberhaupt den Monarchen des mächtigsten Einzelstaates hinstellen, so

haben wir die Einheit ſchnell und ſicher begründet, wir haben die Macht Deutſchlands nach außen befeſtigt, wir haben alle Garantien gegeben für das Wiederaufleben des Vertrauens, des Verkehrs und des Wohlſtandes, nach dem das Volk ſo dringend verlangt. Ja, meine Herren, wir haben damit die Einheit gewonnen und — ich bin davon feſt überzeugt — der Freiheit nichts vergeben.' Ein Jahr ſpäter galt das den Meiſten als ein leerer Traum. Er aber hielt das Vertrauen unerſchütterlich feſt, und nach 22 langen Jahren, ‚als die Zeit erfüllt war', ſah er, und ſahen wir mit ihm, das Kaiſerthum in neuer Herrlichkeit erſtehen. Mit wie berechtigtem Selbſtgefühl durften am 1. April d. J. jene dreißig alten Frankfurter dem Fürſten Bismarck, deſſen Thatkraft erreicht hat, wofür ſie damals gekämpft und gelitten, ihren beſonderen Glückwunſch ſenden!

Und damit laſſen Sie mich ſchließen! Möchte unſerem Jubilar ein Lebensabend beſchieden ſein, deſſen ſonniger Glanz noch rückwärts den ganzen Tag verklärt! Möge er noch manche Frucht reifen ſehen von Dem, was er ausgeſä't, gepflanzt und treu gepflegt hat! Und möge ihm bis an's Ende erhalten bleiben der klare Blick und die Freude am Schaffen und das warme Herz für unſer Volk!"

In das von dem Redner auf den Jubilar ausgebrachte Hoch ſtimmte die Verſammlung begeiſtert ein.

Nachdem Herr Dr. Genſel eine Reihe eingelaufener Glückwunſchſchreiben, darunter diejenigen der Herren Reichsgerichtspräſidenten Simſon (der verreiſt war), Prof. Dr. Fricker (der wegen Unwohlſeins dem Feſte hatte fern bleiben müſſen), Juſtizrath Schaffrath-Dresden, Dr. Löwe-Calbe, Georg Beſeler, Max Duncker (Berlin), Juſtizrath Pinckert (Erfurt), von denen Letzterer mit einem kurzen begeiſterten Gedicht vertreten war, verleſen hatte, ergriff Seine Magnificenz der Rector der Univerſität, Prof. Dr. Windſcheid, das Wort. Er führte in geiſtvollen Worten aus, wie man die Menſchen im Allgemeinen in Idealiſten und Realiſten einzutheilen pflege, und wie bei der Beurtheilung derſelben die Idealiſten, denen man nachſage, daß ſie haltlos in luftigen Regionen ſchwebten, während der Realiſt die Welt nehme wie ſie ſei, leider oft ſchlecht wegkämen. Aber beim Idealismus wie Realismus ſeien nur die Extreme von Uebel, die

Mitte zwischen Beiden sei allein das Rechte. Werde einmal in dieser Hinsicht gesündigt, nun, so wünsche er um der Menschheit willen, daß immer nach der Seite des Idealismus hin gesündigt werde. Die Idee sei das heilige Feuer, das im Menschen nie erlöschen dürfe; sie sei das Bewußtsein, daß es über diesen Erscheinungen noch ein Höheres gebe, nach dem alles Sein hinaufstrebe. Die Ideen beherrschten die Welt, sie seien die Pionniere des Fortschritts in der Welt, und es sei etwas Großes und Ruhmvolles, daß der Jubilar in seinem thatreichen Leben die Ideen stets hochgehalten habe. Keine tiefere und höhere Idee aber sei im Leben gedacht worden, als die Idee der Ehe, der vollen Hingabe einer Person an die andere, und da der Jubilar auch den Segen der Ehe reichlich an sich erfahren, so sei dies Jubelfest zugleich auch ein Fest, an dem seine Familie mitjubiliren könne. Redner brachte zum Schluß ein Hoch auf den Jubilar und seine Familie aus. Der nächstfolgende Redner war Prof. Dr. Maurenbrecher, Lehrer der Geschichte an unserer Hochschule, der den Jubilar als Mann der Wissenschaft feierte. Die historischen Schriften desselben seien in zwei Klassen zu theilen, in historische Quellenschriften und in Schriften, die eine Darstellung der Vergangenheit in größerem Zusammenhang gewährten. Zu den ersteren gehörten seine werthvollen Werke über die Ereignisse der vierziger Jahre, deren Grundzüge wohl kein einziger gleichzeitiger Autor mit so historischer Treue geschildert habe, wie der Jubilar, und die auf ihn stets einen tiefen Eindruck gemacht hätten. Zu den Werken der zweiten Gattung gehörten seine culturgeschichtlichen Arbeiten, in denen er biete, was leider so Wenige böten, wirkliche Culturgeschichte, das heißt, eine Geschichte des gesammten Zustandes der Menschheit auf politischem, kirchlichem und socialem Gebiet. Biedermann sei ein wirklicher Culturgeschichtsschreiber, das sei die charakteristischste Bezeichnung für ihn. Das Hoch des Redners galt dem Culturhistoriker Biedermann. Im Namen des Leipziger Lehrervereins sprach der Oberlehrer Kirchhoff, der die Verdienste des Jubilars um die Volksschule, seine Arbeiten beim Zustandekommen unseres Volksschulgesetzes, seine Schrift über die Grundzüge des Geschichtsunterrichts in den Schulen, sowie seine Bestrebungen um den Handfertigkeitsunterricht schilderte und sein Glas auf das Wohl

des Jubilars Namens der deutschen Volksschule leerte. Nachdem durch Herrn Dr. Genfel einige weitere, inzwischen eingetroffene Glückwünsche von den national-liberalen Vereinen in Grimma und in Burgstädt (letzteres im früheren Reichstagswahlkreis des Jubilars), vom Dichter Ernst Scherenberg in Elberfeld ꝛc. zur Kenntniß der Versammlung gebracht waren, derselbe auch einen mündlichen Gruß von Seiten des Vicebürgermeisters a. D. Dr. Stephani kundgegeben hatte, sprach der Privatdocent Dr. Carl Walcker, der die großen Verdienste des Jubilars um die Geschichte, Theorie und Praxis der Volkswirthschaft pries. Er schilderte die Thätigkeit Biedermanns bei der Berathung des Haftpflicht- und Unfallversicherungsgesetzes und seine Arbeiten auf dem Gebiete der Arbeiterfrage. Sein Hoch galt dem Nationalökonomen Biedermann. Nach Verlesung eines Telegramms des Centralcomité der national-liberalen Partei, von den Herren von Benda, Gneist ꝛc. unterzeichnet, entwarf Herr Schnoor ein farbiges Bild von der Thätigkeit des Jubilars im Landtage an der Spitze der, damals „befitzehaßten", national-liberalen Partei und brachte mit einem Hoch auf den Jubilar diesem den Dank für sein Wirken im Dienste unseres engeren Vaterlandes dar. Reichsgerichtsrath Dr. Wiener nahm Bezug auf die Bestrebungen des Jubilars für Begründung eines einigen deutschen Kaiserreiches und des Reichsgerichts und bezeichnete sich demnach als einen Homunculus aus der Retorte, an welcher der Jubilar so überaus thätig gewesen sei. Ein Fest, wie dasjenige, welches heute gefeiert werde, sei immer eine Vivisection, welche man mit dem Jubilar ausübe; er werde gewöhnlich erst als Ganzes gefaßt und dann bis in's Einzelne zergliedert. Er wolle von der Zergliederung absehen und den Jubilar wieder als ein Ganzes betrachten. Da erscheine er denn vor ihm als eine echte, schöne Menschenblüthe, als ein Producent und ein Product der heutigen Cultur. Wenn die bisherigen Redner die Vergangenheit Biedermanns gewissermaßen mit Beschlag belegt hätten, so wolle er jetzt die Zukunft desselben in gleicher Weise für unser deutsches Vaterland mit Beschlag belegen. Das vom Redner ausgebrachte Hoch galt „Biedermann dem Zukünftigen". Der Professor Dr. Woldemar Wenck brachte hierauf einen poetischen Trinkspruch aus, der den Jubilar in humoristischen,

fließenden Versen feierte und den wir, da er sich allseitigen Beifalls erfreute, hier vollständig zum Abdruck gelangen lassen wollen. Derselbe lautete:

Mein ganzes Gemüth, ja der animus totus
War bei jedem Wunsch für den Jubel-promotus,
Den Mann, den man einstmals, mit gutem Bedachte,
Promovebat — nach vorwärts bewegte und brachte.
Doch, daß recht man ihn preist, pflegt man Das zu erlesen,
Worin er ein promovens selber gewesen:
Was er vorwärts gebracht, was er vorwärts bewegt,
Darauf sei auch von mir der Accentus gelegt.
Und da bring' ich vor Allem zu ernstem Betrachte,
Wie am Gründerwesen er theilhaft sich machte.
Am Gründerwesen? Wer hielt' da im Nu
Vor 'nem Dutzend von Jahren das Ohr sich nicht zu?
Der Gefühlvolle dachte mit starrenden Haaren
An Die, die durch Gründer zu Grunde gefahren,
Und, dem Gründer die Wege bereitet zu haben,
Den Grund zu der Gründung des Gründers zu graben,
Des Gründers Genoß und Gehilfe zu sein,
Das Lob auch, es galt nicht für bieder und fein!
Unser Biedermann aber, vor Jungen und Alten
Muß zu solchem Lob er sein stille uns halten;
Denn, was darin die Menschheit von Biedermann spricht,
Seine besten Freunde vertuschen es nicht.
Und hält er denn selber damit hinter'm Busch?
Vertuscht man doch nur, wo die Wahrheit ein Tusch!
Mich aber bedünkt, daß ein Schatten auf alle
Die Gründungen jener Vergangenheit falle,
Nur damit in so hell'rer, gesammelter Glorie
Ein Gründer heraustret' in deutscher Historie;
Wer den Gründer erst sucht, ei, ich denk', der verschlief
Jüngst den ersten Aprilis recht gründlich und tief.
Nun, und gilt's, bei der Gründung des Manns zu erfahren,
Wer die wack'ren Bereiter des Grundes ihm waren,
Wen als Vorarbeiter und Helfer man preist,

Ja so weiß ich, daß Einer Karl Biedermann heißt.
Fast hätt' ich, des Jubel-Doctors von heute
Einen Jubel-Freund mich zu nennen, die Freude:
Denn, kaum schmückte des Doctorhuts Herrlichkeit ihn,
So begann ich vor ihm schon die Mütze zu ziehn.
Und so möcht' ich wohl gern als Primärquelle gelten,
Um von Dem, was er schuf, was er wirkte, zu melden:
Wie in Hoffnung schon lange nach Solchem er rang,
Was dann zauberisch schnell in die Wirklichkeit sprang;
Wie für deutschen Volkes- und Landes-Interessen
Seinen Mann er gestanden und theilweis gesessen.
Doch, was hier ich vernommen, bringt schon mir zu Sinn:
Die Primärquelle flöss' hier als Ueberfluß hin!
Und so bring' ich als Freund nur kurz, bündig und wahr
Ihm, dem gründungsbetheiligten Freund-Jubilar
Und all' Denen, die, wie der Promotus, sich rührten,
Daß die Gründung, die deutsche, sie mit promovirten,
ein Hoch!

Oberbürgermeister Dr. Georgi betonte, daß der Jubilar, zu dessen Schülern er einst gehört und dem er dann auch als Anwalt in seinen politischen Processen eine Zeit lang gedient habe, nicht allein in seiner wissenschaftlichen Thätigkeit sich eine hervorragende Bedeutung erworben habe, sondern auch in seiner Stellung zum Leipziger Bürgerthum. Redner schilderte das Eingreifen Biedermanns in die sächsische Verfassungsgeschichte und hob seine unwandelbare Liebe zu unserem Vaterlande und die Freisinnigkeit seiner Gesinnung hervor. Dem Dank, den er dem Jubilar im Namen der Stadt Leipzig darbringe, müsse er aber auch einen warmen Gruß als politischer Freund desselben hinzufügen. Auch in dem Reichstagscollegen Biedermann habe er stets die Wahrhaftigkeit und Lauterkeit seines Wesens schätzen gelernt. Redner schloß mit den Worten: „Es lebe Biedermann, der deutsche und Leipziger Bürger!“

Der Jubilar dankte hierauf in bewegten Worten:

„Als er die Einladung zu der heutigen Feier erhalten, unterzeichnet von einer Reihe hochangesehener und von ihm hochverehrter Männer, da habe ihn fast ein Gefühl des Erschreckens befallen. Er

habe sich gefragt: womit er so viel Freundlichkeit verdient? Endlich habe er sich zu seiner Beruhigung gesagt, daß Wohlwollen und Liebe freie Gaben seien. Von diesem aufrichtigen Wohlwollen habe er sogleich beim Eintritt in diesen Saal und dann während des ganzen Abends die allseitigsten, wohlthuendsten Beweise erhalten. Auch das habe ihm sein durch so viele Kundgebungen der Sympathie fast bedrücktes Gewissen erleichtert, daß er darin eine gewisse Ausgleichung finde für so manche Vorgänge entgegengesetzter Art, für so manche Anfeindungen, Verunglimpfungen, Verleumdungen, denen er in seinem Vorleben oftmals ausgesetzt gewesen sei. Ein Vorredner habe das Dichterwort citirt: „Wer den Besten seiner Zeit genug gethan“ ꝛc. Das sei auch für ihn immer das schönste und höchste Ziel gewesen. Daß er dieses Ziel erreicht habe, das maße er sich nicht an; aber mit Freuden bekenne er, daß von den Besten unserer Zeit ihn nicht wenige ihres Wohlwollens, manche ihrer näheren Freundschaft werth gehalten. Das sei ein Schatz köstlicher Erinnerung für die Tage des Alters, und zu diesem Schatze liefere der heutige Abend einen werthvollen Beitrag. Eines noch sei in der Zusammensetzung sowohl des Einladungscomité als der heutigen Versammlung selbst, was ihm zu besonderer Genugthuung gereiche. Es sei ihm bisweilen der Vorwurf gemacht worden, und er selbst habe wohl das Bedenken gehegt, daß er seine Thätigkeit nicht genug auf Einen Punkt concentrirt, sie auf zu Vieles ausgedehnt habe. Durch die Gegenwart und die Ansprachen von Männern so verschiedener Berufs- und Lebenskreise sei ihm die Beruhigung geworden, daß die mancherlei Bestrebungen, durch die er, einem inneren Drange folgend, in das praktische und öffentliche Leben eingegriffen habe, doch nicht ganz ohne Frucht geblieben, daß sie als wohlgesinnte erkannt und empfunden worden seien. Selbst als Mann der Wissenschaft dürfe er jene seine Wirksamkeit im praktischen Leben nicht für verloren halten, denn sie allein habe ihn befähigt, gerade den Wissenszweig, dem er seine Thätigkeit besonders gewidmet, die Culturgeschichte — und zwar die „ächte“ Culturgeschichte, wie sie sein verehrter College Prof. Maurenbrecher zu seiner aufrichtigen Freude so anerkennend geschildert, d. h. die organische und allseitige Erfassung des Culturlebens einer Zeit — mit Erfolg zu pflegen. Der Jubilar dankte hierauf speciell

dem Rector magnificus, Geh. Rath Dr. Windscheid, dafür, daß derselbe der Seinen und insbesondere seiner Gattin so freundlich gedacht. In der That habe er hier, im Schooß der Familie, jederzeit die Stärkung und die Ermuthigung zum Ausharren gefunden, deren er bei den mancherlei Widerwärtigkeiten des äußeren Lebens oftmals recht dringend bedurft habe."

Der Toast des Jubilars galt den Männern der Wissenschaft und Praxis, den Vertretern seiner Heimathstadt Leipzig und seinen zahlreichen Schülern und politischen Gesinnungsgenossen. Im Namen der Schüler des Jubilars sprach zum Schluß noch in herzlichen Worten der Oberlehrer Döhler aus Mittweida. Damit hatten die Festgrüße und Ovationen für den Jubilar ihr Ende erreicht. Die Theilnehmer des Festes blieben jedoch noch längere Zeit in zwanglosen Gruppen beisammen, und es war bereits früher Morgen, als die letzten Gäste von dem wohlausgerüsteten Mahle sich auf den Heimweg begaben. Die Stimmung war während des ganzen Abends eine ungetrübte, festliche, und Jeder konnte die Ueberzeugung gewinnen, daß auf den Jubilar das Schiller'sche Wort in der That mit vollem Rechte Anwendung finden kann: „Wer den Besten seiner Zeit genug gethan, der hat gelebt für alle Zeiten".

An dem eigentlichen Jubeltage, dem 31. Mai, erweckte mich früh ein, von dem Besitzer des großen Gartengrundstücks, in welchem ich wohne, Herrn Prell, freundlichst veranstaltetes Musikständchen, während gleichzeitig mehrere in der Nähe ausgehängte Fahnen in den deutschen Farben mir einen festlichen Morgengruß zuwehten. Gegen Mittag erschienen dann im Namen des Senats der Universität Rector und Prorector, Geh. Rath Dr. Windscheid und Geh. Rath Dr. Zarncke, im Namen der philosophischen Facultät an Stelle des erkrankten Decans Prof. Dr. Fricker dessen Vorgänger im Amte, Prof. Dr. Leskien, begleitet von den Herren Professoren Geh. Hofrath Dr. Overbeck und Dr. Maurenbrecher. Der Rector magnificus beglück-

wünschte mich in einer überaus warmen und herzlichen Ansprache, an deren Schluß er sagte:

So haben Sie allezeit gewirkt — dem Vaterland zu Nutz und Frommen, der Universität zur Ehre, der Jugend zum Segen.

Professor Leskien überreichte mir, ebenfalls mit freundlicher Anrede, das „goldene" Diplom, durch welches die philosophische Facultät mir ihre Glückwünsche darbrachte. Dasselbe (entworfen von dem Professor der klassischen Philologie, Geh. Rath Dr. Ribbeck) lautet in elegantem Latein:

Q. B. F. F. F. Q. S.
Viro venerabili
Friderico Carolo Biedermann
philosophiae doctori et artium liberalium
magistro professori philosophiae
honoris causa ordinario,
philosopho eidem et historico et politico
qui per saeculi dimidium
philosophiae face nostrae potissimum nationis in omni cultu
humano progressus
indagans atque illustrans
cum publicae vitae rationes institutaque
tum morum litterarumque historiam recentiorem
et scholarum salubri disciplina et librorum disertissimorum
copia
docte, facunde, eleganter enarravit
quique civem propositi tenacem patriae amantissimum
strenuum sanae sanctaeque libertatis militem
instaurandae qualis nunc floret Germaniae acriter in-
tentum
non intra doctorum tantum coetus se praestitit
honores summos suos
ante decem lustra
rite impetratos et
die XXXI mensis maji anni MDCCCXXXV

in solemni doctorum philosophiae et magistrorum
artium creatione renuntiatos
gratulatur
ordo philosophorum universitatis litterariae Lipsiensis
eique placidam cum integra valetudine senectutem
exoptat*).

Zu ganz besonderer Freude gereichte es mir an dieser Widmung, daß meine hochverehrten Herren Collegen von der Facultät auch mein „außerhalb der gelehrten Kreise" sich bewegendes Wirken nicht, wie ja bisweilen geschieht, als etwas meinem eigentlichen Berufe Fremdartiges und Fernliegendes ansahen, vielmehr als etwas mit dieser Berufsthätigkeit wohl Bestehendes und ihr Ebenbürtiges freundlich anerkannten.

Das königliche Ministerium des Cultus und öffent-

*) Auf deutsch:

„Dem ehrwürdigen Manne Friedrich Karl Biedermann, Doctor der Philosophie, Magister der freien Künste und ord. Hon.-Professor der Philosophie, welcher, gleichzeitig Philosoph, Historiker und Politiker, ein halbes Jahrhundert lang mit der Fackel der Philosophie hauptsächlich unserer Nation Fortschritte in jeder Art menschlicher Cultur erforscht und beleuchtet, welcher die Gestaltungen und Einrichtungen des öffentlichen, sowie die Fortschritte des sittlichen und geistigen Lebens theils in fruchtbaren Vorlesungen, theils in einer Menge höchst eingehender Schriften gründlich, beredt und in gefälliger Form geschildert, welcher sich als überzeugungstreuen Bürger und warmen Patrioten, als tapferen Vorkämpfer einer gesunden und edlen Freiheit, als eifrig bemüht um die Herstellung eines solchen Deutschland, wie es jetzt blühend dasteht, auch außerhalb der gelehrten Kreise bewährt hat, beglückwünscht die philosophische Facultät der Leipziger Universität zu der vor 50 Jahren erlangten Würde eines Doctors der Philosophie und Magisters der freien Künste, und wünscht ihm ein friedliches Alter und eine ungetrübte Gesundheit."

ichen Unterrichts beehrte mich hochgeneigteſt mit einem Glückwunſchſchreiben. Das Gleiche geſchah von Seiten des Raths der Stadt Leipzig. In der Zuſchrift des letzteren war geſagt:

Auch den Intereſſen unſerer Stadt, deren Bürgerſchaft Ihnen durch wiederholte Wahl in's Stadtverordnetencollegium ehrende Beweiſe ihres Vertrauens gegeben hat, haben Sie rege Theilnahme erwieſen.

Unwillkürlich mußte ich dabei an jenen höchſten Beweis ehrenden Vertrauens denken, den mir die Bürgerſchaft Leipzigs in den verhängnißvollen Tagen des März 1848 gab, da ſie, an ihrer Spitze Stadtrath und Stadtverordnete, einmüthig mit mir den Weg betrat, auf dem es gelang, die hochgehende Bewegung der Gemüther in ein ruhiges und ſicheres Geleiſe zu leiten. In der Erinnerung an jene mir unvergeßliche Zeit durfte ich den Glückwunſch, den jetzt der Rath mir bot, als eine nicht unverdiente Anerkennung meines damals bethätigten Intereſſes an dem Wohl meiner theuren Vaterſtadt ohne Bedenken annehmen.

An ſonſtigen ſchriftlichen Glückwünſchen in der Form von Zuſchriften, Telegrammen, Karten gingen an und nach dem Feſttage eine große Zahl, wohl an 300, von nah und fern ein — von älteren und jüngeren Freunden, von ehemaligen Schülern (darunter ſogar ein Kabeltelegramm von einem ſolchen aus Nordamerika, ebenſo ein Telegramm aus Italien), von akademiſchen Collegen, hieſigen und auswärtigen, von ehemaligen parlamentariſchen Parteigenoſſen, u. A. von 20 „alten Frankfurtern", von Zeitungsredactionen, von Verlegern, von Dichtern, Schriftſtellern und Schrift-

stellervereinen und von einer Anzahl mir sonstwie mehr oder weniger nahestehender hochangesehener Männer.

Aus Berlin erhielt ich von den Herren von Benda, von Cuny, Franke, Gneist, Hammacher, Hobrecht, Jerusalem, F. Weber und M. Weber telegraphisch folgenden, mich hocherfreuenden Gruß:

Dem langjährigen Kämpfer für die freiheitlichen und nationalen Güter unseres Volkes, dem treubewährten Parteigenossen sendet die herzlichsten Glückwünsche zur heutigen Feier das Centralcomité der national-liberalen Partei.

In Dresden fand gerade am 31. Mai die Landesversammlung des national-liberalen Vereins für Sachsen statt. Dieselbe telegraphirte an mich:

Ihrem wackeren Vorkämpfer bringen die hier versammelten National-Liberalen herzlichen Glückwunsch zum heutigen Jubel- und Ehrentage.

Aehnliche Glückwünsche sandten die national-liberalen Vereine zu Burgstädt und Grimma, der freisinnige Verein zu Zwickau, der Reichsverein zu Dresden, letzterer in den Worten:

Sie haben in der vordersten Reihe gekämpft, als es galt, der nationalen Sache den Boden zu erobern. Ihr opfermuthiges Wirken hat Ihnen die dankbare Zuneigung der Vaterlandsfreunde eingetragen. Wenn auch dem thätigen Eingreifen in die Politik entrückt, werden Sie immer als das geistige Haupt der national-liberal gesinnten Männer unseres Landes verehrt werden.

Hocherfreulich war es mir, daß auch mehrere der hervorragendsten Mitglieder der sächsischen Fortschrittspartei, die Herren Justizrath Dr. Schaffrath, Oberbürgermeister Streit, Curt Starke, mich freundlich beglückwünschten, wie ich andererseits mit eben solcher Freude bei meinem Festmahl einzelne Conservative bemerkte.

Mein Nachfolger in der Zweiten Kammer, der sich zu meinem Bedauern 1882 von uns getrennt und der „Secession“ angeschlossen hatte, telegraphirte mir:

Einst Ihr Nachfolger, jetzt von Ihnen politisch getrennt, aber für immer unverändert Ihr Verehrer, sendet seinen herzlichen Glückwunsch zum Jubelfeste C. Roth.

Auch noch andere ehemalige Parteigenossen und Mitstreiter, die seitdem sich weiter links hin gewendet, bezeugten mir doch ihre fortdauernde freundliche Gesinnung.

Von sonstigen Telegrammen sei mir noch vergönnt nachfolgende speciell zu erwähnen:

Vom Präsidenten Simson aus Wilhelmshöhe:

Herzliche Glückwünsche dem theuren, hochverehrten Freunde zu seinem heutigen Jubelfeste!

Von dem alten Frankfurter Collegen Pinckert aus Erfurt, zugleich im Namen von Max Duncker und Georg Beseler in Berlin:

Schon glänzet das Haar Dir bald silberweiß;
Doch im Herzen, da lodert die Glut noch so heiß
In Liebe zum Vaterlande.
Das Banner, um das in St. Paul wir geschaart,
Du schütztest es kräftig nach Mannes Art,
Ob der Kampf noch so heftig entbrannte.

Heut tönet herab aus verklärtem Gefild
Der Chor der geschied'nen Genossen so mild
Zum Preis für den wackeren Streiter.
Und wir, die Gleiches mit Dir erstrebt,
Die des Kampfes siegreichen Ausgang erlebt,
Wir rufen: „Gott schütze Dich weiter!“

Von Löwe-Calbe:

Meinen herzlichsten Glückwunsch zu Ihrem Doctorjubiläum, den ich zugleich dem freisinnigen Schriftsteller, dem muthigen Uni-

versitätslehrer, besonders dem reichbegabten und wackeren Volksvertreter darbringe. Möge Ihnen noch manches Jahr die geistige Frische und die rüstige Arbeitskraft erhalten bleiben, von der Ihre Freunde und die ganze Nation noch manche schöne Gabe erwarten!

Von Gustav Freytag:

Dem gelehrten Geschichtsforscher und Journalisten, welcher Zustände deutscher Vergangenheit so wahrhaft und liebevoll dargestellt hat, wie die Verhältnisse der Gegenwart, dem tapferen Manne, der durch ein Menschenalter für die Einheit des nationalen Staates kämpfte und duldete, dem werthen Parteigenossen, der Andern ein Vorbild treuer Hingabe geworden ist, an seinem Ehrentage Dank und innigen Glückwunsch!

Von Ernst Scherenberg:

Dem ehrwürdigen, hochverdienten Vorkämpfer für deutsche Reichseinheit, Cultur und Geistesfreiheit sende ich zur heutigen Jubelfeier den Gruß treuester Freundschaft.

Von einer Anzahl meiner gegenwärtigen akademischen Hörer und Schüler (die große Mehrheit derselben war, ebenso wie viele meiner Herren Collegen, wegen der Pfingstferien abwesend von Leipzig) erhielt ich eine Glückwunschadresse zugestellt, von einem studentischen Verein, der mich schon früher zu seinem Ehrenmitgliede ernannt hatte, der „Freien wissenschaftlichen Vereinigung", eine silberne Festgabe. Einen von demselben geplanten Festcommers hatte ich dankend abgelehnt. Eine zweite solche Gabe widmete mir der Fröbelverein. Durch ein schönes Kunstwerk, eine Büste der Königin Luise von Preußen, erfreute mich ein lieber jüngerer akademischer College, durch eine goldne Schreibfeder eine meinem Hause befreundete junge Dame, durch das äußerst wohlgetroffene Portraitmedaillon des berühmten Meisters Friedrich Preller dessen Sohn, Sanitätsrath Preller, durch ein gelehrtes Schriftwerk, „Verfassungsgeschichte Dresdens",

der Archivar Dr. Richter in Dresden. Von ganz besonderem Werthe war mir — sowohl an sich als durch die Namen der Geber — eine kostbare Lachmann-Ausgabe Lessings, welche ich von einem Kreise hochachtbarer Männer Leipzigs schon am Vorabend des Festes empfing — mit der Aufschrift: „Dem hochverdienten Arbeiter auf dem Gebiete der Literatur- und Culturgeschichte als freundschaftliches Andenken.“ Durch sinnigen und reichen Blumenschmuck ward ich von vielen Seiten erfreut.

Es waren schöne, mir unvergeßliche Tage, deren Nachklang noch lange wohlthuend in meiner Seele fortzitterte, die mich für manches Trübe und Schwere früherer Zeiten entschädigten, die einen hellen Glanz weithin auf meinen ganzen Lebensabend werfen!

Vierundzwanzigstes Capitel.

Eine letzte Rückschau.

Am Schlusse dieser Selbstbiographie angelangt, fühle ich das Bedürfniß, noch einmal die Summe meines Lebens zu ziehen, auch Manches nachzutragen, was sich auf meine Person und mein Privatleben bezieht und was bisher, wo ich vorzugsweise meine Stellung und Thätigkeit nach außen in's Auge faßte, entweder gar nicht oder nur flüchtig berührt werden konnte.

Damit hoffe ich zugleich den freundlichen Wunsch eines Recensenten des ersten Bandes dieses Buchs (in der „Weser-Zeitung") zu erfüllen, welcher gern mehr „Persönliches", mehr „subjective Plauderei" von mir hören möchte. Er mag es verantworten, wenn ich nun vielleicht allzu sehr in's Plaudern über persönliche Dinge verfalle.

So oft ich meinen langen Lebenslauf überblicke, befällt mich immer von Neuem der Zweifel, ob der Gang, den ich eingeschlagen, auch wohl der richtige gewesen sei, und selbst die mancherlei wohlthuenden Kundgebungen der Sympathie und Werthschätzung, durch welche ich noch zuletzt

bei meinem Jubiläum und auch sonst vielfach erfreut und ermuthigt worden bin, helfen mir nicht völlig darüber hinweg.

Ich habe immer Diejenigen besonders glücklich gepriesen, die ihre Thätigkeit dergestalt auf Einen Gegenstand concentrirten, daß ihr ganzes Leben gleichsam damit verschmolz und ihr Name selbst untrennbar davon auf die Nachwelt überging.

Mir war es nicht gegeben, mit einer solchen glücklichen Einseitigkeit mich zu begnügen; mich trieb ein Drang, dem ich vielleicht zu sehr nachgab, nach verschiedenen Richtungen hin und ließ mich so zwar in Dem und Jenem Manches erreichen, aber mehr nur anstoßgebend und bahnbrechend, als ein Ganzes schaffend und das Begonnene an's letzte Ziel hinausführend.

Ich darf von Glück sagen, daß wenigstens viele der Anregungen, die ich gegeben, nicht ohne Folgen geblieben sind, daß der von mir ausgestreute Same, wenn schon zum Theil von anderer Hand weiter gepflegt und befruchtet, aufgegangen und gereift ist.

Wenn ich in meiner Jugend mich von der strengeren Wissenschaft ab- und dem äußeren, insbesondere dem öffentlichen Leben zugewendet habe, so bin ich später zu der Wissenschaft zurückgekehrt und habe die in der frischen Beschäftigung mit dem Leben gewonnenen Einblicke in dessen mannigfache Beziehungen für die Wissenschaft fruchtbar zu machen gesucht. Auf diesem Gebiete wenigstens — dem der Culturgeschichte — glaube ich etwas, zwar nicht Vollendetes, aber doch in sich Abgerundetes und einen gewissen Abschluß Bietendes geleistet zu haben.

Zwar habe ich auch hier insofern nur Pionierdienste gethan, als die Culturgeschichte selbst sich noch in den Anfängen befindet, auch keineswegs schon als ebenbürtiger Sproß in die Familie der Wissenschaften aufgenommen ist. Indeß auch das wird kommen. Der jetzige Zustand, wo man von oben her den Lehrern an höheren Schulen vorschreibt, Culturgeschichte, speciell deutsche, vorzutragen, gleichwohl aber — bei dem Mangel besonderer Lehrstühle für diese Wissenschaft auf den Universitäten — es dem Zufall überlassen bleibt, ob für die studirenden künftigen Lehrer sich Jemand findet, der sie mit Stoff und Methode der Culturgeschichte bekannt macht, — dieser Zustand ist auf die Länge unhaltbar, und so wird man der Culturgeschichte die ihr bis jetzt versagte Gleichberechtigung mit der politischen Geschichte auch auf den Universitäten über kurz oder lang doch einräumen müssen. Dazu wenigstens in etwas mitgeholfen zu haben, wenn ich selbst es auch nicht mehr erleben sollte, ist mir immerhin einiger Lohn für die Arbeit eines halben Lebens, die ich dieser Wissenschaft gewidmet habe. Das Sic vos non vobis ist mir nichts Ungewohntes.

Für mein äußeres Fortkommen freilich hätte ich besser gesorgt, wenn ich in den hergebrachten und geebneten Bahnen gewandelt wäre, entweder an Philologie oder Philosophie festgehalten oder aber mich der politischen Geschichtswissenschaft zugewendet hätte. Allein mich lockte es, gerade einer jungen, aufstrebenden Wissenschaft, deren hohe Bedeutung für die allgemeine Bildung der Nation ich zu erkennen glaubte, Vorkämpfer und Bahnbrecher zu werden; auf den äußeren Erfolg achtete ich dabei nicht.

So ist allerdings mein Leben seinem größten Theile nach ein „Kampf um's Dasein", bisweilen ein recht harter Kampf, gewesen. Jene Sorge um meine und der Meinen tägliche Existenz und um der Letzteren möglichst gesicherte Zukunft, von welcher der mir befreundete Festredner bei meinem Jubiläum sprach, ist mir in der That bis heut beinahe niemals gänzlich erspart geblieben. Dem Himmel Dank, es hat mir weder an dem nöthigen Muthe, diesen Kampf zu bestehen, noch an der nöthigen Arbeitskraft, um ihn mit Ehren zu bestehen, gemangelt! Möge nur Beides bis an mein Ende mir erhalten bleiben!

Stimmen in der Presse haben bei eben jener Gelegenheit sich verwundert darüber geäußert, daß mir es nicht gelungen sei, eine mich völlig sichernde Stellung an der Universität zu gewinnen. Damit Niemandem Unrecht geschehe, weder Andern, noch mir, möchte ich constatiren, daß seit 1865 sowohl der vorige Cultusminister, Dr. von Falckenstein, als der gegenwärtige, Dr. von Gerber, mir ein von mir stets dankbarst anerkanntes Wohlwollen gezeigt und meine politische Stellung mich in keiner Weise haben entgelten lassen. Auch im Schooße der philosophischen Facultät ward gegen meine Person, so viel ich weiß, keinerlei Widerspruch erhoben. Die freundliche Absicht des Herrn Cultusministers Dr. von Gerber, mir eine ordentliche Professur zu verleihen, scheiterte lediglich an der Abneigung der Facultät (oder einer kleinen Mehrheit derselben) gegen eine Vermehrung der ordentlichen Professuren überhaupt. Dies glaubte ich zur Steuer der Wahrheit anführen zu sollen!

Was ich zur Pflege der mir von Gott verliehenen

Arbeitskraft thun konnte, habe ich redlich gethan. Ich habe mich gehütet, dieselbe durch Ueberspannung vorzeitig zu erschöpfen, und habe andererseits durch Maßhalten in allen Lebensgenüssen dafür Sorge getragen, daß der Körper kein Hemmniß, vielmehr ein bereites Werkzeug des Geistes sei.

Ich hatte auf der Schule die üble Gewohnheit angenommen, oft bis ziemlich tief in die Nacht hinein zu arbeiten. Von dieser Gewohnheit bin ich gründlich zurückgekommen, so gründlich, daß ich bereits seit längster Zeit schon nach dem Abendessen nur in allerseltensten Fällen zur Arbeit zurückkehre. Thue ich es dennoch einmal, so kann ich sicher sein, daß meine Familie einstimmig lauten Protest dagegen erhebt, und ich bin dann fast immer, ich weiß nicht, soll ich sagen, so schwach oder so vernünftig, nachzugeben. Auch am Morgen verkürze ich nicht gern allzu sehr meine Nachtruhe. Ich brauche und gönne mir reichlichen Schlaf. Um so angestrengter und ausgiebiger arbeite ich während der 8 bis 9 Stunden, die ich täglich auf productive geistige Thätigkeit verwende, und ich glaube die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß ich damit eben so viel, ja mehr erreiche, als so mancher von Denen, welche anders verfahren. Wenn ich die Reihe meiner selbstständigen Schriften (abgesehen von den zahllosen Artikeln für Zeitungen und Zeitschriften) zusammenzähle und dazu noch die viele Zeit berechne, die ich in praktischen Beschäftigungen aller Art — in Parlamenten, Vereinen, Versammlungen u. s. w. — aufgewendet habe, so kann ich mir zu meiner Beruhigung sagen, daß ich wenigstens nicht müssig gegangen bin.

Nicht so sicher bin ich darüber, ob eine andere An-

gewöhnung beim Arbeiten, die mir anhaftet, lobenswerth sei oder nicht. Das ist die, daß ich bei größeren Arbeiten fast niemals etwas in der Form niederschreibe, in der ich es endgiltig belassen möchte, vielmehr das zuerst rasch Hingeworfene regelmäßig zwei-, dreimal, auch wohl öfter, über- und umarbeite. Indeß finde ich, daß dadurch die Klarheit der Gedanken und die Leichtigkeit des Stils nicht wenig gewinnt.

Sehr nützlich ist es mir gewesen, daß ich schon früh gelernt habe, gegen äußere Störungen beim Arbeiten mich nicht sowohl abzuschließen, als abzuhärten. Dazu waren mir vornehmlich auch meine Kinder behilflich, in deren Mitte ich ganze Tage lesend oder schreibend zubrachte, während ich sie um mich herum unbeengt spielen und schwatzen ließ. So bin ich gegen derartige äußere Eindrücke dermaßen gefeit, daß ich selbst dann arbeiten kann, wenn über oder unter mir jene Menschenquälerei musikalischer Uebungen getrieben wird, der man, dem Himmel sei's geklagt, heutzutage nirgends entgehen kann.

Ich habe oben von meinem „Maßhalten in Lebensgenüssen" gesprochen. Daraus mache ich mir kein besonderes Verdienst. Zu leidenschaftlichen Ausschreitungen war, glaube ich, von Haus aus meine Natur wenig angelegt. Auch ward mir gegen Versuchungen dieser Art schon früh ein wirksamer Talisman zu Theil in den von meiner Mutter und meinem Pflegevater Sturz gleichermaßen meiner Seele fest eingeprägten Grundsätzen der Gewissenhaftigkeit und der Wahrhaftigkeit. Als besten Schutz in dieser Hinsicht gab meine theure Mutter, als sie mich aus ihrer unmittelbaren Aufsicht und Fürsorge entließ, die herzliche

Mahnung mit: „nie etwas zu thun, wovon ich nicht ihr offen Rechenschaft ablegen könne“.

Dieser mütterlichen Mahnung bin ich stets eingedenk gewesen, und so haben weder sinnliche Lockungen noch schlechte Beispiele Macht über mich gewonnen.

Ein Duckmäuser oder „Spielverderber“ bin ich bei Alledem nie gewesen. Ich habe mich gern mit den Fröhlichen gefreut, habe harmlosen Genüssen mich ungescheut hingegeben und selbst das Horazische desipere in loco im rechten Maße nie verschmäht.

Auch von den schädlichen Einflüssen jener anderen Leidenschaften, die zwar feiner, als die mehr sinnlichen, aber oft eben so heftig, ja heftiger sind — ich meine die, deren gemeinsame Quelle ein ungemessener Ehrgeiz ist — bin ich so ziemlich frei geblieben. Zwar müßte ich heucheln, wenn ich sagen wollte, ich hätte keinen Ehrgeiz (wer hätte diesen nicht?); allein es ist mir immer geglückt, desselben so weit Herr zu werden, daß er weder meine Gemüthsruhe allzu sehr stören, noch vollends meinen Grundsätzen Eintrag thun konnte.

Zu einem „Streber“ in jenem schlimmen Sinne, welchen das an sich so edle Wort neuerdings erhalten hat, hatte ich nie das Zeug — das bekundet wohl genugsam so mancher in diesem Buche verzeichnete Vorgang aus meinem Leben. Auch von einer Ansteckung durch die so weit verbreitete Ordens- und Titelsucht konnte bei mir (selbst wenn ich ihr nicht ohnehin abgeneigt gewesen wäre) nach meiner ganzen Stellung und Haltung im öffentlichen Leben nicht wohl die Rede sein. Dagegen bin ich (wie ich gar

nicht leugne) für Kundgebungen der Werthschätzung und Sympathie seitens meiner Mitbürger, wenn sie ungesucht mir entgegengebracht wurden (und das ist zu meiner Freude oft genug geschehen), niemals unempfindlich gewesen; doch habe ich auch solche niemals gesucht, noch weniger etwa künstlich veranlaßt. Beispiele des Undankes aus solchen Kreisen oder der Versagung einer Anerkennung, die ich verdient zu haben glaubte (was ja wohl im öffentlichen Leben vorkommt und auch mir nicht immer erspart geblieben ist), haben mich zwar schmerzlich berührt, aber meinen Eifer im Dienst der guten Sache nicht geschwächt.

So ist es mir gelungen, inmitten der heftigsten Kämpfe und der größten Schicksalswechsel im politischen Leben doch im Ganzen und Großen den nöthigen Gleichmuth mir zu bewahren und damit zugleich Kraft und Lust zu unbeirrtem Weiterstreben nach dem mir vorgesteckten Ziele.

In Bezug auf die positiven Mittel zur Pflege und Erhaltung körperlich-geistiger Frische (die zweckmäßige Ausarbeitung und Kräftigung des Körpers) habe ich in der Jugend sehr verschiedenartige Phasen durchgemacht. Im Elternhause ward ich (wie früher erwähnt) ziemlich hart gehalten, hatte auch volle Freiheit und viel Gelegenheit, auf Höhen und in Wäldern mich tüchtig umherzutummeln. An freier Bewegung fehlte es auch im Freimaurerinstitute nicht gänzlich, wohl aber an der rechten frischen Luft, denn die hohen Anstaltsmauern gestatteten dieser nur beschränkten Zutritt zu unserem Spielplatze. Beim Pastor Sturz, der im Punkte unserer Gesundheit überängstlich war, ward ich fast verzärtelt, auch zu einer

regelmäßigen Uebung des Körpers nicht angehalten. Auf der Schule führte ich — mehr aus eigener Neigung und im Uebereifer des Lernens, als infolge einer „Ueberbürdung“ mit Hausarbeiten — eine vorwiegend sitzende Lebensweise. Erst auf der Universität holte ich das Versäumte so weit als möglich nach, in Leipzig durch fleißiges Fechten, Schwimmen, Schlittschuhlaufen, Reiten (das Turnen war damals weniger gebräuchlich), in Heidelberg durch häufige kleinere und größere Fußreisen.

Jedenfalls habe ich es als eine große Segnung anzusehen, daß mein Körper trotz der Hemmungen, die er in seiner Entwickelung erfahren, es zwar in seinem Wachsthum nur bis zu einer anständigen Mittelgröße gebracht hat, allein in seinem innern Organismus offenbar durchaus normal und kräftig gebildet ist, infolge dessen ich noch jetzt, im höheren Alter, mich einer ungestörteren Gesundheit und einer ausgiebigeren Geistesthätigkeit erfreue, als selbst mancher weit Jüngere. Auch bin ich bis jetzt mit regelmäßigen Bade- oder anderen Kuren verschont geblieben; zu meiner Erholung und Auffrischung hat mir immer ein jährlicher mehrwöchentlicher Aufenthalt in kräftigender Luft, bald an der See, bald im Hoch- oder Waldgebirge, vollauf genügt.

Zu weiteren Reisen, wie sie so wünschenswerth sind, um auch dem Geist durch neue Eindrücke eine erhöhte Schwungkraft zu geben, habe ich es leider im Ganzen nur wenig bringen können. Seit jener ersten Reise, die ich als Heidelberger Student nach Holland und Belgien unternahm und von der ich im 1. Bande erzählt habe, vergingen volle zehn Jahre, bevor ich wieder einmal über die Grenzen Deutschlands hinausgelangte. Erst 1844 reiste

ich (zusammen mit G. Wigand und einigen anderen sächsischen Landsleuten) nach Paris. Bei nur etwa dreiwöchentlichem Aufenthalte daselbst konnte ich natürlich nur das Wichtigste sehen und von der Gesammtphysiognomie der „Weltstadt" (es war das „alte Paris" lange vor den Napoleon-Haußmann'schen Umgestaltungen) und ihres vielbewegten Lebens nur einen flüchtigen Eindruck mit hinwegnehmen; doch wurde mir schon dadurch Manches in dem Wesen und dem Charakter des französischen Volkes klar, und außerdem machte ich mehrere mir sehr werthvolle Bekanntschaften namhafter Gelehrten und Politiker, wie Cousin, Carnot, Mignet, Michel Chevalier, Lerminier, Duveyrier, zu denen ich Zutritt erhielt.

Erst nach abermals 22 Jahren (1866) gelangte ich dazu, die Hauptstädte Oesterreichs und Ungarns zu besuchen. In Wien fand ich eine Anzahl Collegen von Frankfurt wieder; in Pest hatte ich die Freude, mit den Hauptführern der Landtagsmehrheit, Deák, Eötvös u. A., zu verkehren. Ich fand dieselben unseren nationalen Bestrebungen günstig gesinnt. Ein zweites Mal, wo ich kurze Zeit in Wien verweilte (bei der Generalversammlung der Schillerstiftung 1868), bewegte ich mich vorzugsweise in den Kreisen dortiger Schriftsteller und Dichter; am interessantesten war mir die persönliche Bekanntschaft des liebenswürdigen Freiherrn Münch von Bellinghausen (Fr. Halm).

Meine langgehegten Wünsche, einerseits das öffentliche Leben Englands aus eigener Anschauung kennen zu lernen, andererseits an Italiens Natur- und Kunstschätzen mich zu erfreuen, blieben stets „fromme Wünsche" (nur ein flüchtiger Blick in letzteres Land war mir gestattet bei

einer Tour an den Gardasee und nach Verona), und ebenso wenig konnte ich bis jetzt den wiederholten freundlichen Einladungen der Herren Abrahamson und Salomon auf ihren schöngelegenen Landsitz Nääs in Schweden, noch viel weniger natürlich den zahlreichen Aufforderungen amerikanischer Freunde zu einem Besuche der großen transatlantischen Republik folgen. Ich werde mich wohl damit zufrieden geben müssen, neben den meisten Theilen von Deutschland Einiges von den angrenzenden Ländern kennen gelernt zu haben.

Des Deutschen liebste Aufenthaltsstätte ist und bleibt doch immer das eigene Haus und der eigene Herd. Auch mir ist er dies stets gewesen. Im Schooß der Familie habe ich jederzeit Glück und Zufriedenheit in reicher Fülle gefunden. Ungetrübter wäre dieses Glück gewesen, wenn nicht unser ältester Sohn Richard wegen seiner Kränklichkeit schon früh uns Sorge gemacht hätte. Durch sein liebevolles Wesen und sein, selbst im Kampfe mit seinem wachsenden Leiden niemals ermattendes, tüchtiges Streben hat er uns gleichwohl viel Freude bereitet, und wir danken Gott dafür, daß er ihn uns wenigstens bis in sein 37. Altersjahr gelassen hat. Ich habe ihm oben (1. Bd. S. 77) ein Denkmal väterlicher Liebe gestiftet, und man wird mir dies zugute halten. Mein jüngerer Sohn Karl, der gleich dem älteren einen praktischen Beruf (als Ingenieur) erwählte, hat eine ihn befriedigende Stellung im kaiserlichen Patentamte gefunden und ist glücklich verheirathet. Zwei Töchter, Anna und Therese, verschönern und erheitern unser Alter durch ihre treue Pflege. Drei andere Kinder, zwei Mädchen und ein Knabe, wurden uns schon im zartesten

Alter durch den Tod wieder entrissen. Meiner Gattin als getreuer und tapferer Lebensgefährtin in Freud und Leid, als interesse- und verständnißvoller Theilnehmerin meiner Bestrebungen (was übrigens in vollem Maße auch alle meine Kinder sind) dankbar zu gedenken, habe ich im Verlaufe dieser Aufzeichnungen mehrfach Gelegenheit gehabt.

Für Eines bekenne ich mich den Meinen zu ganz besonderem Danke verpflichtet. Sie haben eine mir anhaftende unerfreuliche Anlage, wenn nicht völlig geheilt, doch wesentlich gebessert: die hypochondrische Neigung, Vorkommnisse des äußeren Lebens allzuschwer zu nehmen, wegen des Zukünftigen mich über Gebühr zu sorgen, betreffs des Vergangenen mich mit allerhand selbstquälerischen Gedanken zu tragen, ob nicht Dies und Jenes hätte vermieden oder anders gestaltet werden können. Sonderbar ist es dabei, daß, im vollen Gegensatz zu dieser unglücklichen Stimmung im Privatleben, ich in der Politik eher zu einem gewissen Optimismus neige, indem ich hier auch in den schlimmsten Zeiten niemals den Muth verlor, vielmehr immer eine Wendung zum Bessern erhoffte und auf eine solche hinzuwirken suchte.

Endlich noch ein Wort über das Capitel der Freundschaften, das ja im Leben jedes Deutschen mit Recht eine große Rolle spielt! In meiner Jugend hatte ich eine Anzahl von Schul- und Universitätsfreunden, darunter manche, mit denen ich auf's Innigste verbunden war und auch, nach echt deutscher Art, sattsam schwärmte. Von diesen Freundschaften sind mir bedauerlicher Weise viele dadurch verloren gegangen daß meine ehemaligen Freunde

entweder durch ihre Berufs- und Lebensstellung (mehrere davon traten in den höheren Staatsdienst), oder durch ihre sonstige politische Parteistellung in einen Gegensatz zu mir geriethen, der bei den meisten (nicht bei allen) stärker war, als die Erinnerung an unsere frühere Gemeinschaft. Zum Ersatz dafür hat mir andererseits die Politik eine große Anzahl neuer Freunde zugeführt (wie schon die Erwähnung solcher in diesen Blättern und der mitgetheilte Briefwechsel mit ihnen bezeugt), und diese neuen Freundschaften, erwachsen aus einer innigen Gemeinsamkeit der höchsten Interessen und der ernstesten Bestrebungen, haben sich als dauerhafter und unzerstörbarer, denn jene, bewährt. Die wohlthuende Erinnerung an diese Freundschaften haftet zu meiner Freude tiefer in meiner Seele, als die minder erfreuliche an die vielen politischen Gegnerschaften, an denen es mir ja auch nicht gefehlt hat. Es ist mir bisweilen fast zum Vorwurf gemacht worden, daß ich erfahrene Unbill zu leicht vergäße. Das gilt indeß nur, so weit eine solche mich persönlich betrifft; den Gegner einer von mir hochgehaltenen Sache werde ich stets so lange, als er dies ist, unerbittlich bekämpfen. Allerdings aber bin ich von Natur jedem Conflicte abgeneigt, so sehr zwar, daß im gewöhnlichen Leben es mich fast beängstigen kann, wenn ich einen solchen voraussehe. Es ist mir daher selbst oft wunderbar erschienen, daß ich bei meiner Thätigkeit im öffentlichen Leben durch meine Ueberzeugungen so häufig zur Bestehung von Kämpfen, selbst heftigen Kämpfen, genöthigt worden bin. Das Zeugniß aber ist mir selbst von Gegnern fast immer ausgestellt worden, daß ich durch meine Art der Kampfesführung vorhandene

Gegensätze nicht unnöthigerweise verschärft, eher nach Möglichkeit gemildert habe.

Doch — da bin ich unwillkürlich aus meinem Privatleben wieder in die Politik hinüber gerathen! Und so möge denn am Ende dieser Aufzeichnungen auch noch ein politisches Wort stehen!

Als ich vor nun fast 25 Jahren einen kurzen Abriß meines Lebens gab, schloß ich denselben mit folgenden Betrachtungen:

Von meinen Zeit- und Strebegenossen dürften doch wohl manche nicht ohne alles Interesse Erlebnisse lesen, an denen sie selbst näher oder ferner Theil genommen. Das jüngere Geschlecht aber möge an den Schilderungen der äußeren und inneren Kämpfe, die wir Aelteren zu bestehen gehabt, nicht vornehm gleichgiltig vorübergehen, vielmehr daraus lernen, daß wir es uns haben redlich sauer werden lassen, und daß ihm, welches auf unsern Schultern steht, die Pflicht obliegt, das von uns Begonnene weiter und, so Gott will, an ein glückliches Ende zu führen.

Von den „Zeit- und Strebegenossen" des Verfassers sind seitdem viele, viele dahingegangen, und nur ein kleiner Rest davon mag noch vorhanden sein, der überhaupt diesen Mittheilungen sein Ohr leihen kann. Was das jüngere Geschlecht anbetrifft, so ist mit diesem und für dieses eine hochwichtige Veränderung vorgegangen. Damals (1862) galt es noch die mühsame Erreichung desselben hohen Zieles — der Einheit Deutschlands — an welches wir Aelteren alle unsere Kräfte gesetzt hatten. Dieses hohe Ziel ist jetzt längst erreicht, und das „jüngere Geschlecht" ist in der glücklichen Lage, in die große Zeit, die mit der Begründung des neuen Deutschen Reichs und des erblichen Kaiserthums der Hohenzollern angebrochen, entweder schon

hinein geboren, oder doch hinein gewachsen zu sein. Die Aufgabe dieser unserer Nachfolger ist damit eine leichtere und dankbarere, ihre Pflicht und Verantwortung dagegen eine nur um so ernstere geworden. Sie müssen das, was wir Aelteren mit redlichen Mühen, aber vergeblich, erstrebt, was ihnen, den Jüngeren, als ein glückliches Loos zugefallen, um so sorgsamer hegen und pflegen, erhalten und ausbauen helfen. Sie mögen aus diesen Aufzeichnungen vor allen Dingen das lernen, daß es sehr undankbar und sehr thöricht von ihnen sein würde, wenn sie, weil an der neuen Ordnung der Dinge ihnen vielleicht dies und jenes nicht gefällt, die ungeheuren Fortschritte verkennen und mißachten wollten, die unsere Nation mit und seit 1871 gemacht hat. Wenn die hier gebotenen Erinnerungen an unsere, der Aelteren, Kämpfe und Opfer den Erfolg haben, die Jüngeren Mäßigung und Geduld in ihren Wünschen, Ausdauer, aber auch Selbstlosigkeit in der Verfolgung politischer Ideale zu lehren, so werden sie nicht vergeblich geschrieben sein!

Inhalt.

Seite

Erstes Capitel. Der Sommer 1849: die Versammlung zu Gotha; meine „Erinnerungen aus der Paulskirche". 1

Zweites Capitel. Der sächsische Landtag von 1849/50 und der Staatsstreich vom 3. Juni 1850. 13

Drittes Capitel. Publicistische Thätigkeit in Sachen Schleswig-Holsteins und Kurhessens. — Die Sammelschrift „Germania" (1851 und 1852). 31

Viertes Capitel. Zerfall der Gagern'schen Partei. 54

Fünftes Capitel. Die „Deutschen Annalen", ein Preßproceß und meine Entsetzung von der Professur. 63

Sechstes Capitel. Was nun? — Meine Berufung nach Weimar. . 75

Siebentes Capitel. Schriftstellerische Thätigkeit von 1850—1855. . . 88

Achtes Capitel. Stilleben in Weimar. Ein glückliches Ständchen. . . 113

Neuntes Capitel. Neue Regungen des nationalen Geistes in Deutschland und meine Betheiligung daran (1859—1860). 135

Zehntes Capitel. Dramatische Anläufe. 164

Eilftes Capitel. Berufungen nach auswärts. Mein Weggang von Weimar 1863. 186

Zwölftes Capitel. Wie ich Sachsen wiederfand. Der „sächsische Fortschrittsverein". Der „Arbeiterbildungsverein". — Der „Journalistentag". — Das „Veteranenfest" in Leipzig 206

Seite

Dreizehntes Capitel. Nochmaliges Auftauchen und endliche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage. 220

Vierzehntes Capitel. „Die Repräsentativverfassungen mit Volkswahlen." — Verbot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" in Preußen. — Meine Wiederanstellung als Professor in Leipzig (1864 und 1865). 231

Fünfzehntes Capitel. Die innere Krisis Deutschlands im Jahre 1865. 248

Sechzehntes Capitel. Das Jahr 1866. 260

Siebzehntes Capitel. Neue parlamentarische Thätigkeit im sächsischen Landtage (1869—1876.) 292

Achtzehntes Capitel. Der Reichstag 1871—1873. 317

Neunzehntes Capitel. Das Parteiwesen in Sachsen seit 1866 und mein Antheil daran. 332

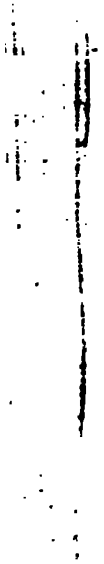
Zwanzigstes Capitel. Das Eingehen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". 355

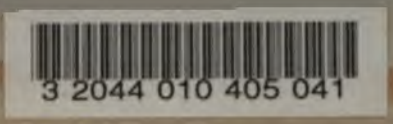
Einundzwanzigstes Capitel. Die Bewegung für den „Arbeitsunterricht" und eine neue Auflage meiner „Erziehung zur Arbeit". 362

Zweiundzwanzigstes Capitel. Meine neuesten Schriften (1880—1885): „Geschichte der Leipziger Kramerinnung"; „Kleistbriefe"; „Dreißig Jahre deutscher Geschichte"; „Deutsche Volks- und Culturgeschichte". 371

Dreiundzwanzigstes Capitel. Mein goldenes Doctor- und Docentenjubiläum (1885). 391

Vierundzwanzigstes Capitel. Eine letzte Rückschau. 410




3 2044 010 405 041

THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.

CANCELLED

WIDENER

SEP 10 1993

BOOK DUE

WIDENER

MAR 0 4 2001

BOOK DUE

CANCELLED